

CLIMATE CHANGE

41/2024

Abschlussbericht

Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz?

Auswertung der UBA-Kommunalbefragung
„Klimaschutz in Kommunen 2023“

von:

Lizzi Sieck

Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Abschlussbericht

Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz?

Auswertung der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz
in Kommunen 2023“

von

Lizzi Sieck
Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

[/umweltbundesamt.de](http://umweltbundesamt.de)
[/umweltbundesamt](http://umweltbundesamt)

Durchführung der Studie:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau

Abschlussdatum:

August 2024

Redaktion:

Fachgebiet V 1.2 Strategien und Szenarien zu Klimaschutz und Energie
Lizzi Sieck, Kirsten op de Hipt

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Oktober 2024

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.



Prof. Dirk Messner,
Präsident des Umweltbundesamts
(Bildquelle: Susanne Kambor, UBA)

Vorwort Umweltbundesamt

Unsere Kommunen sind zentrale Orte der Transformation in der Dekade des Klimaschutzes. Hier werden konkrete Maßnahmen geplant und umgesetzt. Durch die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern haben Kommunen die Chance, den Klimaschutz und seinen Nutzen für die Menschen greifbar zu machen und starke Allianzen zu schmieden. Gleichzeitig sind es die Kommunen, die mit Zielkonflikten konfrontiert werden und Lösungen dafür finden müssen. Wenn sie darin erfolgreich sind, ergeben sich große Chancen: Kommunale Klimaschutzmaßnahmen haben große Auswirkungen auf die Lebensqualität vor Ort. Sie mindern Lärm- und Luftschaadstoffbelastungen, sorgen für mehr Grün in der Stadt und für Aufenthaltsqualität. Auch Gesundheits- und soziale Aspekte werden adressiert und können unsere Kommunen durch Klimaschutzmaßnahmen lebenswerter machen. Das verdeutlicht, wie wichtig gleichmäßig verteilte Klimaschutzaktivitäten in Deutschland sind. Nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Aus der internationalen Perspektive sind vor allem die großen Städte im Fokus. Durch die zunehmende Urbanisierung liegen hier erhebliche Chancen, das Klima im großen Stil zu schützen. Außerdem sind viele Städte und Regionen Vorreiter im Klimaschutz, besonders wenn die Nationalstaaten die Klimapolitik nicht als oberste Priorität setzen. Im Vergleich zum globalen Bild ist in Deutschland die Bevölkerungsverteilung eine andere. Wir haben sehr viele kleine Kommunen. 85 % der Städte und Gemeinden haben weniger als 10.000 Einwohner, fast 60 % der deutschen Bevölkerung lebt in Orten mit weniger als 50.000 Einwohnenden. Die große Anzahl kleiner Kommunen hat in Summe enorme Klimaschutspotenziale – unsere Forschungsarbeiten konnten dies belegen.

Gleichzeitig machen diese Strukturen den kommunalen Klimaschutz in Deutschland sehr viel kleinteiliger. Und so ist es auch schwierig den Wissensstand zum Klimaschutz in Kommunen repräsentativ zu erfassen. Genau dazu möchten wir mit dem vorliegenden Bericht einen Anstoß geben. Wie viele Kommunen haben bereits Klimaschutzpersonal etabliert? Kennen alle Kommunen die Höhe ihrer Treibhausgasemissionen und wie kommen sie mit der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen voran? Und, sehr wichtig: Was würde den Kommunen helfen, um in Zukunft mehr Klimaschutz zu realisieren?

Im vorliegenden Bericht geben wir darauf einige Antworten, basierend auf den Rückmeldungen von 1.553 deutschen Kommunen. Wir machen den wichtigen Beitrag der Kommunen sichtbar, den sie schon heute leisten. Darüber liefern wir Daten und Fakten, um in Zukunft die

Unterstützung der Kommunen im Klimaschutz noch passgenauer auszustalten. Denn wir brauchen die Maßnahmen der Kommunen, um große politische Vorhaben wie den Klimaschutz vor Ort konkret und sozialverträglich umzusetzen. Und die Kommunen brauchen Unterstützung in der gewaltigen Aufgabe, die neben vielen anderen wichtigen Themenfeldern, vor ihnen liegt.

Zu guter Letzt zeigt der Bericht, wie aktiv viele Kommunen bereits im Klimaschutz sind und wie beeindruckend die Bandbreite der Ziele, Konzepte und Maßnahmen ausgestaltet ist. Viele Kommunen sind Vorreiter im Klimaschutz. Sie setzen sich noch ambitioniertere Ziele als der Bund und sie zeigen durch konkrete Maßnahmen, wie die Umsetzung komplexer Themen gelingen kann. Gleichzeitig berücksichtigen sie achtsam die Wechselwirkungen zu anderen Handlungsfeldern. Sie sind uns damit ein Beispiel, wie wir unsere Klimaschutzziele erreichen können und ein Ansporn die Dekade der Umsetzung zu nutzen, um den Weg zu zukunftssicherem, sozialverträglichem Klimaschutz zu ebnen.

Ich wünsche allen Leser*innen eine spannende Lektüre und interessante Einblicke! Ihr



Prof. Dirk Messner
Dessau im September 2024

Kurzbeschreibung: Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz?

Viele Kommunen sind im Klimaschutz aktiv und leisten einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der nationalen und internationalen Klimaschutzziele. Doch genaue Zahlen zum kommunalen Klimaschutz gibt es bisher kaum. Der vorliegende Bericht soll dies ändern und stellt die Ergebnisse der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen“ vor.

Im Bericht werden die Rückmeldungen von 1.553 deutschen Kommunen dargestellt zu unterschiedlichsten Klimaschutzthemen: Klimaschutzpersonal von Kommunen, eigengesetzte Zielstellungen, genutzte Monitoring-Formate, die Nutzung kommunaler Planungsinstrumente für den Klimaschutz oder Eigeneinschätzungen zur Umsetzung investiver Klimaschutzmaßnahmen werden beleuchtet.

Dabei geben die Analysen aufgeteilt nach Bundesländern, Einwohnergrößenklassen und Kommunenform weitere Einblicke in die Details des kommunalen Klimaschutzes. Ebenso werden Vergleiche aufgestellt zwischen Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal bzw. mit und ohne Neutralitätszielen, um zu analysieren, inwiefern dies Einfluss auf die abgefragten Kriterien hat. Im Ergebnis liefert der Bericht einen Anstoß, Informationen zum kommunalen Klimaschutz mehr zu bündeln und bietet interessante Einblicke in die Klimaschutzaktivitäten der deutschen Kommunen.

Abstract: Where does Germany stand in municipal climate protection?

Many municipalities are active in climate protection and make an important contribution to achieving national and international climate protection goals. However, there is hardly any precise data on municipal climate protection so far. This report aims to change this and presents the results of the UBA municipal survey "Climate protection in municipalities".

The report presents the feedback from 1,553 German municipalities on a wide variety of climate protection topics: Climate protection personnel of municipalities, self-set goals, used monitoring formats, the use of municipal planning tools for climate protection or self-assessments for the implementation of investive climate protection measures are examined.

The analyses provide further insights into the details of municipal climate protection, broken down by federal states, population size classes and municipal form. Furthermore, comparisons are made between municipalities with and without climate protection personnel or with and without neutrality targets in order to analyse to what extent this has an influence on the criteria queried. As a result, the report provides an impulsion to bundle information on municipal climate protection more and offers interesting insights into the climate protection activities of German municipalities.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	11
Tabellenverzeichnis.....	22
Abkürzungsverzeichnis.....	29
Zusammenfassung.....	30
Summary	43
1 Hintergrund	56
1.1 Bedeutung der Kommunen im Klimaschutz.....	56
1.2 Überblick über die Kommunen in Deutschland	56
2 Methodik	59
3 Teilnahme an der Befragung	61
4 Ergebnisse der Befragung.....	67
4.1 Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung.....	67
4.1.1 Facheinheit.....	68
4.1.2 Stabsstellen.....	72
4.1.3 Übergeordnete Ebene.....	73
4.1.4 Externe Träger.....	75
4.1.5 Sonstige Verankerung.....	76
4.1.6 Keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung.....	78
4.2 Personal für den Klimaschutz.....	80
4.2.1 Kommunen mit Klimaschutzpersonal	81
4.2.2 Kommunen ohne Klimaschutzpersonal	86
4.3 Kommunale Klimaschutzkonzepte.....	88
4.3.1 Integrierte Klimaschutzkonzepte	91
4.3.2 Vorreiter-Konzepte	94
4.3.3 Konzepte für erneuerbare Energien	97
4.3.4 Wärmekonzepte	100
4.3.5 Mobilitätskonzepte	103
4.3.6 Fußverkehrskonzepte	105
4.3.7 Radverkehrskonzepte	108
4.3.8 ÖPNV-Konzepte	111
4.3.9 Elektromobilitätskonzepte.....	113
4.3.10 Klimaschutzkonzepte für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung.....	116
4.3.11 Keine Klimaschutzkonzepte	119

4.4	Klimaschutzziele der Kommunen.....	121
4.4.1	Ziele zur Treibhausgas-Minderung	125
4.4.2	Neutralitätsziele.....	128
4.4.3	Ziele zur Energiebedarfsminderung.....	133
4.4.4	Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien	135
4.4.5	Ziele zur Stärkung der natürlichen Senken	137
4.4.6	Keine Klimaschutzziele.....	139
4.5	Klimanotstand und Klimawirkungsprüfung	141
4.6	Klimaschutz-Monitoring.....	145
4.6.1	THG-Bilanz.....	146
4.6.2	Maßnahmen-Monitoring	158
4.6.3	Klimaschutz-Indikatoren	161
4.6.4	Klimaschutz-Bericht	162
4.6.5	Modal Split.....	165
4.7	Klimaschutz in der kommunalen Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen....	167
4.8	Klimaschutz und kommunale Infrastruktur	174
4.8.1	Energieinfrastruktur.....	174
4.8.2	Mobilitätsinfrastruktur	186
4.9	Klimaschutz in der kommunalen Planung.....	197
4.9.1	Flächennutzungsplanung	198
4.9.2	Verkehrsplanung.....	201
4.9.3	Bauleitplanung	204
4.9.4	Städtebauliche Verträge	207
4.9.5	Solardachkataster	210
4.10	Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts für den Klimaschutz	214
4.11	Umsetzung investiver kommunaler Klimaschutzmaßnahmen	217
4.12	Wechselwirkungen zwischen kommunalen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Handlungsfeldern.....	220
4.12.1	Gesundheit.....	221
4.12.2	Barrierefreiheit	223
4.12.3	Denkmalschutz.....	225
4.12.4	Ressourcenschutz	227
4.12.5	Naturschutz.....	229
4.12.6	Klimaanpassung	231

4.13	Teilnahme an Wettbewerben und Aktionen für den Klimaschutz	233
4.14	Austausch, Beratung und Förderungen im Bereich Klimaschutz durch die Kommunen....	239
4.15	Ausblick der Kommunen – Änderungen für mehr Klimaschutz und politische Relevanz...	244
4.15.1	Stärkerer kommunaler Finanzhaushalt.....	249
4.15.2	Mehr Personal.....	252
4.15.3	Stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik.....	255
4.15.4	Stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten politischen Ebenen	258
4.15.5	Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz	261
4.15.6	Mehr Handlungsspielräume für Kommunen	264
4.15.7	Mehr Fördergelder.....	267
4.15.8	Einfachere Förderbedingungen	270
4.15.9	Mehr Information zu bestehenden Förderoptionen	273
5	Schlussfolgerungen.....	277
5.1	Teilnahme an der Befragung.....	277
5.2	Aktuelle Dynamik im Kommunalen Klimaschutz	278
5.3	Institutionalisierung von Klimaschutz in Kommunen	279
5.4	Fehlende Institutionalisierung	280
5.5	Kommunengrößen und Kommunenformen	281
5.6	Querbezüge zum Klimaschutzpersonal.....	281
5.7	Resümee zu einzelnen Themen	282
5.8	Ausblick	283
6	Quellenverzeichnis	284

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=1.545)	30
Abbildung 2:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten (n=4.113)	31
Abbildung 3:	Klimaschutzzielstellungen von Kommunen – vorhanden und in Erarbeitung (n=2.284)	32
Abbildung 4:	Nutzung von Monitoring-Formaten (n=1.553).....	33
Abbildung 5:	Erstellungsjahr der aktuellsten THG-Bilanz (n=496).....	34
Abbildung 6:	Eigengesetzte Standards für die kommunale Verwaltung – vorhanden oder in Planung	35
Abbildung 7:	Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Kommunenform (n=1.073)	36
Abbildung 8:	Berücksichtigung von Klimaschutz in kommunalen Planungsinstrumenten (n=1.553).....	37
Abbildung 9:	Anzahl an Kommunen mit kommunalen und überkommunalen Solardachkatastern nach Kommunenform (n=873)	38
Abbildung 10:	Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts, um Klimaschutz anzuweisen (n=1.145)	39
Abbildung 11:	Eigeneinschätzung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen	40
Abbildung 12:	Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Themenfeldern (n=1.553)	41
Abbildung 13:	Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen	42
Abbildung 14:	Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen (n=1.397)	42
Abbildung 15:	Zeitlicher Verlauf der Teilnahme (n=1.968)	60
Abbildung 16:	Anzahl teilnehmender Kommunen nach Bundesländern (n=1.553)	62
Abbildung 17:	Teilnehmende Kommunen nach Einwohnergrößen (n=1.553)	64
Abbildung 18:	Übersichtskarte zur Teilnahme an der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“	66
Abbildung 19:	Verankerung des Klimaschutzes in der kommunalen Verwaltung (n=1.639).....	67
Abbildung 20:	Kommunen mit Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Einwohnergrößen (n=633)	68
Abbildung 21:	Kommunen mit Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Bundesländern (n=633).....	69
Abbildung 22:	Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Themengebiet (n=973)	70

Abbildung 23:	Kommunen mit Verankerung in einer Facheinheit, deren Titel Klimaschutz enthält nach Einwohnergrößenklassen (n=79)	71
Abbildung 24:	Kommunen mit Verankerung in einer Facheinheit, deren Titel Klimaschutz enthält nach Bundesländern (n=79).....	71
Abbildung 25:	Kommunen mit Stabsstellen nach Einwohnergrößen (n=276) 72	
Abbildung 26:	Verankerung der Stabsstellen in Fachbereichen nach Thema (n=45)	73
Abbildung 27:	Kommunen mit Verankerung durch übergeordnete Verwaltungsebenen nach Einwohnergrößen (n=219)	74
Abbildung 28:	Kommunen mit Verankerung durch übergeordnete Verwaltungsebenen nach Bundesländern (n=219).....	75
Abbildung 29:	Kommunen mit externen Klimaschutz-Trägern nach Einwohnergrößen (n=45).....	76
Abbildung 30:	Kommunen mit sonstiger Verankerung nach Einwohnergrößen (n=73)	77
Abbildung 31:	Kommunen mit sonstiger Verankerung nach Bundesländern (n=73)	77
Abbildung 32:	Kommunen ohne Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung nach Einwohnergrößen (n=393)	78
Abbildung 33:	Kommunen ohne Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung nach Bundesländern (n=393).....	79
Abbildung 34:	Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Bundesländern (n=1.545)	80
Abbildung 35:	Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=1.545)	81
Abbildung 36:	Kommunen mit Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=842)	83
Abbildung 37:	Vollzeitäquivalente der Personalstellen für Klimaschutz (n=832)	84
Abbildung 38:	Detaildarstellung der Stellenumfänge größer 2 Vollzeitäquivalente (n=105).....	84
Abbildung 39:	Kommunen ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=703)	86
Abbildung 40:	Kreisangehörige Städte und Gemeinden ohne eigenes Klimaschutzpersonal nach Bundesländern und Vertretung im Klimaschutz durch übergeordnete Ebenen (n=691).....	87
Abbildung 41:	Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen ohne Klimaschutzpersonal.....	88
Abbildung 42:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten (n=4.113)	89
Abbildung 43:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepten nach Bundesländern (n=765)	92

Abbildung 44:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepten nach Einwohnergrößen (n=765)	93
Abbildung 45:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Vorreiter-Konzepten nach Bundesländern (n=127)	95
Abbildung 46:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Vorreiter-Konzepten nach Einwohnergrößen (n=127).....	96
Abbildung 47:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien nach Bundesländern (n=349)	98
Abbildung 48:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien nach Einwohnergrößen (n=349)	98
Abbildung 49:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Wärme nach Bundesländern (n=544)	101
Abbildung 50:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Wärme nach Einwohnergrößen (n=544).....	101
Abbildung 51:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Mobilitätskonzepten nach Bundesländern (n=510)	103
Abbildung 52:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Mobilitätskonzepten nach Einwohnergrößen (n=510)	104
Abbildung 53:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Fußverkehrskonzepten nach Bundesländern (n=220)	106
Abbildung 54:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Fußverkehrskonzepten nach Einwohnergrößen (n=220).....	106
Abbildung 55:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Radverkehrskonzepten nach Bundesländern (n=679)	109
Abbildung 56:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Radverkehrskonzepten nach Einwohnergrößen (n=679).....	109
Abbildung 57:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema öffentlicher Personennahverkehr nach Bundesländern (n=373).....	111
Abbildung 58:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema öffentlicher Personennahverkehr nach Einwohnergrößen (n=373)	112
Abbildung 59:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Elektromobilitätskonzepten nach Bundesländern (n=335)....	114
Abbildung 60:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Elektromobilitätskonzepten nach Einwohnergrößen (n=335)	114

Abbildung 61:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung nach Bundesländern (n=211).....	117
Abbildung 62:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung nach Einwohnergrößen (n=211)	117
Abbildung 63:	Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept und mit keiner Angabe zu Klimaschutzkonzepten nach Bundesländern (n=403)	119
Abbildung 64:	Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept und mit keiner Angabe zu Klimaschutzkonzepten nach Einwohnergrößen (n=403)	120
Abbildung 65:	Klimaschutzzielstellungen von Kommunen – vorhanden und in Erarbeitung (n=2.284)	122
Abbildung 66:	Anzahl an vorhandenen und in Erarbeitung befindlichen Klimaschutzzielstellungen nach Bundesländern (n=2.284)....	123
Abbildung 67:	Anzahl an vorhandenen und in Erarbeitung befindlichen Klimaschutzzielstellungen nach Einwohnergrößen (n=2.284)	124
Abbildung 68:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Bundesländern (n=672) ...	126
Abbildung 69:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Einwohnergrößen (n=672)	126
Abbildung 70:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Kommunenform (n=672) .	127
Abbildung 71:	Beispielhafter Einblick in THG-Minderungsziele von Kommunen mit Neutralitätsziel (n=9).....	128
Abbildung 72:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Bundesländern (n=618).....	129
Abbildung 73:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Einwohnergrößen (n=618)	130
Abbildung 74:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Kommunenform (n=617).....	130
Abbildung 75:	Verwendete Neutralitätsbegriffe (n=600).....	131
Abbildung 76:	Definition der thematisierten Neutralitätsbegriffe.....	132
Abbildung 77:	Zieljahre für Neutralitätsziele (n=407)	132
Abbildung 78:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Bundesländern (n=317)	133
Abbildung 79:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Einwohnergrößen (n=317) ..	134
Abbildung 80:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Kommunenform (n=317)	135

Abbildung 81:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Bundesländern (n=424).....	136
Abbildung 82:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Einwohnergrößen (n=424)	136
Abbildung 83:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Kommunenform (n=424)	137
Abbildung 84:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Bundesländern (n=253)	138
Abbildung 85:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Einwohnergrößen (n=253)	138
Abbildung 86:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Kommunenform (n=253)	139
Abbildung 87:	Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzziele und mit keiner Angabe zu Klimaschutzz Zielen nach Bundesländern (n=551)..	140
Abbildung 88:	Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzziel und mit keiner Angabe zu Klimaschutzz Zielen nach Einwohnergrößen (n=551)	140
Abbildung 89:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Klimanotstandsbeschlüssen nach Bundesländern (n=106)....	142
Abbildung 90:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Klimanotstandsbeschlüssen nach Einwohnergrößen (n=106)	142
Abbildung 91:	Auswirkungen der Klimanotstandsbeschlüsse	143
Abbildung 92:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimawirkungsprüfungen nach Bundesländern (n=342)	144
Abbildung 93:	Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimawirkungsprüfungen nach Einwohnergrößen (n=342) ...	144
Abbildung 94:	Nutzung von Monitoring-Formaten (n=1.553).....	146
Abbildung 95:	Anzahl an Kommunen mit Treibhausgasbilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) (n=708).....	147
Abbildung 96:	Anzahl an Kommunen mit THG-Bilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) nach Bundesländern (n=708)	148
Abbildung 97:	Anzahl an Kommunen mit THG-Bilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) nach Einwohnergrößen (n=708)	148
Abbildung 98:	Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz nach Bundesländern (n=468)	150

Abbildung 99:	Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz nach Einwohnergrößen (n=468).....	150
Abbildung 100:	Verwendete Bilanzierungsstandards in der Entwicklung zwischen erster (innen) und aktuellster (außen) Bilanz der Kommunen (n=468).....	152
Abbildung 101:	Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungstool der aktuellsten Bilanz nach Bundesländern (n=468).....	153
Abbildung 102:	Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungstool der aktuellsten Bilanz nach Einwohnergrößen (n=468)	154
Abbildung 103:	Verwendete Bilanzierungstools in der Entwicklung zwischen erster (innen) und aktuellster (außen) Bilanz der Kommunen (n=468)	155
Abbildung 104:	Erstellungsjahr der ersten THG-Bilanz (n=257)	157
Abbildung 105:	Erstellungsjahr der aktuellsten THG-Bilanz (n=496).....	158
Abbildung 106:	Anzahl an Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=649)	159
Abbildung 107:	Anzahl an Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=649)	160
Abbildung 108:	Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=604)	161
Abbildung 109:	Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=604)	162
Abbildung 110:	Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Bericht nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=536)	163
Abbildung 111:	Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Bericht nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=536)	164
Abbildung 112:	Jahr der aktuellsten Klimaschutz-Berichte je Kommune (n=230)	165
Abbildung 113:	Anzahl an Kommunen mit Modal Split nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch erster Modal Split in Erstellung) (n=304)	166
Abbildung 114:	Anzahl an Kommunen mit Modal Split nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch erster Modal Split in Erstellung) (n=304)	166
Abbildung 115:	Eigengesetzte Standards für die kommunale Verwaltung – vorhanden oder in Planung (n=2.690).....	168

Abbildung 116:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – gesamt.....	168
Abbildung 117:	Anzahl vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – Teil 1.....	169
Abbildung 118:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – Teil 2	169
Abbildung 119:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – gesamt	170
Abbildung 120:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – Teil 1.....	170
Abbildung 121:	Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – Teil 2.....	171
Abbildung 122:	Zieljahre für die Neutralitätsziele der kommunalen Verwaltungen (nur vorhandene Ziele) (n=427).....	172
Abbildung 123:	Verwendete Neutralitätsbegriffe für die Zielstellungen der Kommunalverwaltungen (vorhanden und in Planung) (n=659)	173
Abbildung 124:	Bewertete Intensität (Qualität und Quantität) der Klimaschutz-Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und kommunalen Unternehmen (n=579).....	174
Abbildung 125:	Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Bundesländern (n=1.073)	175
Abbildung 126:	Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Einwohnergrößen (n=1.073).....	175
Abbildung 127:	Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Kommunenform (n=1.073)	176
Abbildung 128:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Stromnetzen nach Bundesländern (n=1.413)	177
Abbildung 129:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Stromnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.413)	178
Abbildung 130:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Wärmenetzen nach Bundesländern (n=1.440)	179
Abbildung 131:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Wärmenetzen nach Einwohnergrößen (n=1.440)	180
Abbildung 132:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur nach Bundesländern (n=1.402)	181
Abbildung 133:	Kommunale Pläne zum Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur nach Einwohnergrößen (n=1.402).....	182
Abbildung 134:	Kommunale Pläne zum Rückbau von Gasnetzen nach Bundesländern (n=1.349)	183
Abbildung 135:	Kommunale Pläne zum Rückbau von Gasnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.349)	184

Abbildung 136:	Kommunale Pläne zur Umnutzung von Gasnetzen nach Bundesländern (n=1.368)	185
Abbildung 137:	Kommunale Pläne zur Umnutzung von Gasnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.368)	185
Abbildung 138:	Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Bundesländern (n=202)	187
Abbildung 139:	Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Einwohnergrößen (n=202)	187
Abbildung 140:	Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Kommunenform (n=202)	188
Abbildung 141:	Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Bundesländern (n=322)	189
Abbildung 142:	Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Einwohnergrößen (n=322)	189
Abbildung 143:	Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Kommunenform (n=322)	190
Abbildung 144:	Qualität der Radverkehrswege nach Bundesländern (n=1.438)	191
Abbildung 145:	Qualität der Radverkehrswege nach Einwohnergrößen (n=1.438)	192
Abbildung 146:	Quantität der Radverkehrswege nach Bundesländern (n=1.449)	193
Abbildung 147:	Quantität der Radverkehrswege nach Einwohnergrößen (n=1.449)	193
Abbildung 148:	Qualität der Radabstellanlagen nach Bundesländern (n=1.276)	194
Abbildung 149:	Qualität der Radabstellanlagen nach Einwohnergrößen (n=1.276)	195
Abbildung 150:	Quantität der Radabstellanlagen nach Bundesländern (n=1.291)	196
Abbildung 151:	Quantität der Radabstellanlagen nach Einwohnergrößen (n=1.291)	196
Abbildung 152:	Berücksichtigung von Klimaschutz in kommunalen Planungsinstrumenten (n=1.553)	197
Abbildung 153:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Flächennutzungsplanung nach Bundesländern (n=1.256)	199
Abbildung 154:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Flächennutzungsplanung nach Einwohnergrößen (n=1.256)	200
Abbildung 155:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Verkehrsplanung nach Bundesländern (n=1.180)	202
Abbildung 156:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Verkehrsplanung nach Einwohnergrößen (n=1.180)	203

Abbildung 157:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Bauleitplanung nach Bundesländern (n=1.258)	205
Abbildung 158:	Intensität von Klimaschutzbelangen in der Bauleitplanung nach Einwohnergrößen (n=1.258)	206
Abbildung 159:	Intensität von Klimaschutzbelangen in städtebaulichen Verträgen nach Bundesländern (n=1.146)	208
Abbildung 160:	Intensität von Klimaschutzbelangen in städtebaulichen Verträgen nach Einwohnergrößen (n=1.146).....	209
Abbildung 161:	Anzahl an Kommunen mit kommunalen, überkommunalen und geplanten Solardachkatastern nach Bundesländern (n=959)	211
Abbildung 162:	Anzahl an Kommunen mit kommunalen, überkommunalen und geplanten Solardachkatastern nach Einwohnergrößen (n=959)	212
Abbildung 163:	Anzahl an Kommunen mit kommunalen und überkommunalen Solardachkatastern nach Kommunenform (n=873)	213
Abbildung 164:	Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts, um Klimaschutz anzuweisen (n=1.145)	214
Abbildung 165:	Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Bundesländern (n=1.145)	215
Abbildung 166:	Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Einwohnergrößen (n=1.145).....	216
Abbildung 167:	Anteil kommunaler Fläche unter Parkraumbewirtschaftung nach Kommunenanzahl (n=794).....	217
Abbildung 168:	Eigeneinschätzung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen (n=1.553).....	218
Abbildung 169:	Gute und sehr gute Eigenbewertung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen nach Themenfeldern	219
Abbildung 170:	Negative und eher negative Eigenbewertung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen nach Themenfeldern	220
Abbildung 171:	Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Themenfeldern (n=1.553)	221
Abbildung 172:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Gesundheit nach Bundesländern (n=1.264).....	222
Abbildung 173:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Gesundheit nach Einwohnergrößen (n=1.264)	223
Abbildung 174:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Barrierefreiheit nach Bundesländern (n=1.275)	224
Abbildung 175:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Barrierefreiheit nach Einwohnergrößen (n=1.275)	225
Abbildung 176:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz nach Bundesländern (n=1.283).....	226

Abbildung 177:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz nach Einwohnergrößen (n=1.283)	227
Abbildung 178:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Ressourcenschutz nach Bundesländern (n=1.289).....	228
Abbildung 179:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Ressourcenschutz nach Einwohnergrößen (n=1.289)	229
Abbildung 180:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Naturschutz nach Bundesländern (n=1.317).....	230
Abbildung 181:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Naturschutz nach Einwohnergrößen (n=1.317)	231
Abbildung 182:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung nach Bundesländern (n=1.308)	232
Abbildung 183:	Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung nach Einwohnergrößen (n=1.308).....	233
Abbildung 184:	Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen (n=2.259)	234
Abbildung 185:	Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Bundesländern (n=2.259)	235
Abbildung 186:	Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Einwohnergrößen (n=2.259)	236
Abbildung 187:	Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen (n=1.500)	239
Abbildung 188:	Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen nach Bundesländern (n=1.500)	240
Abbildung 189:	Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen nach Einwohnergrößen (n=1.500).....	241
Abbildung 190:	Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen (n=838)	242
Abbildung 191:	Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen nach Bundesländern (n=838)	243
Abbildung 192:	Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen nach Einwohnergrößen (n=838).....	244
Abbildung 193:	Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen	245
Abbildung 194:	Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen (n=1.397)	246
Abbildung 195:	Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Bundesländern (n=1.393)	247
Abbildung 196:	Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Einwohnergrößen (n=1.397)	248

Abbildung 197:	Bewertung inwiefern ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.462)	250
Abbildung 198:	Bewertung inwiefern ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.462)	251
Abbildung 199:	Bewertung inwiefern mehr Personal helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.455).....	253
Abbildung 200:	Bewertung inwiefern mehr Personal helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.455) .	254
Abbildung 201:	Bewertung inwiefern ein stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.417).....	256
Abbildung 202:	Bewertung inwiefern ein stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.417) .	257
Abbildung 203:	Bewertung inwiefern eine stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten Ebenen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.421).....	259
Abbildung 204:	Bewertung inwiefern eine stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten Ebenen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.421) .	260
Abbildung 205:	Bewertung inwiefern Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.414)	262
Abbildung 206:	Bewertung inwiefern Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.414).....	263
Abbildung 207:	Bewertung inwiefern mehr Handlungsspielraum für Kommunen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.414)	265
Abbildung 208:	Bewertung inwiefern mehr Handlungsspielraum für Kommunen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.414)	266
Abbildung 209:	Bewertung inwiefern mehr Fördergelder helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.457).....	268
Abbildung 210:	Bewertung inwiefern mehr Fördergelder helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.457) .	269
Abbildung 211:	Bewertung inwiefern einfachere Förderbedingungen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.466)	271

Abbildung 212:	Bewertung inwiefern einfachere Förderbedingungen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.466)	272
Abbildung 213:	Bewertung inwiefern mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.394)	274
Abbildung 214:	Bewertung inwiefern mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.394).....	275

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vorhandensein von Plänen für klimaschutzrelevante Infrastrukturbereiche (n=1.553).....	36
Tabelle 2:	Anzahl und Arten von Kommunen nach Bundesländern, Stand 30.09.2022 (n=12.306)	57
Tabelle 3:	Anzahl Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in Deutschland, Stand 31.12.2021 (n=10.789)	58
Tabelle 4:	Vollständige Teilnahme von Kommunen nach Bundesländern in Anzahl und Anteil an vorhandener Kommunenform je Bundesland (n=1.553).....	61
Tabelle 5:	Vollständige Teilnahme nach Gemeindegrößenklassen und damit abgedeckte Bevölkerung (n=1.553)	63
Tabelle 6:	Partielle Teilnahme von Kommunen nach Bundesländern und Kommunenform (n=415).....	65
Tabelle 7:	Anzahl teilnehmender Kommunen mit Personal für den Klimaschutz nach Bundesländern (n=842)	81
Tabelle 8:	Verschneiden der Befragungs- und Förderdaten zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal	85
Tabelle 9:	Querbezug zwischen Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen [in Prozent]	90
Tabelle 10:	Anteil an teilnehmenden Kommunen bei denen verschiedene Konzeptarten vorhanden sind, nach Kommunenform [in Prozent]	91
Tabelle 11:	Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) nach Kommunenform (n=1.553)	93
Tabelle 12:	Querbezug zwischen Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	94

Tabelle 13:	Querbezug zwischen Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) und Neutralitätszielen (n=1.553)	94
Tabelle 14:	Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten nach Kommunenform (n=1.553)	96
Tabelle 15:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	97
Tabelle 16:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten und Neutralitätszielen (n=1.553).....	97
Tabelle 17:	Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) nach Kommunenform (n=1.553)	99
Tabelle 18:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	99
Tabelle 19:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) und Neutralitätszielen (n=1.553) ..	99
Tabelle 20:	Vorhandensein von Wärmekonzepten nach Kommunenform (n=1.553)	102
Tabelle 21:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Wärmekonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	102
Tabelle 22:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Wärmekonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553).....	102
Tabelle 23:	Vorhandensein von Mobilitätskonzepten nach Kommunenform (n=1.553)	104
Tabelle 24:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Mobilitätskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	105
Tabelle 25:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Mobilitätskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553).....	105
Tabelle 26:	Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten nach Kommunenform (n=1.153).....	107
Tabelle 27:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	107
Tabelle 28:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553).....	107
Tabelle 29:	Vorhandensein von Radverkehrskonzepten nach Kommunenform (n=1.553).....	110
Tabelle 30:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Radverkehrskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	110
Tabelle 31:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Radverkehrskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)	110

Tabelle 32:	Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten nach Kommunenform (n=1.553)	112
Tabelle 33:	Querbezug zwischen Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553).....	113
Tabelle 34:	Querbezug zwischen Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten und Neutralitätszielen (n=1.553).....	113
Tabelle 35:	Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten nach Kommunenform (n=1.553).....	115
Tabelle 36:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	115
Tabelle 37:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)	115
Tabelle 38:	Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) nach Kommunenform (n=1.553)	118
Tabelle 39:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)	118
Tabelle 40:	Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) und Neutralitätszielen (n=1.553).....	118
Tabelle 41:	Kommunen ohne Klimaschutzkonzept nach Kommunenform (n=403)	120
Tabelle 42:	Vorhandensein von Personal für den Klimaschutz bei Kommunen ohne Klimaschutzkonzept (n=403)	121
Tabelle 43:	Vorhandensein von Neutralitätszielen bei Kommunen ohne Klimaschutzkonzept (n=403)	121
Tabelle 44:	Querbezug zwischen Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzz Zielen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen [in Prozent]	125
Tabelle 45:	Kommunen ohne Klimaschutzz Ziel nach Kommunenform (n=551)	141
Tabelle 46:	Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bei Kommunen ohne Klimaschutzz Ziel (n=551).....	141
Tabelle 47:	Querbezug zwischen Kommunen mit THG-Bilanz und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=708)	149
Tabelle 48:	Verwendeter Bilanzierungsstandard für erste (n=231) und aktuellste Bilanz (n=468)	151
Tabelle 49:	Verwendete Bilanzierungstools für erste (n=235) und aktuellste Bilanz (n=468)	152

Tabelle 50:	Verwendete Bilanzierungstools gekoppelt mit verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz (n=443)	155
Tabelle 51:	Querbezug zwischen Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=649).....	160
Tabelle 52:	Querbezug zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=604).....	162
Tabelle 53:	Querbezug zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Bericht und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=536)	164
Tabelle 54:	Querbezug zwischen Kommunen mit Modal Split und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=304)	167
Tabelle 55:	Vorhandensein von Plänen für klimaschutzrelevante Infraukturbereiche (n=1.553).....	176
Tabelle 56:	Infraukturbereiche mit fehlender Relevanz für die jeweilige Kommunenform	186
Tabelle 57:	Eigenbewertung der Qualität und Quantität der Radverkehrsinfrastruktur (n=1.553).....	190
Tabelle 58:	Planungsinstrumente mit fehlender Relevanz für die jeweilige Kommunenform	197
Tabelle 59:	Querbezug zwischen Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.436)	201
Tabelle 60:	Querbezug zwischen Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.413).....	201
Tabelle 61:	Querbezug zwischen Einsatz der Verkehrsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.418)	204
Tabelle 62:	Querbezug zwischen Einsatz der Verkehrsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.395)	204
Tabelle 63:	Querbezug zwischen Einsatz der Bauleitplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.431)	206
Tabelle 64:	Querbezug zwischen Einsatz der Bauleitplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.409)	207
Tabelle 65:	Querbezug zwischen Einsatz städtebaulicher Verträge für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.410)	209

Tabelle 66:	Querbezug zwischen Einsatz städtebaulicher Verträge für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.384)	210
Tabelle 67:	Querbezug zwischen der Nutzung von Solardachkatastern und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.509).....	213
Tabelle 68:	Querbezug zwischen der Nutzung von Solardachkatastern und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.478)	213
Tabelle 69:	Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.145)	216
Tabelle 70:	Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Kommunenform (n=2.258).....	237
Tabelle 71:	Querbezug zwischen Teilnahme an Wettbewerben sowie Klimaschutz-Aktionen und Klimaschutzpersonal (n=2.259)...	238
Tabelle 72:	Querbezug zwischen Teilnahme an Wettbewerben sowie Klimaschutz-Aktionen und Neutralitätszielen (n=2.259).....	238
Tabelle 73:	Was würde den Kommunen helfen mehr Klimaschutz umzusetzen (n=1.553)	244
Tabelle 74:	Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Kommunenform (ohne Bezirke) (n=1.396).....	248
Tabelle 75:	Querbezug zwischen der Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen und Klimaschutzpersonal (n=1.393)	249
Tabelle 76:	Querbezug zwischen der Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen und Neutralitätszielen (n=1.379)	249
Tabelle 77:	Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (ohne Bezirke) (n=1.461)	251
Tabelle 78:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.457)	252
Tabelle 79:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.433).....	252
Tabelle 80:	Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.454).....	254
Tabelle 81:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.450)	255
Tabelle 82:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.429)	255

Tabelle 83:	Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.416)	257
Tabelle 84:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.412)	258
Tabelle 85:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.392).....	258
Tabelle 86:	Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.420).....	260
Tabelle 87:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.416).....	261
Tabelle 88:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.394)	261
Tabelle 89:	Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.413)	263
Tabelle 90:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.409)	264
Tabelle 91:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.386).....	264
Tabelle 92:	Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.413)	266
Tabelle 93:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.409)	267
Tabelle 94:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.386).....	267
Tabelle 95:	Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.456)	269
Tabelle 96:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.452)....	269
Tabelle 97:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.429)	270
Tabelle 98:	Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.465).....	272

Tabelle 99:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.461)	272
Tabelle 100:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.438).....	273
Tabelle 101:	Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.393)	275
Tabelle 102:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.390)	276
Tabelle 103:	Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.368).....	276

Abkürzungsverzeichnis

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BISKO	Bilanzierungssystematik Kommunal
B-Mob-KV	Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
CO₂	Kohlenstoffdioxid
CO_{2e}	Kohlenstoffdioxid Äquivalente
Destatis	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
GHGP	Greenhouse Gas Protocol
HB	Bremen
HE	Hessen
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
KSM	Klimaschutzmanagement
KW	Kalenderwoche
kWP	Kommunale Wärmeplanung
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NKI	Nationale Klimaschutzinitiative
NW	Nordrhein-Westfalen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
THG	Treibhausgase
THGN	Treibhausgasneutralität
UBA	Umweltbundesamt, Dessau

Zusammenfassung

Mit der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“ möchten wir einen Beitrag leisten den Wissensstand zum kommunalen Klimaschutz in Deutschland zu verbessern.

Zielgruppe der Befragung waren alle kreisfreien Städte, Landkreise, kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Bezirke (in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg). In der Summe ergibt dies mit Stand September 2022 12.306 Verwaltungseinheiten, die im vorliegenden Bericht als Zielgruppe „Kommune“ definiert werden.

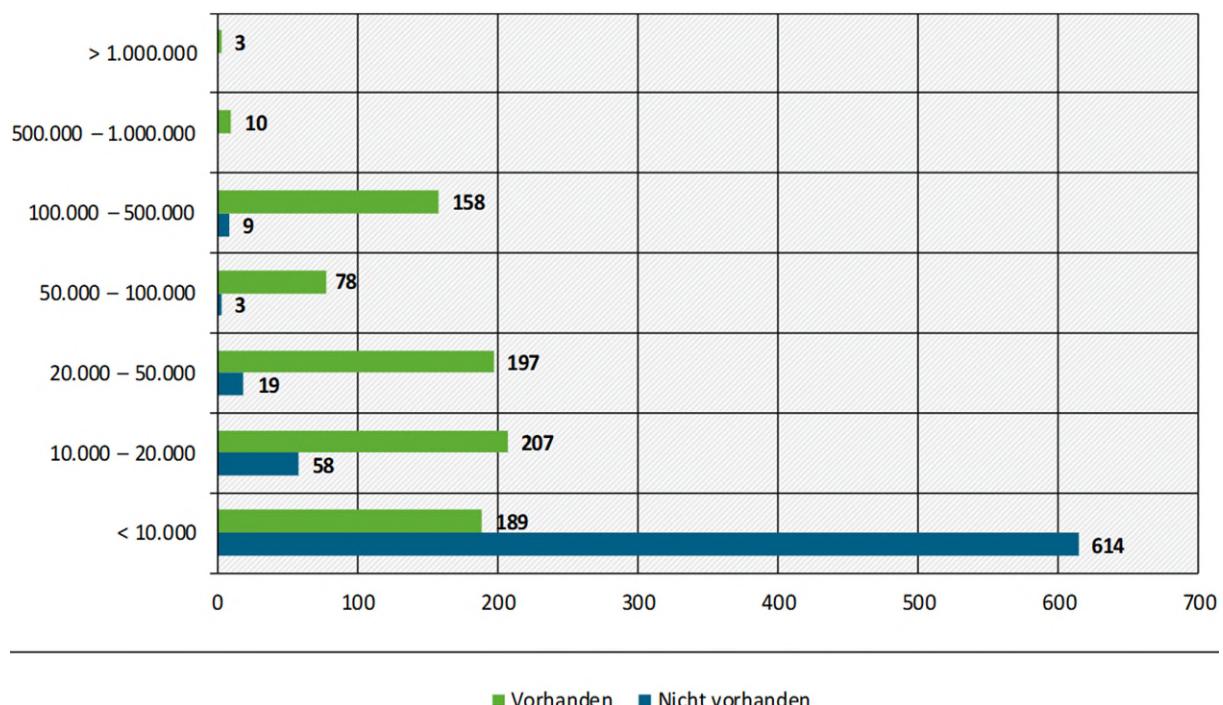
Insgesamt haben 1.553 Kommunen vollständig an der Befragung teilgenommen. Sie untergliedern sich in 1.323 kreisangehörige Städte und Gemeinden, 158 Landkreise, 59 kreisfreie Städte, zwölf Gemeindeverbände und einen Bezirk. Über alle Kommunenformen hinweg haben 12,6 % der deutschen Kommunen die Befragung vollständig abgeschlossen.

Hier werden einige zentrale Ergebnisse nach Themenfeldern untergliedert zusammengefasst.

Personal

Von den 1.553 Kommunen haben 842 Klimaschutzpersonal, dies entspricht knapp 54 % der teilnehmenden Kommunen. 703 Kommunen haben kein Klimaschutzpersonal und acht machten keine Angabe. Abbildung 1 zeigt die Aufteilung auf die Einwohnergrößenklassen und verdeutlicht, dass mit zunehmender Kommunengröße der Anteil an Kommunen mit Klimaschutzpersonal signifikant zunimmt. Unter den 13 größten teilnehmenden Kommunen gibt es keine ohne Klimaschutzpersonal, wohingegen nur etwa 30 % der Kommunen unter 10.000 Einwohnenden Klimaschutzpersonal haben.

Abbildung 1: Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=1.545)



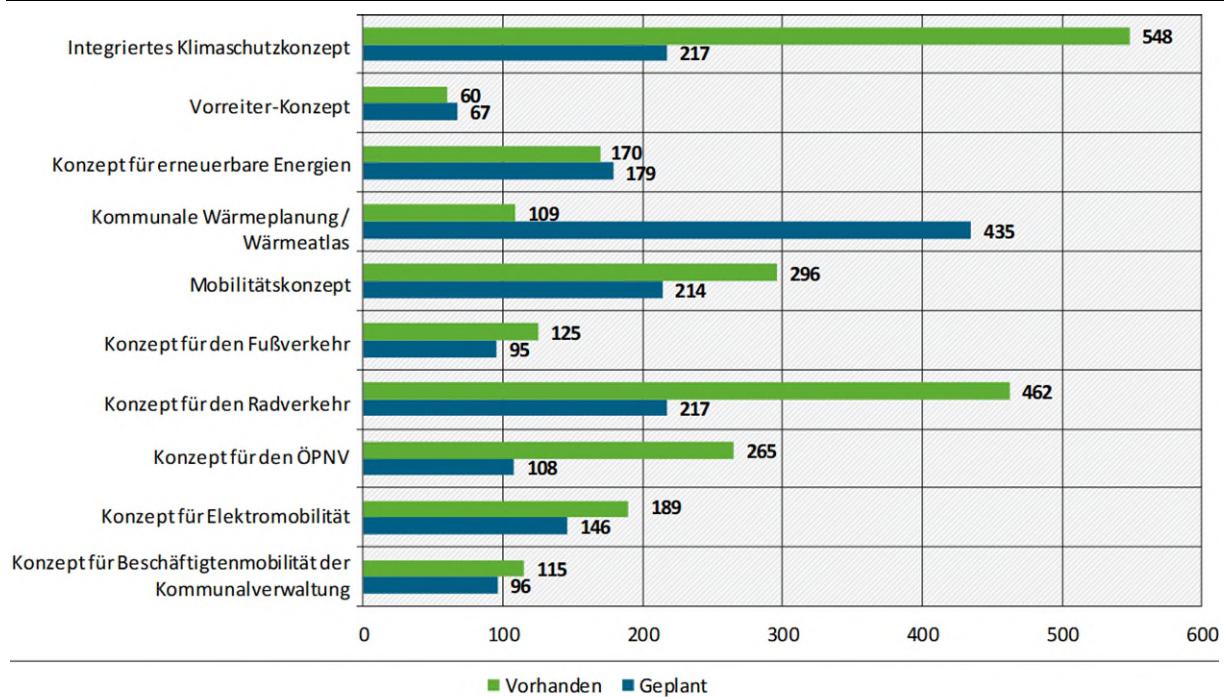
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimaschutzkonzepte

Wir haben die Kommunen nach vorhandenen und konkret geplanten Klimaschutzkonzepten befragt, wobei wir zehn unterschiedliche Konzeptarten abgefragt haben. 313 der befragten Kommunen haben und planen kein Klimaschutzkonzept, 90 machten keine Angaben. 1.150 Kommunen haben oder planen mindestens eines der abgefragten Klimaschutzkonzepte.

Abbildung 2 zeigt die Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten aufgeteilt in die abgefragten Konzeptarten. Da viele Kommunen mehrere Klimaschutzkonzepte haben bzw. planen gibt es mit insgesamt 4.113 deutlich mehr Konzepte als teilnehmende Kommunen.

Abbildung 2: Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten (n=4.113)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

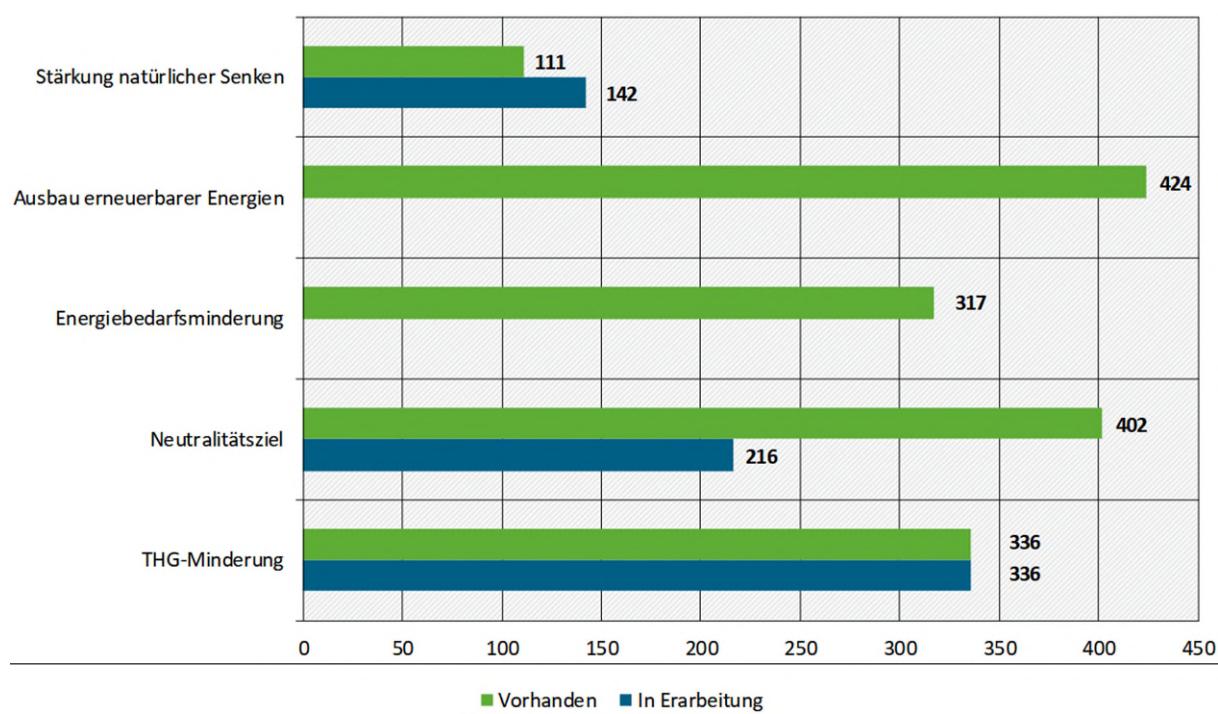
Klimaschutzziele

Wir haben die Kommunen nach fünf Klimaschutzzielstellungen gefragt, die sich auf die Gesamtkommune beziehen. Auf die 992 Kommunen mit mindestens einer bestehenden oder geplanten Klimaschutzzielstellung verteilen sich insgesamt 2.284 Klimaschutzziele.

Abbildung 3 zeigt die bestehenden und in Erarbeitung befindlichen Ziele der Kommunen. In der Summe aus bereits vorhandenen Zielen und Zielen, die aktuell erstellt werden, ist die Treibhausgasminderung das am weitesten verbreitete Ziel (672), dicht gefolgt von den Neutralitätszielen (618). Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien (424), zur Energiebedarfsminderung (317) und zur Stärkung der natürlichen Senken (253) sind in weniger Kommunen verankert. Innerhalb dieser drei Zielstellungen ist eine sehr unterschiedliche Dynamik zu erkennen: 142 Kommunen erstellen aktuell Ziele zur Stärkung der natürlichen Senken – mehr als bisher eine Zielstellung für diesen Themenbereich haben. Hingegen erstellt aktuell keine der 1.553 Kommunen eine explizite Zielstellung für die Minderung des Energiebedarfs oder zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Der Begriff „Neutralitätsziel“ fasst alle Zielstellungen zur Treibhausgas-, CO₂- oder Klimaneutralität zusammen.

Abbildung 3: Klimaschutzzielstellungen von Kommunen – vorhanden und in Erarbeitung (n=2.284)

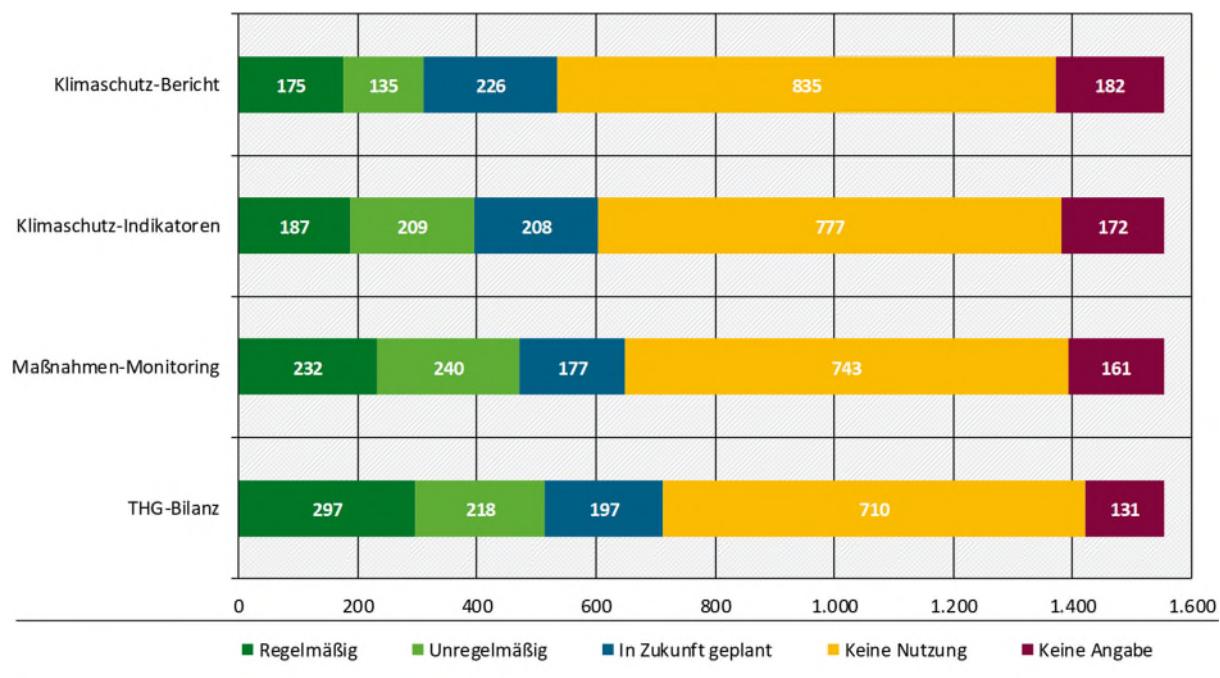


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Monitoring

Um einen Eindruck in das Klimaschutz-Monitoring der Kommunen zu erhalten, haben wir abgefragt, ob eine THG-Bilanz, ein Maßnahmen-Monitoring, Klimaschutz-Indikatoren, Klimaschutzberichte oder andere Monitoring-Formate eingesetzt werden. Von den 1.553 Kommunen setzen sich 896 aktuell oder für die Zukunft mit dem Thema Klimaschutz-Monitoring auseinander (mindestens eines der Formate wird aktuell genutzt oder soll in der Zukunft zum Einsatz kommen). 426 Kommunen nutzen mindestens eines der Formate regelmäßig, was im Rahmen der Befragung als mindestens alle drei Jahre definiert wurde. 92,5 % dieser Kommunen hat Personal für den Klimaschutz.

In der Summe aus regelmäßiger und unregelmäßiger Nutzung ist die THG-Bilanz das am weitesten verbreitete Format (515), gefolgt vom Maßnahmen-Monitoring (472), den Indikatoren (396) und dem Klimaschutz-Bericht (310). Die genaue Nutzungsverteilung der Monitoring-Formate zeigt Abbildung 4.

Abbildung 4: Nutzung von Monitoring-Formaten (n=1.553)

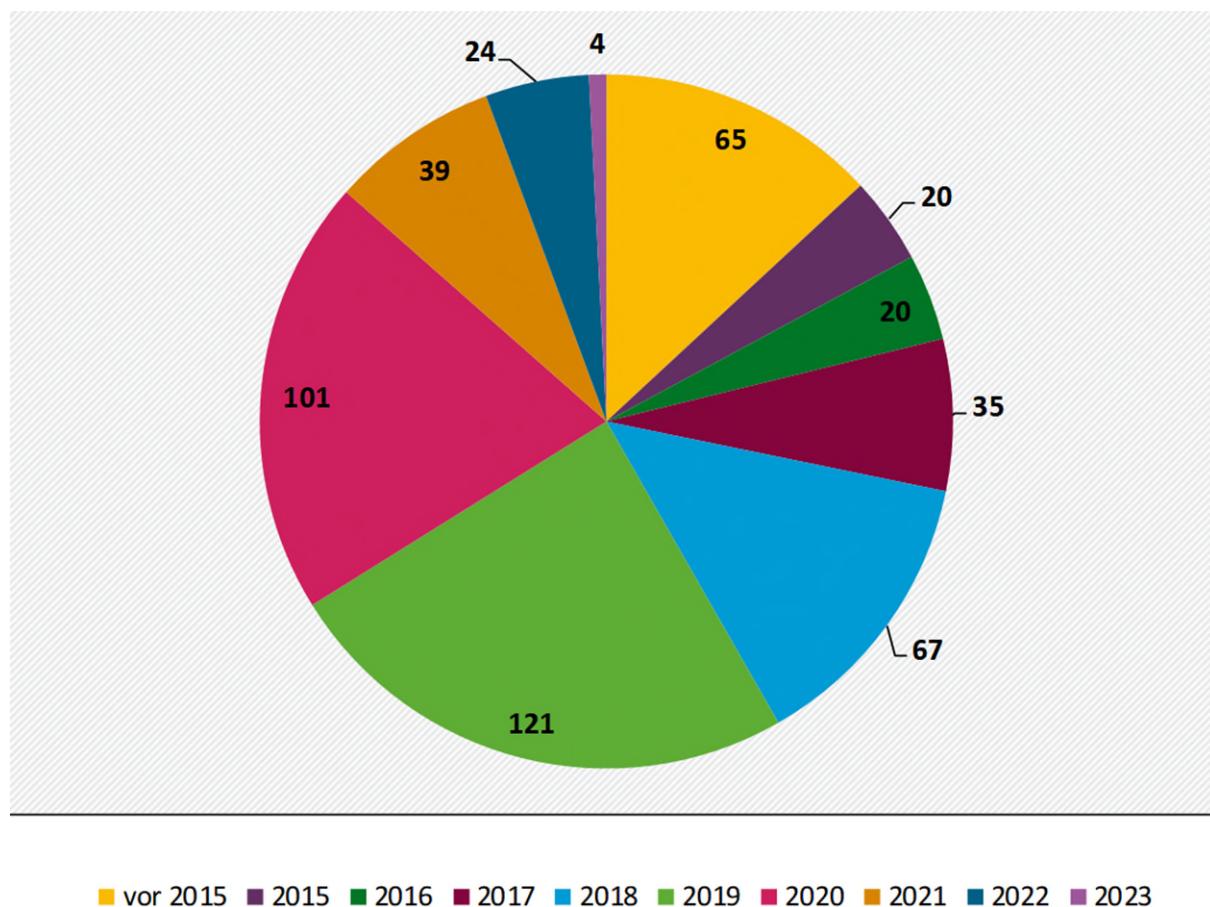
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Treibhausgasbilanz

Von den 1.553 Kommunen machten 63 keine Angabe zur Bilanzierung, 782 Kommunen gaben an noch keine THG-Bilanz aufgestellt zu haben. Von den restlichen 708 Kommunen erstellen aktuell 155 ihre erste THG-Bilanz, 241 haben bisher einmalig eine Bilanz aufgestellt und 312 haben bereits mehrfach ihre THG-Emissionen bilanziert.

468 Kommunen gaben an mit welchem Standard ihre **aktuellste** THG-Bilanz erstellt wurde. Dies bezieht sich nur auf fertiggestellte Bilanzen, die Bilanzen die zum Zeitpunkt der Abfrage in Erstellung befindlich waren, sind hier nicht erfasst. 339 Kommunen (72,4 %) erstellten ihre aktuellste Bilanz nach der Bilanzierungssystematik Kommunal (BISKO), weitere 61 angelehnt an BISKO. Drei Kommunen nutzten das Greenhouse Gas Protocol (GHGP) und 65 Kommunen einen anderen Standard.

Abbildung 5 zeigt das Erstellungsjahr der aktuellsten THG-Bilanzen. Nur 85 Bilanzen sind aus dem Jahr 2015 oder älter. 168 Bilanzen sind aus dem Jahr 2020 und neuer.

Abbildung 5: Erstellungsjahr der aktuellsten THG-Bilanz (n=496)

■ vor 2015 ■ 2015 ■ 2016 ■ 2017 ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022 ■ 2023

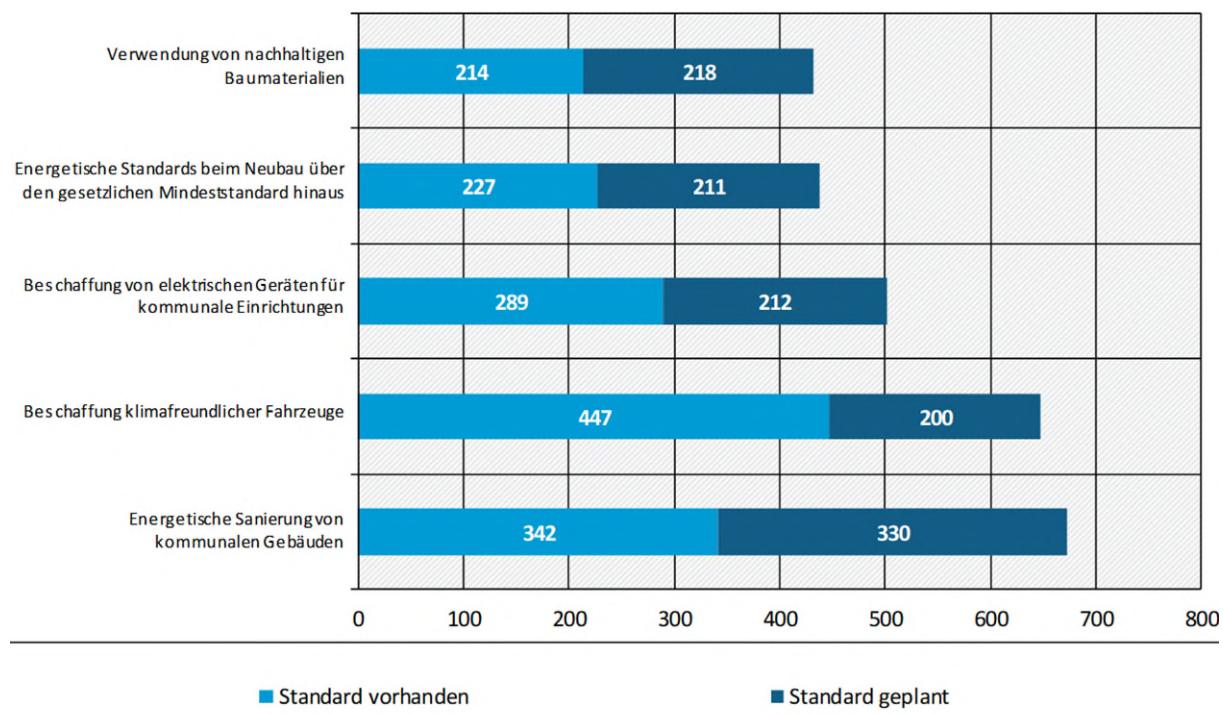
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimaschutz in der Kommunalverwaltung

430 der befragten Kommunen haben ein Neutralitätsziel für die kommunale Verwaltung (nicht deckungsgleich mit einem Neutralitätsziel für die Gesamtkommune), weitere 247 erarbeiten aktuell ein solches Neutralitätsziel. In 342 Kommunen sind kommunale Unternehmen in den Zielstellungen für die Verwaltung enthalten.

700 Kommunen haben sich mindestens einen Standard für die kommunale Verwaltung selbst gesetzt. In Abbildung 6 wird deutlich, dass in der Summe aus vorhanden und in Planung befindlich die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden (672) am häufigsten mit einem eigenen Standard unterlegt wird, dicht gefolgt von Vorgaben zur Beschaffung klimafreundlicher Fahrzeuge (647). Standards für die Beschaffung elektrischer Geräte (501), den Neubau kommunaler Gebäude (488) und die Verwendung nachhaltiger Baumaterialien (432) kommen etwas seltener zum Einsatz.

Abbildung 6: Eigengesetzte Standards für die kommunale Verwaltung – vorhanden oder in Planung

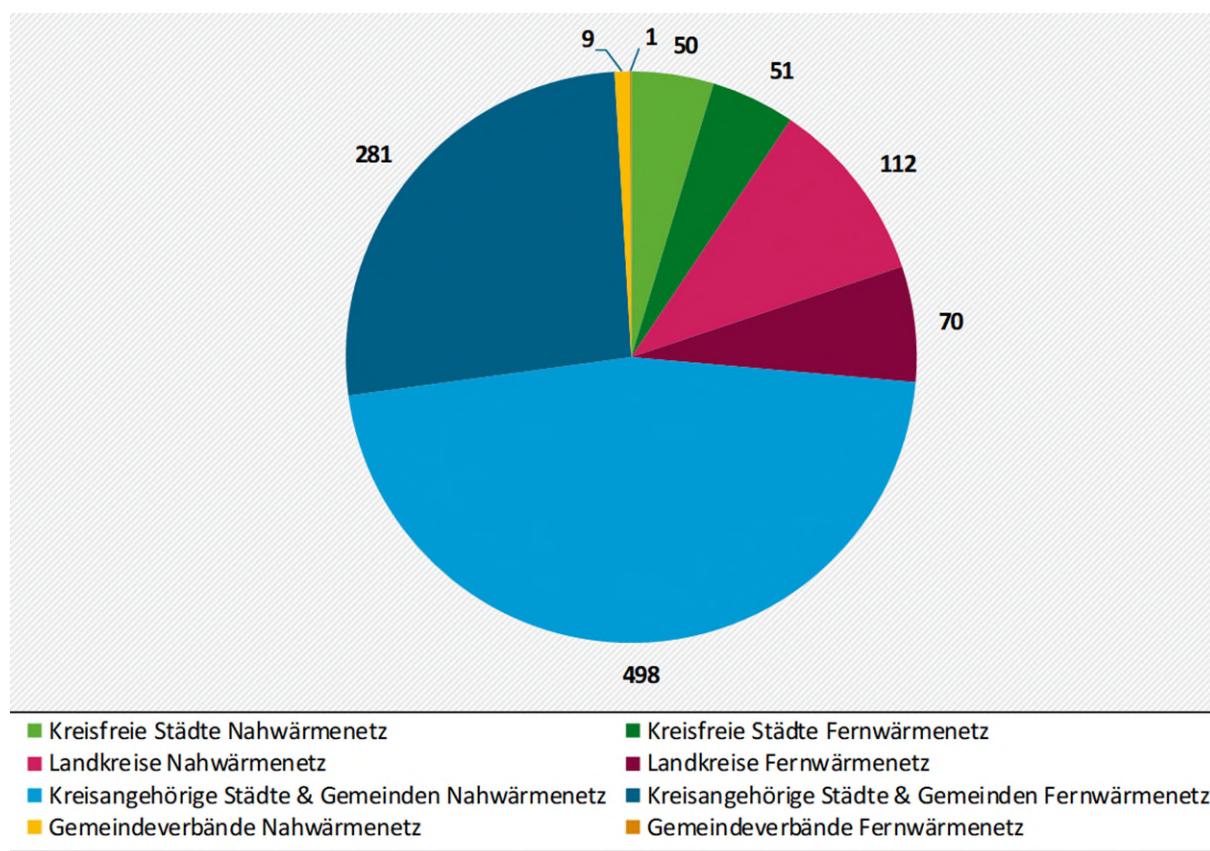


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimaschutz in der kommunalen Infrastruktur

Von den teilnehmenden Kommunen haben 404 ein Fernwärmennetz auf kommunalem Gebiet und 669 mindestens ein Nahwärmennetz. Abbildung 7 zeigt die Verteilungen auf die Kommunenform. Fast alle kreisfreien Städte, die an der Befragung teilgenommen haben, haben sowohl ein Fern- als auch mindestens ein Nahwärmennetz. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden überwiegen deutlich die Nahwärmennetze gegenüber den Fernwärmennetzen. Auch bei den Landkreisen und Gemeindeverbänden gibt es jeweils mehr Nahwärmennetze.

Abbildung 7: Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmemenet nach Kommunenform (n=1.073)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Neben dem Vorhandensein von Wärmenetzen haben wir die Kommunen gefragt, ob sie Pläne haben oder erstellen zu spezifischen Energieinfrastrukturbereichen. Tabelle 1 zeigt die Antworten der Kommunen bezogen auf Pläne zum Ausbau von Stromnetzen, Ausbau von Wärmenetzen, Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur, Rückbau von Gasnetzen und Umnutzung von Gasnetzen. Interessant sind dabei auch die Antwortmöglichkeiten „Das Thema ist relevant, aber nicht mit einem Plan hinterlegt“ und „Das Thema ist für die Kommunenform nicht relevant“.

Tabelle 1: Vorhandensein von Plänen für klimaschutzrelevante Infrastrukturbereiche (n=1.553)

	Ausbau von Stromnetzen	Ausbau von Wärmenetzen	Ausbau von Wasserstoff-Infrastruktur	Rückbau von Gasnetzen	Umnutzung von Gasnetzen
Plan vorhanden	95	120	28	6	12
Plan in Erstellung	194	394	124	34	72
Thema relevant, aber nicht mit einem Plan hinterlegt	660	516	468	296	431

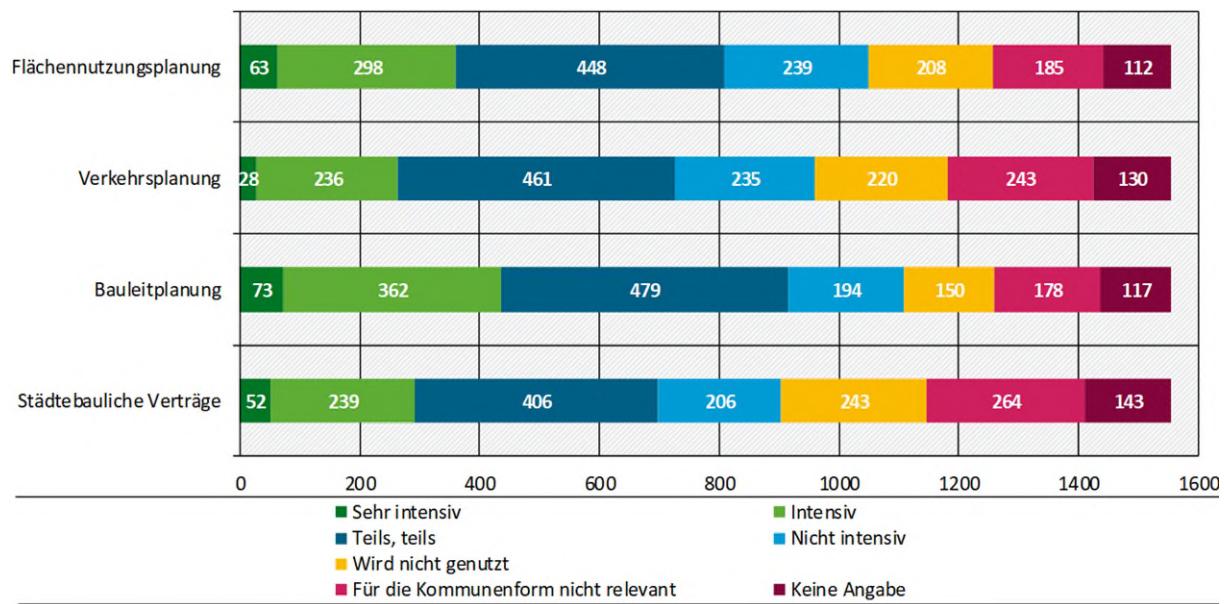
	Ausbau von Stromnetzen	Ausbau von Wärmenetzen	Ausbau von Wasserstoff-Infrastruktur	Rückbau von Gasnetzen	Umnutzung von Gasnetzen
Thema nicht relevant	139	130	335	518	404
Für die Kommunenform nicht relevant	325	280	447	495	449
Keine Angabe	140	113	151	204	185

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimaschutz in der kommunalen Planung

Um einen Einblick zu erhalten, wie intensiv die Kommunen ihre Planungshoheit für den Klimaschutz einsetzen, haben wir dies in Bezug auf die Flächennutzungs-, Verkehrs- und Bauleitplanung sowie städtebauliche Verträge abgefragt. In der Summe aus sehr intensiver und intensiver Nutzung wird die Bauleitplanung (435) am stärksten eingesetzt, um Klimaschutzbelaenge zu berücksichtigen, gefolgt von der Flächennutzungsplanung (361), den städtebaulichen Verträgen (291) und der Verkehrsplanung (264). Details zeigt Abbildung 8.

Abbildung 8: Berücksichtigung von Klimaschutz in kommunalen Planungsinstrumenten (n=1.553)

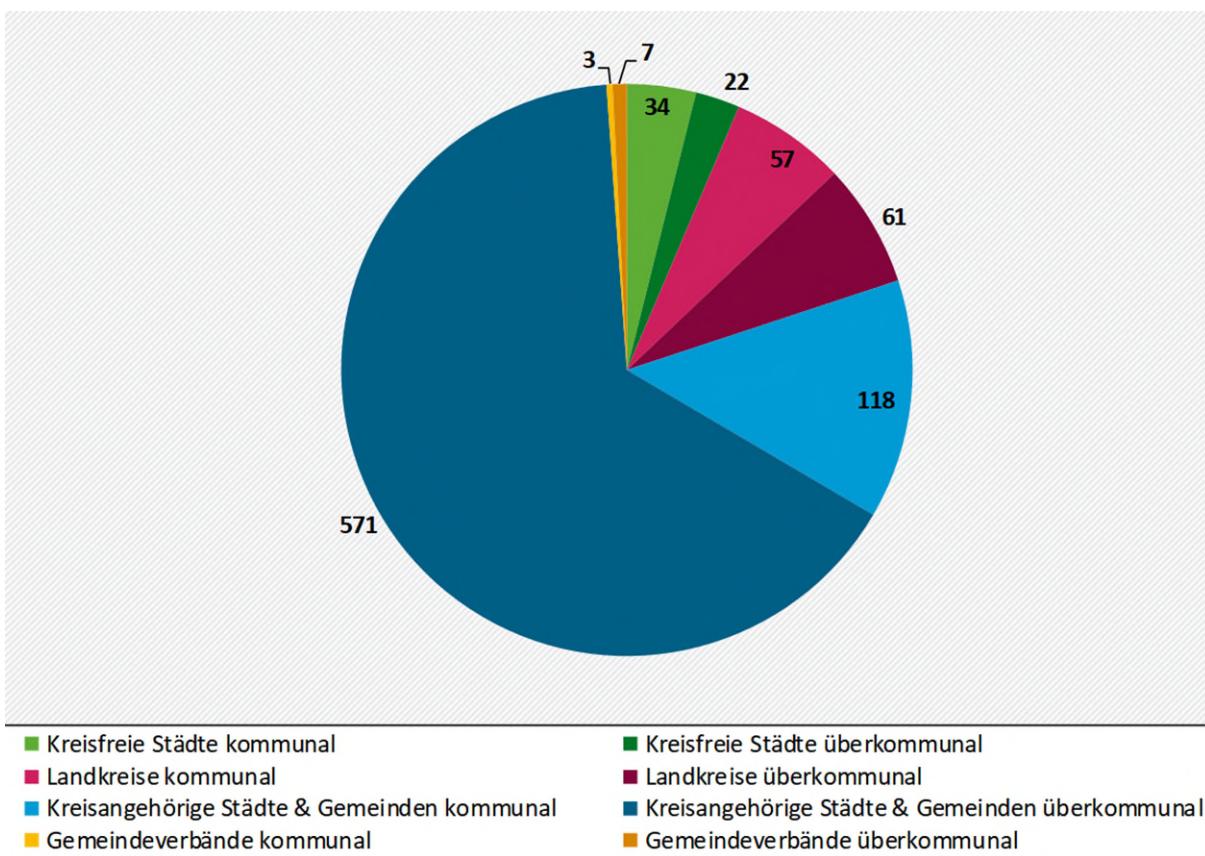


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Solardachkataster

In 212 der teilnehmenden Kommunen gibt es ein kommunales, in 662 Kommunen ein überkommunales Solardachkataster. Nur 85 Kommunen planen neue Solardachkataster zu erstellen. Abbildung 9 zeigt, dass kommunale und überkommunale Solardachkataster in kreisfreien Städten und Landkreisen jeweils ähnlich häufig zum Einsatz kommen. In kreisangehörigen Städten und Gemeinden hingegen überwiegen die überkommunalen Kataster deutlich.

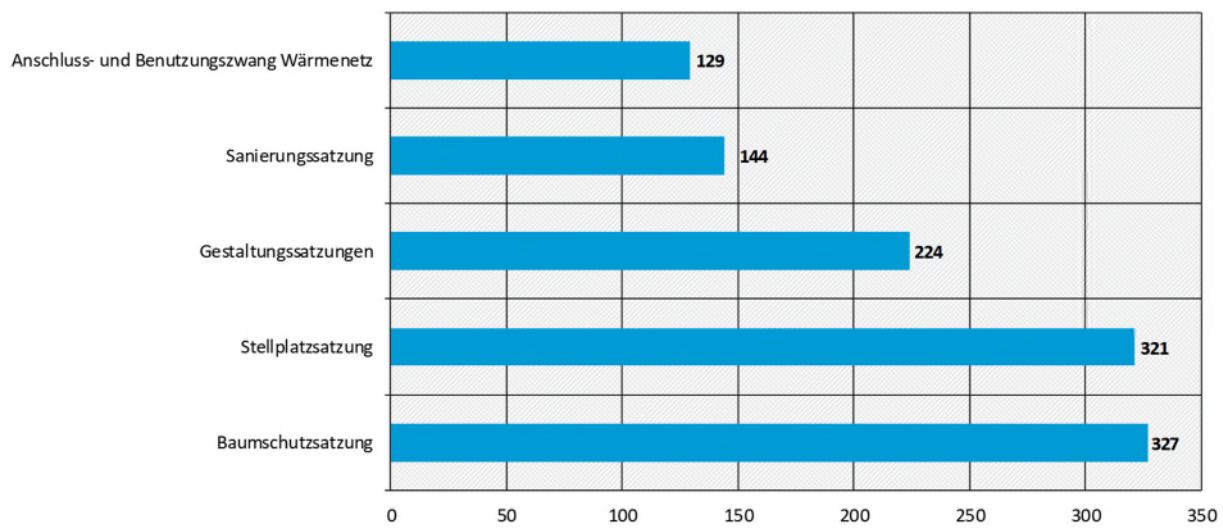
Abbildung 9: Anzahl an Kommunen mit kommunalen und überkommunalen Solardachkatastern nach Kommunenform (n=873)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimaschutz durch kommunales Ordnungsrecht

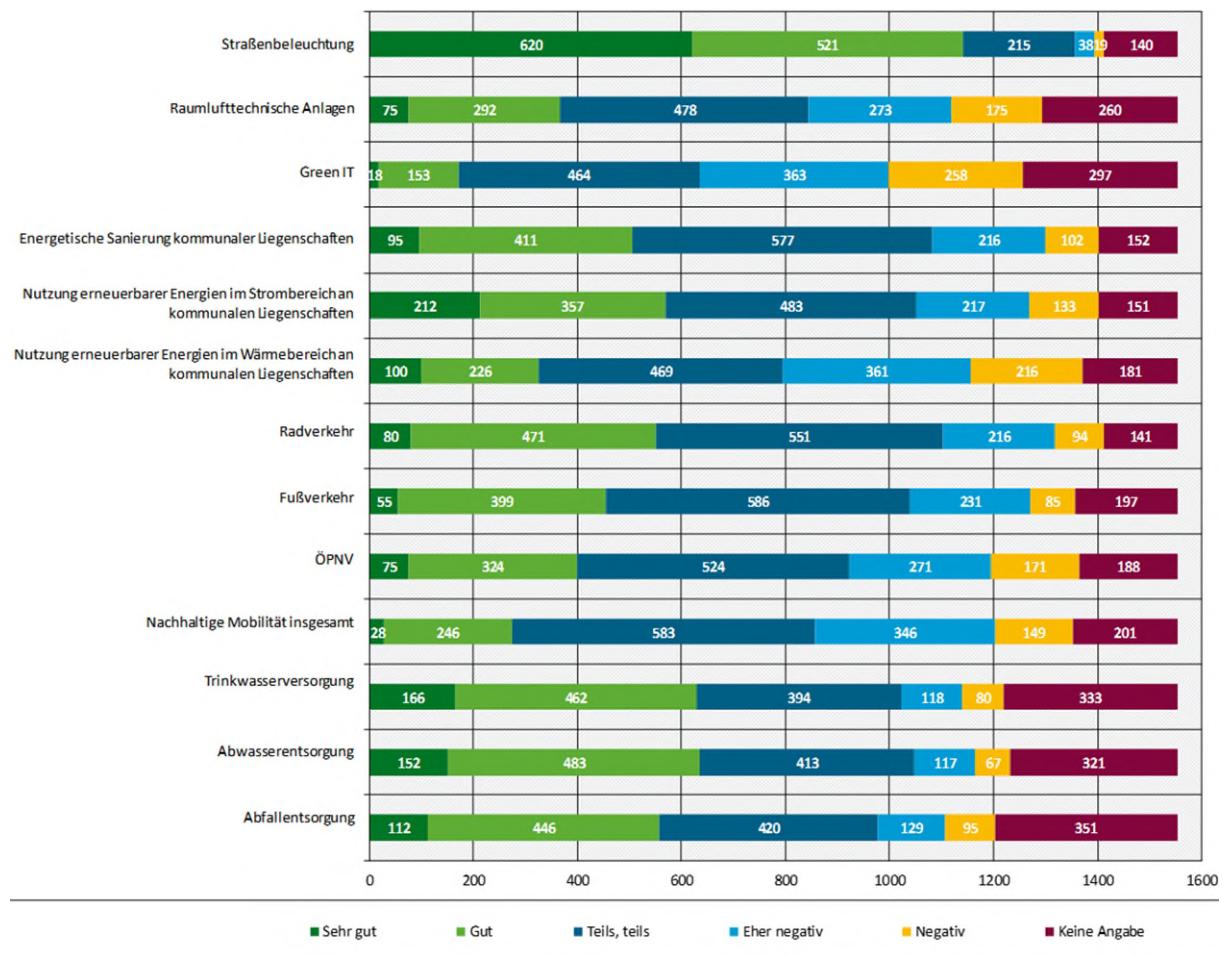
654 Kommunen gaben an Klimaschutz ordnungsrechtlich mit mindestens einer der abgefragten Instrumente anzuweisen, 749 Kommunen nutzen kein Ordnungsrecht für den Klimaschutz und 150 machten keine Angabe. Das am stärksten genutzte Ordnungsrecht für den Klimaschutz sind die Baumschutzsatzungen (327), dicht gefolgt von den Stellplatzsatzungen (321). Etwas weniger werden die Gestaltungssatzungen genutzt (224) und am wenigsten kommen Sanierungssatzungen (144) und der Anschluss- und Benutzungzwang an Wärmenetze (129) zum Einsatz. Details zeigt Abbildung 10.

Abbildung 10: Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts, um Klimaschutz anzuweisen (n=1.145)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Investive Klimaschutzmaßnahmen

In Abgrenzung zu den strategischen und planerischen Themen, die bisher im Fokus standen, haben wir die Kommunen um eine Selbsteinschätzung gebeten bezüglich der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen. Dabei haben wir jene Themenfelder abgefragt, die direkt durch die Kommune umgesetzt werden können. Abbildung 11 zeigt die vollständigen Antworten. Dabei wird deutlich, dass die Straßenbeleuchtung das mit Abstand am positivsten bewertete Themenfeld ist, 1.141 der 1.553 Kommunen (73,5 %) bewerten den Umsetzungsstand als sehr gut oder gut. Ebenfalls viele positive Bewertungen gibt es für Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Abwasserentsorgung (635), Trinkwasserversorgung (628), Nutzung erneuerbarer Energien im Strombereich an kommunalen Liegenschaften (569), Abfallentsorgung (558) und Radverkehr (551). Verglichen zur Straßenbeleuchtung bewerten allerdings nur etwa halb so viele Kommunen ihre Klimaschutz-Umsetzung in diesen Bereichen als gut und sehr gut.

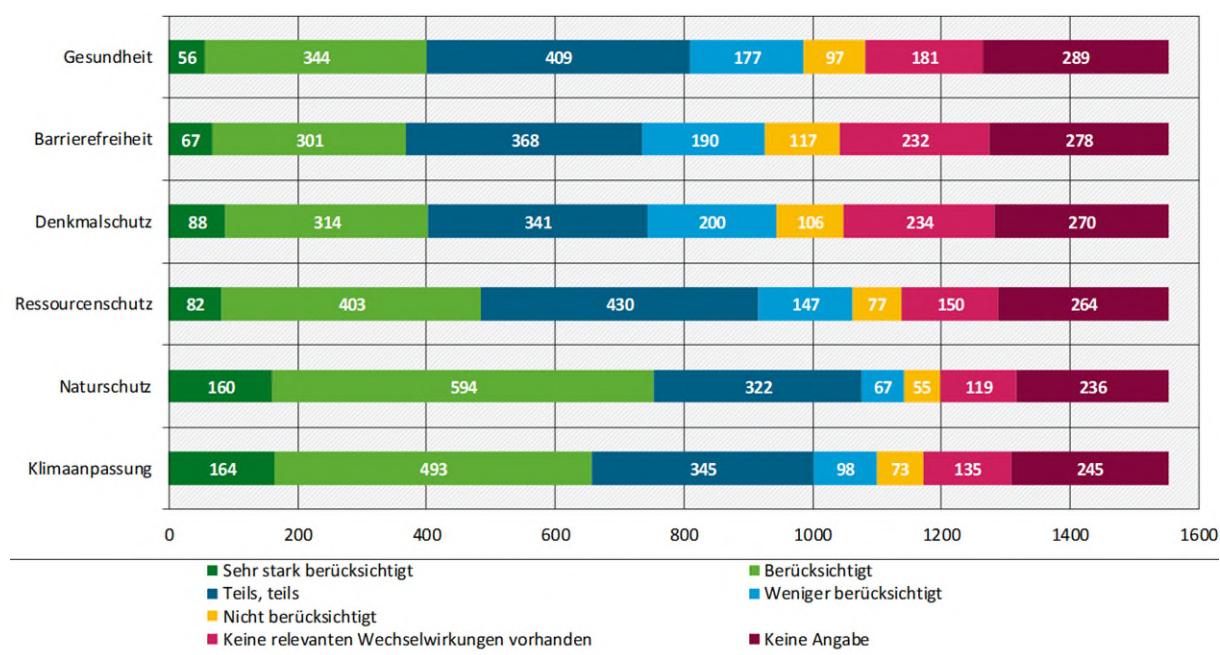
Abbildung 11: Eigeneinschätzung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Wechselwirkungen zwischen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Themenfeldern

Kommunale Klimaschutzmaßnahmen haben viele Querverbindungen zu anderen Themenfeldern. Abbildung 12 zeigt, dass besonders Klimaanpassung und Naturschutz Themenfelder sind, deren Wechselwirkungen zu den kommunalen Klimaschutzmaßnahmen sehr stark berücksichtigt werden. In etwa halb so vielen Kommunen wird der Ressourcenschutz und Denkmalschutz sehr stark berücksichtigt bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen. Gleichzeitig ist der Denkmalschutz das Themenfeld, bei dem die meisten Kommunen keinerlei Wechselwirkungen zu Klimaschutzmaßnahmen sehen.

Abbildung 12: Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Themenfeldern (n=1.553)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

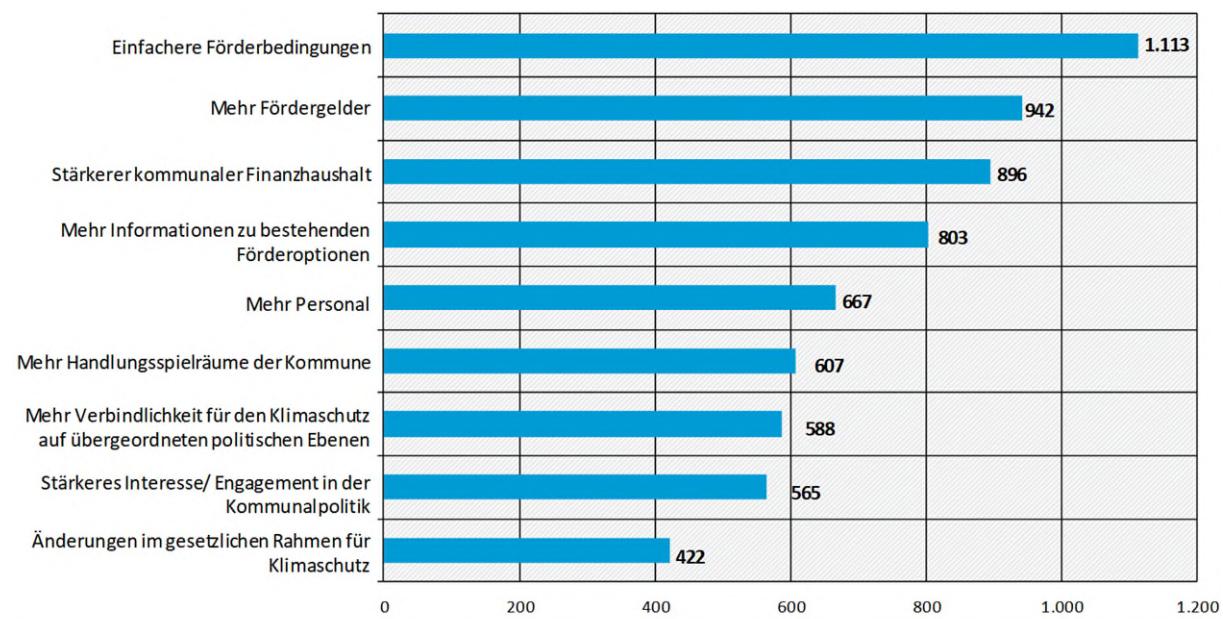
Ausblick der Kommunen – Änderungen für mehr Klimaschutz und politische Relevanz

Als Ausblick haben wir die Kommunen gefragt, welche Änderungen ihnen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen. Abbildung 13 zeigt wie viele Kommunen die verschiedenen abgefragten Änderungen als „Sehr hilfreich“ einschätzen. Dabei wird deutlich, dass insbesondere Finanzierungsaspekte und die Ausstattung mit Personal als sehr relevant eingeschätzt werden. Interessant ist, dass noch vor einer Mehrausstattung mit Geldern (stärkerer Finanzaushalt der Kommune (942) und mehr Fördergelder (803)) einfache Förderbedingungen die am häufigsten genannte Änderung ist, um mehr Klimaschutz zu ermöglichen. 1.113 Kommunen schätzen dies als sehr hilfreich ein.

Mehr Verbindlichkeit für Klimaschutz, Änderungen im gesetzlichen Rahmen oder mehr Handlungsspielräume der Kommunen werden ebenfalls häufig als sehr hilfreich benannt, scheinen aber weniger relevant zu sein, als Finanz- und Personalaspekte. Die am seltensten, aber immerhin noch von 422 Kommunen, genannte sehr hilfreiche Änderung betrifft die Unterstützung durch die Kommunalpolitik. Allerdings nennen dies weitere 613 Kommunen als hilfreich, sodass es in der Summe dennoch sehr stark als förderlicher Faktor benannt wird.

Abbildung 14 zeigt, wie die teilnehmenden Kommunen aktuell die Relevanz von Klimaschutz bei politischen Entscheidungen innerhalb ihrer Kommune einschätzen. In 542 Kommunen wird Klimaschutz als wichtig in aktuellen politischen Entscheidungen eingeschätzt, in weiteren 491 Kommunen hat es mittlere Relevanz (teils, teils). In gleichvielen Kommunen ist Klimaschutz aktuell sehr wichtig (155) bzw. weniger wichtig (154) bei politischen Entscheidungen. Nur in 55 Kommunen ist der Klimaschutz als nicht wichtig in politischen Entscheidungen eingestuft.

Abbildung 13: Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 14: Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen (n=1.397)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Summary

With the UBA municipal survey 'Climate protection in municipalities 2023', we want to contribute to improving the level of knowledge on municipal climate protection in Germany. The target group of the survey was all independent cities, counties, county-related cities and municipalities, municipal associations and city districts (in the city states of Berlin and Hamburg). In total, as of September 2022, this results in 12,306 administrative units, which are defined in this report as the target group 'municipalities'.

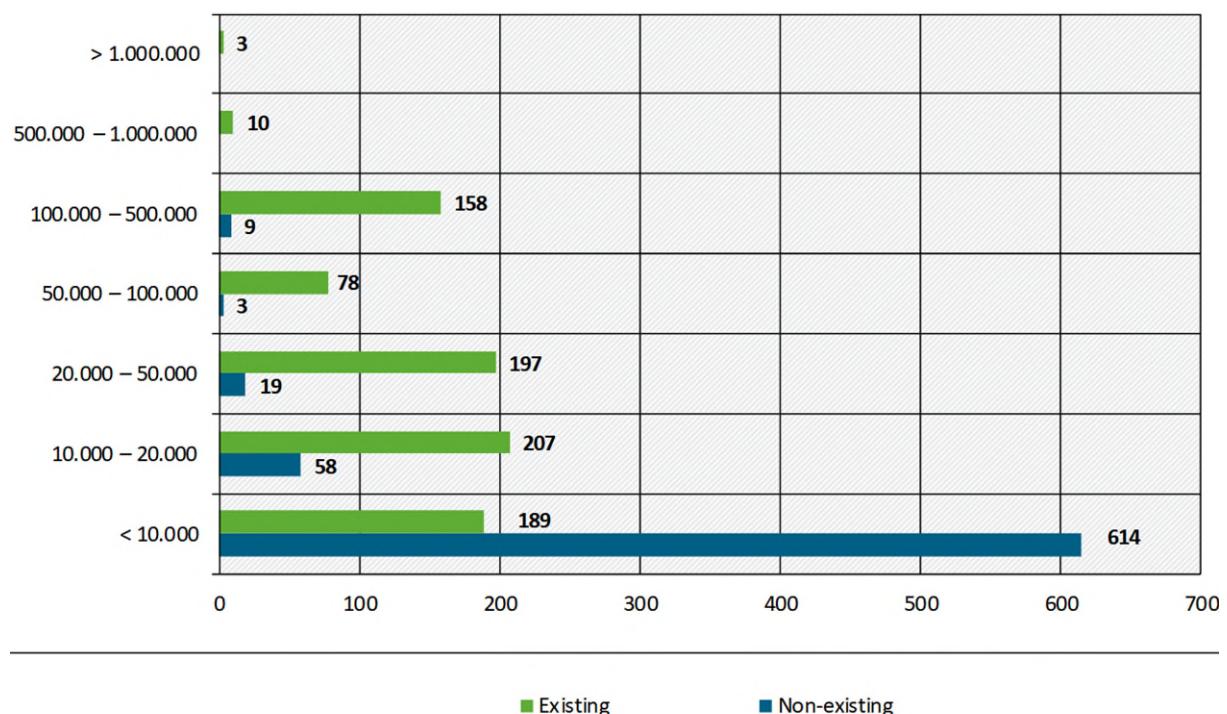
A total of 1,553 municipalities took part in the survey. They are subdivided into 1,323 district-related cities and municipalities, 158 counties, 59 independent cities, twelve municipal associations and one city district. Across all forms of municipalities, 12.6% of German municipalities completed the survey in full.

Here, some key findings are summarized by topic.

Personnel

Of the 1,553 municipalities, 842 have climate protection personnel, which corresponds to just under 54% of the participating municipalities. 703 municipalities have no climate protection personnel and eight did not provide any information. Figure 1 shows the distribution among the population size classes and illustrates that the proportion of municipalities with climate protection personnel increases significantly as the size of municipalities increases. Among the 13 largest participating municipalities, there are none without climate protection personnel, whereas only about 30% of municipalities with less than 10,000 residents have climate protection personnel.

Figure 1: Number of municipalities with and without climate protection personnel by population size (n=1,545)

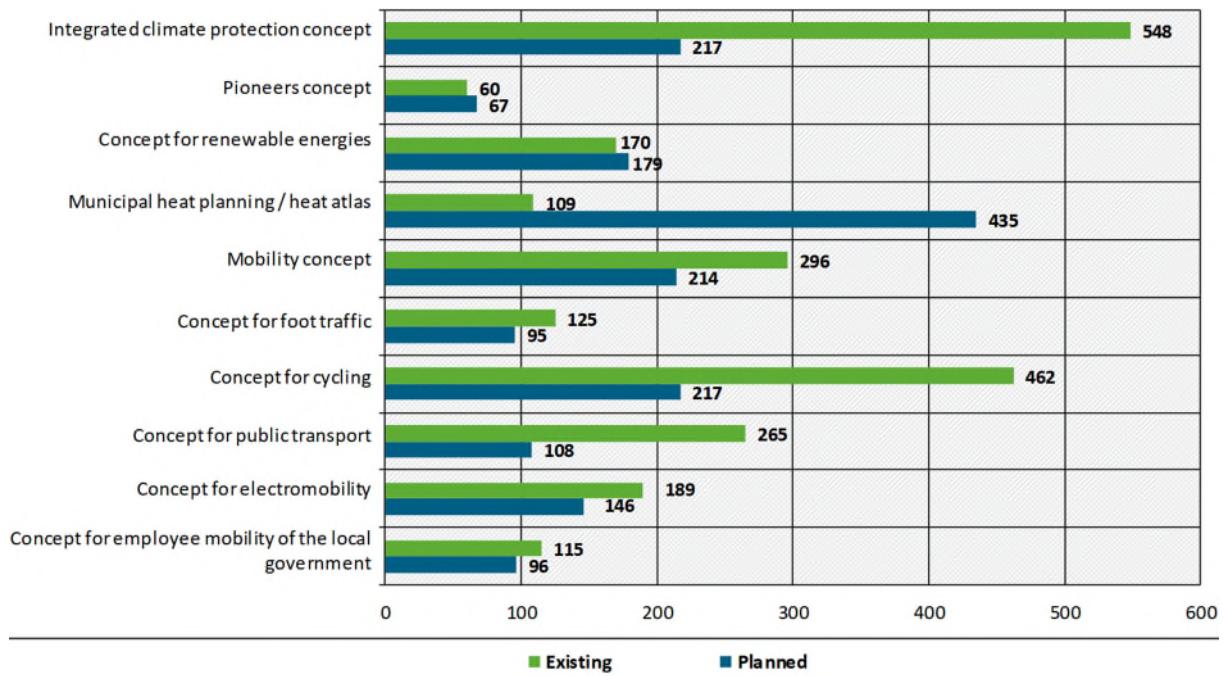


Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate protection concepts

We asked the municipalities about existing and concretely planned climate protection concepts, whereby we queried ten different types of concepts. 313 of the municipalities surveyed do not have and are not planning a climate protection concept, 90 did not provide any information. 1,150 municipalities have or plan at least one of the requested climate protection concepts. Figure 2 shows the number of existing and planned climate protection concepts divided into the requested concept types. Since many municipalities have or are planning several climate protection concepts, there are a total of 4,113 concepts – significantly more than participating municipalities.

Figure 2: Number of existing and planned climate protection concepts (n=4,113)



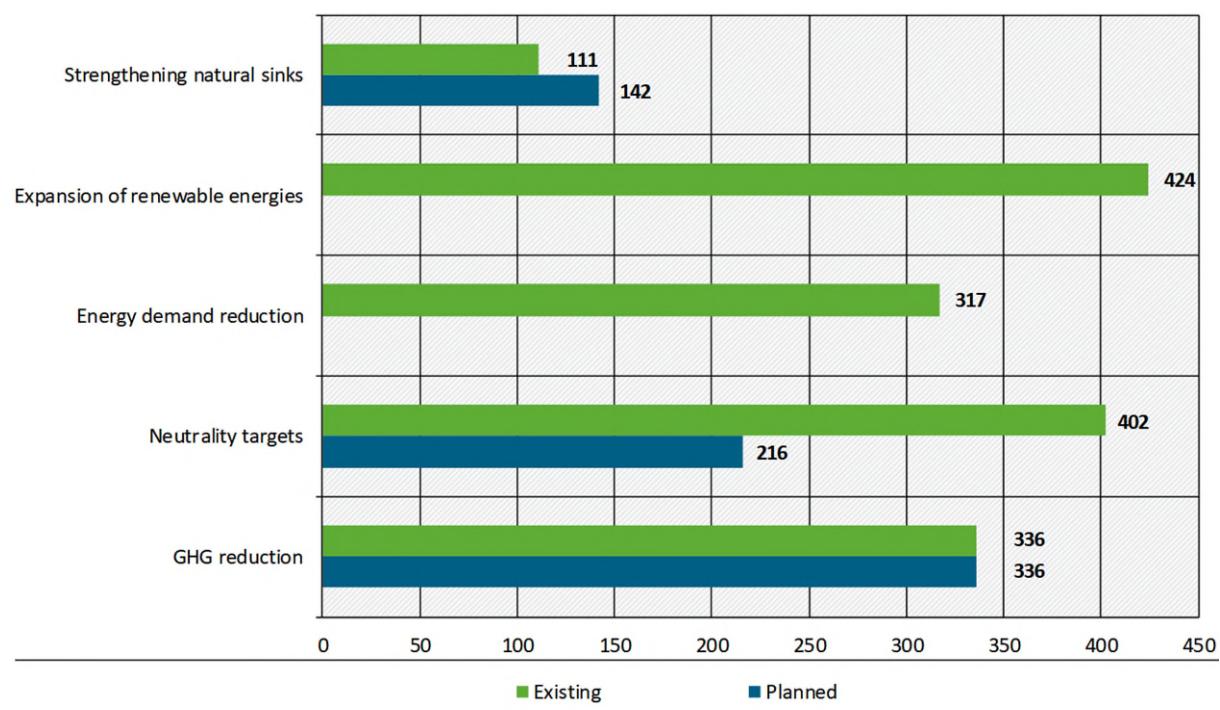
Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate change mitigation targets

We asked the municipalities about five climate protection goals that relate to the entire municipality. The 992 municipalities with at least one existing or planned climate protection target have a total of 2,284 climate protection goals.

Figure 3 shows the existing and planned goals of the municipalities. In the sum of existing targets and targets currently being set, greenhouse gas reduction is the most widespread target (672), closely followed by neutrality targets (618). Targets for the expansion of renewable energies (424), the reduction of energy demand (317) and the strengthening of natural sinks (253) are anchored in fewer municipalities. Within these three objectives, a very different dynamic can be seen: 142 municipalities are currently setting targets to strengthen the natural sinks. However, none of the 1,553 municipalities currently set an explicit target for reducing energy demand or expanding renewable energies.

The term 'neutrality target' summarises all greenhouse gas, CO₂ or climate neutrality targets.

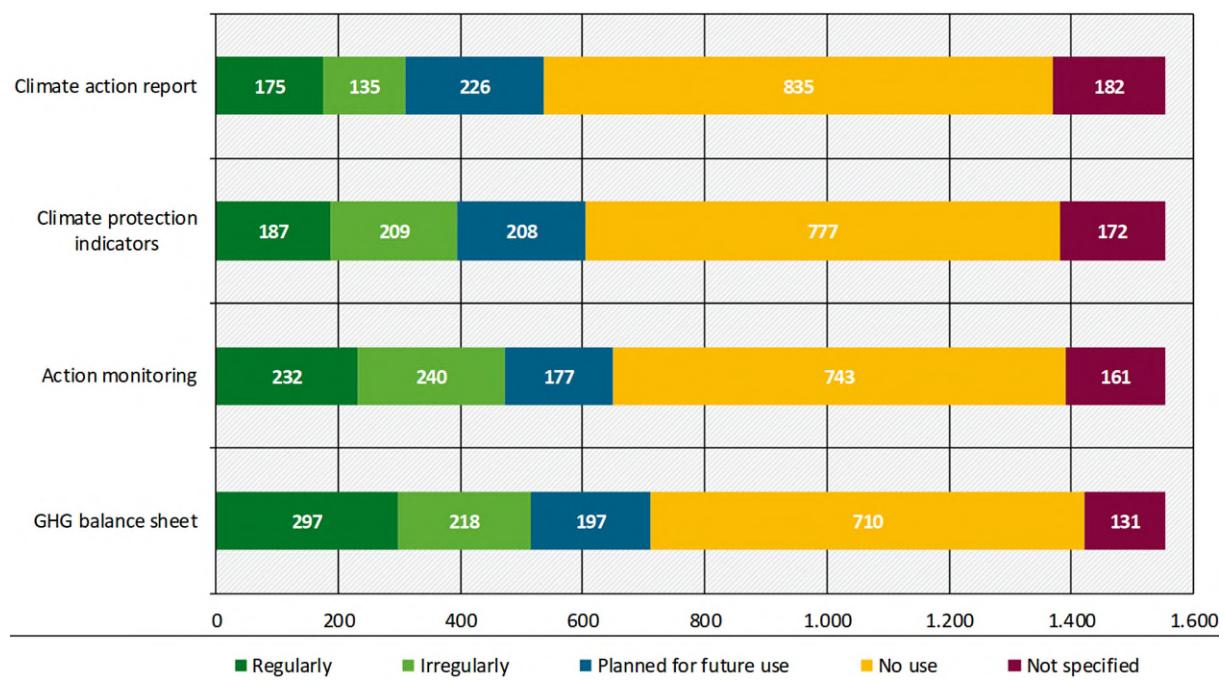
Figure 3: Climate protection targets of municipalities – existing and planned (n=2.284)

Source: Own presentation, German Environment Agency

Monitoring

In order to get an impression of the climate protection monitoring of the municipalities, we asked whether a GHG balance sheet, a action monitoring, climate protection indicators or climate protection reports are used. Of the 1,553 municipalities, 896 are currently or for the future dealing with the topic of climate protection monitoring (at least one of the formats is currently being used or is to be used in the future). 426 municipalities regularly use at least one of the formats, which was defined as at least every three years in the survey. 92.5% of these municipalities have personnel for climate protection.

In the sum of regular and irregular use, the GHG balance sheet is the most widely used format (515), followed by action monitoring (472), indicators (396) and the climate protection report (310). The exact usage distribution of the monitoring formats is shown in Figure 4.

Figure 4: Use of monitoring formats (n=1,553)

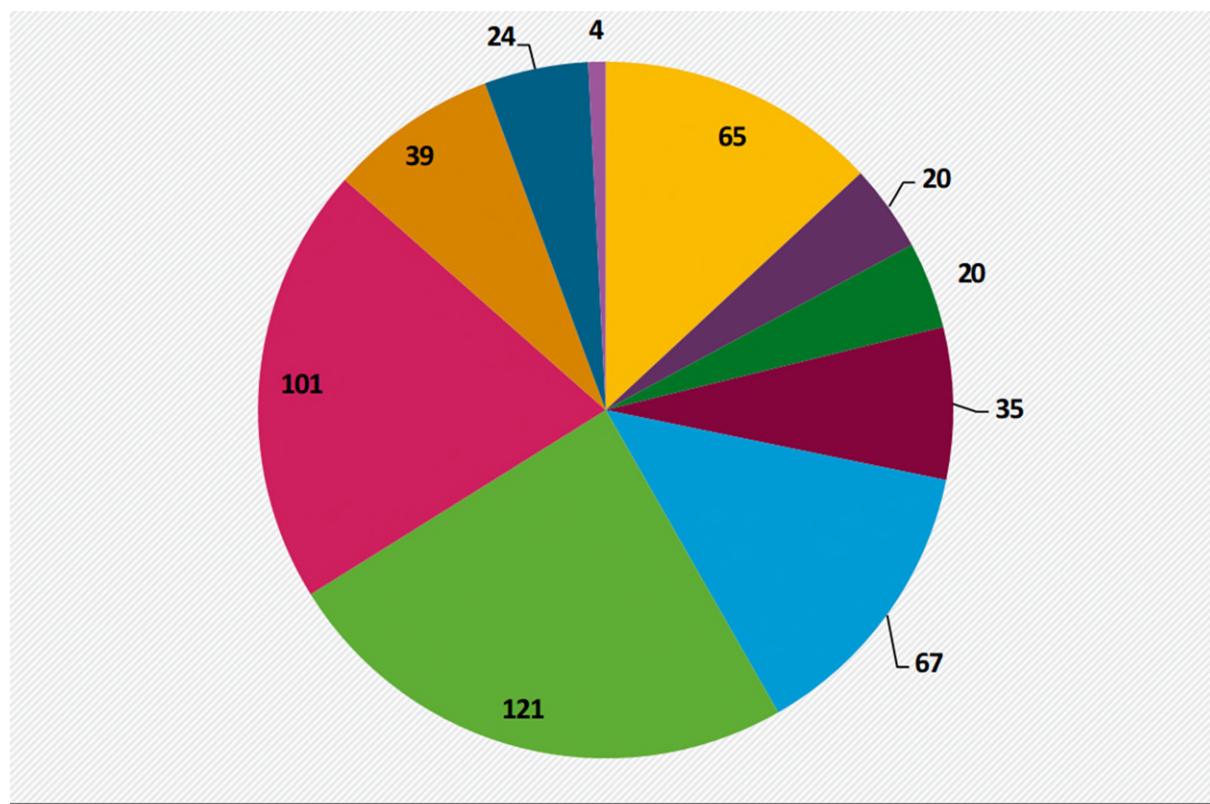
Source: Own presentation, German Environment Agency

Greenhouse gas balance

Of the 1,553 municipalities, 63 did not provide any information about GHG balancing, while 782 municipalities stated that they had not yet prepared a GHG balance sheet. Of the remaining 708 municipalities, 155 are currently preparing their first GHG balance sheet, 241 have so far prepared a GHG balance sheet once and 312 have already accounted for their GHG emissions several times.

468 municipalities indicated with which standard their most recent GHG balance sheet was created. This only applies to completed balance sheets, the balance sheets that were in preparation at the time of the query are not included here. 339 municipalities (72.4 %) prepared their most recent balance sheet according to the “Bilanzierungssystematik Kommunal” (BISKO), a further 61 based on BISKO. Three municipalities used the Greenhouse Gas Protocol (GHGP) and 65 municipalities used a different standard.

Figure 5 shows the year of compilation of the most recent GHG balances. Only 85 balance sheets are from 2015 or older. 168 balance sheets are from 2020 and newer.

Figure 5: Year of compilation of the most recent GHG balance sheet (n=496)

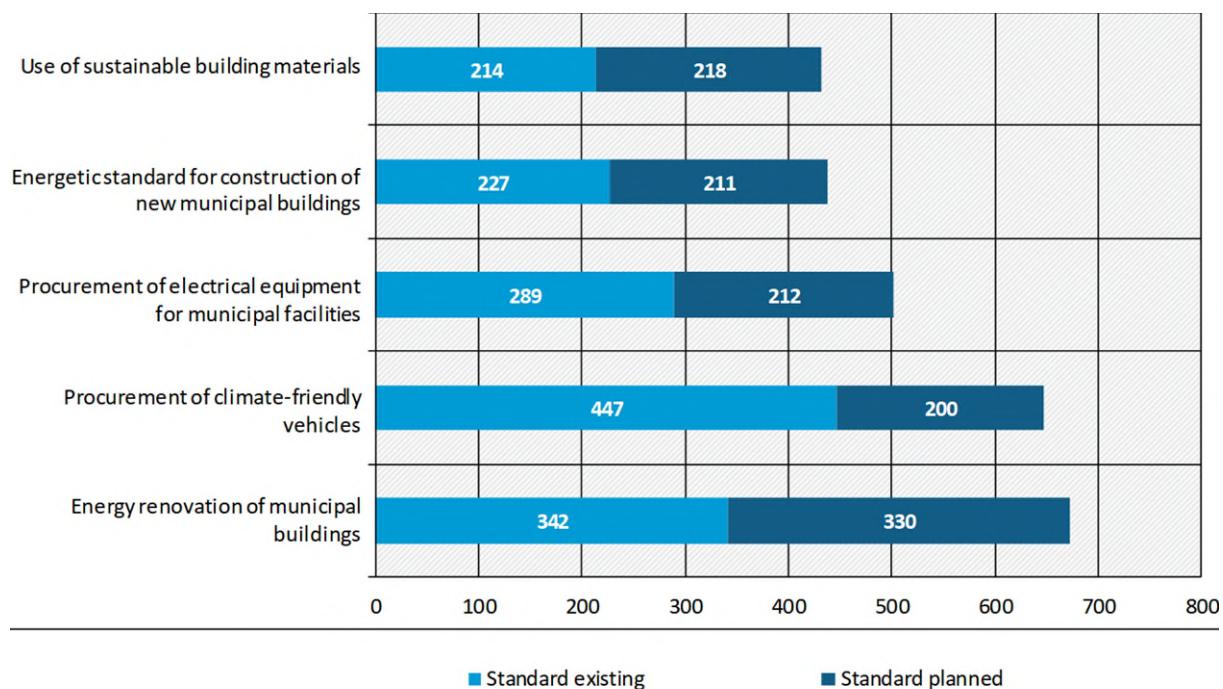
■ Before 2015 ■ 2015 ■ 2016 ■ 2017 ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022 ■ 2023

Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate protection in local government

430 of the municipalities surveyed have a neutrality goal for the municipal administration (not congruent with a neutrality goal for the entire municipality), another 247 are currently developing such a neutrality goal. In 342 municipalities, municipal enterprises are included in the objectives for the administration.

700 municipalities have set themselves at least one standard for municipal administration. Figure 6 shows that the energy renovation of municipal buildings (672) is most often backed by its own standard in the sum of existing and planned, closely followed by requirements for the procurement of climate-friendly vehicles (647). Standards for the procurement of electrical equipment (501), the construction of new municipal buildings (488) and the use of sustainable building materials (432) are used somewhat less frequently.

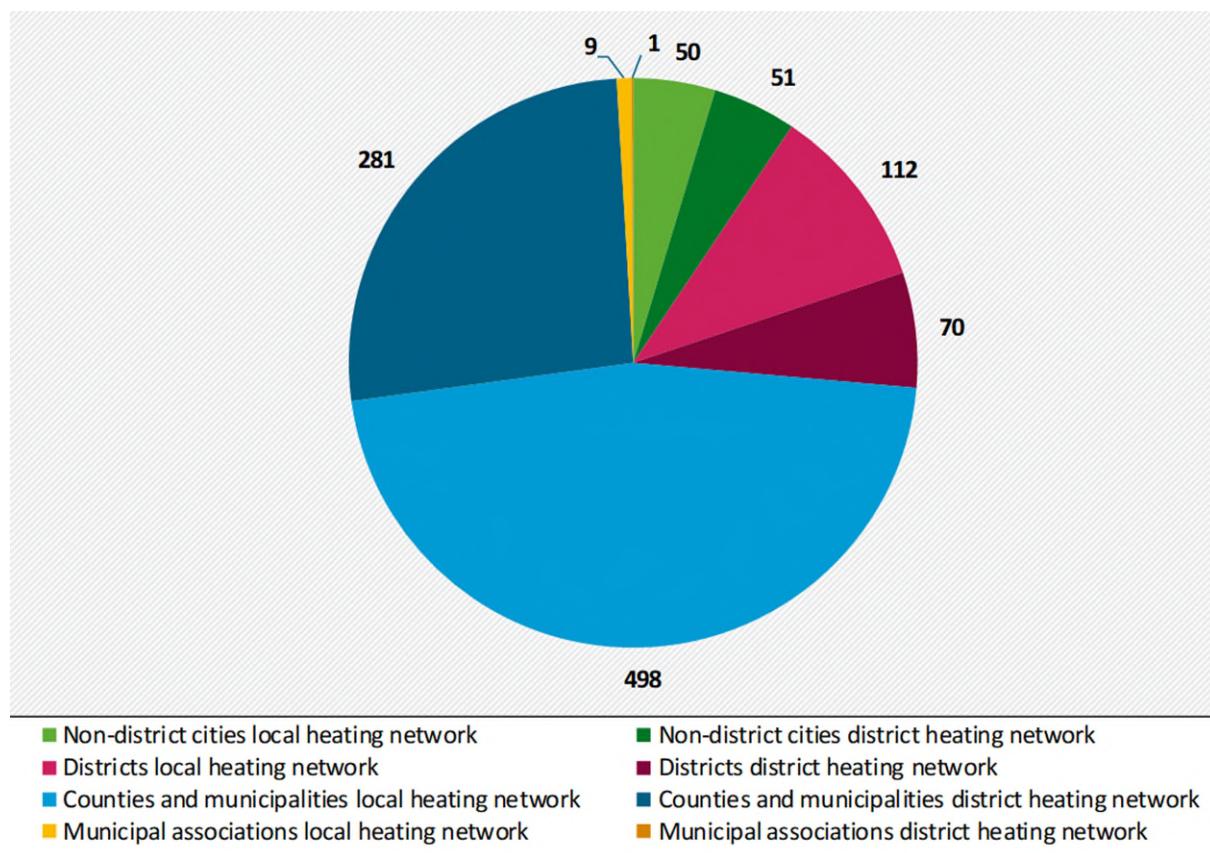
Figure 6: Self-imposed standards for municipal administration – in place or planned

Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate protection in municipal infrastructure

Of the participating municipalities, 404 have a district heating network in the municipal area and 669 have at least one local heating network. Figure 7 shows the distributions to the municipality form. Almost all independent cities that took part in the survey have both a district heating network and at least one local heating network. Local heating networks clearly outweigh district heating networks in the counties and in county-related cities and municipalities. There are also more local heating networks in the municipal associations.

Figure 7: Number of municipalities with local heating or district heating network by municipality form (n=1,073)



Source: Own presentation, German Environment Agency

In addition to the presence of heating networks, we asked the municipalities whether they have or create plans for specific energy infrastructure areas. Table 1 shows the responses of municipalities with regard to plans for the expansion of electricity networks, the expansion of heating networks, the expansion of hydrogen infrastructure, the dismantling of gas networks and the conversion of gas networks. The answer options "The topic is relevant, but not backed with a plan" and "The topic is not relevant for the municipality form" are also interesting.

Table 1: Existence of plans for climate-relevant infrastructure areas (n=1,553)

	Expansion of power grids	Expansion of heating networks	Expansion of hydrogen infrastructure	Dismantling of gas networks	Conversion of gas networks
Plan existing	95	120	28	6	12
Plan in preparation	194	394	124	34	72
Topic relevant, but not backed with a plan	660	516	468	296	431
Topic not relevant	139	130	335	518	404

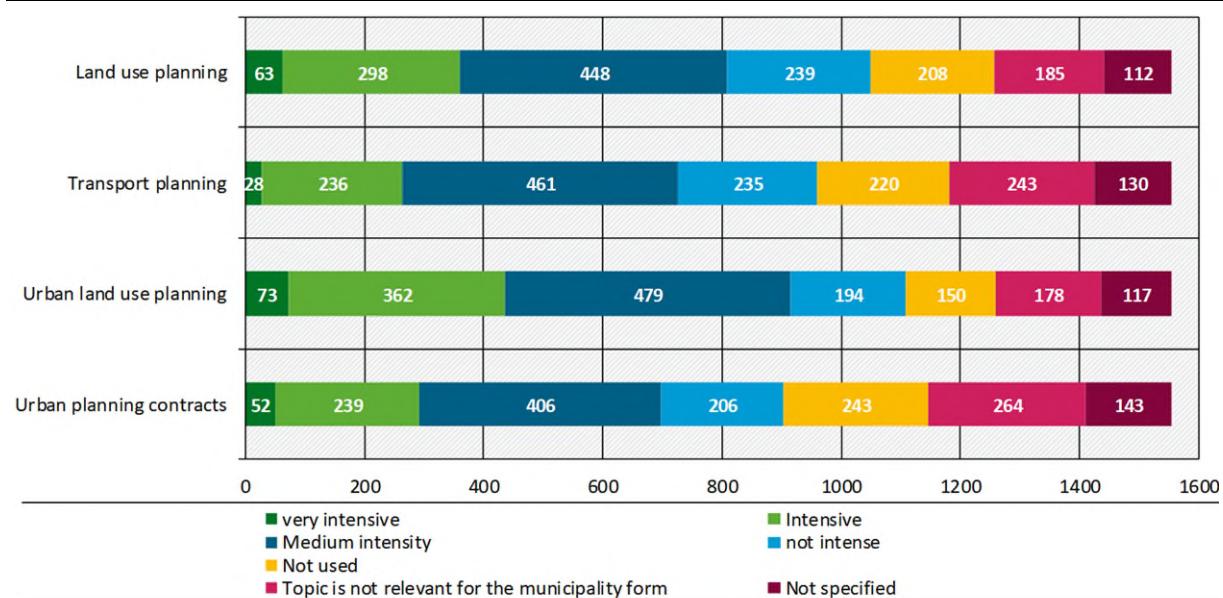
	Expansion of power grids	Expansion of heating networks	Expansion of hydrogen infrastructure	Dismantling of gas networks	Conversion of gas networks
Not relevant for the municipality form	325	280	447	495	449
Not specified	140	113	151	204	185

Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate protection in municipal planning

In order to gain an insight into how intensively the municipalities use their planning sovereignty for climate protection, we have queried this in terms of land use, traffic and urban land use planning as well as urban planning contracts. In the sum of very intensive and intensive use, urban land use planning (435) is used the most to take into account climate protection concerns, followed by land use planning (361), urban planning contracts (291) and transport planning (264). Details are shown in Figure 8.

Figure 8: Consideration of climate protection in municipal planning instruments (n=1,553)

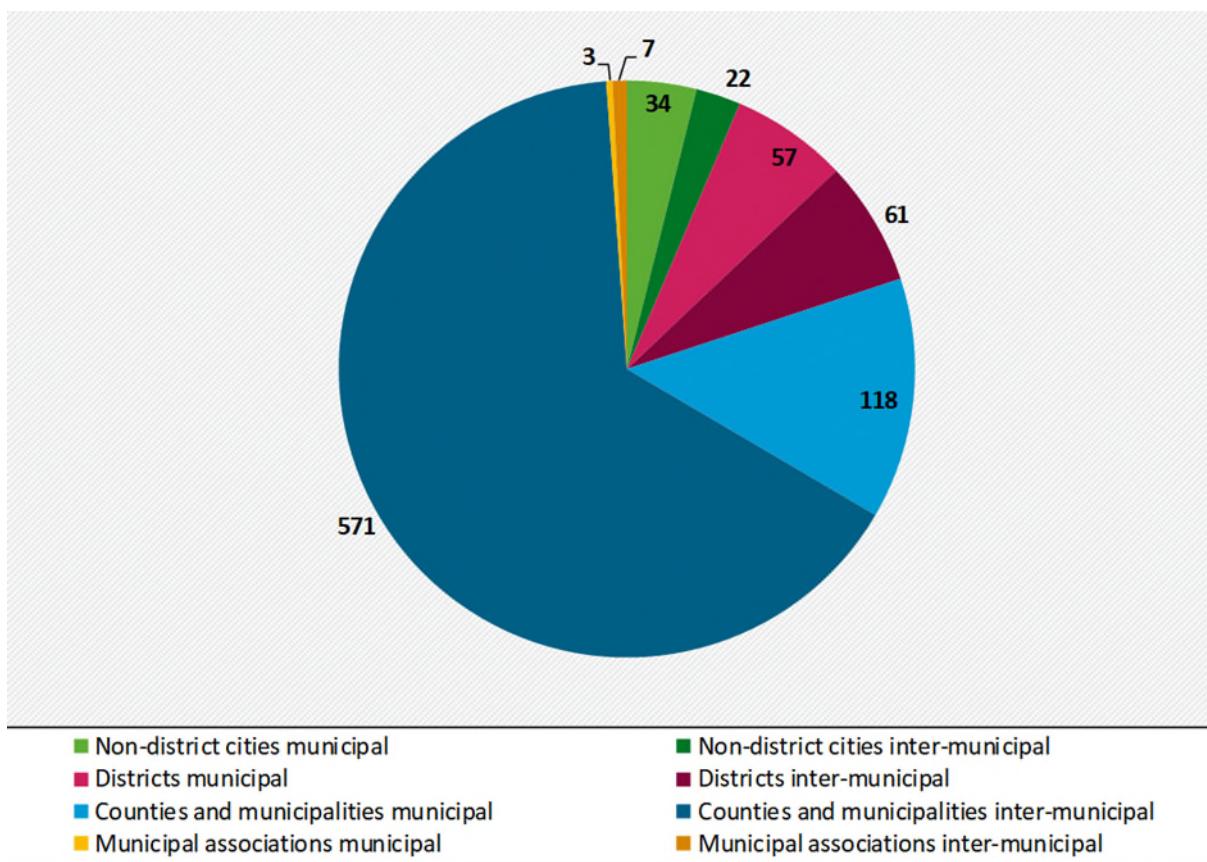


Source: Own presentation, German Environment Agency

Solar roof cadastre

In 212 of the participating municipalities there is a municipal solar roof cadastre, in 662 municipalities an inter-municipal solar roof cadastre. Only 85 municipalities plan to create new solar roof cadastres. Figure 9 shows that municipal and inter-municipal solar roof cadastres are used similarly frequently in independent cities and districts. In county-related cities and municipalities, on the other hand, the inter-municipal cadastral registers clearly predominate.

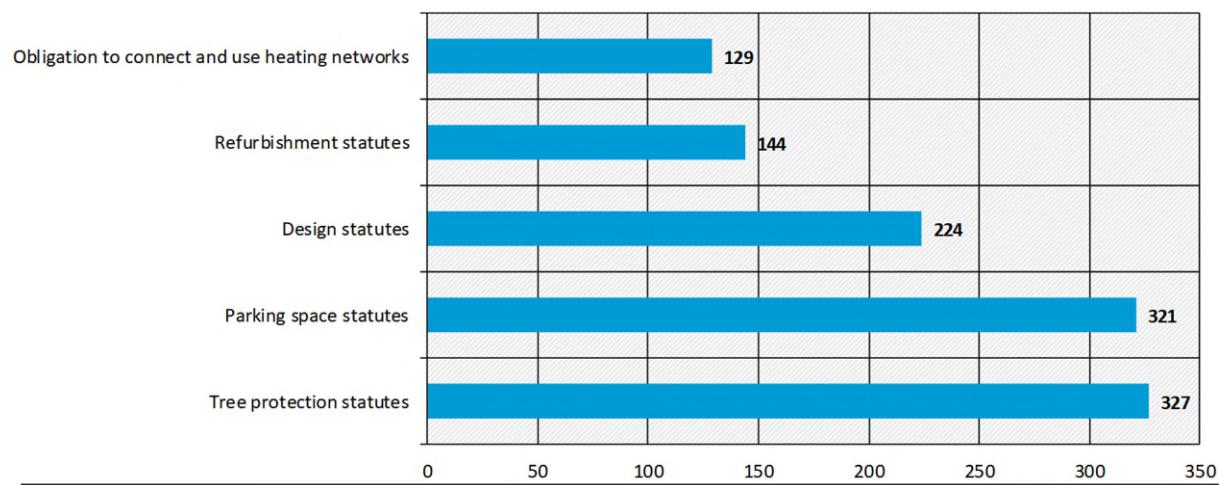
Figure 9: Number of municipalities with municipal and inter-municipal solar roof cadastres by municipality form (n=873)



Source: Own presentation, German Environment Agency

Climate protection through municipal regulatory law

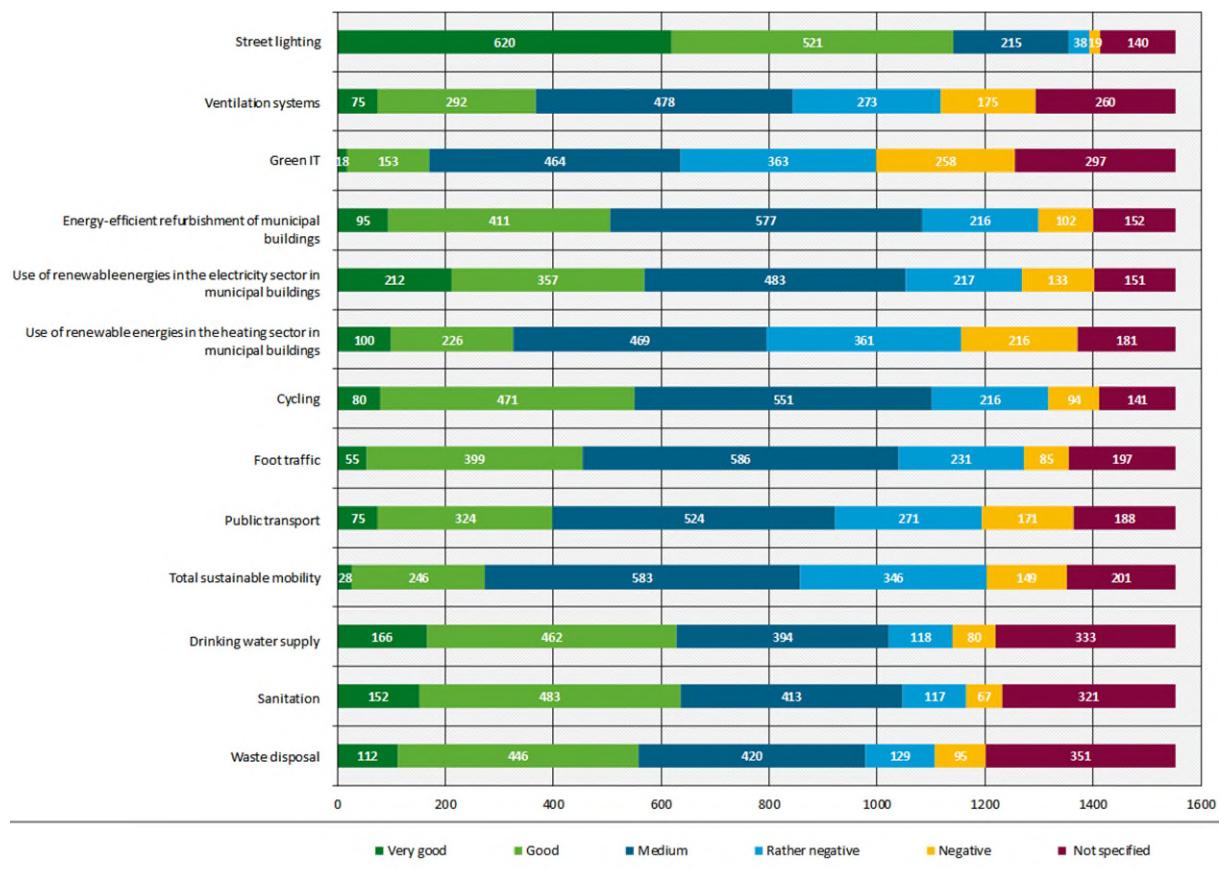
654 municipalities gave instructions on climate protection with at least one of the queried instruments, 749 municipalities do not use regulatory law for climate protection and 150 did not provide any information. The most widely used regulatory law for climate protection is the tree protection statutes (327), closely followed by the parking space statutes (321). Slightly less use is made of the design statutes (224) and the least use is made of refurbishment statutes (144) and the obligation to connect and use heating networks (129). Details are shown in Figure 10.

Figure 10: Use of municipal regulatory law to instruct climate protection (n=1,145)

Source: Own presentation, German Environment Agency

Investive climate change mitigation measures

In contrast to the strategic and planning topics that have been the focus so far, we have asked the municipalities for a self-assessment regarding the implementation of investive climate protection measures. In doing so, we queried those topics that can be implemented directly by the municipality. Figure 11 shows the full answers. It becomes clear that street lighting is by far the most positively rated topic, 1,141 of the 1,553 municipalities (73.5%) rate the implementation status as very good or good. There are also many positive assessments for climate action in the areas of sanitation (635), drinking water supply (628), use of renewable energies in the electricity sector on municipal properties (569), waste disposal (558) and cycling (551). Compared to street lighting, however, only about half as many municipalities rate their climate protection implementation in these areas as good and very good.

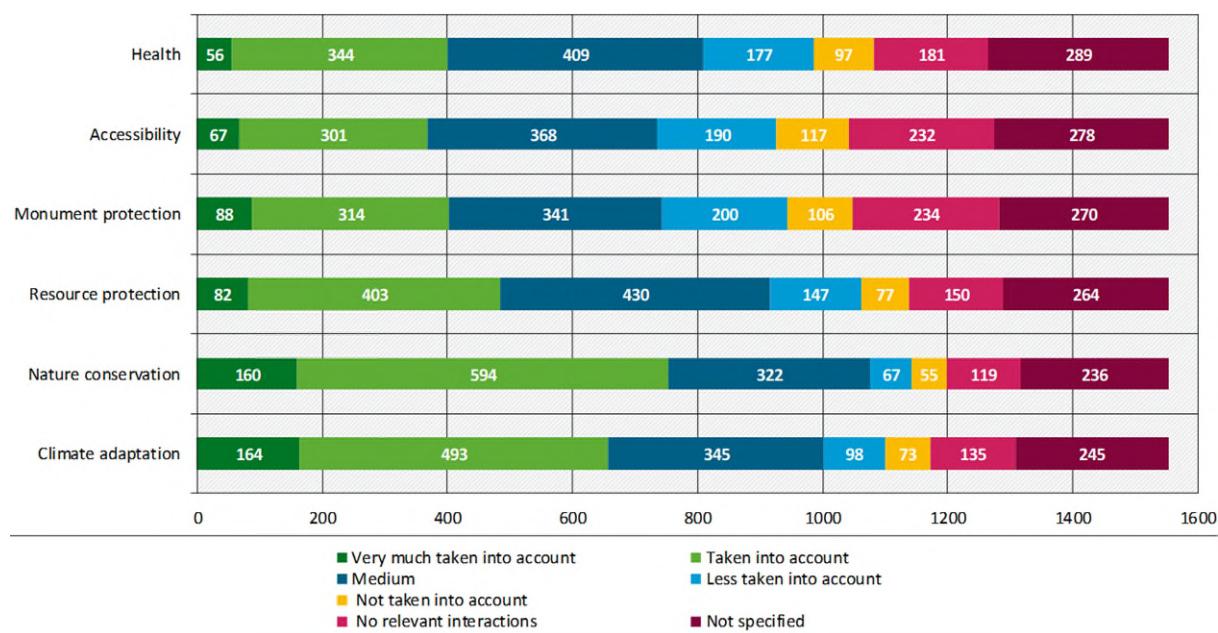
Figure 11: Self-assessment in the implementation of investment climate protection measures

Source: Own presentation, German Environment Agency

Interactions between climate protection measures and other topics

Municipal climate protection measures have many links to other topics. Figure 12 shows that climate adaptation and nature conservation are topics whose interactions with municipal climate protection measures are very much taken into account. In about half as many municipalities, the protection of resources and monuments is very much taken into account in the design of climate protection measures. At the same time, monument protection is the topic in which most municipalities see no interaction with climate protection measures.

Figure 12: Consideration of interactions between climate protection measures and other topics (n=1,553)



Source: Own presentation, German Environment Agency

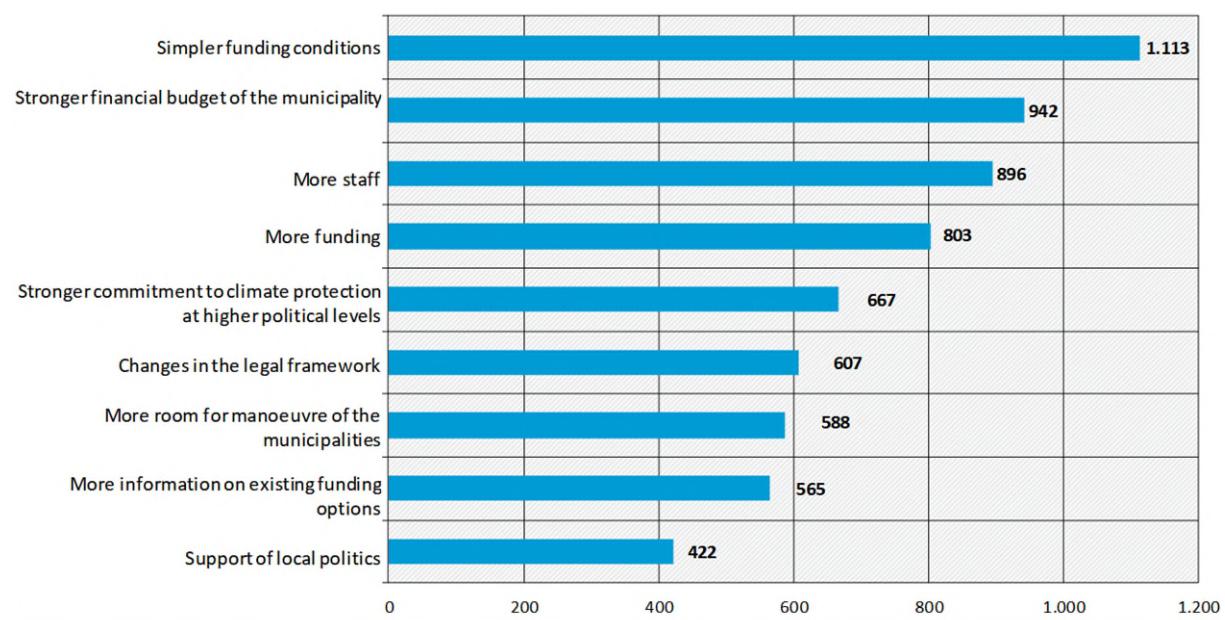
Municipal outlook – Changes for more climate protection

As an outlook, we asked municipalities what changes would help them implement more climate protection. Figure 13 shows how many municipalities consider the various changes requested to be 'very helpful'. It is clear that financing and personnel aspects are considered to be very relevant. It is interesting that even before an additional allocation of funds (stronger financial budget of the municipality (942) and more funding (803)), simpler funding conditions are the most frequently mentioned changes to enable more climate protection. 1,113 municipalities consider this to be very helpful.

More commitment for climate protection, changes in the legal framework or more room for manoeuvre of the municipalities are also often mentioned as very helpful, but seem to be less relevant than financial and personnel aspects. The most rarely, but still mentioned by 422 municipalities as very helpful change concerns the support of local politics. However, a further 613 municipalities cite this as helpful, so that in total it is still very strongly named as a conducive factor.

Figure 14 shows how the participating municipalities currently assess the relevance of climate protection in political decisions within their municipalities. In 542 municipalities climate protection is considered important in current political decisions, in another 491 municipalities it has medium relevance. In the same number of municipalities, climate protection is currently very important (155) and less important (154) in political decisions. Only in 55 municipalities is climate protection classified as not important in political decisions.

Figure 13: Very helpful changes for more climate protection in municipalities



Source: Own presentation, German Environment Agency

Figure 14: Relevance of climate change mitigation in policy decisions (n=1,397)



Source: Own presentation, German Environment Agency

1 Hintergrund

1.1 Bedeutung der Kommunen im Klimaschutz

Der kommunale Klimaschutz hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Viele Kommunen haben mittlerweile die herausfordernde und wichtige Aufgabe Klimaschutz angenommen. Sie setzen sich ambitionierte Ziele und realisieren wichtige Klimaschutzmaßnahmen. Aktuelle Forschungen zeigen, welch große Bedeutung die Kommunen auch für den nationalen Klimaschutz haben: Mit der Umsetzung von nur 38 Maßnahmen verteilt über alle Sektoren können die deutschen Kommunen gemeinsam über 100 Mio. t CO₂e mindern (Kenkmann et al., 2022; Paar et al., 2022). Die Ausgestaltung des kommunalen Klimaschutzes hat somit Auswirkungen auf das Gelingen des nationalen Klimaschutzes.

Über die Förderung der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) sind viele Aktivitäten in Kommunen angestoßen worden, z. B. die Erstellung von Klimaschutzkonzepten und die Etablierung von Klimaschutzmanagements (KSM) zu deren Umsetzung. Auch die Klimaschutz- und Energieagenturen der Bundesländer sind im stetigen Austausch mit ihren Kommunen und unterstützen sie in ihren Klimaschutzambitionen. Die zunehmenden Verpflichtungen von Teilaспектen des Klimaschutzes (z. B. kommunale Wärmeplanung (kWP)) durch Bundesländer hat neue Verankerungen geschaffen.

Doch bisher ist der Stand des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland nicht zentral erfasst. Ein Hauptgrund für die undurchsichtige Informationslage ist die Freiwilligkeit, die nach wie vor große Teile der kommunalen Klimaschutzarbeit prägt. So ist nicht bekannt, wie viele Kommunen (auch über die Förderung hinaus) ein Klimaschutzkonzept und eine THG-Bilanz haben und wie umfangreich die darin ermittelten Treibhausgas (THG)-Emissionen sind. Ebenfalls ist nicht bekannt, wie viele Kommunen in Deutschland aktuell ein KSM haben, welche Klimaschutzziele sich die Kommunen gesetzt haben oder ob sie einen Klimacheck für Ratsbeschlüsse eingeführt haben. Diese Informationen sind bisher nur über Einzelrecherchen verfügbar. Diese Recherche wäre bei über 12.000 Kommunen in Deutschland sehr aufwändig.

Um die kommunalen Klimaschutspotenziale zu heben und den Unterstützungsrahmen für Kommunen im Klimaschutz zielgerichtet weiter zu entwickeln, ist es relevant den aktuellen Zustand im kommunalen Klimaschutz besser zu kennen. Darüber hinaus ist es in einem so dynamischen, von vielen Akteuren*innen geprägten Themenfeld sinnvoll Informationen zentral zu bündeln und verfügbar zu machen.

Um den Ist-Zustand zu zentralen Aspekten des kommunalen Klimaschutzes zu erfassen, hat das Umweltbundesamt die Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“ als standardisierte Online-Befragung durchgeführt. Zielgruppe waren alle Kommunen in Deutschland – Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kreisfreie Städte und Bezirke (letzteres betrifft die Stadtstaaten Berlin und Hamburg). Damit soll der Prozess der verbesserten Informationslage im kommunalen Klimaschutz angestoßen werden. Der vorliegende Bericht wertet die erfassten Daten aus.

1.2 Überblick über die Kommunen in Deutschland

Schon die Zielgruppe der UBA-Kommunalbefragung zeigt wie vielfältig das Akteursfeld im kommunalen Klimaschutz gestaltet ist. In Deutschland gibt es sehr unterschiedliche Kommunen, die durch ihre Einwohnergröße, Flächengröße, geographische und wirtschaftliche Strukturen alle unterschiedliche Potenziale und Herausforderungen im Klimaschutz haben.

Tabelle 2 fasst die Anzahl der verschiedenen Gemeindearten nach Bundesland zusammen. In der Summe aus kreisfreien Städten, Landkreisen, kreisangehörigen Städten und Gemeinden, Gemeindeverbänden und Bezirken ergeben sich mit Stand September 2022 12.306 Verwaltungseinheiten, die im vorliegenden Bericht als Zielgruppe „Kommune“ definiert werden.

Tabelle 2: Anzahl und Arten von Kommunen nach Bundesländern, Stand 30.09.2022 (n=12.306)

Bundesländer	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Städte und Gemeinden	Gemeindeverbände	Bezirke	Gesamt
Baden-Württemberg	9	35	1.092	270	-	1.406
Bayern	25	71	2.031	311	-	2.438
Berlin	1	-	-	-	12	13
Brandenburg	4	14	409	52	-	479
Bremen	2	-	-	-	-	2
Hamburg	1	-	-	-	7	8
Hessen	5	21	417	-	-	443
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	724	76	-	808
Niedersachsen	8	37	933	114	-	1.092
Nordrhein-Westfalen	22	31	374	-	-	427
Rheinland-Pfalz	12	24	2.289	129	-	2.454
Saarland	-	6	52	-	-	58
Sachsen	3	10	416	71	-	500
Sachsen-Anhalt	3	11	215	18	-	247
Schleswig-Holstein	4	11	1.102	84	-	1.201
Thüringen	5	17	626	82	-	730
Gesamt	106	294	10.680	1.207	19	12.306

Das Statistische Bundesamt führt in „Gemeinden insgesamt“ sowohl die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, als auch die kreisfreien Städte. Da in unserer Statistik die kreisfreien Städte gesondert ausgewertet werden, ergibt sich die Anzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aus den Daten des Statistischen Bundesamtes „Gemeinden insgesamt“ abzüglich „Kreisfreie Städte“. Ergänzt sind die Daten des Statistischen Bundesamtes um die Bezirksdaten von Berlin und Hamburg.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt auf Basis (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2023a; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2022; Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022c)

Tabelle 3 zeigt die Anzahl an Gemeinden und Bevölkerung aufgeteilt in Gemeindegrößenklassen – dies bezieht sich nur auf Einzelgemeinden (kreisfreie Städte sowie kreisangehörige Städte und

Gemeinden); Landkreise, Gemeindeverbände und Bezirke sind hier nicht enthalten. Dies verdeutlicht die hohe Anzahl kleiner Kommunen in Deutschland. Ca. 85 % der Kommunen hat eine Einwohnerzahl von weniger als 10.000. In Summe leben in diesen Kommunen 21,2 Mio. Menschen. Die Größenklassen unter 20.000 Einwohnenden macht 93,5 % der Kommunen aus mit einer Bevölkerungsanzahl von 33,7 Mio. Menschen. Kommunen unter 50.000 Einwohnenden machen über 98 % der deutschen Kommunen aus, in ihnen leben 49 Mio. Menschen, fast 60 % der deutschen Bevölkerung. Die große Anzahl kleiner Kommunen verdeutlicht die Relevanz dieser Kommunengrößen für einen erfolgreichen, flächendeckenden Klimaschutz in Deutschland. Der Bericht „Kommunales Einflusspotenzial zur Treibhausgasminderung“ (Kenkmann et al., 2022 S. 99 ff. & S. 249) hat das erhebliche Klimaschutspotenzial kleiner Kommunen verdeutlicht.

Tabelle 3: Anzahl Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in Deutschland, Stand 31.12.2021 (n=10.789)

Einwohnerzahl in Gemeinden	Anzahl an Gemeinden in jeweiliger Größenklasse	Bevölkerung in Gemeinden in jeweiliger Größenklasse
Unter 100	206	13.380
100 - 200	458	70.137
200 - 500	1.425	494.162
500 - 1.000	1.724	1.265.938
1.000 - 2.000	1.825	2.617.482
2.000 - 3.000	1.011	2.483.485
3.000 - 5.000	1.181	4.592.483
5.000 - 10.000	1.357	9.653.193
<i>Summe unter 10.000</i>	<i>9.187</i>	<i>21.190.260</i>
10.000 - 20.000	904	12.584.355
20.000 - 50.000	505	15.250.082
50.000 - 100.000	113	7.635.625
100.000 - 200.000	40	5.449.601
200.000 - 500.000	26	7.096.659
500.000 und mehr	14	14.030.542
Summe	10.789	83.237.124

Die Anzahl der Gemeinden entspricht in Tabelle 2 der Summe der beiden Kategorien „Kreisangehörige Städte und Gemeinden“ sowie „Kreisfreie Städte“. Die Differenz von drei Gemeinden ergibt sich aus den unterschiedlichen Ständen der Datensätze des Bundesamtes für Statistik. Für die Anzahl an Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen liegt kein Stand für den 30.09.2022 vor. Zwischen den beiden Datensätzen hat sich die Gemeindeanzahl in Brandenburg um drei verringert.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt auf Basis (Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022a)

2 Methodik

Für die Konzipierung und Durchführung der Kommunalbefragung wurde im Rahmen des Vorhabens „Deutschlandweite standardisierte Online-Befragung von Kommunen zu zentralen Klimaschutzaktivitäten“ ein Konsortium aus SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation und Wuppertal Institut beauftragt. **Dieses Methodik-Kapitel stützt sich auf den internen Abschlussbericht von SOKO Institut und Wuppertal Institut** (Knirsch et al., 2023). **Die in den nächsten Kapiteln folgende detaillierte Auswertung der Befragung war nicht Bestandteil des beauftragten Vorhabens. Die Auswertung bezieht sich jeweils auf die vom SOKO Institut erhobenen Daten** (SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation, 2023).

Im Rahmen des Vorhabens hat das Konsortium in enger Abstimmung mit dem Umweltbundesamt in mehreren Schritten einen standardisierten Online-Fragebogen erstellt, programmiert und getestet. Die Umsetzung des Fragebogens erfolgte mit der Befragungssoftware Lime Survey.

Die Befragung wurde als Vollerhebung konzipiert, sie richtete sich also an alle in Kapitel 1.2 definierten 12.306 Kommunen in Deutschland. Dabei ist es selbstverständlich, dass eine tatsächliche Vollerhebung nicht realisierbar ist, es wurden aber keine Kommunen von der Teilnahme ausgeschlossen. Grundlage dafür war das zu diesem Zeitpunkt aktuelle Gemeindeverzeichnis des statistischen Bundesamtes mit dem Gebietsstand vom 30.09.2022 (Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022c). Dieses wurde im Sinne der Zielgruppe der Befragung um nicht passende Adressaten (z. B. Bundesländer und Regierungsbezirke) bereinigt. Im internen Abschlussbericht führt SOKO Institut aus: „In einem weiteren Schritt wurde auch die Verwaltungsebenen der Gemeindeverbände entfernt. Da die Adress- bzw. Kontaktdaten der Gemeindeverbände in der Regel mit denen (einzelner) untergeordneter Gemeinden übereinstimmen, bestand die Gefahr, dass diese dann (wenn auch die Gemeindeverbände eigenständig angeschrieben werden) erstens die einzelnen untergeordneten Gemeinden nicht „für die Gemeinde selbst“ antworten und zweitens die Zuordnung der Antworten zu den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden insbesondere für die teilnehmenden Personen in den Verwaltungen nicht möglich ist“ (Knirsch et al., 2023). Dieses abgestimmte Vorgehen stellte sich im Ergebnis als gewisses Hemmnis heraus, da dadurch die Adressierung der Gemeindeverbände schwierig war. Im Ergebnis nahmen nur zwölf der 1.207 Gemeindeverbände (siehe Kapitel 3) an der Befragung teil. Bei späteren Befragungen sollte ein Fokus auf der Lösung dieser methodischen Herausforderung liegen, da die Gemeindeverbände eine große Relevanz im kommunalen Klimaschutz haben.

Befragungszeitraum und Streuung der Befragung

Die Befragung startete mit der kommunalen Klimakonferenz am 21.11.2022 und endete am 19.03.2023.

Die Streuung der Befragung erfolgte über drei verschiedene Herangehensweisen:

- ▶ Standardisierte Kontaktaufnahme aller Kommunen per Mail

Die standardisierte Kontaktaufnahme erfolgte durch das SOKO Institut. Die Ersteinladung erfolgte am 29.11.2022 (KW 48). Es folgten drei Erinnerungen an alle Kommunen, die zu dem jeweiligen Zeitpunkt die Befragung noch nicht gestartet oder beendet hatten (Adressierung getrennt voneinander je nach Teilnahmestatus). Die Erinnerungen wurden am 11.01.2023 (KW 2), 07.02.2023 (KW 6) und 23.02.2023 (KW 8) versandt.

► Bekanntmachung der Befragung in Klimaschutzkreisen

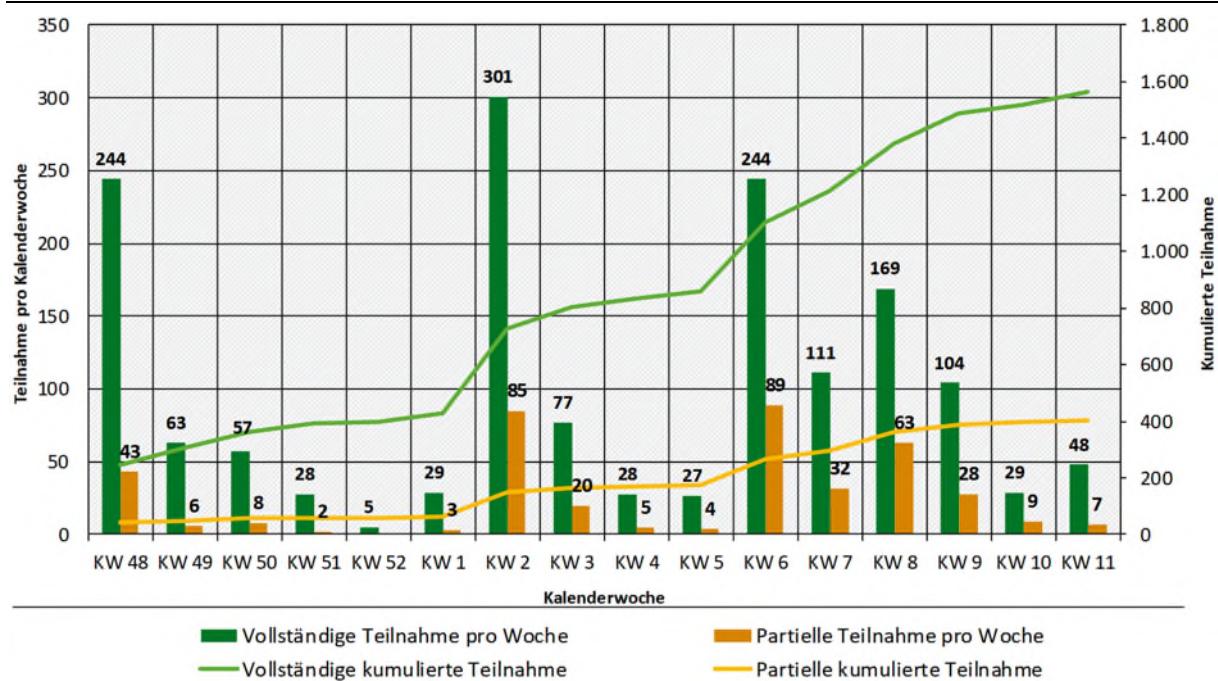
Neben der standardisierten Kontaktaufnahme aller Kommunen wurde die Befragung über Newsletter und Social-Media-Kanäle gestreut. Dies erfolgte über das Umweltbundesamt sowie Akteure*innen des kommunalen Klimaschutzes, die die Befragung unterstützt haben (z. B. Bundesländer oder Netzwerke). Darüber hinaus wurde die Befragung auf diversen Veranstaltungen im kommunalen Klimaschutz beworben.

► Spezifische Kontaktaufnahme ausgesuchter Kommunen in Abhängigkeit vom Teilnahmestand

Nach dem Teilnahmestand im Januar wurden für kreisfreie Städte und Landkreise in Bundesländern, in denen bis dahin die Teilnahme eher gering war, Kontakte recherchiert. Dabei wurden nach Möglichkeit Ansprechpersonen für den Klimaschutz ermittelt. Wo dies nicht möglich war, wurden Kontaktadressen für die Umwelt- oder Bauämter recherchiert. Die Kontaktpersonen wurden telefonisch kontaktiert, wenn sie nicht erreichbar waren per Mail. Dieser zusätzliche Schritt wurde gewählt, um eine möglichst gute geographische Verteilung der Rückläufe zu ermöglichen.

Abbildung 15 zeigt den zeitlichen Verlauf der Teilnahme an der Befragung aufgeteilt in die kumulierten Teilnahmen und die spezifischen Teilnahmen je Kalenderwoche (KW). Dabei wird deutlich, dass die meisten Teilnahmen je Kalenderwoche jeweils in den Wochen der Einladungs- bzw. Erinnerungsmails zu verzeichnen sind. Auch im letzten Drittel des Befragungszeitraums waren die Teilnahmen relativ hoch.

Abbildung 15: Zeitlicher Verlauf der Teilnahme (n=1.968)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt auf Basis (Knirsch et al., 2023)

3 Teilnahme an der Befragung

An der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“ haben 1.564 Kommunen vollständig und 404 Kommunen partiell teilgenommen. Elf Kommunen haben die Befragung abgeschlossen aber keinerlei Angaben gemacht. Sie werden in der Auswertung nicht berücksichtigt, sodass die Anzahl auszuwertender Rückmeldungen 1.553 beträgt.

Tabelle 4 zeigt die Kommunen, die vollständig an der Befragung teilgenommen haben, aufgeteilt in Kommunenform und nach Bundesländern. Es ist jeweils die Anzahl an Kommunen angegeben, als auch der Anteil, den diese Anzahl an der Gesamtanzahl der Kommunenform in dem jeweiligen Bundesland ausmacht. 1.323 der teilnehmenden Kommunen sind kreisangehörige Städte und Gemeinden. Sie machen den deutlich größten Anteil des Teilnehmendenkreises aus und entsprechen 12,4 % der 10.680 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Deutschland (Tabelle 2). Von den insgesamt 294 Landkreisen haben 158 (53,7 %) an der Befragung teilgenommen. Die anteilig stärkste Beteiligung gab es aus der Kategorie der kreisfreien Städte. 59 der insgesamt 106 kreisfreien Städte haben die Befragung vollständig abgeschlossen, das entspricht 55,7 %. Von den insgesamt 1.207 Gemeindeverbänden haben nur zwölf an der Befragung teilgenommen. Diese niedrige Beteiligung liegt sehr wahrscheinlich an methodischen Schwierigkeiten und der damit einhergehenden Kommunikation (siehe Kapitel 2). In Folgebefragungen muss diese Zielgruppe deutlich besser adressiert werden, um auch hier die Informations- und Datenlage zu stärken. Auch die Beteiligung der Bezirke ist mit einem von 19 gering ausgefallen.

Tabelle 4: Vollständige Teilnahme von Kommunen nach Bundesländern in Anzahl und Anteil an vorhandener Kommunenform je Bundesland (n=1.553)

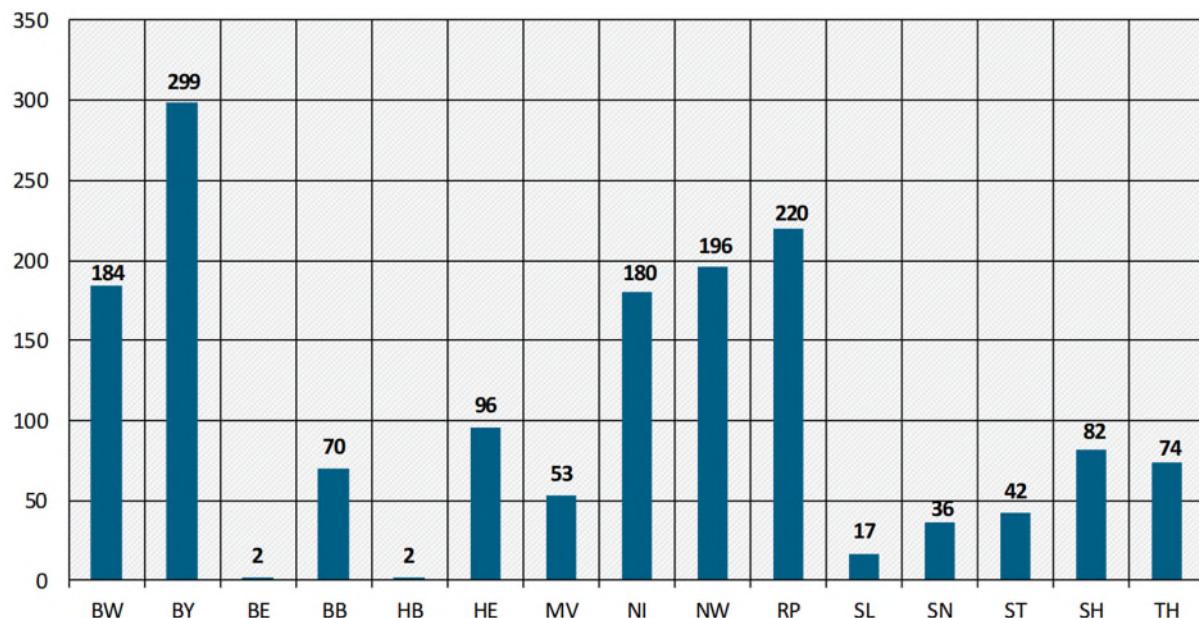
Bundesländer	Kreisfreie Städte		Landkreise		Kreisangehörige Städte und Gemeinden		Gemeindeverbände		Bezirke		Gesamt	
Baden-Württemberg	5	55,6 %	18	51,4 %	161	14,7 %	0	0 %	-	-	184	13,1 %
Bayern	12	48 %	44	62,0 %	243	12,0 %	0	0 %	-	-	299	12,3 %
Berlin	1	100 %	-	-	-	-	-	-	1	8,3 %	2	15,4 %
Brandenburg	1	25 %	7	50 %	62	15,2 %	0	0 %	-	-	70	14,6 %
Bremen	2	100 %	-	-	-	-	-	-	-	-	2	100 %
Hamburg	0	0 %	-	-	-	-	-	-	0	0 %	0	0 %
Hessen	3	60 %	11	52,4 %	82	19,7 %	-	-	-	-	96	21,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	0	0 %	1	16,7 %	52	7,2 %	0	0 %	-	-	53	6,6 %
Niedersachsen	5	62,5 %	24	64,9 %	150	16,1 %	1	0,9 %	-	-	180	16,5 %
Nordrhein-Westfalen	13	59,1 %	14	45,2 %	169	45,2 %	-	-	-	-	196	45,9 %
Rheinland-Pfalz	7	58,3 %	16	66,7 %	187	8,2 %	10	7,8 %	-	-	220	9,0 %
Saarland	-	-	3	50 %	14	26,9 %	-	-	-	-	17	29,3 %

Bundesländer	Kreisfreie Städte		Landkreise		Kreisangehörige Städte und Gemeinden		Gemeinde-verbände		Bezirke		Gesamt	
Sachsen	3	100 %	2	20 %	31	7,5 %	0	0 %	-	-	36	7,2 %
Sachsen-Anhalt	1	33,3 %	7	63,6 %	34	15,8 %	0	0 %	-	-	42	17,0 %
Schleswig-Holstein	2	50 %	6	54,5 %	73	6,6 %	1	1,2 %	-	-	82	6,8 %
Thüringen	4	80 %	5	29,4 %	65	10,4 %	0	0 %	-	-	74	10,1 %
Gesamt	59	55,7 %	158	53,7 %	1.323	12,4 %	12	1,0 %	1	5,3 %	1.553	12,6 %

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 16 zeigt vereinfacht die vollständigen Teilnahmezahlen je Bundesland über alle Kommunenformen hinweg.

Abbildung 16: Anzahl teilnehmender Kommunen nach Bundesländern (n=1.553)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Über alle Kommunenformen hinweg haben 12,6 % der deutschen Kommunen die Befragung vollständig abgeschlossen. Zusammen mit den 404 partiellen Teilnahmen und den elf nicht ausgefüllten Fragebögen, haben sich 16 % aller Kommunen mit der Befragung auseinandergesetzt. Angesichts der hohen Anzahl kleiner Kommunen in Deutschland, für die es erfahrungsgemäß mit ihren begrenzten Personalkapazitäten schwierig ist an umfangreichen Befragungen teilzunehmen, ist die Teilnahme insgesamt als recht positiv zu bewerten.

Die Verteilung der teilnehmenden Kommunen nach Bundesländern ist im Angesicht der unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Ländern (Anzahl und Größe der Kommunen, bekannte Aktivitätsgrade im Klimaschutz) ebenfalls als relativ positiv zu sehen. Außer Hamburg haben aus allen Ländern Kommunen teilgenommen. Die höchste Gesamtzahl stammt mit 299 teilnehmenden Kommunen aus Bayern. Der höchste Beteiligungsrate aus einem Flächenland

liegt mit 45,9 % bei Nordrhein-Westfalen. Ungewöhnlich niedrige Teilnahmen waren in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen. Ähnlich wie bei den Gemeindeverbänden, sollte bei Folgebefragungen ein besonderes Augenmerk auf die Regionen mit geringer Teilnahme gelegt werden.

Die Erhebungsdaten (SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation, 2023) wurden um Einwohner- und Flächendaten der Gemeinden ergänzt. Für Landkreise und kreisfreie Städte stellt Destatis einen Datensatz zu Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte bereit (Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022b). Dies wurde ergänzt um die entsprechenden Daten für kreisangehörige Städte und Gemeinden aus dem Gemeindeverzeichnis des gemeinsamen Statistikportals des Bundes und der Länder (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, o. J.). Da Gemeindeverbände und Bezirke in keiner der Quellen enthalten sind, wurden diese durch regionale Daten sowie um Daten einzelner Gemeindeverbände ergänzt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2023a, 2023b; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, 2023).

Durch die Erweiterung der Erhebungsdaten ist es möglich, die teilnehmenden Kommunen in Einwohnergrößenklassen einzuteilen und zu Tabelle 3 ins Verhältnis zu stellen. Das Ergebnis ist in Tabelle 5 abgebildet und bezieht sich nur auf die Einzelgemeinden (kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden). Durch die anteilig höhere Beteiligung von Kommunen in einwohnerstarken Größenklassen kommt es, dass die 12,8 % aller Einzelgemeinden, die an der Befragung teilgenommen haben, den Wohnort von über 40 % der Bevölkerung repräsentieren.

Tabelle 5: Vollständige Teilnahme nach Gemeindegrößenklassen und damit abgedeckte Bevölkerung (n=1.553)

Einwohnerzahl in Gemeinden	Anzahl an Gemeinden in jeweiliger Größenklasse	Prozentualer Anteil der jeweiligen Größenklasse	Bevölkerung in Gemeinden in jeweiliger Größenklasse	Prozentualer Anteil der jeweiligen Größenklasse
Unter 100	4	1,9 %	212	1,6 %
100 - 199	29	6,3 %	4.601	6,6 %
200 - 499	94	6,6 %	32.460	6,6 %
500 - 999	129	7,5 %	94.799	7,5 %
1.000 - 1.999	161	8,8 %	231.661	8,9 %
2.000 - 2.999	90	8,9 %	219.776	8,8 %
3.000 - 4.999	102	8,6 %	402.690	8,8 %
5.000 - 9.999	198	14,6 %	1.452.547	15 %
<i>Summe unter 10.000</i>	<i>807</i>	<i>8,8 %</i>	<i>2.438.692</i>	<i>11,5 %</i>
10.000 - 19.999	261	28,9 %	3.827.228	30,4 %
20.000 - 49.999	209	41,4 %	6.672.196	43,8 %
50.000 - 99.999	57	50,4 %	3.814.399	50 %
100.000 - 199.999	24	60 %	3.281.591	60,2 %
200.000 - 499.999	15	57,7 %	4.109.488	57,9 %

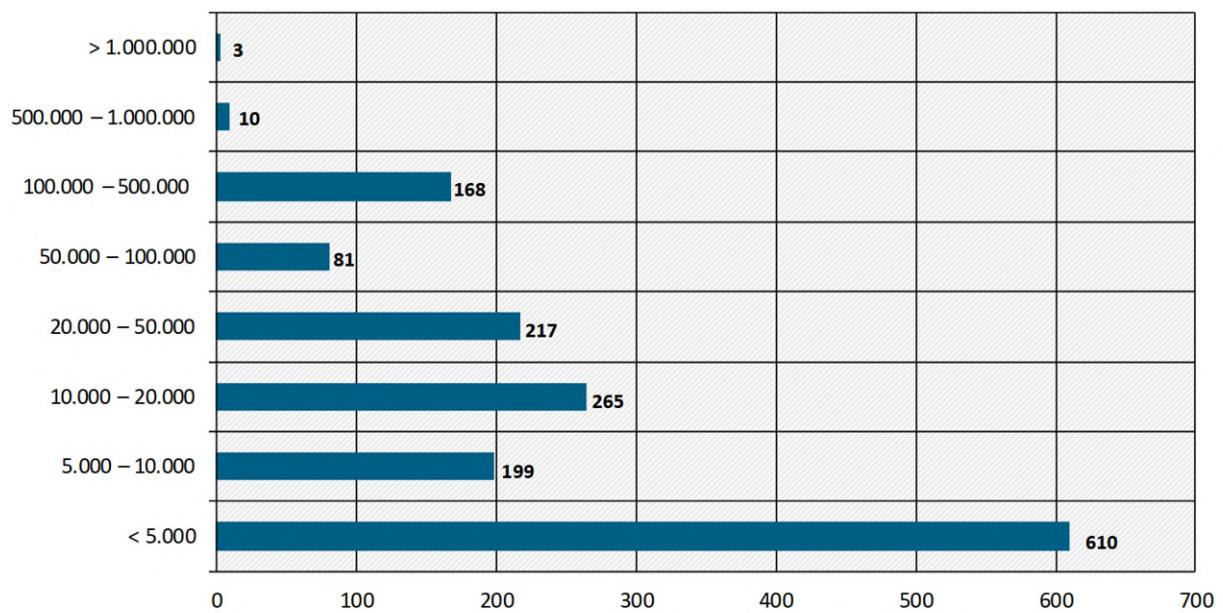
Einwohnerzahl in Gemeinden	Anzahl an Gemeinden in jeweiliger Größenklasse	Prozentualer Anteil der jeweiligen Größenklasse	Bevölkerung in Gemeinden in jeweiliger Größenklasse	Prozentualer Anteil der jeweiligen Größenklasse
500.000 und mehr	9	64,3 %	9.317.750	66,4 %
Summe	1.382	12,8 %	33.461.398	40,2 %

Wie in Tabelle 3 sind nur die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte und Gemeinden enthalten. Landkreise, Gemeindeverbände und Bezirke sind ausgenommen, da sie sich in der Fläche überlagern und somit auch die Einwohnerzahl mehrfach erfasst wäre.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Ergänzung zeigt Abbildung 17 alle 1.553 teilnehmenden Kommunen nach Einwohnergrößenklassen unabhängig von der Kommunenform. In Kapitel 4 werden die dargestellten Einwohnergrößenklassen jeweils nach passendem Kontext leicht angepasst.

Abbildung 17: Teilnehmende Kommunen nach Einwohnergrößen (n=1.553)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Der Vollständigkeit halber zeigt Tabelle 6 die Kommunen, die die Befragung gestartet aber nicht abgeschlossen haben bzw. abgeschlossen aber nicht ausgefüllt haben. Auch sie sind nach Gemeindeart und Bundesländer aufgeteilt. Vor allem kreisangehörige Städte und Gemeinden aus Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen bilden hohe partielle Teilnahmen. Auch die 37 Landkreise – 13 davon aus Bayern – hätten durch den Abschluss der Befragung die Erhebungsdaten wertvoll ergänzt.

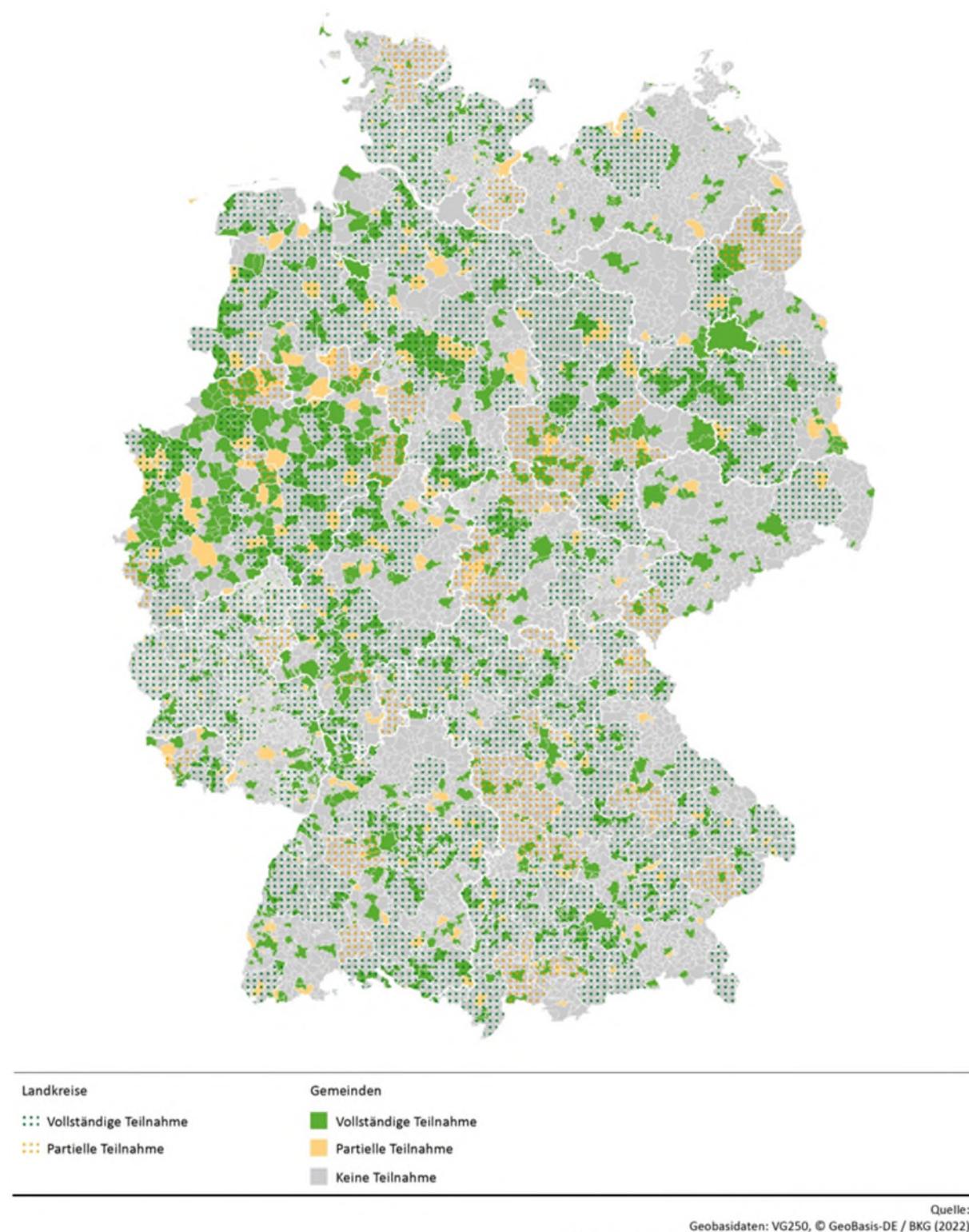
Tabelle 6: Partielle Teilnahme von Kommunen nach Bundesländern und Kommunenform (n=415)

Bundesländer	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Städte und Gemeinden	Gemeindeverbände	Bezirke	Gesamt
Baden-Württemberg	0	4	37	0	-	41
Bayern	2	13	57	0	-	72
Berlin	0	-	-	-	4	4
Brandenburg	1	1	13	0	-	15
Bremen	0	-	-	-	-	0
Hamburg	1	-	-	-	3	4
Hessen	1	1	21	-	-	23
Mecklenburg-Vorpommern	1	0	13	0	-	14
Niedersachsen	1	1	50	0	-	52
Nordrhein-Westfalen	4	5	33	-	-	42
Rheinland-Pfalz	2	1	79	1	-	83
Saarland	-	1	4	-	-	5
Sachsen	0	1	6	0	-	7
Sachsen-Anhalt	0	3	9	0	-	12
Schleswig-Holstein	1	2	18	0	-	21
Thüringen	0	4	16	0	-	20
Gesamt	13	37	356	1	7	415

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die vollständigen und partiellen Teilnahmen von kreisfreien Städten, Landkreisen und Kreisangehörigen Städten und Gemeinden sind in Abbildung 18 als Übersichtskarte dargestellt. Aufgrund der überlagernden Gemeindegebiete sind Gemeindeverbände sowie Bezirke nicht dargestellt. **In der Auswertung werden nur die Kommunen berücksichtigt, die vollständig an der Befragung teilgenommen haben. Wenn Auswertungen nach Bundesländern erfolgen, werden nur jene Länder abgebildet, aus denen es Teilnahmen gab.**

Abbildung 18: Übersichtskarte zur Teilnahme an der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“



Quelle:
Geobasisdaten: VG250, © GeoBasis-DE / BKG (2022)
Fachdaten: UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“
(erhoben durch SOKO-Institut im Auftrag des Umweltbundesamtes)
Bearbeitung: Umweltbundesamt, FG V 1.2, FG I 1.7; 2023

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4 Ergebnisse der Befragung

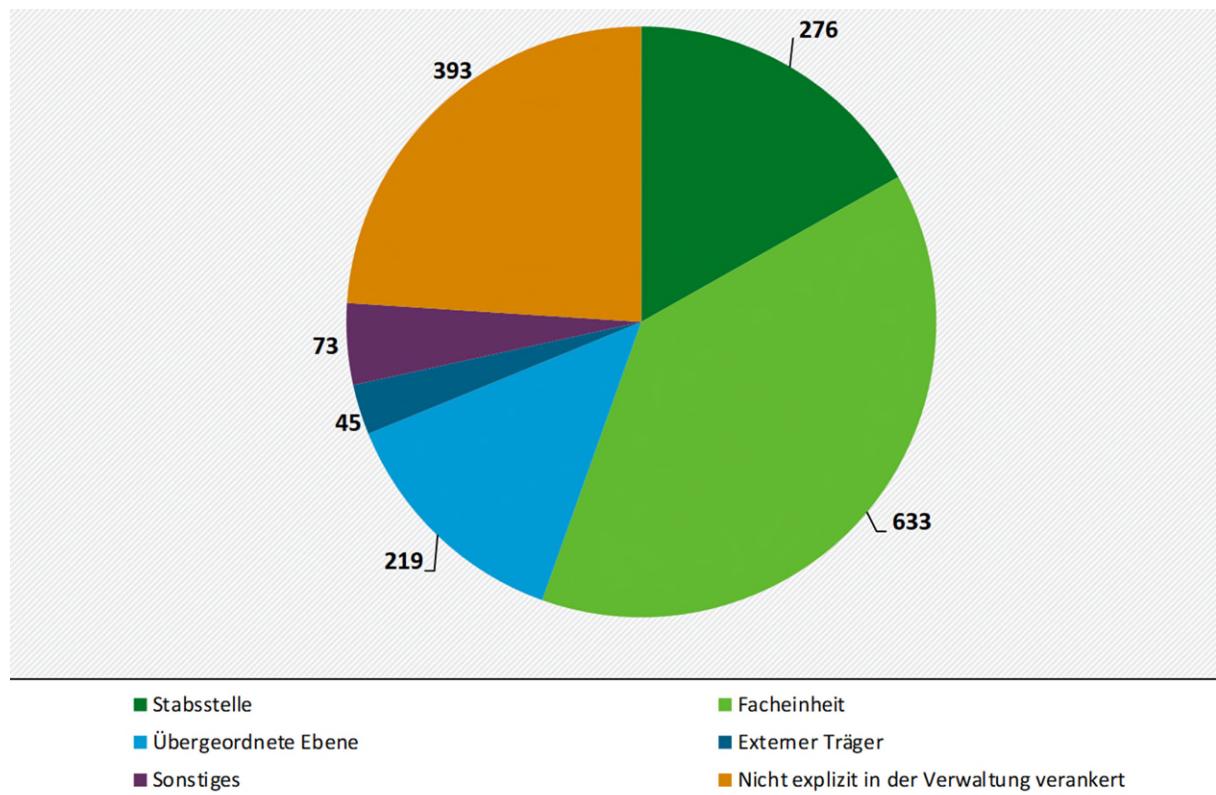
Für die Auswertung werden die 1.553 Kommunen berücksichtigt, die vollständig an der Befragung teilgenommen haben und Angaben gemacht haben. Die elf Kommunen die keine Angaben gemacht haben sowie die 404 Kommunen, die die Befragung gestartet, aber nicht abgeschlossen haben, werden nicht berücksichtigt, da unklar ist aus welchen Gründen die Befragung nicht abgeschlossen bzw. nicht beantwortet wurde.

Die zentralen Themen der Befragung werden in 15 Unterkapiteln vorgestellt. Dies zieht sich von Aspekten der Institutionalisierung von Klimaschutz (z. B. Klimaschutzpersonal, Klimaschutzziele) über die Aktivitäten der Kommunen (z. B. Klimaschutz durch Planungsinstrumente, Umsetzung Investiver Maßnahmen oder Teilnahme an Wettbewerben) bis zum Ausblick, was den Kommunen helfen würde in Zukunft mehr Klimaschutz umzusetzen.

4.1 Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung

Wir haben die Kommunen sowohl gefragt, ob Klimaschutz in der Verwaltung verankert ist, als auch ob es Personal für den Klimaschutz gibt (Kapitel 4.2). Die Verankerung von Klimaschutz kann demnach auch ohne explizites Personal erfolgen, entweder indem das Thema mit betreut wird, ohne Kapazitäten zu schaffen, oder indem ein externer Träger (z. B. Klimaschutz-Agentur) oder eine übergeordnete Einheit (Gemeindeverband oder Landkreis) das Thema abdeckt.

Abbildung 19: Verankerung des Klimaschutzes in der kommunalen Verwaltung (n=1.639)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Von den 1.553 Kommunen gaben nur 393 an, dass Klimaschutz nicht in der Verwaltung abgedeckt ist, 15 machten keine Angabe. In etwa drei Viertel (1.145) der teilnehmenden Kommunen ist somit eine Verankerung des Themas Klimaschutz vorhanden. Abbildung 19 zeigt, dass die Verankerung von Klimaschutz in den meisten Fällen in einer Facheinheit (633) erfolgt,

gefolgt von Stabsstellen (276) und übergeordneten Ebenen (219). Externe Träger sind seltener die Form der Verankerung (45). 34 Kommunen machten Mehrfachangaben.

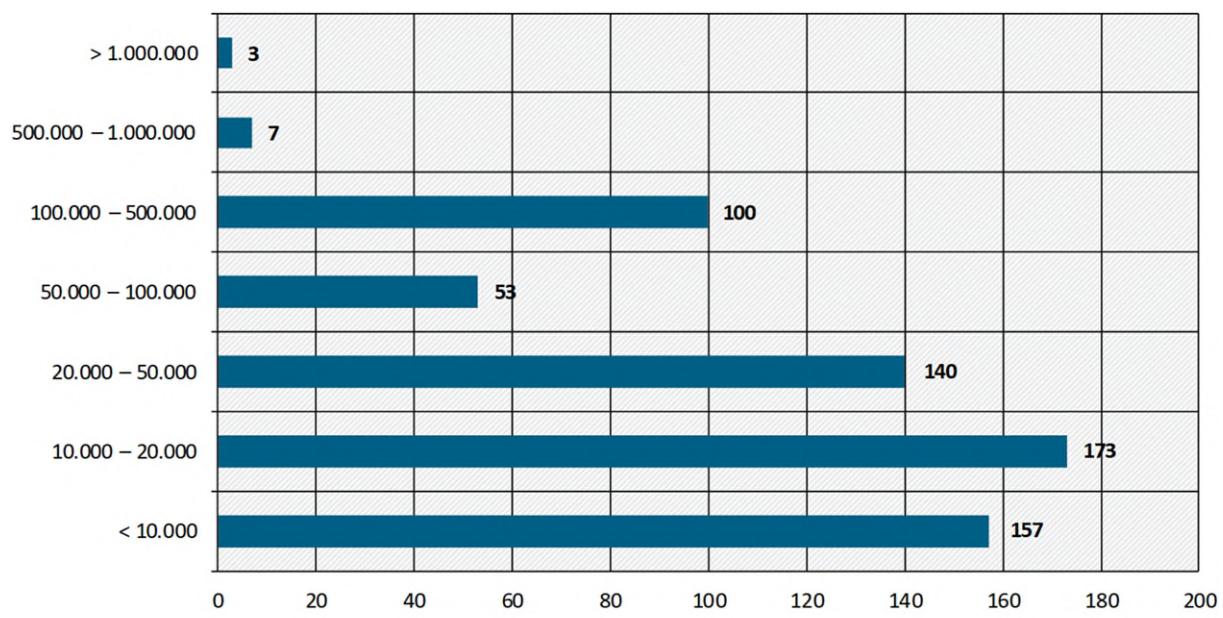
4.1.1 Facheinheit

In 633 der teilnehmenden Kommunen ist der Klimaschutz in einer Facheinheit verankert. Dies ist die häufigste Verankerung in der Verwaltung, sie findet sich mit Ausnahme des teilnehmenden Stadtbezirks in allen Kommunenformen wieder:

- ▶ Landkreise: 91
- ▶ Kreisfreie Städte: 43
- ▶ Kreisangehörige Städte und Gemeinden: 492
- ▶ Gemeindeverbände: 7

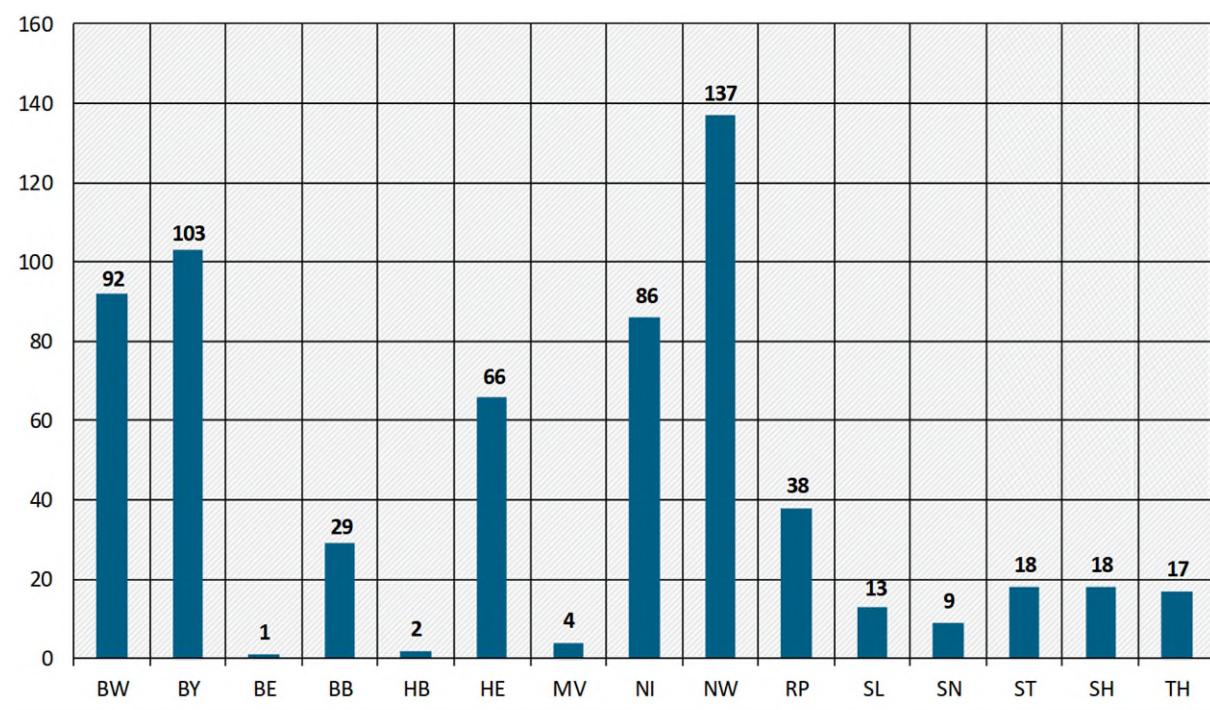
Abbildung 20 zeigt, dass die Verankerung von Klimaschutz in einer Facheinheit bei allen Kommunengrößenklassen zum Einsatz kommt, aus Abbildung 21 geht darüber hinaus hervor, dass sie in allen Bundesländern Anwendung findet.

Abbildung 20: Kommunen mit Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Einwohnergrößen (n=633)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 21: Kommunen mit Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Bundesländern (n=633)

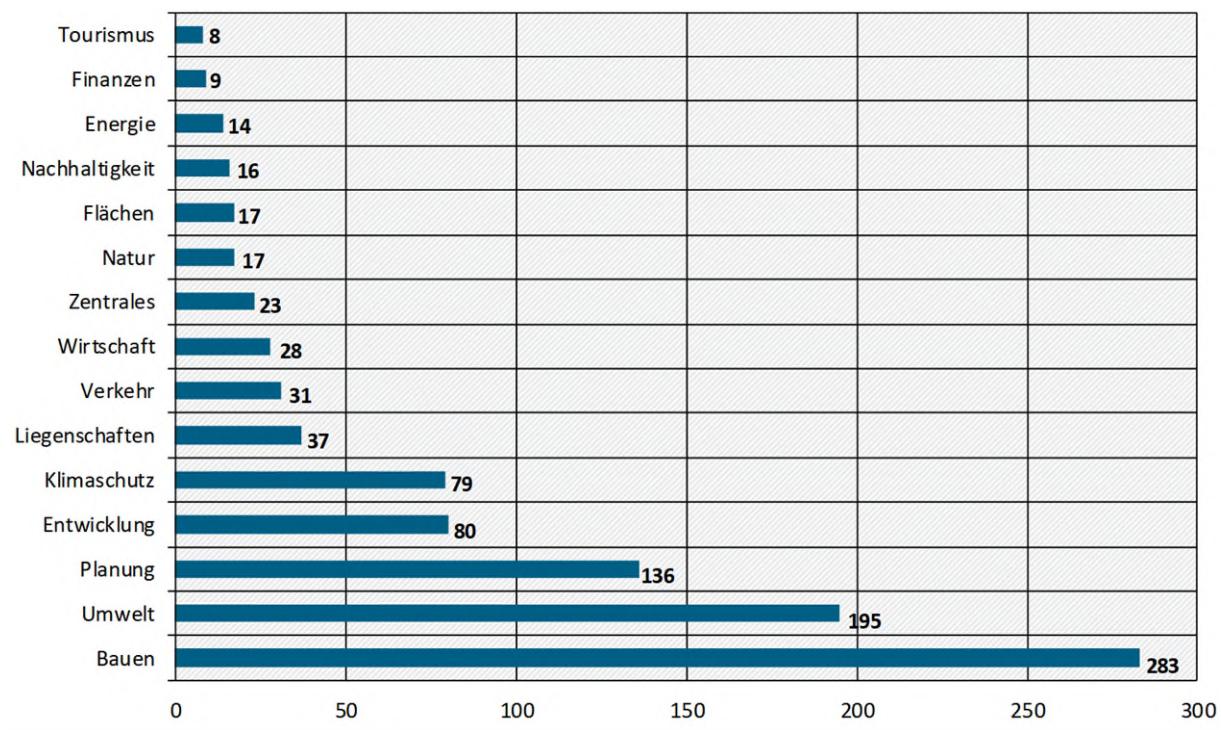


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In einer Freitextantwort konnten die Kommunen die Bezeichnung der Facheinheit angeben. 593 Kommunen haben dies getan. Für diese Antworten haben wir thematische Kategorien gebildet, um zu erfahren in welchen Themengebieten der Klimaschutz verankert wird. Wenn mehrere Themen in der Bezeichnung vorkommen, werden sie in alle Kategorien eingruppiert.

Beispielsweise wurde so ein „Amt für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt“ den Kategorien „Bauen“, „Entwicklung“ (übergreifend stehend für alle Kommunenformen, z. B. Stadt-, Gemeinde- oder Kreisentwicklung) und „Umwelt“ zugeordnet. Dadurch gibt es deutlich mehr genannte Kategorien, als ausgewertete Kommunen. Wenn mehrere Facheinheiten benannt wurden, wurde die jeweils höchste Ebene ausgewertet. Insgesamt ist die angegebene Höhe der Verwaltungsebene abhängig von den Angaben der Kommunen und ist nicht einheitlich. Wurden Themen nur sehr selten benannt (z. B. wurde zweimal eine Verankerung im Bereich Soziales angegeben), wurden sie nicht in die Auswertung aufgenommen.

Abbildung 22 zeigt das Ergebnis dieser Analyse. Dabei wird deutlich, dass am häufigsten eine Verankerung in Facheinheiten mit Bezug zu Bauen (283), Umwelt (195), Planung (136) und Entwicklung (80) erfolgt. Dies deckt sich mit Erfahrungen aus der Praxis. Auffällig ist, dass in 79 Kommunen der Begriff Klimaschutz in der Bezeichnung der Facheinheit integriert war. Beispiele sind „Fachbereich Finanzen und Klimaschutz“, „Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung“ oder „Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung“. Dies zeigt die fortschreitende Institutionalisierung des Klimaschutzes in den Kommunalverwaltungen.

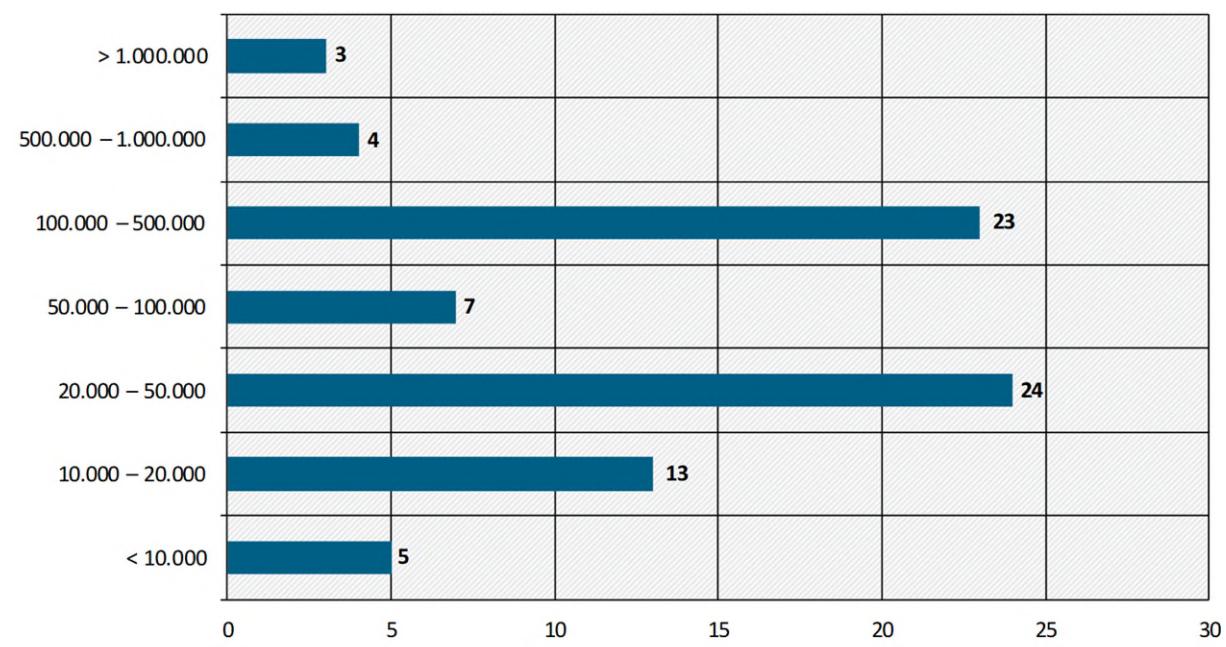
Abbildung 22: Verankerung des Klimaschutzes in Facheinheiten nach Themengebiet (n=973)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die folgenden Anstriche geben Einblicke in die 79 Kommunen, deren Facheinheiten den Begriff Klimaschutz enthalten:

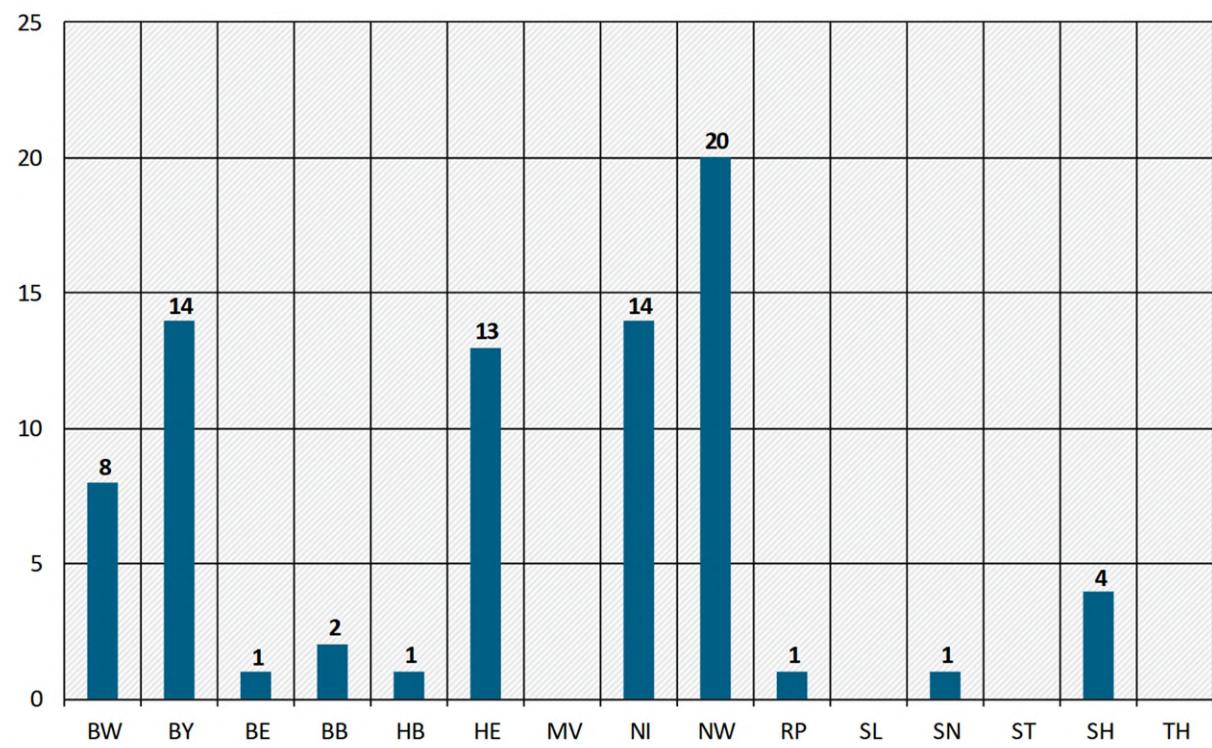
- ▶ 76 von ihnen haben Personal für den Klimaschutz. In 28 Kommunen beträgt der Stellenumfang ein Vollzeitäquivalent (VZÄ), in 27 zwischen ein und fünf VZÄ.
- ▶ 45 von ihnen haben ein Neutralitätsziel, weitere 17 erarbeiten aktuell eines. Nur gut 20 % haben und erarbeiten kein Neutralitätsziel. Die Quote ist damit doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen (knapp 40 % aller teilnehmenden Kommunen haben oder erarbeiten aktuell ein Neutralitätsziel).
- ▶ Die Kommunen verteilen sich auf ganz unterschiedliche Einwohnergrößenklassen. Die meisten sind den folgenden Größenklassen zuzuordnen: 20.000 – 50.000 (24), 100.000 – 500.000 (23) sowie 10.000 – 20.000 (13). Details finden sich in Abbildung 23.
- ▶ Die Kommunen befinden sich in elf Bundesländern. Die meisten in Nordrhein-Westfalen (20), Niedersachsen (14) und Hessen (13). Details finden sich in Abbildung 24.

Abbildung 23: Kommunen mit Verankerung in einer Facheinheit, deren Titel Klimaschutz enthält nach Einwohnergrößenklasse (n=79)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 24: Kommunen mit Verankerung in einer Facheinheit, deren Titel Klimaschutz enthält nach Bundesländern (n=79)

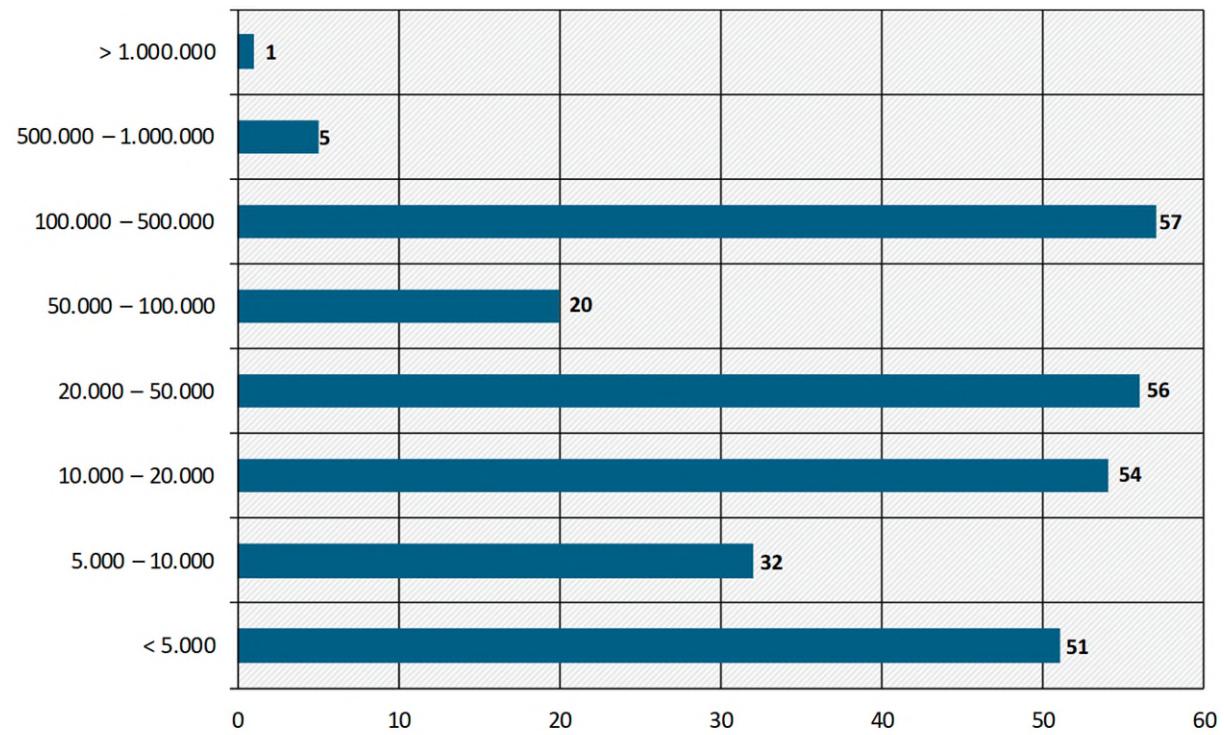


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

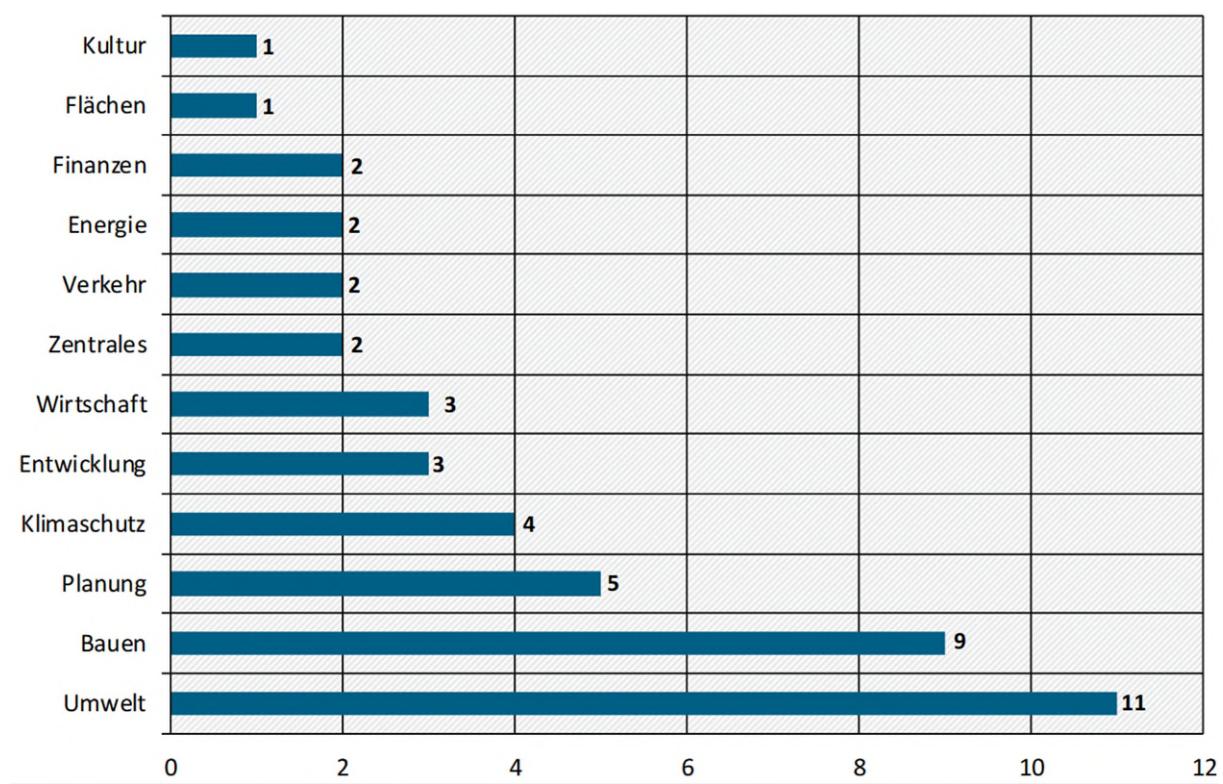
4.1.2 Stabsstellen

Die zweithäufigste Verankerung von Klimaschutz in der Kommunalverwaltung erfolgt über die Stabsstelle. Die 276 Stabsstellen verteilen sich auf 50 Landkreise, 20 kreisfreie Städte, 204 kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie je einen Gemeindeverband und einen Bezirk. Sie sind bei allen Kommunengrößen im Einsatz, dies verdeutlicht Abbildung 25. Am häufigsten kommen Stabsstellen in den Größenkategorien 100.000 – 500.000 (57), 20.000 – 50.000 (56), 10.000 – 20.000 (54) und < 5.000 (51) vor. Von den 276 Kommunen mit Stabsstellen, konnte bei 128 zugeordnet werden, in welcher Verwaltungshierarchie sie angesiedelt sind. Davon sind 89 der Verwaltungsleitung (z. B. Landrat*Landrätin, (Ober-)Bürgermeister*in) zugeordnet und 39 Stabsstellen sind innerhalb eines Fachbereichs angesiedelt (z. B. direkt dem*der Stadtbaurat*Stadtbaurätin zugeordnet). Wie bei den Facheinheiten haben wir die Fachbereiche, denen die Stabsstellen zugeordnet sind, nach Themen kategorisiert. Abbildung 26 zeigt, dass auch hier Umwelt (11) und Bauen (9) die häufigsten Fachbereiche sind, in denen die Klimaschutz-Stellen angesiedelt sind.

Abbildung 25: Kommunen mit Stabsstellen nach Einwohnergrößen (n=276)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

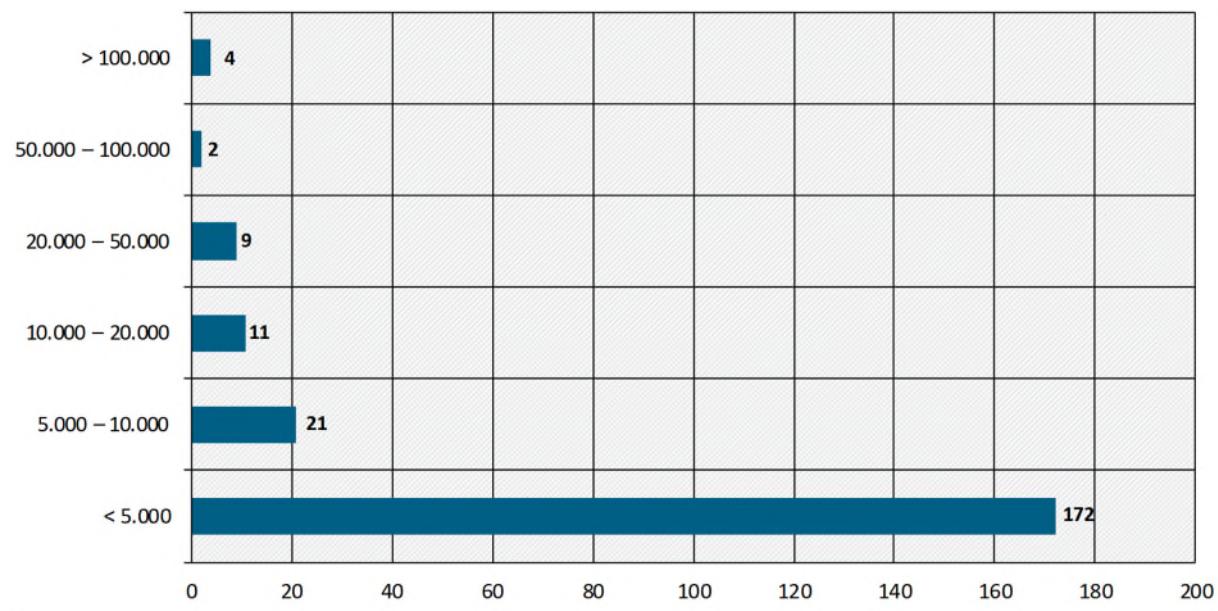
Abbildung 26: Verankerung der Stabsstellen in Fachbereichen nach Thema (n=45)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.1.3 Übergeordnete Ebene

219 Kommunen gaben an im Klimaschutz von einer übergeordneten Ebene unterstützt zu werden. Dies betrifft 209 Einzelgemeinden, fünf Verbandsgemeinden und fünf Landkreise. Abbildung 27 zeigt, dass dies vor allem kleine Kommunen unter 5.000 Einwohnende (172) betrifft. 98 dieser Kommunen haben sogar weniger als 1.000 Einwohnende. Nur vier **Einzelgemeinden** haben mehr als 30.000 Einwohnende. Die Verankerung von Klimaschutz in übergeordneten Ebenen ist somit vor allem in kleinen Gemeinden der Fall.

Abbildung 27: Kommunen mit Verankerung durch übergeordnete Verwaltungsebenen nach Einwohnergrößen (n=219)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

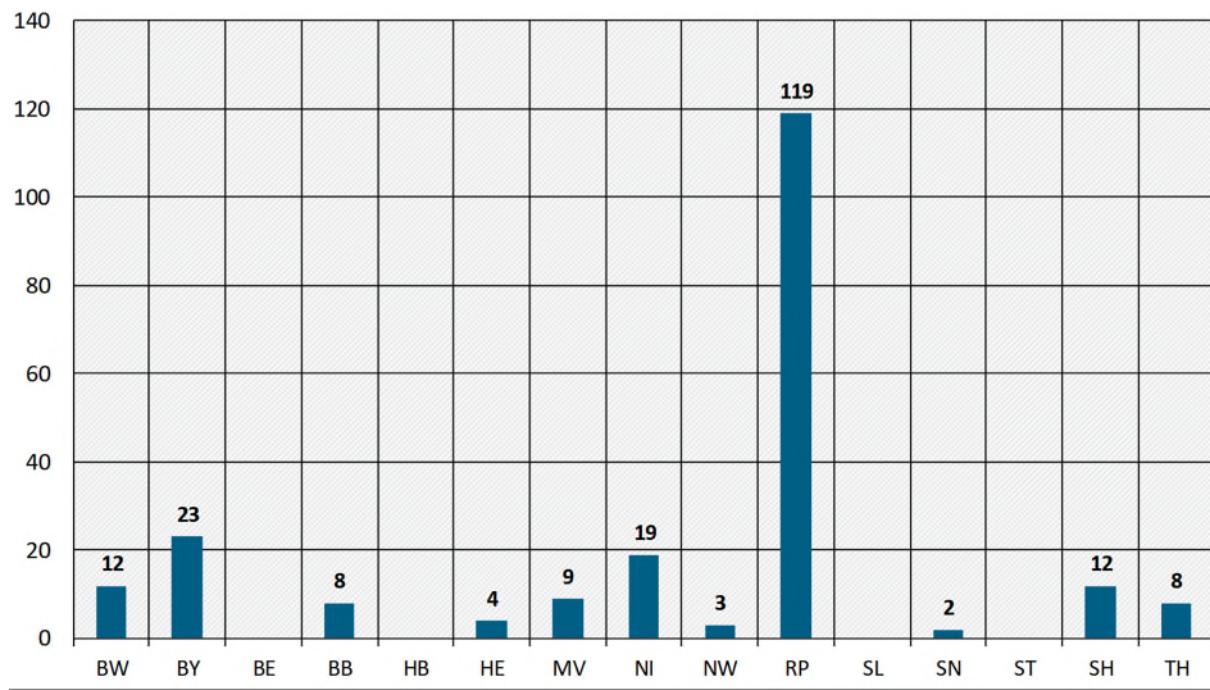
50 der Kommunen, deren Klimaschutzaktivitäten von übergeordneten Ebenen unterstützt werden, geben an auch eigenes Personal für den Klimaschutz zu haben. 22 davon haben zusätzlich eine Verankerung in einer Facheinheit, sieben haben zusätzlich eine Verankerung als Stabsstelle – alle sieben sind Einzelgemeinden: zwei von ihnen haben weniger als 1.000 Einwohnende, weitere zwei zwischen 1.000 und 3.000 Einwohnende, drei der Kommunen haben über 20.000 Einwohnende. 18 der 219 Kommunen geben an, dass es zusätzlich einen externen Träger gibt.

Von den 209 **Einzelgemeinden**, die angaben Klimaschutz sei in übergeordneten Ebenen verankert, haben 192 im Freitext beschrieben, wo der Klimaschutz in den übergeordneten Stellen angesiedelt ist, es gibt Mehrfachnennungen. Definitiv zuzuordnen sind:

- ▶ Agentur: sieben Gemeinden werden über eine Agentur im Klimaschutz vertreten
- ▶ Landkreis: 43 Gemeinden werden über Personal des Landkreises abgedeckt
- ▶ Gemeindeverbände: 101 Gemeinden gaben an, dass der übergeordnete Gemeindeverband sie im Klimaschutz unterstützt. Dies zeigt die große Bedeutung der Gemeindeverbände im kommunalen Klimaschutz und dass diese in Folgebefragungen besser adressiert werden müssen.

Abbildung 28 zeigt die Verteilung der Kommunen mit Klimaschutz-Verankerung in übergeordneten Verwaltungsebenen nach Bundesländern. Da die meisten angegebenen übergeordneten Verwaltungsebenen die Gemeindeverbände sind, sind entsprechend viele Kommunen in Bundesländern, in denen es diese Form gibt. Allen voran Rheinland-Pfalz (119), wo sie eine sehr relevante Rolle einnehmen.

Abbildung 28: Kommunen mit Verankerung durch übergeordnete Verwaltungsebenen nach Bundesländern (n=219)

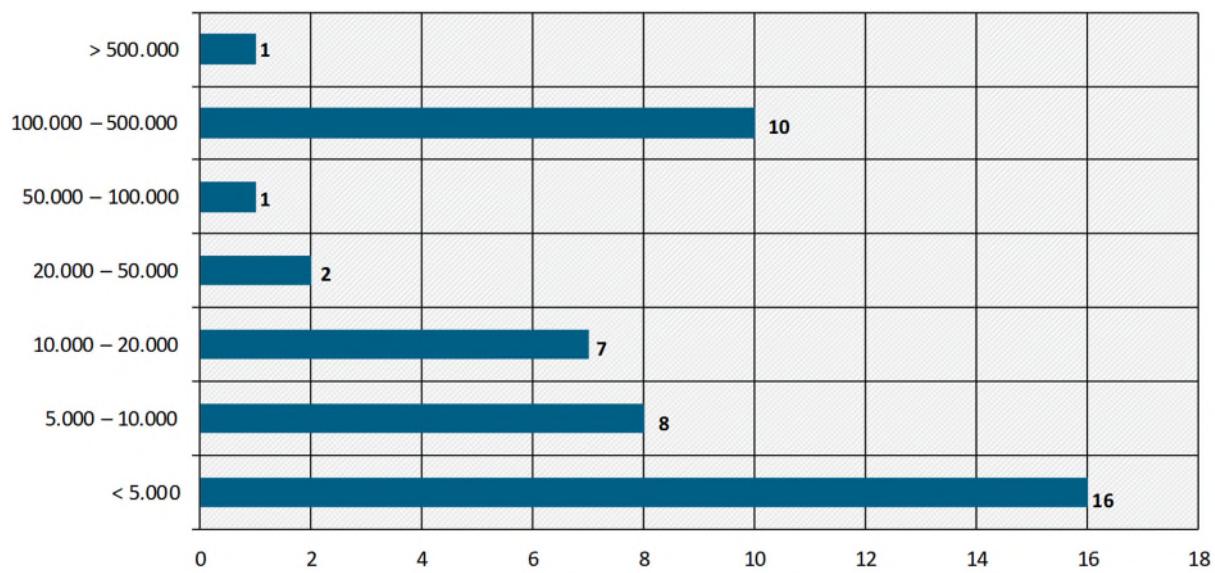


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.1.4 Externe Träger

Von den 45 Kommunen, die angaben über einen externen Träger im Klimaschutz vertreten zu werden, ist dies in elf Kommunen die einzige Form der Klimaschutz-Verankerung. In den übrigen 34 Kommunen ist der Klimaschutz auch über andere Formen in der Verwaltung verankert. Externe Träger kommen in neun Landkreisen, zwei kreisfreien Städten und 34 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zum Einsatz.

Abbildung 29 zeigt die Verteilung der Kommunen mit externen Trägern auf die Einwohnergrößenklassen. Am häufigsten ist dieses System vertreten in den Größenklassen unter 5.000 EW (16) und 100.000 – 500.000 (10). Mittelgroße bis größere Kommunen mit Einwohnerzahlen von 20.000 bis 100.000 scheinen diese Art der Verankerung selten zu nutzen (in Summe 3).

Abbildung 29: Kommunen mit externen Klimaschutz-Trägern nach Einwohnergrößen (n=45)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

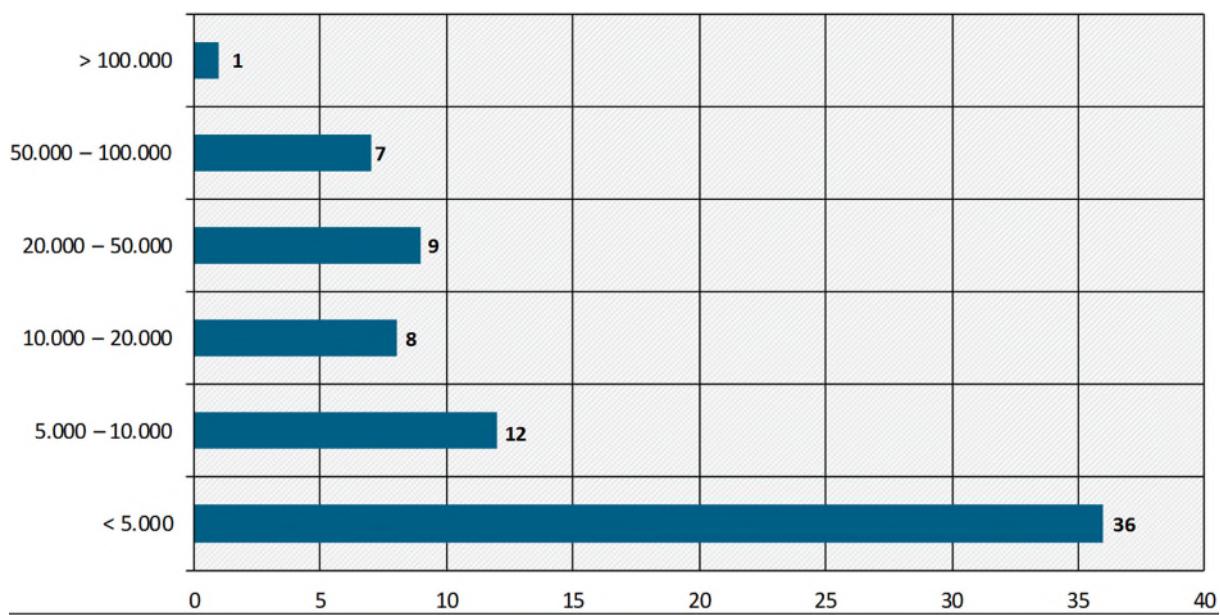
Die Kommunen mit externen Trägern verteilen sich auf die folgenden Bundesländer:

- ▶ Bayern: 14
- ▶ Baden-Württemberg: 9
- ▶ Niedersachsen: 9
- ▶ Schleswig-Holstein: 6
- ▶ Rheinland-Pfalz: 3
- ▶ Brandenburg: 2
- ▶ Hessen: 1
- ▶ Nordrhein-Westfalen: 1

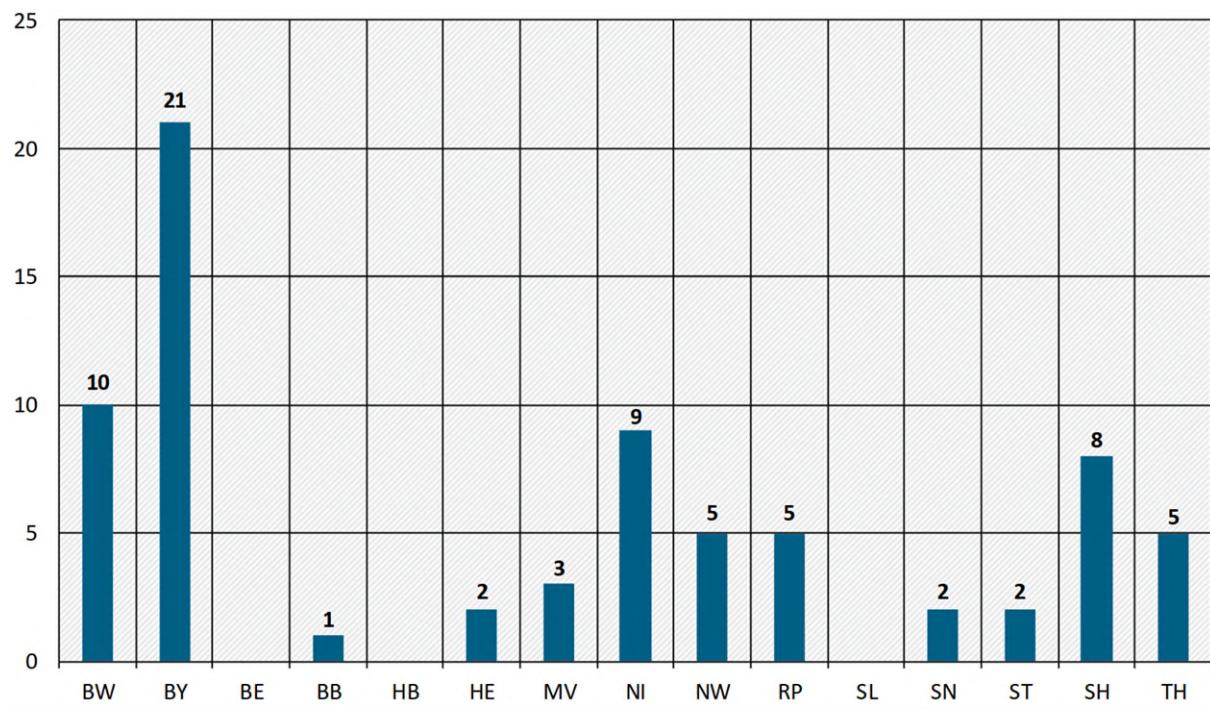
Die einzigen Kommunen aus Ostdeutschland, die einen externen Träger haben, liegen in Brandenburg. Das System der externen Träger scheint somit vor allem in den westdeutschen Bundesländern verankert zu sein.

4.1.5 Sonstige Verankerung

73 Kommunen gaben an, dass Klimaschutz über eine sonstige Form als die zuvor abgefragten in der Verwaltung verankert ist. In 17 dieser Kommunen gibt es auch eine andere Form der Verankerung. Diese Kategorie haben drei Landkreise und 70 kreisangehörige Städte und Gemeinden ausgewählt. Abbildung 30 zeigt, dass diese Art der Verankerung vor allem in kleinen Kommunen gegeben ist. Die Hälfte der Kommunen hat unter 5.000 Einwohnende, nur eine Kommune mehr als 100.000 Einwohnende. Die meisten der Kommunen stammen aus Bayern (21), die restlichen verteilen sich verhältnismäßig gleich über die anderen Flächenländer, siehe Abbildung 31.

Abbildung 30: Kommunen mit sonstiger Verankerung nach Einwohnergrößen (n=73)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 31: Kommunen mit sonstiger Verankerung nach Bundesländern (n=73)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In den Freitextantworten haben 41 Kommunen Angaben zur sonstigen Verankerung des Klimaschutzes in der Verwaltung gemacht. Die Antworten konnten den folgenden Kategorien zugeordnet werden (es gab Mehrfachnennungen):

- Leitung: 18
- Politisches Gremium: 9
- Interkommunaler Zusammenschluss: 6

- ▶ Kommunales Unternehmen: 4
- ▶ Thema wird ohne Stelle bearbeitet: 4
- ▶ Verwaltung insgesamt: 2
- ▶ Ehrenamt: 2
- ▶ Lokale Aktionsgruppe: 1

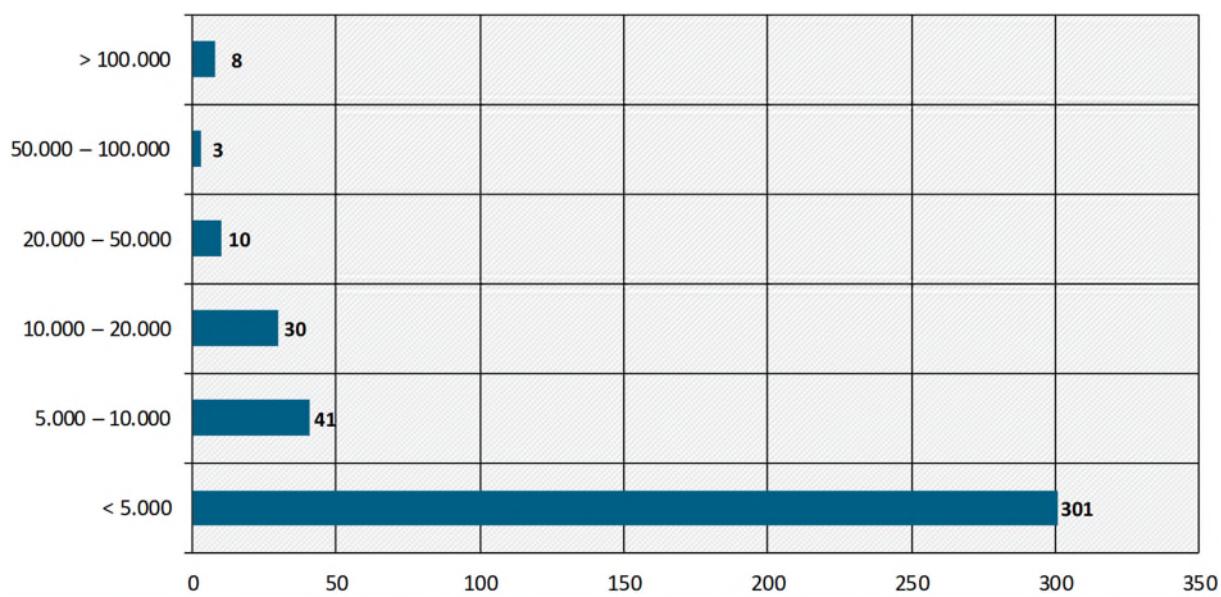
Am häufigsten wird demnach der Klimaschutz von der Verwaltungsleitung (meist Bürgermeister*in) mit bedacht. Auch einige politische Gremien (z. B. Umwelt- oder Bauausschuss) haben sich des Themas angenommen. Darüber hinaus spielen interkommunale Zusammenschlüsse für gemeinsame Stellen sowie kommunale Unternehmen (z. B. Stadtwerke) eine Rolle. In einigen Kommunen wird das Thema auch ohne Stelle bzw. von der Verwaltung insgesamt bearbeitet. Hier waren nicht alle Angaben ganz deutlich zuzuordnen, sodass dieser Anteil auch noch höher sein könnte.

4.1.6 Keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung

Ein Viertel der teilnehmenden Kommunen (393) haben bisher keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung. Interessanterweise geben 23 von ihnen an Personal für den Klimaschutz zu haben. Sie scheinen dies nicht als Verankerung zu interpretieren. 21 der Kommunen ohne Verwaltungsverankerung haben ein Neutralitätsziel, zwei von ihnen gehören zu der Gruppe mit Klimaschutz-Personal. 19 Kommunen streben somit das Neutralitätsziel ohne Personal und ohne Verwaltungsverankerung an.

Abbildung 32 verdeutlicht, dass vor allem sehr kleine Kommunen unter 5.000 Einwohnenden keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung haben (301). Schon ab einer Einwohnerzahl von 5.000 nimmt die Quote der Verwaltungsverankerung deutlich zu. Entsprechend sind die meisten dieser Kommunen kreisangehörige Städte und Gemeinden (383), es betrifft aber auch zehn Landkreise.

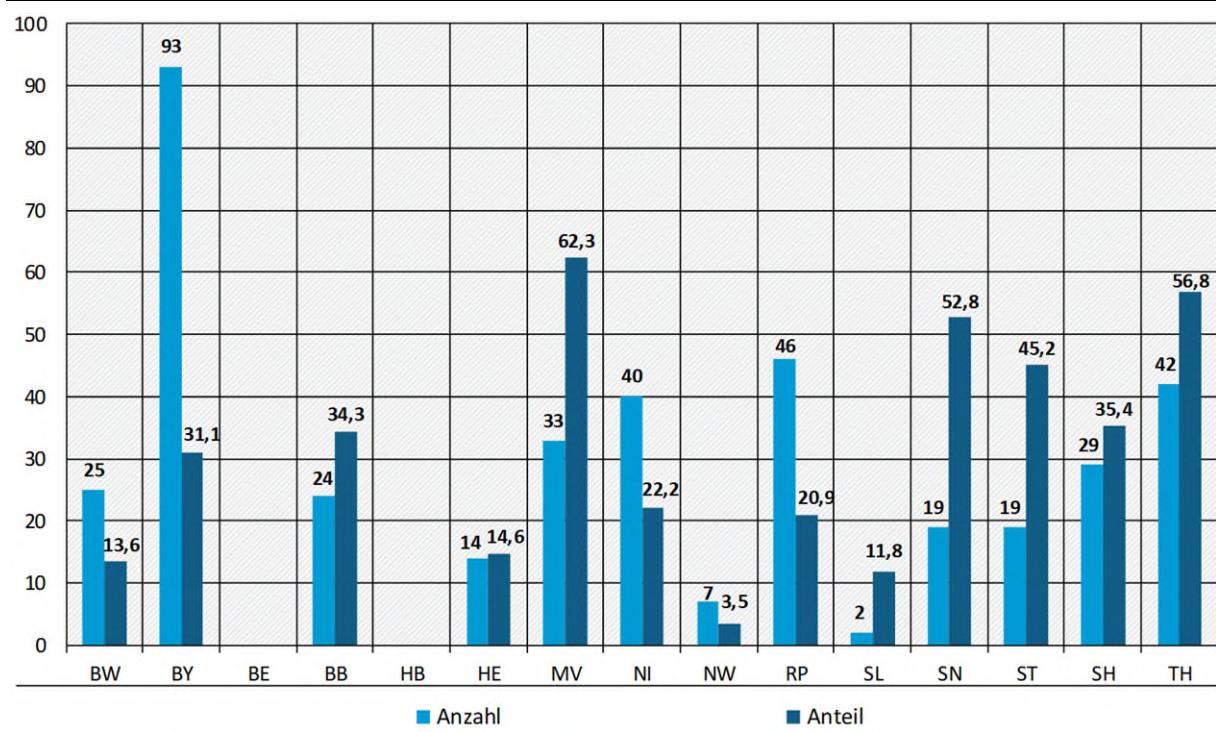
Abbildung 32: Kommunen ohne Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung nach Einwohnergrößen (n=393)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die Kommunen ohne Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung verteilen sich auf alle Flächenbundesländer. Abbildung 33 zeigt die Anzahl an Kommunen je Bundesland und den Anteil, den diese an den teilnehmenden Kommunen aus dem jeweiligen Land ausmachen. Dabei spielt sowohl die Größenstruktur von Kommunen innerhalb eines Bundeslandes als auch die spezielle Teilnahmestruktur an der Befragung je Bundesland eine Rolle. So liegt die höchste Quote von Kommunen ohne Verwaltungsverankerung des Klimaschutzes mit 62,3 % in Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings geht aus Tabelle 4 eine etwas ungewöhnliche Teilnahmestruktur hervor – zum einen haben aus Mecklenburg-Vorpommern recht wenig Kommunen teilgenommen, zum anderen waren es mit Ausnahme eines Landkreises nur kreisangehörige Städte und Gemeinden. Insgesamt ist die Quote der Kommunen ohne Verankerung in den ostdeutschen Bundesländern recht hoch – neben Mecklenburg-Vorpommern vor allem in Thüringen (56,8 %) und Sachsen (52,8 %). In den westdeutschen Bundesländern sind die Quoten in Schleswig-Holstein (35,4 %) und Bayern (31,1 %) am höchsten.

Abbildung 33: Kommunen ohne Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung nach Bundesländern (n=393)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Kombination aus Tabelle 4 und Abbildung 33 ist es insgesamt bemerkenswert, dass in Bundesländern mit eher geringen Teilnahmezahlen dennoch viele Kommunen teilgenommen haben, die keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung haben. Dies ist eine Zielgruppe, die vor der Durchführung der Befragung als eher schwierig erreichbar eingestuft wurde. Ihre Teilnahme ist für einen guten Querschnitt durch die deutschen Kommunen für die Befragung sehr wertvoll.

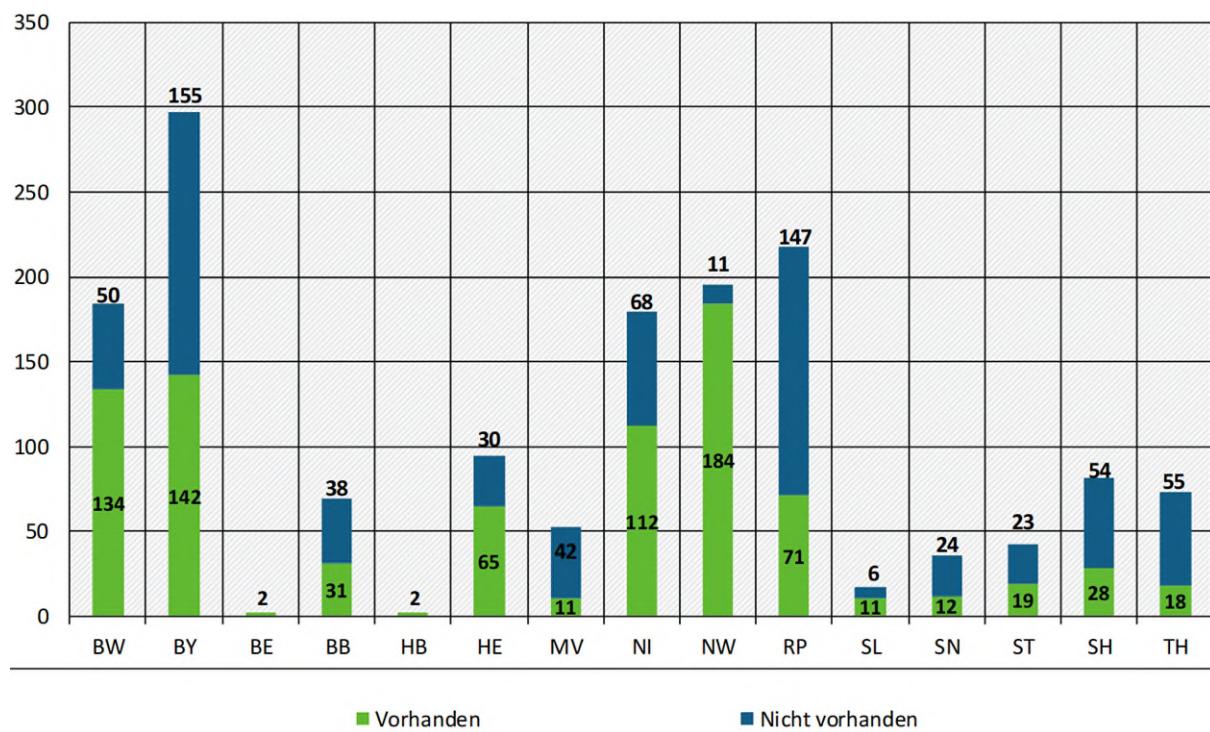
4.2 Personal für den Klimaschutz

Von den 1.553 Kommunen geben 842 an Personal für den Klimaschutz zu haben, dies entspricht knapp 54 % der teilnehmenden Kommunen. 703 Kommunen haben kein Klimaschutzpersonal und acht machten keine Angabe. Die Befragung wurde demnach nicht nur durch Klimaschutzpersonal beantwortet und bietet auch relevante Einblicke in Kommunen mit weniger Institutionalisierung für den Klimaschutz.

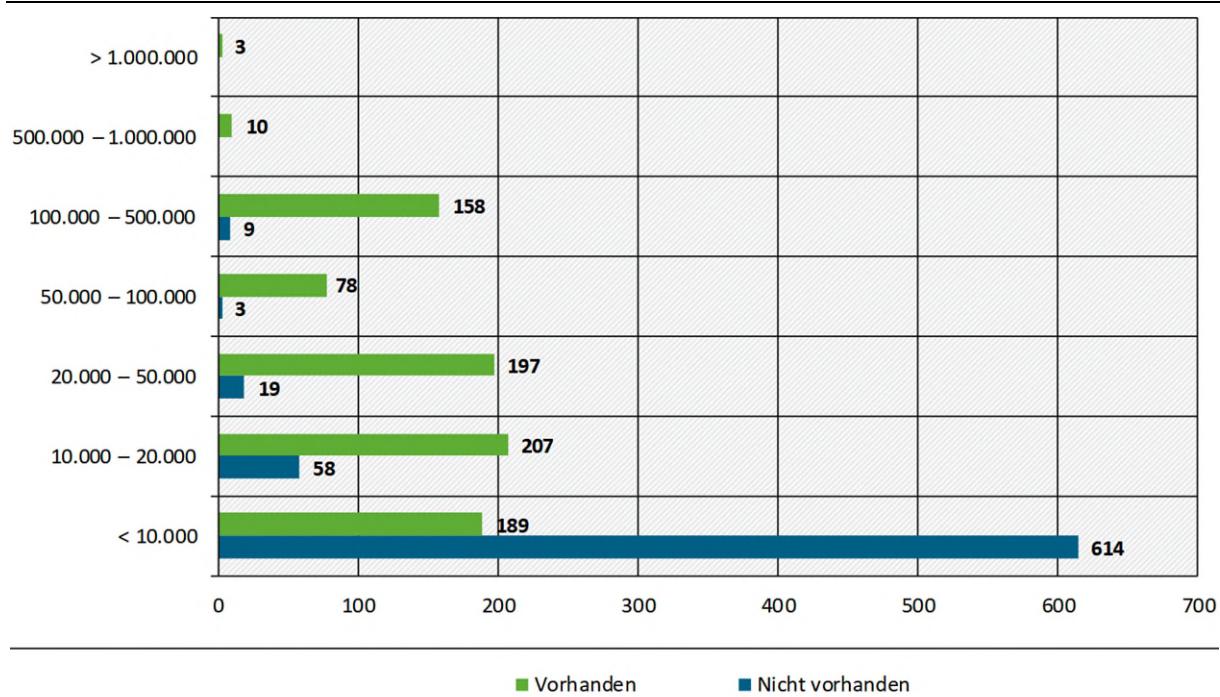
Abbildung 34 zeigt die Verteilung der Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Bundesländern. Demnach haben aus Bayern (155) und Rheinland-Pfalz (147) sehr viele Kommunen ohne Personal an der Befragung teilgenommen. Anteilig haben auch viele Kommunen aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen ohne Klimaschutzpersonal teilgenommen. In Nordrhein-Westfalen hingegen haben nur elf der 195 teilnehmenden Kommunen kein Klimaschutzpersonal.

Abbildung 35 verdeutlicht, dass vor allem kleine Kommunen kein Klimaschutzpersonal haben. 614 (87,3 %) der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal stammen aus der Einwohnergrößenklasse unter 10.000 Einwohnenden. Alle Kommunen über 500.000 Einwohnenden haben Klimaschutzpersonal.

Abbildung 34: Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Bundesländern (n=1.545)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 35: Anzahl an Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=1.545)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.2.1 Kommunen mit Klimaschutzpersonal

Tabelle 7 zeigt die Anzahl an Kommunen mit Klimaschutzpersonal aufgeteilt nach Bundesländern und Kommunenform sowie deren Anteil an den teilnehmenden Kommunen des jeweiligen Bundeslandes.

Tabelle 7: Anzahl teilnehmender Kommunen mit Personal für den Klimaschutz nach Bundesländern (n=842)

Bundesländer	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Städte und Gemeinden	Gemeindeverbände	Bezirke	Gesamt	Quote an teilnehmenden Kommunen
Baden-Württemberg	5	18	111	0	-	134	72,4 %
Bayern	12	41	89	0	-	142	47,3 %
Berlin	1	-	-	-	1	2	66,7 %
Brandenburg	1	6	24	0	-	31	44,3 %
Bremen	2	-	-	-	-	2	100 %
Hessen	3	11	51	-	-	65	67,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	-	0	11	0	-	11	20,4 %
Niedersachsen	5	23	83	1	-	112	61,9 %

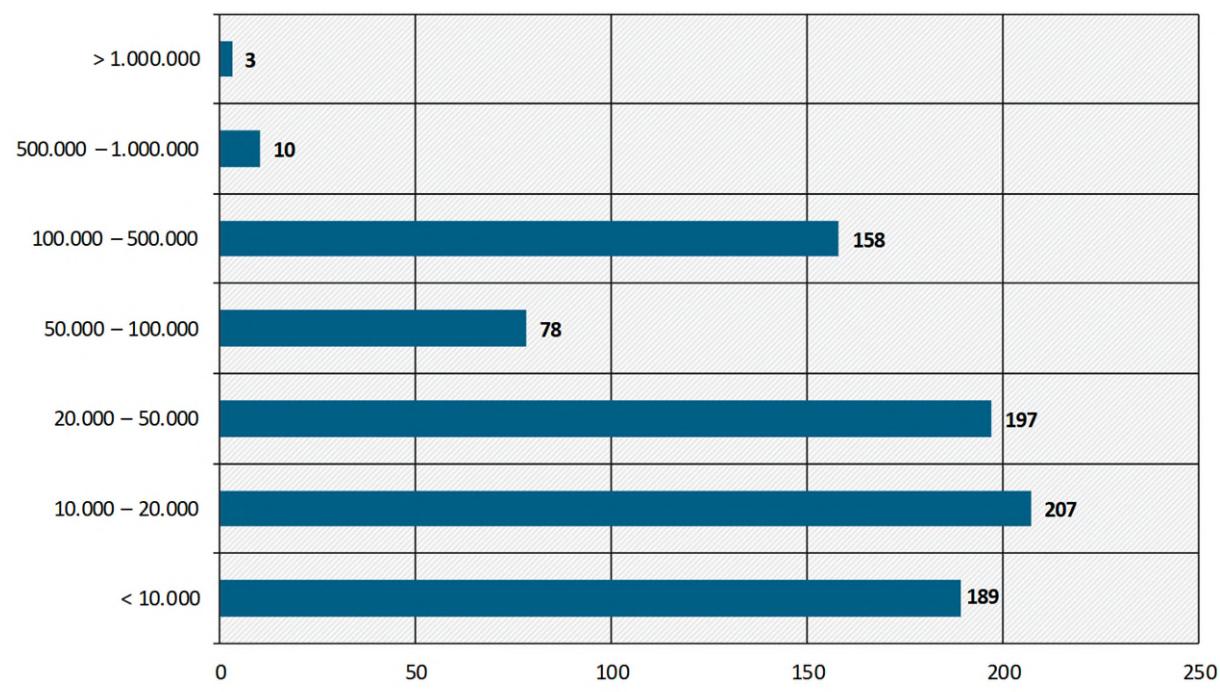
Bundesländer	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Städte und Gemeinden	Gemeinde-verbände	Bezirke	Gesamt	Quote an teilnehmenden Kommunen
Nordrhein-Westfalen	13	13	158	-	-	184	93 %
Rheinland-Pfalz	7	14	40	10	-	71	32,1 %
Saarland	-	3	8	-	-	11	64,7 %
Sachsen	3	1	8	0	-	12	33,3 %
Sachsen-Anhalt	1	5	13	0	-	19	45,2 %
Schleswig-Holstein	2	6	19	1	-	28	33,7 %
Thüringen	4	4	10	0	-	18	24 %
Gesamt	59	145	637	12	1	842	53,9 %

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Mecklenburg-Vorpommern (20,4 %), Thüringen (24 %), Rheinland-Pfalz (32,1 %), Sachsen (33,3 %) und Schleswig-Holstein (33,7 %) haben jeweils weniger als 40 % der teilnehmenden Kommunen Personal für den Klimaschutz. Abgesehen von Rheinland-Pfalz sind dies Länder mit insgesamt eher geringeren Teilnahmezahlen.

Von den Flächenländern hat Nordrhein-Westfalen mit 93 % mit Abstand die höchste Quote an Kommunen mit Klimaschutzpersonal. In Baden-Württemberg (72,4 %), Hessen (67,7 %), dem Saarland (64,7 %) und Niedersachsen (61,9 %) haben jeweils mehr als 60 % der teilnehmenden Kommunen Klimaschutzpersonal.

Abbildung 36 zeigt die Verteilung der Kommunen mit Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen. Im Vergleich zu Abbildung 17 wird deutlich, dass alle teilnehmenden Kommunen über 500.000 Einwohnenden Personal für den Klimaschutz haben. Auch die Größenklassen 20.000 – 500.000 weisen alle einen sehr hohen Anteil an teilnehmenden Kommunen mit Klimaschutzpersonal auf. Erst ab der Größenklasse unter 20.000 Einwohnenden nimmt der Anteil an Kommunen mit Klimaschutzpersonal deutlicher ab und nur in der Größenklasse unter 10.000 Einwohnenden gibt es weniger Kommunen mit Klimaschutzpersonal als ohne.

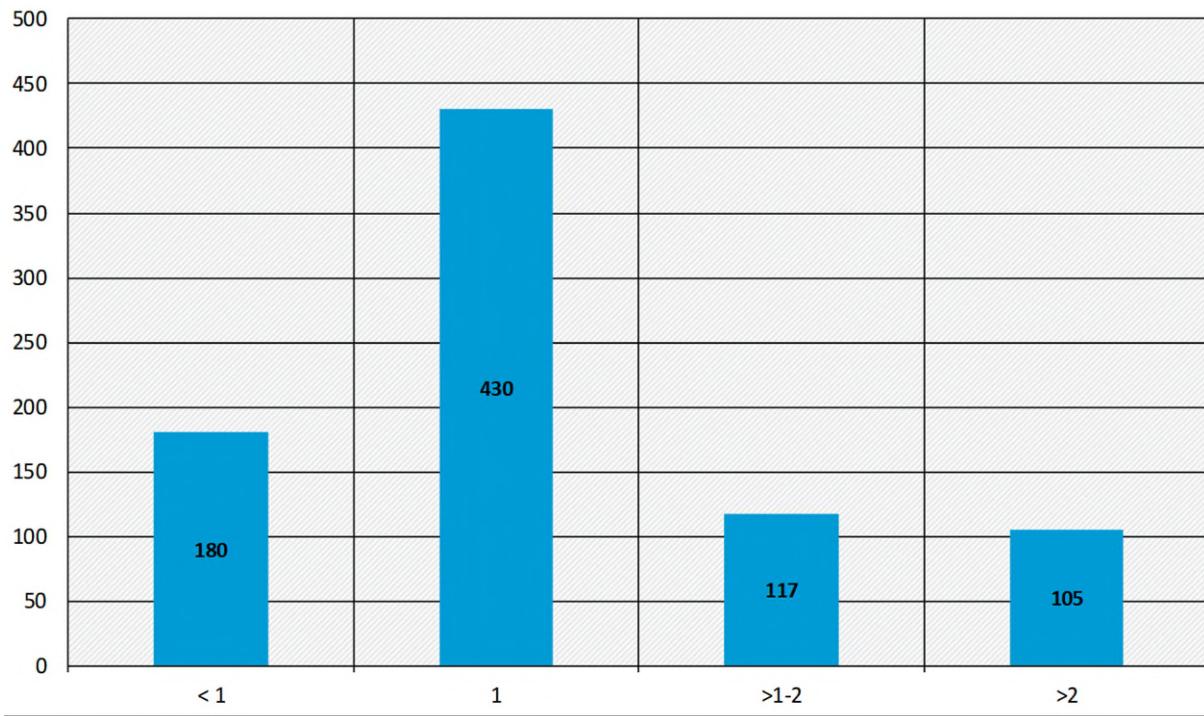
Abbildung 36: Kommunen mit Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=842)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

832 der Kommunen mit Klimaschutzpersonal haben den Stellenumfang für den Klimaschutz angegeben. Die Daten lassen vermuten, dass es bei 13 Angaben zu einem Missverständnis kam. Vermutlich wurde hier nicht die Anzahl der Vollzeitäquivalente (VZÄ) eingegeben – also bei drei Personalstellen, die je zu 100 % für den Klimaschutz eingesetzt werden drei Vollzeitäquivalente. Stattdessen wurde vermutlich der prozentuale Stellenanteil für den Klimaschutz angegeben – also z. B. „50“ bei einer halben Stelle für den Klimaschutz oder „100“ für eine volle Stelle. Alle Stellenangaben ab 10 Personalstellen wurden auf Plausibilität überprüft. Von 28 Angaben, die in diesen Größenbereich fallen, erschienen 15 plausibel. Die Überprüfung erfolgte anhand einer kurzen Internetrecherche der Kommunen und ihrer Klimaschutzaktivitäten. Da die Mitarbeitenden für den Klimaschutz und deren Stellenumfang nicht im Detail auf den Webseiten der Kommunen dargestellt werden, unterliegt dieser Punkt einer gewissen Unschärfe. Die 13 Angaben, die unplausibel wirkten, wurden den Kategorien zugeordnet, die plausibel schienen. Acht wurden in die Kategorie unter einem Vollzeitäquivalent zugeordnet (z. B. Angabe „80“ wurde als 80 % einer Stelle interpretiert und als 0,8 VZÄ gewertet), die übrigen fünf waren Angaben von „100“ und wurden als jeweils ein VZÄ gewertet.

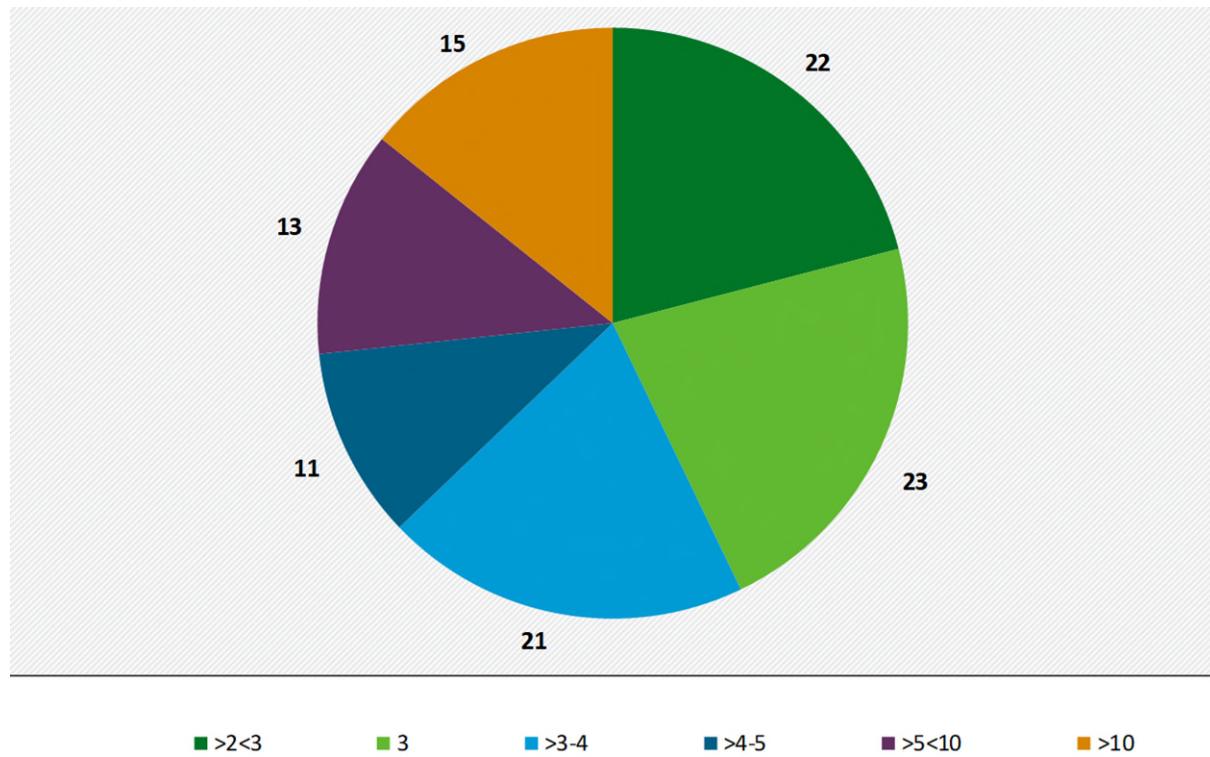
Abbildung 37 zeigt die Vollzeitäquivalente der Klimaschutzpersonalstellen der 832 Kommunen, die dies angegeben haben. Abbildung 38 zeigt im Detail die Stellenumfänge der 105 Kommunen, die jeweils mehr als zwei Vollzeitäquivalente angegeben haben. Mehr als die Hälfte (430) der Kommunen, deren Stellenausstattung bekannt ist, haben ein Vollzeitäquivalent für den Klimaschutz. Mehr als zehn Personalstellen gibt es immerhin in 15 der teilnehmenden Kommunen.

Abbildung 37: Vollzeitäquivalente der Personalstellen für Klimaschutz (n=832)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 38: Detaildarstellung der Stellenumfänge größer 2 Vollzeitäquivalente (n=105)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Von den 842 Kommunen mit Personalstellen für den Klimaschutz gaben 597 (71 %) an, schon einmal eine Förderung für Klimaschutzpersonal in Anspruch genommen zu haben. 240

Kommunen haben Klimaschutzpersonal etabliert ohne auf eine Förderung zurückzugreifen, fünf Kommunen machten keine Angabe zur Fördermittelnutzung.

Um einen umfassenderen Einblick über die Ausstattung von Kommunen mit Klimaschutzpersonal zu ermöglichen, haben wir die Daten unserer Befragung mit den Förderdaten der NKI für Klimaschutz- bzw. Masterplanmanagement (MPM) verschnitten. Datengrundlage dafür ist der Förderkatalog des Bundes (Die Bundesregierung, o. J.). Untersucht wurden die Förderungen für Klimaschutzmanagement (sowohl nach der alten Fördersystematik (Leistungsplansystematik FA1912 KSI – Beratende Begleitung von Klimaschutzkonzepten) sowie nach der neuen Fördersystematik (FA1965 KSI – Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzmanagement)) und die Masterplan-Förderung (FA1915 KSI – Masterplan 100%). Stichtag der Förderdaten ist der 21.09.2023 – auf dieser Basis wurden die Kommunen mit Personalförderung in laufende oder abgeschlossene Förderungen aufgeteilt. Falls Kommunen sowohl abgeschlossene als auch laufende Förderungen erhalten (haben), wurden sie nur in die Kategorie laufend eingestuft, um Doppelzählungen zu vermeiden. Das Ergebnis dieser Datenverschneidung ist in Tabelle 8 aufgeschlüsselt.

Tabelle 8: Verschneiden der Befragungs- und Förderdaten zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal

Beschreibung	Anzahl
Kommunen, die eine NKI-Förderung für KSM / MPM erhalten haben	1.265
Davon Kommunen mit laufender Förderung	600
Davon Kommunen mit ausgelaufener Förderung	665
Kommunen, die vollständig an der Befragung teilgenommen haben	1.553
Davon Kommunen mit Klimaschutzpersonal	842
Davon Kommunen ohne Klimaschutzpersonal (bzw. keine Angabe)	711
Verschneiden der Daten	
Kommunen mit laufender KSM-Förderung, die an der Befragung teilgenommen haben	232
Kommunen mit abgeschlossener KSM-Förderung, die an der Befragung teilgenommen haben und angaben Klimaschutzpersonal zu haben	283
Kommunen mit abgeschlossener KSM-Förderung, die an der Befragung teilgenommen haben und angaben kein Klimaschutzpersonal zu haben	14

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Durch das Verschneiden der Befragungs- und Förderdaten lassen sich folgende Informationen ableiten:

- ▶ 1.210 Kommunen haben mit Stand September 2023 definitiv Personal für den Klimaschutz (600 laufende NKI-Förderungen, 842 aus der Befragung, abzüglich der 232 Kommunen, die sowohl an der Befragung teilgenommen haben, als auch eine laufende Förderung erhalten).
- ▶ Mindestens 283 Kommunen, deren NKI-Förderung für KSM abgeschlossen ist, haben nach wie vor Klimaschutzpersonal.

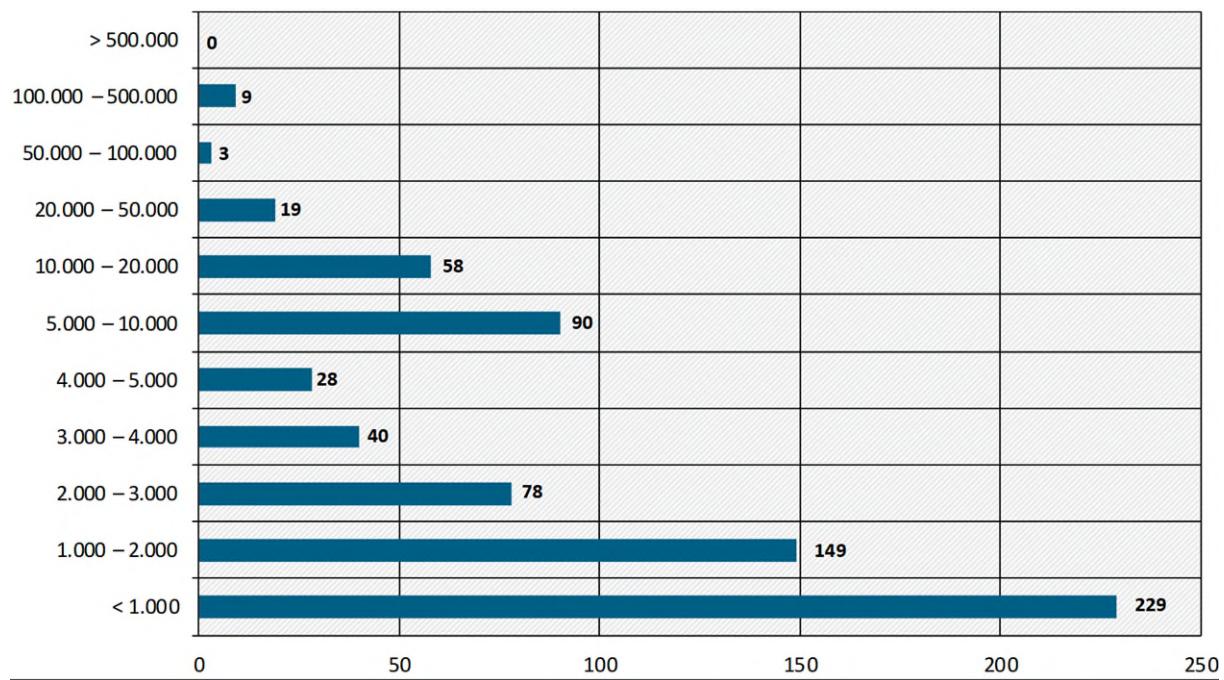
- ▶ Bei 368 Kommunen, die eine NKI-Förderung erhalten haben, wissen wir nicht, ob sie noch Klimaschutzpersonal haben, da ihre Förderung abgeschlossen ist und sie nicht an der Befragung teilgenommen haben.
- ▶ 711 Kommunen haben aktuell definitiv kein Klimaschutzpersonal, 14 von ihnen hatten eine NKI-Förderung erhalten, die mittlerweile abgeschlossen ist.

In den folgenden Kapiteln wird immer wieder der Bezug zum Vorhandensein von Personalstellen für den Klimaschutz hergestellt werden.

4.2.2 Kommunen ohne Klimaschutzpersonal

Von den 703 Kommunen ohne Klimaschutzpersonal sind 691 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Die weiteren zwölf Kommunen sind Landkreise. Abbildung 39 zeigt ihre Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen. Die zwölf Kommunen über 50.000 Einwohnende sind die Landkreise ohne Klimaschutzpersonal. 614 der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal haben weniger als 10.000 Einwohnende. Daher wurde diese Kategorie detaillierter aufgegliedert, um die genauere Verteilung erkennbar zu machen. Dadurch wird deutlich, dass 378 der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal sogar weniger als 2.000 Einwohnende haben.

Abbildung 39: Kommunen ohne Klimaschutzpersonal nach Einwohnergrößen (n=703)

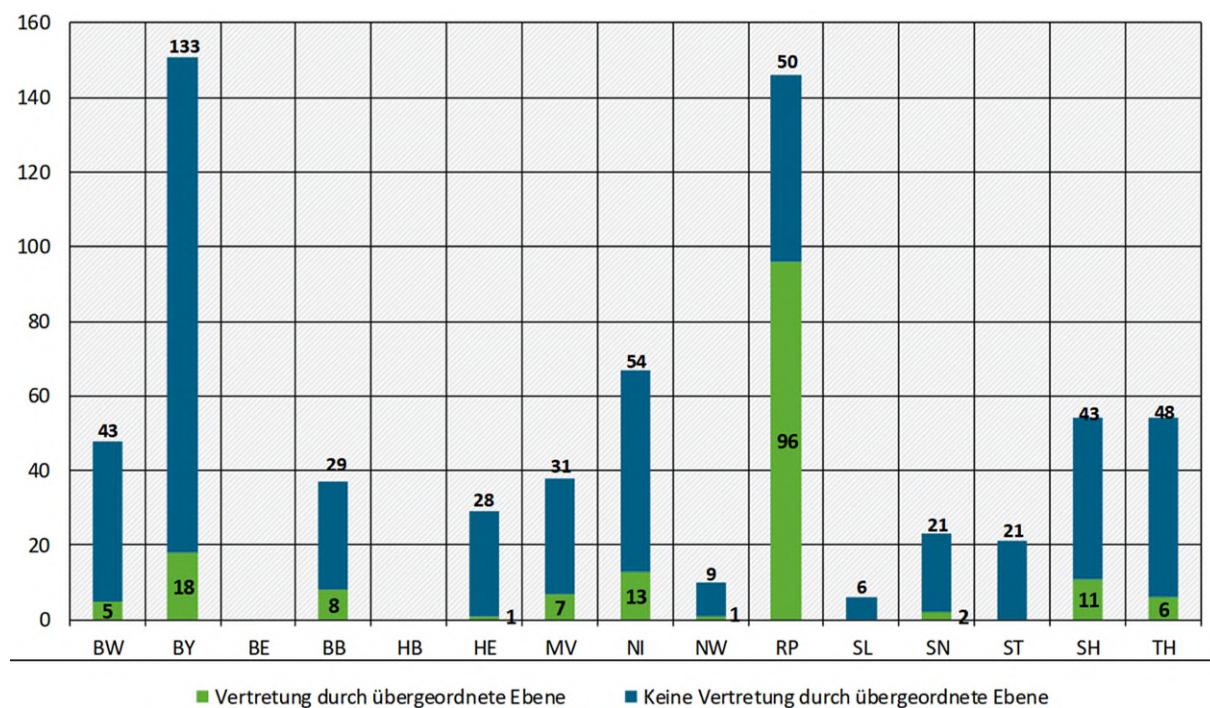


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Bei Diskussionen um flächendeckende Ausstattung von Kommunen mit Klimaschutzpersonal wird oft argumentiert, dass besonders kleine Kommunen es schwierig haben eigene Personalstellen zu schaffen und auch gut durch übergeordnete Ebenen (z. B. Gemeindeverbände oder Landkreise) unterstützt werden können (Andreas et al., 2018; Weihe, 2022). Um zu überprüfen, inwiefern die teilnehmenden Kommunen ohne Klimaschutzpersonal bereits von übergeordneten Ebenen im Klimaschutz unterstützt werden, haben wir dies mit der entsprechenden Teilfrage aus der Verankerung in der Verwaltung (Kapitel 4.1) verschnitten. Von den 691 **kreisangehörigen Städten und Gemeinden** ohne eigenes Klimaschutzpersonal gaben 168 an im Klimaschutz durch übergeordnete Ebenen vertreten zu werden. Drei Viertel der Kommunen (516) werden demnach nicht durch übergeordnete Ebenen unterstützt. Die

Aufteilung nach Bundesländern und Vertretung durch übergeordneten Ebenen ist in Abbildung 40 dargestellt. Daraus wird deutlich, dass vor allem in Rheinland-Pfalz viele der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch übergeordnete Ebenen im Klimaschutz vertreten werden. Hier kommt wieder die starke Rolle der Verbandsgemeinden zum Tragen. Besonders aus Bayern haben viele Kommunen ohne eigenes Klimaschutzpersonal an der Befragung teilgenommen, die auch keine Vertretung in übergeordneten Ebenen haben. Insgesamt müsste die Vertretung durch übergeordnete Ebenen deutlich gestärkt werden, um kleine Gemeinden ohne Klimaschutzpersonal adäquat unterstützen zu können und ihre Klimaschutzpotenziale zu heben.

Abbildung 40: Kreisangehörige Städte und Gemeinden ohne eigenes Klimaschutzpersonal nach Bundesländern und Vertretung im Klimaschutz durch übergeordnete Ebenen (n=691)

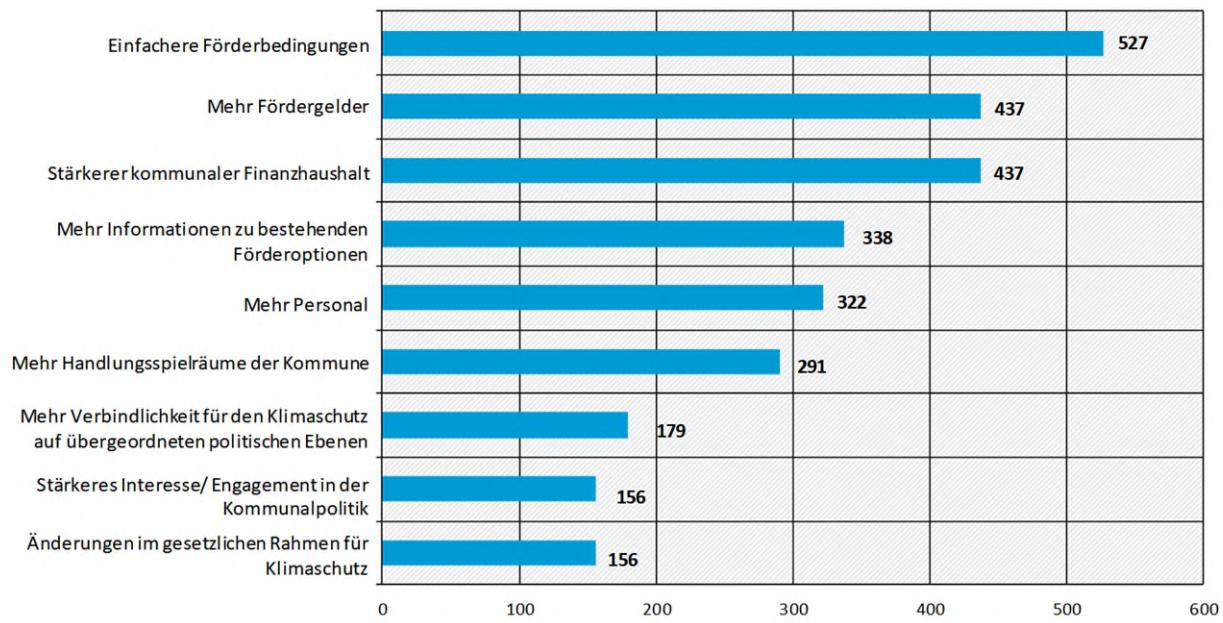


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Um einen Eindruck zu bekommen, wie die Kommunen ohne Klimaschutzpersonal es bewerten, dass sie kein Personal haben, haben wir die Ausblickfrage (Kapitel 4.15) für diese Kommunengruppe separat ausgewertet. Abbildung 41 zeigt wie viele der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal die abgefragten Kriterien als „sehr hilfreich“ einschätzen, um mehr Klimaschutz umsetzen zu können. 46 % der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal (322) geben an, dass mehr Personal „sehr hilfreich“ wäre, um mehr Klimaschutz umzusetzen. Weitere 173 fänden es „hilfreich“, weitere 139 Einschätzungen verteilen sich auf die Kategorien „teils, teils“ (76), „weniger hilfreich“ (40) und „nicht hilfreich“ (23). 69 Kommunen machten keine Angabe. Im Vergleich zu Abbildung 193 schätzen es somit weniger Kommunen ohne Klimaschutzpersonal als „sehr hilfreich“ ein mehr Personal zu haben, als es in der Gesamtmenge der teilnehmenden Kommunen der Fall ist (58 %). Bei der Kommunengruppe ohne Klimaschutzpersonal liegt dieser Aspekt auf Rang 5 der sehr hilfreichen Änderungen, bei der Gesamtgruppe aller teilnehmenden Kommunen hingegen auf Rang 3. Wie in Abbildung 193 sind auch für die Kommunen ohne Klimaschutzpersonal die Finanzierungsaspekte sehr relevant, um mehr Klimaschutz umsetzen zu können. Passenderweise ist hier der Bedarf an mehr

Informationen zu bestehenden Förderoptionen deutlich höher als in der Gesamtgruppe (Rang 4 im Vergleich zu Rang 8). Informationen zu Klimaschutzfördermitteln in der Verwaltung zu etablieren ist eine der typischen Aufgaben von Klimaschutzpersonal, die in der Gruppe ohne Klimaschutzpersonal offensichtlich fehlt.

Abbildung 41: Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen ohne Klimaschutzpersonal

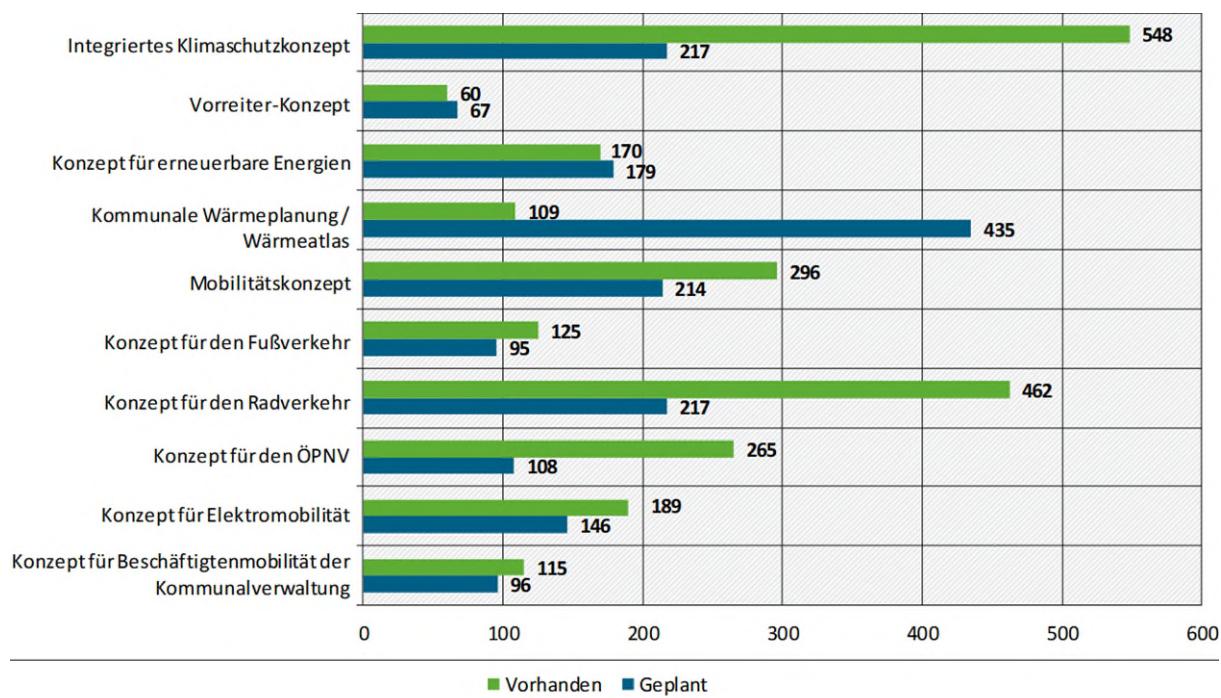


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3 Kommunale Klimaschutzkonzepte

Wir haben die Kommunen nach vorhandenen und konkret geplanten Klimaschutzkonzepten befragt, wobei wir zehn unterschiedliche Konzeptarten abgefragt haben. 313 der befragten Kommunen haben und planen kein Klimaschutzkonzept, 90 machten keine Angaben.

1.150 Kommunen haben oder planen mindestens eines der abgefragten Klimaschutzkonzepte. 775 von ihnen haben Personal für den Klimaschutz. 374 haben, weitere 205 erarbeiten aktuell ein Neutralitätsziel. Abbildung 42 zeigt die Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten aufgeteilt in die abgefragten Konzeptarten. Da viele Kommunen mehrere Klimaschutzkonzepte haben bzw. planen gibt es mit insgesamt 4.113 deutlich mehr Konzepte als teilnehmende Kommunen.

Abbildung 42: Anzahl an vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten (n=4.113)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In den folgenden Unterkapiteln werden die einzelnen Konzeptarten jeweils nach Verteilung auf die Bundesländer, die Einwohnergrößenklassen sowie die Kommunenform dargestellt. Darüber hinaus werden jeweils die Querbezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen hergestellt.

Tabelle 9 zeigt diese Querbezüge für alle Konzeptarten im Überblick. Dabei ist jeweils unterschieden, ob die Konzepte bereits vorhanden oder noch geplant sind. Dabei wird deutlich, dass für alle Konzeptarten (vorhanden und geplant) die Querbezüge zum Vorhandensein von Personal und Neutralitätszielen stärker sind, als im Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen.

Der stärkste Bezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal besteht bei geplanten Vorreiter-Konzepten (94 %). Weiterhin sehr stark ausgeprägt sind die Bezüge zu vorhandenen integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) (86 %), zu vorhandenen Vorreiter-Konzepten (85 %), zu vorhandenen Mobilitätskonzepten (84 %) und zu geplanten Beschäftigtenmobilitätskonzepten der Kommunalverwaltung (82 %). Diese Konzepte sind also vor allem in Kommunen vorhanden bzw. werden von ihnen geplant, in denen es Klimaschutzpersonal gibt. Bei den vorhandenen Konzepten kann es natürlich auch andersrum sein – das Konzept kann eine relevante Grundlage für das Schaffen einer Klimaschutzstelle gelegt haben. Besonders geringe Bezüge zwischen Konzept und Klimaschutzpersonal gibt es bei geplanten Konzepten für erneuerbare Energien (58 %) und geplanten ÖPNV-Konzepten (62 %).

Der Bezug zu den Neutralitätszielen wird gemeinsam für vorhandene und in Erarbeitung befindliche Ziele dargestellt. Auch hier besteht der stärkste Bezug zu den geplanten Vorreiter-Konzepten (87 %). Darüber hinaus sind die Bezüge stark ausgeprägt bei vorhandenen Vorreiter-Konzepten (77 %), geplanten Beschäftigtenmobilitätskonzepten (73 %) und geplanten Fußverkehrskonzepten (70 %). Besonders geringe Bezüge bestehen zu geplanten Radverkehrskonzepten (51 %) sowie vorhandenen (51 %) und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien (52 %).

Im Vergleich ist auffällig, dass die starken Bezüge zum Personal vor allem bei vorhandenen Konzeptarten bestehen, bei den Neutralitätszielen aber zu geplanten Konzepten. Es ist denkbar, dass die Kommunen mit Neutralitätszielen den Bedarf für weitere Klimaschutzkonzepte sehen, um ihre Ziele anstreben zu können.

Tabelle 9: Querbezug zwischen Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen [in Prozent]

	Anteil mit Klimaschutzpersonal	Anteil mit vorhandenem oder in Erarbeitung befindlichen Neutralitätsziel
Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen	54 %	40 %
IKSK vorhanden	86 %	62 %
IKSK geplant	77 %	62 %
Vorreiter-Konzept vorhanden	85 %	77 %
Vorreiter-Konzept geplant	94 %	87 %
Konzept EE vorhanden	69 %	51 %
Konzept EE geplant	58 %	52 %
Wärmekonzept vorhanden	73 %	58 %
Wärmekonzept geplant	79 %	65 %
Mobilitätskonzept vorhanden	84 %	65 %
Mobilitätskonzept geplant	76 %	59 %
Fußverkehrskonzept vorhanden	78 %	66 %
Fußverkehrskonzept geplant	77 %	70 %
Radverkehrskonzept vorhanden	73 %	57 %
Radverkehrskonzept geplant	67 %	51 %
ÖPNV-Konzept vorhanden	71 %	56 %
ÖPNV-Konzept geplant	62 %	57 %
Elektromobilitätskonzept vorhanden	77 %	59 %
Elektromobilitätskonzept geplant	75 %	64 %
B-Mob-KV vorhanden	77 %	65 %
B-Mob-KV geplant	82 %	73 %

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 10 zeigt die Kommunenformen kreisfreie Städte, Landkreise sowie kreisangehörige Städte und Gemeinden und stellt dar, wie hoch der Anteil dieser Kommunenformen ist, die die abgefragten Klimaschutzkonzepte haben oder planen. Aufgrund der niedrigen Teilnahmehäufigkeiten wurden die Bezirke und Gemeindeverbände hierbei nicht ausgewertet.

Das über alle Kommunenformen am stärksten vertretene Konzept ist das integrierte Klimaschutzkonzept. 92 % der teilnehmenden kreisfreien Städte haben oder planen dieses Konzept, ebenso 75 % der teilnehmenden Landkreise und 44 % der teilnehmenden kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Ebenfalls in allen Kommunenformen stark vertreten sind die Radverkehrskonzepte. Beide Konzeptarten sind insgesamt oft vertreten. Besonders wenig vertreten sind über alle Kommunenformen die Vorreiter-Konzepte, Fußverkehrskonzepte und Beschäftigtenmobilitätskonzepte. Es handelt sich jeweils um insgesamt selten vertretene Konzeptarten. Es gibt aber auch Konzeptarten bei denen es Unterschiede zwischen den Kommunenformen gibt. So haben hohe Anteile an kreisfreien Städten sowie kreisangehörigen Städten und Gemeinden Wärmekonzepte und Mobilitätskonzepte. Besonders die Wärmekonzepte sind nur bei einem recht geringen Anteil der teilnehmenden Landkreise vertreten (24 %). Darüber hinaus haben sehr wenig Landkreise (6 %) ein Fußverkehrskonzept. Ein hoher Anteil der teilnehmenden Landkreise hat oder plant hingegen ÖPNV-Konzepte, diese sind besonders in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden weniger vertreten.

Tabelle 10: Anteil an teilnehmenden Kommunen bei denen verschiedene Konzeptarten vorhanden sind, nach Kommunenform [in Prozent]

	Anteil der kreisfreien Städte mit vorhandenem oder geplantem Konzept	Anteil der Landkreise mit vorhandenem oder geplantem Konzept	Anteil der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit vorhandenem oder geplantem Konzept
IKSK	92 %	75 %	44 %
Vorreiter-Konzept	27 %	13 %	7 %
Konzept EE	49 %	27 %	21 %
Wärmekonzept	88 %	24 %	34 %
Mobilitätskonzept	86 %	42 %	30 %
Fußverkehrskonzept	49 %	6 %	14 %
Radverkehrskonzept	80 %	65 %	40 %
ÖPNV-Konzept	66 %	55 %	18 %
Elektromobilitätskonzept	68 %	31 %	18 %
B-Mob-KV	51 %	22 %	11 %

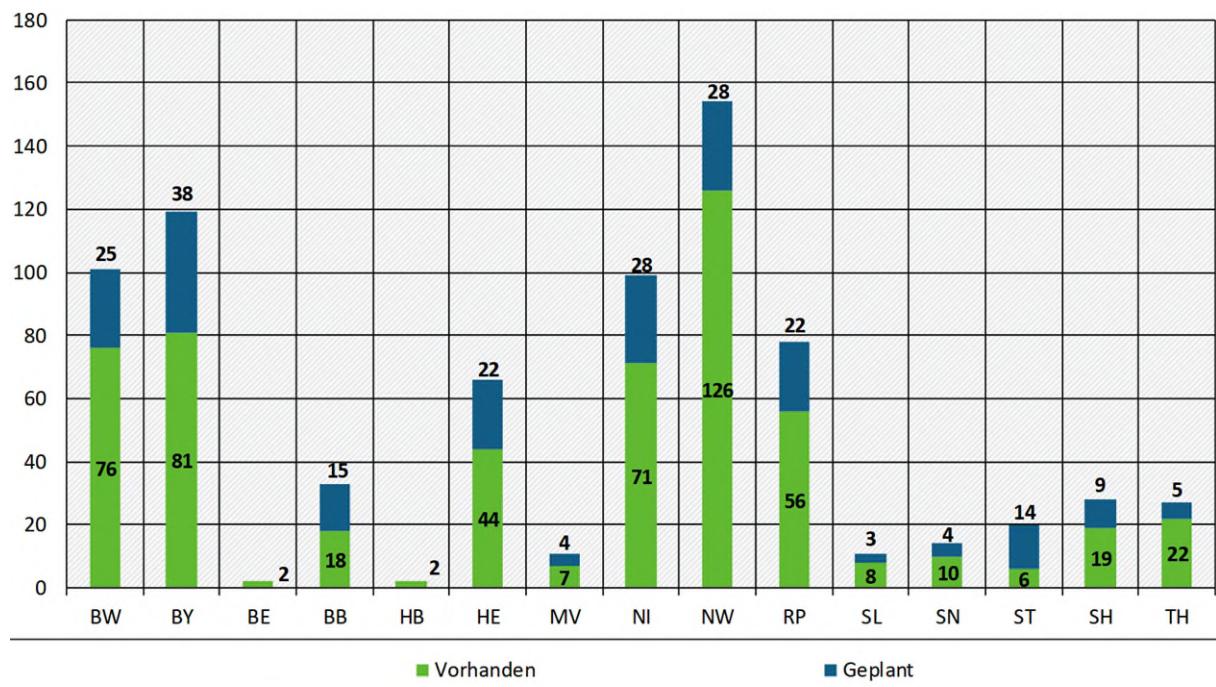
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.1 Integrierte Klimaschutzkonzepte

Die am stärksten verbreitete Konzeptart ist das integrierte Klimaschutzkonzept, also ein alle Klimaschutz-Themen umfassendes Konzept. 548 Kommunen haben ein solches Konzept, 217 weitere Kommunen planen eines zu erstellen. Abbildung 43 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 44 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 11 die Aufteilung auf die Kommunenformen. Daran wird deutlich, dass in den Flächenbundesländern mit hohen Teilnahmezahlen an der Befragung auch die meisten integrierten Klimaschutzkonzepte vorhanden sind, allen voran Nordrhein-Westfalen (126). Die Anzahl geplanter Konzepte verteilt sich relativ gleichmäßig über die Länder. Alle teilnehmenden Kommunen mit mehr als 500.000

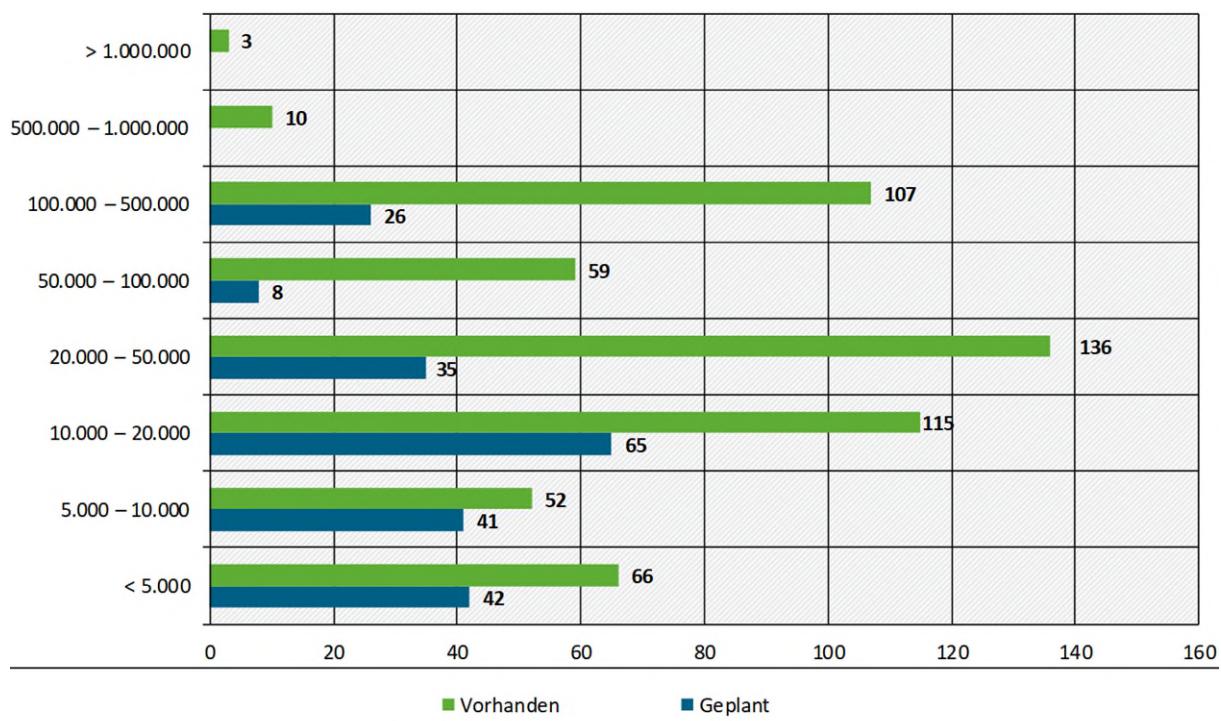
Einwohnenden haben ein integriertes Klimaschutzkonzept. In allen Größenklassen sind mehr Konzepte vorhanden, als neue geplant werden. Besonders viele neue Konzepte werden in den Größenklassen kleiner 20.000 Einwohnende geplant. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 92 % der teilnehmenden Städte ein integriertes Klimaschutzkonzept, bei den Landkreisen 75 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 44 %.

Abbildung 43: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepten nach Bundesländern (n=765)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 44: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepten nach Einwohnergrößen (n=765)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 11: Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) nach Kommunenform (n=1.553)

	IKSK vorhanden	IKSK in Planung	Kein IKS	Keine Angabe zu IKS
Kreisfreie Stadt	51	3	0	5
Landkreis	90	29	16	23
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	400	182	571	170
Gemeindeverband	6	3	3	0
Bezirk	1	0	0	0
Summe	548	217	590	198

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 12 und Tabelle 13 zeigen die Querbezüge zwischen vorhandenen und geplanten integrierten Klimaschutzkonzepten und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen.

Tabelle 12 zeigt einen starken Zusammenhang zwischen integrierten Klimaschutzkonzepten und Klimaschutzpersonal. 86 % der Kommunen mit integrierten Konzepten und 77 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, haben auch Klimaschutzpersonal. Gleichzeitig haben 83 % der Kommunen ohne integriertes Klimaschutzkonzept kein Klimaschutzpersonal. Andersrum betrachtet haben 56 % der Kommunen mit Klimaschutzpersonal ein integriertes Klimaschutzkonzept, im Schnitt aller teilnehmenden Kommunen haben 35 % ein integriertes

Konzept. Knapp 70 % der Kommunen ohne Klimaschutzpersonal haben auch kein integriertes Klimaschutzkonzept.

Tabelle 13 zeigt, dass knapp 62 % der Kommunen mit integriertem Klimaschutzkonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein integriertes Konzept planen, haben oder erarbeiten ebenfalls 62 % ein Neutralitätsziel. Im Schnitt aller Kommunen sind es 40 %. 84 % der Kommunen ohne integriertes Konzept haben und erarbeiten kein Neutralitätsziel. Andersrum betrachtet haben 54 % der Kommunen mit bestehendem oder geplanten Neutralitätsziel ein integriertes Klimaschutzkonzept. 57 % der Kommunen ohne Neutralitätsziel haben auch kein integriertes Klimaschutzkonzept.

Tabelle 12: Querbezug zwischen Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	IKSK vorhanden	IKSK in Planung	Kein IKS	Keine Angabe zu IKS
Personal vorhanden	472	167	99	104
Kein Personal	73	50	489	91
Keine Angabe zu Personal	3	0	2	3
Summe	548	217	590	198

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 13: Querbezug zwischen Vorhandensein von integrierten Klimaschutzkonzepten (IKSK) und Neutralitätszielen (n=1.553)

	IKSK vorhanden	IKSK in Planung	Kein IKS	Keine Angabe zu IKS
Neutralitätsziel vorhanden	253	53	52	44
Neutralitätsziel in Planung	85	82	29	20
Kein Neutralitätsziel	201	78	497	101
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	9	4	12	33
Summe	548	217	590	198

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

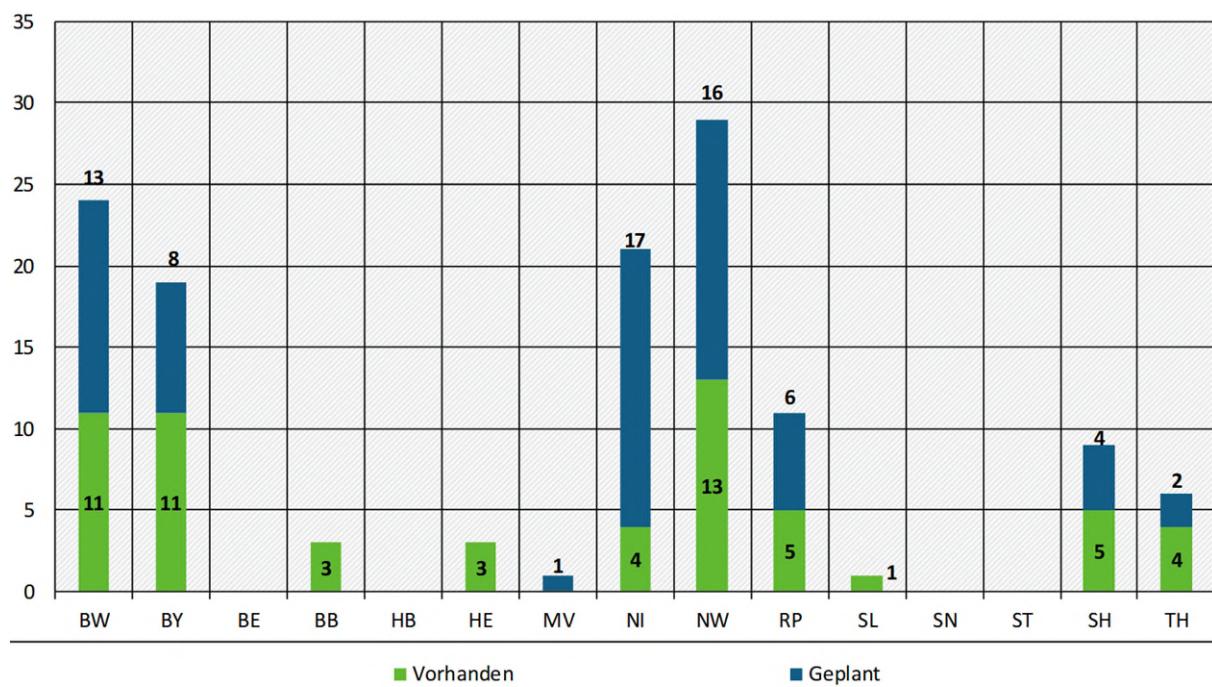
4.3.2 Vorreiter-Konzepte

Integrierte Vorreiter-Konzepte sind eine neuere Konzeptform, die über die Nationale Klimaschutz-Initiative gefördert werden. In ihnen müssen mindestens die Ziele der treibhausgasneutralen Kommune bis 2040 und der „klimaneutralen Kommunalverwaltung“ bis 2035 angestrebt werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, o. J.). Insgesamt gaben 60 Kommunen an ein Vorreiter-Konzept zu haben, weitere 67 planen eines. Zum Zeitpunkt der Befragung war diese Konzeptform noch so neu, dass über die NKI geförderte

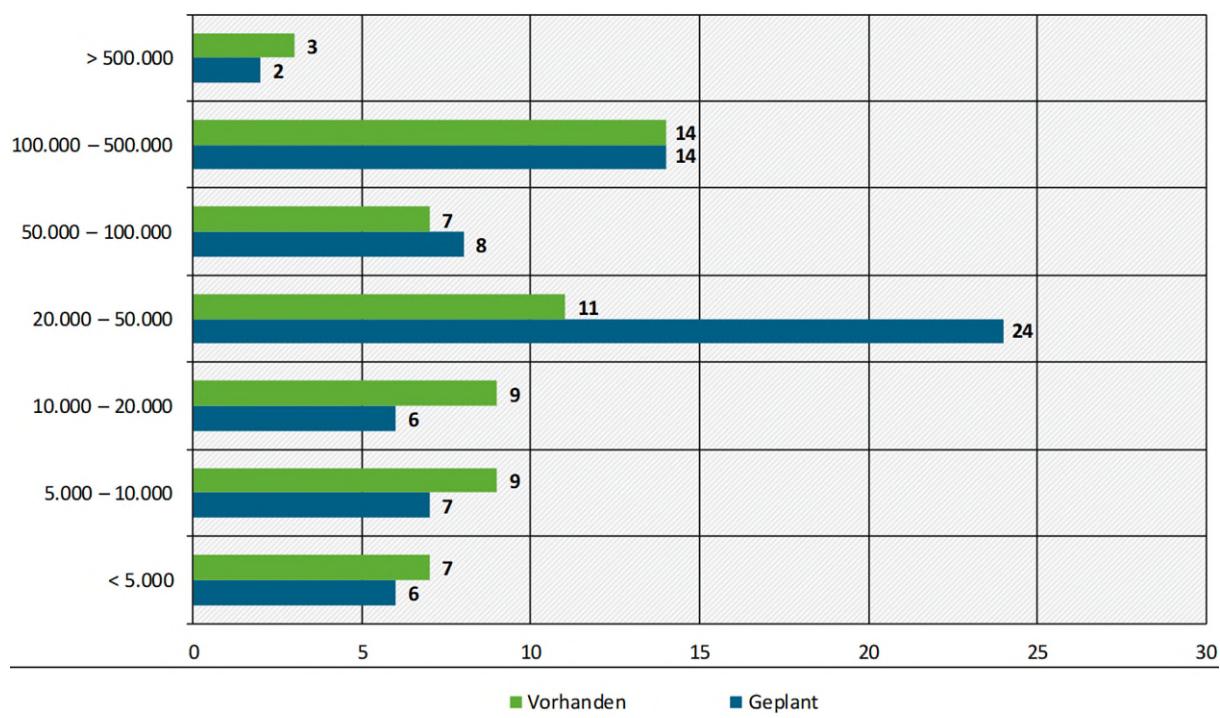
Konzepte noch kaum vorliegen konnten. Die Rückmeldungen der Kommunen lassen vermuten, dass sie auch anderweitig erstellte Konzepte als Vorreiter-Konzepte interpretiert haben.

Abbildung 45 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Vorreiter-Konzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 46 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 14 die Aufteilung auf die Kommunenformen. Daran wird deutlich, dass Vorreiter-Konzepte bisher vor allem in Nordrhein-Westfalen (13), Baden-Württemberg (11) und Bayern (11) existieren. Besonders viele solcher Konzepte werden in Niedersachsen (17), Nordrhein-Westfalen (16) und Baden-Württemberg (13) geplant. Die meisten neuen Vorreiter-Konzepte (24) werden in der Größenkategorie 20.000 bis 50.000 Einwohner geplant. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen 27 % der teilnehmenden Städte ein Vorreiter-Konzept, bei den Landkreisen 13 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 7 %.

Abbildung 45: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Vorreiter-Konzepten nach Bundesländern (n=127)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 46: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Vorreiter-Konzepten nach Einwohnergrößen (n=127)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 14: Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	Vorreiter-Konzept vorhanden	Vorreiter-Konzept in Planung	Kein Vorreiter-Konzept	Keine Angabe zu Vorreiter-Konzept
Kreisfreie Stadt	10	6	26	17
Landkreis	9	12	87	50
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	41	49	980	253
Gemeindeverband	0	0	8	4
Bezirk	0	0	1	0
Summe	60	67	1.102	324

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 15 zeigt, dass 85 % der Kommunen mit Vorreiter-Konzept Klimaschutzpersonal haben, von den Kommunen mit geplanten Vorreiter-Konzepten haben sogar 94 % Klimaschutzpersonal.

Tabelle 16 zeigt, dass 77 % der Kommunen mit Vorreiter-Konzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten, von den Kommunen, die das Vorreiter-Konzept planen, haben oder erarbeiten sogar 87 % ein Neutralitätsziel.

Die Vorreiter-Konzepte haben von allen Konzeptarten die stärksten Bezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Dies erscheint logisch, da mit den Vorreiter-Konzepten hohe Klimaschutzambitionen verbunden sind. Darüber hinaus sind die Vorreiter-Konzepte neben den Beschäftigtenmobilitätskonzepten die einzige Konzeptform, bei der die Bezüge jeweils bei den geplanten Konzepten höher sind, als bei den vorhandenen Konzepten.

Tabelle 15: Querbezug zwischen Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Vorreiter-Konzept vorhanden	Vorreiter-Konzept in Planung	Kein Vorreiter-Konzept	Keine Angabe zu Vorreiter-Konzept
Personal vorhanden	51	63	510	218
Kein Personal	9	4	588	102
Keine Angabe zu Personal	0	0	4	4
Summe	60	67	1.102	324

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 16: Querbezug zwischen Vorhandensein von Vorreiter-Konzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Vorreiter-Konzept vorhanden	Vorreiter-Konzept in Planung	Kein Vorreiter-Konzept	Keine Angabe zu Vorreiter-Konzept
Neutralitätsziel vorhanden	35	42	228	97
Neutralitätsziel in Planung	11	16	142	47
Kein Neutralitätsziel	14	2	717	139
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	0	7	15	41
Summe	60	67	1.102	324

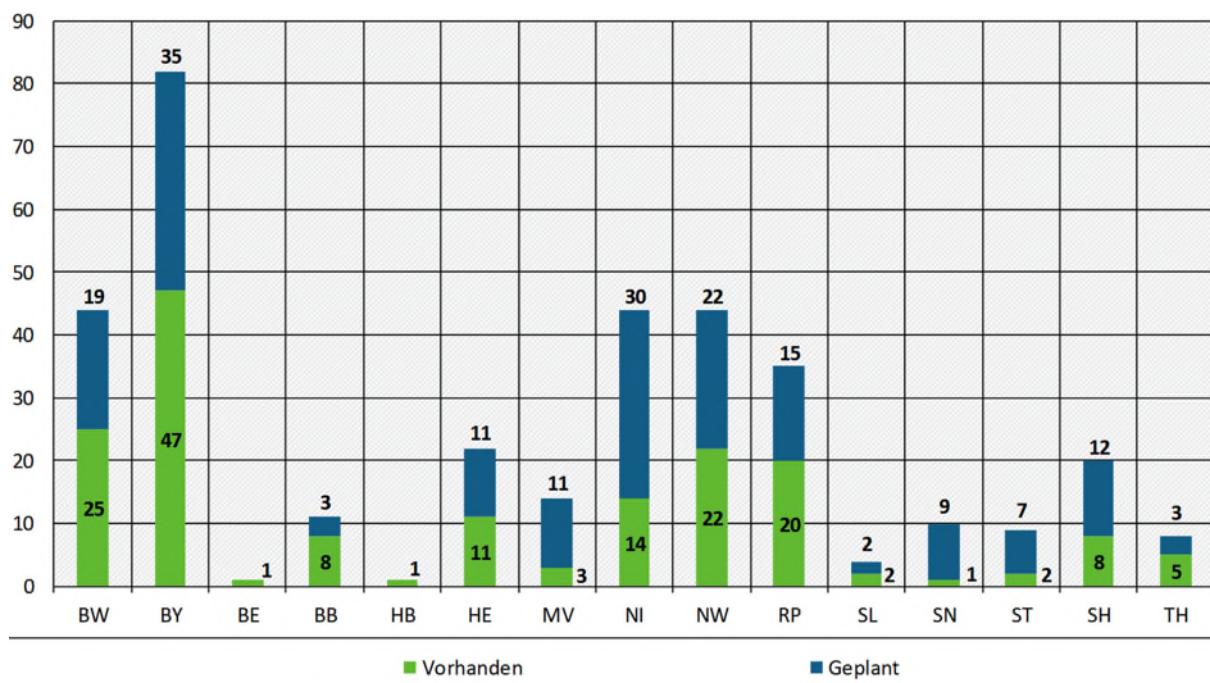
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.3 Konzepte für erneuerbare Energien

170 Kommunen haben und 179 weitere planen ein Klimaschutzkonzept für erneuerbare Energien. Abbildung 47 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Konzepte für erneuerbare Energien aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 48 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 17 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

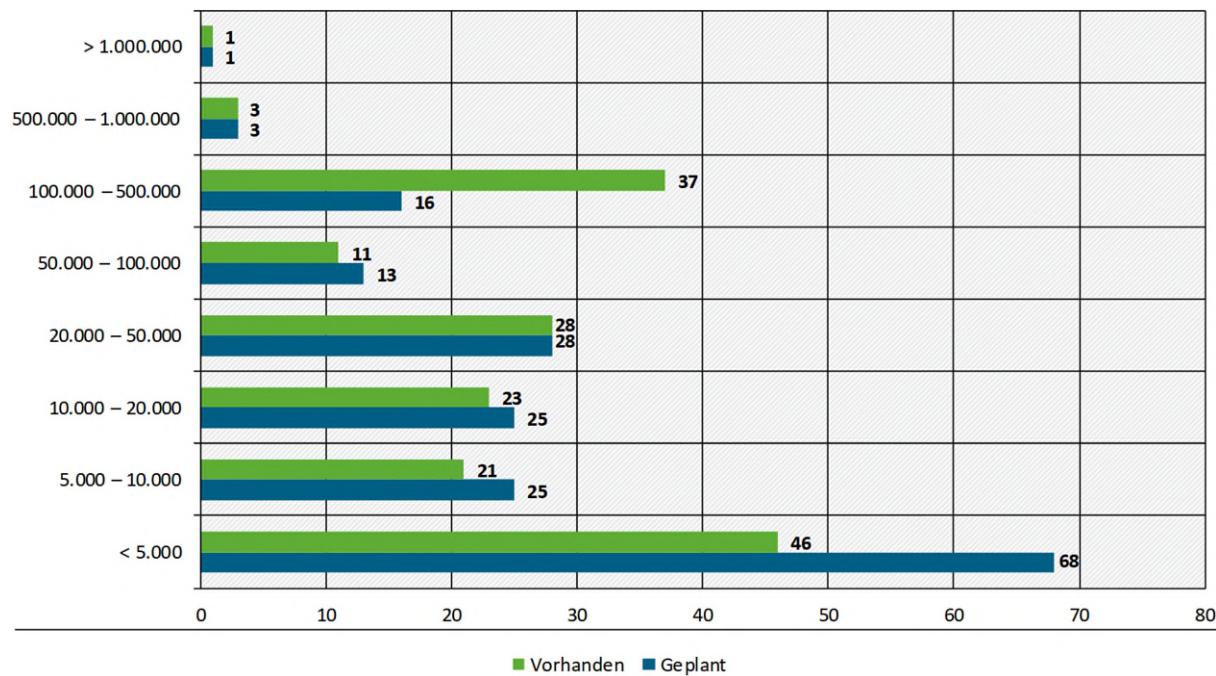
Daran wird deutlich, dass besonders viele Konzepte für erneuerbare Energien in Bayern (47) existieren, gefolgt von Baden-Württemberg (25), Nordrhein-Westfalen (22) und Rheinland-Pfalz (20). Die Anzahl geplanter Konzepte verteilt sich etwas gleichmäßiger über die Länder. Im Verhältnis zur Teilnahmehzahl gibt es recht viele vorhandene und geplante Konzepte in Schleswig-Holstein. In den meisten Größenklassen ist das Verhältnis zwischen vorhandenen und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien relativ ausgeglichen. In der Größenklasse 100.000 bis 500.000 Einwohnende bestehen schon deutlich mehr Konzepte, als neue geplant werden. In der Größenklasse unter 5.000 Einwohnende werden mehr neue Konzepte geplant, gleichzeitig ist dies die Größenklasse mit den meisten existierenden Konzepten für erneuerbare Energien. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen 49 % der teilnehmenden Städte ein Konzept für erneuerbare Energien, bei den Landkreisen 27 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 21 %.

Abbildung 47: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien nach Bundesländern (n=349)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 48: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Konzepten für erneuerbare Energien nach Einwohnergrößen (n=349)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 17: Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) nach Kommunenform (n=1.553)

	Konzept EE vorhanden	Konzept EE in Planung	Kein Konzept EE	Keine Angabe zu Konzept EE
Kreisfreie Stadt	20	9	19	11
Landkreis	28	15	68	47
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	120	154	820	229
Gemeindeverband	2	1	6	3
Bezirk	0	0	1	0
Summe	170	179	914	290

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 18 zeigt, dass 69 % der Kommunen mit Konzept für erneuerbare Energien und 58 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 53 % der Kommunen ohne Konzept für erneuerbaren Energien kein Personal.

Tabelle 19 zeigt, dass 51 % der Kommunen mit Konzept für erneuerbare Energien ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Konzept für erneuerbare Energien planen, haben oder erarbeiten 52 % ein Neutralitätsziel.

Die geplanten Konzepte zu erneuerbaren Energien zeigen die geringsten Bezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Bei den vorhandenen Konzepten zu erneuerbaren Energien sind die Bezüge zum Klimaschutzpersonal etwas stärker, zu den Neutralitätszielen aber ebenfalls sehr niedrig.

Tabelle 18: Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Konzept EE vorhanden	Konzept EE in Planung	Kein Konzept EE	Keine Angabe zu Konzept EE
Personal vorhanden	117	104	422	199
Kein Personal	53	75	488	87
Keine Angabe zu Personal	0	0	4	4
Summe	170	179	914	290

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 19: Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für erneuerbare Energien (EE) und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Konzept EE vorhanden	Konzept EE in Planung	Kein Konzept EE	Keine Angabe zu Konzept EE
Neutralitätsziel vorhanden	60	61	188	93

	Konzept EE vorhanden	Konzept EE in Planung	Kein Konzept EE	Keine Angabe zu Konzept EE
Neutralitätsziel in Planung	26	32	120	38
Kein Neutralitätsziel	82	84	593	118
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	2	2	13	41
Summe	170	179	914	290

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.4 Wärmekonzepte

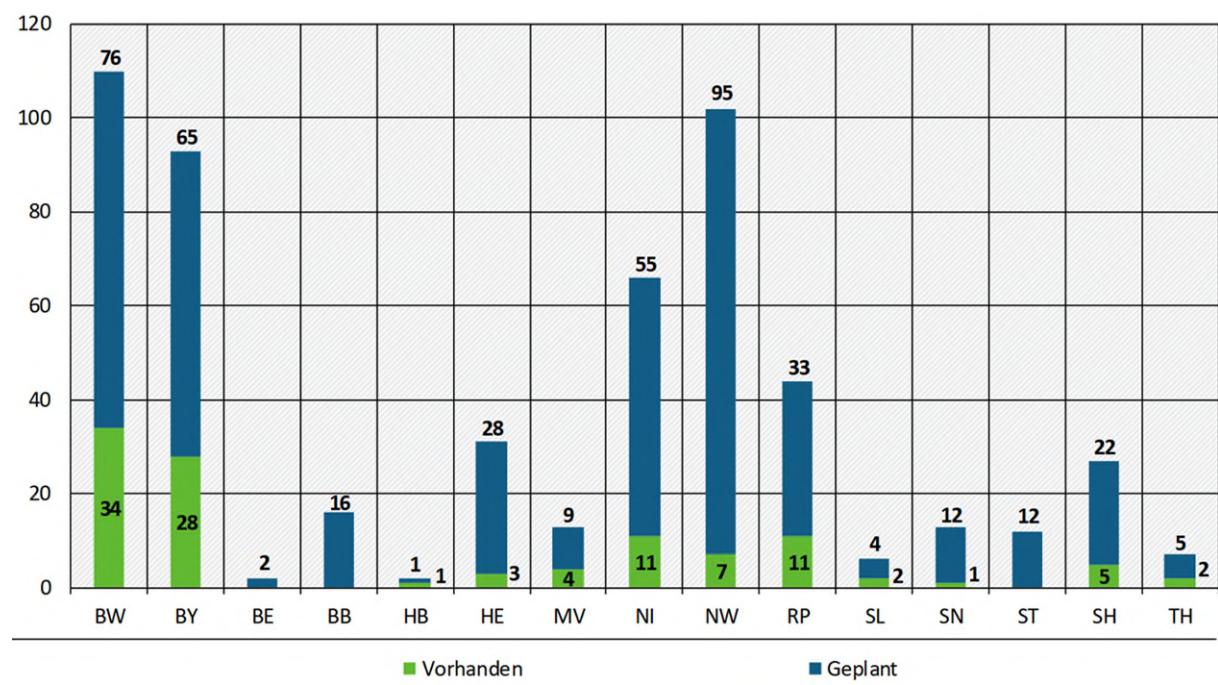
Das aktuell dynamischste Konzeptthema umfasst die Wärme. Zwar haben zum Zeitpunkt der Befragung nur 109 Kommunen eine kommunale Wärmeplanung, einen Wärmeatlas oder eine vergleichbare Planung vorliegen, allerdings planen 435 das Thema Wärme konzeptionell zu unterlegen. 165 Kommunen wollen ein Wärmekonzept im Jahr 2023 fertigstellen, 92 im Jahr 2024 und weitere 21 in den Jahren 2025 bis 2027. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Befragung vor der Einführung des Wärmeplanungsgesetzes stattgefunden hat.

Abbildung 49 zeigt die 109 vorhandenen und 435 geplanten Wärmekonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 50 nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 20 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

Die meisten Kommunen mit bestehenden Wärmekonzepten stammen aus Baden-Württemberg (34) und Bayern (28). In mehreren Bundesländern planen viele Kommunen Wärmekonzepte, am meisten in Nordrhein-Westfalen (95), Baden-Württemberg (76) und Bayern (65). Zum Zeitpunkt der Befragung gab es landesbezogene Verpflichtungen zur kommunalen Wärmeplanung in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen.

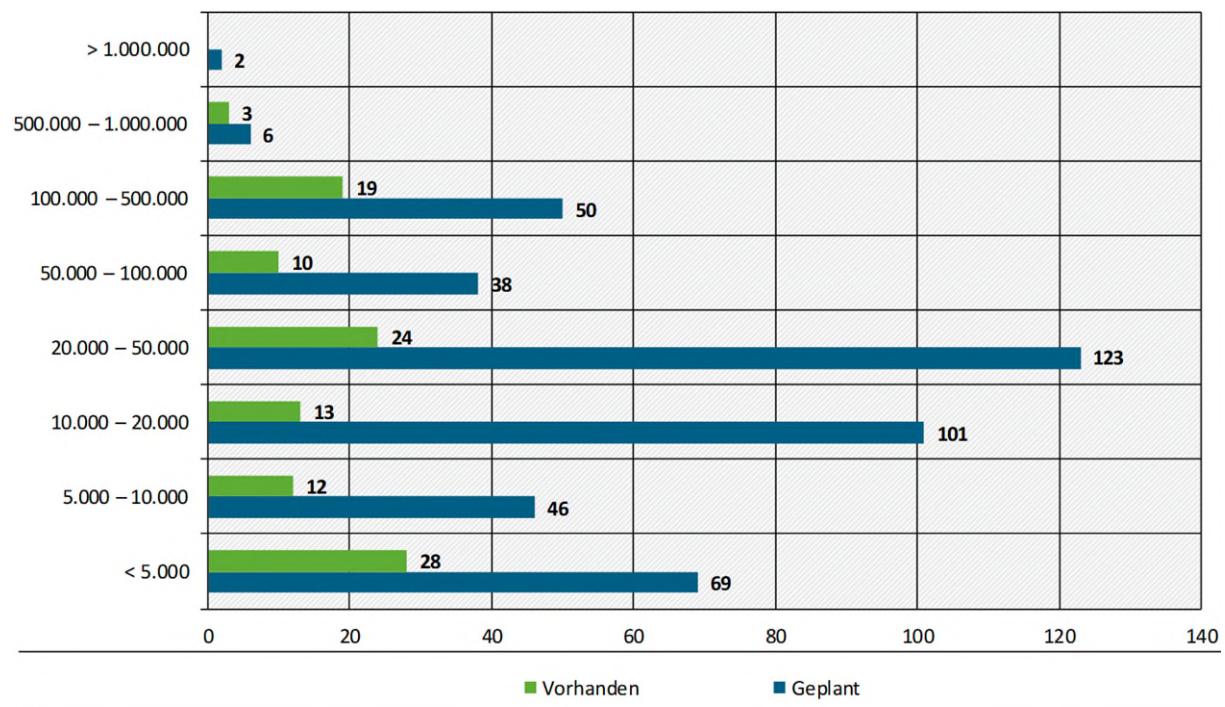
Die Anzahl der bestehenden Wärmekonzepte verteilt sich relativ gleichmäßig über die Einwohnergrößenklassen. Besonders viele geplante Konzepte finden sich in den Größenklassen unter 50.000 Einwohnenden. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen 88 % der teilnehmenden Städte ein Wärmekonzept, bei den Landkreisen 24 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 34 %.

Abbildung 49: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Wärme nach Bundesländern (n=544)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 50: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Wärme nach Einwohnergrößen (n=544)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 20: Vorhandensein von Wärmekonzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	Wärmekonzept vorhanden	Wärmekonzept in Planung	Kein Wärmekonzept	Keine Angabe zu Wärmekonzept
Kreisfreie Stadt	7	45	2	5
Landkreis	12	26	69	51
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	89	361	693	180
Gemeindeverband	1	2	7	2
Bezirk	0	1	0	0
Summe	109	435	771	238

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 21 zeigt, dass 73 % der Kommunen mit Wärmekonzept und 79 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 65 % der Kommunen ohne Wärmekonzept auch kein Personal.

Tabelle 22 zeigt, dass knapp 58 % der Kommunen mit Wärmekonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Wärmekonzept planen, haben oder erarbeiten 65 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 21: Querbezug zwischen Vorhandensein von Wärmekonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Wärmekonzept vorhanden	Wärmekonzept in Planung	Kein Wärmekonzept	Keine Angabe zu Wärmekonzept
Personal vorhanden	80	345	268	149
Kein Personal	29	90	499	85
Keine Angabe zu Personal	0	0	4	4
Summe	109	435	771	238

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 22: Querbezug zwischen Vorhandensein von Wärmekonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Wärmekonzept vorhanden	Wärmekonzept in Planung	Kein Wärmekonzept	Keine Angabe zu Wärmekonzept
Neutralitätsziel vorhanden	45	193	107	57
Neutralitätsziel in Planung	18	89	80	29
Kein Neutralitätsziel	43	147	571	116

	Wärmekonzept vorhanden	Wärmekonzept in Planung	Kein Wärmekonzept	Keine Angabe zu Wärmekonzept
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	3	6	13	36
Summe	109	435	771	238

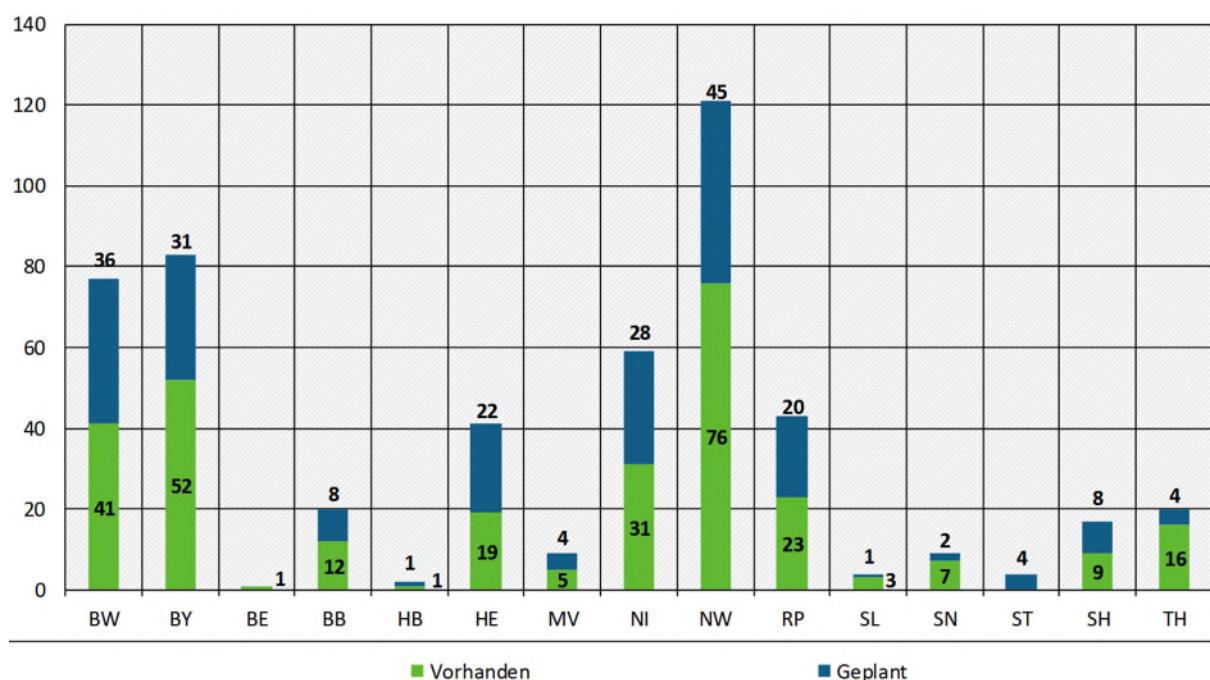
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.5 Mobilitätskonzepte

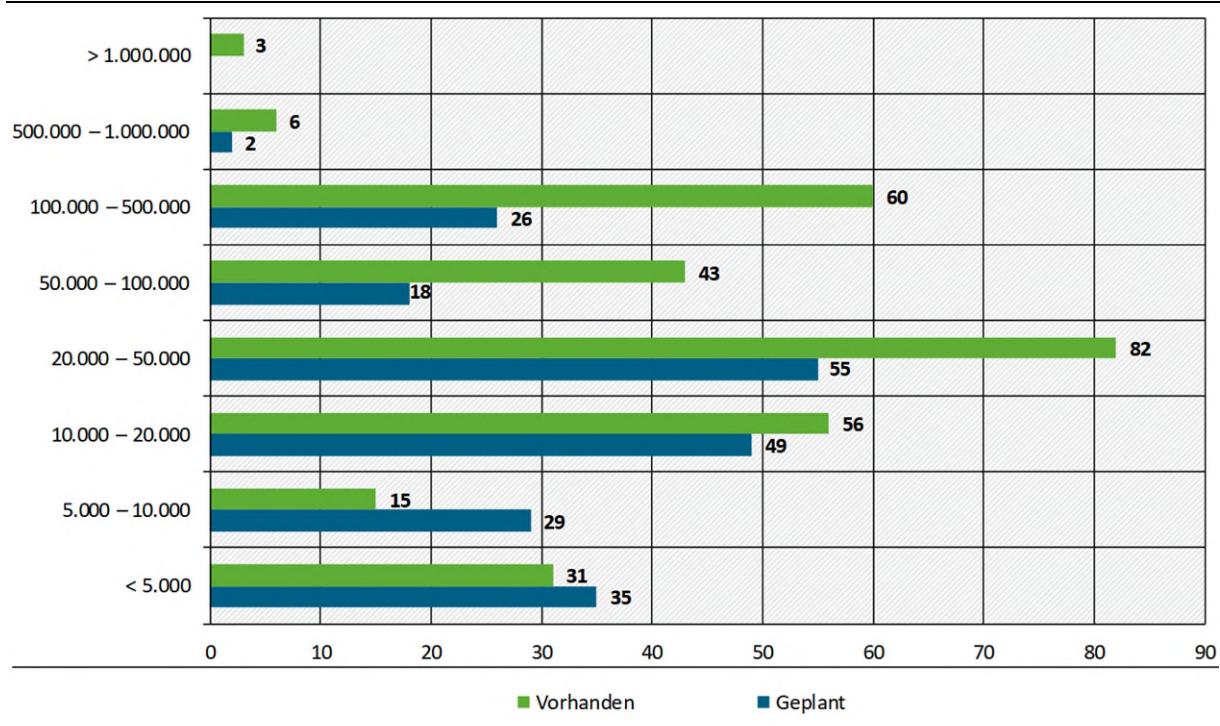
296 der teilnehmenden Kommunen haben ein Mobilitätskonzept, weitere 214 planen eines. Abbildung 51 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Mobilitätskonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 52 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 23 die Aufteilung auf die Kommunenformen. Wieder haben Nordrhein-Westfalen (76), Bayern (52) und Baden-Württemberg (41) die meisten bestehenden Konzepte. Im Verhältnis zur Teilnehmerzahl gibt es recht viele bestehende Konzepte in Thüringen. Die geplanten Konzepte sind wiederum etwas gleichmäßiger auf die Bundesländer verteilt.

Die drei teilnehmenden Kommunen mit über 1.000.000 Einwohnenden haben alle ein Mobilitätskonzept. In den Größenklassen über 10.000 Einwohnenden gibt es jeweils mehr bestehende als geplante Mobilitätskonzepte. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 86 % der teilnehmenden Städte ein Mobilitätskonzept, bei den Landkreisen 42 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden knapp 30 %.

Abbildung 51: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Mobilitätskonzepten nach Bundesländern (n=510)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 52: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Mobilitätskonzepten nach Einwohnergrößen (n=510)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 23: Vorhandensein von Mobilitätskonzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	Mobilitätskonzept vorhanden	Mobilitätskonzept in Planung	Kein Mobilitätskonzept	Keine Angabe zu Mobilitätskonzept
Kreisfreie Stadt	39	12	1	7
Landkreis	39	27	46	46
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	215	175	740	193
Gemeindeverband	3	0	7	2
Bezirk	0	0	1	0
Summe	296	214	795	248

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 24 zeigt, dass 84 % der Kommunen mit Mobilitätskonzept und 76 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 64 % der Kommunen ohne Mobilitätskonzept kein Personal.

Tabelle 25 zeigt, dass 65 % der Kommunen mit Mobilitätskonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Mobilitätskonzept planen, haben oder erarbeiten 59 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 24: Querbezug zwischen Vorhandensein von Mobilitätskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Mobilitätskonzept vorhanden	Mobilitätskonzept in Planung	Kein Mobilitätskonzept	Keine Angabe zu Mobilitätskonzept
Personal vorhanden	249	163	283	147
Kein Personal	47	51	509	96
Keine Angabe zu Personal	0	0	3	5
Summe	296	214	795	248

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 25: Querbezug zwischen Vorhandensein von Mobilitätskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Mobilitätskonzept vorhanden	Mobilitätskonzept in Planung	Kein Mobilitätskonzept	Keine Angabe zu Mobilitätskonzept
Neutralitätsziel vorhanden	138	86	118	60
Neutralitätsziel in Planung	54	41	85	36
Kein Neutralitätsziel	102	85	578	112
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	2	2	14	40
Summe	296	214	795	248

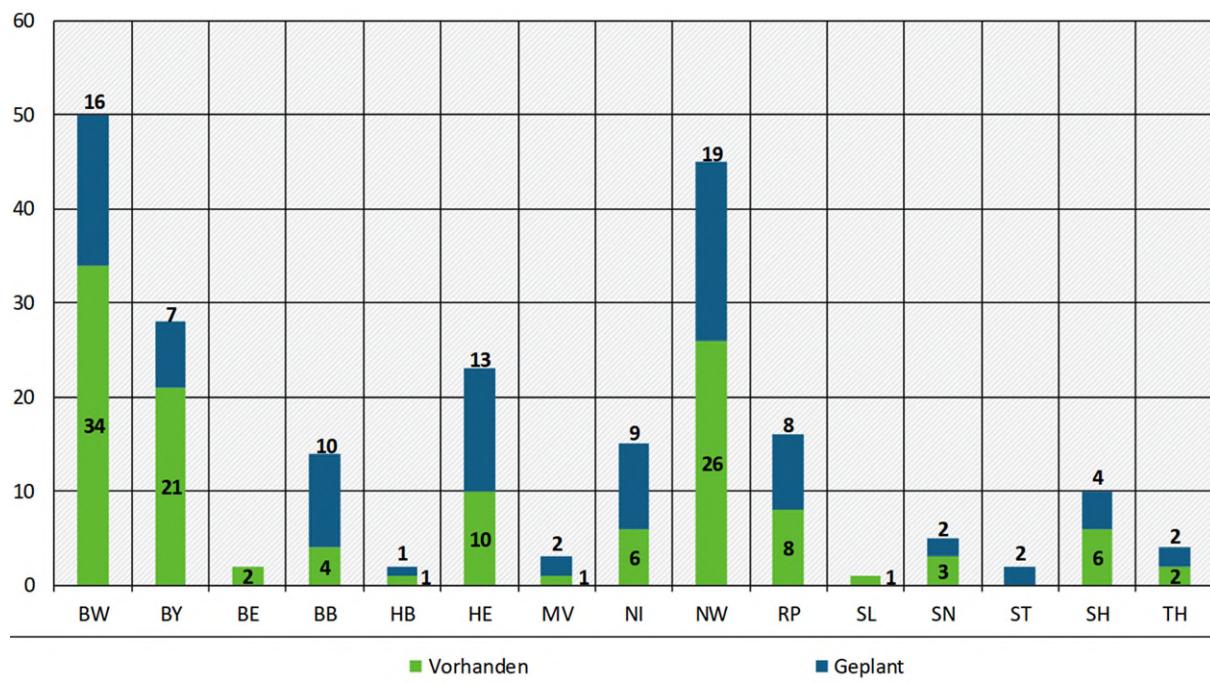
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.6 Fußverkehrskonzepte

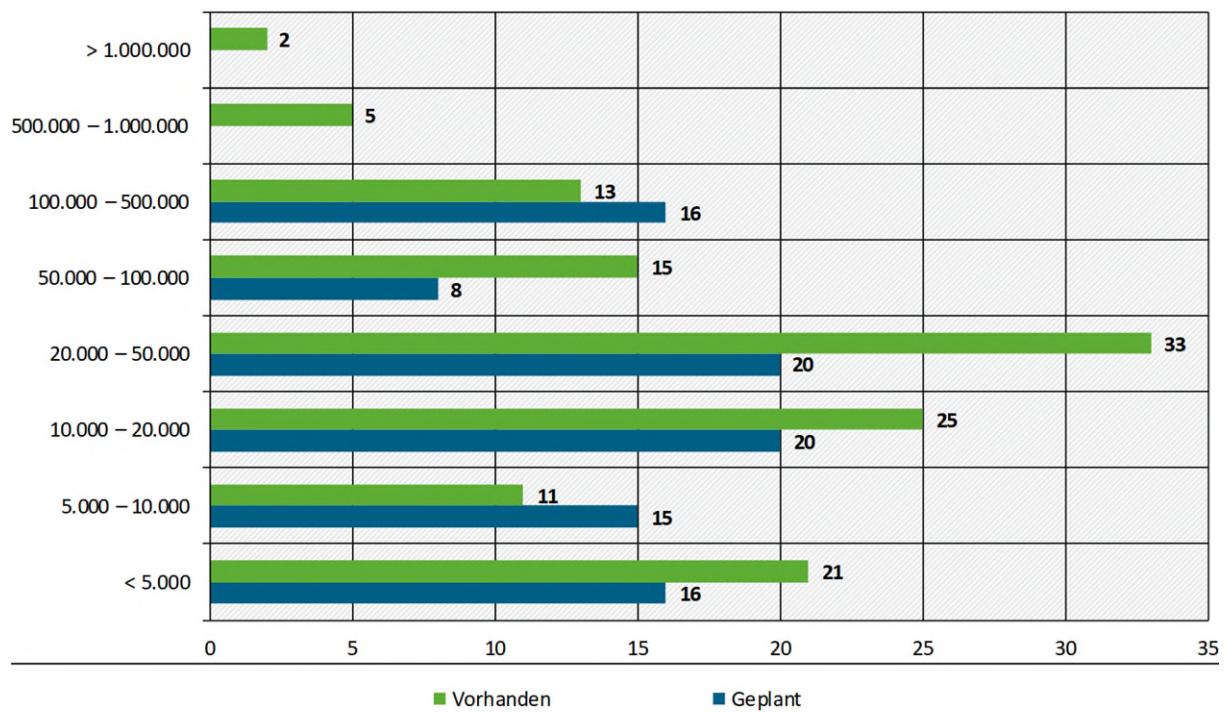
125 der teilnehmenden Kommunen haben ein Fußverkehrskonzept, weitere 95 planes eines. Abbildung 53 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Fußverkehrskonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 54 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen der Kommunen und Tabelle 26 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

Auch bei den Fußverkehrskonzepten stammen die meisten Kommunen mit bestehenden Konzepten aus Baden-Württemberg (34), Nordrhein-Westfalen (26) und Bayern (21). Auch hier verteilen sich die geplanten Konzepte etwas gleichmäßiger über die Länder. In der Summe aus vorhanden und geplant gibt es viele Fußverkehrskonzepte in Hessen.

Die meisten bestehenden sowie geplanten Fußverkehrskonzepte stammen aus Kommunen in den Größenklassen zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnenden. Doch auch in den sehr kleinen Kommunen unter 5.000 Einwohnenden sowie in der Kategorie 100.000 bis 500.000 Einwohnende gibt es viele Fußverkehrskonzepte und es werden viele neue geplant.

Abbildung 53: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Fußverkehrskonzepten nach Bundesländern (n=220)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 54: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Fußverkehrskonzepten nach Einwohnergrößen (n=220)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 49 % der teilnehmenden Städte ein Fußverkehrskonzept, bei den Landkreisen 6 % und bei den kreisangehörigen Städten und

Gemeinden 14 %. Die Fußverkehrskonzepte scheinen somit für Landkreise eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Tabelle 26: Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten nach Kommunenform (n=1.153)

	Fußverkehrskonzept vorhanden	Fußverkehrskonzept in Planung	Kein Fußverkehrskonzept	Keine Angabe zu Fußverkehrskonzept
Kreisfreie Stadt	18	11	17	13
Landkreis	5	4	86	63
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	101	80	915	227
Gemeindeverband	0	0	9	3
Bezirk	1	0	0	0
Summe	125	95	1.027	306

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 27 zeigt, dass 78 % der Kommunen mit Fußverkehrskonzept und 77 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 54 % der Kommunen ohne Fußverkehrskonzept auch kein Personal. Tabelle 28 zeigt, dass 66 % der Kommunen mit Fußverkehrskonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Fußverkehrskonzept planen, haben oder erarbeiten knapp 70 % ein Neutralitätsziel. Nach den Vorreiter-Konzepten und den geplanten Beschäftigtenmobilitätskonzepten besteht bei den geplanten Fußverkehrskonzepten der stärkste Zusammenhang zu Neutralitätszielen.

Tabelle 27: Querbezug zwischen Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Fußverkehrskonzept vorhanden	Fußverkehrskonzept in Planung	Kein Fußverkehrskonzept	Keine Angabe zu Fußverkehrskonzept
Personal vorhanden	98	73	467	204
Kein Personal	27	22	558	96
Keine Angabe zu Personal	0	0	2	6
Summe	125	95	1.027	306

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 28: Querbezug zwischen Vorhandensein von Fußverkehrskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Fußverkehrskonzept vorhanden	Fußverkehrskonzept in Planung	Kein Fußverkehrskonzept	Keine Angabe zu Fußverkehrskonzept
Neutralitätsziel vorhanden	60	47	211	84

	Fußverkehrskonzept vorhanden	Fußverkehrskonzept in Planung	Kein Fußverkehrskonzept	Keine Angabe zu Fußverkehrskonzept
Neutralitätsziel in Planung	22	19	131	44
Kein Neutralitätsziel	42	27	671	137
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	1	2	14	41
Summe	125	95	1.027	306

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

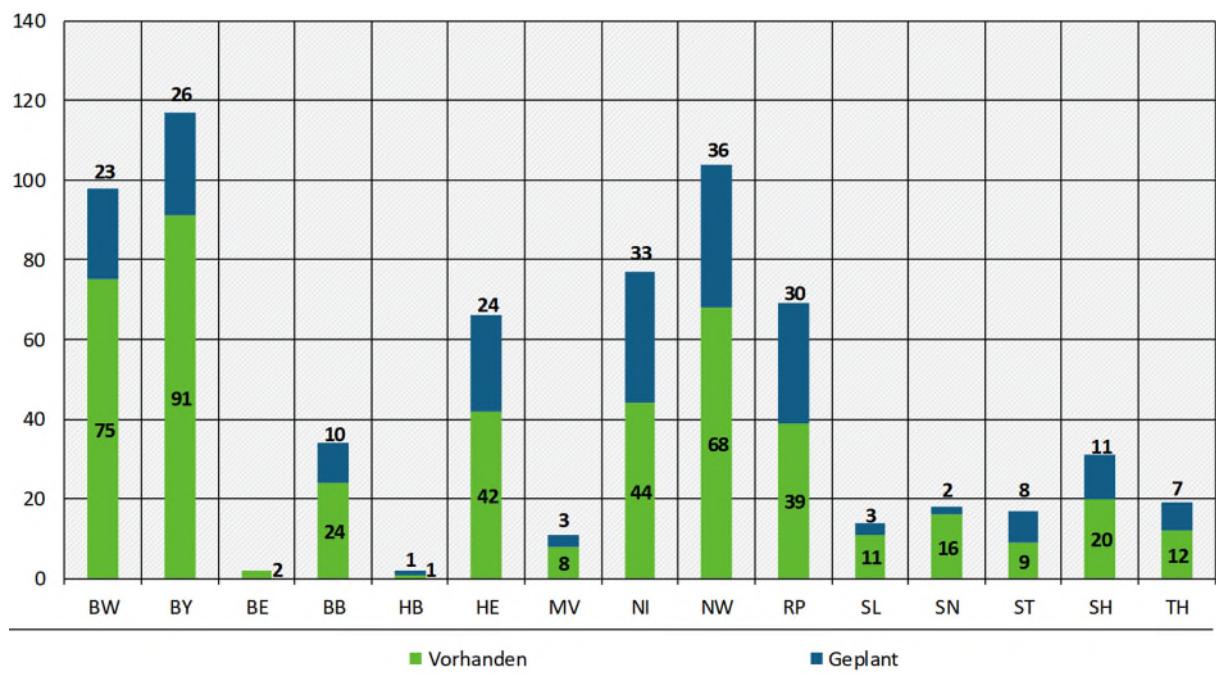
4.3.7 Radverkehrskonzepte

Die zweite stark verbreitete Konzeptart ist das Radverkehrskonzept: 462 Kommunen haben ein Radverkehrskonzept, weitere 217 planen eines zu erstellen. Abbildung 55 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Radverkehrskonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 56 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 29 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

Hier ergibt sich eine etwas ausgeglichener Verteilung von bestehenden und geplanten Radverkehrskonzepten über die Bundesländer. Radverkehrskonzepte scheinen somit eine größere Rolle in vielen Regionen zu spielen. In den ostdeutschen Bundesländern sind recht hohe Konzeptzahlen in Brandenburg auffällig. In allen Einwohnergrößenklassen gibt es mehr bestehende Konzepte, als dass neue geplant werden. Die Anzahl der Konzepte verteilt sich recht ähnlich über die verschiedenen Größenklassen, wobei die Kommunen zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnenden weniger Radverkehrskonzepte planen.

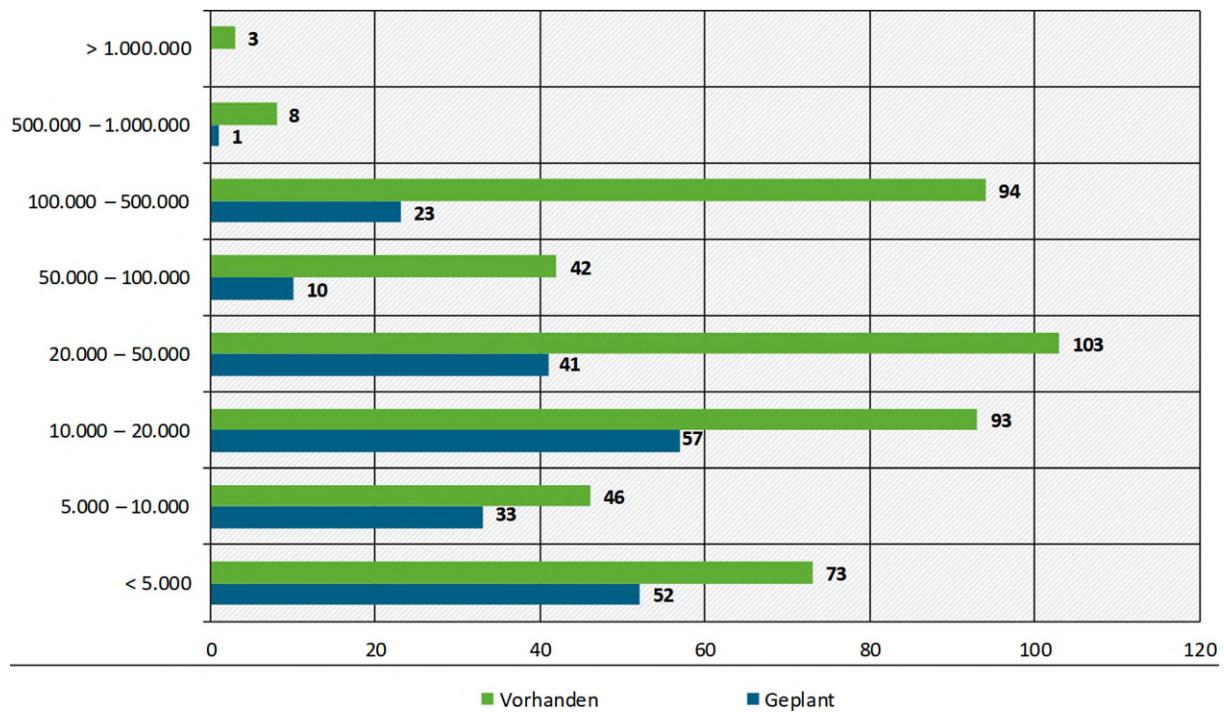
Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 80 % der teilnehmenden Städte ein Radverkehrskonzept, bei den Landkreisen 65 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 40 %.

Abbildung 55: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Radverkehrskonzepten nach Bundesländern (n=679)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 56: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Radverkehrskonzepten nach Einwohnergrößen (n=679)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 29: Vorhandensein von Radverkehrskonzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	Radverkehrskonzept vorhanden	Radverkehrskonzept in Planung	Kein Radverkehrskonzept	Keine Angabe zu Radverkehrskonzept
Kreisfreie Stadt	44	3	3	9
Landkreis	80	22	22	34
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	335	189	611	188
Gemeindeverband	2	3	4	3
Bezirk	1	0	0	0
Summe	462	217	640	234

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 30 zeigt, dass 73 % der Kommunen mit Radverkehrskonzept und 67 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 66 % der Kommunen ohne Radverkehrskonzept auch kein Personal.

Tabelle 31 zeigt, dass 57 % der Kommunen mit Radverkehrskonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Radverkehrskonzept planen, haben oder erarbeiten 51 % ein Neutralitätsziel. Der Zusammenhang zwischen geplanten Radverkehrskonzepten und Neutralitätszielen ist besonders niedrig.

Tabelle 30: Querbezug zwischen Vorhandensein von Radverkehrskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Radverkehrskonzept vorhanden	Radverkehrskonzept in Planung	Kein Radverkehrskonzept	Keine Angabe zu Radverkehrskonzept
Personal vorhanden	339	146	218	139
Kein Personal	121	71	420	91
Keine Angabe zu Personal	2	0	2	4
Summe	462	217	640	234

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 31: Querbezug zwischen Vorhandensein von Radverkehrskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Radverkehrskonzept vorhanden	Radverkehrskonzept in Planung	Kein Radverkehrskonzept	Keine Angabe zu Radverkehrskonzept
Neutralitätsziel vorhanden	185	74	91	52
Neutralitätsziel in Planung	79	36	62	39
Kein Neutralitätsziel	192	103	476	106

	Radverkehrskonzept vorhanden	Radverkehrskonzept in Planung	Kein Radverkehrskonzept	Keine Angabe zu Radverkehrskonzept
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	6	4	11	37
Summe	462	217	640	234

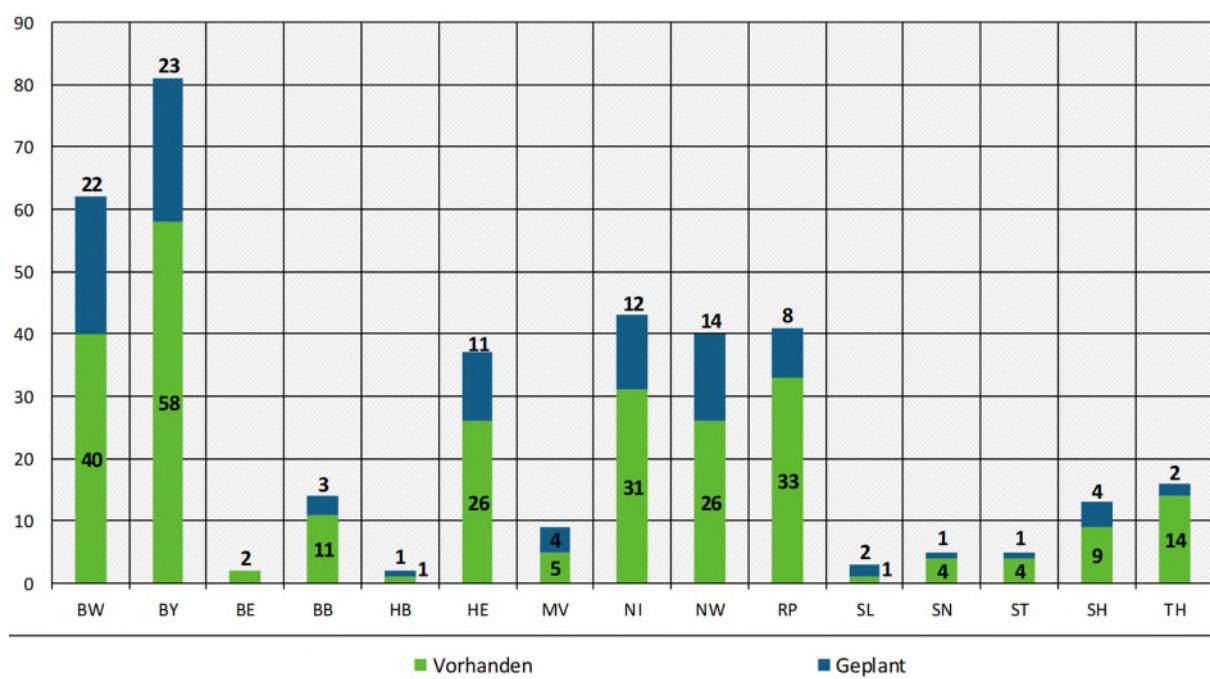
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.8 ÖPNV-Konzepte

265 der teilnehmenden Kommunen haben ein ÖPNV-Konzept und weitere 108 planes eines. Abbildung 57 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten ÖPNV-Konzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 58 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 32 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

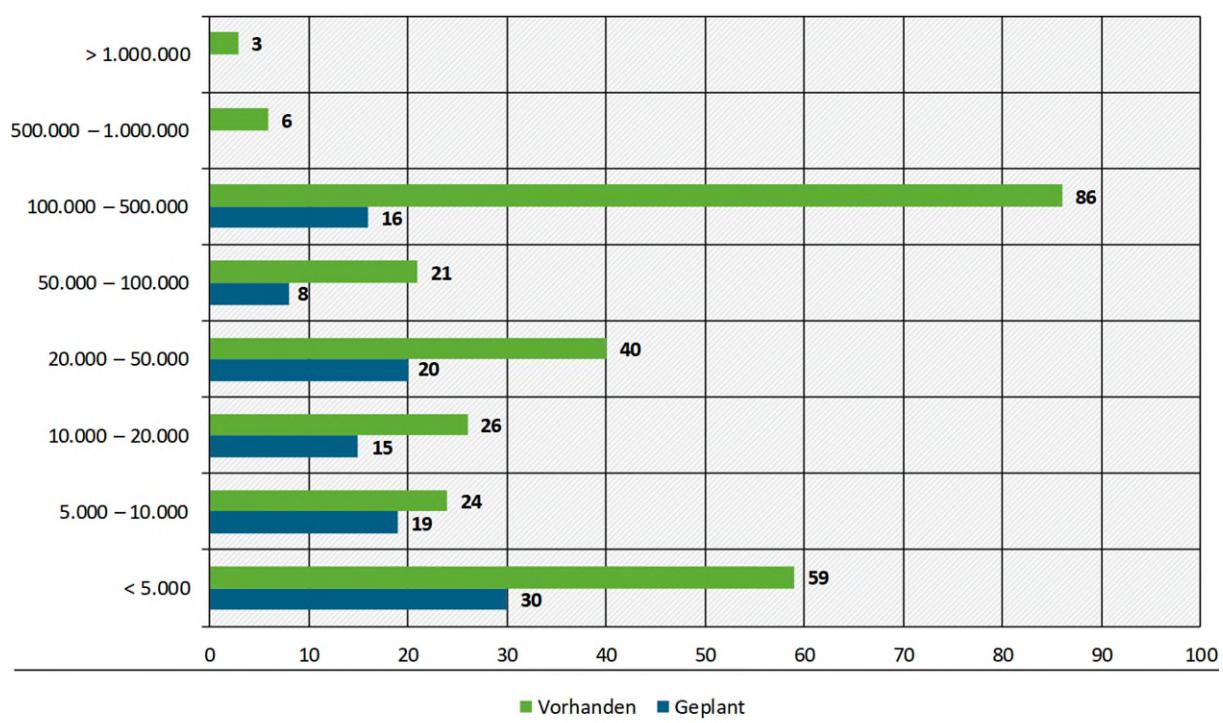
Die meisten bestehenden ÖPNV-Konzepte gibt es in Bayern (58) und Baden-Württemberg (40). Doch auch in Rheinland-Pfalz (33), Niedersachsen (31), Nordrhein-Westfalen (26) und Hessen (26) gibt es viele solcher Konzepte. Aus diesen Ländern stammen auch die meisten Kommunen, die neue ÖPNV-Konzepte planen. Im Verhältnis zur Teilnahmезahl gibt es viele bestehende Konzepte in Thüringen. In allen Größenklassen sind mehr ÖPNV-Konzepte vorhanden, als neue geplant werden. Bestehende ÖPNV-Konzepte sind vor allem in den großen Einwohnergrößenklassen ab 100.000 Einwohnenden vorhanden. Doch auch in den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden gibt es viele dieser Konzepte. Die neu geplanten ÖPNV-Konzepte verteilen sich gleichmäßiger über die Einwohnergrößenklassen, als die bestehenden Konzepte. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen 66 % der teilnehmenden Städte ein ÖPNV-Konzept, bei den Landkreisen 55 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 18 %.

Abbildung 57: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema öffentlicher Personennahverkehr nach Bundesländern (n=373)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 58: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema öffentlicher Personennahverkehr nach Einwohnergrößen (n=373)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 32: Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	ÖPNV-Konzept vorhanden	ÖPNV-Konzept in Planung	Kein ÖPNV-Konzept	Keine Angabe zu ÖPNV-Konzept
Kreisfreie Stadt	33	6	7	13
Landkreis	76	11	26	45
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	153	91	833	246
Gemeindeverband	2	0	6	4
Bezirk	1	0	0	0
Summe	265	108	872	308

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 33 zeigt, dass 71 % der Kommunen mit ÖPNV-Konzept und 62 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, auch Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 56 % der Kommunen ohne ÖPNV-Konzept auch kein Personal. Der Zusammenhang zwischen geplanten ÖPNV-Konzepten und Klimaschutzpersonal ist besonders gering.

Tabelle 34 zeigt, dass 56 % der Kommunen mit ÖPNV-Konzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein ÖPNV-Konzept planen, haben oder erarbeiten 57 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 33: Querbezug zwischen Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	ÖPNV-Konzept vorhanden	ÖPNV-Konzept in Planung	Kein ÖPNV-Konzept	Keine Angabe zu ÖPNV-Konzept
Personal vorhanden	189	67	385	201
Kein Personal	75	41	485	102
Keine Angabe zu Personal	1	0	2	5
Summe	265	108	872	308

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 34: Querbezug zwischen Vorhandensein von ÖPNV-Konzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	ÖPNV-Konzept vorhanden	ÖPNV-Konzept in Planung	Kein ÖPNV-Konzept	Keine Angabe zu ÖPNV-Konzept
Neutralitätsziel vorhanden	102	39	178	83
Neutralitätsziel in Planung	47	22	108	36
Kein Neutralitätsziel	114	46	573	144
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	2	1	13	42
Summe	265	108	872	308

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

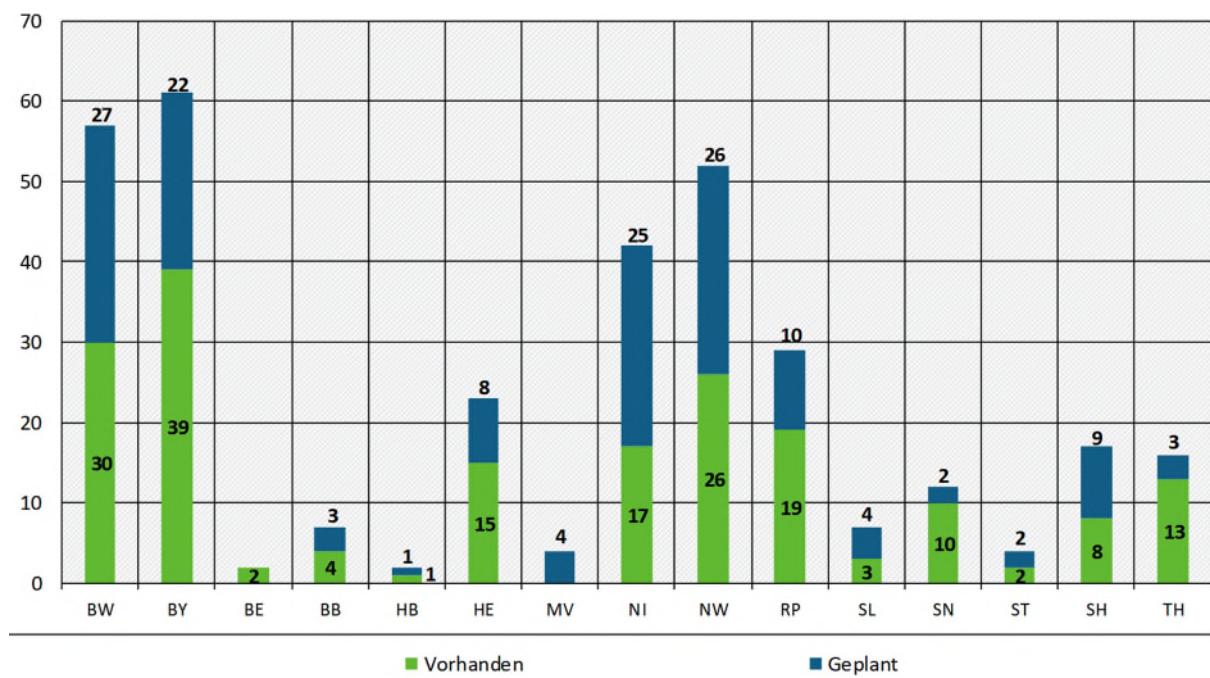
4.3.9 Elektromobilitätskonzepte

189 Kommunen haben ein Elektromobilitätskonzept, weitere 146 planen eines. Damit ist das Verhältnis aus bestehenden und geplanten Konzepten verhältnismäßig ausgeglichen. Abbildung 59 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Elektromobilitätskonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 60 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 35 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

Die meisten Kommunen mit bestehenden Konzepten stammen wieder aus Bayern (39), Baden-Württemberg (30) und Nordrhein-Westfalen (26). Doch auch in vielen anderen Bundesländern bestehen einige Elektromobilitätskonzepte, beispielsweise in Thüringen (13).

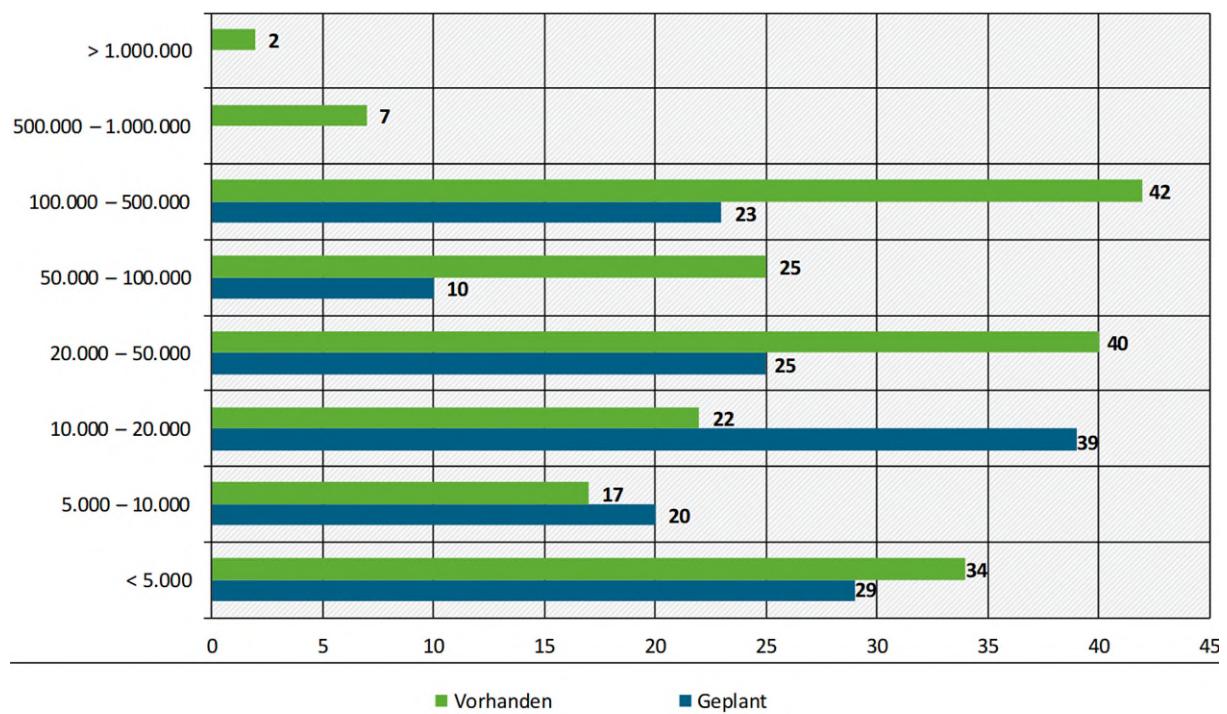
Elektromobilitätskonzepte sind über alle Größenklassen ähnlich stark verteilt. Hervorzuheben ist die eher kleine Gruppe der Kommunen 50.000 bis 100.000 Einwohner, die hier recht stark vertreten ist. In den größten Kommunen ab 500.000 Einwohnenden werden aktuell keine neuen Elektromobilitätskonzepte geplant. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 68 % der teilnehmenden Städte ein Elektromobilitätskonzept, bei den Landkreisen 31 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 18 %.

Abbildung 59: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Elektromobilitätskonzepten nach Bundesländern (n=335)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 60: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Elektromobilitätskonzepten nach Einwohnergrößen (n=335)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 35: Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten nach Kommunenform (n=1.553)

	Elektromobilitätskonzept vorhanden	Elektromobilitätskonzept in Planung	Kein Elektromobilitätskonzept	Keine Angabe zu Elektromobilitätskonzept
Kreisfreie Stadt	30	10	9	10
Landkreis	35	14	61	48
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	120	122	860	221
Gemeindeverband	3	0	6	3
Bezirk	1	0	0	0
Summe	189	146	936	282

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 36 zeigt, dass 77 % der Kommunen mit Elektromobilitätskonzept und 75 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 56 % der Kommunen ohne Elektromobilitätskonzept auch kein Personal.

Tabelle 37 zeigt, dass 59 % der Kommunen mit Elektromobilitätskonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Elektromobilitätskonzept planen, haben oder erarbeiten 64 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 36: Querbezug zwischen Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	Elektromobilitätskonzept vorhanden	Elektromobilitätskonzept in Planung	Kein Elektromobilitätskonzept	Keine Angabe zu Elektromobilitätskonzept
Personal vorhanden	146	110	407	179
Kein Personal	43	36	526	98
Keine Angabe zu Personal	0	0	3	5
Summe	189	146	936	282

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 37: Querbezug zwischen Vorhandensein von Elektromobilitätskonzepten und Neutralitätszielen (n=1.553)

	Elektromobilitätskonzept vorhanden	Elektromobilitätskonzept in Planung	Kein Elektromobilitätskonzept	Keine Angabe zu Elektromobilitätskonzept
Neutralitätsziel vorhanden	86	63	179	74
Neutralitätsziel in Planung	25	30	122	39

	Elektromobilitätskonzept vorhanden	Elektromobilitätskonzept in Planung	Kein Elektromobilitätskonzept	Keine Angabe zu Elektromobilitätskonzept
Kein Neutralitätsziel	76	51	623	127
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	2	2	12	42
Summe	189	146	936	282

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

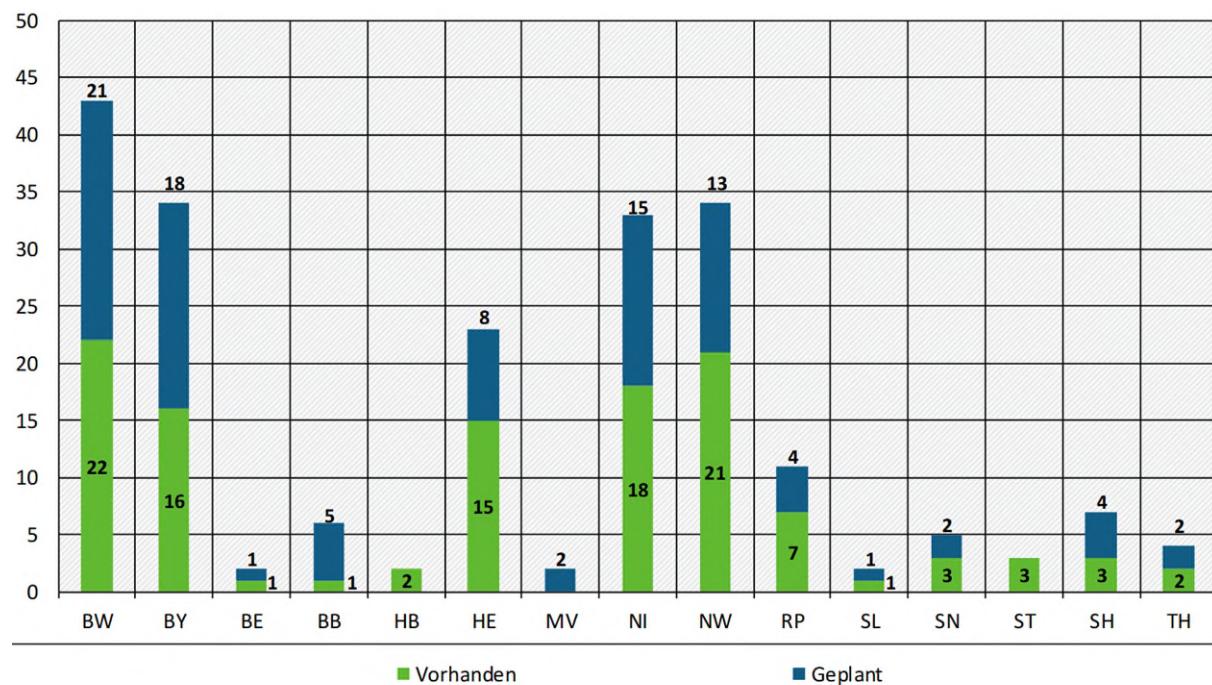
4.3.10 Klimaschutzkonzepte für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung

115 Kommunen haben ein Klimaschutzkonzept für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung, weitere 96 planen eines. Damit ist dies eine eher wenig vertretene Konzeptart, die aber zwischen bestehenden und geplanten Konzepten recht ausgeglichen ist. Abbildung 61 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Beschäftigtenmobilitätskonzepte aufgeteilt nach Bundesländern, Abbildung 62 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen und Tabelle 38 die Aufteilung auf die Kommunenformen.

Die meisten dieser Konzepte gibt es in Baden-Württemberg (22), Nordrhein-Westfalen (21), Niedersachsen (18), Bayern (16) und Hessen (15). Die neu geplanten Konzepte verteilen sich zum großen Teil ebenfalls auf diese Länder.

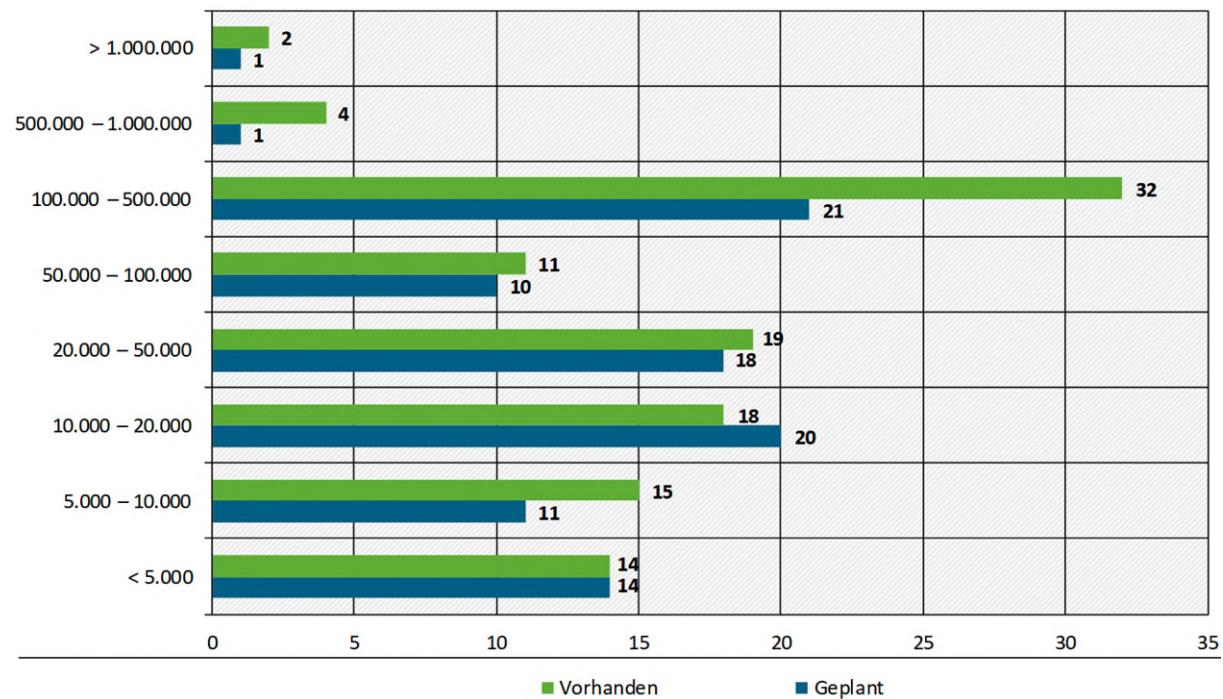
Die Anzahl der vorhandenen und geplanten Konzepte verteilt sich relativ gleichmäßig über die Einwohnergrößenklassen. Besonders viele bestehende Konzepte gibt es in der Größenklasse 100.000 bis 500.000 Einwohnende. Bei den kreisfreien Städten haben oder planen knapp 51 % der teilnehmenden Städte ein Beschäftigtenmobilitätskonzept, bei den Landkreisen 22 % und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden 11 %.

Abbildung 61: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung nach Bundesländern (n=211)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 62: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten zum Thema Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung nach Einwohnergrößen (n=211)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 38: Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) nach Kommunenform (n=1.553)

	B-Mob-KV vorhanden	B-Mob-KV in Planung	Kein B-Mob-KV	Keine Angabe zu B-Mob-KV
Kreisfreie Stadt	22	8	18	11
Landkreis	17	18	75	48
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	76	69	939	239
Gemeindeverband	0	0	9	3
Bezirk	0	1	0	0
Summe	115	96	1.041	301

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 39 zeigt, dass 77 % der Kommunen mit Beschäftigtenmobilitätskonzept und 82 % der Kommunen, die ein solches Konzept planen, Klimaschutzpersonal haben. Gleichzeitig haben 54 % der Kommunen ohne Beschäftigtenmobilitätskonzept auch kein Personal.

Tabelle 40 zeigt, dass 65 % der Kommunen mit Beschäftigtenmobilitätskonzept ein Neutralitätsziel haben oder erarbeiten. Von den Kommunen, die ein Beschäftigtenmobilitätskonzept planen, haben oder erarbeiten 73 % ein Neutralitätsziel.

Neben dem Vorreiter-Konzept, ist dies die einzige Konzeptart, bei der die Querbezüge zu Personal und Neutralitätsziel bei den geplanten Konzepten jeweils höher sind als bei den bestehenden Konzepten.

Tabelle 39: Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) und Personal für den Klimaschutz (n=1.553)

	B-Mob-KV vorhanden	B-Mob-KV in Planung	Kein B-Mob-KV	Keine Angabe zu B-Mob-KV
Personal vorhanden	89	79	481	193
Kein Personal	26	17	558	102
Keine Angabe zu Personal	0	0	2	6
Summe	115	96	1.041	301

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 40: Querbezug zwischen Vorhandensein von Konzepten für die Beschäftigtenmobilität der Kommunalverwaltung (B-Mob-KV) und Neutralitätszielen (n=1.553)

	B-Mob-KV vorhanden	B-Mob-KV in Planung	Kein B-Mob-KV	Keine Angabe zu B-Mob-KV
Neutralitätsziel vorhanden	55	51	218	78

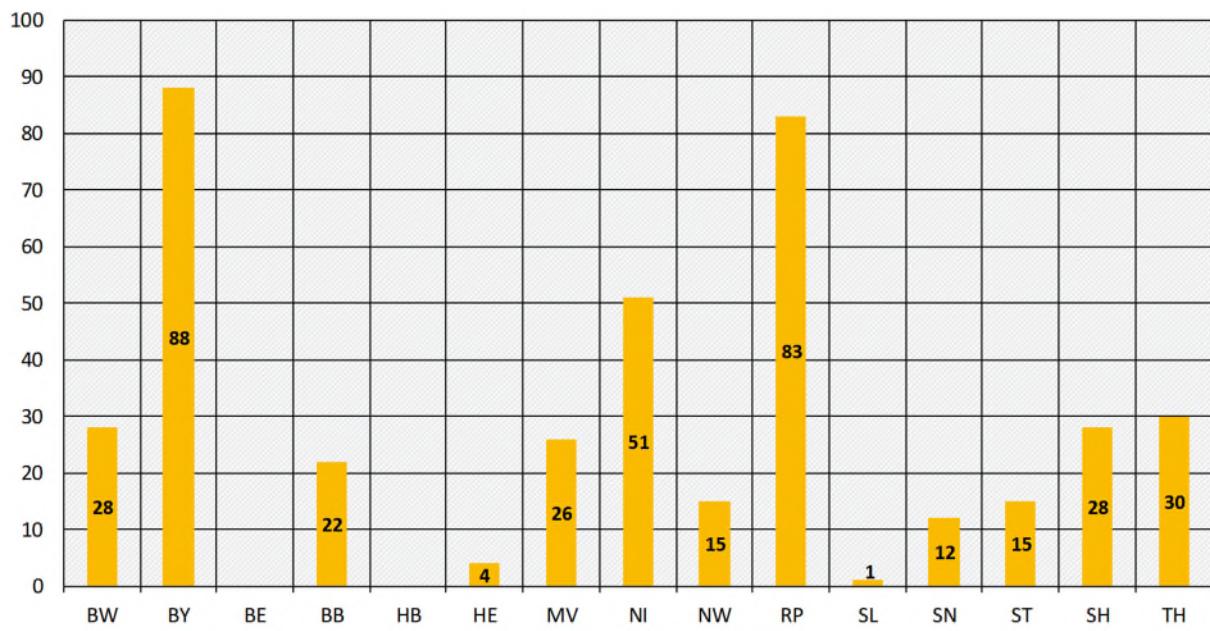
	B-Mob-KV vorhanden	B-Mob-KV in Planung	Kein B-Mob-KV	Keine Angabe zu B-Mob-KV
Neutralitätsziel in Planung	20	19	136	41
Kein Neutralitätsziel	39	25	673	140
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	1	1	14	42
Summe	115	96	1.041	301

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.3.11 Keine Klimaschutzkonzepte

313 der befragten Kommunen haben und planen kein Klimaschutzkonzept, 90 machten keine Angaben. Im Folgenden werden beide Kommunengruppen gemeinsam als Kommunen ohne Klimaschutzkonzept betrachtet.

Abbildung 63: Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept und mit keiner Angabe zu Klimaschutzkonzepten nach Bundesländern (n=403)

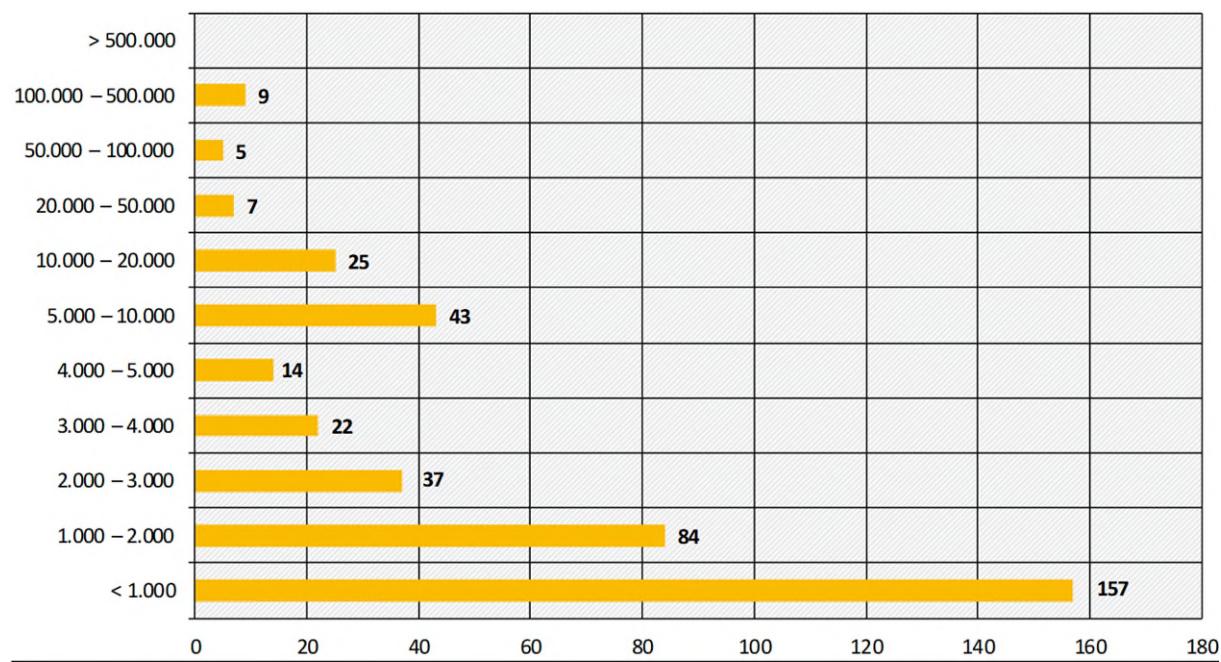


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 63 zeigt die Verteilung der Kommunen ohne Klimaschutzkonzept auf die Bundesländer. Außer in den Stadtstaaten Bremen und Berlin gibt es in allen Bundesländern Kommunen ohne Klimaschutzkonzepte. Besonders gering ist diese Anzahl im Saarland (1) und in Hessen (4). Besonders viele Kommunen ohne Klimaschutzkonzept gibt es in Bayern (88), Rheinland-Pfalz (83) und Niedersachsen (51). Bayern ist gleichzeitig ein Bundesland, dass bei allen Konzeptarten stark vertreten ist. Dass Bayern dennoch eine hohe Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept hat, liegt zum einen an der hohen Teilnahmezahl aus Bayern und spezifisch an den vielen kleinen Kommunen, die aus Bayern teilgenommen haben. In Rheinland-Pfalz ist ebenfalls die hohe Teilnahmezahl kleiner Kommunen der Grund für die hohe Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept. Auffällig ist auch, dass im Verhältnis zu den

Teilnahmezahlen recht viele Kommunen aus den ostdeutschen Bundesländern keine Klimaschutzkonzepte haben. Dies betrifft vor allem Thüringen (30), Mecklenburg-Vorpommern (26) und Brandenburg (22). Das gleiche trifft auf Schleswig-Holstein (28) zu.

Abbildung 64: Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzkonzept und mit keiner Angabe zu Klimaschutzkonzepten nach Einwohnergrößen (n=403)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Abbildung 64 wurde die Kategorie der Kommunen unter 10.000 Einwohnenden in sechs Unterkategorien aufgeteilt, um die Verteilung der Kommunen ohne Klimaschutzkonzept nach Einwohnergrößenklasse deutlicher darstellen zu können. Daran wird erkenntlich, dass ein großer Anteil der Kommunen ohne Klimaschutzkonzept sehr klein ist. 60 % von ihnen haben weniger als 2.000 Einwohner. Dazu passend zeigt Tabelle 41, dass der größte Anteil der Kommunen ohne Klimaschutzkonzept aus kreisangehörigen Städten und Gemeinden (387) besteht. Nur eine kreisfreie Stadt, 13 Landkreise und zwei Gemeindeverbände haben kein Klimaschutzkonzept.

Tabelle 41: Kommunen ohne Klimaschutzkonzept nach Kommunenform (n=403)

Kommunenform	Kein Klimaschutzkonzept
Kreisfreie Stadt	1
Landkreis	13
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	387
Gemeindeverband	2
Bezirk	0
Summe	403

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Von diesen 403 Kommunen haben 66 (16 %) Personal für den Klimaschutz (Tabelle 42). 27 der 403 Kommunen haben, weitere elf erarbeiten aktuell ein Neutralitätsziel (Tabelle 43).

Tabelle 42: Vorhandensein von Personal für den Klimaschutz bei Kommunen ohne Klimaschutzkonzept (n=403)

Status Klimaschutzpersonal	Kein Klimaschutzkonzept
Personal vorhanden	66
Kein Personal	335
Keine Angabe zu Personal	2
Summe	403

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 43: Vorhandensein von Neutralitätszielen bei Kommunen ohne Klimaschutzkonzept (n=403)

Status Neutralitätsziel	Kein Klimaschutzkonzept
Neutralitätsziel vorhanden	27
Neutralitätsziel in Planung	11
Kein Neutralitätsziel	329
Keine Angabe zu Neutralitätsziel	36
Summe	403

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4 Klimaschutzziele der Kommunen

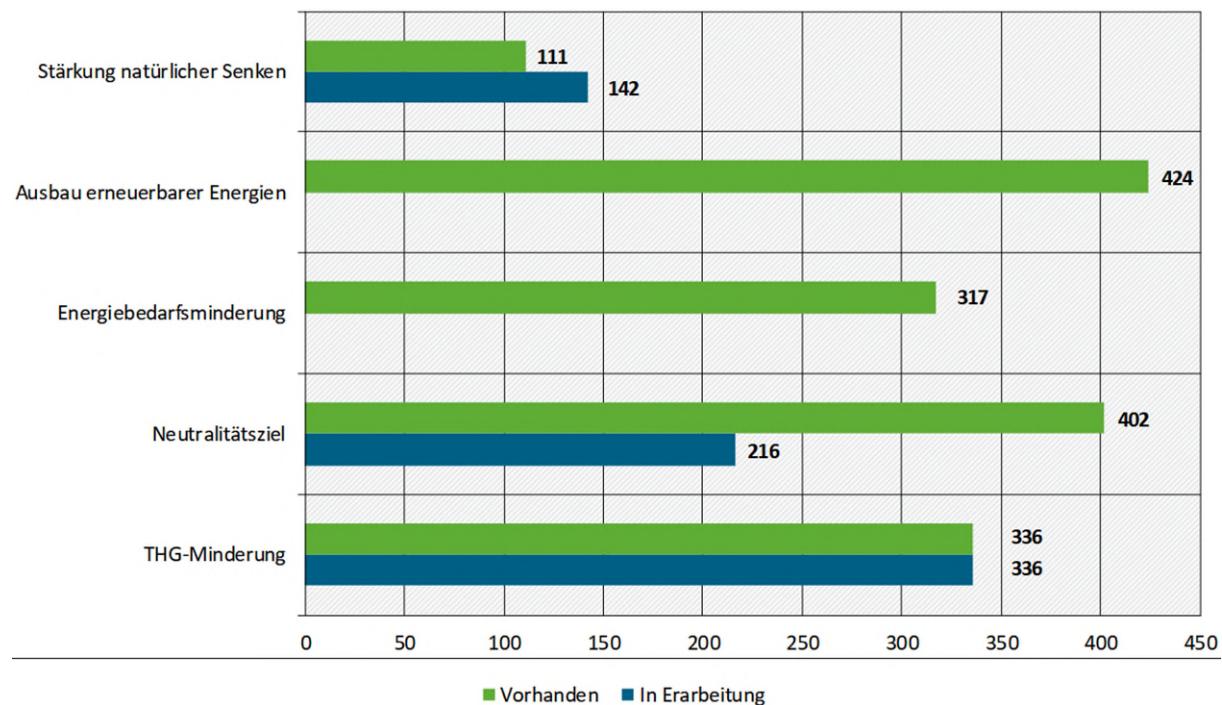
Wir haben die Kommunen nach fünf Klimaschutzzielstellungen gefragt, die sich auf die Gesamtkommune beziehen. Zielstellungen für einzelne Sektoren, wie beispielsweise die Kommunalverwaltung, werden hier nicht betrachtet. Abgefragt wurden Ziele zur Treibhausgasminderung, zur Energiebedarfsminderung, zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Stärkung der natürlichen Senken und Neutralitätsziele (z. B. Treibhausgas- oder Klimaneutralität).

42 Kommunen haben oder erstellen aktuell für alle fünf Teilziele eine Zielstellung. 13 Kommunen haben für alle Teilziele eine bestehende Zielstellung. 522 Kommunen haben für keine der fünf abgefragten Teilthemen eine Zielstellung. 29 Kommunen haben keine Angaben zu ihren Klimaschutz-Zielstellungen gemacht. Auf die 992 Kommunen mit mindestens einer bestehenden oder geplanten Klimaschutzzielstellung verteilen sich insgesamt 2.284 Klimaschutzziele.

Abbildung 65 zeigt die bestehenden und in Erarbeitung befindlichen Ziele der Kommunen. In der Summe aus bereits vorhandenen Zielen und Zielen, die aktuell erstellt werden, ist die Treibhausgasminderung das am weitesten verbreitete Ziel (672), dicht gefolgt von den Neutralitätszielen (618). Interessanterweise gibt es mehr Kommunen mit bestehenden Neutralitätszielen, als mit bestehenden Zielen zur THG-Minderung. Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien (424), zur Energiebedarfsminderung (317) und zur Stärkung der natürlichen Senken (253) sind in weniger Kommunen verankert. Innerhalb dieser drei Zielstellungen ist eine sehr unterschiedliche Dynamik zu erkennen: 142 Kommunen erstellen

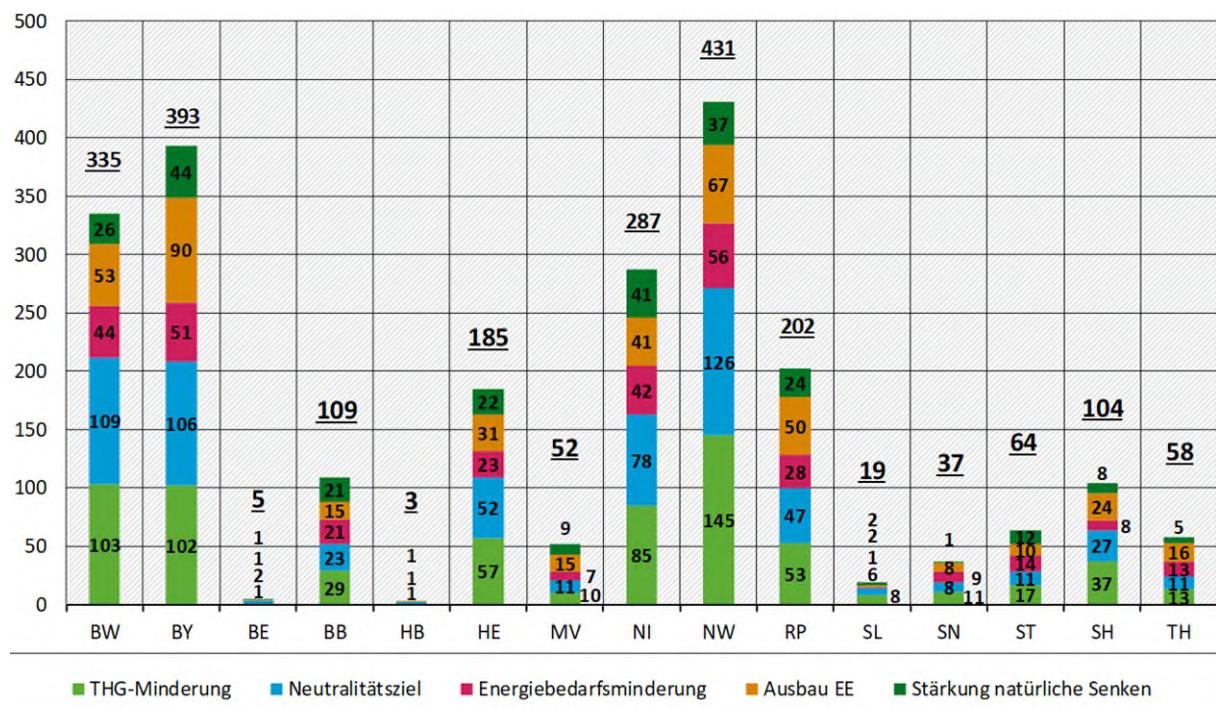
aktuell Ziele zur Stärkung der natürlichen Senken – mehr als bisher eine Zielstellung für diesen Themenbereich haben. Hingegen erstellt aktuell keine der 1.553 Kommunen eine explizite Zielstellung für die Minderung des Energiebedarfs oder zum Ausbau erneuerbarer Energien. Das heißt nicht zwangsläufig, dass Kommunen in diesen Bereichen keine Maßnahmen umsetzen, konzeptionell scheinen die beiden Themenfelder aber aktuell nicht im Fokus zu stehen.

Abbildung 65: Klimaschutzzielstellungen von Kommunen – vorhanden und in Erarbeitung (n=2.284)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 66: Anzahl an vorhandenen und in Erarbeitung befindlichen Klimaschutzzielstellungen nach Bundesländern (n=2.284)

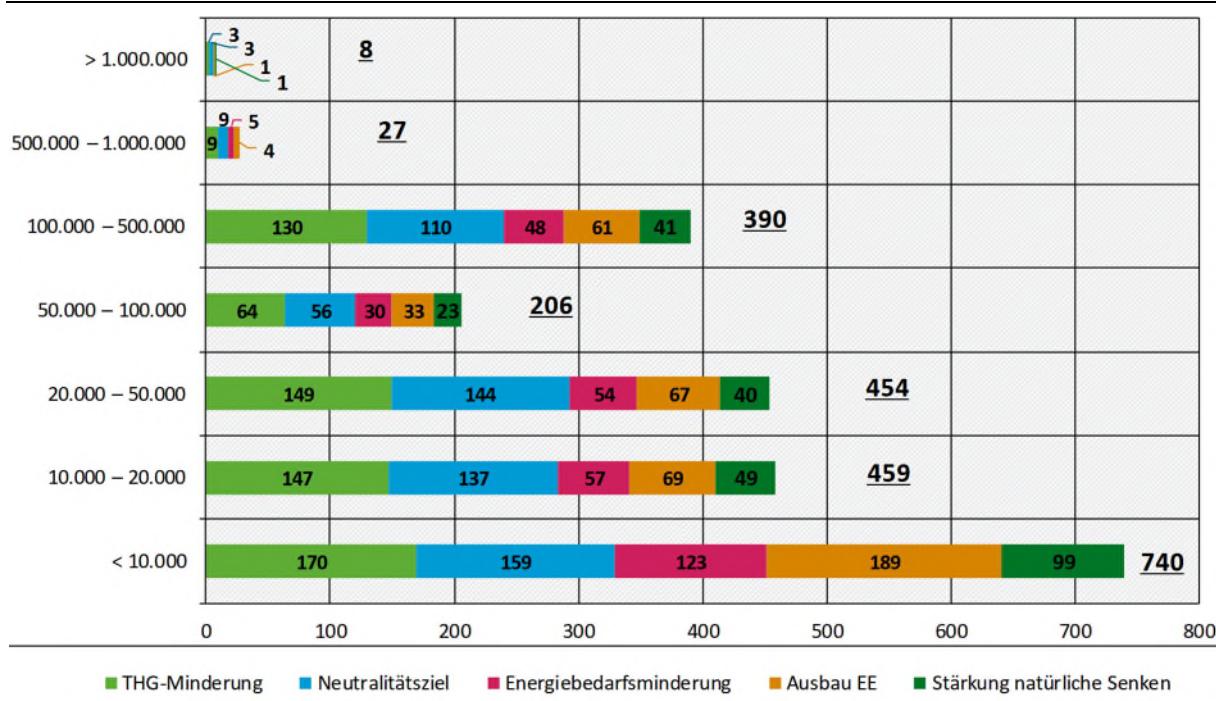


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 66 zeigt die Verteilung der bestehenden und in Erstellung befindlichen Klimaschutzzielstellungen aufgeteilt auf die Bundesländer. In der Gesamtzahl der Zielstellung ist auffällig, dass neben Nordrhein-Westfalen (431), Bayern (393), Baden-Württemberg (335) und Niedersachsen (287) auch viele Zielstellungen aus Rheinland-Pfalz (202), Hessen (185), Brandenburg (109) und Schleswig-Holstein (104) zu verzeichnen sind. In einigen Ländern, beispielsweise Brandenburg, ist die Verteilung auf die einzelnen Zielstellungen sehr gleichmäßig. Mit steigender Gesamtanzahl an Zielen, nimmt eine Ungleichverteilung in Richtung der häufig vertretenen Ziele (THG-Minderung und Neutralitätsziele) zu. In Bayern ist eine hohe Anzahl an Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien auffällig.

Abbildung 67 zeigt die bestehenden und aktuell in Erstellung befindlichen Zielstellungen aufgeteilt auf die Einwohnergrößenklassen der Kommunen. Die meisten Zielstellungen bestehen bzw. werden aktuell erstellt in Kommunen der Größenklasse unter 10.000 Einwohnende (740). Bei einer genaueren Analyse ist ersichtlich, dass ein Großteil dieser Kommunen sogar unter 5.000 Einwohnende hat. Ebenfalls viele Zielstellungen gibt es – anteilig zur Gesamtgröße der Kategorie – in den Kommunen zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnenden (390).

Abbildung 67: Anzahl an vorhandenen und in Erarbeitung befindlichen Klimaschutzzielstellungen nach Einwohnergrößen (n=2.284)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 44 zeigt die Querbezüge zwischen den geplanten und vorhandenen Klimaschutzzielen der Kommunen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Darin werden deutliche Unterschiede erkenntlich. Den höchsten Bezug zwischen Klimaschutzpersonal und Klimaschutzzielen gibt es bei bestehenden THG-Minderungszielen (93 %) und bestehenden Neutralitätszielen (86 %) – beide Ziele haben auch im geplanten Status einen hohen Bezug zum Klimaschutzpersonal. Recht geringe aber immer noch über dem Durchschnitt liegende Bezüge gibt es zwischen Klimaschutzpersonal und vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung (69 %) und Zielen für den Ausbau erneuerbarer Energien (64 %). Es könnte spekuliert werden, dass der geringe Zusammenhang dieser beiden Themen zum Klimaschutzpersonal ein Teilgrund ist, weshalb wenig aktuelle Dynamik in den Themenfelder ersichtlich ist. Im Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen haben 54 % Klimaschutzpersonal.

Die stärksten Bezüge zwischen einem anderen Klimaschutzziel und einem vorhandenen oder geplanten Neutralitätsziel bestehen zu vorhandenen und geplanten THG-Minderungszielen. 76 % bzw. 74 % der Kommunen, die ein THG-Minderungsziel haben bzw. planen, haben oder erarbeiten auch ein Neutralitätsziel. Fast genauso stark ist der Bezug zu geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken (72 %). Hier könnte die Notwenigkeit der Senken zum Erreichen von Neutralitätszielen ein relevanter Grund für den starken Querbezug sein. Wieder deutlich geringer ist der Bezug zu den Zielen der Energiebedarfsminderung (59 %) und Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien (55 %). Im Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen haben 40 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 44: Querbezug zwischen Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimaschutzz Zielen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen [in Prozent]

	Anteil mit Klimaschutzpersonal	Anteil mit vorhandenem oder in Erarbeitung befindlichen Neutralitätsziel
Durchschnitt aller teilnehmenden Kommunen	54 %	40 %
THG-Minderungsziel vorhanden	92,9 %	76,2 %
THG-Minderungsziel geplant	80,1 %	73,8 %
Neutralitätsziel vorhanden	86,3 %	/
Neutralitätsziel geplant	81,5 %	/
Ziel für Energiebedarfsminderung vorhanden	69,4 %	59 %
Ziel für Energiebedarfsminderung geplant	/	/
Ziel Ausbau erneuerbarer vorhanden	63,9 %	55,2 %
Ziel Ausbau erneuerbarer Energien geplant	/	/
Ziel zur Stärkung natürlicher Senken vorhanden	79,3 %	60,4 %
Ziel zur Stärkung natürlicher Senken geplant	71,1 %	71,8 %

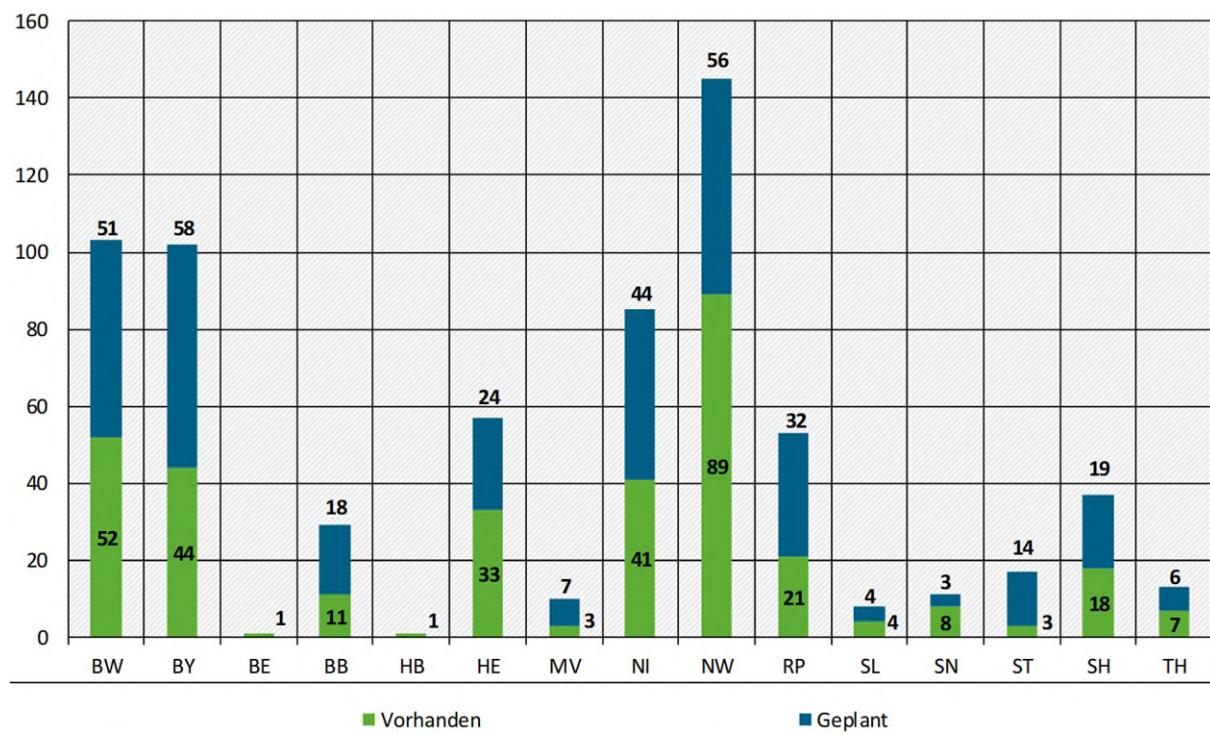
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.1 Ziele zur Treibhausgas-Minderung

336 Kommunen haben und 336 Kommunen erarbeiten aktuell eine Zielstellung zur Treibhausgasminderung. Die hohe Anzahl geplanter zeigt eine hohe Dynamik in diesem Themenfeld und lässt vermuten, dass viele Kommunen neu sind im Klimaschutz.

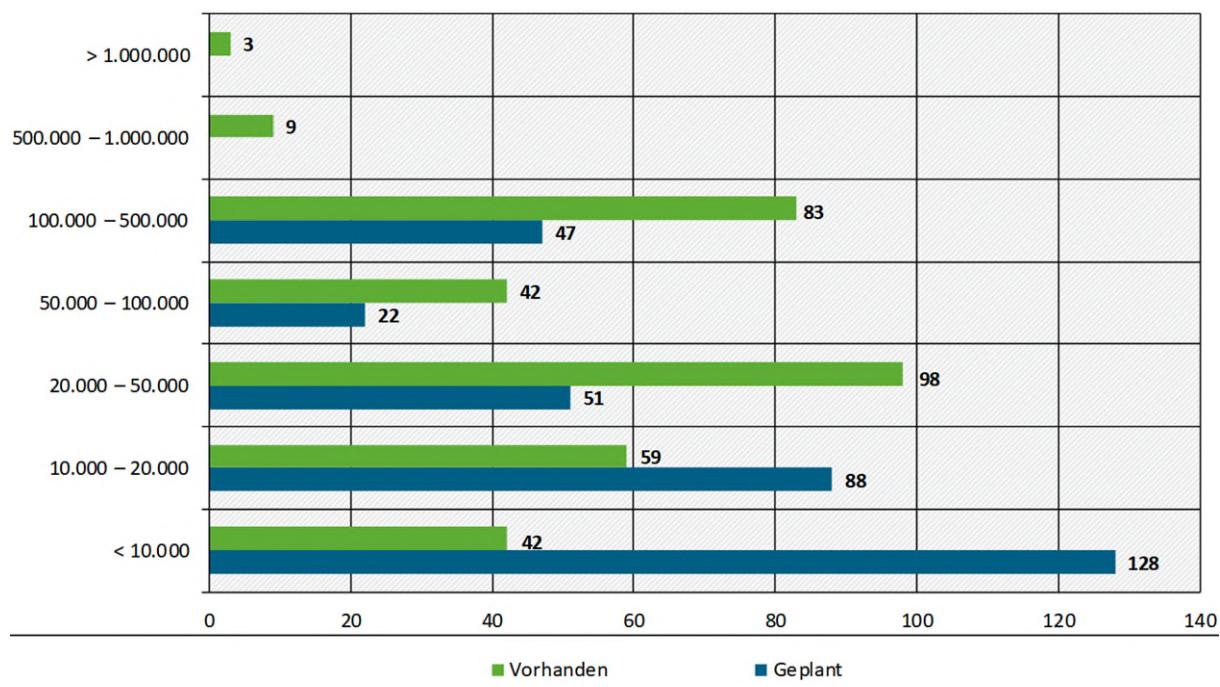
Das ausgeglichene Verhältnis bildet sich in vielen Bundesländern ab. Ausnahme sind Nordrhein-Westfalen und weniger deutlich Hessen mit mehr bestehenden Zielen, sowie andersrum Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit mehr Zielen, die aktuell formuliert werden. Details zeigt Abbildung 68.

Abbildung 68: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Bundesländern (n=672)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 69: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Einwohnergrößen (n=672)



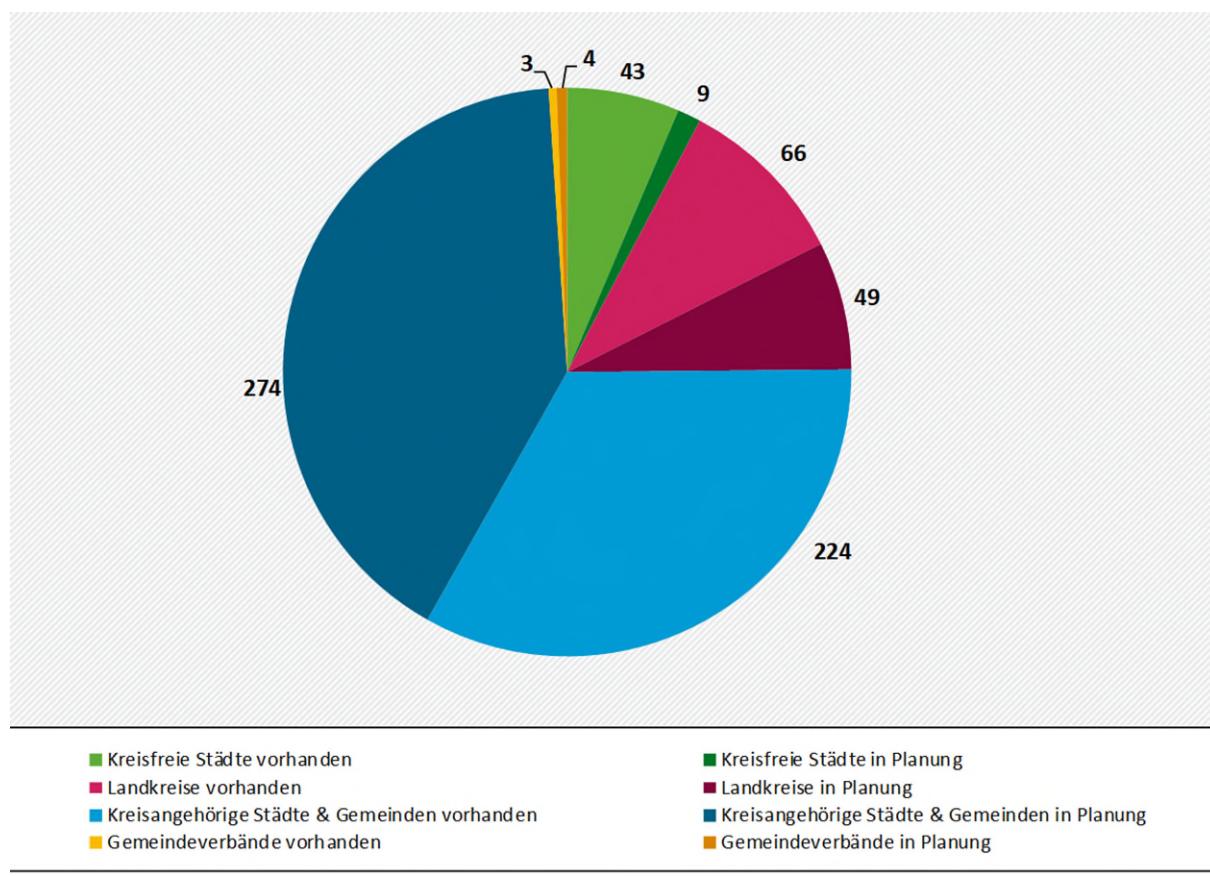
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die Aufteilung der Kommunen in Größenklassen in Abbildung 69 zeigt einen deutlichen Größenunterschied zwischen den Kommunen mit bestehenden Zielen und denen, die aktuell

Ziele formulieren. Die aktuelle Dynamik liegt in den kleineren Größenklassen. Keine Kommune mit über 500.000 Einwohnenden, die an der Befragung teilgenommen hat, formuliert aktuell ein Ziel zur THG-Minderung. Andererseits erarbeiten aktuell mehr Kommunen unter 10.000 Einwohnenden THG-Minderungsziele, als in einer Größenklasse bisher Ziele bestehen.

Abbildung 70 zeigt die Aufteilung der vorhandenen und geplanten Ziele zur THG-Minderung auf die Kommunenformen. Dabei wird ersichtlich, dass deutlich mehr kreisfreie Städte bereits Ziele haben, als dass sie neue formulieren, bei den Landkreisen ist das Verhältnis fast ausgeglichen. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden werden mehr neue Ziele formuliert, was auch zu den Erkenntnissen aus Abbildung 69 passt, wonach viele kleine Kommunen neue Ziele erarbeiten.

Abbildung 70: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Treibhausgasminderung nach Kommunenform (n=672)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Genannte Minderungsziele

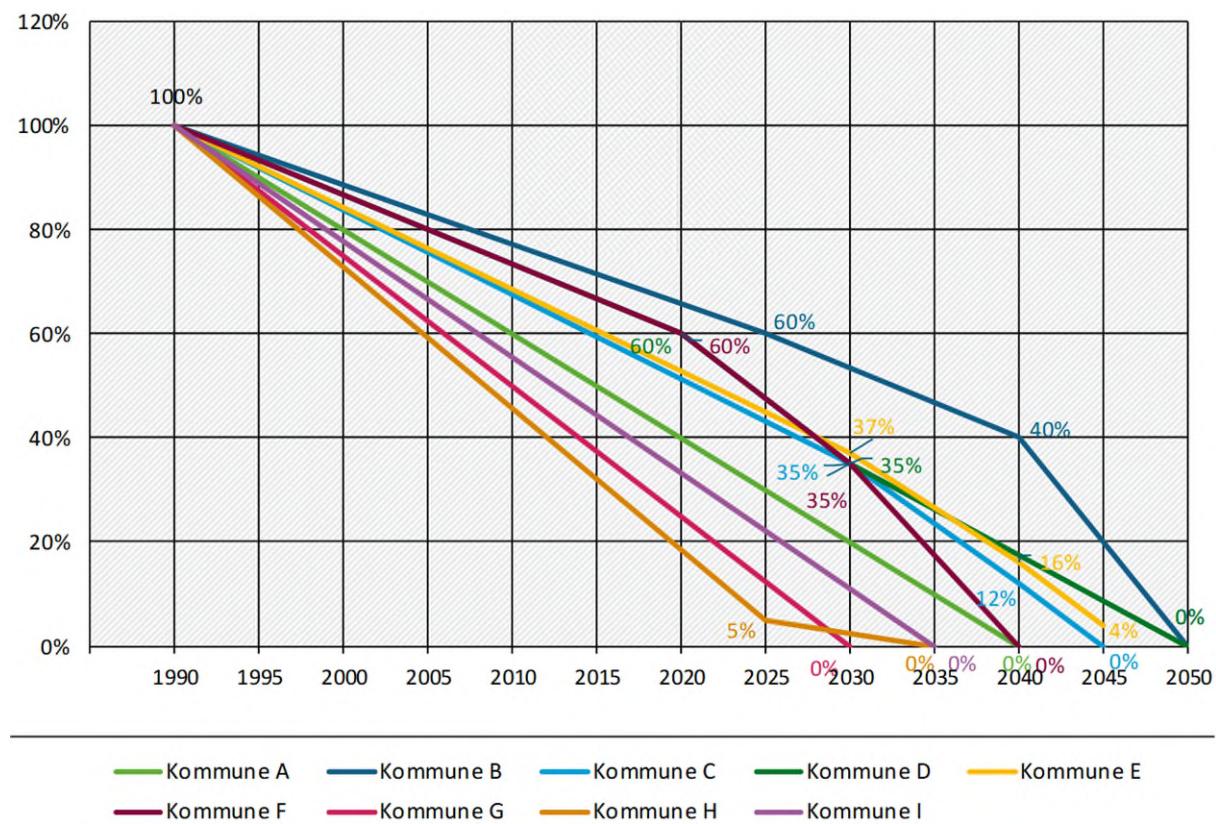
Wir haben den Kommunen die Möglichkeit gegeben ihre Minderungsziele zu benennen. Dabei konnten sie bis zu drei Zieljahre und zugehörige Minderungswerte angeben. 305 Kommunen haben ihre Ziele angegeben.

Die Kommunen setzen sich sehr unterschiedliche Minderungsziele. Einige orientieren sich an den aktuellen Bundeszielen, einige an den alten Bundeszielen (Treibhausgasneutralität 2050) und andere setzen sich ganz eigene Ziele. Nicht alle THG-Minderungsziele münden in einem Neutralitätsziel.

Abbildung 71 gibt einen Einblick in kommunale Minderungsziele. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Ziele und der Schwierigkeit diese darzustellen, wurden hier recht gut

vergleichbare Kommunen ausgewählt: Alle verfolgen ein Neutralitätsziel und alle beziehen sich mit ihren Zielen auf das Ausgangsjahr 1990. Wenn für Zwischenjahre keine Minderungsziele angegeben wurden, wurden die Datenlinien interpoliert. Trotz dieser vergleichsweise ähnlichen Zielstellungen verdeutlicht die Graphik Unterschiede: Offensichtlich unterscheidet sich das finale Zieljahr, bei den ausgewählten Kommunen liegt es zwischen 2030 und 2050. Eine Kommune gibt an Treibhausgasneutralität als Ziel zu haben, meint damit aber keine 100 % Minderung, sondern 96 %. Vor allem durch die Zieljahre, aber auch durch die unterschiedlichen Stützjahre ergeben sich unterschiedliche Absenkpfade – einige Kommunen wählen erst eine starke THG-Minderung und nehmen sich mehr Zeit, um die letzten Prozente zum Neutralitätsziel zu erreichen (z. B. Kommune H). Andere wählen erst einen langsameren Absenkpfad und wollen die letzten Prozente schnell mindern (z. B. Kommune B). Manche Kommunen haben keine Stützjahre auf dem Weg zum Neutralitätsziel, ihre Absenkpfade sind rein interpoliert und somit weniger detailliert.

Abbildung 71: Beispielhafter Einblick in THG-Minderungsziele von Kommunen mit Neutralitätsziel (n=9)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.2 Neutralitätsziele

402 der 1.553 Kommunen haben ein Neutralitätsziel, 216 Kommunen formulieren aktuell ein Neutralitätsziel. Gemeint ist damit eine Zielstellung zur gesamtkommunalen Treibhausgasneutralität, Klimaneutralität, CO₂-Neutralität oder einer anders formulierten Neutralität.

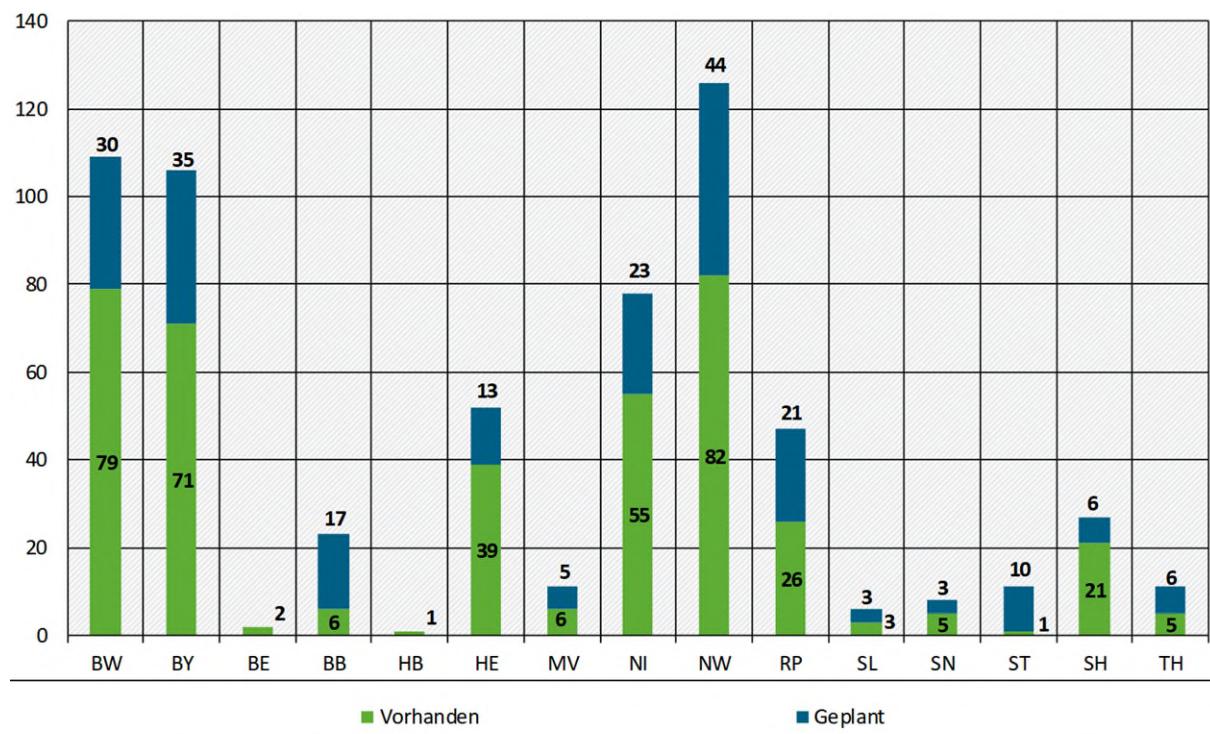
Aus Abbildung 72 geht hervor, dass in den meisten Ländern deutlich mehr Neutralitätsziele vorhanden sind, als neue formuliert werden. In Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Sachsen und Thüringen sind die Verhältnisse recht ausgeglichen. In Brandenburg und Sachsen-

Anhalt werden aktuell deutlich mehr Neutralitätsziele aufgestellt, als bisher vorhanden sind. In den beiden Ländern scheint in diesem Zusammenhang aktuell eine gewisse Dynamik vorhanden zu sein, wobei vor allem in Sachsen-Anhalt die insgesamt niedrigen Zahlen zu beachten sind.

Die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen in Abbildung 73 verdeutlicht, dass Neutralitätsziele in allen Größen von Kommunen häufig vorhanden sind und aktuell formuliert werden. Einzige Ausnahme sind die größten Kommunen ab 500.000 Einwohnenden, hier haben die meisten Kommunen bereits Neutralitätsziele und formulieren sie nicht mehr.

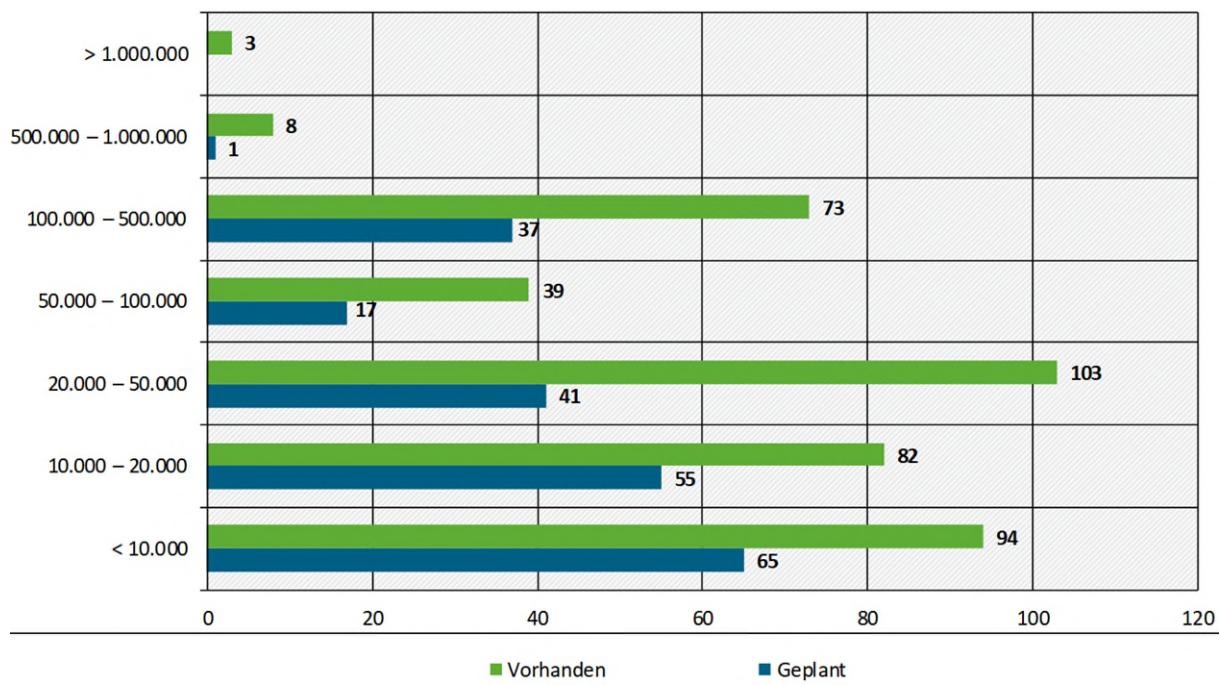
Abbildung 74 zeigt darüber hinaus die Verteilung auf die Kommunenformen ohne Darstellung des Bezirks. Die geringe Anzahl an kreisfreien Städten, die Neutralitätsziele erarbeiten, bestätigt die wenig neu formulierten Ziele in den großen Kommunen. Bei den Landkreisen ist das Verhältnis wieder am ausgeglichensten, wobei auch hier mehr Landkreise bereits Neutralitätsziele haben als dass sie neue formulieren.

Abbildung 72: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Bundesländern (n=618)



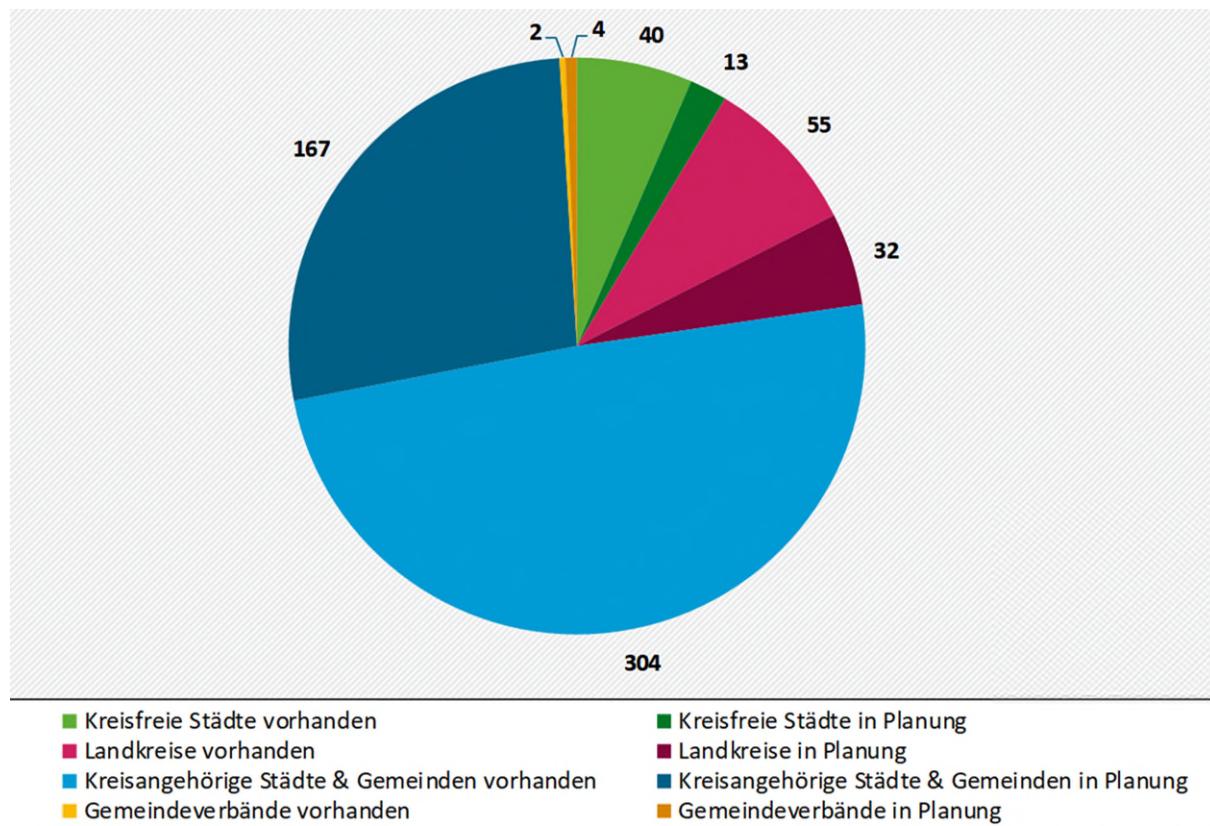
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 73: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Einwohnergrößen (n=618)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 74: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Neutralitätszielen nach Kommunenform (n=617)

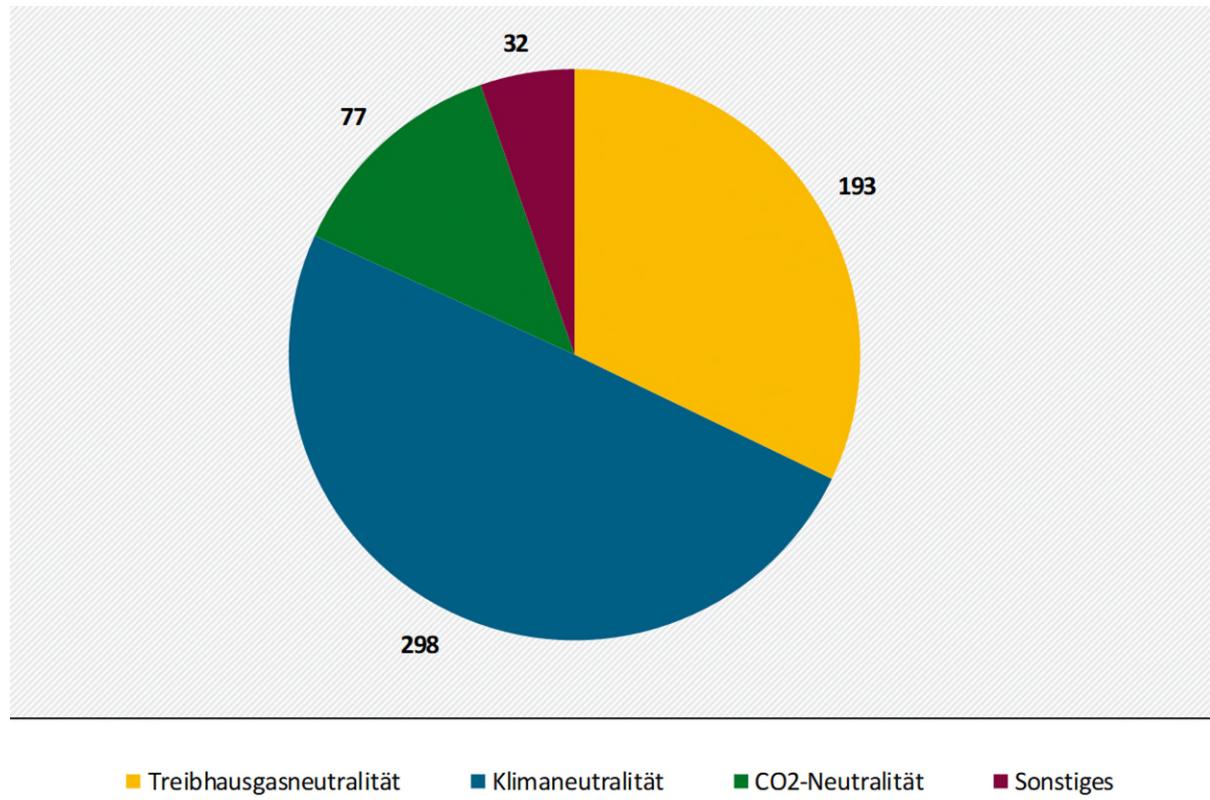


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Neutralitätsbegriffe und Zieljahre

Begrifflich verwendet die Hälfte der 600 Kommunen, die hierzu eine Angabe gemacht haben, die Klimaneutralität (298), knapp 200 die Treibhausgasneutralität und gut 100 Kommunen nutzen die CO₂-Neutralität oder einen anderen Neutralitätsbegriff, vgl. Abbildung 75.

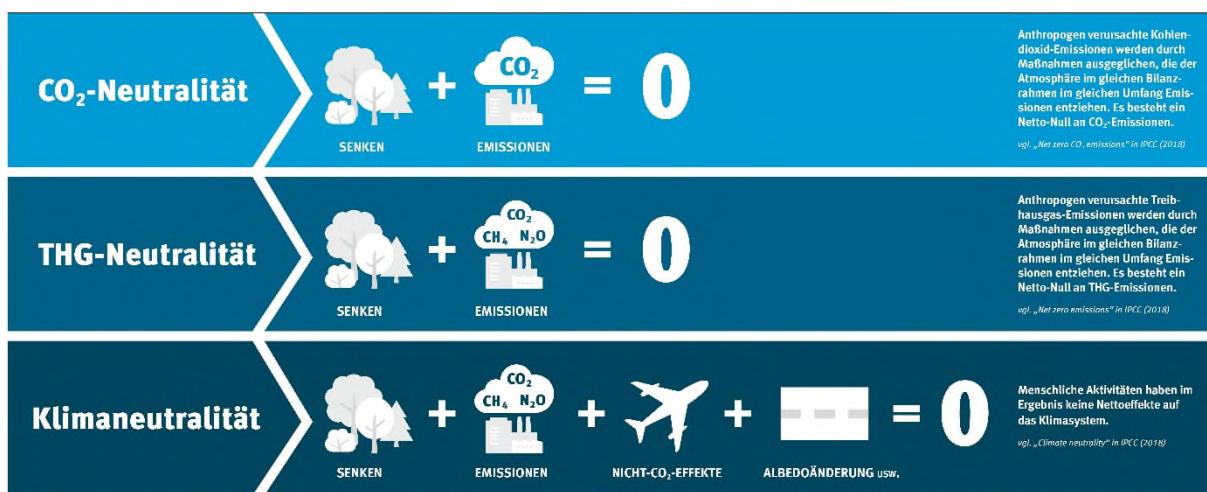
Abbildung 75: Verwendete Neutralitätsbegriffe (n=600)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Als zusätzliche Information, ohne dass es Bestandteil der Befragung war, zeigt Abbildung 76 die Definitionen der drei abgefragten Neutralitätsbegriffe, basierend auf den Definitionen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). In der kommunalen Praxis werden die Begriffe zum großen Teil synonym zueinander verwendet.

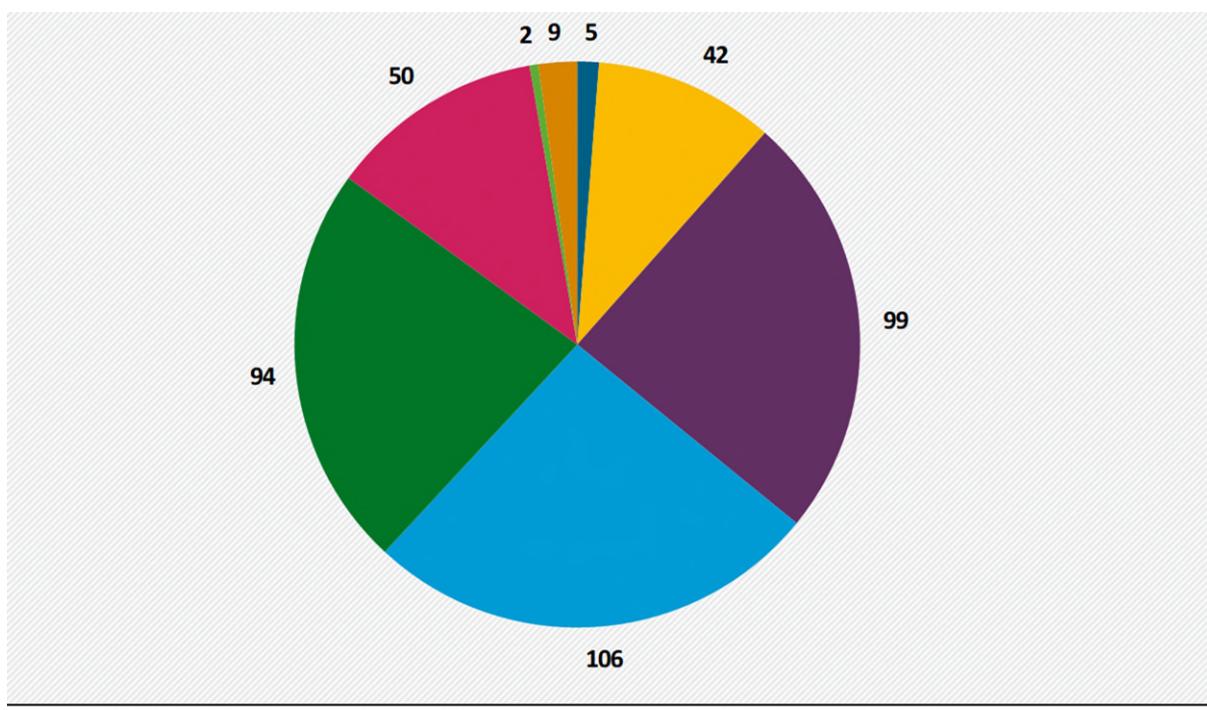
Abbildung 76: Definition der thematisierten Neutralitätsbegriffe



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

407 Kommunen haben angegeben zu welchem Jahr sie ihr Neutralitätsziel anstreben. Aus Abbildung 77 geht hervor, dass ähnlich viele Kommunen die Jahre 2035 (99), 2040 (106) und 2045 (94) anstreben. Weitere 50 haben das alte Bundesziel 2050 verankert, 42 Kommunen möchten das Neutralitätsziel bis 2030 erreichen.

Abbildung 77: Zieljahre für Neutralitätsziele (n=407)



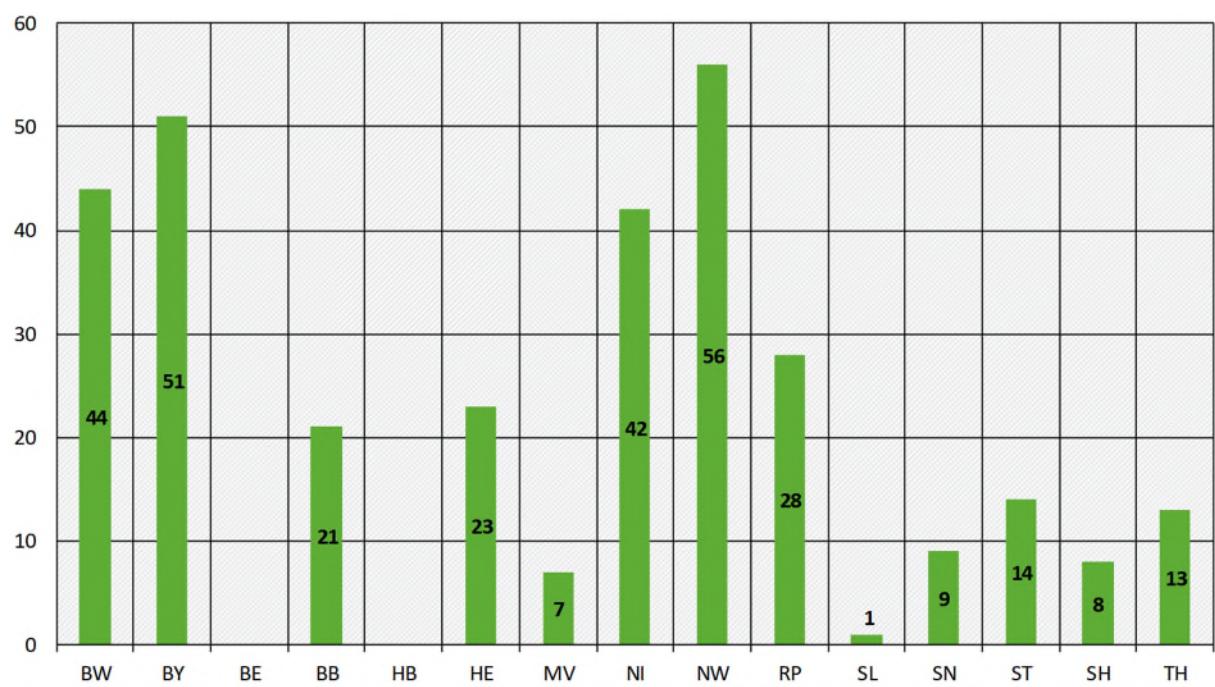
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.3 Ziele zur Energiebedarfsminderung

Das Ziel der Energiebedarfsminderung ist vermutlich am prominentesten verankert in der Förderung der Masterplankommunen. Dort sollte neben einer THG-Minderung um 95 % bis 2050 (abgestimmt auf die damaligen Klimaschutzziele der Bundesregierung) ebenso eine Minderung des Endenergiebedarfs um 50 % erfolgen.

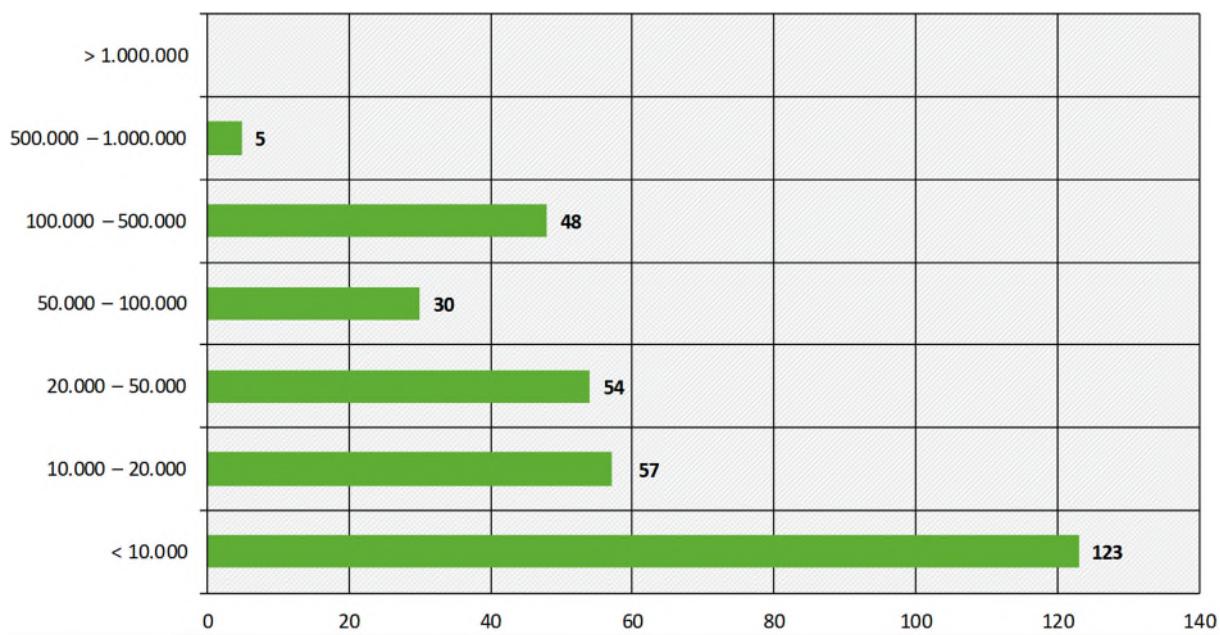
In den teilnehmenden Kommunen ist diese Zielstellung deutlich weniger verbreitet, als andere – 317 Kommunen haben sich zur Energiebedarfsminderung ein Ziel gesetzt. Besonders auffällig ist, dass aktuell keine der teilnehmenden Kommunen ein Ziel zur Energiebedarfsminderung neu formuliert. Die aktuelle Klimaschutzdynamik in den Kommunen scheint dieses Thema also nicht zu umfassen.

Abbildung 78: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Bundesländern (n=317)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 79: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Einwohnergrößen (n=317)



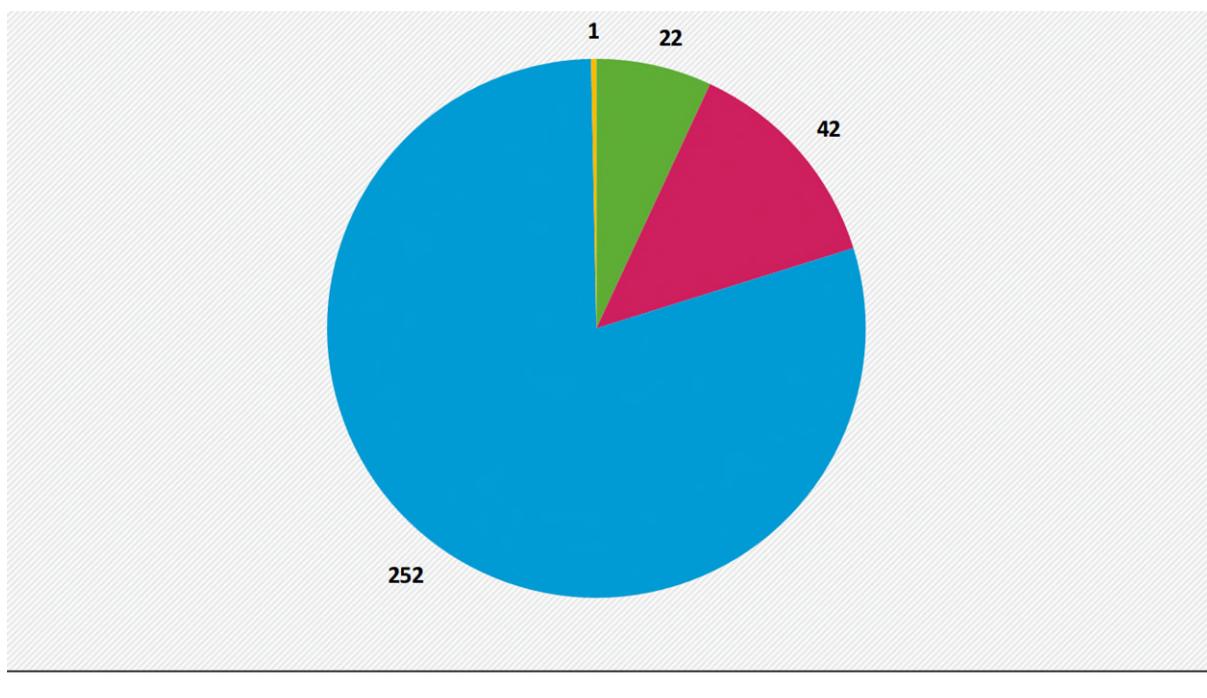
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Aus Abbildung 78 geht hervor, dass neben den klassisch mit hohen Zahlen versehenen Bundesländern auch einige Kommunen aus Rheinland-Pfalz (28), Hessen (23) und Brandenburg (21) sich Ziele zur Energiebedarfsminderung gesetzt haben. Auch in Sachsen-Anhalt (14) und Thüringen (13) haben verhältnismäßig einige Kommunen Zielstellungen erarbeitet.

Abbildung 79 zeigt, dass die meisten Zielstellungen zur Energiebedarfsminderung aus kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden stammen. Im Verhältnis zur Teilnahme sind außerdem die Gruppen 100.000 – 500.000 sowie 500.000 – 1.000.000 Einwohnende stark vertreten.

Abbildung 80 zeigt darüber hinaus die Verteilung auf die Kommunenformen – mit fast 80 % dominieren die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Abbildung 80: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung nach Kommunenform (n=317)

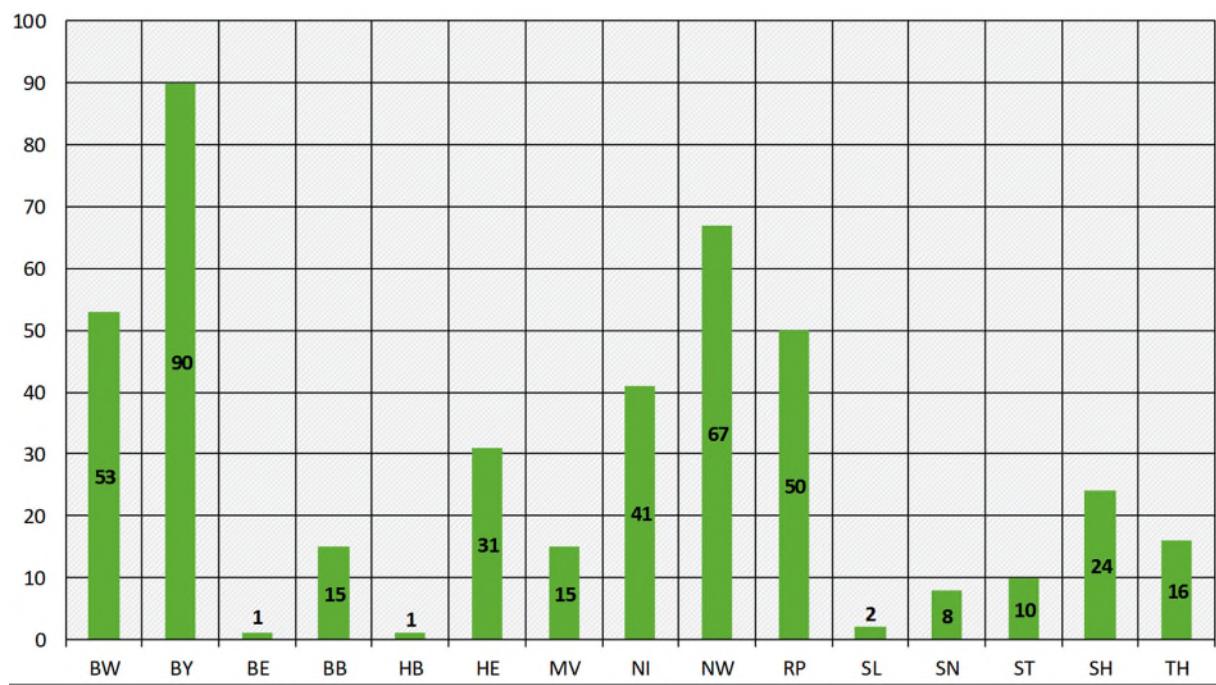


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.4 Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien

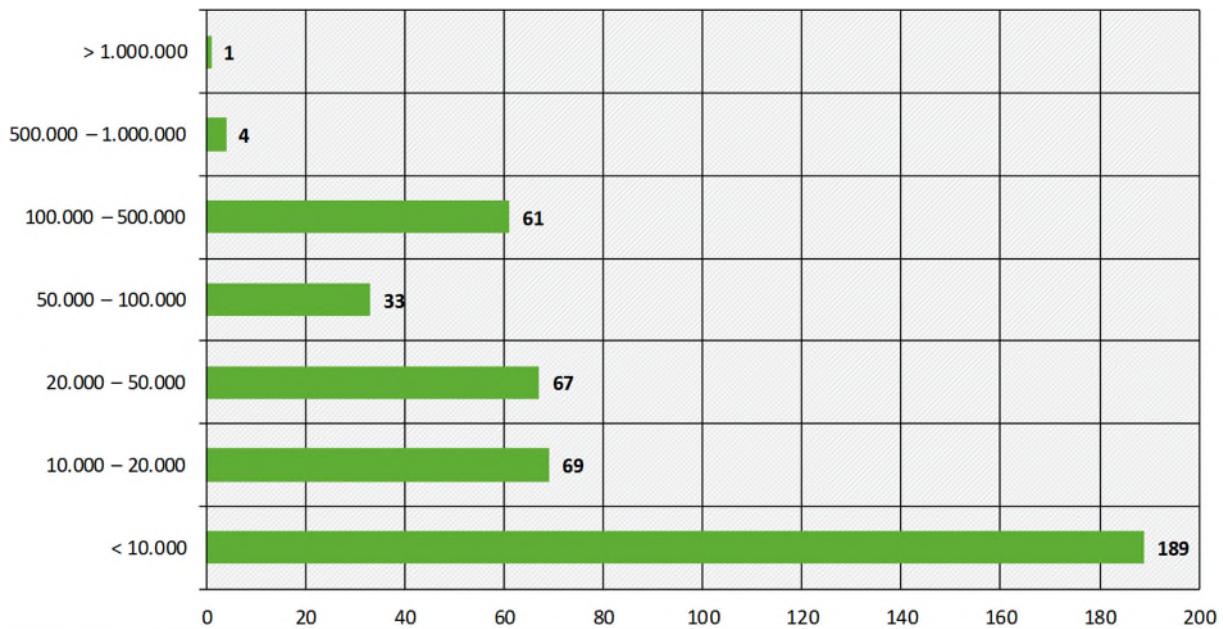
424 der teilnehmenden Kommunen haben ein Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energien. Ähnlich wie bei der Minderung des Energiebedarfs, gibt es auch beim Ausbau erneuerbarer Energien keine teilnehmenden Kommunen, die aktuell ein Ziel neu formulieren. Die aktuelle Klimaschutzdynamik in Kommunen scheint auch den Ausbau erneuerbarer Energien nicht in den Fokus zu nehmen bzw. hinterlegt diesen Teilaспект des Klimaschutzes nicht mit expliziten Zielen.

Abbildung 81: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Bundesländern (n=424)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 82: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Einwohnergrößen (n=424)



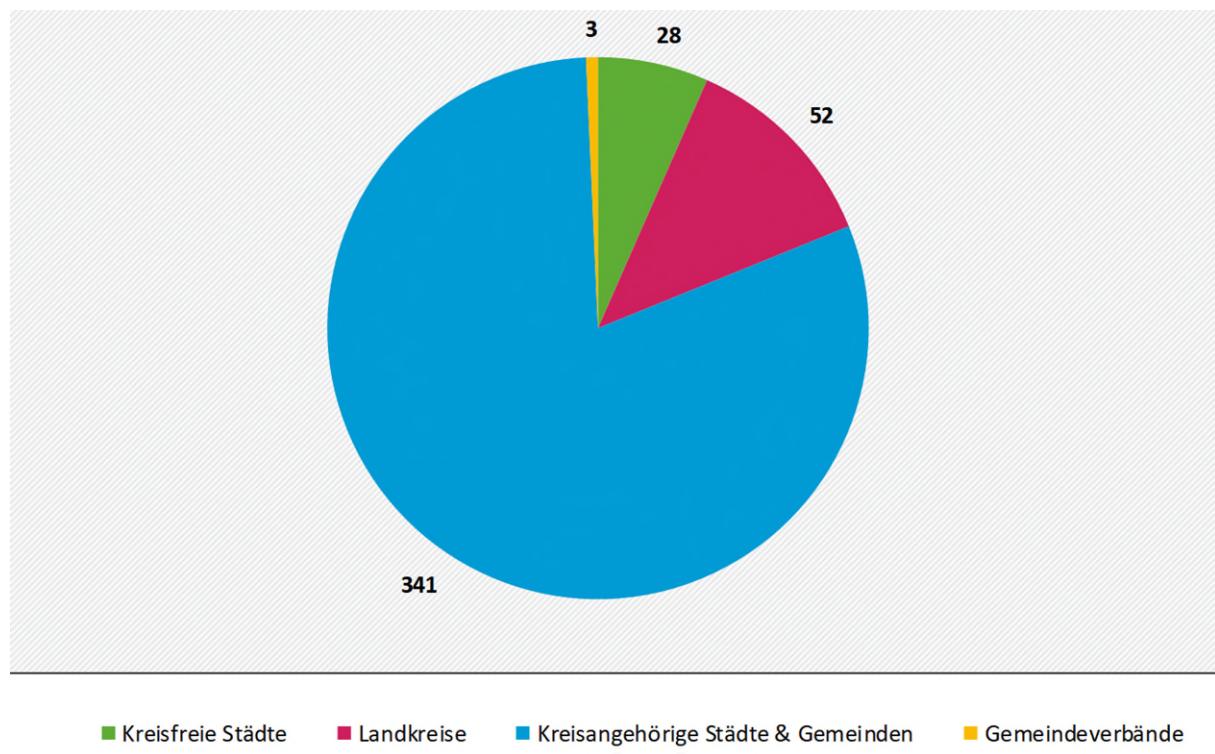
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 81 zeigt eine etwas andere Verteilung auf die Bundesländer, als bei vielen anderen analysierten Themen. Mit 90 Kommunen, die ein Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energien haben, ist Bayern deutlich am stärksten vertreten. Rheinland-Pfalz ist mit 50 Kommunen ebenfalls ungewöhnlich stark aufgestellt. Auffallend viele Kommunen im Verhältnis zu den Teilnahmezahlen stammen außerdem aus Schleswig-Holstein (24). Zu dieser Länderverteilung passend, zeigt Abbildung 82 eine sehr hohe Anzahl (189) an kleinen Kommunen unter 10.000

Einwohnenden, die sich Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien gesetzt haben. Ähnlich wie bei den Zielen zur Energiebedarfsminderung sind auch die großen Kommunen ab 100.000 Einwohnenden recht stark vertreten, wohingegen die Kommunen zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnenden eher wenig Zielstellungen zum Ausbau erneuerbarer Energien haben.

Aus Abbildung 83 geht hervor, dass wieder 80 % der Kommunen mit Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien kreisangehörige Städte und Gemeinden sind. Es zeigt sich die gleiche Verteilung wie bei den Zielstellungen zur Energiebedarfsminderung.

Abbildung 83: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Kommunenform (n=424)

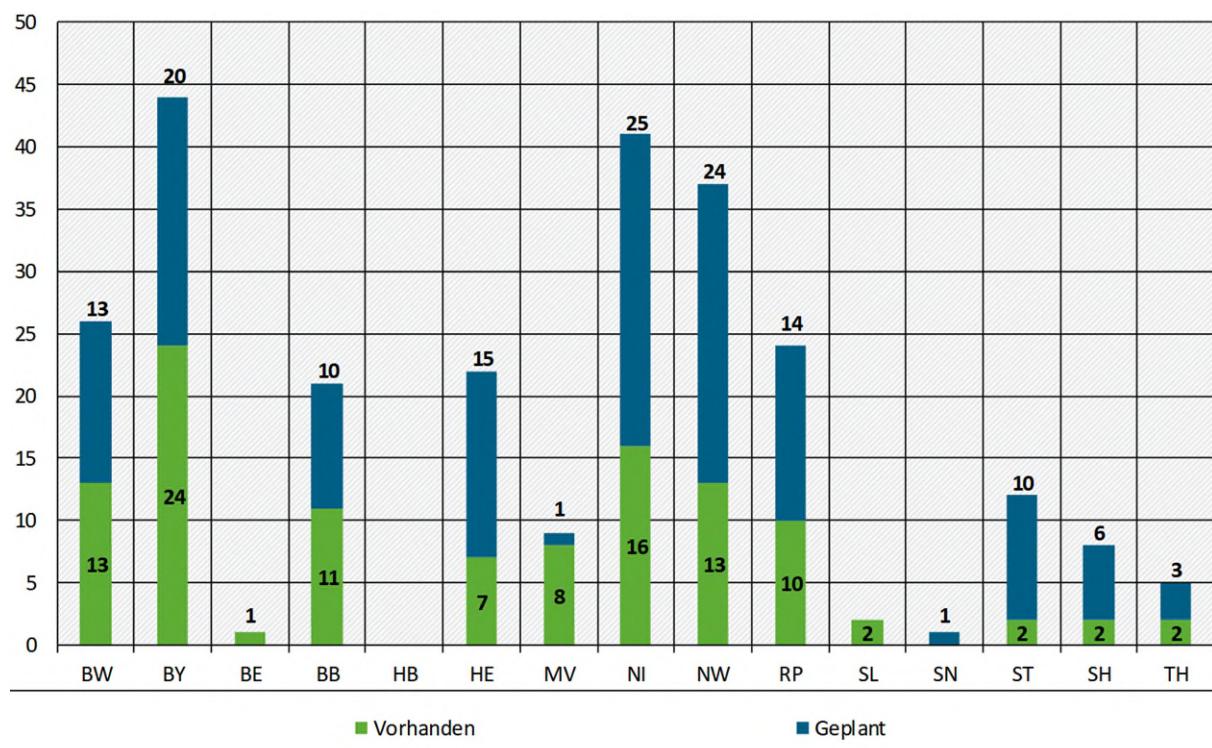


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.5 Ziele zur Stärkung der natürlichen Senken

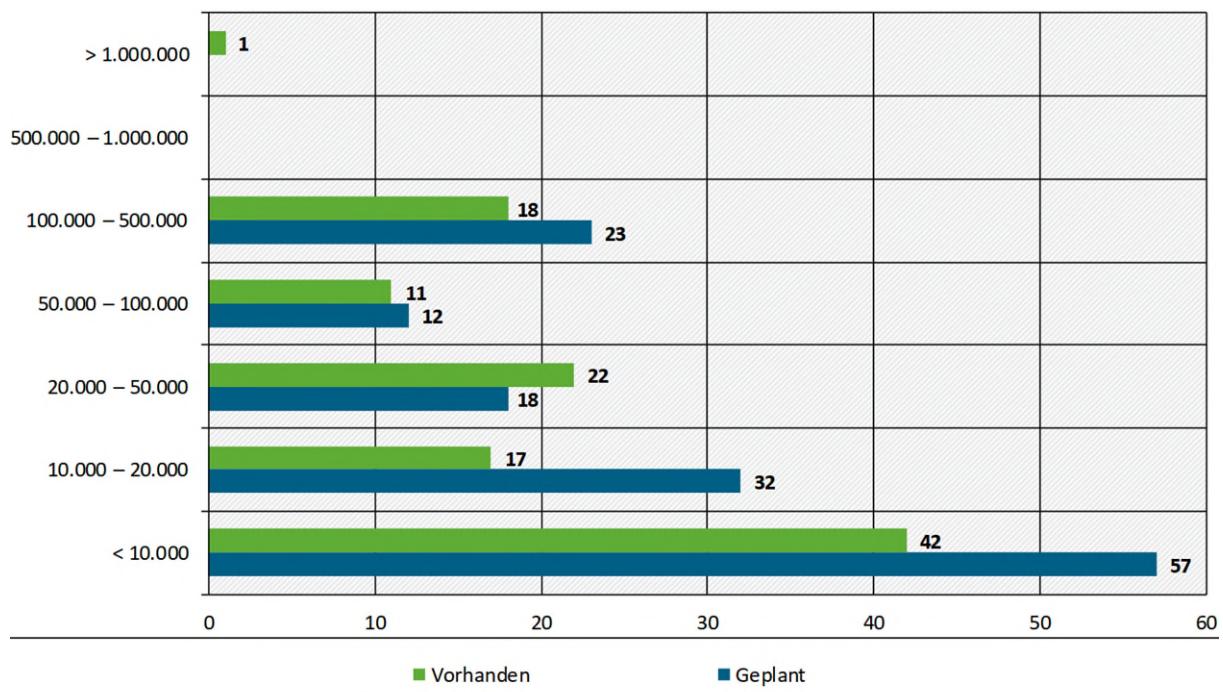
Natürliche Senken nehmen einen sehr wichtigen Stellenwert im Klimaschutz ein. Sie sind notwendig, um unvermeidbare THG-Emissionen auszugleichen und so in der Summe Treibhausgasneutralität zu erreichen (siehe Abbildung 76). Zwar sind die natürlichen Senken in den teilnehmenden Kommunen bisher am seltensten mit bestehenden Zielstellungen hinterlegt, allerdings ist im Gegensatz zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Energiebedarfsminderung eine hohe Dynamik ersichtlich. Mehr Kommunen formulieren aktuell Ziele zur Stärkung natürlicher Senken (142), als es Kommunen mit bestehenden Zielen gibt (111).

Abbildung 84: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Bundesländern (n=253)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 85: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Einwohnergrößen (n=253)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

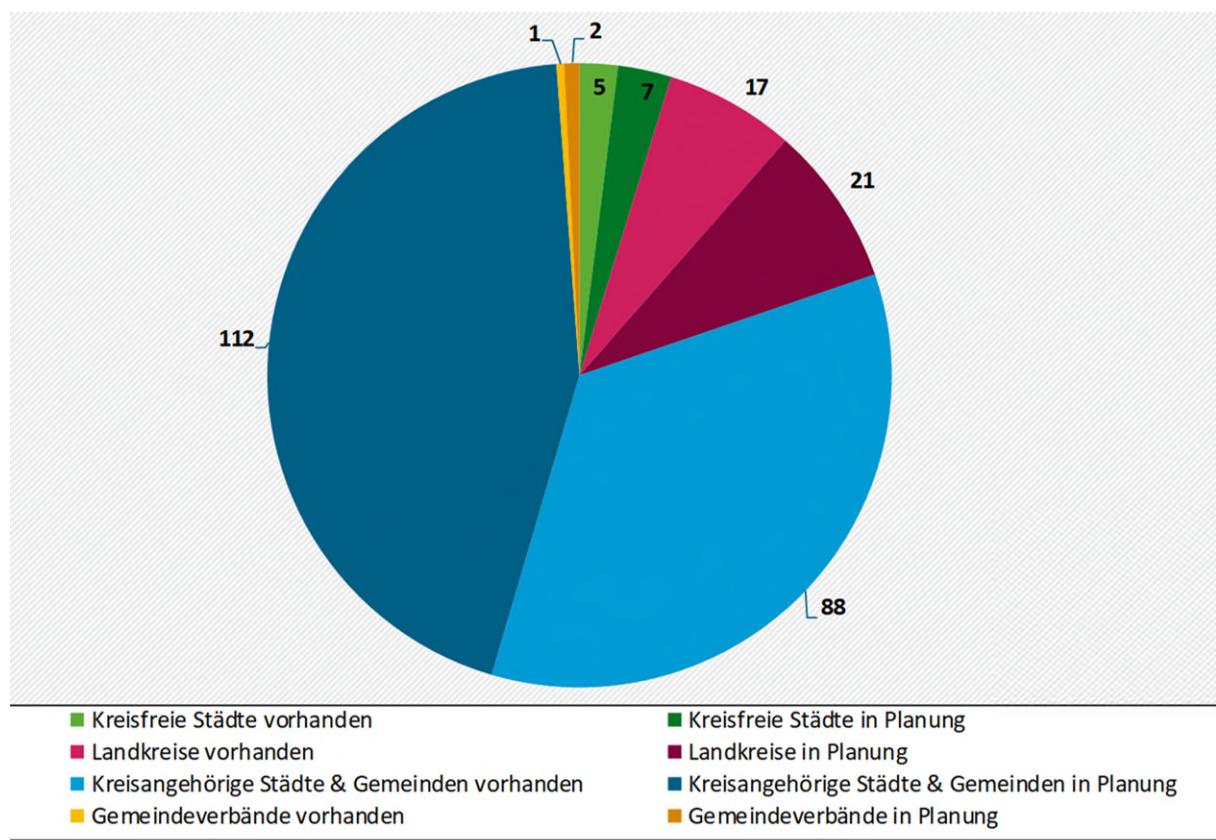
Abbildung 84 zeigt, dass aus der Summe vorhandener und geplanter Zielstellungen zur Stärkung natürlicher Senken die meisten Kommunen aus Bayern (44) und Niedersachsen (41) stammen.

Im Verhältnis zu anderen Themen haben auffällig wenig Kommunen aus Baden-Württemberg (26) Ziele zu natürlichen Senken. Verhältnismäßig stark vertreten sind Brandenburg (21) und Sachsen-Anhalt (12). In Sachsen-Anhalt formulieren aktuell 10 Kommunen Zielstellungen zu natürlichen Senken, sodass das Themenfeld hier aktuell relevant zu sein scheint.

Abbildung 85 zeigt eine verhältnismäßig etwas ausgeglichenere Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen, wobei wieder die kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden stark vertreten sind. Besonders viele neue Ziele werden aktuell in den beiden Größenklassen unter 20.000 Einwohnenden aufgestellt, sowie in der Kategorie 100.000 – 500.000 Einwohnende. Auffällig ist, dass die größten Kommunen in diesem Themenfeld kaum eine Rolle spielen. Nur eine Kommune mit über 500.000 Einwohnenden hat ein Ziel zur Stärkung natürlicher Senken, keine Kommune in diesen Größenkategorien plant ein Ziel.

Aus Abbildung 86 geht hervor, dass die kreisfreien Städte eine untergeordnete Rolle im Themenfeld der natürlichen Senken spielen. Dafür sind – neben den viel vertretenen kreisangehörigen Städten und Gemeinden – die Landkreise bei diesem Thema von größerer Relevanz. In allen Kommunenformen werden aktuell mehr Ziele formuliert, als bereits Ziele vorhanden sind.

Abbildung 86: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Zielen zur Stärkung natürlicher Senken nach Kommunenform (n=253)

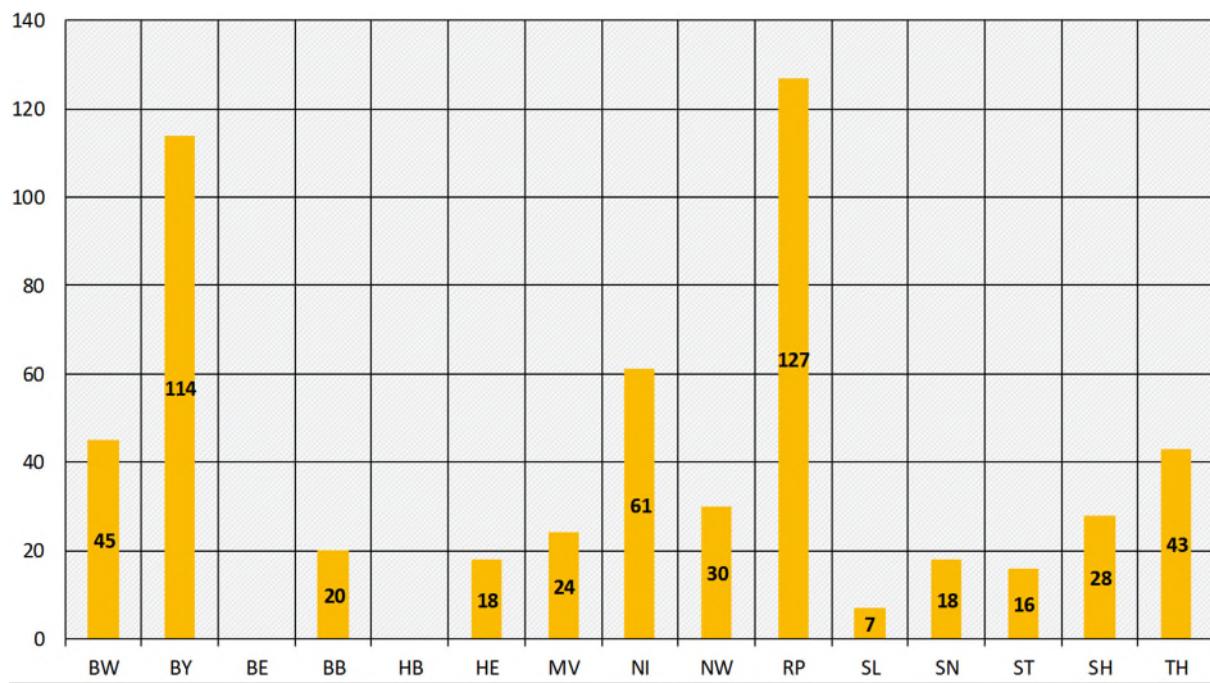


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.4.6 Keine Klimaschutzziele

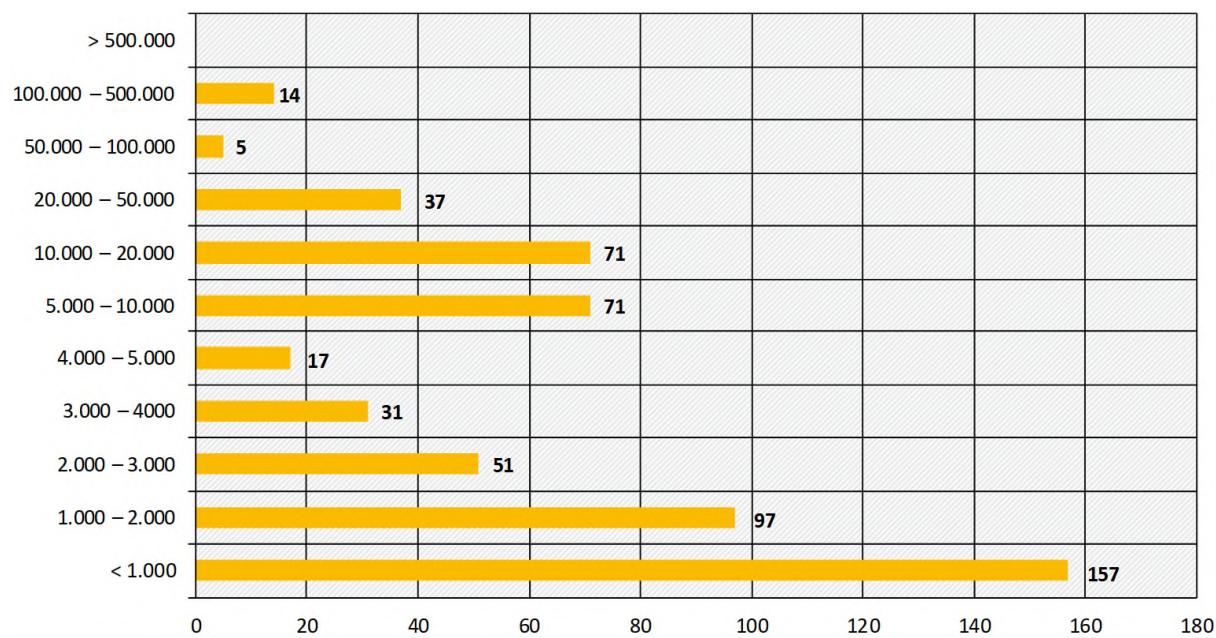
522 Kommunen haben für keine der fünf abgefragten Teilthemen eine Zielstellung, 29 Kommunen haben keine Angaben zu ihren Klimaschutz-Zielstellungen gemacht. Im Folgenden werden beide Kommunengruppen gemeinsam als Kommunen ohne Klimaschutzziele betrachtet, dies umfasst entsprechend 551 Kommunen.

Abbildung 87: Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzziele und mit keiner Angabe zu Klimaschutzziehen nach Bundesländern (n=551)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 88: Anzahl an Kommunen ohne Klimaschutzziel und mit keiner Angabe zu Klimaschutzziehen nach Einwohnergrößen (n=551)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 87 zeigt die Verteilung der Kommunen ohne Klimaschutzziele auf die Bundesländer. Außer in den Stadtstaaten Bremen und Berlin gibt es in allen Bundesländern Kommunen ohne Klimaschutzziele. Die meisten dieser Kommunen stammen aus Rheinland-Pfalz (127) und Bayern (114). Doch auch in Niedersachsen (61) und verhältnismäßig zur Teilnahmezahl in Thüringen (43) haben viele Kommunen keine Klimaschutzziele.

In Abbildung 88 wurde die Kategorie der Kommunen unter 10.000 Einwohnenden in sechs Unterkategorien aufgeteilt, um die Verteilung der Kommunen ohne Klimaschutzziel nach Einwohnergrößenklasse deutlicher darstellen zu können. Daran wird erkenntlich, dass ein großer Anteil der Kommunen ohne Klimaschutzziele sehr klein ist. 60 % von ihnen haben weniger als 2.000 Einwohner. Dazu passend zeigt Tabelle 45, dass der größte Anteil der Kommunen ohne Klimaschutzziel aus kreisangehörigen Städten und Gemeinden (529) besteht. Nur drei kreisfreie Städte, 15 Landkreise und vier Gemeindeverbände haben kein Klimaschutzziel. Von den 551 Kommunen ohne Klimaschutzziel haben immerhin 135 (25 %) Personal für den Klimaschutz (Tabelle 46).

Tabelle 45: Kommunen ohne Klimaschutzziel nach Kommunenform (n=551)

Kommunenform	Kein Klimaschutzziel
Kreisfreie Stadt	3
Landkreis	15
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	529
Gemeindeverband	4
Bezirk	0
Summe	551

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 46: Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bei Kommunen ohne Klimaschutzziel (n=551)

Status Klimaschutzpersonal	Kein Klimaschutzziel
Personal vorhanden	135
Kein Personal	412
Keine Angabe zu Personal	4
Summe	551

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.5 Klimanotstand und Klimawirkungsprüfung

Klimanotstand

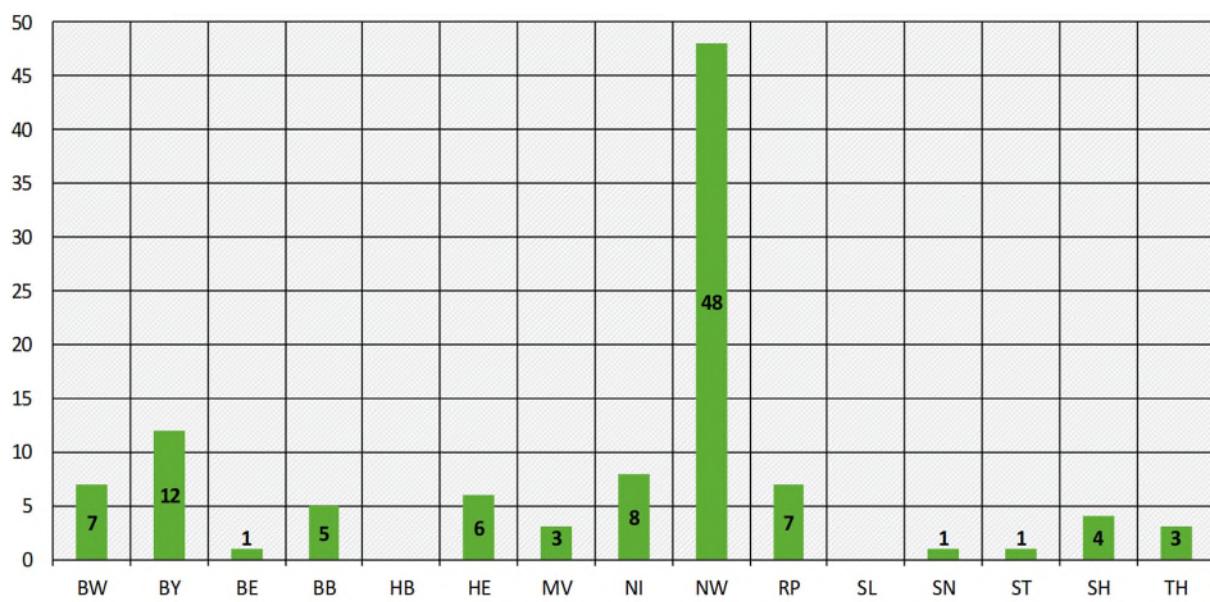
Von den 1.553 Kommunen haben 106 den Klimanotstand oder eine vergleichbare Proklamation ausgerufen. 78 von ihnen haben dies im Jahr 2019 vollzogen, 23 nach 2019 und drei vor 2019. Die meisten der Klimanotstandsbeschlüsse sind auf Anregung der Politik entstanden (71), gefolgt durch Aktivitäten der Fridays-for-Future-Bewegung (27). Auch die Verwaltung (17) und andere Akteure*innen der Zivilgesellschaft (14) waren Auslöser für Klimanotstandsbeschlüsse. Hierbei waren Doppelnennungen möglich.

Abbildung 89 verdeutlicht, dass mit großem Abstand die meisten Kommunen mit Klimanotstandsbeschlüssen aus Nordrhein-Westfalen (48) stammen. In den anderen Bundesländern haben deutlich weniger Kommunen den Klimanotstand beschlossen, wobei aus Bremen und dem Saarland keine Kommunen den Klimanotstand verabschiedet haben.

Abbildung 90 zeigt die Größenverteilung der Kommunen mit Klimanotstandsbeschlüssen. Hier sind verhältnismäßig eher größere Kommunen vertreten. Da fast die Hälfte der Kommunen aus Nordrhein-Westfalen stammen, ist diese Größenverteilung nicht verwunderlich.

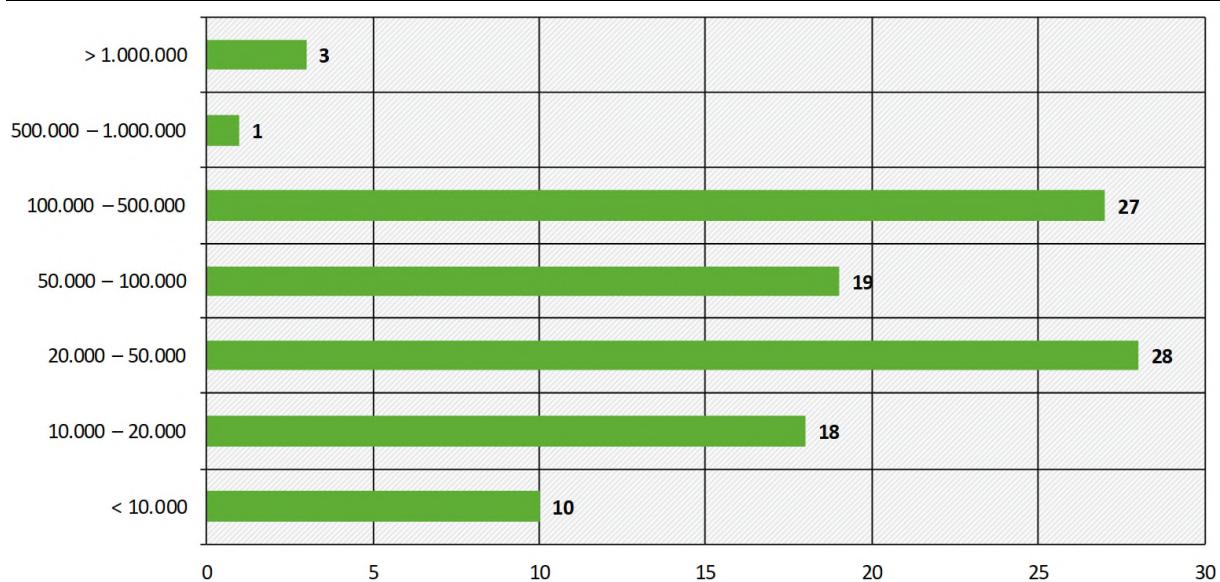
99 der 106 Kommunen mit Klimanotstandsbeschluss haben Klimaschutzpersonal, wovon 50 Kommunen mehr als ein Vollzeitäquivalent haben. 87 der Kommunen mit Klimanotstandsbeschluss verfolgen ein Neutralitätsziel, 50 von ihnen benennen das Ziel als Klimaneutralität.

Abbildung 89: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Klimanotstandsbeschlüssen nach Bundesländern (n=106)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

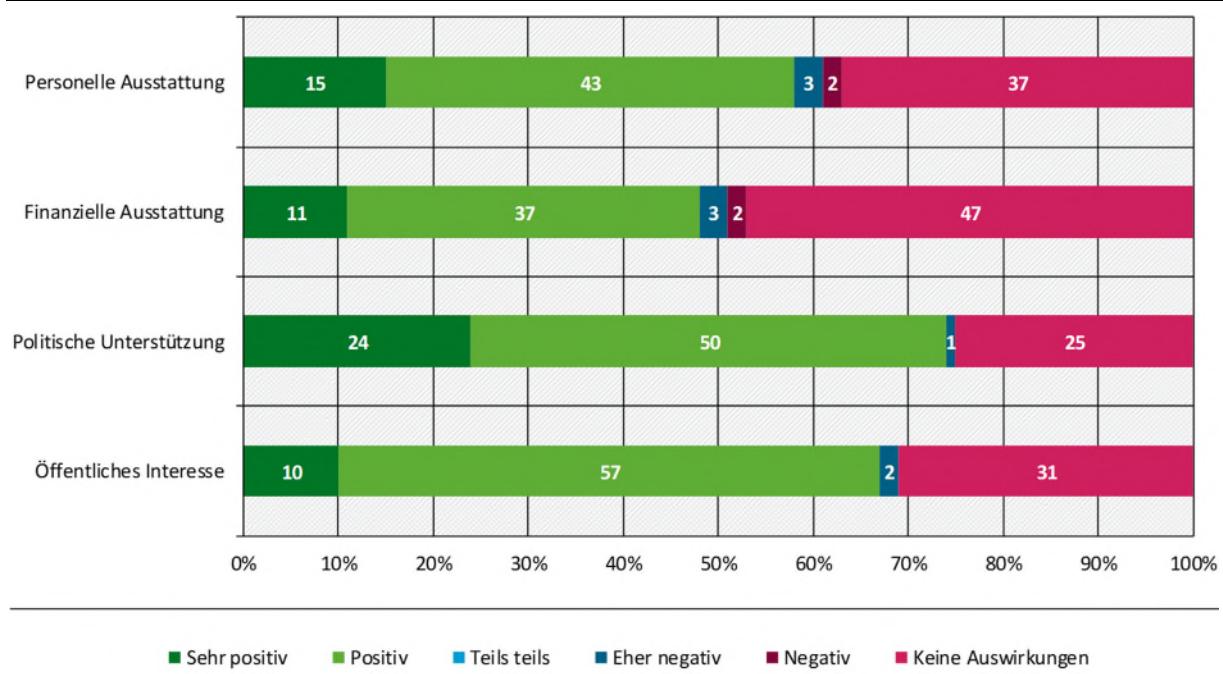
Abbildung 90: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen Klimanotstandsbeschlüssen nach Einwohnergrößen (n=106)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 91 zeigt, wie die Kommunen die bisherigen Auswirkungen des verabschiedeten Klimanotstands bewerten bezüglich der personellen und finanziellen Ausstattung sowie der politischen Unterstützung für sowie das öffentliche Interesse am Klimaschutz. Die Klimanotstandsbeschlüsse scheinen in der Mehrheit der Kommunen positive Auswirkungen mit sich zu bringen. Allerdings wird auch deutlich, dass es einige Kommunen gibt in denen der Notstand keine Auswirkungen auf die abgefragten Indikatoren hat. Besonders deutlich ist dies bei der finanziellen Ausstattung für den Klimaschutz der Fall. In etwas weniger als der Hälfte der Kommunen hat sich die finanzielle Ausstattung für den Klimaschutz verbessert, seit der Klimanotstand ausgerufen wurde. Die restlichen Kommunen haben keine zusätzlichen Finanzmittel, um die Inhalte des Klimanotstands umzusetzen. Die positivsten Auswirkungen scheint es in der politischen Unterstützung für den Klimaschutz zu geben.

Abbildung 91: Auswirkungen der Klimanotstandsbeschlüsse

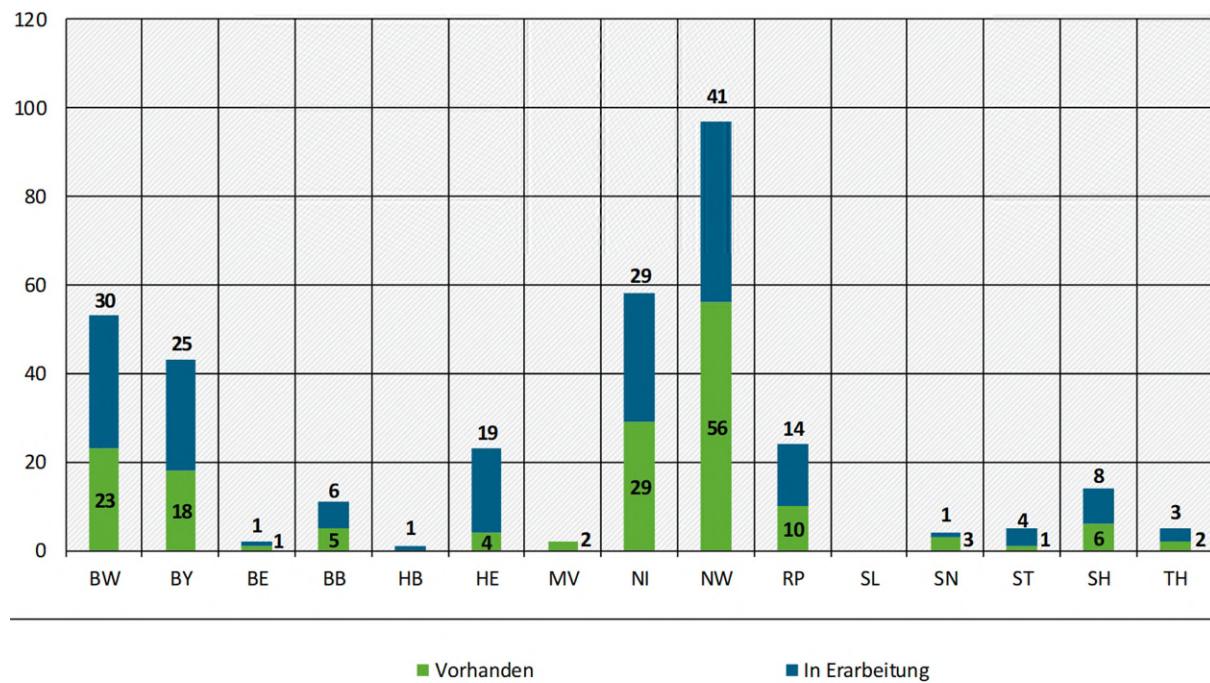


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Klimawirkungsprüfung

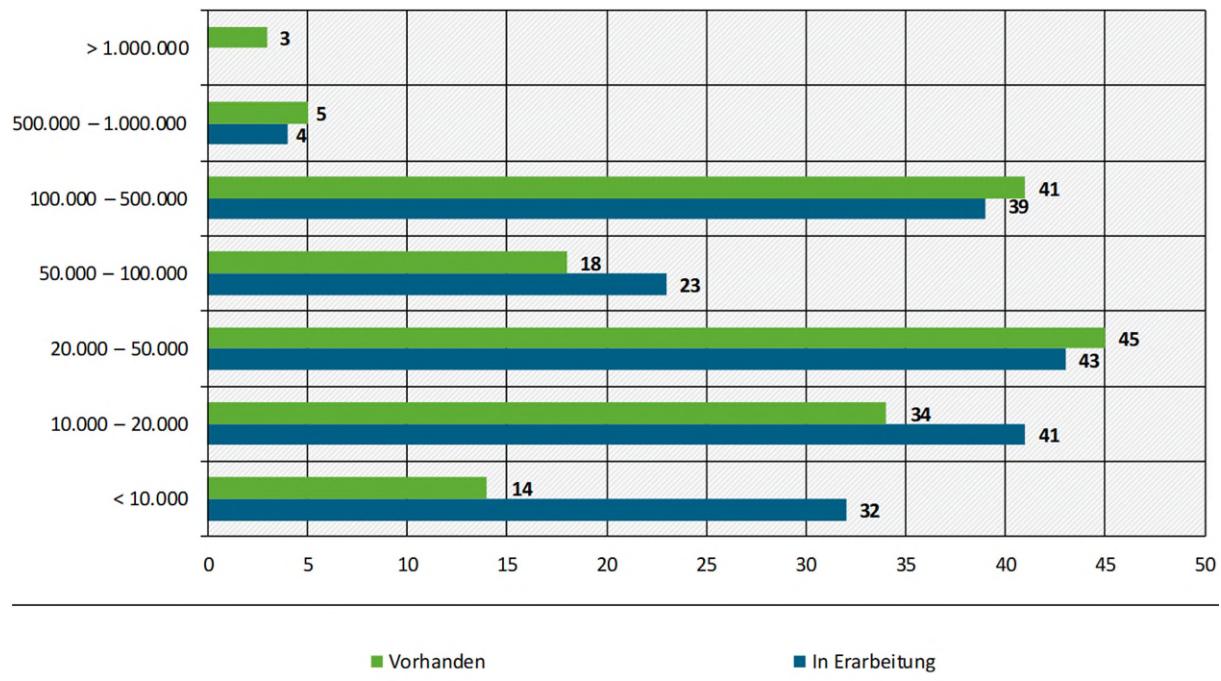
Viele Klimanotstandsbeschlüsse beinhalten eine Klimawirkungsprüfung oder auch „Klimacheck für Ratsbeschlüsse“. Dieses Instrument kommt aber auch in Kommunen ohne Klimanotstand zum Einsatz. So haben 160 Kommunen angegeben eine Klimawirkungsprüfung zu haben, weitere 182 erarbeiten aktuell eine. Abbildung 92 zeigt, dass neben Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (56) auch einige aus Niedersachsen (29) und Baden-Württemberg (23) Klimawirkungsprüfungen eingeführt haben. In den gleichen Bundesländern befinden sich die meisten Wirkungsprüfungen in Erstellung. Abbildung 93 zeigt ein recht ausgeglichenes Verhältnis von vorhandenen und in Erstellung befindlichen Klimawirkungsprüfungen nach Einwohnergrößenklassen, mit Ausnahme der kleinen Kommunen. Dort werden mehr Wirkungsprüfungen erstellt, als bisher vorhanden sind.

Abbildung 92: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimawirkungsprüfungen nach Bundesländern (n=342)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 93: Anzahl an Kommunen mit vorhandenen und geplanten Klimawirkungsprüfungen nach Einwohnergrößen (n=342)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Von den 160 Kommunen mit vorhandenen Klimawirkungsprüfungen haben 148 Klimaschutzpersonal und 115 ein Neutralitätsziel. Die Quote an Kommunen mit Neutralitätszielen liegt hier etwas geringer als in der Gruppe der Kommunen mit

Klimanotstandsbeschlüssen. Von den 182 Kommunen, die ihre Klimawirkungsprüfung aktuell erstellen, haben 170 Klimaschutzpersonal und 138 verfolgen ein Neutralitätsziel.

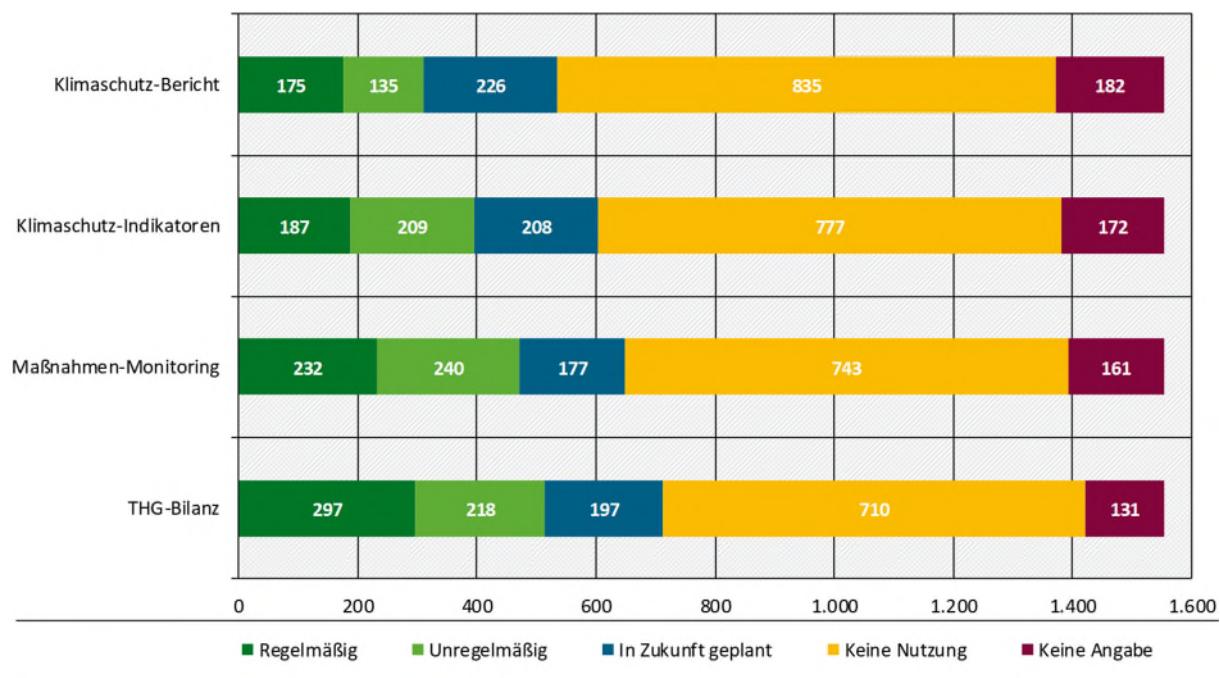
Bei der Bewertung der bisherigen Auswirkungen der Klimawirkungsprüfung gaben 82 Kommunen an das Instrument bisher nicht bewerten zu können und 42 haben bisher keine Auswirkungen festgestellt. 19 Kommunen gaben an, dass das Instrument bisher positive Auswirkungen auf den Klimaschutz vor Ort hätte, eine Kommune bewertete die Auswirkungen als negativ. Für einen genaueren Einblick in die Wirkung dieser Instrumente wäre eine Folgebefragung mit mehr zeitlichem Anstand zur Erstellung der Klimawirkungsprüfung notwendig.

4.6 Klimaschutz-Monitoring

Um einen Eindruck in das Klimaschutz-Monitoring der Kommunen zu erhalten, haben wir abgefragt, ob eine THG-Bilanz, ein Maßnahmen-Monitoring, Klimaschutz-Indikatoren, Klimaschutzberichte oder andere Monitoring-Formate eingesetzt werden. Von den 1.553 Kommunen setzen sich 896 aktuell oder für die Zukunft mit dem Thema Klimaschutz-Monitoring auseinander (mindestens eines der Formate wird aktuell genutzt oder soll in der Zukunft zum Einsatz kommen). 60 Kommunen nutzen alle vier spezifisch abgefragten Monitoring-Formate regelmäßig, was im Rahmen der Befragung als mindestens alle drei Jahre definiert wurde. 426 Kommunen nutzen mindestens eines der Formate regelmäßig. 92,5 % dieser Kommunen hat Personal für den Klimaschutz.

In der Summe aus regelmäßiger und unregelmäßiger Nutzung ist die THG-Bilanz das am weitesten verbreitete Format (515), gefolgt vom Maßnahmen-Monitoring (472), den Indikatoren (396) und dem Klimaschutz-Bericht (310). Die genaue Nutzungsverteilung der Monitoring-Formate zeigt Abbildung 94.

Unter den weiteren Monitoring-Formaten wurden beispielsweise Energieberichte, Nachhaltigkeitsberichte oder Berichtsaktivitäten im Rahmen des European Energy Awards genannt.

Abbildung 94: Nutzung von Monitoring-Formaten (n=1.553)

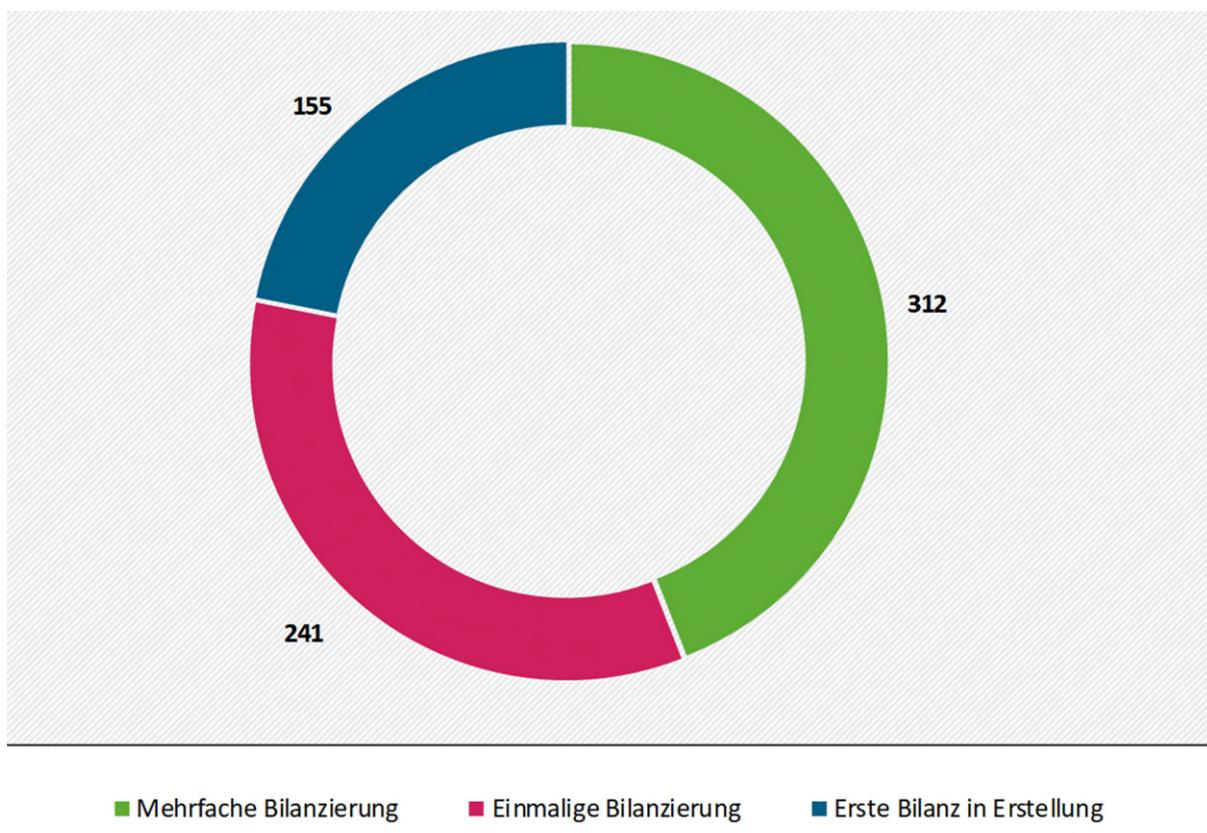
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.6.1 THG-Bilanz

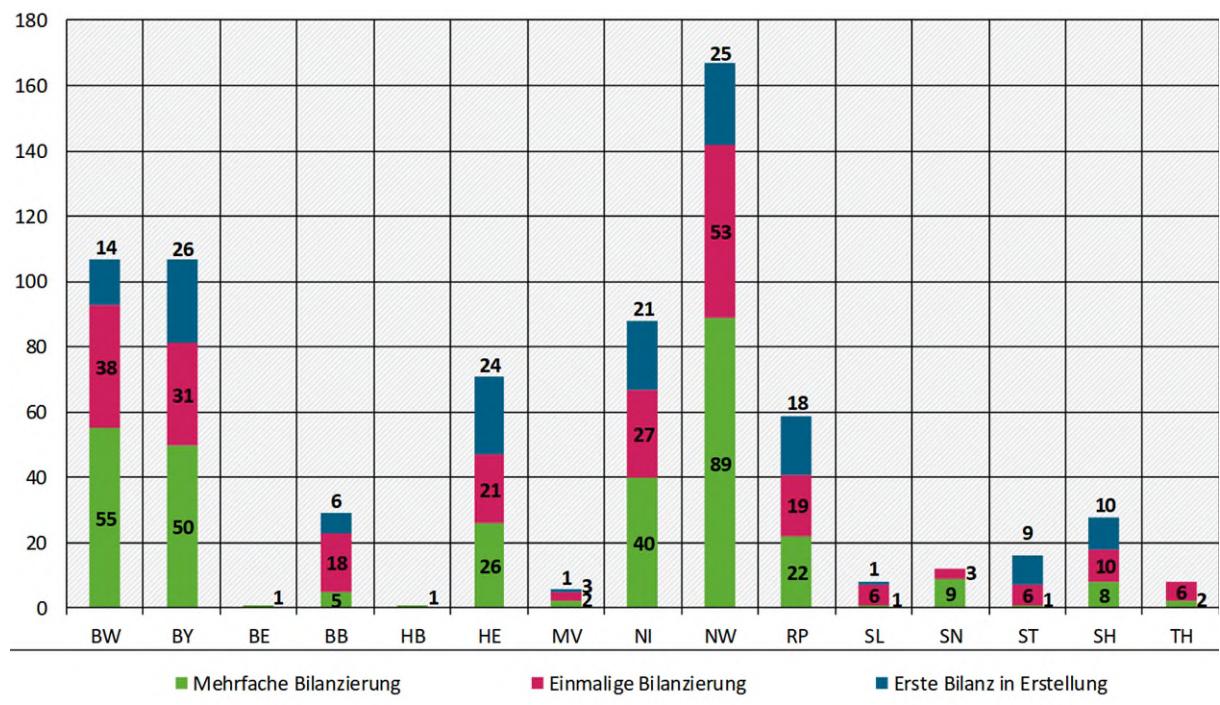
Als relevantes Überprüfungsformat zur Situation und Entwicklung der THG-Emissionen haben wir die Kommunen vertieft zu ihren THG-Bilanzen befragt. Von den 1.553 Kommunen machten 63 keine Angabe zur Bilanzierung, 782 Kommunen gaben an noch keine THG-Bilanz aufgestellt zu haben. Von den restlichen 708 Kommunen erstellen aktuell 155 ihre erste THG-Bilanz, 241 haben bisher einmalig eine Bilanz aufgestellt und die Mehrheit von 312 haben bereits mehrfach ihre THG-Emissionen bilanziert. Diese Aufteilung wird in Abbildung 95 dargestellt. Abbildung 96 zeigt die Aufteilung dieser drei Kategorien nach Bundesländern. Dabei gibt es die meisten Kommunen mit Bilanzen für mehrere Jahre in Nordrhein-Westfalen (89), Baden-Württemberg (55) und Bayern (50). In Hessen und Rheinland-Pfalz gibt es jeweils ein recht ausgeglichenes Verhältnis aus mehrfacher, einfacher und erstmaliger Bilanzierung. Sachsen-Anhalt ist das einzige Land mit mehr Kommunen die aktuell ihre erste Bilanz erstellen, als Kommunen die bereits Bilanzen vorliegen haben. Dies könnte auf steigende Klimaschutzaktivitäten hinweisen.

Abbildung 97 zeigt die Verteilung nach Einwohnergrößenklassen. In allen Größenklassen ab 20.000 Einwohnenden ist die mehrmalige Bilanzierung am häufigsten vertreten. Bei den Kommunen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnenden ist die einmalige Bilanzierung am häufigsten vertreten. Bei den Kommunen unter 10.000 Einwohnenden ist die Kategorie der erstmaligen Bilanzierung am stärksten ausgeprägt.

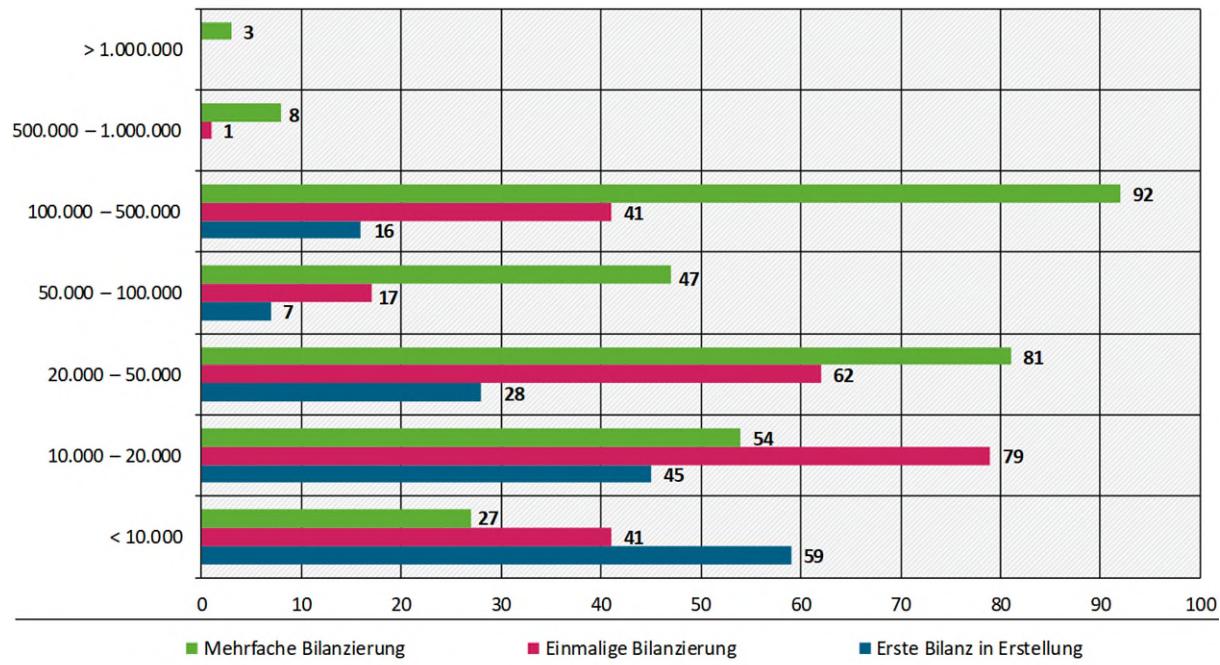
Abbildung 95: Anzahl an Kommunen mit Treibhausgasbilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) (n=708)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 96: Anzahl an Kommunen mit THG-Bilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) nach Bundesländern (n=708)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 97: Anzahl an Kommunen mit THG-Bilanzen (sowohl vorliegend, als auch erste Bilanz in Erstellung) nach Einwohnergrößen (n=708)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 47 zeigt die Querbezüge zwischen Kommunen mit THG-Bilanzen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Dabei scheint der Bezug der drei Gruppen (mehrfaehe Bilanzierung, einmalige Bilanzierung, erste Bilanz in Erstellung) zum

Klimaschutzpersonal sehr hoch und recht gleich zu sein. Dies schwankt zwischen knapp 90 % (erste Bilanz in Erstellung) bis knapp 94 % (einmalige Bilanzierung).

Der Bezug zu vorhandenen Neutralitätszielen ist geringer und schwankt deutlicher zwischen den Gruppen. Den stärksten Bezug gibt es zur Gruppe mit mehreren THG-Bilanzen (72 %), gefolgt von der Gruppe mit einer THG-Bilanz (63 %) und deutlich am wenigsten Kommunen haben ein Neutralitätsziel aus der Gruppe, in der die erste Bilanz aktuell erstellt wird (41 %).

Tabelle 47: Querbezug zwischen Kommunen mit THG-Bilanz und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=708)

	Mehrfache Bilanzierung (n=312)	Einmalige Bilanzierung (n=241)	Erste Bilanz in Erstellung (n=155)
Klimaschutzpersonal vorhanden	290 (93 %)	226 (94 %)	139 (90 %)
Neutralitätsziel vorhanden	223 (72 %)	152 (63 %)	99 (41 %)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

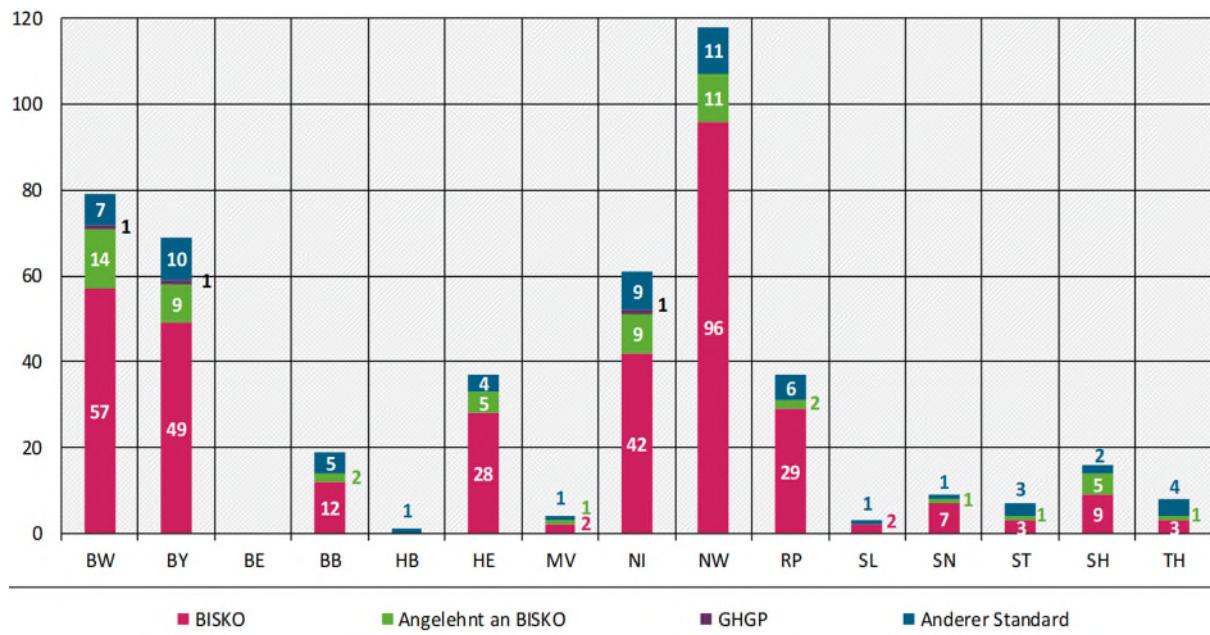
Bilanzierungsstandards

468 Kommunen gaben an mit welchem Standard ihre **aktuellste** THG-Bilanz erstellt wurde. Dies bezieht sich nur auf fertiggestellte Bilanzen, die Bilanzen die zum Zeitpunkt der Abfrage in Erstellung befindlich waren, sind hier nicht erfasst. 339 Kommunen (72,4 %) erstellten ihre aktuellste Bilanz nach der Bilanzierungssystematik Kommunal (BISKO), weitere 61 angelehnt an BISKO. Drei Kommunen nutzten das Greenhouse Gas Protocol (GHGP) und 65 Kommunen (13,9 %) einen anderen Standard.

Abbildung 98 zeigt die Verteilung der verwendeten Standards nach Bundesländern. Die größte Anzahl an BISKO-Bilanzen gibt es in Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (96), Baden-Württemberg (57) und Bayern (49) und spiegelt stark die Verteilung der Gesamtanzahl an THG-Bilanzen im jeweiligen Bundesland wieder. Die drei Kommunen, die das Greenhouse Gas Protocol verwenden, stammen aus Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. Die Kommunen, die andere Standards als die abgefragten verwenden, verteilen sich recht gleichmäßig auf die Bundesländer. Es gibt also kein Bundesland in dem das Abweichen von den abgefragten Standards besonders häufig vorkommt. Ebenso verteilen sich an BISKO angelehnte Bilanzen ziemlich gleichmäßig. Dabei ist zu beachten, dass in den Bundesländern, in denen insgesamt recht wenig Kommunen THG-Bilanzen aufgestellt haben der prozentuale Anteil an Bilanzen, die nicht nach BISKO erstellt wurden, hoch ist (z. B. liegt die „BISKO-Rate“ in Schleswig-Holstein bei 56,3 % und in Nordrhein-Westfalen bei 81,4 %).

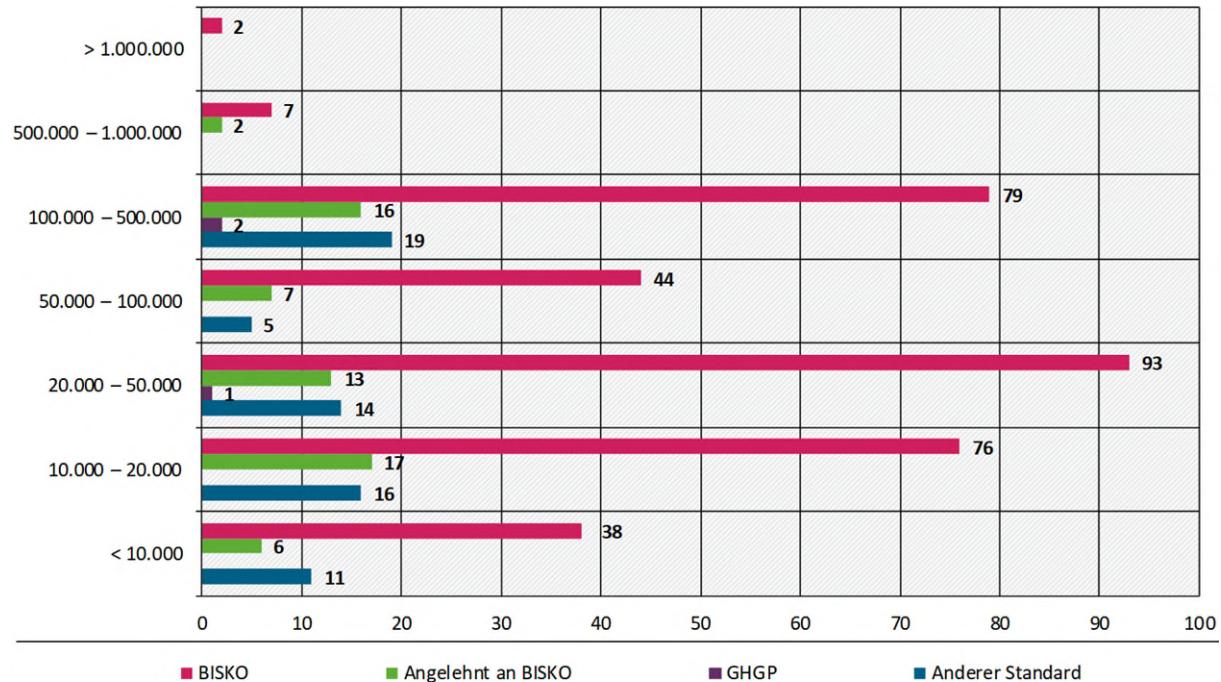
Abbildung 99 zeigt die Verteilung der genutzten Standards nach Einwohnergrößenklassen. Dabei werden die verschiedenen Standards in Bezug auf die Gesamtanzahl an THG-Bilanzen recht gleichmäßig in den Größenklassen verwendet.

Abbildung 98: Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz nach Bundesländern (n=468)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 99: Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz nach Einwohnergrößen (n=468)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Darüber hinaus machten 231 Kommunen Angaben, nach welchem Standard sie ihre **erste** THG-Bilanz erstellt haben. Dabei haben 100 Kommunen den BISKO-Standard verwendet, 46 haben angelehnt an BISKO bilanziert, zwei nach dem Greenhouse Gas Protocol und 83 haben andere Standards verwendet. Obwohl deutlich mehr Kommunen angegeben haben mit welchem

Standard die aktuellste Bilanz erstellt wurde (468), ist die Anzahl an Kommunen zurückgegangen, die nach einem anderen Standard bilanziert haben, als die abgefragten. Details zeigt Tabelle 48. Die Verwendbarkeit des BISKO-Standards hängt dabei stark vom Zeitpunkt der erstellten Bilanzen ab. BISKO wurde 2014 veröffentlicht. Somit können nur Bilanzen, die ab 2014 / 2015 erstellt wurden nach BISKO bilanzieren. Der Anteil der Bilanzen nach BISKO ist von 43,3 % bei den ersten Bilanzen auf 72,4 % bei den aktuellsten Bilanzen angestiegen.

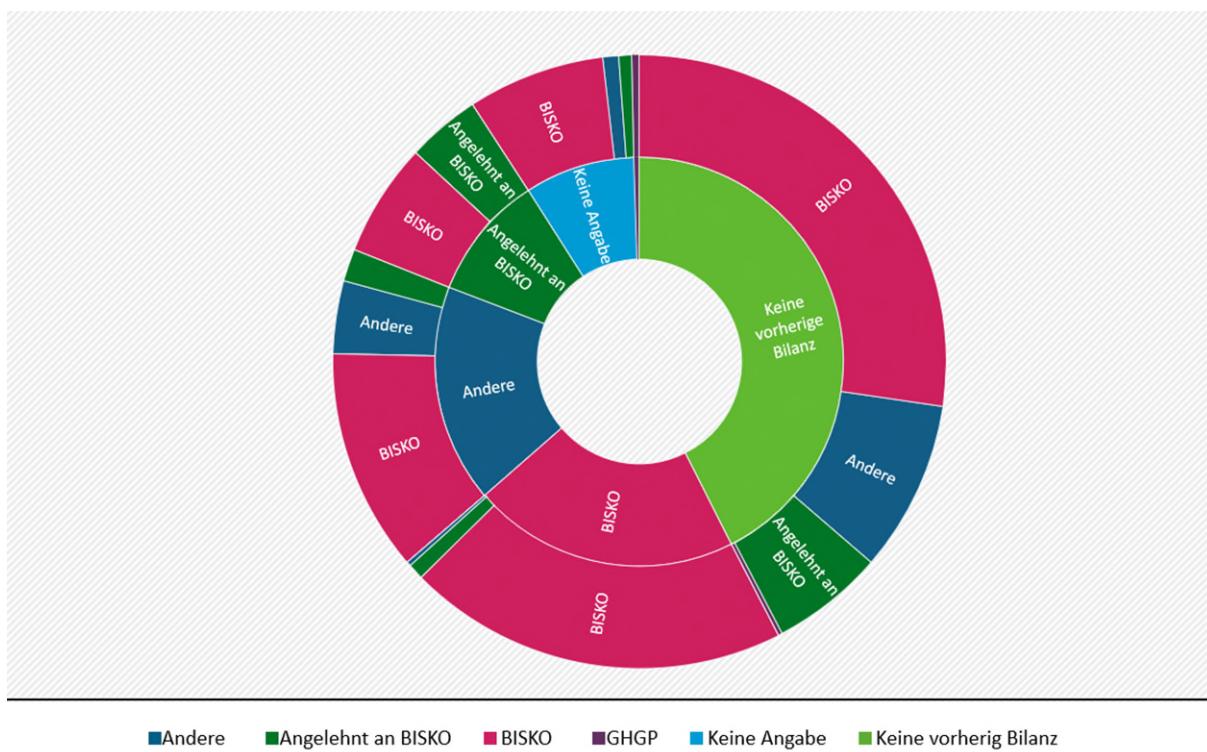
Tabelle 48: Verwendeter Bilanzierungsstandard für erste (n=231) und aktuellste Bilanz (n=468)

Standard	Erste Bilanz	Aktuellste Bilanz
BISKO	100	339
Angelehnt an BISKO	46	61
Greenhouse Gas Protocol	2	3
Andere	83	65
Summe	231	468

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 100 zeigt die Entwicklung der genutzten Bilanzierungsstandards zwischen der ersten und der aktuellsten THG-Bilanz der Kommunen. Der innere Kreis zeigt dabei den genutzten Bilanzierungsstandard der ersten Bilanz. Der äußere Kreis zeigt mit welchem Standard die aktuellste Bilanz der jeweiligen Kommunen erstellt wurde. Fast alle Kommunen, die ihre erste Bilanz nach BISKO bilanziert haben, haben dies auch bei der aktuellsten Bilanz getan. 64 % der Kommunen, die bisher nur einmalig bilanziert haben (im inneren Kreis „keine vorherige Bilanz“), nutzen den BISKO-Standard. Auch hier ist der Zeitpunkt der Bilanz ausschlaggebend dafür, ob BISKO schon verfügbar war. Bei den Kommunen, die in der ersten Bilanz angelehnt an BISKO oder mit einem anderen Standard bilanziert haben und jene, die zu ihrem ersten Bilanzierungsstandard keine Angabe gemacht haben, haben jeweils ein Großteil der Kommunen die aktuellste Bilanz nach BISKO bilanziert. Die Verbreitung des BISKO-Standards nimmt somit deutlich zu, sodass die kommunalen THG-Bilanzen vergleichbarer werden.

Abbildung 100: Verwendete Bilanzierungsstandards in der Entwicklung zwischen erster (innen) und aktuellster (außen) Bilanz der Kommunen (n=468)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Bilanzierungstools

Ebenfalls 468 Kommunen machten Angaben mit welchem Tool sie die **aktuellste** Bilanz erstellt haben. Unter den befragten Kommunen wird der Klimaschutz-Planer am häufigsten verwendet (206), gefolgt von ECO-Speed Region (107), BICO2BW (72) – einem Excel-basierten Tool für Kommunen in Baden-Württemberg – und dem Klima-Navi (9). 74 Kommunen nutzen ein anderes Tool, was auch selbst erstellte Excellösungen sein können. 235 Kommunen gaben an, mit welchem Tool sie ihre **erste** Bilanz erstellt haben. Hier war ECO-Speed Region das am häufigsten genutzte Tool (96), gefolgt vom Klimaschutz-Planer (36) und BICO2BW (28), der Klima-Navi wurde bei keiner Kommune für die erste Bilanz verwendet. 73 Kommunen verwendeten ein anderes Tool für ihre erste THG-Bilanz. Die Übersicht zeigt Tabelle 49.

Ähnlich wie beim Standard ist auch die Tool-Nutzung stark vom Zeitpunkt abhängig. ECO-Speed Region ist schon recht lange am Markt vertreten, wohingegen der Klimaschutz-Planer 2016 hinzukam. Der Klima-Navi ist das jüngste Tool und findet nur in Schleswig-Holstein Anwendung. Bei der Interpretation der Tool-Nutzung ist ebenso die räumliche Verteilung der teilnehmenden Kommunen relevant. Beispielsweise war die Beteiligung aus Baden-Württemberg hoch, aus Schleswig-Holstein hingegen unterdurchschnittlich. Diese Faktoren begünstigen die hohen Nutzungszahlen für BICO2BW und die niedrigen für den Klima-Navi.

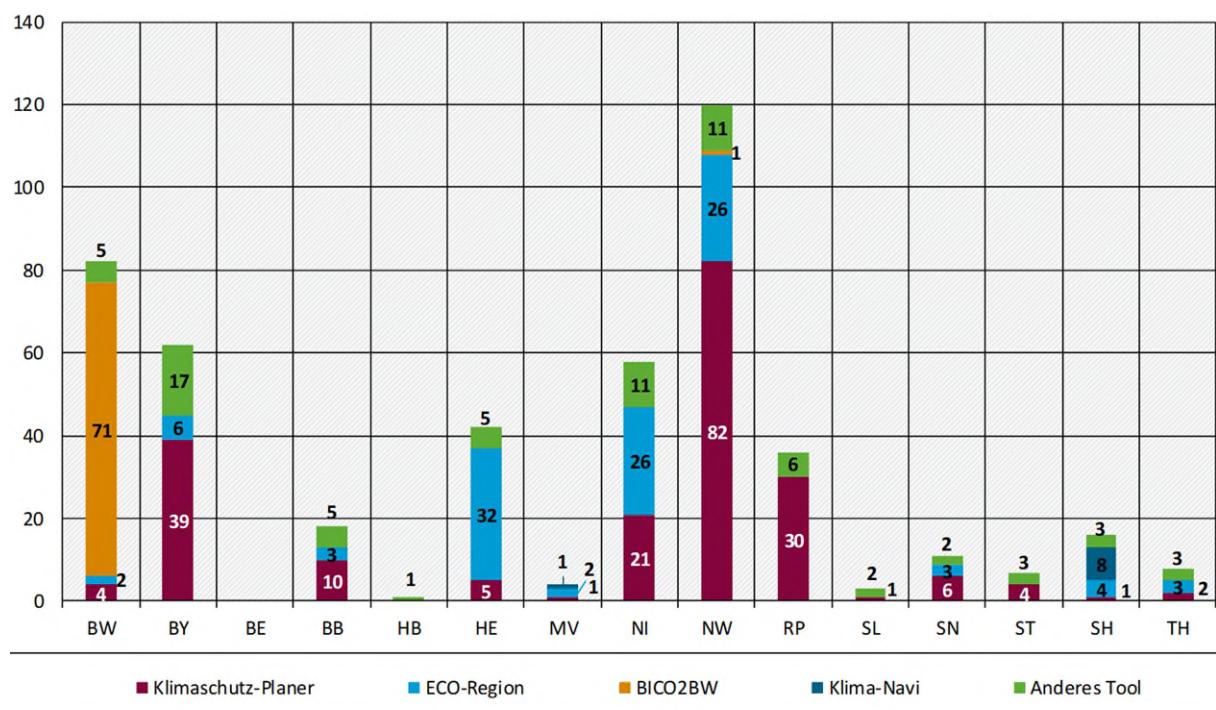
Tabelle 49: Verwendete Bilanzierungstools für erste (n=235) und aktuellste Bilanz (n=468)

Tool	Erste Bilanz	Aktuellste Bilanz
BICO2BW	28	72
ECO-Speed Region	96	107

Tool	Erste Bilanz	Aktuellste Bilanz
Klima-Navi	0	9
Klimaschutz-Planer	38	206
Andere	73	74
Summe	235	468

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 101: Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungstool der aktuellsten Bilanz nach Bundesländern (n=468)

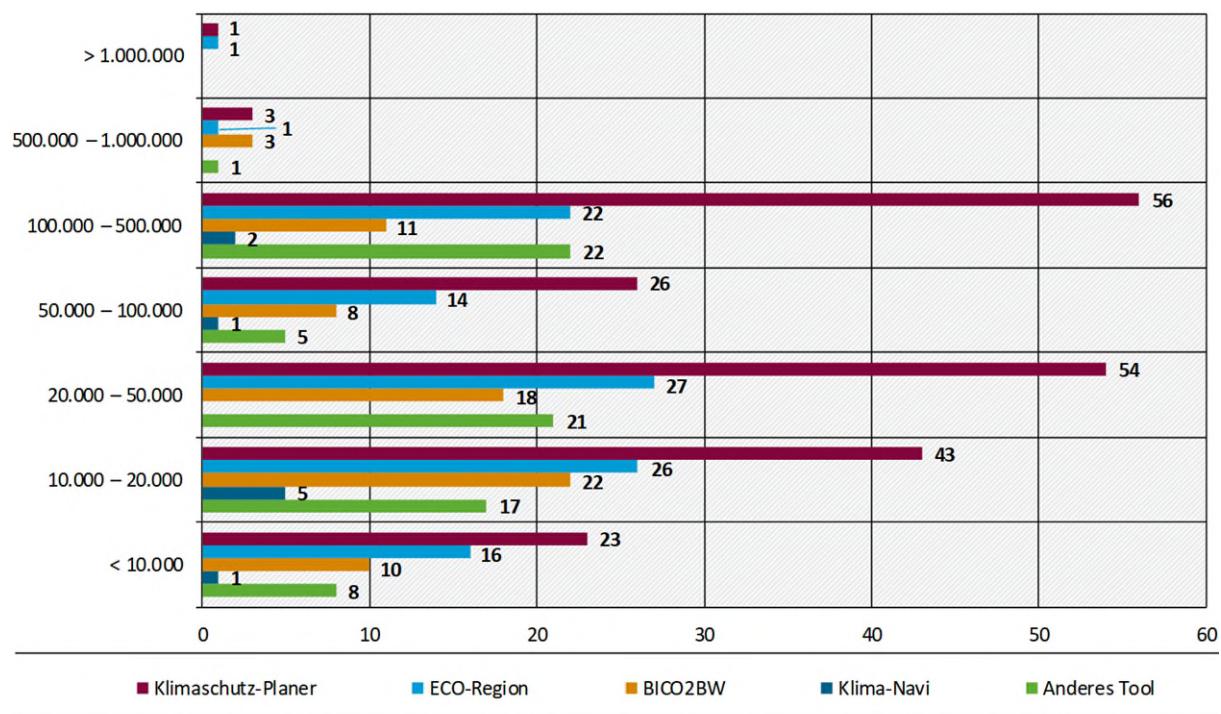


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die regionale Abhängigkeit von Tool-Angeboten des Bundeslandes wird auch in Abbildung 101 deutlich. BICO2BW wird fast ausschließlich in Baden-Württemberg verwendet (zusätzlich eine Nennung aus Nordrhein-Westfalen) und macht dort knapp 87 % aller Toolnutzungen aus. Der Klima-Navi hingegen ist fast ausschließlich in Schleswig-Holstein zu finden (zusätzlich eine Nennung aus Mecklenburg-Vorpommern). Für den Klimaschutz-Planer gibt es eine aktuelle Landeslizenz in Nordrhein-Westfalen, was die hohen Nutzungszahlen erklärt. Die Vorgänger-Lizenz war für ECO-Speed Region, woraus vermutlich noch einige der 26 genannten Bilanzen resultieren.

Abbildung 102 zeigt die Aufteilung der genutzten Bilanzierungstools auf die Einwohnergrößenklassen. Dabei ist die Verteilung relativ gleichmäßig, mit einer kleinen Ausnahme in der Kategorie 50.000-100.000 Einwohner, in der der Klimaschutz-Planer verhältnismäßig etwas weniger stark zum Einsatz kommt, als in anderen Größenklassen.

Abbildung 102: Anzahl an Kommunen nach verwendetem Bilanzierungstool der aktuellsten Bilanz nach Einwohnergrößen (n=468)

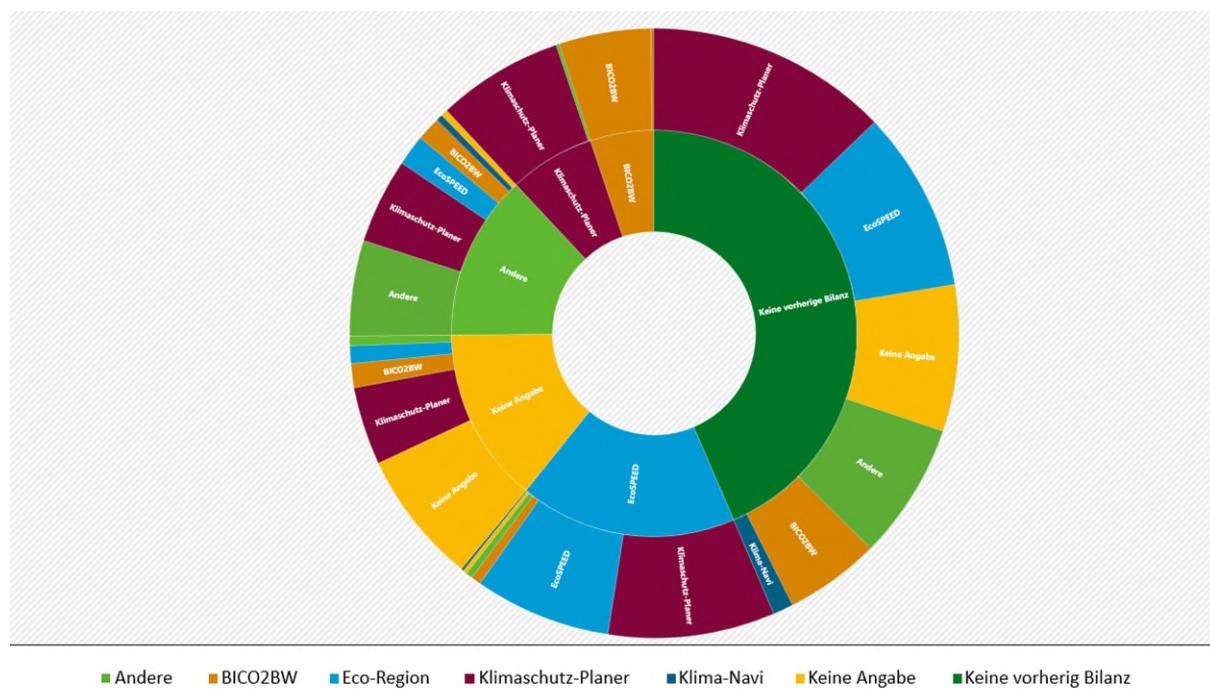


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 103 zeigt die Entwicklung der genutzten Bilanzierungstools zwischen der ersten und der aktuellsten THG-Bilanz der Kommunen. Der innere Kreis zeigt dabei das genutzte Bilanzierungstool der ersten Bilanz. Der äußere Kreis zeigt mit welchem Tool die aktuellste Bilanz der jeweiligen Kommunen erstellt wurde. Dabei ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Besonders jene Kommunen, die erst einmal malig bilanziert haben (im inneren Kreis „keine vorherige Bilanz“) nutzen die volle Bandbreite der auf dem Markt verfügbaren Tools. Auffällig ist nur, dass Kommunen, die ihre erste Bilanz mit dem Klimaschutz-Planer oder BICO2BW erstellt haben, fast ausschließlich auch für die aktuellste Bilanz bei diesen Tools bleiben.

Wie oben beschrieben, ist hier der Zeitpunkt der Bilanzierung und die räumliche Verteilung der teilnehmenden Kommunen relevant.

Abbildung 103: Verwendete Bilanzierungstools in der Entwicklung zwischen erster (innen) und aktuellster (außen) Bilanz der Kommunen (n=468)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 50: Verwendete Bilanzierungstools gekoppelt mit verwendetem Bilanzierungsstandard der aktuellsten Bilanz (n=443)

Tool / Standard	BISKO	Angelehnt an BISKO	GHGP	Anderer Standard	Summe
BICO2BW	54	11	1	2	68
ECO-Speed Region	54	23	0	16	93
Klima-Navi	6	2	0	1	9
Klimaschutz-Planer	189	9	0	3	201
Anderes Tool	18	15	1	38	72
Summe	321	60	2	60	443

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 50 zeigt das Zusammenspiel aus verwendeten Bilanzierungstools und verwendeten Bilanzierungsstandards. Aus der Tabelle lässt sich eine „BISKO-Quote“ der verwendeten Bilanzierungstools ableiten. Dabei ist wichtig zu beachten, dass alle abgefragten Tools den BISKO-Standard verwenden können, ob er tatsächlich zur Anwendung kommt, liegt in der Entscheidung der Anwender*innen. Dabei ist uns nicht bekannt, ob es bei den Tools unterschiedlich einfach oder schwierig ist vom BISKO-Standard abzuweichen. Den Daten nach zu urteilen, gestaltet sich die Quote der BISKO-konform bilanzierten Bilanzen nach Tool sehr unterschiedlich:

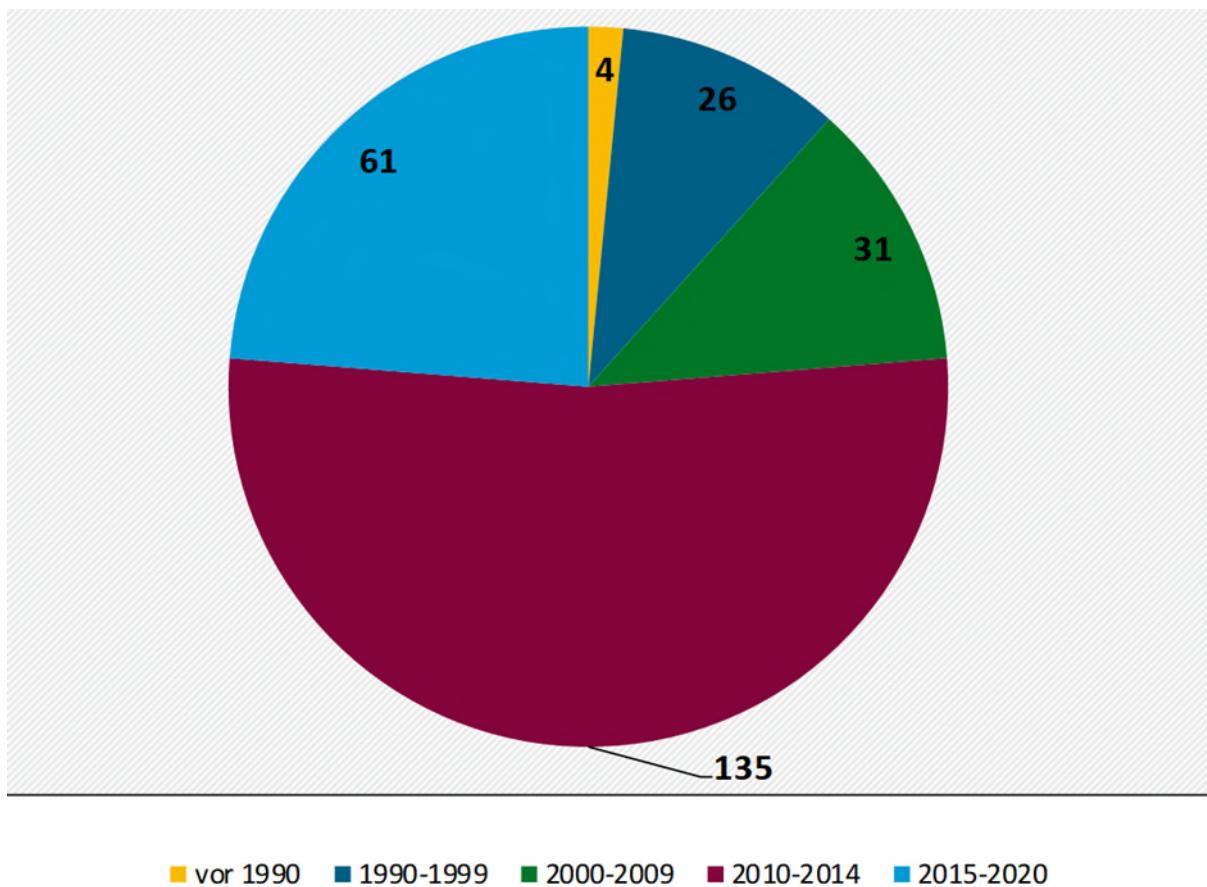
- Klimaschutz-Planer: 94 %

- ▶ BICO2BW: 79,4 %
- ▶ Klima-Navi: 66,7 %
- ▶ ECO-Speed Region: 58,1 %
- ▶ Anderes Tool: 25 %

Kommunen, die den Klimaschutz-Planer nutzen, scheinen ein großes Interesse an der Verwendung des BISKO-Standards zu haben (oder es ist im Klimaschutz-Planer schwierig vom BISKO-Standard abzuweichen). Kommunen, die andere als die abgefragten Tools verwenden, bilanzieren hingegen recht selten mit BISKO. Der Abstand zum spezifisch abgefragten Tool mit der geringsten BISKO-Quote ist erheblich. Die Tools und deren Unterstützungsangebote sind also sehr relevant für eine einheitliche kommunale THG-Bilanzierung.

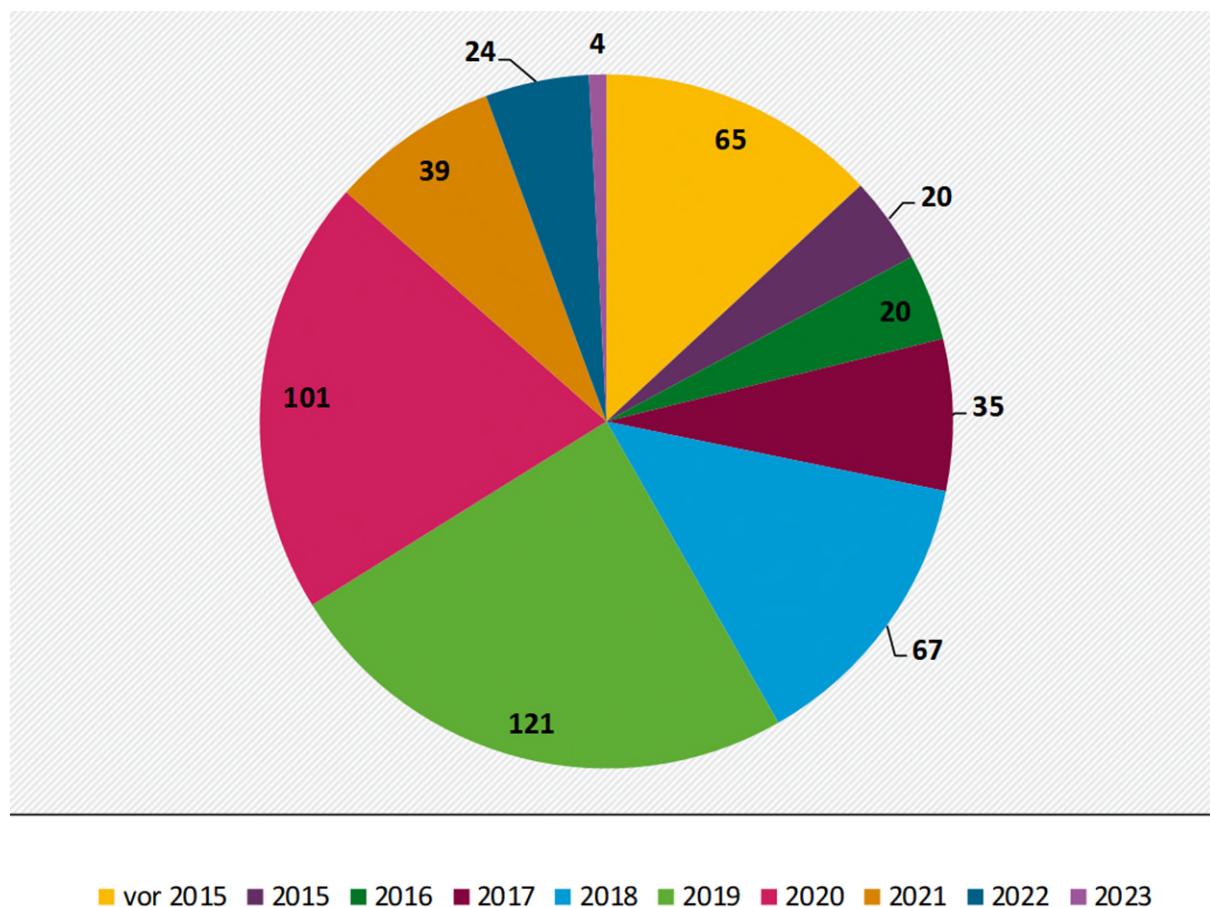
Jahr der Bilanzerstellung

Abbildung 104 zeigt, dass mehr als die Hälfte der **ersten** THG-Bilanzen der teilnehmenden Kommunen aus dem Zeitraum 2010 bis 2014 stammen. Dies ist sehr wahrscheinlich durch die Förderung der Nationalen Klimaschutzinitiative zu erklären, die seit 2008 u. a. Klimaschutzkonzepte fördert, in denen THG-Bilanzen ein Pflichtbestandteil sind. Jeweils etwa ein Viertel der ersten Bilanzen stammen aus der Zeit vor 2010 bzw. aus dem Zeitraum 2015 bis 2020. Vier Kommunen haben ihre erste Bilanz bereits vor 1990 erstellt, weitere 26 im Zeitraum 1990-1999. Keine der teilnehmenden Kommunen hat ihre **erste** Bilanz nach 2020 erstellt. Kommunen, die aktuell ihre erste Bilanz erstellen, sind in der Abbildung nicht enthalten, da die Bilanzen noch nicht vorliegen.

Abbildung 104: Erstellungsjahr der ersten THG-Bilanz (n=257)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Abbildung 105 wird deutlich, dass etwa drei Viertel der **aktuellsten** Bilanzen aus den Jahren 2018 bis 2023 stammen. Nur 65 Kommunen haben aktuellste Bilanzen von vor 2015. Daran gemessen, dass die THG-Bilanzierung eine freiwillige Aktivität ist und die Aktualisierung von THG-Bilanzen nicht förderfähig ist, ist die Aktualität der Bilanzen als recht gut einzustufen. Im Rahmen der Befragung wurde ein regelmäßiges Monitoring als mindestens alle 3 Jahre stattfindend definiert. Diesem Kriterium entspricht etwa ein Drittel der aktuellsten Bilanzen. Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität ist eine regelmäßige Bilanzierung relevant, um Klimaschutzmaßnahmen entsprechend nachsteuern zu können.

Abbildung 105: Erstellungsjahr der aktuellsten THG-Bilanz (n=496)

■ vor 2015 ■ 2015 ■ 2016 ■ 2017 ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022 ■ 2023

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Höhe der THG-Bilanzen

Von den 553 Kommunen, die schon mindestens einmal eine THG-Bilanz aufgestellt haben, haben 388 Kommunen (70,2 %) Angaben zur Höhe ihrer THG-Bilanzen gemacht. 186 Kommunen machten sowohl Angaben zur Höhe der ersten als auch der aktuellsten Bilanz.

Die Zahlen zeigen, dass die Abfrage unterschiedlich verstanden wurde. Teilweise sind Werte angegeben, die offensichtlich pro Kopf-Werte sind, teilweise wurden Tausender-Angaben gemacht. Abgefragt waren aber die absoluten Werte für die Kommunen. Ebenso gibt es offensichtliche Tippfehler / Fehleingaben. Klammert man diese offensichtlichen Fehlwerte aus, wird deutlich, dass auch darüber hinaus eine Detailprüfung der Eingaben notwendig wäre, um die Entwicklung der THG-Emissionen analysieren zu können. In der Gegenüberstellung der THG-Emissionen der ersten zur aktuellsten Bilanz der jeweiligen Kommunen ergeben sich prozentuale Änderungen von 75 % Emissionssteigerung bis 77 % Emissionsminderung. Einzelne Stichproben zeigen, dass es häufige Fehleingaben gibt, die nicht in die oben beschriebenen Raster fallen. Eine Überprüfung aller Emissionseingaben ist an dieser Stelle nicht möglich, weshalb eine Analyse der THG-Werte nicht stattfindet. Bei einer Folgebefragung müssten Wege gefunden werden, wie die Qualität der THG-Eingaben überprüft werden können.

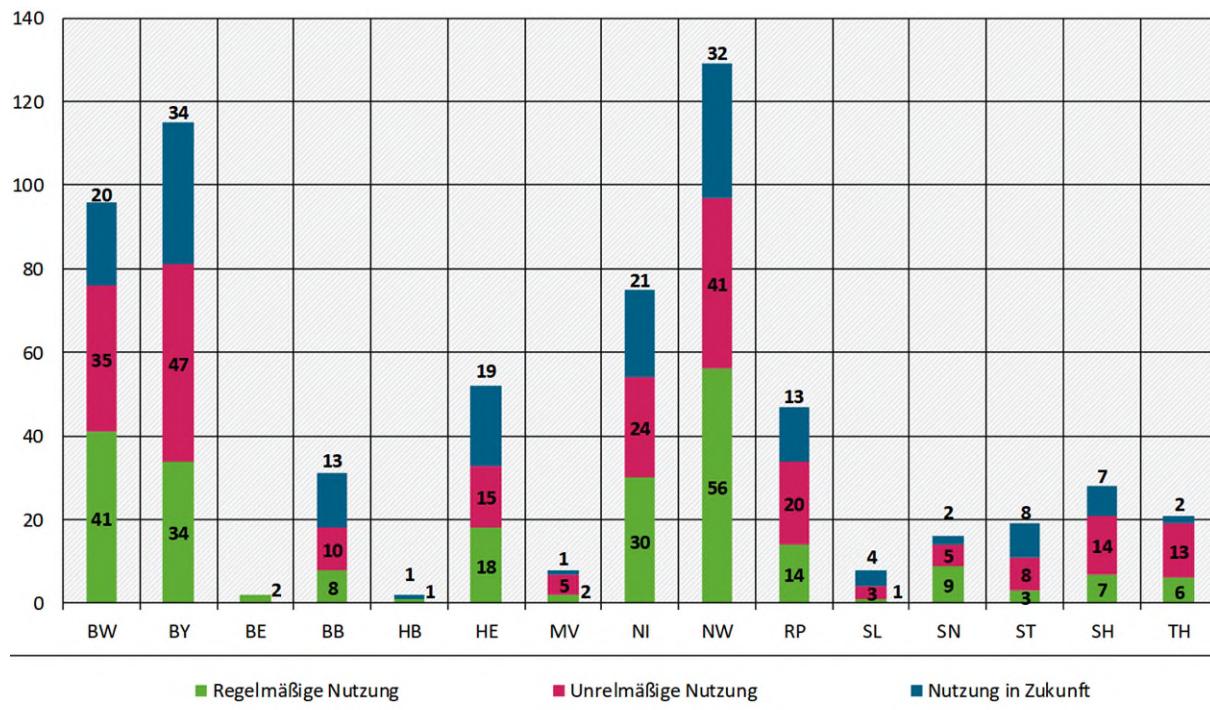
4.6.2 Maßnahmen-Monitoring

Ein Maßnahmen-Monitoring kann Kommunen helfen ihre Klimaschutzaktivitäten auf Maßnahmenebene zu verfolgen und darüber zu berichten. 649 der befragten Kommunen nutzen

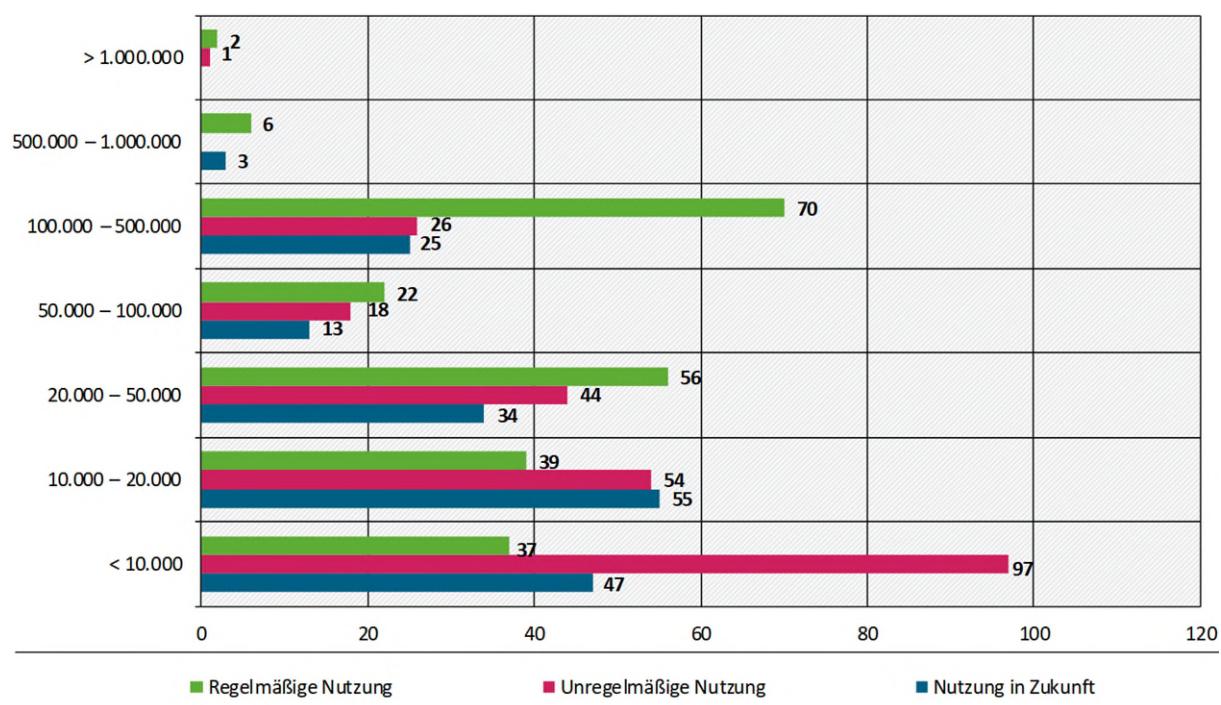
ein Maßnahmen-Monitoring regelmäßig (232), unregelmäßig (240) oder planen es in Zukunft einzusetzen (177).

Abbildung 106 zeigt die Verteilung dieser Kommunen auf die Bundesländer. Die regelmäßige Nutzung erfolgt am häufigsten in Kommunen aus Nordrhein-Westfalen, die unregelmäßige Nutzung am häufigsten in Bayern. Aus diesen beiden Bundesländern stammen auch die meisten Kommunen, die eine zukünftige Nutzung planen.

Abbildung 106: Anzahl an Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=649)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 107: Anzahl an Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=649)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 107 zeigt die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen. Dabei wird deutlich, dass ein regelmäßiges Maßnahmen-Monitoring vor allem in großen Kommunen im Bereich von 100.000 – 500.000 Einwohnenden erfolgt. Die häufigste unregelmäßige Nutzung erfolgt in kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden. Die meisten Kommunen, die ein Maßnahmen-Monitoring in Zukunft einsetzen möchten, stammen aus der Größenkategorie 10.000-20.000 Einwohnende.

Tabelle 51 zeigt die Querbezüge zwischen Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Die höchste Quote an Klimaschutzpersonal besteht in der Gruppe mit regelmäßigem Maßnahmen-Monitoring. Über 92 % dieser Kommunen haben Klimaschutzpersonal. Dies ist gefolgt von den Kommunen, die in Zukunft ein Maßnahmen-Monitoring einsetzen möchten (87 %), wohingegen die geringste Personalquote in der Gruppe mit unregelmäßigem Maßnahmen-Monitoring vorliegt (69 %).

Die meisten Kommunen mit Neutralitätszielen befinden sich hingegen in der Gruppe mit zukünftig geplantem Maßnahmen-Monitoring (72 %), gefolgt von Kommunen mit regelmäßigem (69 %) und unregelmäßigem (50 %) Maßnahmen-Monitoring. Für die Nutzung eines Maßnahmen-Monitorings in Kommunen scheint das Vorhandensein von Klimaschutzpersonal demnach ausschlaggebender zu sein, als das Vorhandensein von Neutralitätszielen.

Tabelle 51: Querbezug zwischen Kommunen mit Maßnahmen-Monitoring und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=649)

	Regelmäßige Nutzung (n=232)	Unregelmäßige Nutzung (n=240)	Nutzung in Zukunft geplant (n=177)
Klimaschutzpersonal vorhanden	214 (92 %)	165 (69 %)	154 (87 %)

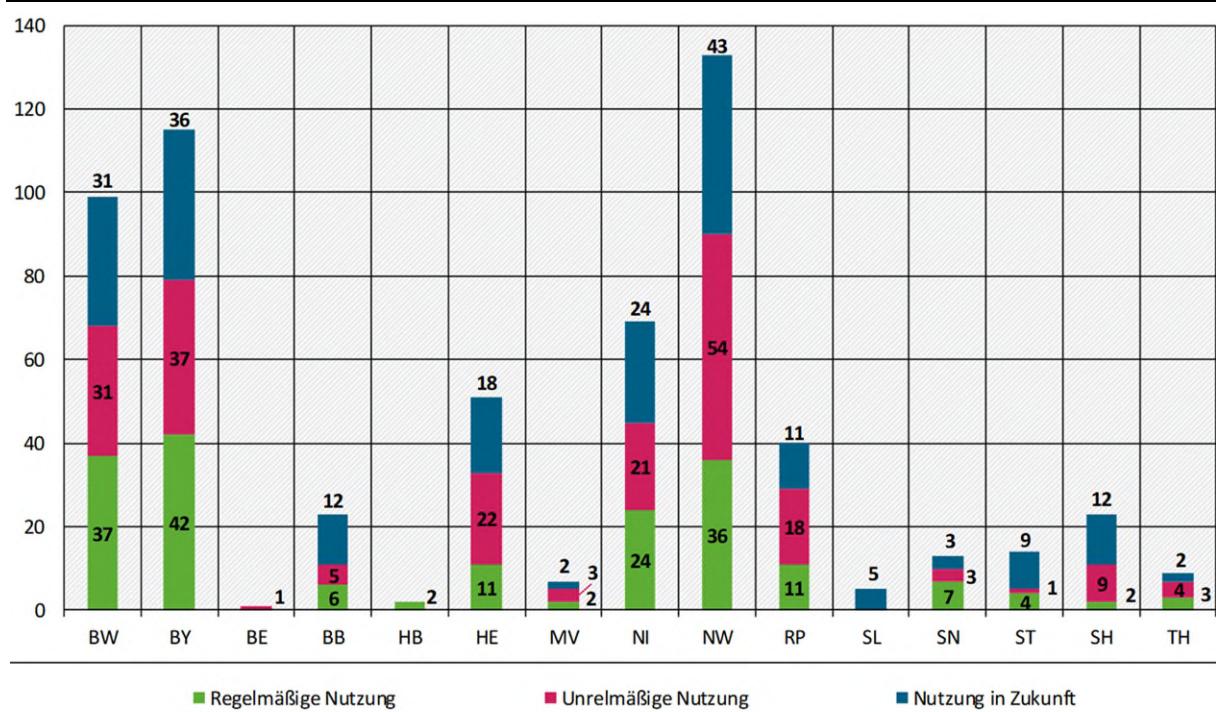
	Regelmäßige Nutzung (n=232)	Unregelmäßige Nutzung (n=240)	Nutzung in Zukunft geplant (n=177)
Neutralitätsziel vorhanden	160 (69 %)	119 (50 %)	127 (72 %)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.6.3 Klimaschutz-Indikatoren

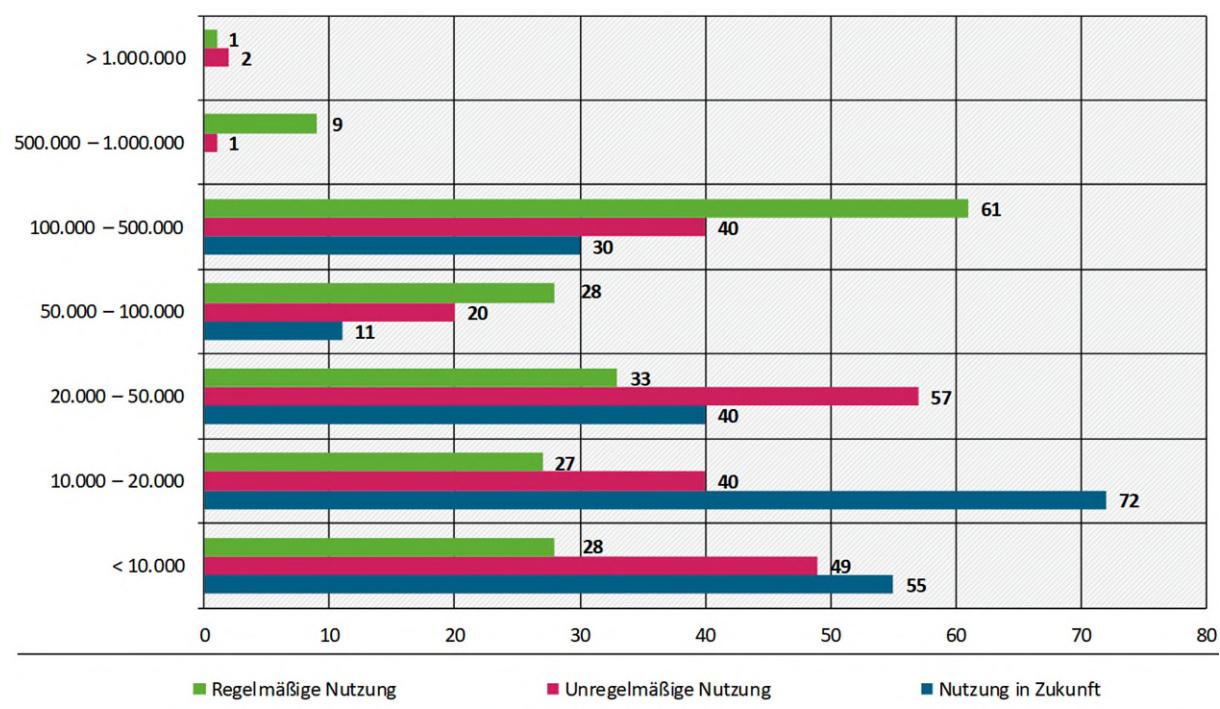
Indikatoren können das kommunale Klimaschutz-Monitoring sinnvoll ergänzen und beispielsweise Aspekte verdeutlichen, die aus einer THG-Bilanz nicht direkt hervorgehen. Die meisten Kommunen, die regelmäßig Klimaschutz-Indikatoren aufstellen, stammen aus Bayern (42), gefolgt von Baden-Württemberg (37) und Nordrhein-Westfalen (36). Die meisten Kommunen mit unregelmäßiger Indikatoren-Nutzung stammen aus Nordrhein-Westfalen, ebenso wie die Kommunen, die Indikatoren in Zukunft einsetzen möchten. Details zeigt Abbildung 108.

Abbildung 108: Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=604)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 109 verdeutlicht, dass Indikatoren in großen Kommunen regelmäßig zum Einsatz kommen. Dies betrifft besonders stark die Größenklassen 100.000 – 500.000 Einwohnende sowie 500.000 – 1.000.000. Die unregelmäßige Indikatoren-Nutzung erfolgt am häufigsten in der Größenklasse 20.000 – 50.000 Einwohnende, wohingegen am meisten Kommunen in der Größenkategorie 10.000 – 20.000 Einwohnende planen in Zukunft Indikatoren einzusetzen.

Abbildung 109: Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=604)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 52 zeigt die Querbezüge zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Die höchste Quote an Klimaschutzpersonal besteht in der Gruppe mit regelmäßiger Indikatoren-Nutzung (knapp 94 %). Dies ist wieder gefolgt von den Kommunen, die in Zukunft Klimaschutz-Indikatoren einsetzen möchten (87 %), wohingegen die geringste Personalquote in der Gruppe mit unregelmäßiger Indikatoren-Nutzung vorliegt (82 %) – dieser Wert ist allerdings deutlich höher, als beim unregelmäßigen Maßnahmen-Monitoring.

Die gleiche Reihenfolge zeigt sich beim Querbezug zu den Neutralitätszielen. Dieser verläuft von knapp 73 % (regelmäßige Indikatoren-Nutzung), über 65 % (Nutzung in Zukunft geplant) zu knapp 60 % (unregelmäßige Indikatoren-Nutzung).

Tabelle 52: Querbezug zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Indikatoren und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=604)

	Regelmäßige Nutzung (n=187)	Unregelmäßige Nutzung (n=209)	Nutzung in Zukunft geplant (n=208)
Klimaschutzpersonal vorhanden	175 (94 %)	171 (82 %)	181 (87 %)
Neutralitätsziel vorhanden	136 (73 %)	125 (60 %)	136 (65 %)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

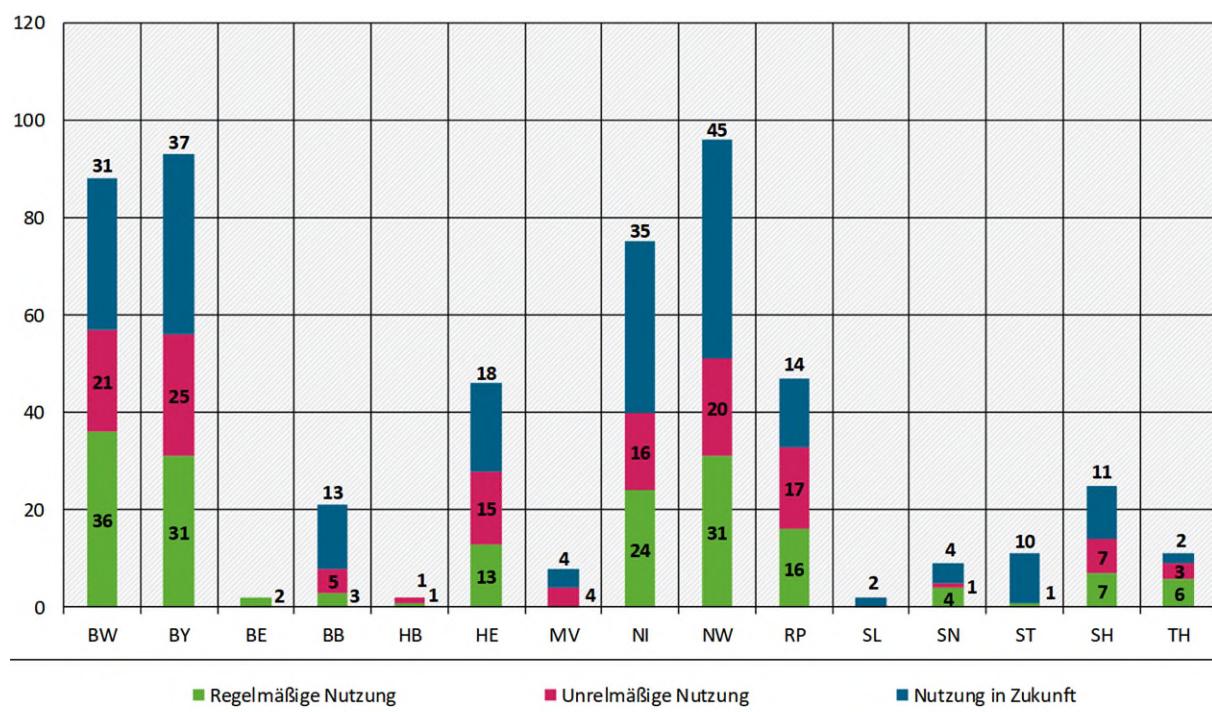
4.6.4 Klimaschutz-Bericht

Von den vier spezifisch abgefragten Monitoring-Elementen kommt der Klimaschutz-Bericht bei den teilnehmenden Kommunen am wenigsten zum Einsatz. 175 Kommunen nutzen ihn

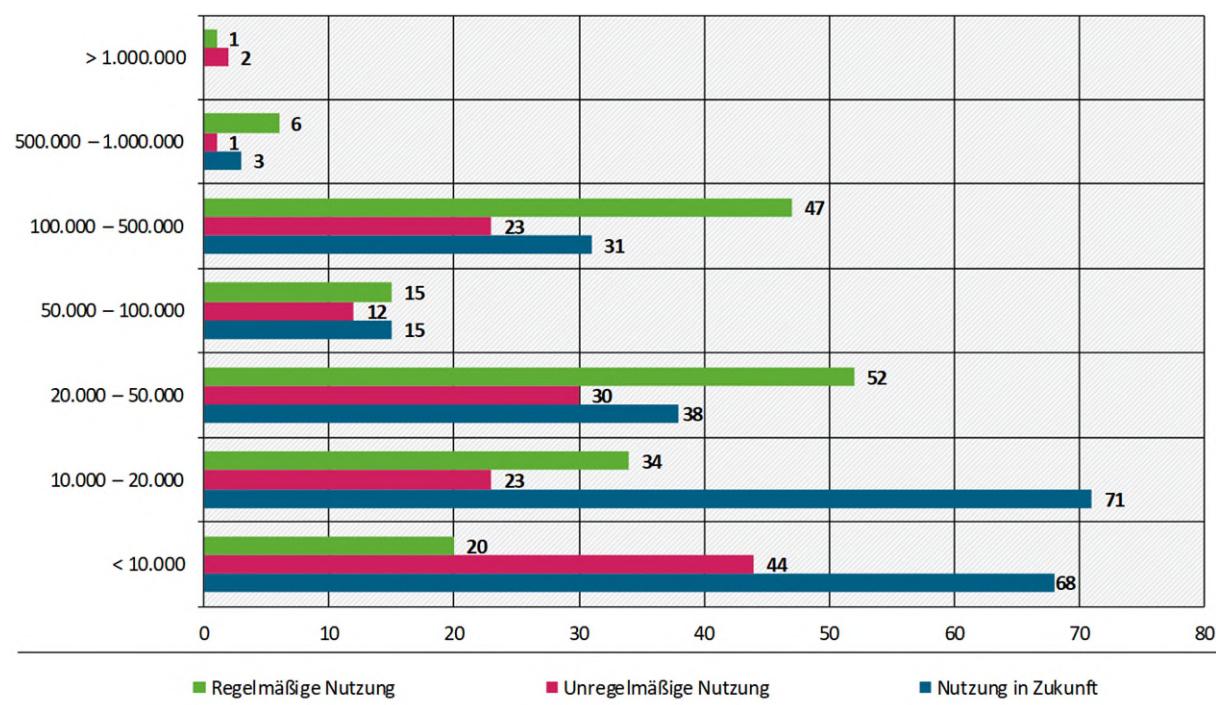
regelmäßig, 135 unregelmäßig und 226 planen in Zukunft einen Klimaschutz-Bericht zu erstellen.

Die Verteilung auf die Bundesländer in Abbildung 110 ist insofern interessant, als dass sie etwas weniger deutlich ausfällt, als bei den anderen Formaten. Zwar sind insgesamt über die drei Kategorien wieder Nordrhein-Westfalen (96), Bayern (93), Baden-Württemberg (88) und Niedersachsen (75) am stärksten vertreten, jedoch nutzen auch Kommunen aus Rheinland-Pfalz (47) und Hessen (46) den Klimaschutz-Bericht im Verhältnis etwas häufiger. Und auch die Nutzungszahlen aus Schleswig-Holstein (25) und Brandenburg (21) sind verhältnismäßig höher, wenngleich hier vor allem Planungen für die Zukunft angegeben sind.

Abbildung 110: Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Bericht nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=536)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 111: Anzahl an Kommunen mit Klimaschutz-Bericht nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch für Zukunft geplant) (n=536)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 111 zeigt, dass die regelmäßige Nutzung des Klimaschutz-Berichts am stärksten in den Einwohnergrößenklassen 100.000 – 500.000 und 20.000 – 50.000 Einwohnende verbreitet ist. Für die Zukunft planen vor allem kleinere Kommunen aus den Einwohnergrößenklassen bis 20.000 Einwohnenden den Einsatz des Klimaschutz-Berichts.

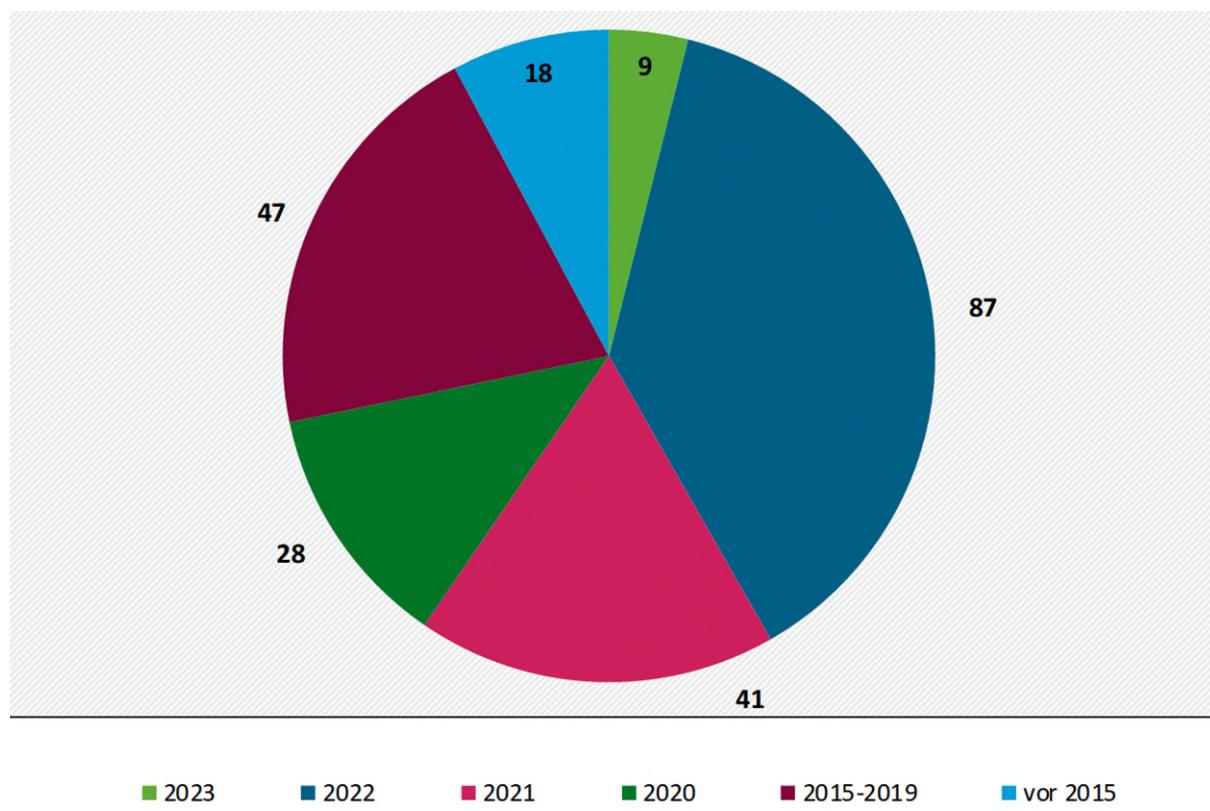
Tabelle 53 zeigt die Querbezüge zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Bericht und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Die Querbezüge zum Klimaschutzpersonal zeigen sich ähnlich wie bei den anderen Formaten: Der stärkste Bezug besteht in der Gruppe mit regelmäßiger Bericht-Nutzung (knapp 95 %), gefolgt von den Kommunen, die in Zukunft einen Klimaschutz-Bericht einsetzen möchten (85 %) und der Gruppe mit unregelmäßiger Bericht-Nutzung (79 %).

Beim Querbezug zu den Neutralitätszielen sind die Gruppen der regelmäßigen Bericht-Nutzung (68,7 %) und zukünftigen Nutzung (68,1 %) quasi gleich auf. Aus der Kommunengruppe, die den Klimaschutz-Bericht unregelmäßig nutzt, haben nur gut 56 % ein Neutralitätsziel.

Tabelle 53: Querbezug zwischen Kommunen mit Klimaschutz-Bericht und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=536)

	Regelmäßige Nutzung (n=175)	Unregelmäßige Nutzung (n=135)	Nutzung in Zukunft geplant (n=226)
Klimaschutzpersonal vorhanden	166 (95 %)	106 (79 %)	192 (85 %)
Neutralitätsziel vorhanden	120 (69 %)	76 (56 %)	154 (68 %)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 112: Jahr der aktuellsten Klimaschutz-Berichte je Kommune (n=230)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

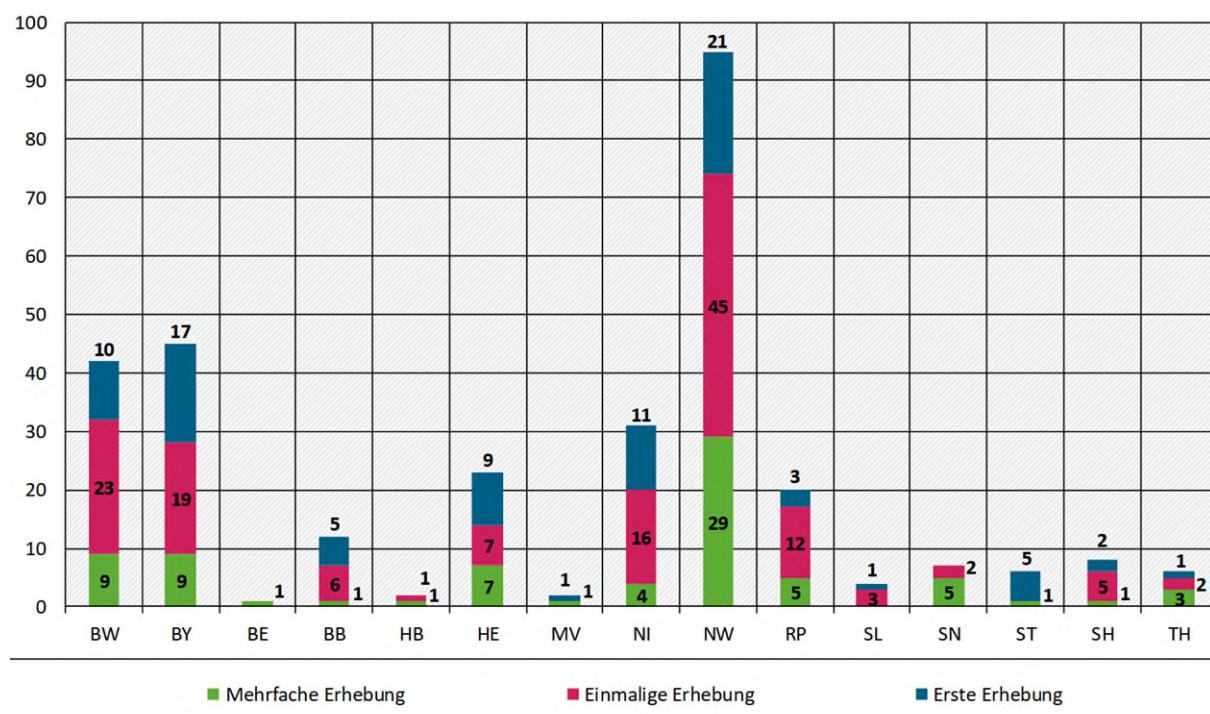
Abbildung 112 zeigt aus welchem Jahr in den Kommunen die aktuellsten Klimaschutz-Berichte vorliegen. Fast 42 % der Berichte stammen aus den Jahren 2022 und 2023 und sind somit sehr aktuell. 30 % der Berichte stammen aus den Jahren 2020 und 2021. Nur 28 % der Berichte sind älter als aus dem Jahr 2020, wobei nur 8 % aus der Zeit vor 2015 stammen.

4.6.5 Modal Split

Neben den übergreifenden Monitoring-Formaten des kommunalen Klimaschutzes haben wir die Kommunen auch zum Modal Split befragt. 141 Kommunen haben bisher einmalig den Modal Split erhoben, 77 Kommunen bereits mehrfach und 86 Kommunen erheben aktuell erstmals einen Modal Split.

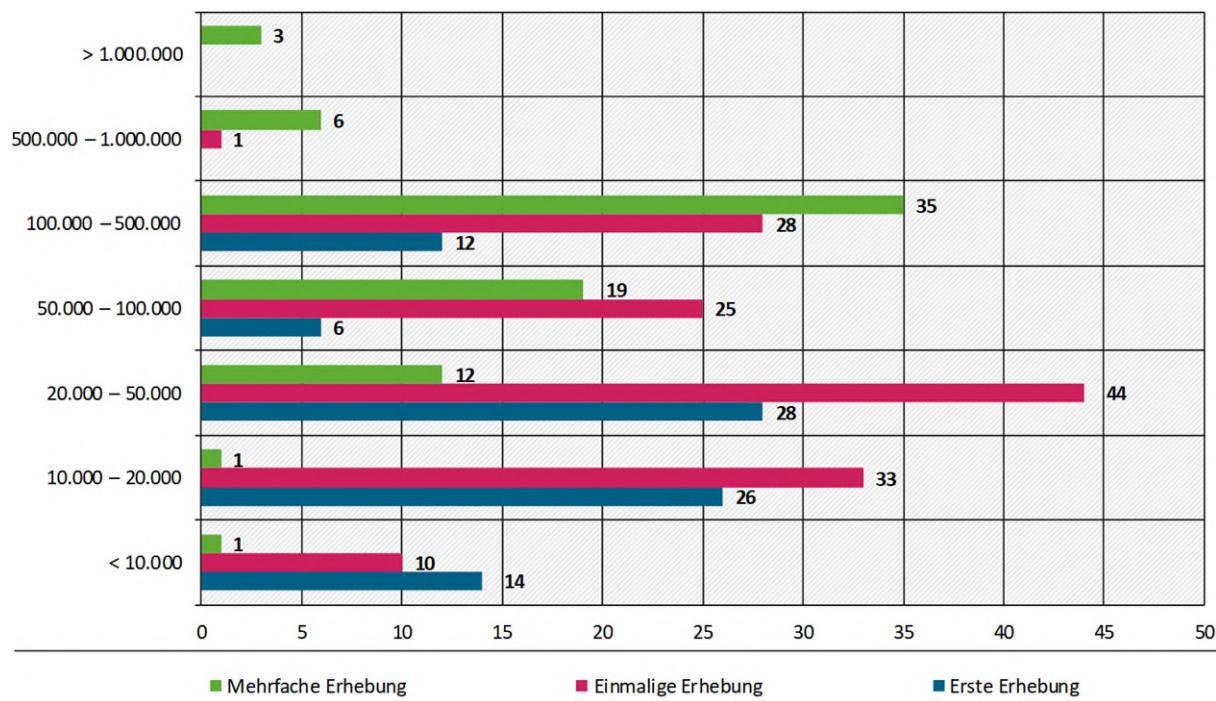
Aus Abbildung 113 geht hervor, dass der Modal Split überproportional häufig in Kommunen aus Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommt. Aus den drei Kategorien liegen hier jeweils die höchsten Werte vor. Im Vergleich zu den typischen Monitoring-Formaten des kommunalen Klimaschutzes ist auch die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen in Abbildung 114 sehr ungewöhnlich. In den beiden kleinsten Größenklassen erhebt jeweils nur eine Kommune den Modal Split regelmäßig. Die regelmäßige Nutzung steigt mit der Kommunengröße deutlich an. Dabei muss der Zusammenhang zu den vielen Kommunen aus Nordrhein-Westfalen berücksichtigt werden, die häufig einwohnerstark sind. Eine häufigere unregelmäßige Nutzung besteht ab den Einwohnergrößenklassen über 10.000 Einwohnenden. Die kleinsten Kommunen unter 10.000 Einwohnenden nutzen den Modal Split selten und planen dies auch in Zukunft nicht häufig. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den anderen Monitoring-Formaten, bei denen die kleinen Kommunen stark vertreten sind.

Abbildung 113: Anzahl an Kommunen mit Modal Split nach Bundesländern (sowohl vorliegend, als auch erster Modal Split in Erstellung) (n=304)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 114: Anzahl an Kommunen mit Modal Split nach Einwohnergrößen (sowohl vorliegend, als auch erster Modal Split in Erstellung) (n=304)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 54 zeigt, dass sehr viele der Kommunen, die bisher einmalig (95 %) oder mehrmalig (97 %) den Modal Split erfasst haben auch Klimaschutzpersonal haben. Von den Kommunen, die aktuell die erste Modal Split Erhebung durchführen, haben 86 % Klimaschutzpersonal. Auch die

Querbezüge zum Vorhandensein von Neutralitätszielen sind stark ausgeprägt. Bei beiden Querbezügen ist zu beachten, dass die Kommunen mit Modal Split einen höheren Anteil große Kommunen umfasst, als es bei den anderen Monitoring-Formaten der Fall ist. Die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen ist somit größer.

Tabelle 54: Querbezug zwischen Kommunen mit Modal Split und Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen (n=304)

Tool / Standard	Mehrfache Erhebung (n=77)	Einmalige Erhebung (n=141)	Aktuell erste Erhebung (n=86)
Klimaschutzpersonal vorhanden	75 (97 %)	134 (95 %)	74 (86 %)
Neutralitätsziel vorhanden	62 (81 %)	102 (72 %)	60 (70 %)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

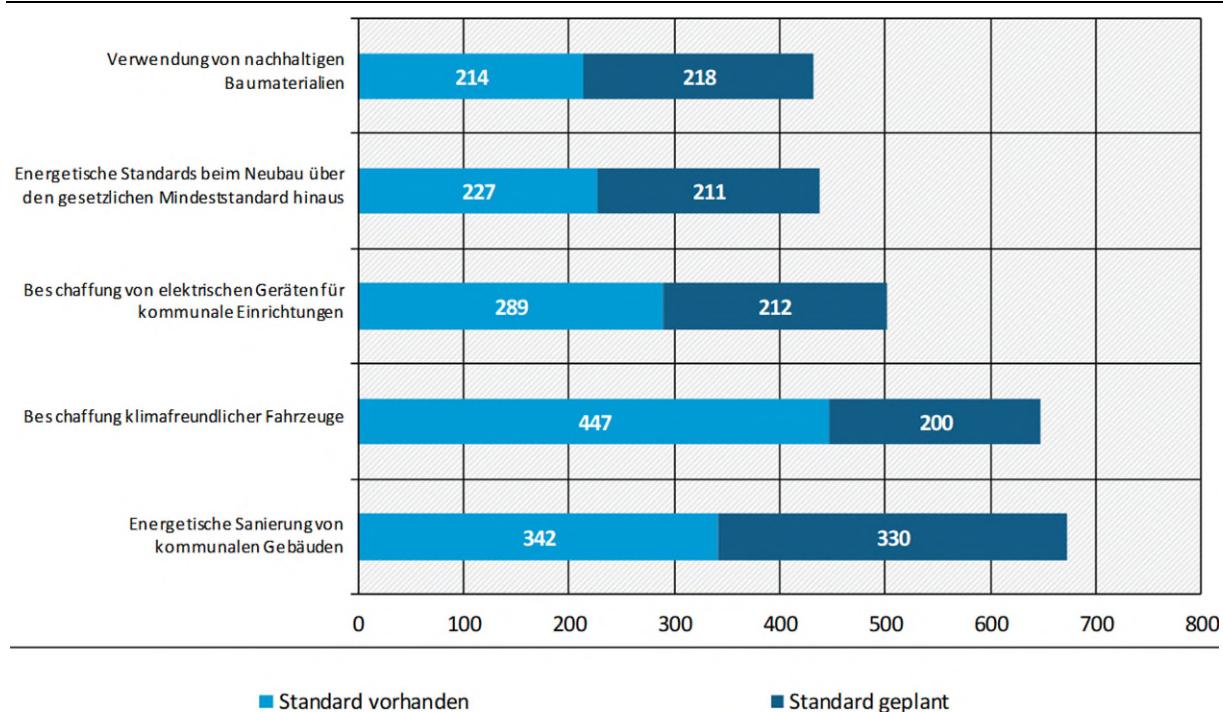
4.7 Klimaschutz in der kommunalen Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen

Eigengesetzte Standards für die Kommunalverwaltung

700 Kommunen haben sich mindestens einen Standard für die kommunale Verwaltung selbst gesetzt. In Abbildung 115 wird deutlich, dass in der Summe aus vorhanden und in Planung befindlich die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden (672) am häufigsten mit einem eigenen Standard unterlegt wird, dicht gefolgt von Vorgaben zur Beschaffung klimafreundlicher Fahrzeuge (647). Standards für die Beschaffung elektrischer Geräte (501), den Neubau kommunaler Gebäude (488) und die Verwendung nachhaltiger Baumaterialien (432) kommen etwas seltener zum Einsatz.

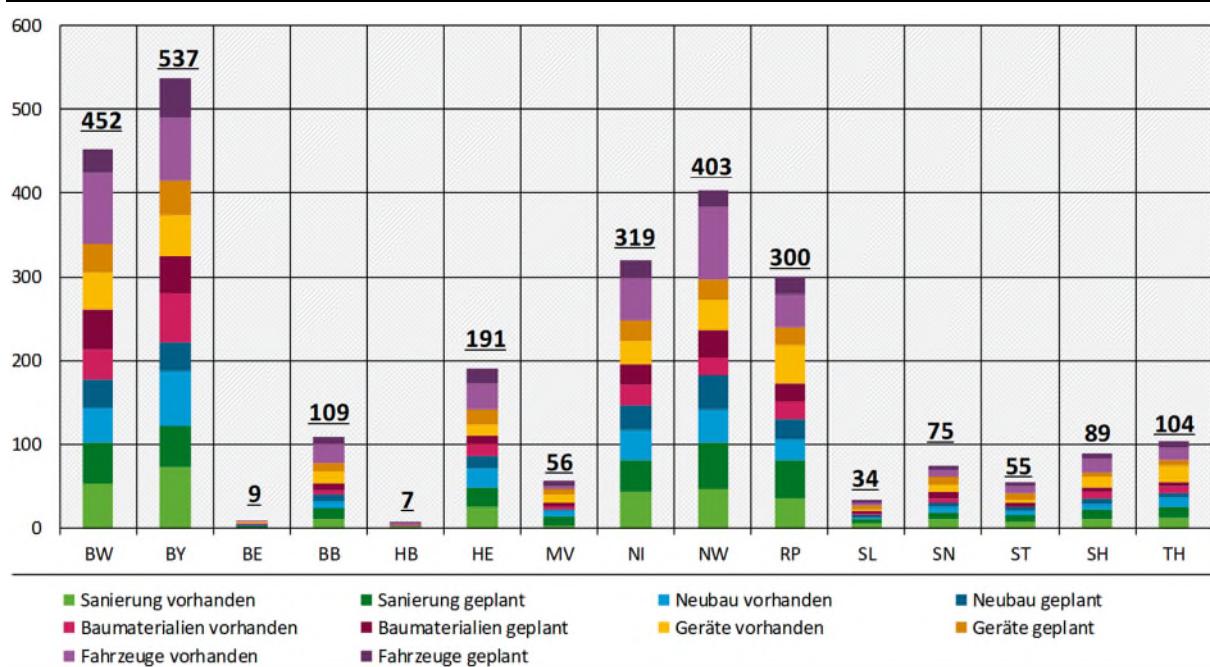
Abbildung 116 zeigt die Verteilung der vorhandenen und geplanten Standards auf die Bundesländer mit den jeweiligen Gesamtsummen an Standards. Für eine bessere Übersichtlichkeit ist dies in Abbildung 117 und Abbildung 118 zusätzlich auf zwei Graphiken aufgeteilt, sodass auch die Einzelsummen der Standards ersichtlich sind. Dabei wird deutlich, dass die Verwendung eigengewählter Standards für die Kommunalverwaltung nicht nur in den bisher häufig genannten Bundesländern zum Einsatz kommt. Auch aus Rheinland-Pfalz (300) und Hessen (191) haben sich viele Kommunen eigene Standards gesetzt. Im Verhältnis zur Gesamtteilnahme kommen auch viele Standards in Brandenburg (109), Thüringen (104), Schleswig-Holstein (89) und Sachsen (75) zum Einsatz.

Abbildung 115: Eigengesetzte Standards für die kommunale Verwaltung – vorhanden oder in Planung (n=2.690)



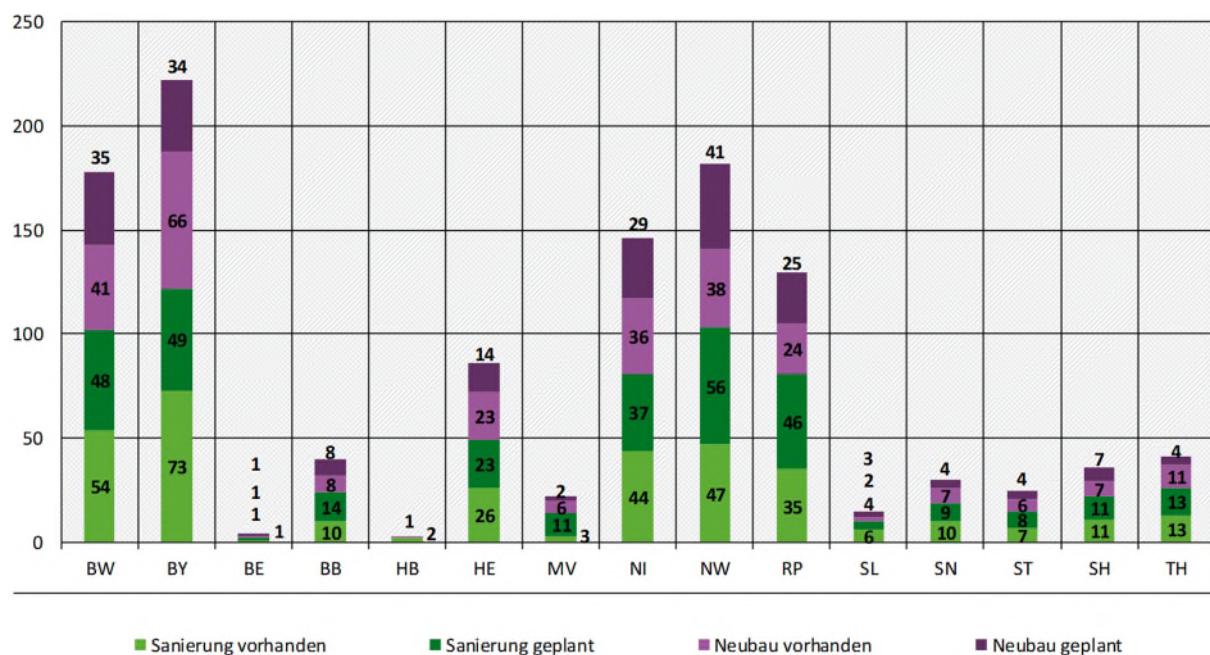
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 116: Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – gesamt



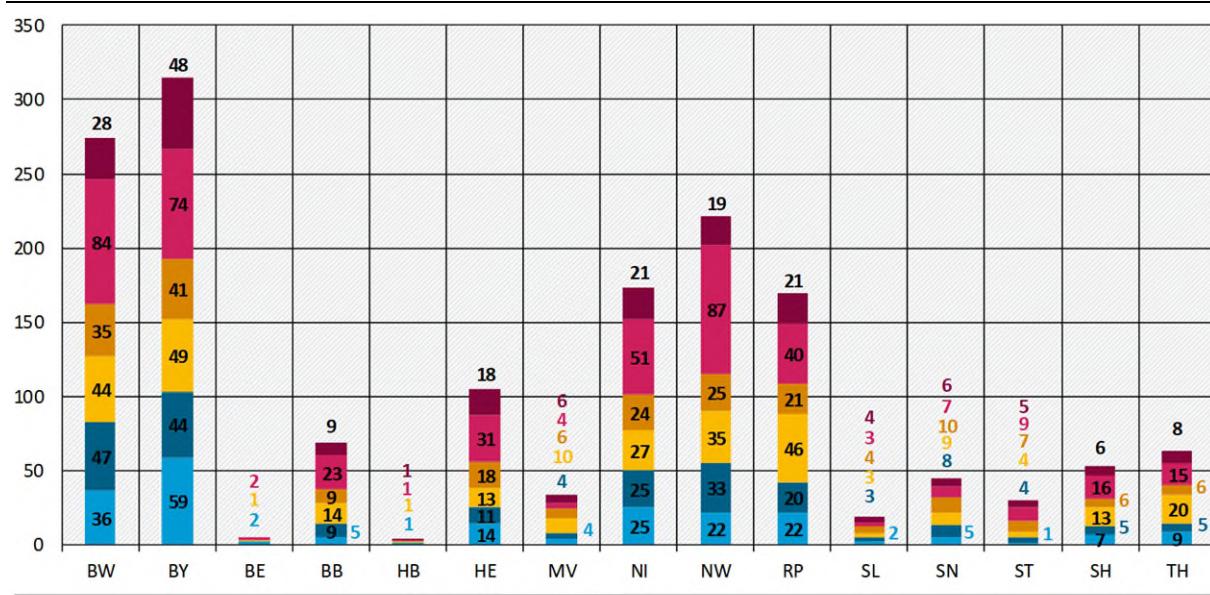
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 117: Anzahl vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – Teil 1



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 118: Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Bundesländern – Teil 2

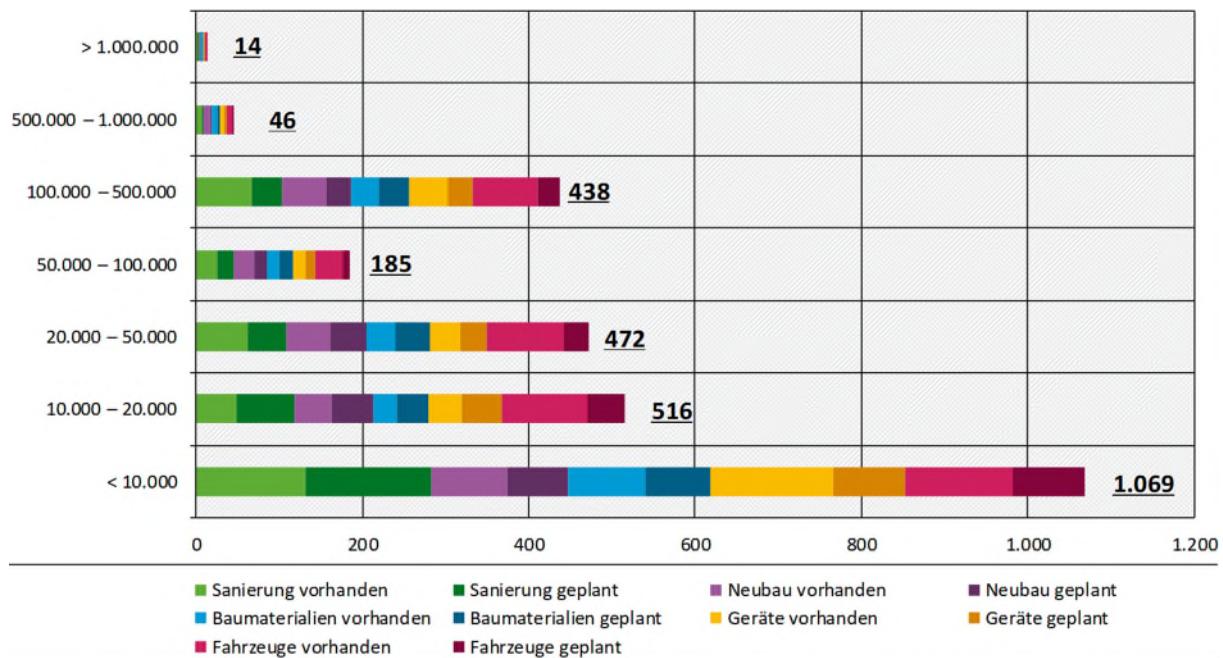


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 119 zeigt die Verteilung der eigengesetzten Standards auf die Einwohnergrößenklassen der Kommunen. Mehr als 1.000 vorhandene oder geplante Standards kommen in Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnenden zum Einsatz. In den Größenklassen 10.000 – 20.000 (516), 20.000 – 50.000 (472) sowie 100.000 – 500.000 Einwohnenden (438) werden ähnlich viele eigengesetzte Standards verwendet. Setzt man die

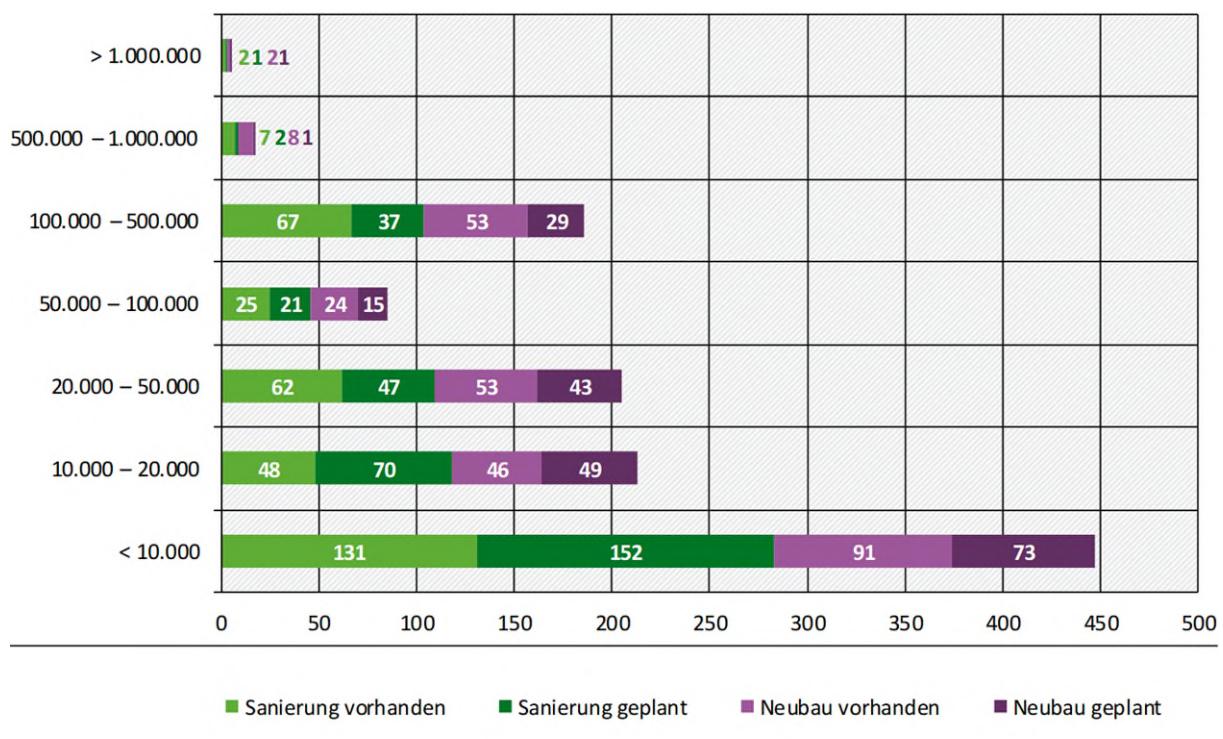
Anzahl an Standards ins Verhältnis zu der Anzahl an Kommunen je Größenklasse, so nimmt die Anzahl an Standards pro Kommune mit steigender Kommunengröße deutlich zu. Abbildung 120 und Abbildung 121 ermöglichen wieder eine Detailansicht in die einzelnen Standards.

Abbildung 119: Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – gesamt



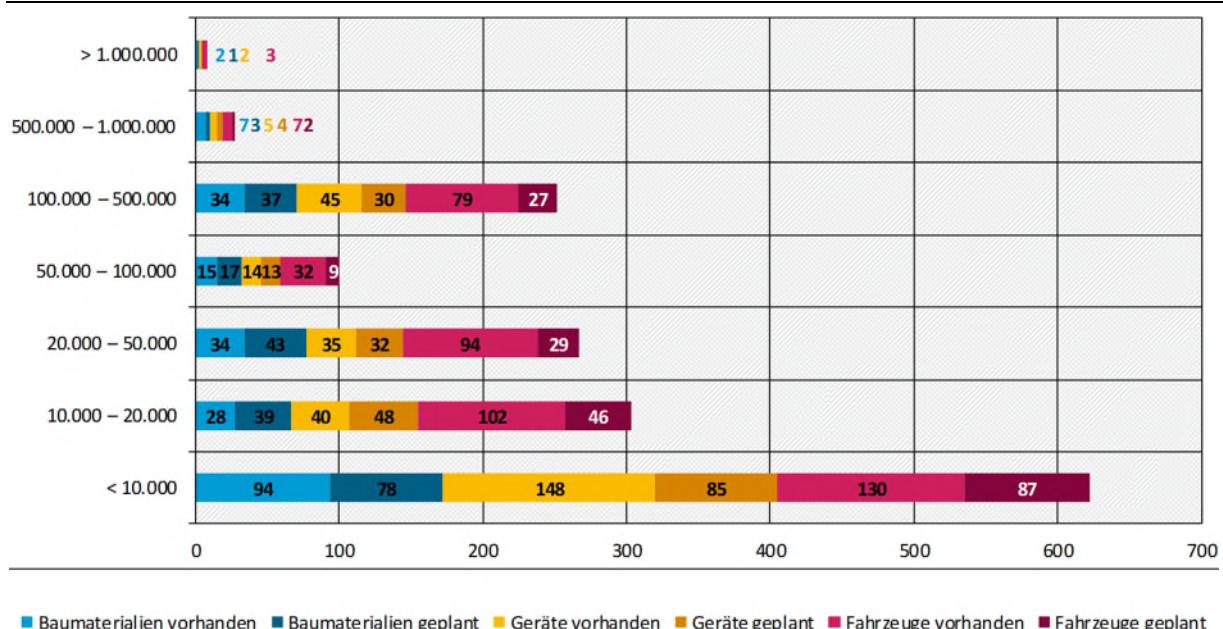
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 120: Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – Teil 1



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 121: Anzahl an vorhandenen und geplanten Standards für die eigene Verwaltung nach Einwohnergrößen – Teil 2



■ Baumaterialien vorhanden ■ Baumaterialien geplant ■ Geräte vorhanden ■ Geräte geplant ■ Fahrzeuge vorhanden ■ Fahrzeuge geplant

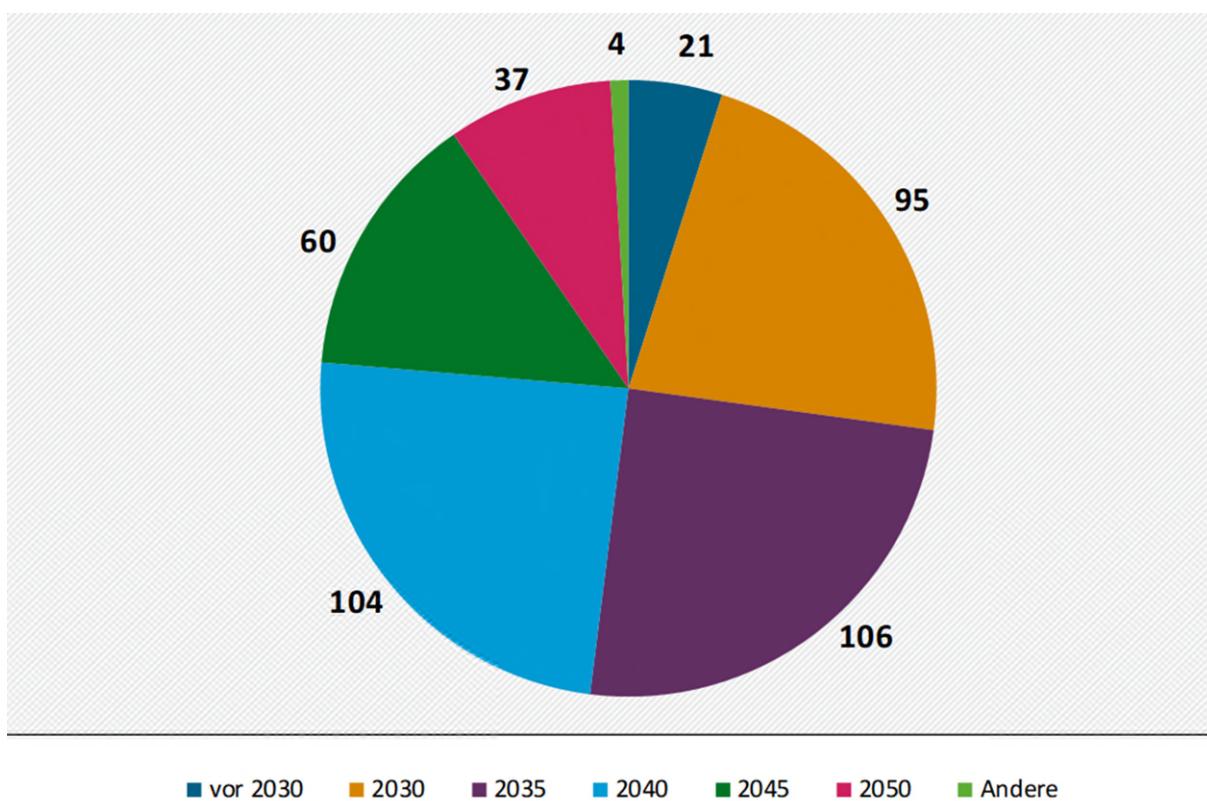
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Neutralitätsziele für die Kommunalverwaltung

430 der befragten Kommunen haben ein Neutralitätsziel für die kommunale Verwaltung (nicht deckungsgleich mit einem Neutralitätsziel für die Gesamtkommune), weitere 247 erarbeiten aktuell ein solches Neutralitätsziel. In 342 Kommunen sind kommunale Unternehmen in den Zielstellungen für die Verwaltung enthalten.

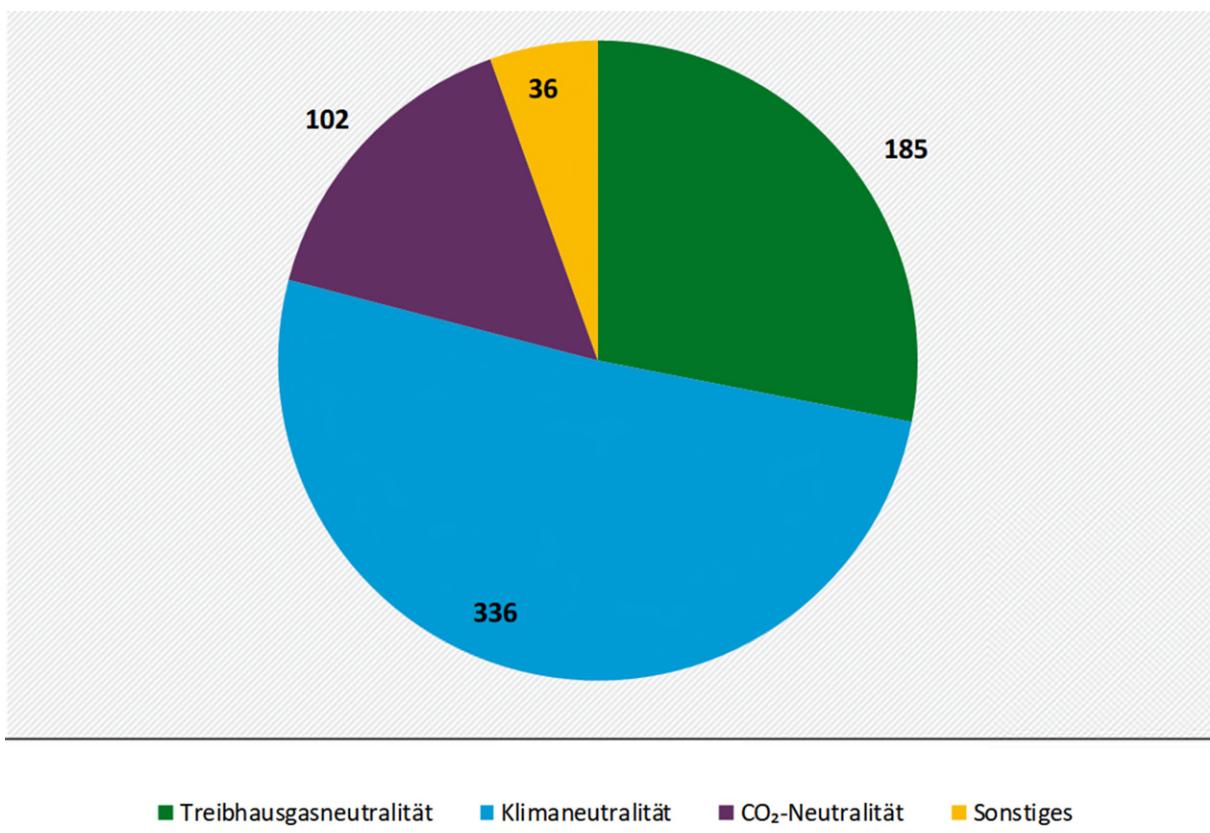
427 Kommunen haben das Zieljahr für ihr Neutralitätsziel angegeben. Abbildung 122 zeigt, dass etwa drei Viertel der Kommunen mit ihren Verwaltungen vor 2045 das Neutralitätsziel erreichen wollen. Dabei sind die Zieljahre 2030 (95), 2035 (106) und 2040 (104) ähnlich häufig vertreten.

Abbildung 122: Zieljahre für die Neutralitätsziele der kommunalen Verwaltungen (nur vorhandene Ziele) (n=427)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 123: Verwendete Neutralitätsbegriffe für die Zielstellungen der Kommunalverwaltungen (vorhanden und in Planung) (n=659)



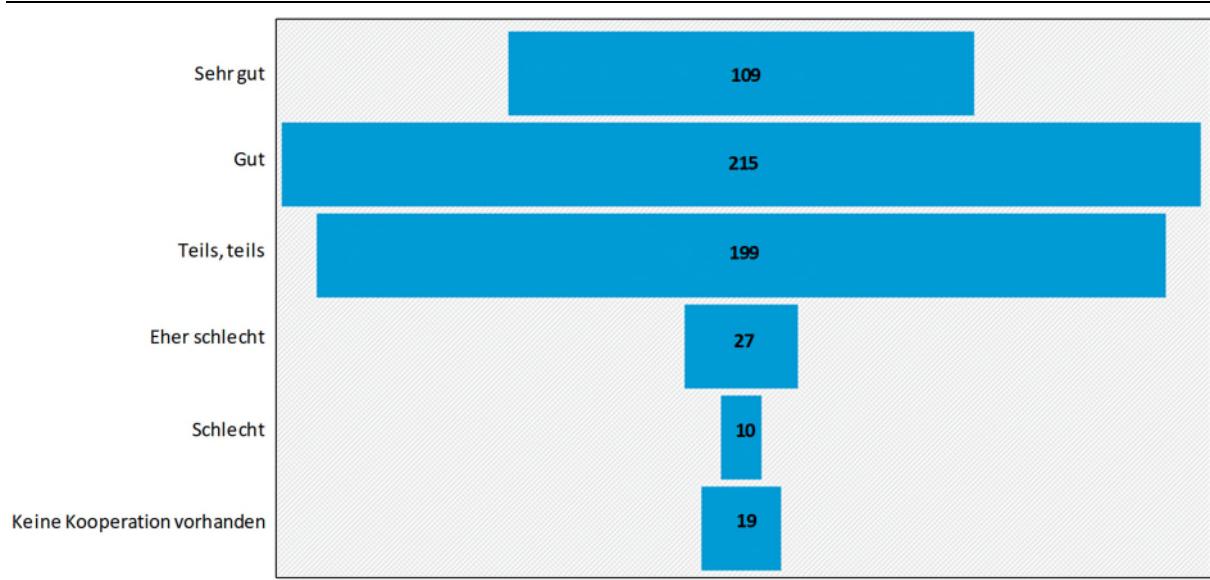
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In Abbildung 123 sind die verwendeten Neutralitätsbegriffe von 659 Kommunen dargestellt, die dazu eine Angabe gemacht haben. Etwa die Hälfte der Kommunen (336) verwenden als Zielbegriff die Klimaneutralität, ähnlich wie bei den Zielstellungen für die Gesamtkommune (vgl. Abbildung 75). 185 Kommunen nutzen als Begriff Treibhausgasneutralität und 102 CO₂-Neutralität.

Klimaschutz in den kommunalen Unternehmen

586 Kommunen gaben an, dass es bei ihnen kommunale Unternehmen mit Klimaschutzbezug gibt, beispielsweise Stadtwerke oder kommunale Wohnungsbauunternehmen. 579 dieser Kommunen haben die Intensität der Klimaschutz-Kooperation zwischen ihnen und den kommunalen Unternehmen bewertet, vgl. Abbildung 124. 56 % der Kommunen bewerten die Kooperation als gut oder sehr gut. Nur knapp 10 % der Kommunen (56) bewerten die Qualität und Quantität der Kooperation mit den kommunalen Unternehmen als eher schlecht, schlecht oder nicht vorhanden.

Abbildung 124: Bewertete Intensität (Qualität und Quantität) der Klimaschutz-Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und kommunalen Unternehmen (n=579)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.8 Klimaschutz und kommunale Infrastruktur

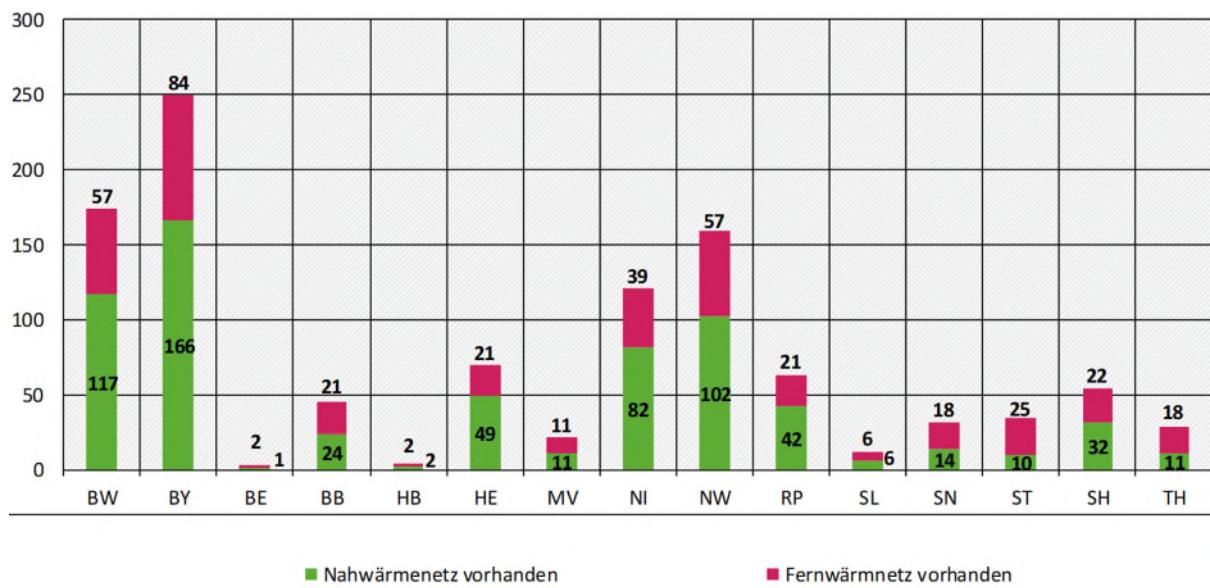
Um einen Einblick in die Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der kommunalen Infrastruktur zu erlangen, haben wir die Kommunen zur Energieinfrastruktur und Mobilitätsinfrastruktur befragt.

4.8.1 Energieinfrastruktur

Von den teilnehmenden Kommunen haben 404 ein Fernwärmennetz auf kommunalem Gebiet und 669 mindestens ein Nahwärmennetz. Abbildung 125, Abbildung 126 und Abbildung 127 zeigen die Verteilungen auf die Bundesländer, die Einwohnergrößenklassen sowie die Kommunenform. Dabei wird deutlich, dass besonders viele Wärmenetze in Bayern und Baden-Württemberg vorhanden sind. Im Verhältnis zur Teilnahmehzahl haben auch einige Kommunen aus Schleswig-Holstein Wärmenetze. Besonders viele Wärmenetze sind in den großen Kommunen über 100.000 Einwohnenden vorhanden, alle dreizehn Kommunen über 500.000 Einwohnenden haben sowohl ein Fern- als auch ein Nahwärmennetz. Doch auch in den kleineren Kommunen sind viele Wärmenetze vorhanden. In der kleinsten Einwohnergrößenklasse sind es etwa doppelt so viele Nahwärmennetze wie Fernwärmennetze. Fast alle kreisfreien Städte, die an der Befragung teilgenommen haben, haben sowohl ein Fern- als auch mindestens ein Nahwärmennetz. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden überwiegen deutlich die Nahwärmennetze gegenüber den Fernwärmennetzen. Auch bei den Landkreisen und Gemeindeverbänden gibt es jeweils mehr Nahwärmennetze.

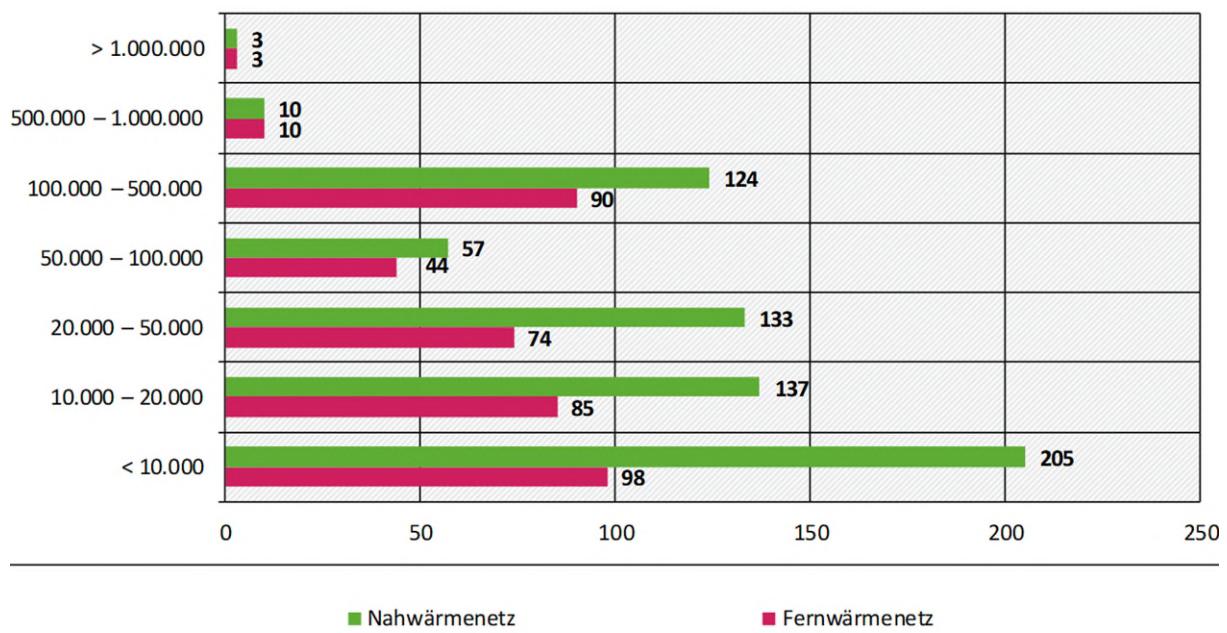
Der Anteil, den die Fernwärmennetze am Gesamtwärmeverbrauch der Kommunen ausmachen, variiert stark. Bei 89 von 155 Kommunen, die hierzu eine Angabe gemacht haben, liegt der Anteil der Fernwärme bei unter 20 %. In vier Kommunen liegt der Anteil der Fernwärme am Gesamtwärmeverbrauch bei 80 % und mehr.

Abbildung 125: Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Bundesländern (n=1.073)



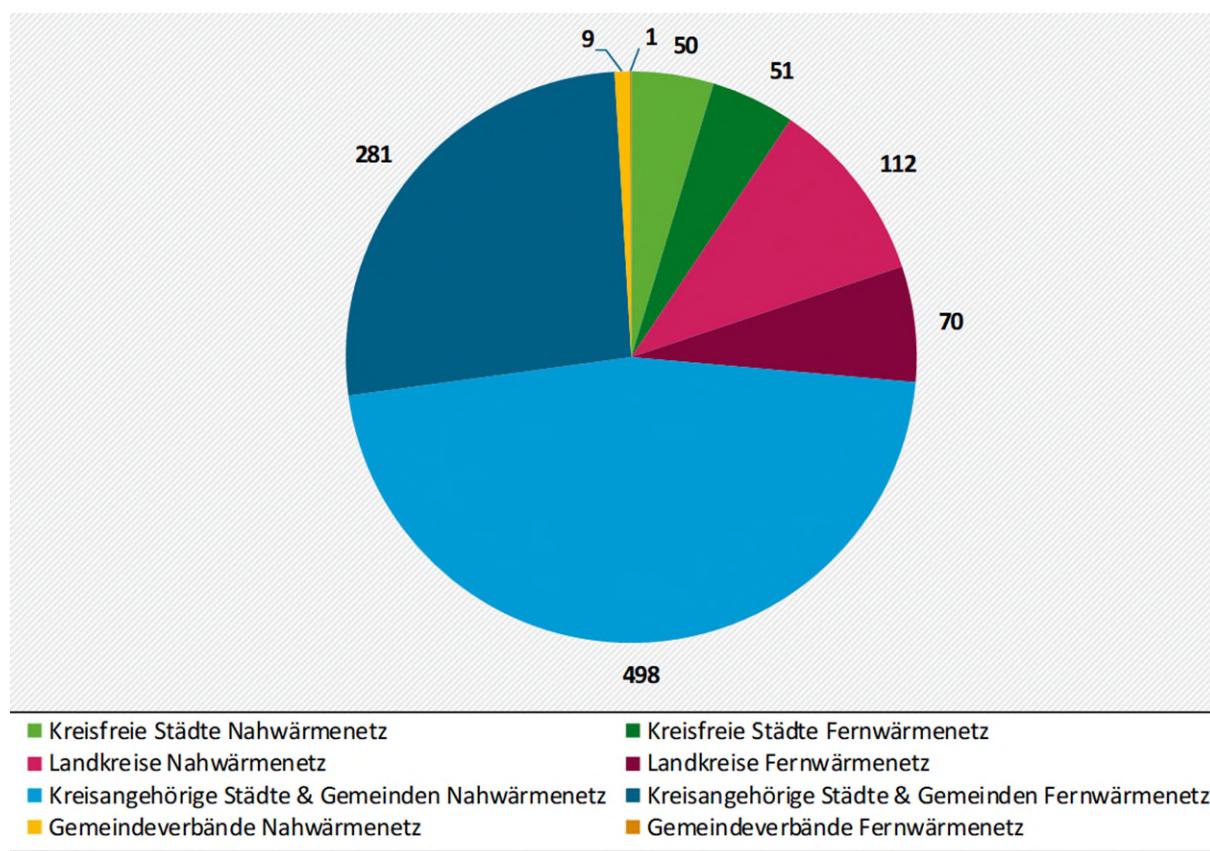
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 126: Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Einwohnergrößen (n=1.073)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 127: Anzahl an Kommunen mit Nahwärme- bzw. Fernwärmennetz nach Kommunenform (n=1.073)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Neben dem Vorhabensein von Wärmenetzen haben wir die Kommunen gefragt, ob sie Pläne haben oder erstellen zu spezifischen Energieinfrastrukturbereichen. Tabelle 55 zeigt die Antworten der Kommunen bezogen auf Pläne zum Ausbau von Stromnetzen, Ausbau von Wärmenetzen, Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur, Rückbau von Gasnetzen und Umnutzung von Gasnetzen. Interessant sind dabei auch die Antwortmöglichkeiten „Das Thema ist relevant, aber nicht mit einem Plan hinterlegt“ und „Das Thema ist für die Kommunenform nicht relevant“. Beide Antwortmöglichkeiten wurden häufig ausgewählt und bieten einen tieferen Einblick in die Situation in den Kommunen.

Nachfolgend wird für jeden abgefragten Infrastrukturbereich die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen dargestellt.

Tabelle 55: Vorhandensein von Plänen für klimaschutzrelevante Infrastrukturbereiche (n=1.553)

	Ausbau von Stromnetzen	Ausbau von Wärmenetzen	Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur	Rückbau von Gasnetzen	Umnutzung von Gasnetzen
Plan vorhanden	95	120	28	6	12
Plan in Erstellung	194	394	124	34	72
Thema relevant, aber nicht mit einem Plan hinterlegt	660	516	468	296	431

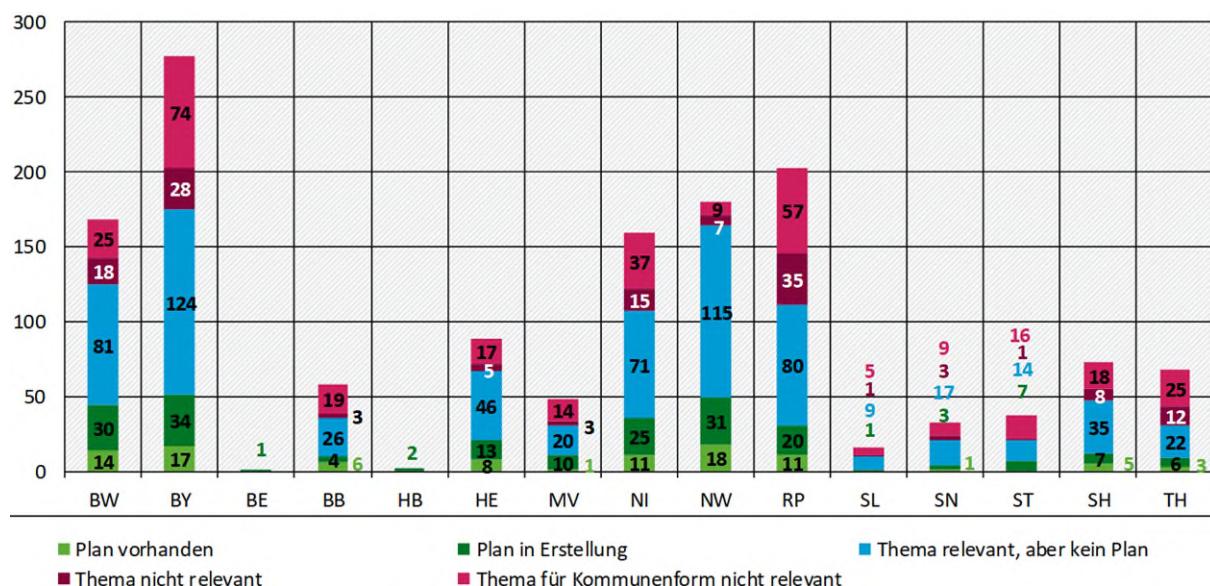
	Ausbau von Stromnetzen	Ausbau von Wärmenetzen	Ausbau von Wasserstoff-Infrastruktur	Rückbau von Gasnetzen	Umnutzung von Gasnetzen
Thema nicht relevant	139	130	335	518	404
Für die Kommunenform nicht relevant	325	280	447	495	449
Keine Angabe	140	113	151	204	185

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

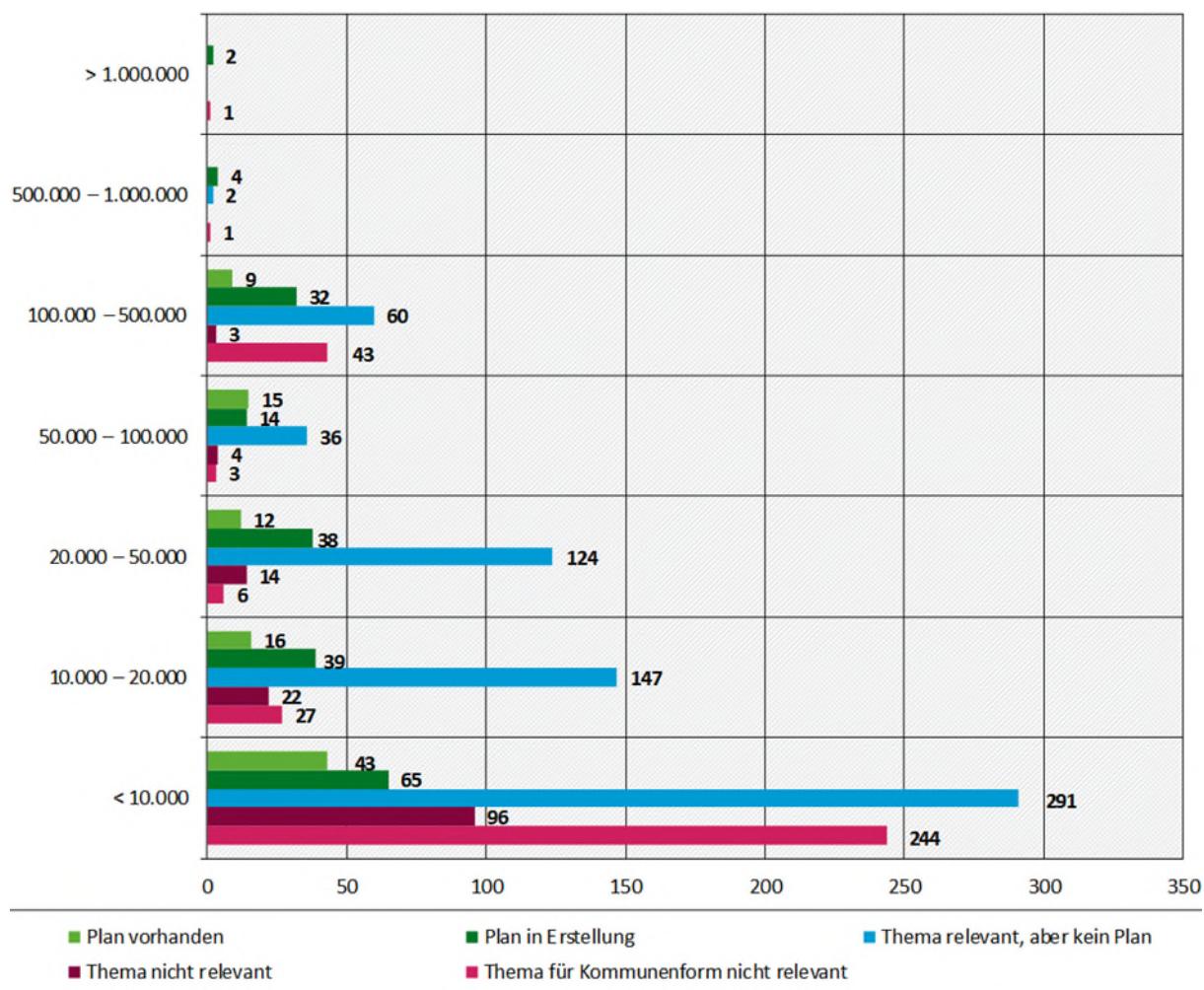
Ausbau von Stromnetzen

Aus Abbildung 128 und Abbildung 129 geht hervor, dass die teilnehmenden Kommunen den Ausbau der Stromnetze als relevantes Thema ansehen. Die vorhandenen und in Erstellung befindlichen Pläne unterscheiden sich in ihrer Anzahl verhältnismäßig wenig zwischen den Bundesländern. Darüber hinaus gibt es jeweils viele Kommunen, die das Thema als wichtig erachten, es aber nicht mit einem Plan hinterlegt haben. In den Bundesländern mit geringeren Teilnahmezahlen gibt es meist sehr wenig Kommunen, die den Ausbau der Stromnetze als nicht relevant ansehen. Besonders in Sachsen-Anhalt (1), dem Saarland (1), Sachsen (3) und Brandenburg (3) gibt es diese Einschätzung fast gar nicht. Einige Kommunen sehen den Ausbau der Stromnetze für ihre Kommunenform als nicht relevant an. Besonders viele stammen aus Bayern (74), Rheinland-Pfalz (57) und Niedersachsen (37). Der Blick in die Einwohnergrößenklassen verdeutlicht, dass dies vor allem die kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden betrifft. Interessanterweise sehen auch aus der Größenklasse von 100.000 – 500.000 Einwohnenden einige Kommunen das Thema für ihre Kommunenform nicht als relevant an. Tabelle 56 zeigt, dass es sich hierbei vor allem um Landkreise handelt. In allen Größenklassen sehen viele Kommunen den Ausbau der Stromnetze als wichtiges Thema an, haben aber keinen Plan der dies hinterlegt.

Abbildung 128: Kommunale Pläne zum Ausbau von Stromnetzen nach Bundesländern (n=1.413)



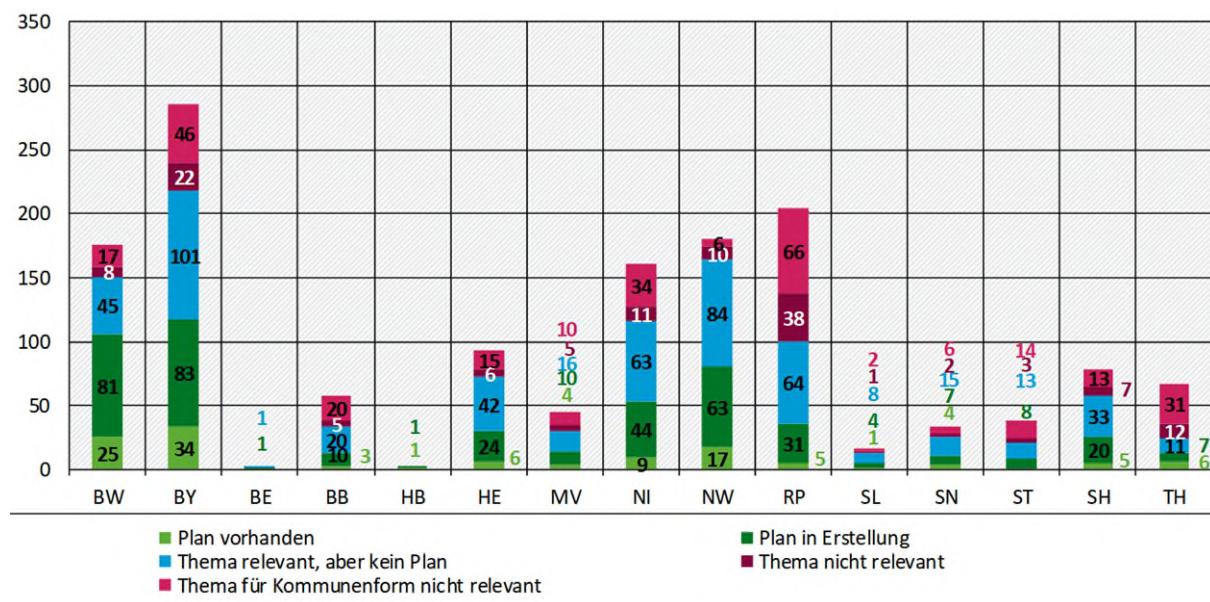
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 129: Kommunale Pläne zum Ausbau von Stromnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.413)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Ausbau von Wärmenetzen

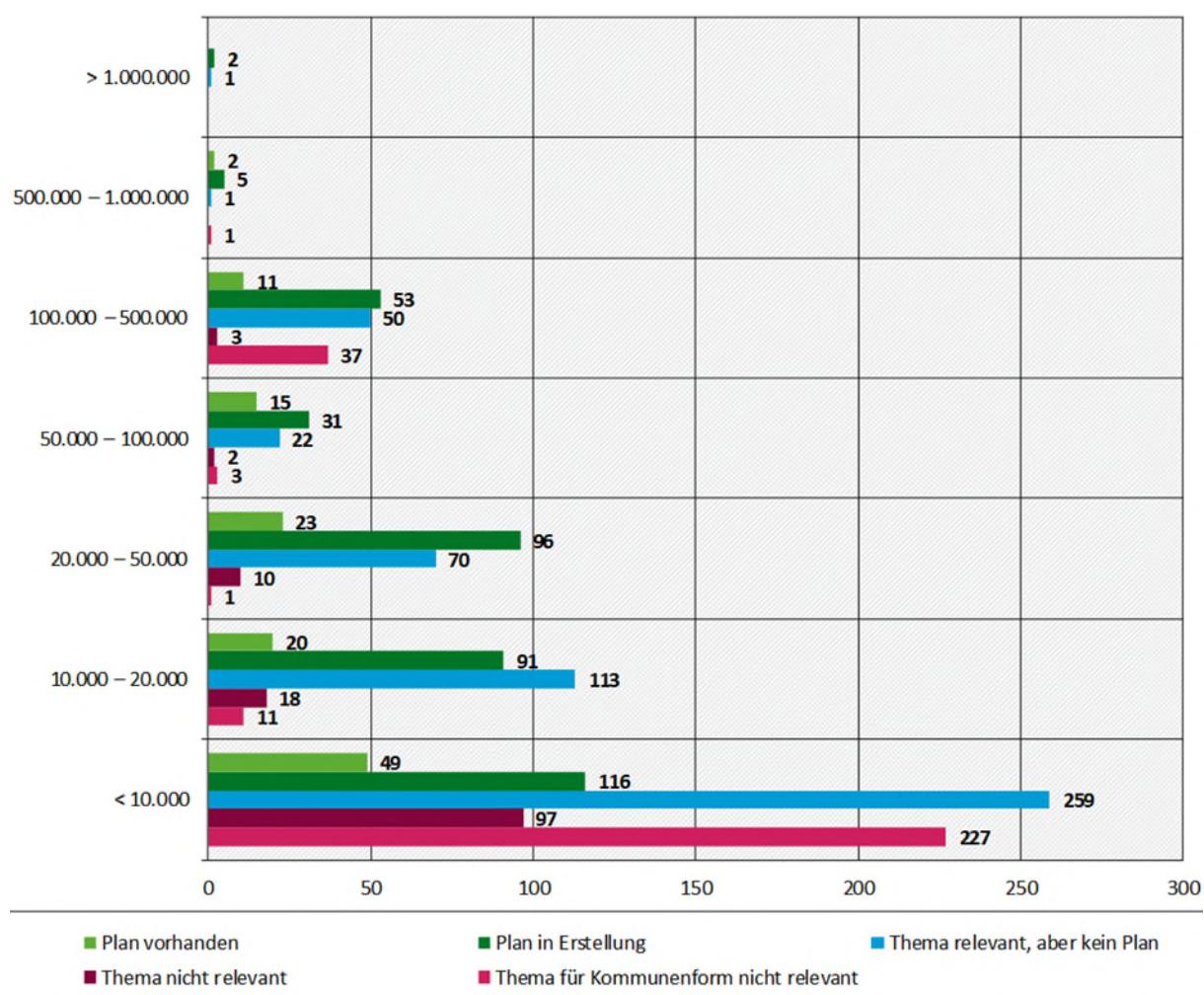
Der Ausbau der Wärmenetze hat eine ähnliche Priorität für die teilnehmenden Kommunen wie der Ausbau der Stromnetze, ist in der Summe aber mit mehr konkreten Planungen hinterlegt. Abbildung 130 und Abbildung 131 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer und Einwohnergrößenklassen. Hier sind aktuell deutlich mehr Pläne in Erstellung als dass Pläne bereits vorhanden sind. Dies deckt sich mit der hohen Dynamik in Bezug zu Wärmekonzepten in Kapitel 4.3.4. Ebenfalls ist die Summe aus bestehenden und in Erstellung befindlichen Plänen höher als für den Ausbau der Stromnetze. Durch diese höhere Gesamtzahl werden die Unterschiede zwischen den Bundesländern – wie immer abhängig von den Teilnahmzahlen – wieder deutlicher. Insgesamt beurteilen nur 130 Kommunen den Ausbau der Wärmenetze als nicht relevant. Das ist im Vergleich aller abgefragten Infrastrukturbereiche der geringste Wert, dicht gefolgt vom Ausbau der Stromnetze (139). Die meisten Kommunen, die den Ausbau der Wärmenetze nicht relevant einschätzen, stammen aus Rheinland-Pfalz (38), Bayern (22) und Thüringen (12). Die höchste Anzahl an Kommunen, die das Thema für ihre Kommunenform als nicht relevant ansehen, stammt ebenfalls aus Rheinland-Pfalz (66), Bayern (46), Niedersachsen (34) und Thüringen (31). Auch den Ausbau der Wärmenetze sehen viele Kommunen als relevant an, ohne dafür eine spezifische Planung zu haben oder zu erstellen.

Abbildung 130: Kommunale Pläne zum Ausbau von Wärmenetzen nach Bundesländern (n=1.440)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen (Abbildung 131) zeigt, dass in allen Kommunengrößen viele Pläne aktuell erstellt werden. Aus der Größenklasse unter 10.000 Einwohnenden stammen für alle Antwortkategorien die meisten Rückmeldungen. Im Vergleich zur Teilnahmehzahl ist der Anteil an vorhandenen und in Erstellung befindlichen Plänen aber etwas geringer. Sehr viele Kommunen unter 10.000 Einwohnenden schätzen den Ausbau der Wärmenetze als relevant an, ohne dafür einen Plan zu haben oder zu erstellen (259). Fast genauso viele schätzen das Thema für ihre Kommunenform als nicht relevant ein (227). Aus der Kombination aus Abbildung 131 und Tabelle 56 wird deutlich, dass auch der Ausbau der Wärmenetze für viele Landkreise nicht relevant ist. Abgesehen von den Landkreisen ist das Thema in den großen Kommunengrößen relevant.

Abbildung 131: Kommunale Pläne zum Ausbau von Wärmenetzen nach Einwohnergrößen (n=1.440)



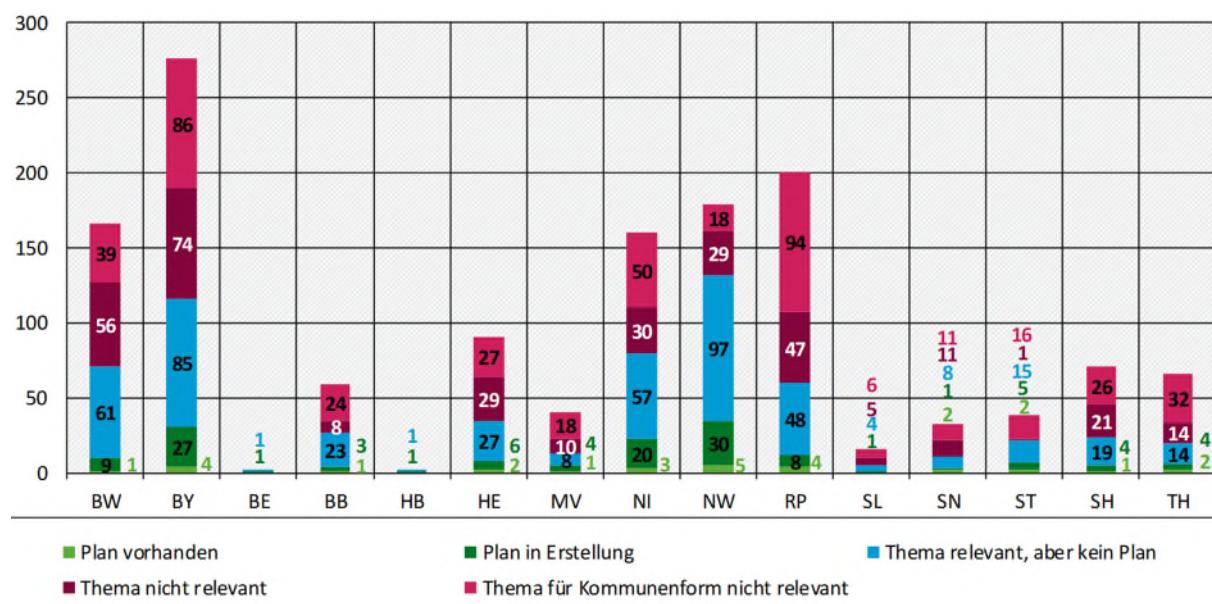
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur

Der Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur wird von den Kommunen als weniger relevant eingeschätzt, als der Ausbau von Strom- und Wärmenetzen. 335 Kommunen sehen das Thema als nicht relevant an. Darüber hinaus gibt es eine hohe Anzahl an Kommunen (447), die das Thema für ihre Kommunenform als nicht relevant ansieht. Abbildung 133 und Tabelle 56 zeigen, dass dies vor allem kreisangehörige Städte und Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnenden betrifft. Hohe Relevanz zum Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur sehen die großen Kommunen über 100.000 Einwohnenden – abzüglich einiger Landkreise – viele Kommunen erstellen hier aktuell Pläne oder sehen das Thema als relevant an, ohne es mit einem Plan hinterlegt zu haben.

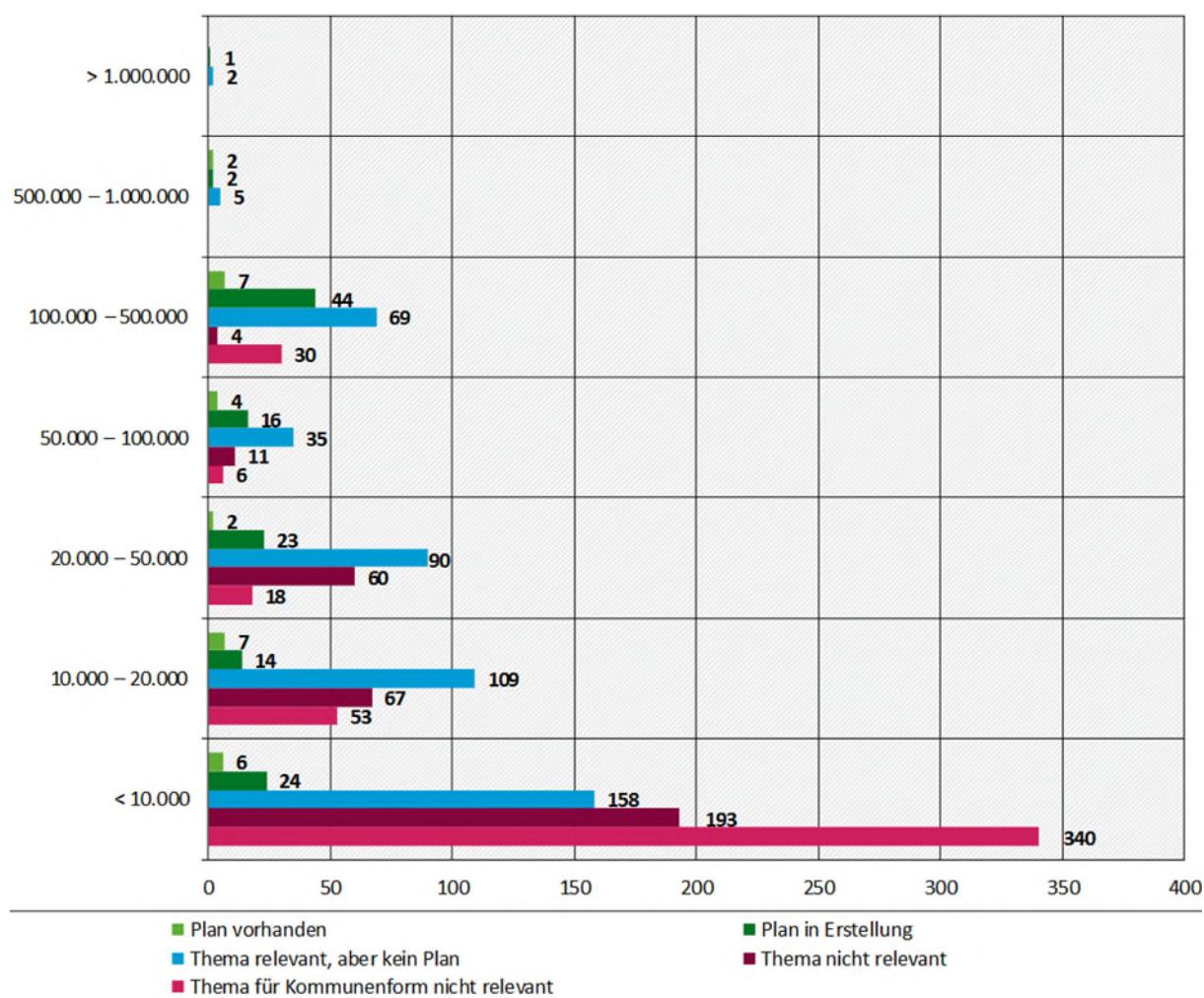
Abbildung 132 verdeutlicht die hohe Anzahl an vor allem kleinen Kommunen, für die der Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur nicht relevant ist. Diese stammen in großer Anzahl aus Bayern und Rheinland-Pfalz, sind aber ebenfalls in anderen Bundesländern viel vertreten. In Nordrhein-Westfalen und ebenfalls in Bayern gibt es die meisten Kommunen mit bestehenden und in Erstellung befindlichen Plänen sowie die meisten Kommunen, die den Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur relevant finden aber keinen konkreten Plan dazu haben oder erstellen.

Abbildung 132: Kommunale Pläne zum Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur nach Bundesländern (n=1.402)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 133: Kommunale Pläne zum Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur nach Einwohnergrößen (n=1.402)

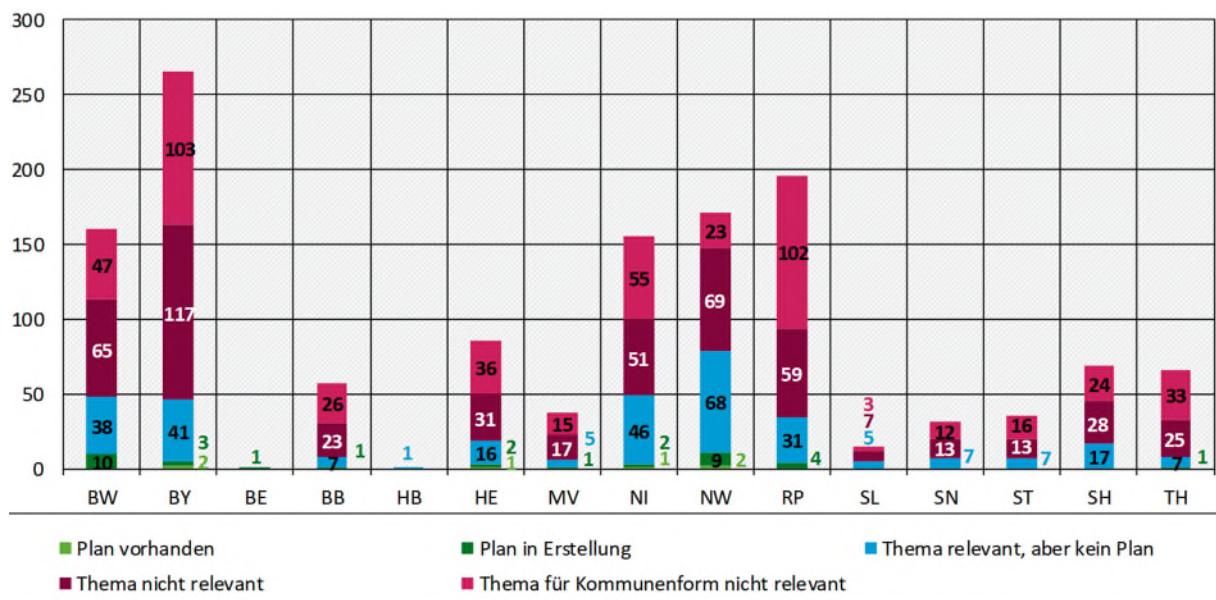


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Rückbau von Gasnetzen

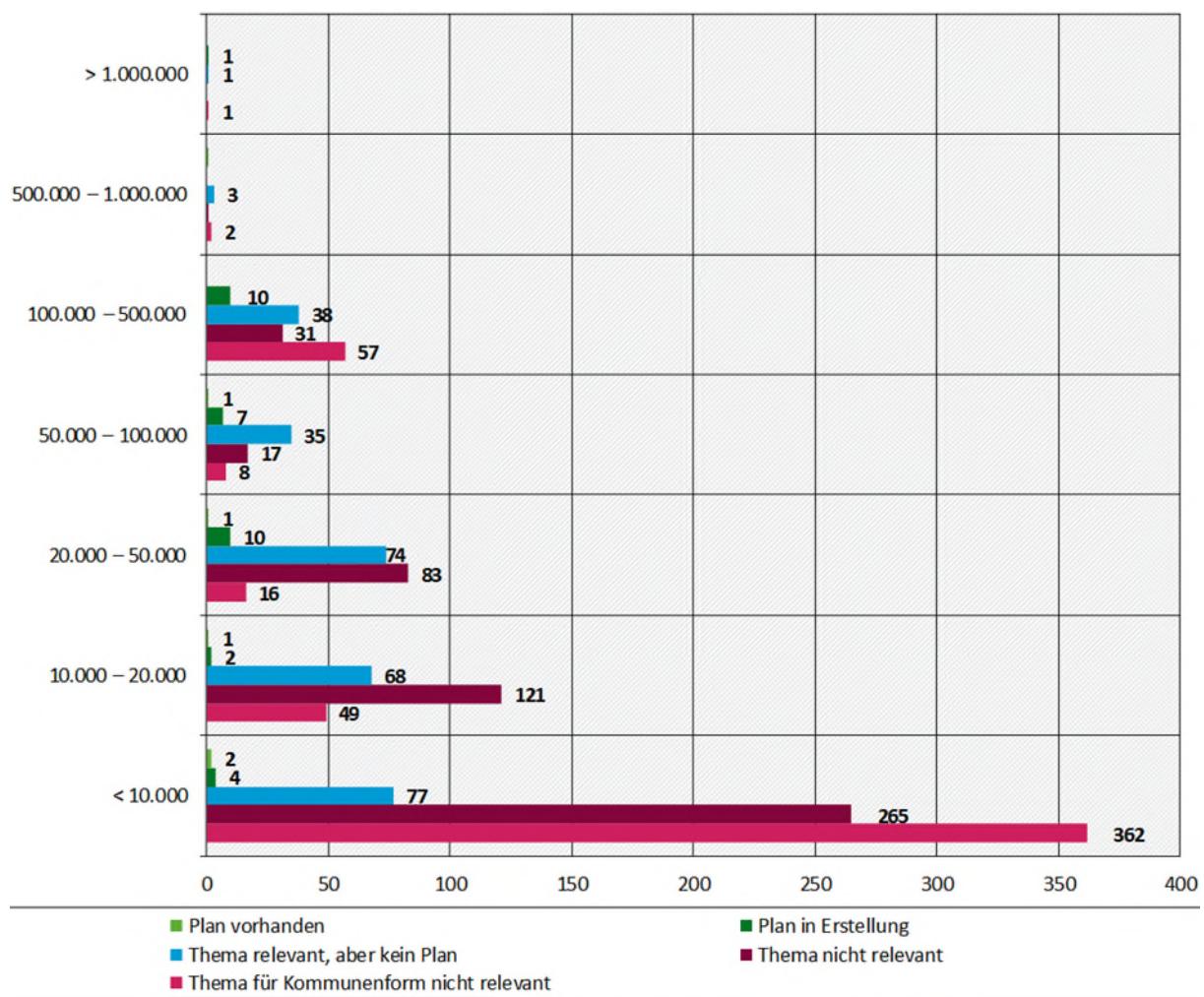
Der Rückbau von Gasnetzen ist von den abgefragten Infrastrukturbereichen, der mit der geringsten Relevanz für die teilnehmenden Kommunen. 518 finden das Thema nicht relevant, weitere 495 sehen es als nicht relevant für ihre Kommunenform. Dies sind jeweils die höchsten Werte im Vergleich der fünf thematisierten Infrastrukturbereiche. Insgesamt bestehen nur sechs Pläne zum Rückbau von Gasnetzen und weitere 34 werden erstellt.

Abbildung 134 und Abbildung 135 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. In der Summe aus bestehenden und in Erstellung befindlichen Plänen, gibt es die meisten in Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (11) und Baden-Württemberg (10). Trotz der geringen Zahlen macht dies bereits die Hälfte der Pläne zum Rückbau von Gasnetzen aus. Die Anzahl an Kommunen, die das Thema relevant finden aber keinen Plan dazu erstellen, ist höher und verteilt sich verhältnismäßig etwas gleichmäßig über die Bundesländer. Den höchsten Anteil im Verhältnis zur Teilnahmehzahl machen sie in Nordrhein-Westfalen aus.

Abbildung 134: Kommunale Pläne zum Rückbau von Gasnetzen nach Bundesländern (n=1.349)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Im Verhältnis zur Teilnehmendenzahl finden recht viele Kommunen aus den Größenklassen 20.000 – 50.000 und 100.000 – 500.000 Einwohnenden den Rückbau von Gasnetzen relevant, haben aber keinen Plan dazu erstellt. Ein sehr großer Anteil an kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden sehen das Thema als nicht relevant (265) oder für die Kommunenform nicht relevant (265).

Abbildung 135: Kommunale Pläne zum Rückbau von Gasnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.349)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

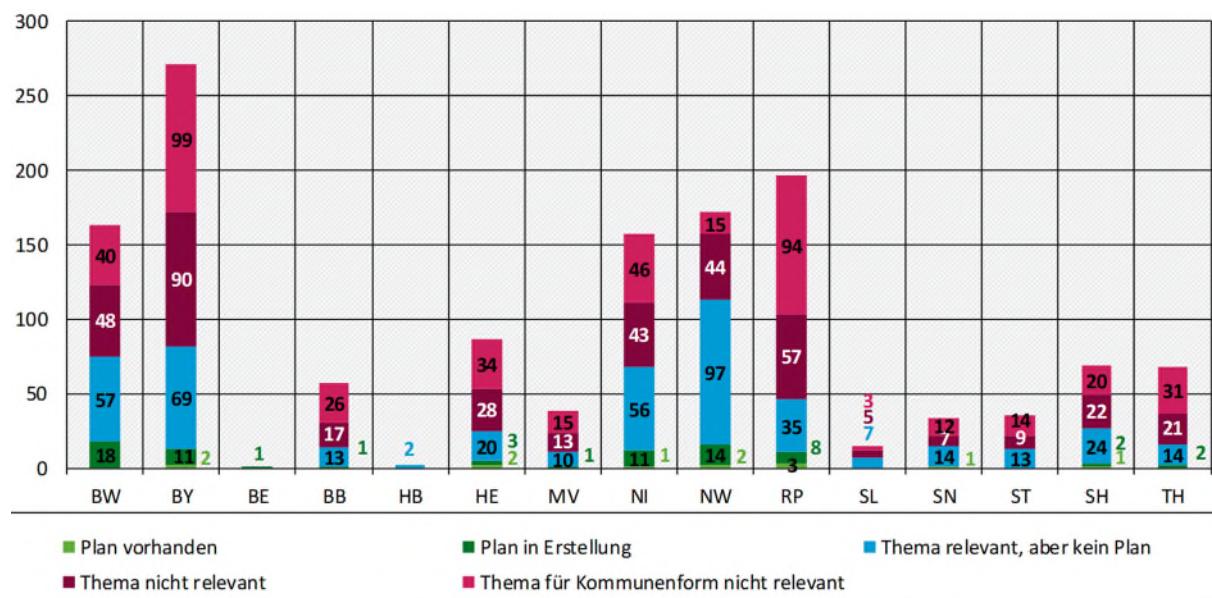
Umnutzung von Gasnetzen

Die Umnutzung von Gasnetzen ist das Thema mit der zweitgeringsten Relevanz – 404 Kommunen schätzen es als nicht relevant ein, weitere 449 sehen es als nicht relevant für ihre Kommunenform. Es ist damit aber relevanter als der Rückbau von Gasnetzen. Zwölf Pläne zur Umnutzung von Gasnetzen bestehen, weitere 72 werden erstellt.

Abbildung 136 zeigt die Verteilung auf die Bundesländer. In der Summe aus bestehenden und in Erstellung befindlichen Plänen gibt es die meisten in Kommunen aus Baden-Württemberg (18), Nordrhein-Westfalen (16), Bayern (13) und Niedersachsen (12). Aus diesen Ländern stammen auch die meisten Kommunen, die das Thema relevant finden aber dazu keine Planung vorliegen haben. Aus dieser Kategorie stammen im Verhältnis zur Teilnahmehzahl auch recht viele Kommunen aus Schleswig-Holstein.

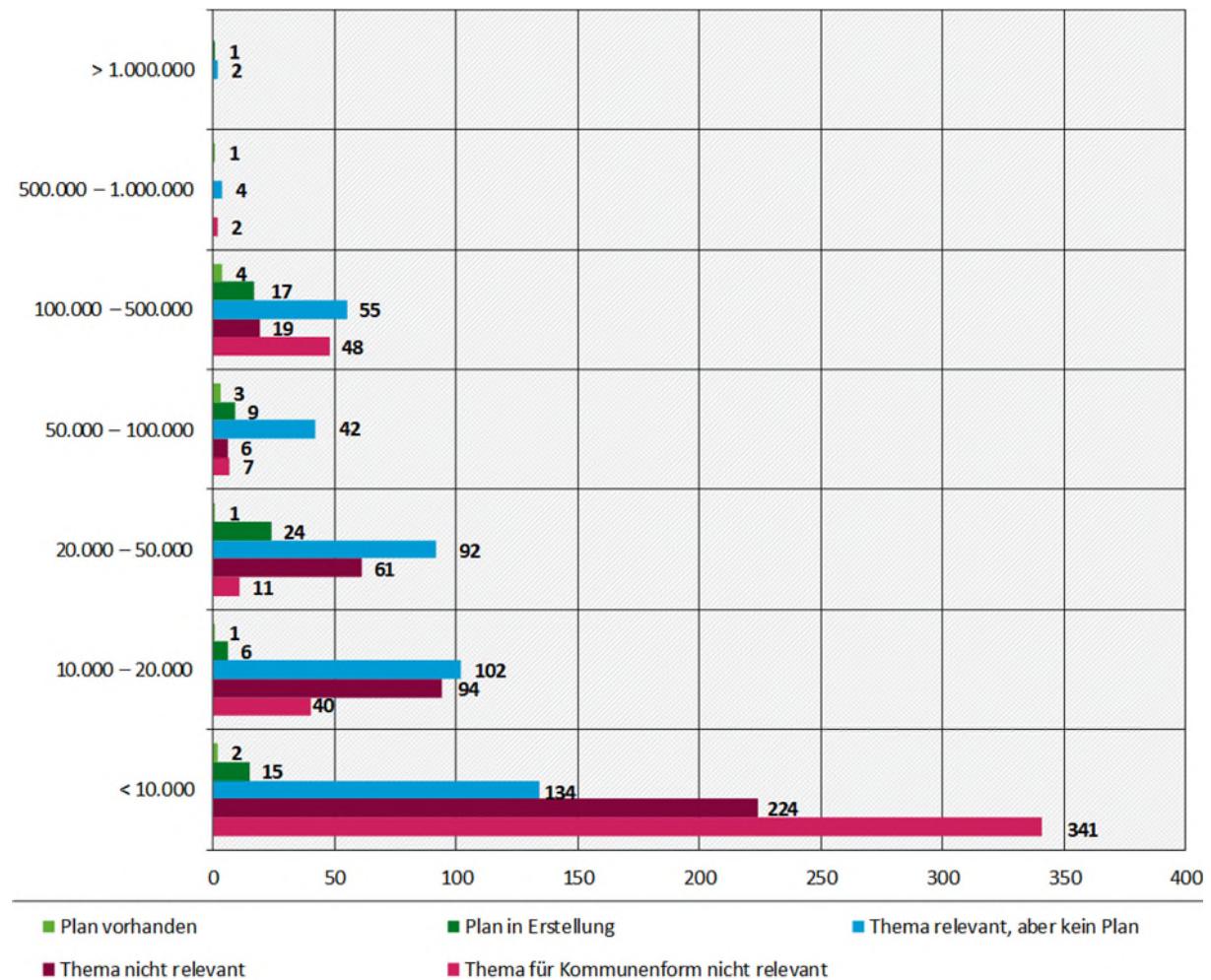
Abbildung 137 zeigt wieder eine recht geringe Themenrelevanz für die kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden. Die meisten in Erstellung befindlichen Pläne gibt es in der Größenkategorie 20.000 – 50.000 Einwohner. Die Antwortkategorie „das Thema ist relevant aber nicht mit einem Plan hinterlegt“ verteilt sich recht gleichmäßig über alle Größenklassen.

Abbildung 136: Kommunale Pläne zur Umnutzung von Gasnetzen nach Bundesländern (n=1.368)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 137: Kommunale Pläne zur Umnutzung von Gasnetzen nach Einwohnergrößen (n=1.368)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Infrastrukturbereiche mit fehlender Relevanz für bestimmte Kommunenformen

Tabelle 56 zeigt für die fünf abgefragten Infrastrukturbereiche die Antwortmöglichkeit „für unsere Kommunenform nicht relevant“ aufgeteilt auf die verschiedenen Kommunenformen. Dabei wird deutlich, dass die fünf Infrastrukturbereiche für die kreisfreien Städte sehr relevant sind. Von insgesamt 59 kreisfreien Städten, die an der Befragung teilgenommen haben, geben nur sehr vereinzelte an, dass Themen für sie nicht relevant wären. Dies ist am meisten beim Thema Rückbau von Gasnetzen (3) der Fall. Bei den Landkreisen ist der Anteil mit fehlender Kommunenrelevanz höher. Von den 158 teilnehmenden Landkreisen sehen bis zu 64 Landkreise keine Kommunenrelevanz pro Infrastrukturbereich – dies betrifft sowohl den Rückbau als auch die Umnutzung von Gasnetzen. Die geringste Angabe zur fehlenden Kommunenrelevanz von Landkreisen gibt es beim Thema Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur.

Die größte Anzahl an Kommunen, die ihre Kommunenform für abgefragte Infrastrukturbereiche nicht relevant ansehen, stammt aus der Gruppe der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Im Verhältnis zu den 1.323 teilnehmenden kreisangehörigen Städten und Gemeinden sieht aber durchaus ein sehr hoher Anteil die Infrastrukturbereiche als relevant an. Wie bereits in den Themenfeldern beschrieben, sehen sie die geringste Kommunenrelevanz im Bereich des Rückbaus von Gasnetzen und des Ausbaus von Wasserstoffinfrastruktur.

Die Anzahl an teilnehmenden Gemeindeverbänden war mit zwölf sehr gering. Daher ist eine Auswertung hier nicht sehr aussagekräftig. Alle zwölf Gemeindeverbände sehen den Ausbau von Wärmenetzen als relevant für ihre Kommunenform an und elf den Ausbau der Stromnetze. Geringere Relevanz sehen sie bei den drei übrigen Themenfeldern – die Hälfte der teilnehmenden Gemeindeverbände sehen keine Kommunenrelevanz beim Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur. Da nur ein Bezirk an der Befragung teilgenommen hat, ist die Aussagekraft noch geringer als für die Gemeindeverbände. Allerdings sieht der Bezirk seine Kommunenform für alle fünf abgefragten Infrastrukturbereiche als relevant an.

Tabelle 56: Infrastrukturbereiche mit fehlender Relevanz für die jeweilige Kommunenform

	Ausbau von Stromnetzen	Ausbau von Wärmenetzen	Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur	Rückbau von Gasnetzen	Umnutzung von Gasnetzen
Kreisfreie Städte	1	0	2	3	0
Landkreise	47	41	32	64	64
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	276	239	407	424	391
Gemeindeverbände	1	0	6	4	4
Bezirke	0	0	0	0	0
Summe	325	280	447	495	449

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

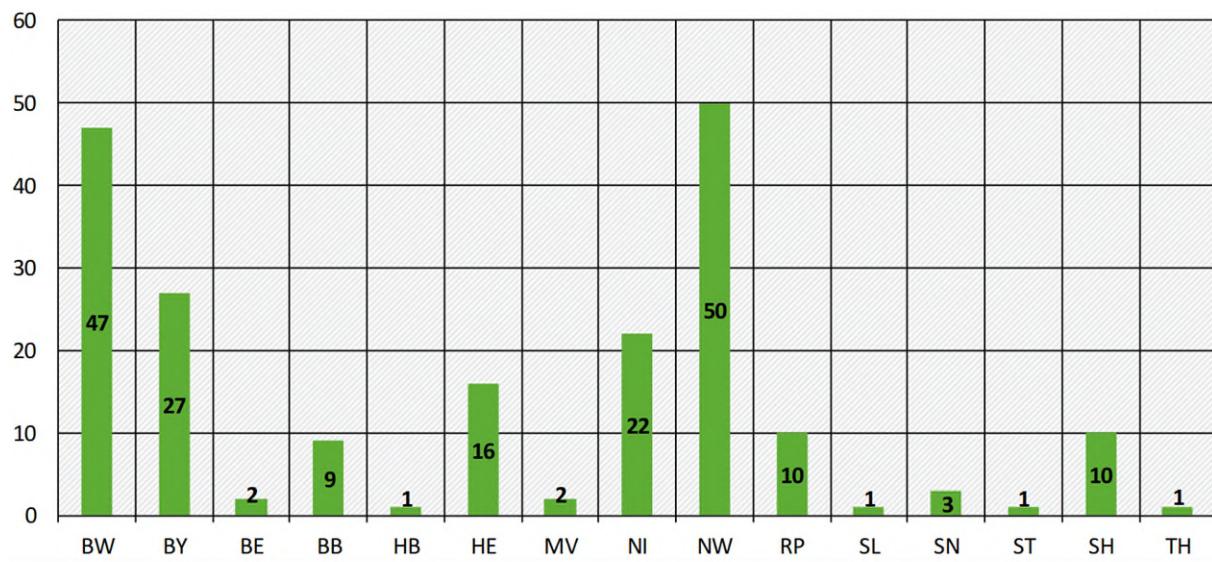
4.8.2 Mobilitätsinfrastruktur

Für die Mobilitätsinfrastruktur haben wir die Kommunen nach Sharing-Angeboten und nach der Radverkehrsinfrastruktur befragt.

Sharing-Angebote

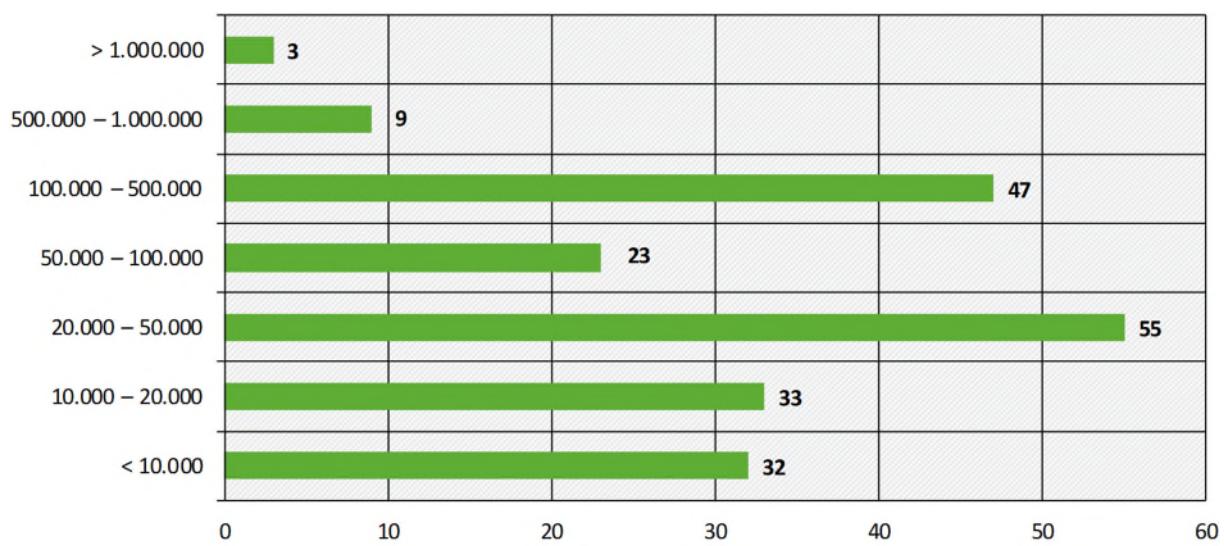
In 202 der teilnehmenden Kommunen gibt es ein kommunales **Bike-Sharing**-Angebot. Abbildung 138, Abbildung 139 und Abbildung 140 zeigen die Verteilungen auf die Bundesländer, Einwohnergrößenklassen und Kommunenform. Die meisten Bike-Sharing-Angebote gibt es in Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (50) und Baden-Württemberg (47). Im Verhältnis zur Teilnahmezahl sind auch einige Kommunen mit Bike-Sharing aus Schleswig-Holstein (10) und Brandenburg (9) vertreten. Im Verhältnis zur Teilnahmezahl haben wenig Kommunen aus Rheinland-Pfalz (10) ein Bike-Sharing. Ein Grund dafür könnte sein, dass Bike-Sharing-Angebote vor allem in größeren Kommunen vorhanden sind – mit Ausnahme einer Kommune haben alle Städte und Landkreise über 500.000 Einwohner ein solches Angebot. Die meisten Bike-Sharing-Angebote sind in Kommunen von 20.000 – 50.000 Einwohnern vorhanden (55).

Abbildung 138: Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Bundesländern (n=202)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

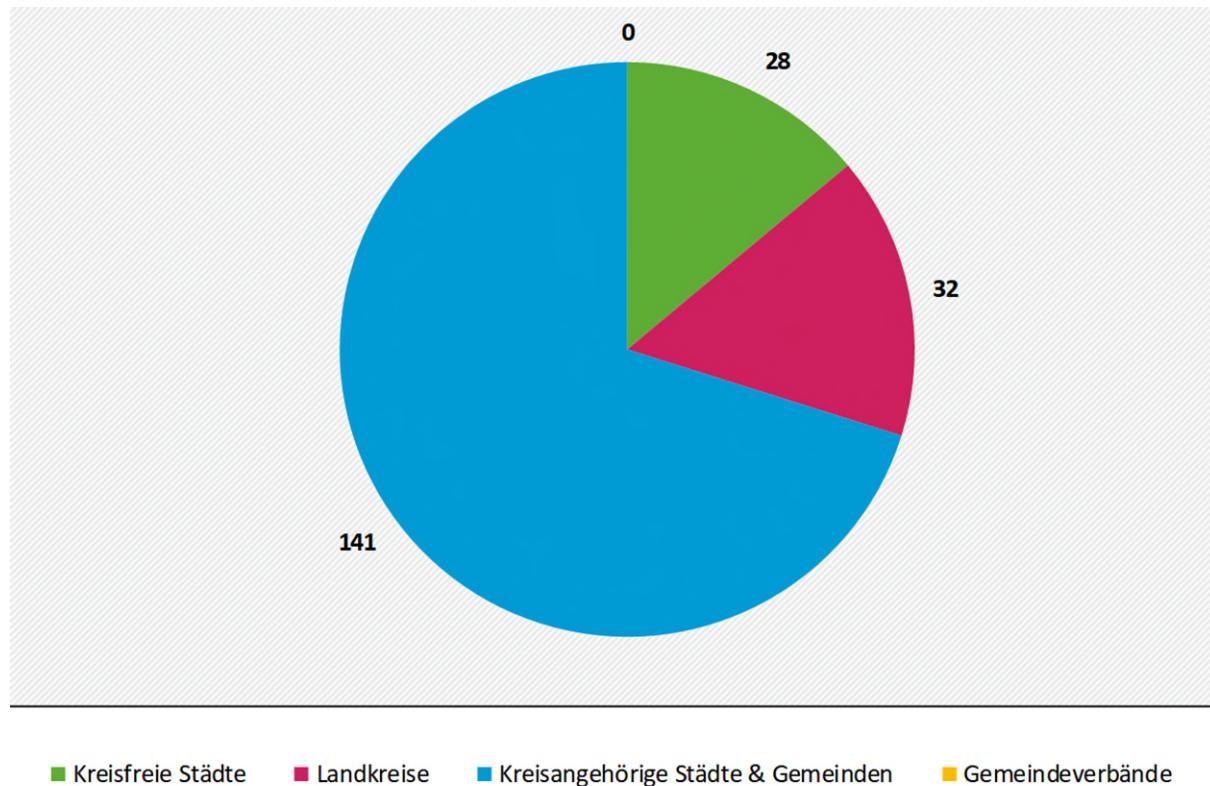
Abbildung 139: Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Einwohnergrößen (n=202)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Die meisten Bike-Sharing-Angebote gibt es in kreisangehörigen Städten und Gemeinden (141), keines in den zwölf teilnehmenden Gemeindeverbänden. Etwa gleich viele Landkreise (32) und kreisfreie Städte (28) haben ein Bike-Sharing.

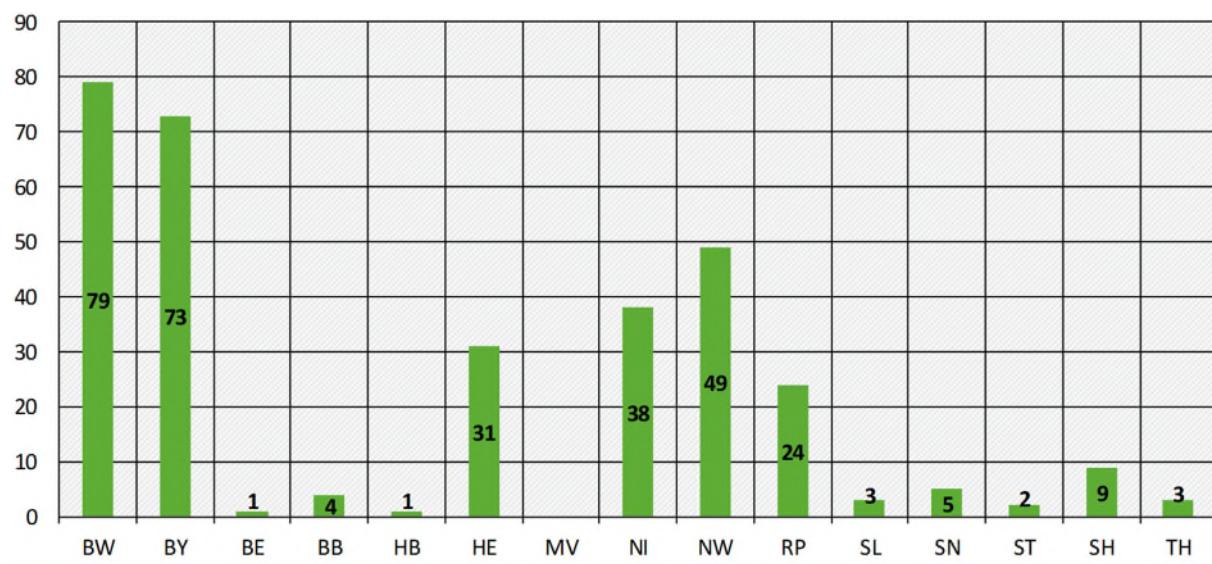
Abbildung 140: Anzahl an Kommunen mit Bike-Sharing nach Kommunenform (n=202)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

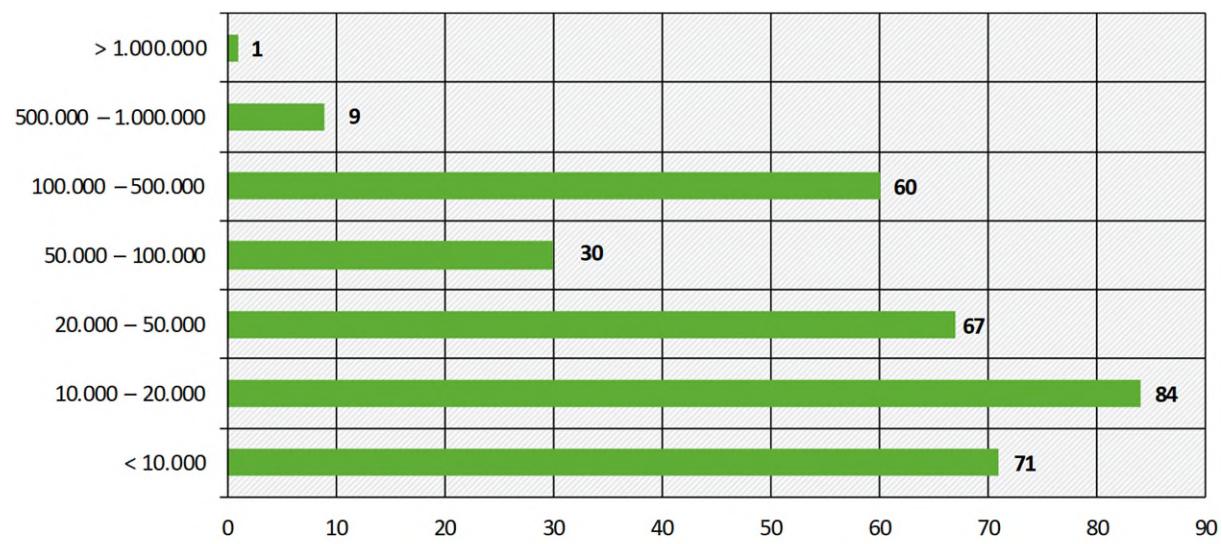
In 322 Kommunen gibt es ein kommunales **Car-Sharing**-Angebot. Abbildung 152, Abbildung 164 und Abbildung 168 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer, Einwohnergrößenklassen und Kommunenformen. Die meisten Car-Sharing-Angebote gibt es in Baden-Württemberg (79) und Bayern (73). Keine Kommune aus Mecklenburg-Vorpommern hat ein kommunales Car-Sharing. Die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen ist verhältnismäßig sehr ausgeglichen. Im Vergleich zum Bike-Sharing nehmen beim Car-Sharing die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine etwas größere Rolle ein – drei Viertel der kommunalen Car-Sharing-Angebote werden von kreisangehörigen Städten und Gemeinden angeboten. Gleichzeitig gibt es mehr Car-Sharing-Angebote von Landkreisen (51) als von kreisfreien Städten (29). Auch ein Gemeindeverband hat ein Car-Sharing-Angebot.

Abbildung 141: Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Bundesländern (n=322)

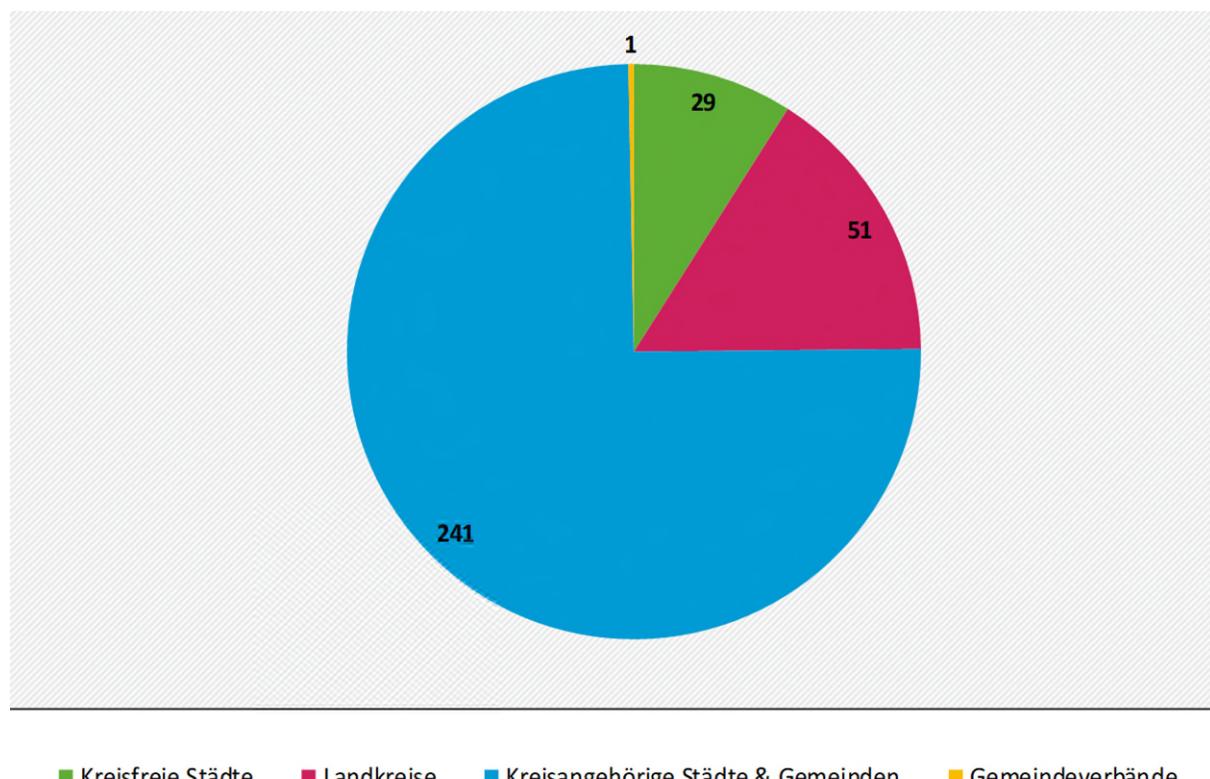


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 142: Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Einwohnergrößen (n=322)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 143: Anzahl an Kommunen mit Car-Sharing nach Kommunenform (n=322)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Radverkehrsinfrastruktur

Bei der Radverkehrsinfrastruktur haben wir jeweils nach einer Eigeneinschätzung der Qualität und Quantität der Radverkehrswege und Radabstellanlagen gefragt – Tabelle 57 zeigt die Antworten der Kommunen. Die nachfolgenden Abbildungen zeigen für jeden abgefragten Indikator die Aufteilung auf die Bundesländer und Einwohnergrößenklassen. Dabei werden jeweils nur die Eigenbewertungen sehr gut bis schlecht angegeben, die Antwortmöglichkeiten „nicht vorhanden“ und „keine Angabe“ werden nicht dargestellt.

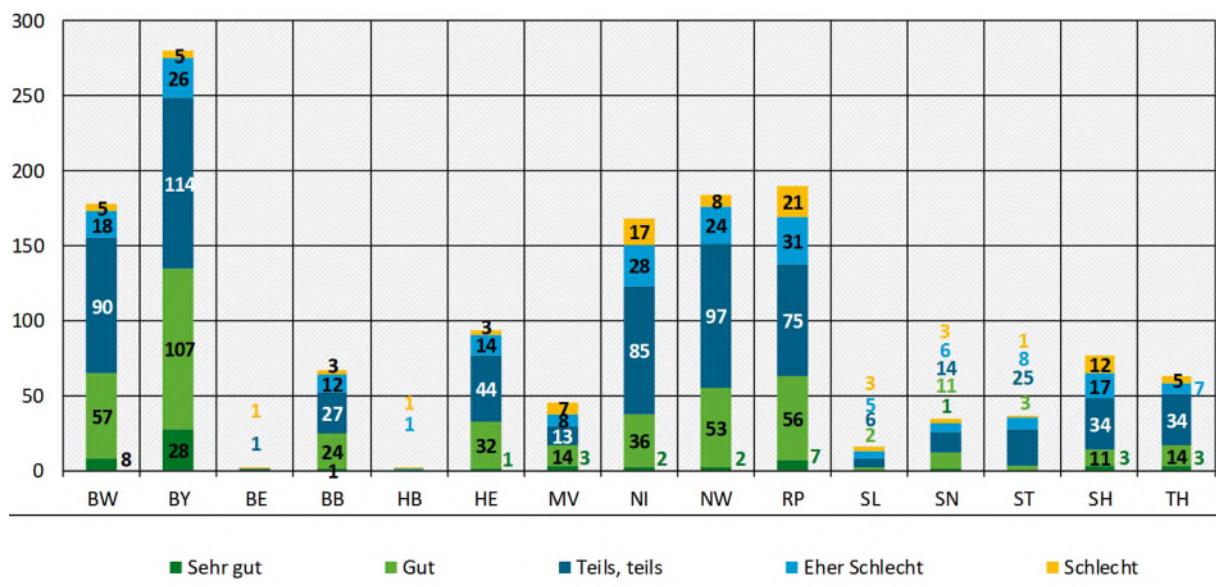
Tabelle 57: Eigenbewertung der Qualität und Quantität der Radverkehrsinfrastruktur (n=1.553)

	Qualität der Radverkehrswege	Quantität der Radverkehrswege	Qualität der Radabstellanlagen	Quantität der Radabstellanlagen
Sehr gut	59	66	46	33
Gut	420	449	329	276
Teils, teils	659	581	541	494
Eher schlecht	205	232	263	368
Schlecht	95	121	97	120
Nicht vorhanden	63	60	214	208
Keine Angabe	52	44	63	54

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

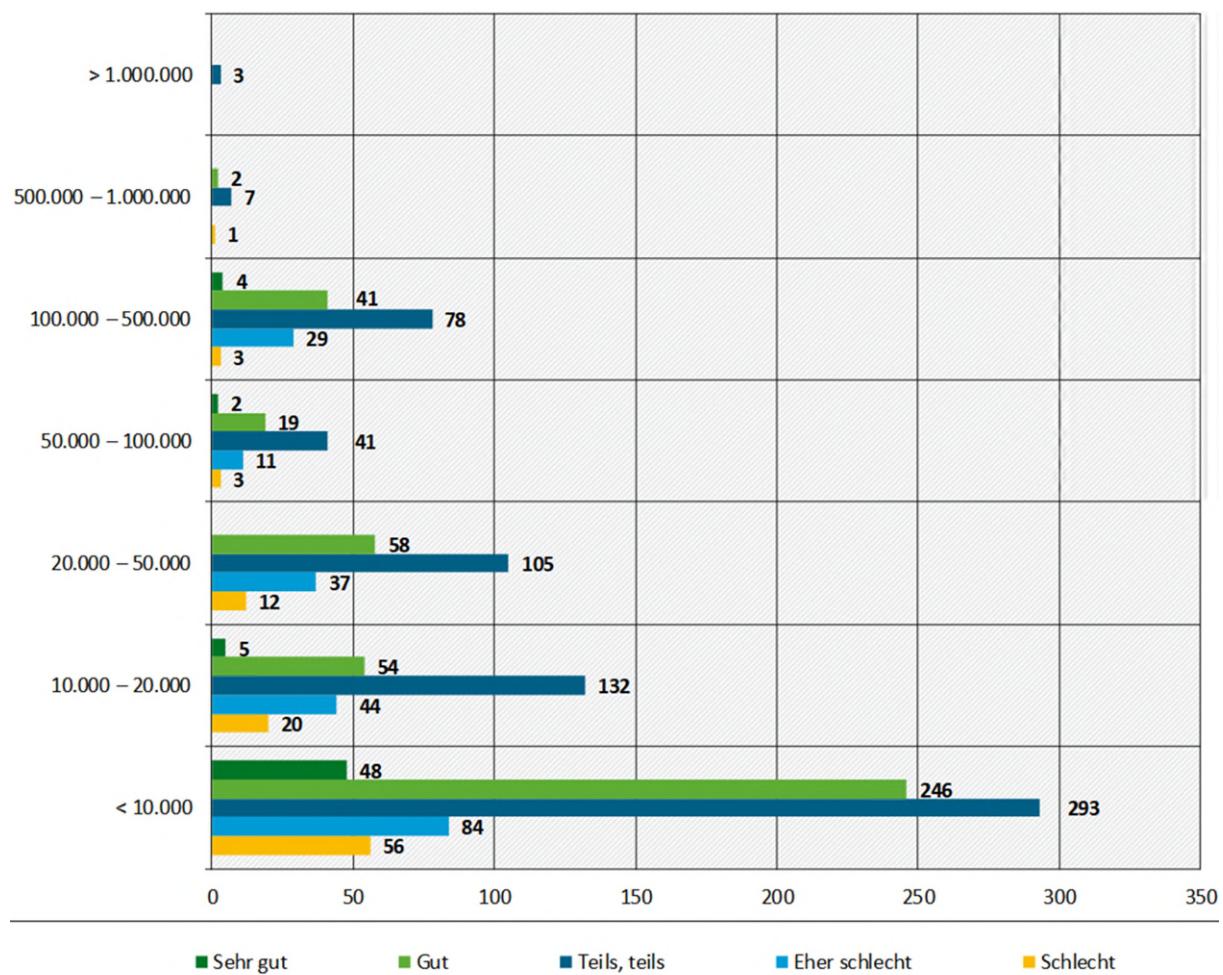
Abbildung 144 und Abbildung 145 zeigen die Eigeneinschätzungen der Kommunen bezogen auf die **Qualität der Radverkehrswege** – 1.438 Kommunen haben dies bewertet. Die Kommunen aus Bayern bewerten die Qualität der Radwege am besten, über die Hälfte bewerten sie mit gut und sehr gut. In den meisten Bundesländern überwiegt die mittlere Einschätzung „teils, teils“. Die meisten schlechten Bewertungen stammen aus Rheinland-Pfalz (21), Niedersachsen (17) und Schleswig-Holstein (12). Aus Abbildung 145 wird ersichtlich, dass auch in jeder Einwohnergrößenklasse die mittlere Bewertung der Radwegequalität überwiegt. In den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden ist dies allerdings dicht gefolgt von einer guten Wegequalitäts-Bewertung. Fast alle sehr guten Bewertungen stammen ebenfalls aus dieser Größenkategorie.

Abbildung 144: Qualität der Radverkehrswege nach Bundesländern (n=1.438)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

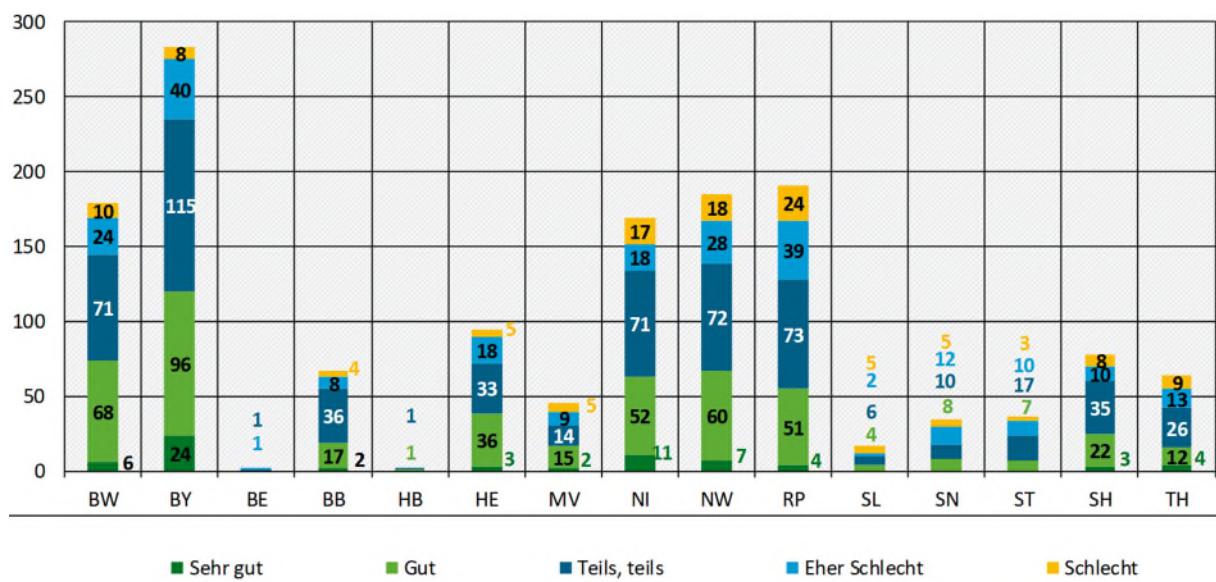
Abbildung 145: Qualität der Radverkehrswege nach Einwohnergrößen (n=1.438)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

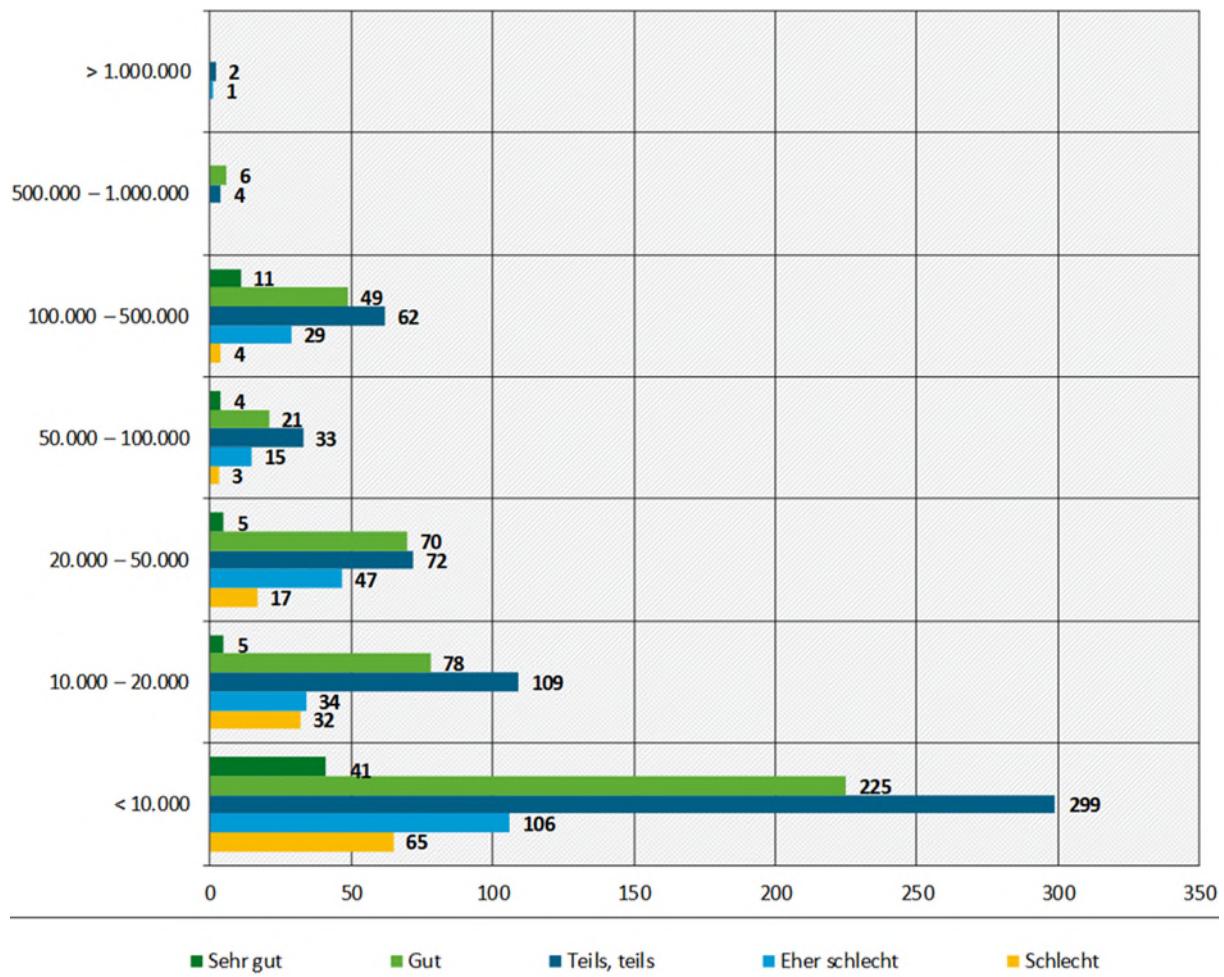
Die **Quantität der Radverkehrswege** ist in Abbildung 146 und Abbildung 147 dargestellt – 1.449 Kommunen haben dies bewertet. Die Aufteilung auf die Bundesländer ist relativ ähnlich wie bei der Qualität der Wege. Aus Bayern stammen wieder die besten Eigenbewertungen, fallen allerdings etwas schlechter aus als bei der Wegequalität. Auch bei der Aufteilung auf die Einwohnergrößenklassen fällt die Eigenbewertung recht ähnlich aus wie bei der Wegequalität – wieder ist die mittlere Bewertung am häufigsten je Größenkategorie vergeben. Allerdings gibt es in vielen Größenklassen fast so viele gute wie mittlere Bewertungen

Abbildung 146: Quantität der Radverkehrswege nach Bundesländern (n=1.449)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 147: Quantität der Radverkehrswege nach Einwohnergrößen (n=1.449)

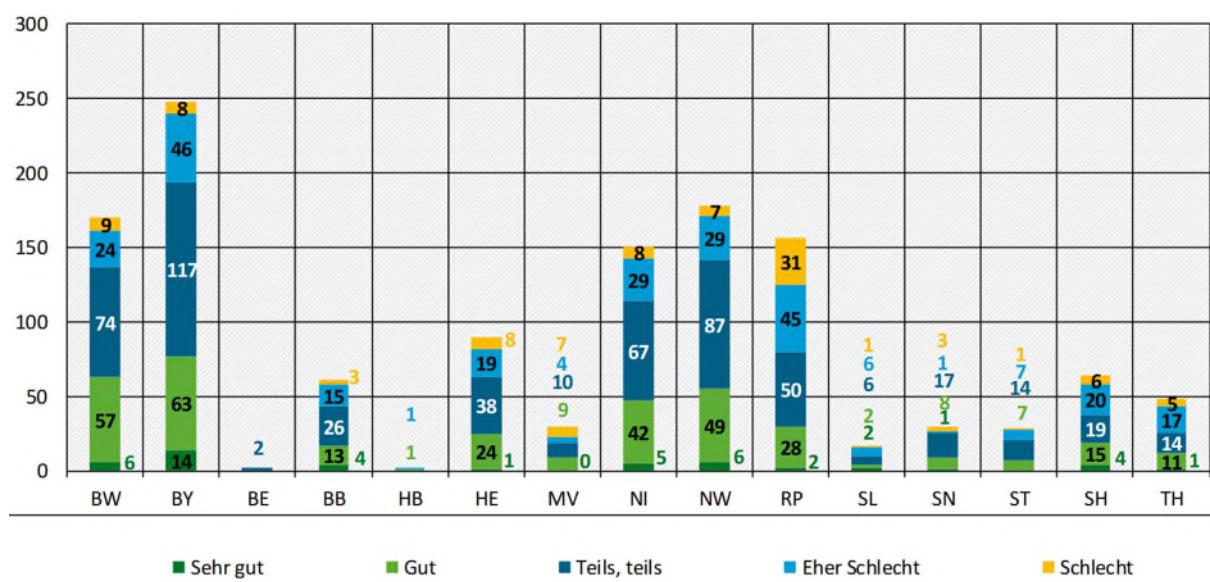


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 149 und Abbildung 150 zeigen die Eigenbewertungen zur **Qualität der Radabstellanlagen** – 1.276 Kommunen haben hierzu eine Bewertung abgegeben. Die meisten Bewertungen liegen wieder in der mittleren Kategorie „teils, teils“, insgesamt fällt die Bewertung schlechter aus, als bei den Radwegen. Die meisten sehr guten Bewertungen stammen wieder aus Bayern und die meisten schlechten aus Rheinland-Pfalz.

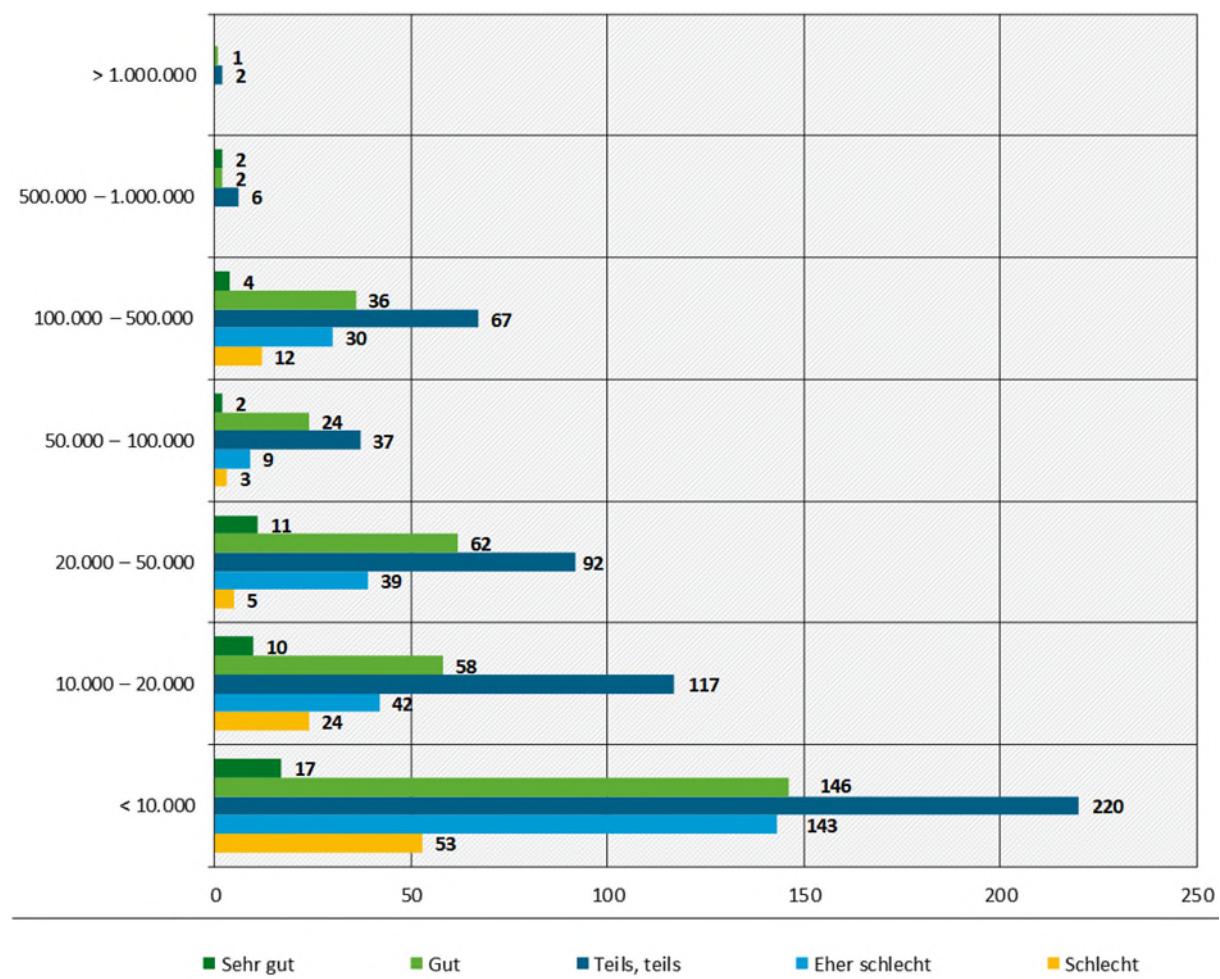
In allen Einwohnergrößenklassen überwiegt wieder die mittlere Bewertung. In den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden sowie in der Kategorie 100.000 – 500.000 ist auffällig, dass die zweit häufigste Kategorie „gut“ sehr dicht gefolgt ist von der Bewertungskategorie „eher schlecht“. In den dazwischen liegenden Einwohnergrößenklassen ist der Abstand zwischen „gut“ und „eher schlecht“ deutlicher.

Abbildung 148: Qualität der Radabstellanlagen nach Bundesländern (n=1.276)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 149: Qualität der Radabstellanlagen nach Einwohnergrößen (n=1.276)

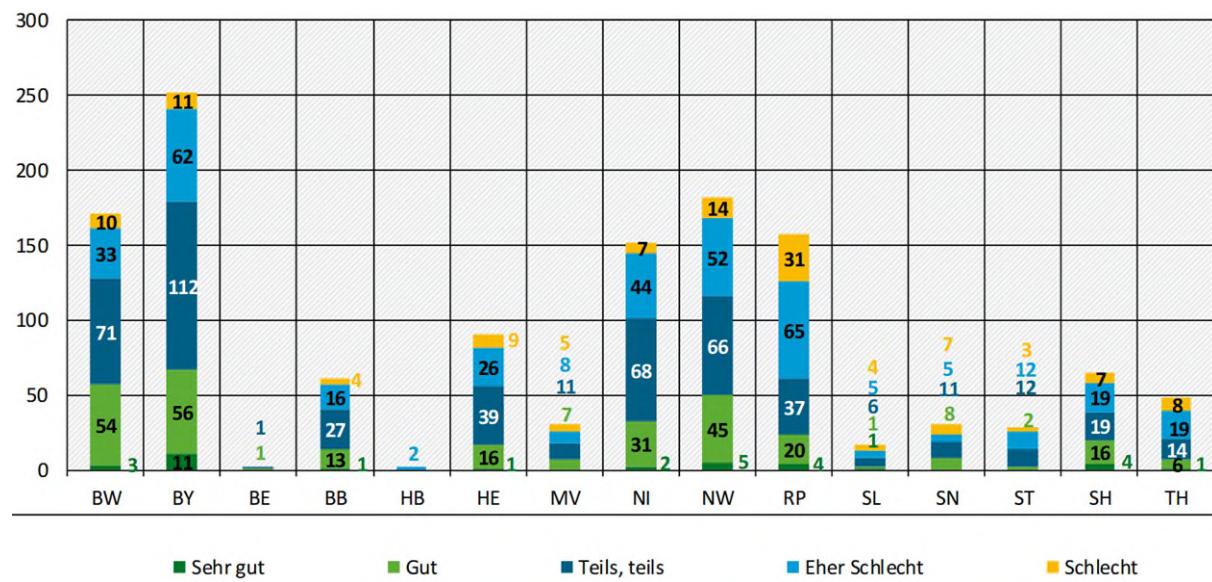


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 150 und Abbildung 151 zeigt die Bewertung der Kommunen zur **Quantität von Radabstellanlagen** – 1.291 Kommunen haben dies bewertet. Die quantitative Ausstattung mit Radabstellanlagen wird nochmal schlechter bewertet als die qualitative Ausstattung. Die Bewertungskategorien „eher schlecht“ und „schlecht“ sind hier deutlich stärker vertreten und verteilt sich auf alle Bundesländer. Zwar hat Bayern immer noch die größte Summe aus guten und sehr guten Bewertungen, doch auch hier fallen die Einschätzungen deutlich schlechter aus. Auffällig sind wieder die meisten schlechten Bewertungen aus Rheinland-Pfalz.

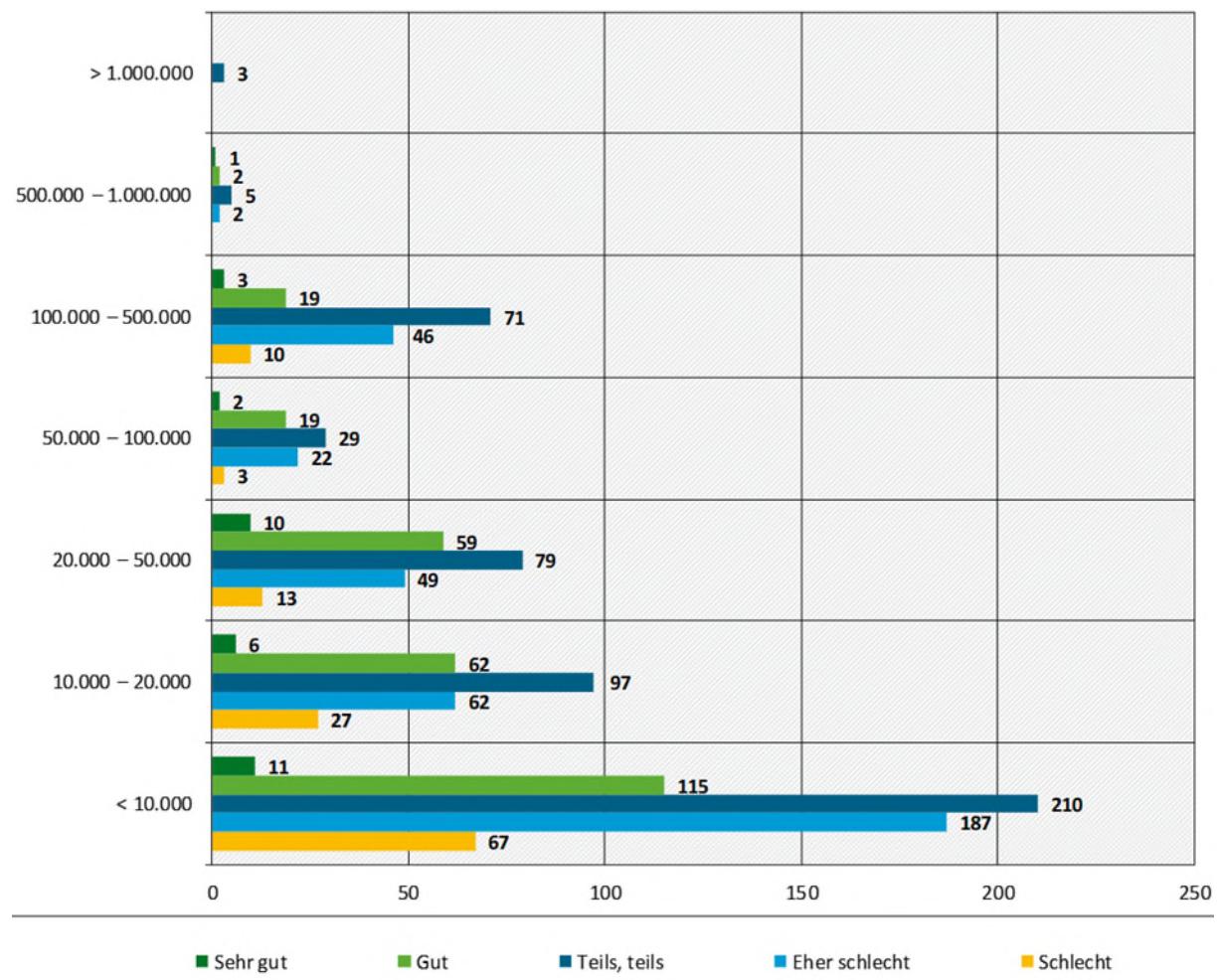
Auch bei den Einwohnergrößenklassen wird die recht schlechte Einschätzung der Quantität von Radabstellanlagen deutlich. Zwar überwiegen je Größenklasse wieder die mittlere Bewertung, doch ist dies in fast allen Größenklassen gefolgt von der Eigenbewertung „eher schlecht“. Besonders deutlich ist dies in den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden und in der Kategorie 100.000 – 500.000.

Abbildung 150: Quantität der Radabstellanlagen nach Bundesländern (n=1.291)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 151: Quantität der Radabstellanlagen nach Einwohnergrößen (n=1.291)



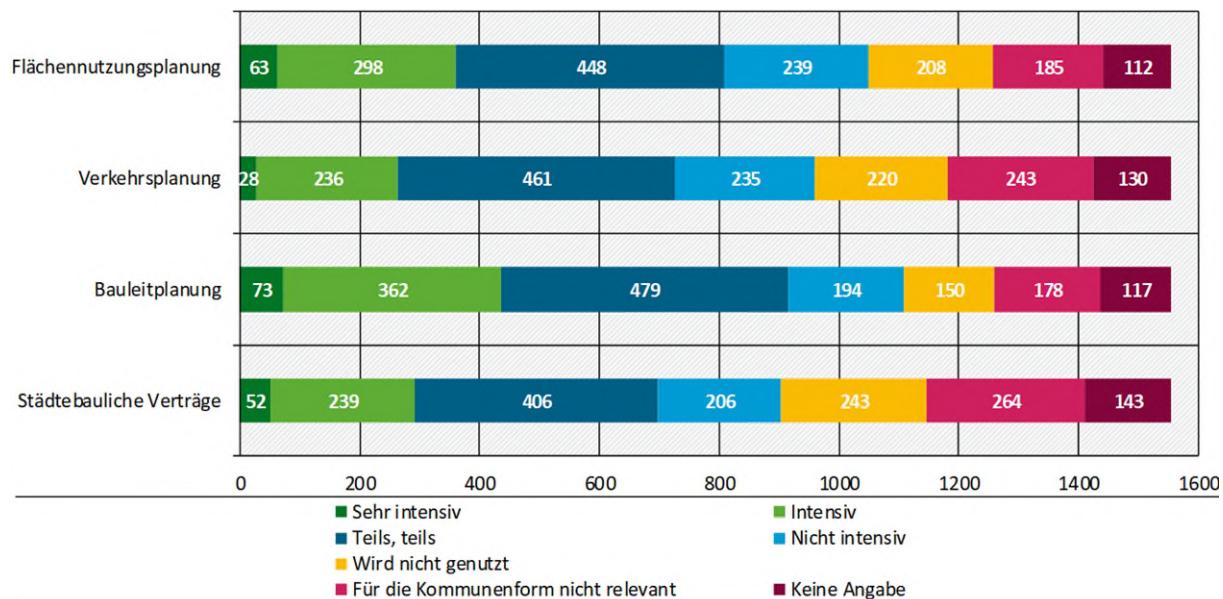
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.9 Klimaschutz in der kommunalen Planung

Um einen Einblick zu erhalten, wie intensiv die Kommunen ihre Planungshoheit für den Klimaschutz einsetzen, haben wir dies in Bezug auf die Flächennutzungs-, Verkehrs- und Bauleitplanung sowie städtebauliche Verträge abgefragt.

In der Summe aus sehr intensiver und intensiver Nutzung wird die Bauleitplanung (435) am stärksten eingesetzt, um Klimaschutzbelange zu berücksichtigen, gefolgt von der Flächennutzungsplanung (361), den städtebaulichen Verträgen (291) und der Verkehrsplanung (264). Details zeigt Abbildung 152.

Abbildung 152: Berücksichtigung von Klimaschutz in kommunalen Planungsinstrumenten (n=1.553)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 58 zeigt wieder die Antwortmöglichkeit „für unsere Kommunenform nicht relevant“ aufgeteilt auf die Planungsinstrumente und die Kommunenform. Dabei wird eine gewisse Zweiteilung deutlich. Die Flächennutzungsplanung (185) und Bauleitplanung (178) geben recht wenig Kommunen als nicht relevant für ihre Verwaltungsform an. Die Verkehrsplanung (243) und die städtebaulichen Verträge (264) haben für mehr Kommunen keine Relevanz. Keine der 59 teilnehmenden kreisfreien Städte sehen ein Planungsinstrument für sie als irrelevant an. Bei den Landkreisen ist die Verkehrsplanung deutlich am relevantesten, wohingegen die städtebaulichen Verträge für 55 % der teilnehmenden Landkreise keine Relevanz bezogen auf die Kommunenform haben. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bildet sich das Gesamtbild wieder – unter 10 % der 1.323 teilnehmenden kreisangehörigen Städte und Gemeinden geben an die Flächennutzungs- und Bauleitplanung wären für ihre Kommunenform nicht relevant. Bei den städtebaulichen Verträgen und der Verkehrsplanung steigen diese Werte auf ca. 13 % bis 15 %.

Tabelle 58: Planungsinstrumente mit fehlender Relevanz für die jeweilige Kommunenform

	Flächennutzungsplanung	Verkehrsplanung	Bauleitplanung	Städtebauliche Verträge
Kreisfreie Städte	0	0	0	0
Landkreise	65	39	68	87

	Flächennutzungs- planung	Verkehrsplanung	Bauleitplanung	Städtebauliche Verträge
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	120	204	110	177
Gemeindeverbände	0	0	0	0
Bezirke	0	0	0	0
Summe	185	243	178	264

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

In den folgenden Abschnitten wird für die vier abgefragten Planungsinstrumente jeweils die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen sowie die Querbezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen dargestellt. Zur Erinnerung: Unter den teilnehmenden Kommunen insgesamt ist das Verhältnis von Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal etwa ausgeglichen – 54 % haben Klimaschutzpersonal (Kapitel 4.2). Bei den Neutralitätszielen ist das Verhältnis etwas unausgeglichen – insgesamt haben oder erstellen knapp 40 % der teilnehmenden Kommunen ein Neutralitätsziel (Kapitel 4.4.2). Bei den Neutralitätszielen werden die bereits vorhandenen und die in Erstellung befindlichen Ziele gemeinsam den nicht vorhandenen Zielen gegenübergestellt. Diese Verhältnisse sind relevant für die Interpretation der Querbezüge.

Darüber hinaus folgt ein Einblick in die Nutzung von Solardachkatastern. Diese bilden selbstverständlich kein formelles Planungsinstrument, passen aber am besten in diesen Berichtsabschnitt hinein.

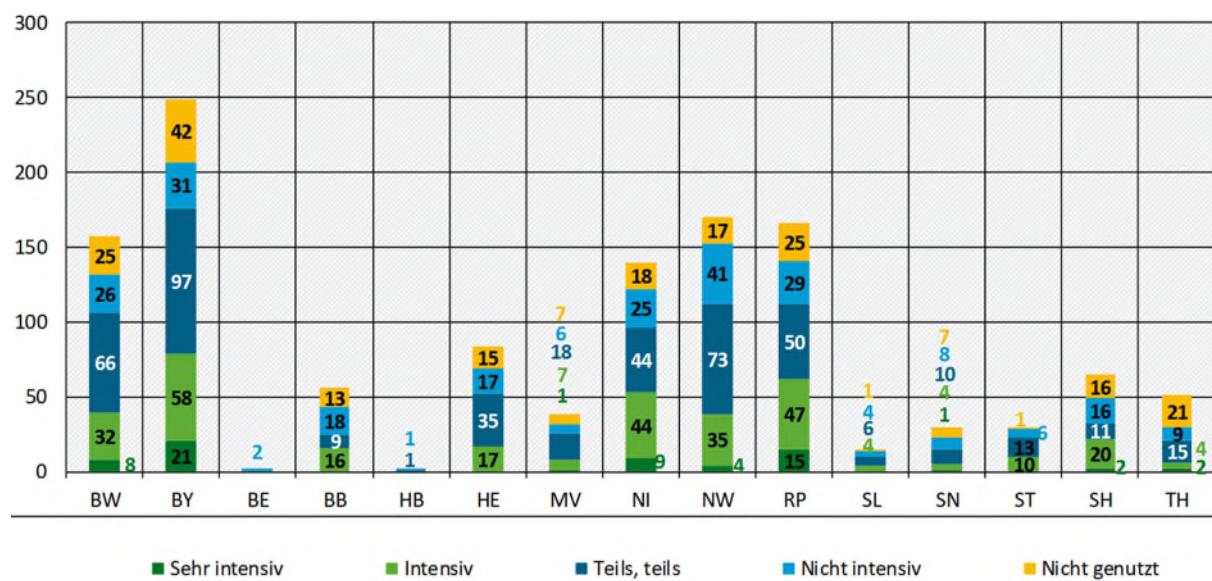
4.9.1 Flächennutzungsplanung

Die Flächennutzungsplanung wird in der Summe aus intensiver und sehr intensiver Nutzung innerhalb der abgefragten Planungsinstrumente am zweitstärksten genutzt, um Klimaschutzbelange umzusetzen.

Abbildung 161 und Abbildung 162 zeigen die Aufteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Eine sehr intensive Integration von Klimaschutz in die Flächennutzungsplanung erfolgt vor allem in Kommunen aus Bayern (21) und Rheinland-Pfalz (15). In den meisten Bundesländern nutzen kaum bis keine Kommunen die Flächennutzungsplanung sehr intensiv für den Klimaschutz. Der Blick in die Einwohnergrößenklassen verdeutlicht, dass die sehr intensive Nutzung vor allem in den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden erfolgt. Der intensive Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz ist deutlich gleichmäßiger verteilt. Im Verhältnis zur Teilnehmendenzahl sind z. B. aus Schleswig-Holstein (20) und Sachsen-Anhalt (10) viele Kommunen vertreten, die die Flächennutzungsplanung intensiv für den Klimaschutz einsetzen. In der Summe aus nicht intensiv und nicht genutzt gibt es im Verhältnis zur Teilnehmendenzahl viele Kommunen aus Schleswig-Holstein (32) und Thüringen (30). Die absolut höchsten Werte dieser Kategorien stammen aus Bayern (73), Nordrhein-Westfalen (58) und Rheinland-Pfalz (54).

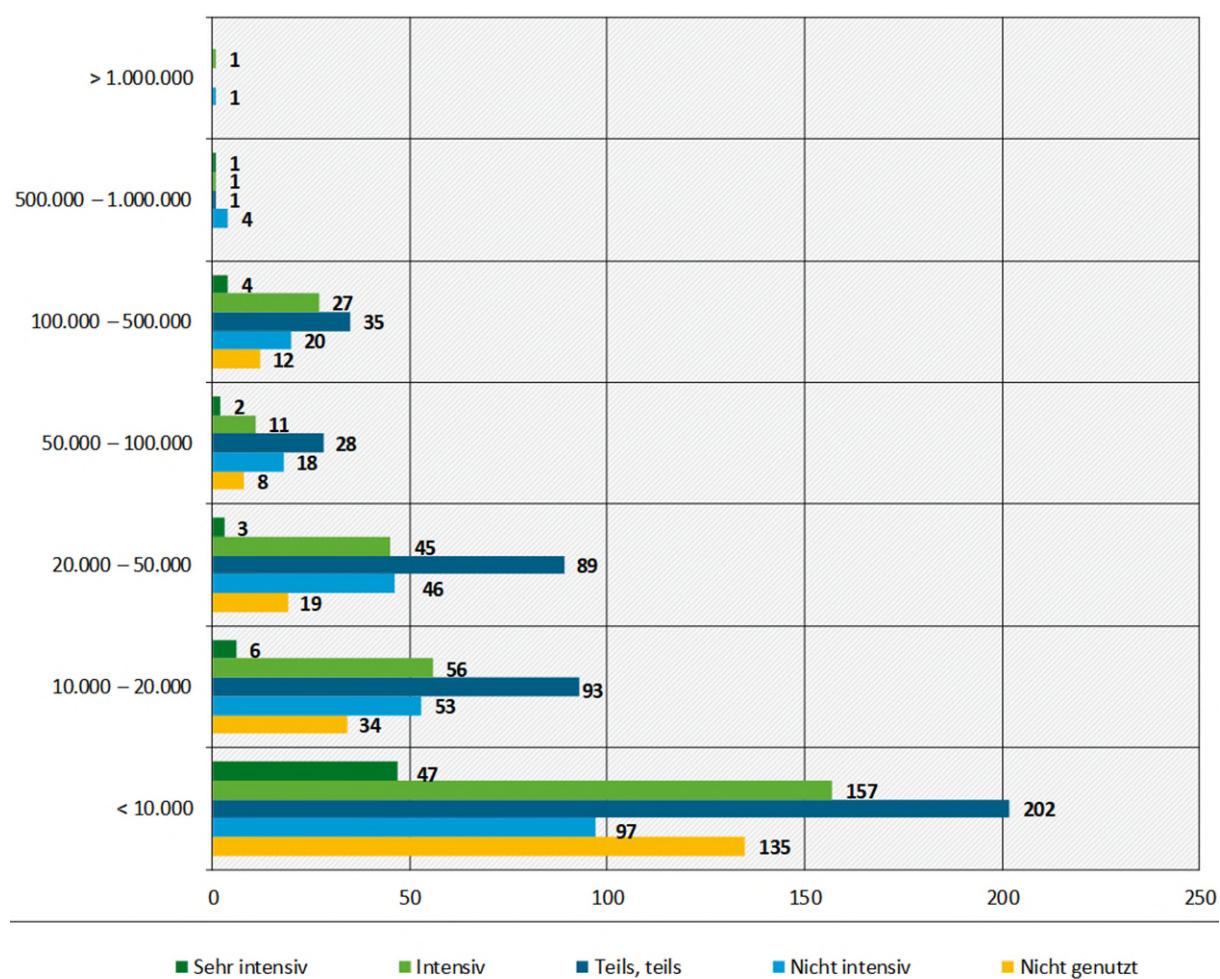
Bei den Einwohnergrößenklassen verteilen sich die intensive, mittlere (teils, teils) sowie nicht intensive Nutzung der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz recht gleichmäßig über die Größenkategorien auf. Kommunen, die die Flächennutzungsplanung nicht für den Klimaschutz einsetzen, stammen zum großen Teil aus den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden, allerdings gibt es in allen Größenklassen bis 500.000 Einwohnende einen relevanten Anteil.

Abbildung 153: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Flächennutzungsplanung nach Bundesländern (n=1.256)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 154: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Flächennutzungsplanung nach Einwohnergrößen (n=1.256)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 59 und Tabelle 60 zeigen die Querbezüge zwischen dem Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bzw. Neutralitätszielen.

Eine sehr intensive Nutzung ist gleichmäßig verteilt auf Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal. Eine intensive, mittlere und nicht intensive Nutzung erfolgt durch mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal. Etwas mehr Kommunen, die die Flächennutzungsplanung nicht für den Klimaschutz einsetzen oder dies für die Kommunenform als nicht relevant ansehen, haben kein Personal.

Bei der sehr intensiven und intensiven Nutzung ist das Verhältnis zwischen Kommunen mit und ohne Neutralitätszielen recht ausgeglichen. Im Verhältnis nutzen also mehr Kommune mit Neutralitätszielen die Flächennutzung sehr intensiv oder intensiv. Ab einer mittleren Intensität nimmt die Anzahl an Kommunen ohne Neutralitätsziel zu. Besonders stark ist der Unterschied bei keiner Nutzung oder der Einschätzung, dass die Flächennutzungsplanung für die Kommunenform nicht relevant ist.

Tabelle 59: Querbezug zwischen Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.436)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr intensive Nutzung	31	32
Intensive Nutzung	180	117
Mittlere Nutzung (teils, teils)	264	183
Keine intensive Nutzung	137	101
Keine Nutzung	88	119
Für Kommunenform nicht relevant	81	103

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 60: Querbezug zwischen Einsatz der Flächennutzungsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.413)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr intensive Nutzung	14	13	33
Intensive Nutzung	97	47	150
Mittlere Nutzung (teils, teils)	132	66	241
Keine intensive Nutzung	75	34	125
Keine Nutzung	31	23	151
Für Kommunenform nicht relevant	34	16	131

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

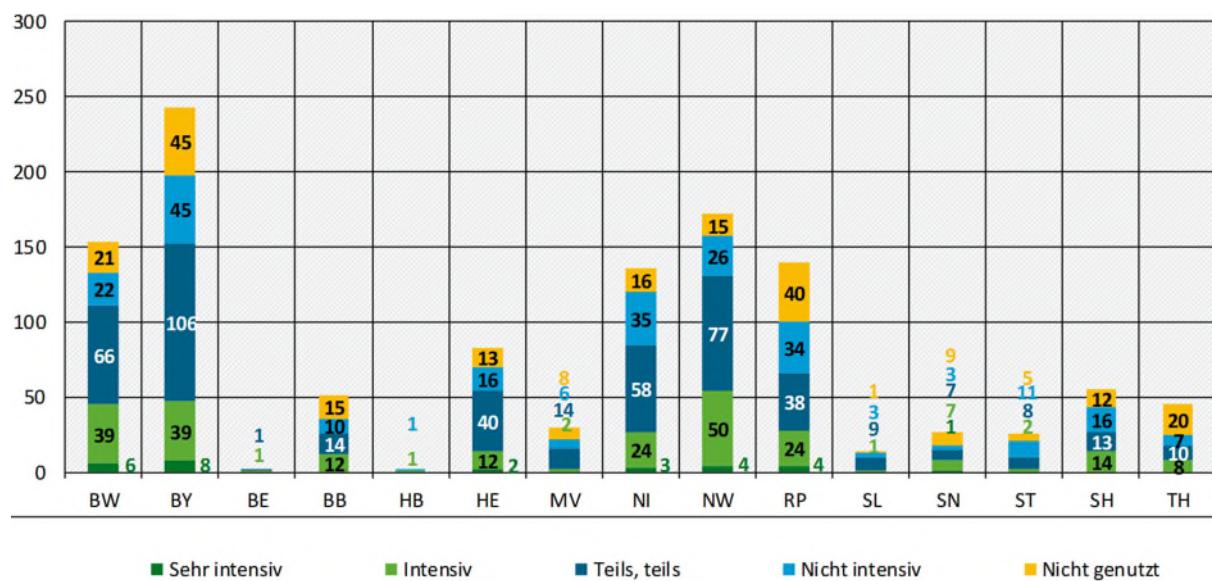
4.9.2 Verkehrsplanung

Die Verkehrsplanung wird von den abgefragten Planungsinstrumenten in der Summe aus sehr intensiver und intensiver Nutzung am wenigsten genutzt, um Klimaschutzbelange umzusetzen.

Abbildung 155 und Abbildung 156 zeigen die Aufteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Im Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt nutzten kaum Kommunen die Verkehrsplanung intensiv für den Klimaschutz. Die intensivste Nutzung erfolgt in Nordrhein-Westfalen. Im Verhältnis zur Teilnahmezahl gibt es auch einige Kommunen aus Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen mit intensiven Nutzungen.

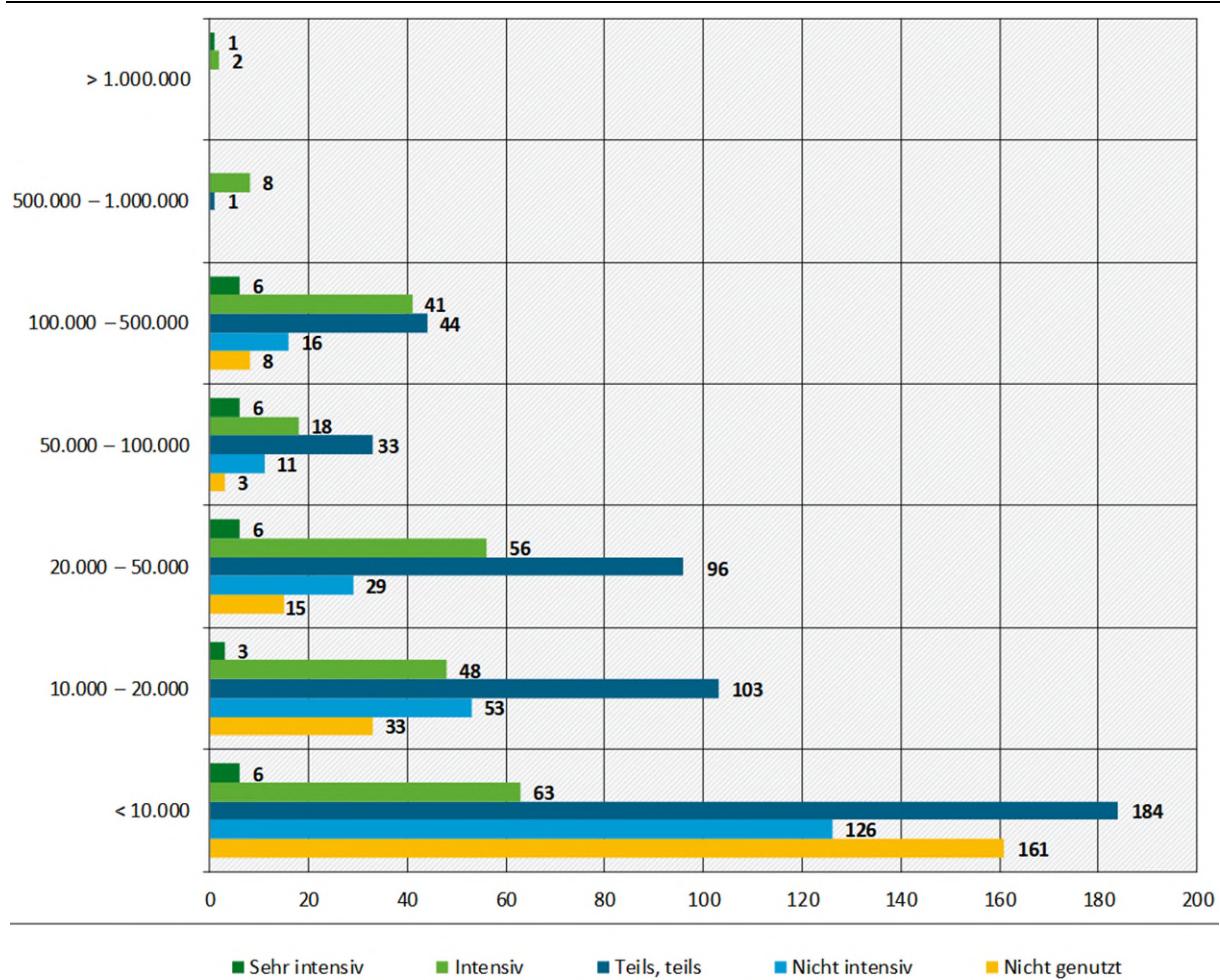
Intensive Nutzungen der Verkehrsplanung für den Klimaschutz sind vor allem in den größeren Kommunen zu verzeichnen, wobei auch die Kategorie 20.000 – 50.000 Einwohnende durchaus stark vertreten ist. Nicht intensive und keine Nutzung der Verkehrsplanung für den Klimaschutz ist am stärksten in den kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden vertreten.

Abbildung 155: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Verkehrsplanung nach Bundesländern (n=1.180)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 156: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Verkehrsplanung nach Einwohnergrößen (n=1.180)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 61 und Tabelle 62 zeigen den Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Im Vergleich zur Flächennutzungsplanung ergibt sich bei der Verkehrsplanung ein anderes Bild. Die sehr intensive und intensive Nutzung der Verkehrsplanung für Klimaschutzbelange erfolgt in deutlich mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal als in Kommunen ohne Klimaschutzpersonal. Keine Nutzung und die Einschätzung, dass die Verkehrsplanung für die Kommunenform nicht relevant ist, ist in deutlich mehr Kommunen ohne Klimaschutzpersonal vertreten.

Ähnlich gestaltet sich die Verteilung bei den Neutralitätszielen. Eine sehr intensive und intensive Nutzung erfolgt durch deutlich mehr, eine mittlere Nutzung durch leicht mehr Kommunen mit Neutralitätszielen. Keine intensive Nutzung, keine Nutzung und fehlende Relevanz für die Kommunenform ist hauptsächlich in Kommunen ohne Neutralitätsziel vertreten. Dadurch, dass es insgesamt deutlich weniger Kommunen mit als ohne Neutralitätsziel gibt, ist diese Aufteilung sehr deutlich. In dieses Verhältnis spielt mit ein, dass viele größere Kommunen die Verkehrsplanung intensiv für den Klimaschutz nutzen. Allerdings sind durchaus auch mittlere und kleinere Kommunen vertreten, sodass die Querbezüge nicht allein auf die Kommunengröße zurückzuführen sind.

Tabelle 61: Querbezug zwischen Einsatz der Verkehrsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.418)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr intensive Nutzung	25	3
Intensive Nutzung	188	47
Mittlere Nutzung (teils, teils)	299	161
Keine intensive Nutzung	126	107
Keine Nutzung	70	150
Für Kommunenform nicht relevant	66	176

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 62: Querbezug zwischen Einsatz der Verkehrsplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.395)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr intensive Nutzung	14	6	7
Intensive Nutzung	98	53	82
Mittlere Nutzung (teils, teils)	160	68	222
Keine intensive Nutzung	49	32	149
Keine Nutzung	29	26	162
Für Kommunenform nicht relevant	29	12	197

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.9.3 Bauleitplanung

Die Bauleitplanung wird von den teilnehmenden Kommunen am intensivsten genutzt, um Klimaschutzbelaenge umzusetzen. Abbildung 157 und Abbildung 158 zeigen die Aufteilungen auf die Bundesländer und Einwohnergrößenklassen. Hierbei sind wieder die bereits häufig genannten Bundesländer viel vertreten. Darüber hinaus wird die Bauleitplanung aber auch in Rheinland-Pfalz, Hessen und Schleswig-Holstein recht stark für den Klimaschutz eingesetzt. Keine Nutzung der Bauleitplanung für den Klimaschutz erfolgt im Verhältnis zur Teilnahmezahl in vielen Kommunen aus Thüringen, wohingegen z. B. aus Sachsen-Anhalt keine Kommune diese Kategorie angegeben hat.

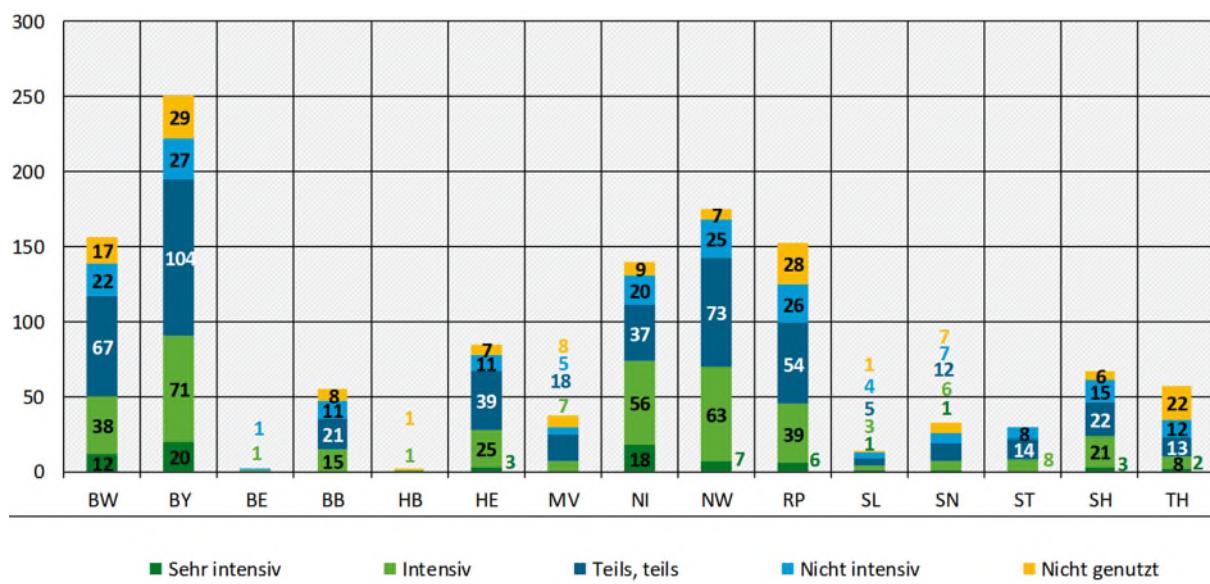
Im Vergleich zur Verkehrsplanung wird die Bauleitplanung sehr viel gleichmäßiger über die Einwohnergrößenklassen intensiv genutzt. Hier sind die teilnahmestarken Kommunen unter 10.000 Einwohnenden wieder stark vertreten, gleichzeitig sind sie die größte Gruppe mit keiner Nutzung der Bauleitplanung für den Klimaschutz. In der Größenkategorie 50.000 – 100.000 Einwohnende ist die intensive Nutzung die am häufigsten genannte Intensität.

Tabelle 72 zeigt, dass in allen Kategorien von sehr intensiver Nutzung bis keine intensive Nutzung durch mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal erfolgt als durch Kommunen ohne.

Bei keiner Nutzung der Bauleitplanung und der fehlenden Relevanz für die Kommunenform ist das Verhältnis umgedreht.

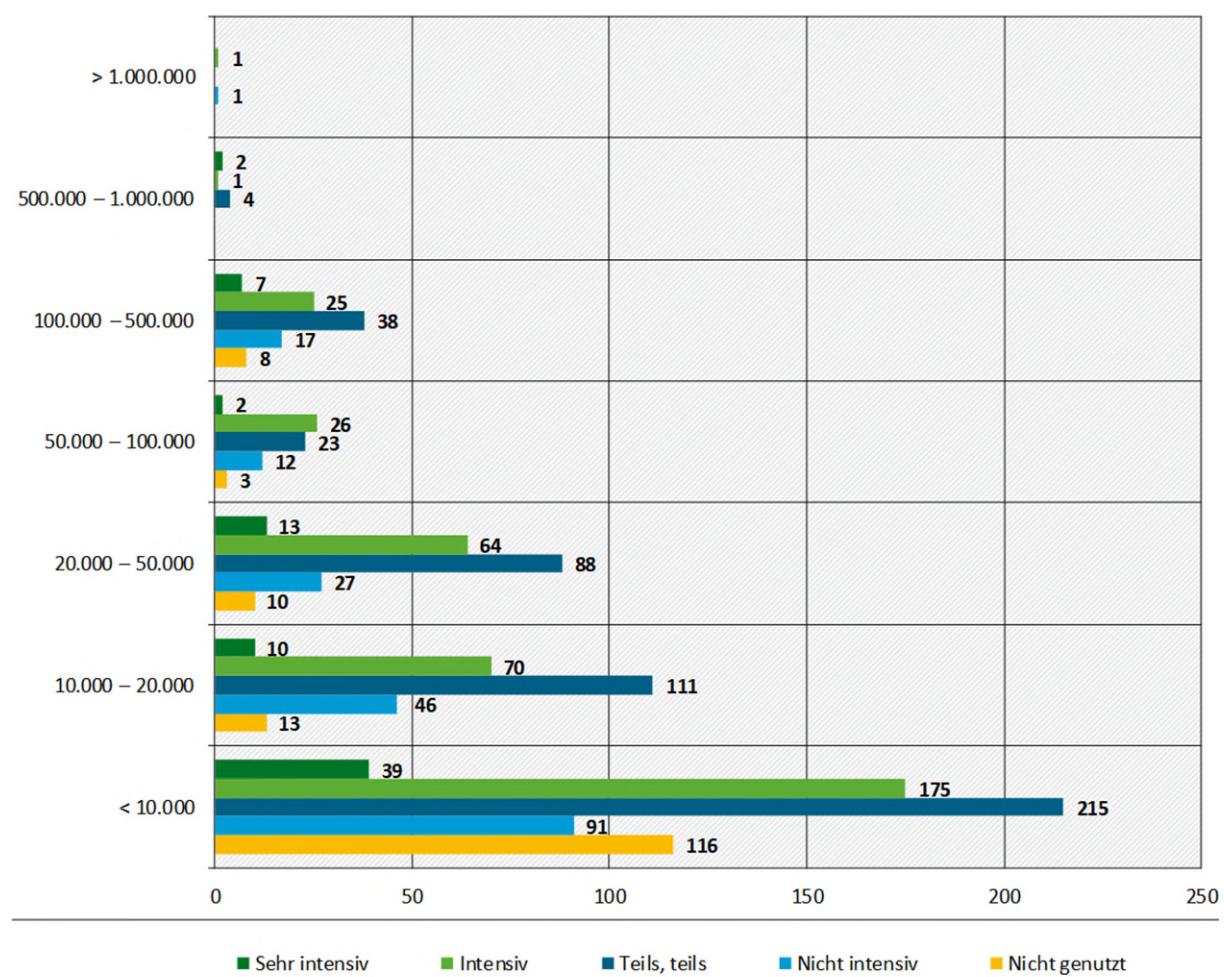
Tabelle 64 zeigt wieder, dass die sehr intensive und intensive Nutzung der Bauleitplanung für Klimaschutzbelange von mehr Kommunen mit Neutralitätszielen erfolgt. Ab der mittleren Intensität erfolgt eine Nutzung durch mehr Kommunen ohne Neutralitätsziel, wobei das Verhältnis mit abnehmender Intensität immer deutlicher wird.

Abbildung 157: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Bauleitplanung nach Bundesländern (n=1.258)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 158: Intensität von Klimaschutzbelangen in der Bauleitplanung nach Einwohnergrößen (n=1.258)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 63: Querbezug zwischen Einsatz der Bauleitplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.431)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr intensive Nutzung	46	26
Intensive Nutzung	226	136
Mittlere Nutzung (teils, teils)	284	194
Keine intensive Nutzung	104	88
Keine Nutzung	47	103
Für Kommunenform nicht relevant	70	107

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 64: Querbezug zwischen Einsatz der Bauleitplanung für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.409)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr intensive Nutzung	25	12	32
Intensive Nutzung	123	59	176
Mittlere Nutzung (teils, teils)	135	78	257
Keine intensive Nutzung	56	24	111
Keine Nutzung	10	13	124
Für Kommunenform nicht relevant	33	15	126

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.9.4 Städtebauliche Verträge

Die Intensität, mit der die teilnehmenden Kommunen städtebauliche Verträge für Klimaschutzbelange nutzen, sind in Abbildung 159 und Abbildung 160 aufgeteilt auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen dargestellt.

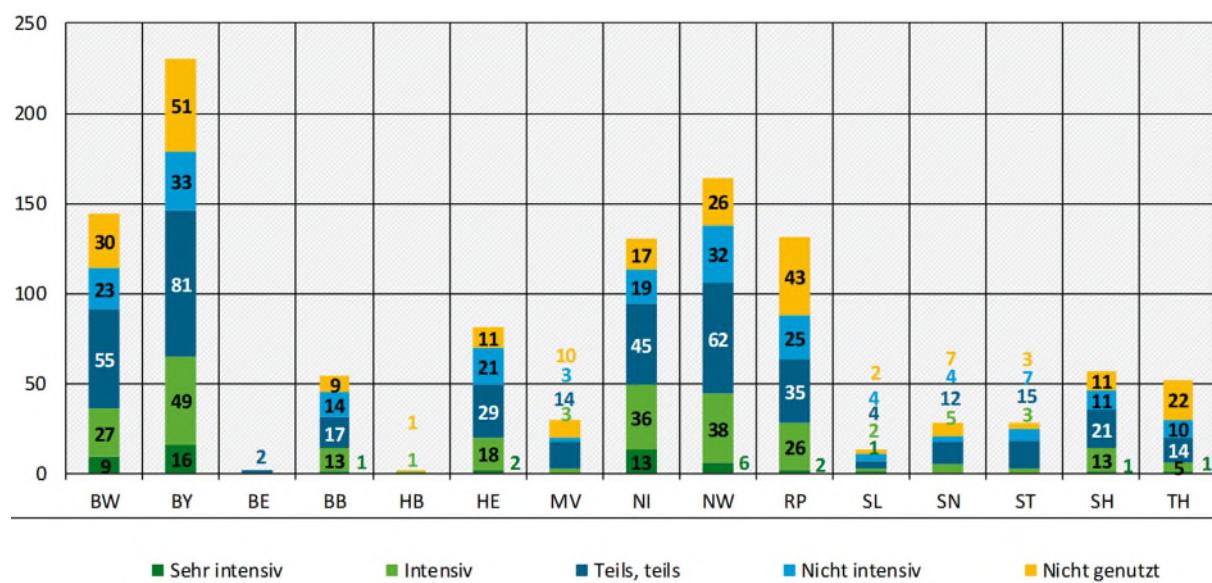
Die Verteilung auf die Bundesländer ähnelt der der Bauleitplanung, wobei bei den städtebaulichen Verträgen jeweils deutlich mehr Kommunen keine Nutzung angeben. Besonders in Thüringen und Schleswig-Holstein ist der Anteil an Kommunen, die städtebauliche Verträge nicht für den Klimaschutz nutzen, recht hoch.

Die Aufteilung auf die Einwohnergrößenklassen zeigt, dass keine Nutzung von städtebaulichen Verträgen sehr stark kleine Kommunen betrifft. Gleichzeitig bilden die kleinen Kommunen aufgrund ihrer starken Teilnahmezahl insgesamt auch die größte Gruppe mit sehr intensiver und intensiver Nutzung städtebaulicher Verträge. Insgesamt zeigt sich ein recht diverses Nutzungsverhalten durch alle Einwohnergrößenklassen.

Tabelle 65 zeigt wieder, dass in den Kategorien von sehr intensiver bis keine intensive Nutzung jeweils mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal vertreten sind. Bei der sehr Intensiven Nutzung ist die Verteilung mit einem Verhältnis von 1:4 besonders deutlich. In den beiden Kategorien keine Nutzung und fehlende Relevanz für die Kommunenform sind wieder mehr Kommunen ohne Klimaschutzpersonal vertreten.

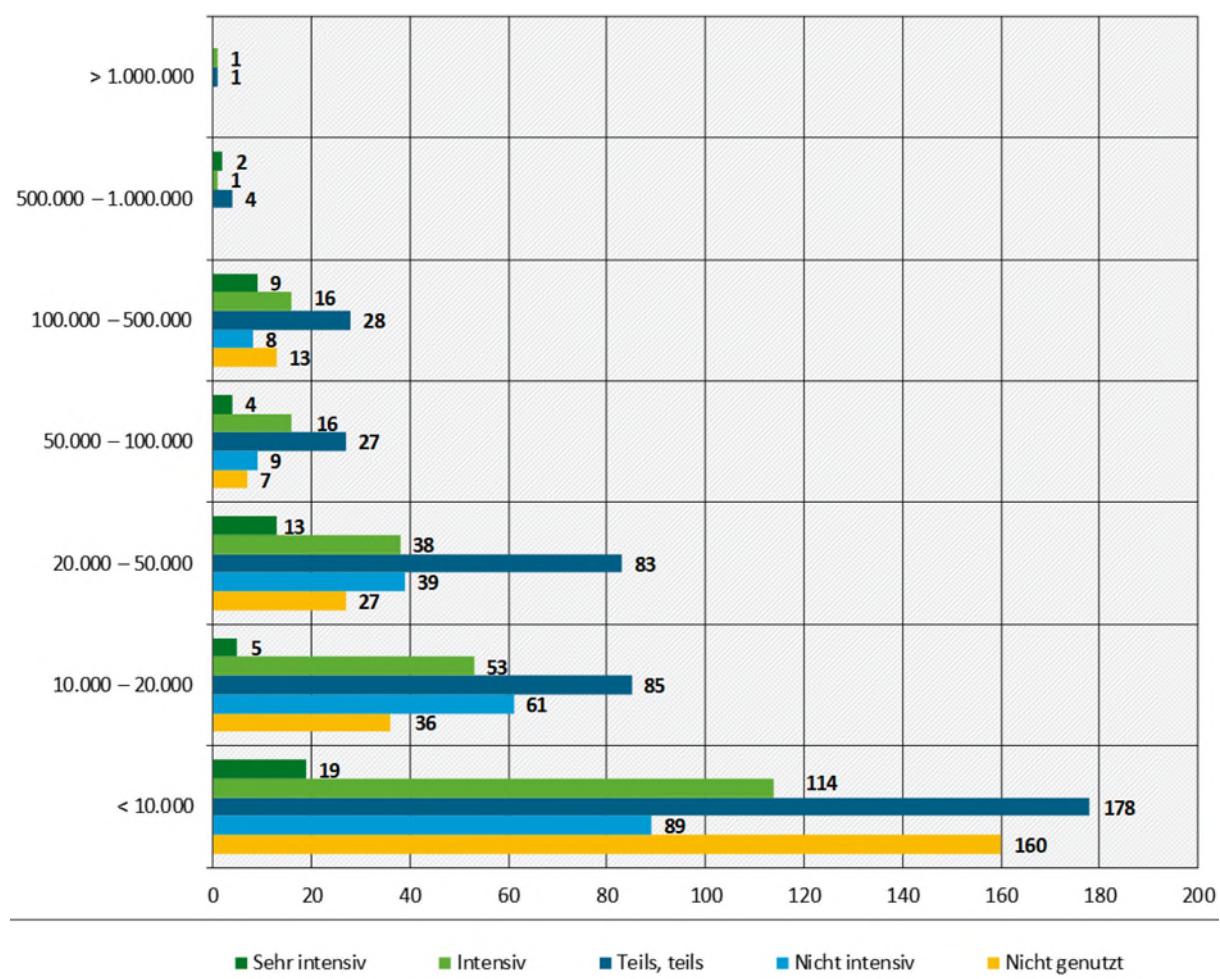
Tabelle 66 verdeutlicht, dass mehr Kommunen mit Neutralitätszielen städtebauliche Verträge sehr intensiv für Klimaschutzbelange einsetzen. In den Kategorien intensive und mittlere Nutzung ist das Verhältnis sehr ausgeglichen. Ab der Kategorie keine intensive Nutzung sind mehr Kommunen ohne Neutralitätsziel vertreten.

Abbildung 159: Intensität von Klimaschutzbelangen in städtebaulichen Verträgen nach Bundesländern (n=1.146)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 160: Intensität von Klimaschutzbelangen in städtebaulichen Verträgen nach Einwohnergrößen (n=1.146)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 65: Querbezug zwischen Einsatz städtebaulicher Verträge für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.410)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr intensive Nutzung	42	10
Intensive Nutzung	147	91
Mittlere Nutzung (teils, teils)	248	157
Keine intensive Nutzung	123	88
Keine Nutzung	100	142
Für Kommunenform nicht relevant	102	160

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 66: Querbezug zwischen Einsatz städtebaulicher Verträge für den Klimaschutz und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.384)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr intensive Nutzung	29	8	12
Intensive Nutzung	78	40	118
Mittlere Nutzung (teils, teils)	128	74	199
Keine intensive Nutzung	61	31	108
Keine Nutzung	38	24	178
Für Kommunenform nicht relevant	42	19	197

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.9.5 Solardachkataster

Solardachkataster sind selbstverständlich keine verbindlichen Planungsinstrumente der Kommune. Sie können aber ein hilfreiches informatorisches Instrument sein, um den Ausbau von Solarenergie auf Gebäuden voranzubringen. In 212 der teilnehmenden Kommunen gibt es ein kommunales, in 662 Kommunen ein überkommunales Solardachkataster. Überkommunale Kataster können beispielsweise vom Gemeindeverband, Landkreis oder dem Bundesland ausgehen. Nur 85 Kommunen planen neue Solardachkataster zu erstellen.

Abbildung 161 und Abbildung 162 zeigen die Verteilung der kommunalen, überkommunalen und geplanten Solardachkataster aufgeteilt auf die Bundesländer und Einwohnergrößenklassen. Abbildung 163 zeigt die Verteilung auf die Kommunenformen, allerdings nur für die kommunalen und überkommunalen Solardachkataster, nicht für die geplanten.

In allen Bundesländern gibt es deutlich mehr überkommunale als kommunale Solardachkataster. Die meisten kommunalen Kataster gibt es in Bayern. Im Vergleich dazu gibt es in Hessen mit drei nur sehr wenig kommunale Solardachkataster. Die meisten neuen Solardachkataster werden in Bayern (26), Schleswig-Holstein (14), Sachsen-Anhalt (11) und Niedersachsen (11) geplant. Die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen zeigt, dass überkommunale Solardachkataster vor allem in den kleinen Kommunen zum Einsatz kommen. Ab 50.000 Einwohnenden ist das Verhältnis aus kommunalen und überkommunalen Katastern fast ausgeglichen. Die meisten neuen Kataster werden in kleinen Kommunen geplant.

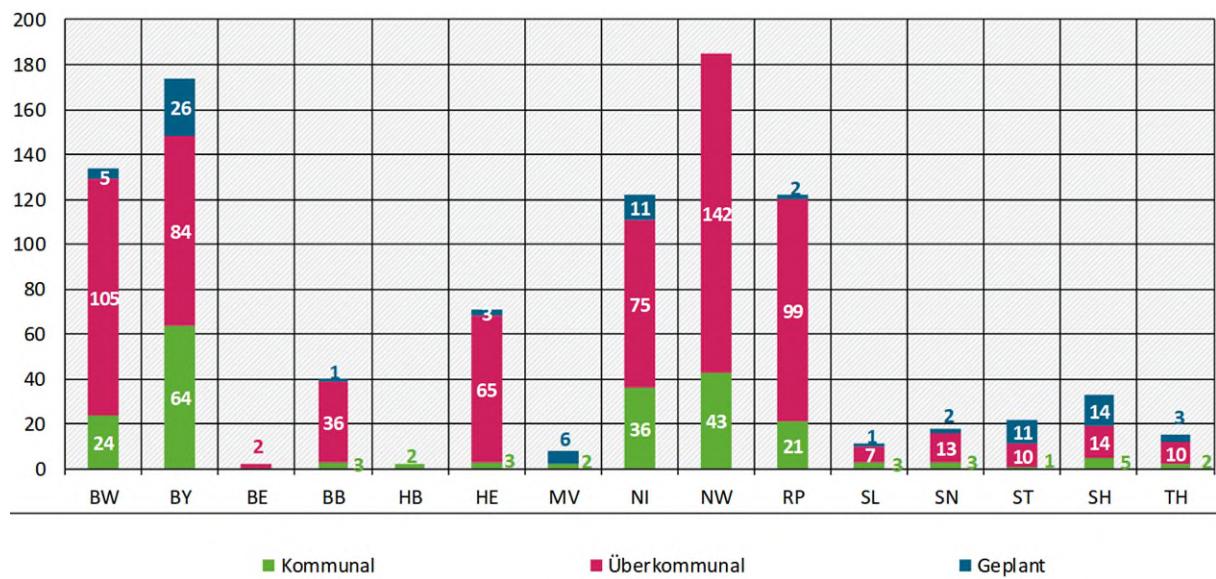
Kommunale und überkommunale Solardachkataster kommen in kreisfreien Städten und Landkreisen jeweils ähnlich häufig zum Einsatz. In kreisangehörigen Städten und Gemeinden hingegen überwiegen die überkommunalen Kataster deutlich.

Aus Tabelle 75 geht ein sehr klarer Querbezug zwischen Solardachkatastern und Klimaschutzpersonal hervor. Kommunale und überkommunale Kataster sind sehr viel häufiger in Kommunen mit Klimaschutzpersonal vorhanden, als in Kommunen ohne Klimaschutzpersonal. Bei den geplanten Katastern ist die Verteilung immer noch deutlich, aber etwas abgeschwächt. Keine Kataster gibt es hingegen fast viermal häufiger in Kommunen ohne Klimaschutzpersonal, als in Kommunen mit Klimaschutzpersonal.

Aus Tabelle 76 geht in abgeschwächter Form ebenfalls ein Querbezug zu den Neutralitätszielen hervor. Besonders in den Kommunen mit kommunalen Katastern gibt es deutlich häufiger

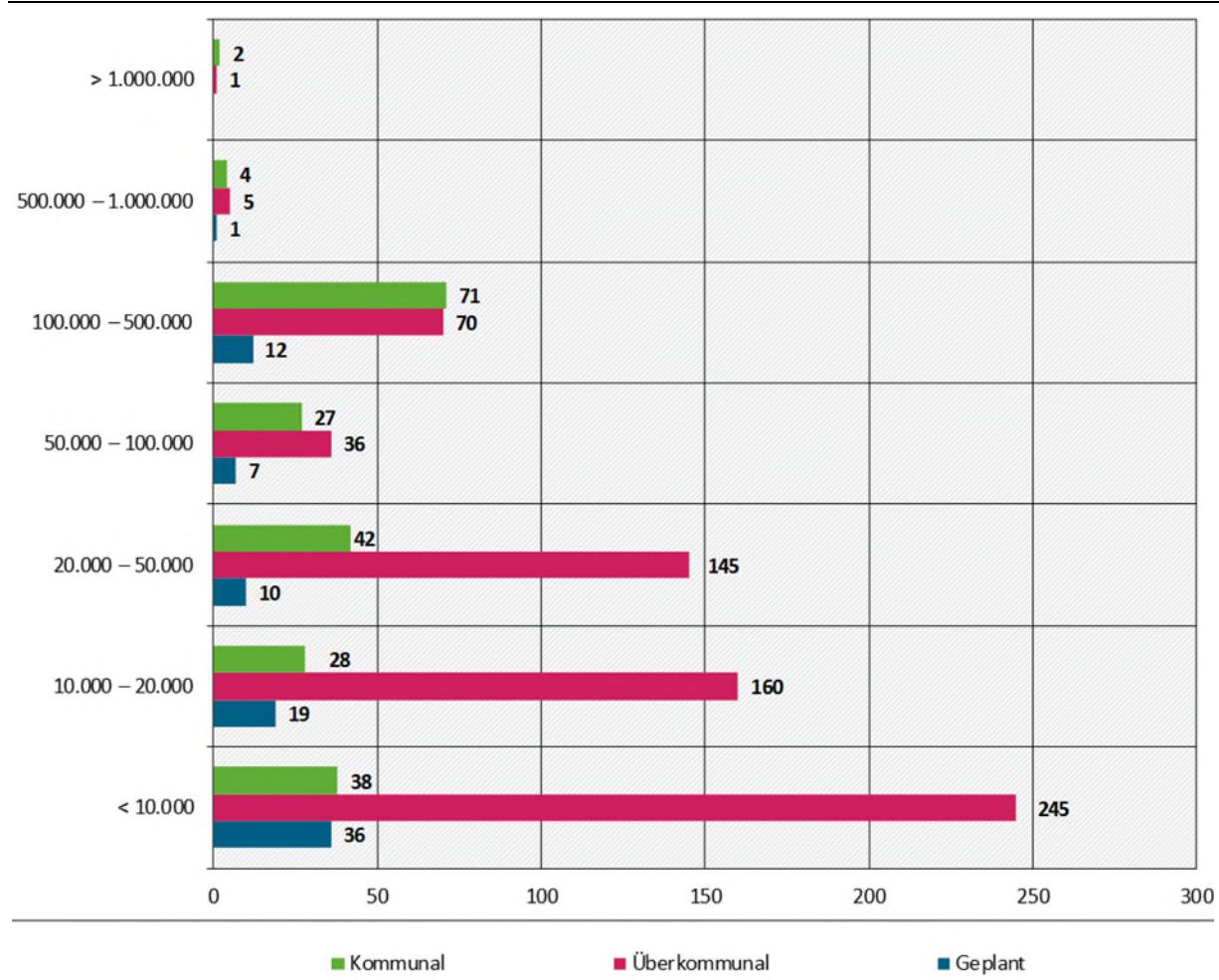
Neutralitätsziele als in Kommunen ohne kommunale Kataster. Gleiches trifft auf überkommunale und geplante Kataster zu, allerdings in abgeschwächter Form. Kommunen ohne Solardachkataster haben wieder etwa viermal häufiger kein Neutralitätsziel als dass sie eines haben.

Abbildung 161: Anzahl an Kommunen mit kommunalen, überkommunalen und geplanten Solardachkatastern nach Bundesländern (n=959)



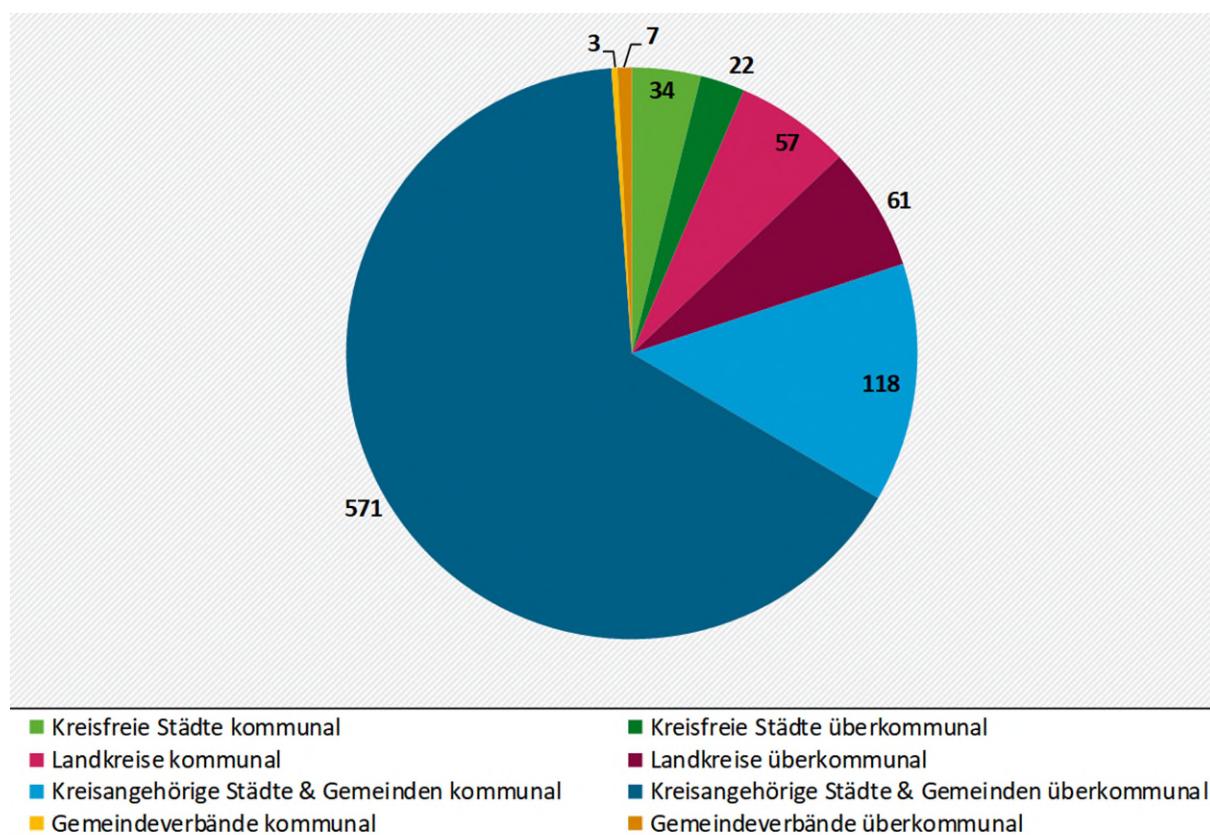
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 162: Anzahl an Kommunen mit kommunalen, überkommunalen und geplanten Solardachkatastern nach Einwohnergrößen (n=959)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 163: Anzahl an Kommunen mit kommunalen und überkommunalen Solardachkatastern nach Kommunenform (n=873)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 67: Querbezug zwischen der Nutzung von Solardachkatastern und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (n=1.509)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Kommunal	176	33
Überkommunal	482	179
Geplant	55	30
Kein Solardachkataster	115	439

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 68: Querbezug zwischen der Nutzung von Solardachkatastern und dem Vorhandensein von Neutralitätszielen (n=1.478)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Kommunal	92	40	76
Überkommunal	219	121	307
Geplant	26	18	40
Kein Solardachkataster	63	33	443

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

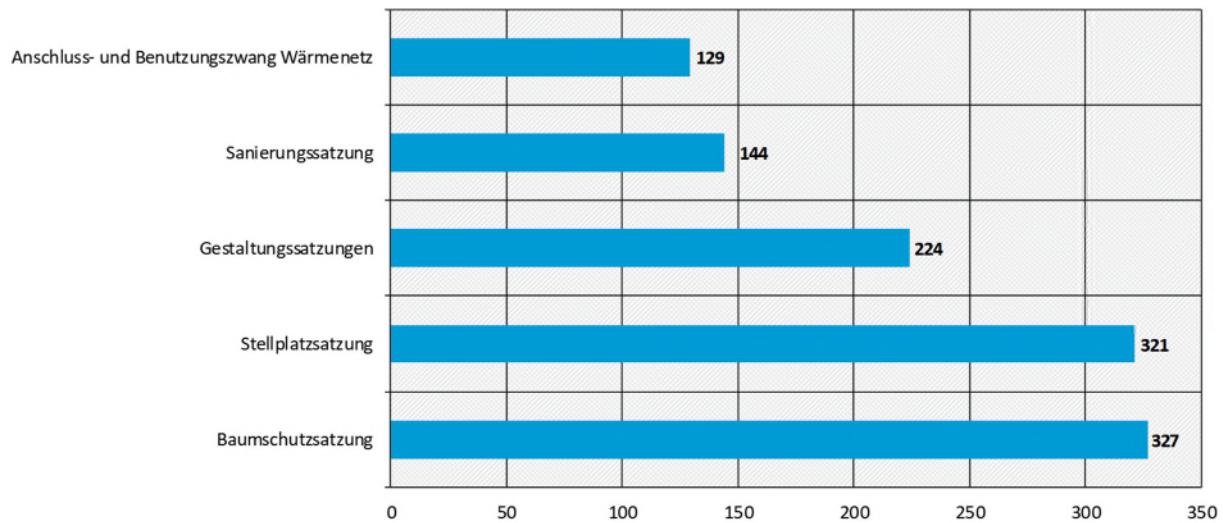
4.10 Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts für den Klimaschutz

Kommunen haben die Möglichkeit Klimaschutz über ordnungsrechtliche Instrumente anzuweisen. Dafür haben wir die Nutzung verschiedener Satzungen sowie das Thema Parkraumbewirtschaftung abgefragt.

Satzungen

654 Kommunen gaben an Klimaschutz ordnungsrechtlich mit mindestens einem der abgefragten Instrumente anzuweisen, 749 Kommunen nutzen kein Ordnungsrecht für den Klimaschutz und 150 machten keine Angabe. Mehrfachnennungen waren möglich. Das am stärksten genutzte Ordnungsrecht für den Klimaschutz sind die Baumschutzsatzungen (327), dicht gefolgt von den Stellplatzsatzungen (321). Etwas weniger werden die Gestaltungssatzungen eingesetzt (224) und am wenigsten kommen Sanierungssatzungen (144) und der Anschluss- und Benutzungszwang an Wärmenetze (129) zum Einsatz. Details zeigt Abbildung 164.

Abbildung 164: Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts, um Klimaschutz anzuweisen (n=1.145)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

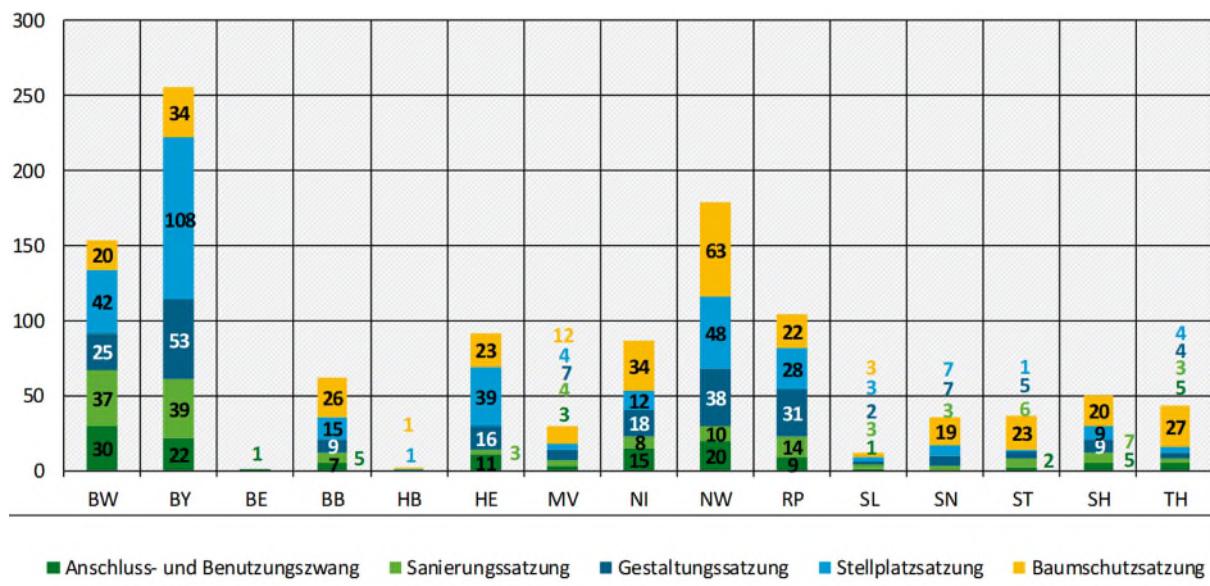
Abbildung 165 und Abbildung 166 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Dabei wird deutlich, dass die meisten ordnungsrechtlichen Anweisungen für den Klimaschutz aus Bayern stammen. Der Abstand zu den anderen großen Flächenländern ist ungewöhnlich. Baumschutzsatzungen kommen in Nordrhein-Westfalen (63) am häufigsten zum Einsatz. Darüber hinaus kommen die Baumschutzsatzungen ungewöhnlich gleichmäßig in den Bundesländern zum Einsatz. Sie werden somit in Bundesländern mit geringer Teilnahmezahl verhältnismäßig viel eingesetzt. Das betrifft z. B. Sachsen (19), Schleswig-Holstein (20), Sachsen-Anhalt (23) und Thüringen (27). Dagegen ist der Einsatz von Baumschutzsatzungen z. B. in Hessen (23), Rheinland-Pfalz (22) und Baden-Württemberg (20) verhältnismäßig niedrig. Stellplatzsatzungen kommen sehr häufig in bayerischen Kommunen zum Einsatz (108) und Sanierungssatzungen sehr selten in Nordrhein-Westfalen (10).

Die Verteilung über die Einwohnergrößenklassen gestaltet sich ziemlich gleichmäßig. In den beiden kleinsten Einwohnergrößenklassen kommen mehr Stellplatzsatzungen als Baumschutzsatzungen zum Einsatz. In den Klassen ab 20.000 Einwohnenden ist es umgedreht.

Tabelle 69 zeigt die Verteilung auf die Kommunenformen. Dabei wird deutlich, dass die abgefragten Satzungen bei Gemeindeverbänden und Landkreisen kaum zum Einsatz kommen,

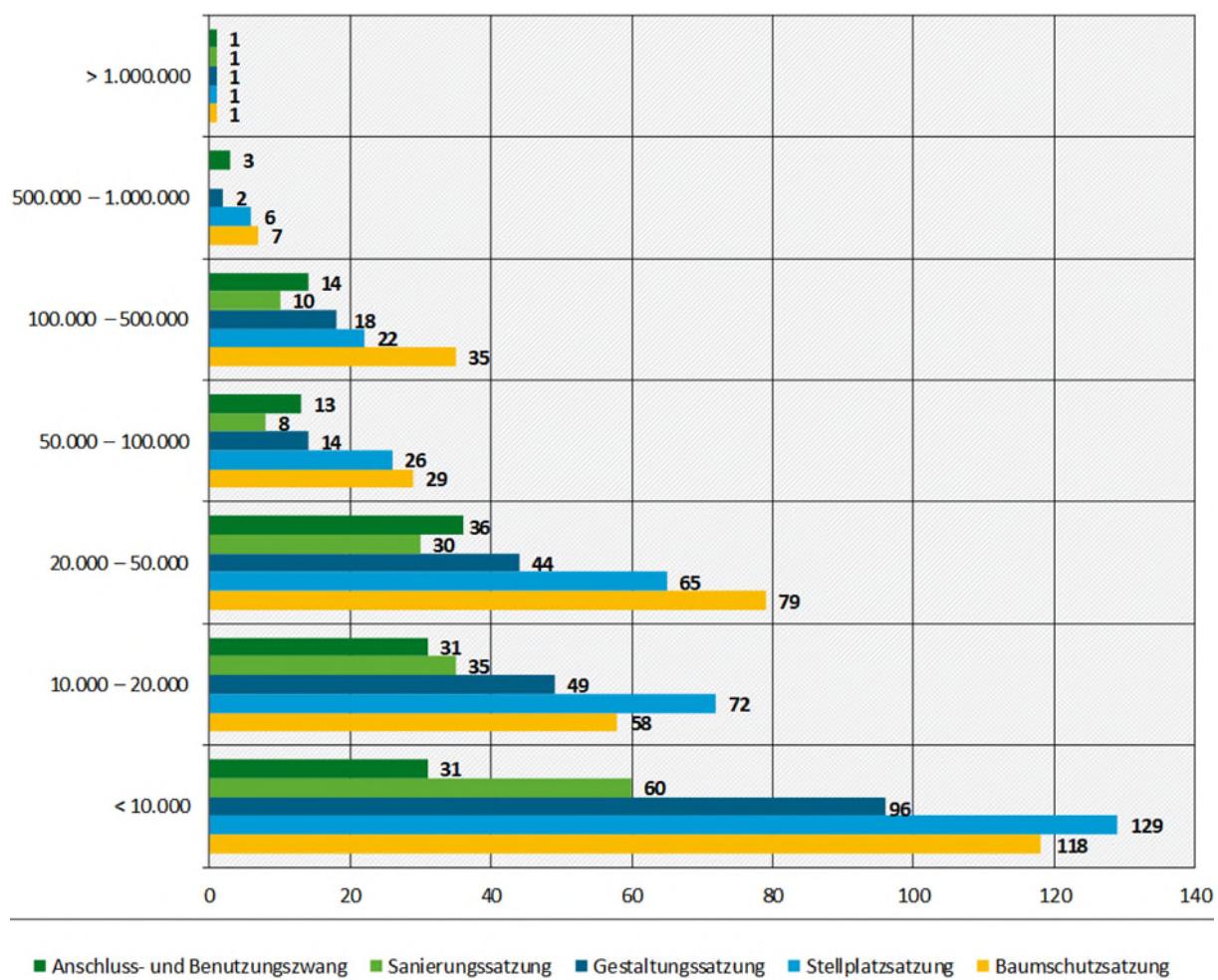
bei Bezirken gar nicht. Von den 59 teilnehmenden kreisfreien Städten nutzen zwischen 12 (Sanierungssatzung) und 42 (Baumschutzsatzung) die abgefragten Instrumente. Der Rest verteilt sich entsprechend auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Abbildung 165: Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Bundesländern (n=1.145)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 166: Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Einwohnergrößen (n=1.145)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 69: Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente für den Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.145)

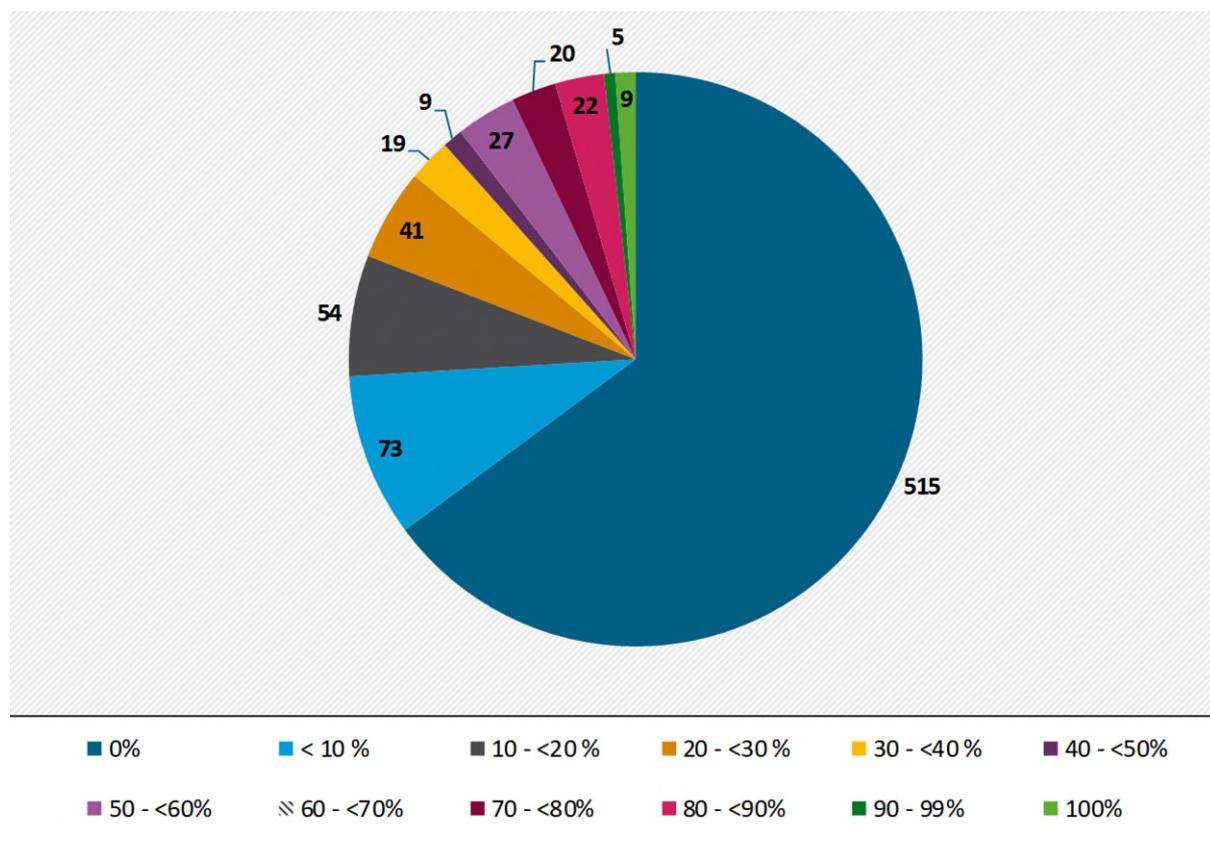
	Anschluss- und Benutzungzwang an Wärmenetze	Sanierungssatzung	Stellplatzsatzung	Gestaltungssatzung	Baumschutzsatzung
Kreisfreie Stadt	20	12	32	23	42
Landkreis	2	2	3	4	10
Kreisangehörige Stadt / Gemeinde	106	129	286	197	274
Gemeindeverband	1	1	0	0	1
Bezirk	0	0	0	0	0
Summe	129	144	321	224	327

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Parkraumbewirtschaftung

Neben den bereits dargestellten ordnungsrechtlichen Instrumenten haben wir die Kommunen zu ihrer Parkraumbewirtschaftung befragt. 794 Kommunen machen dazu eine Angabe. Der größte Teil davon (515 Kommunen) hat keinen Anteil ihrer Kommunenfläche unter Parkraumbewirtschaftung. Gut ein Drittel der Kommunen hat demnach eine Parkraumbewirtschaftung. Der Anteil der kommunalen Fläche, die dieser unterliegt variiert stark, was Abbildung 167 darstellt. In 83 Kommunen liegt der Anteil der bewirtschafteten Fläche bei über 50 %, in neun Kommunen sogar bei 100 %.

Abbildung 167: Anteil kommunaler Fläche unter Parkraumbewirtschaftung nach Kommunenanzahl (n=794)



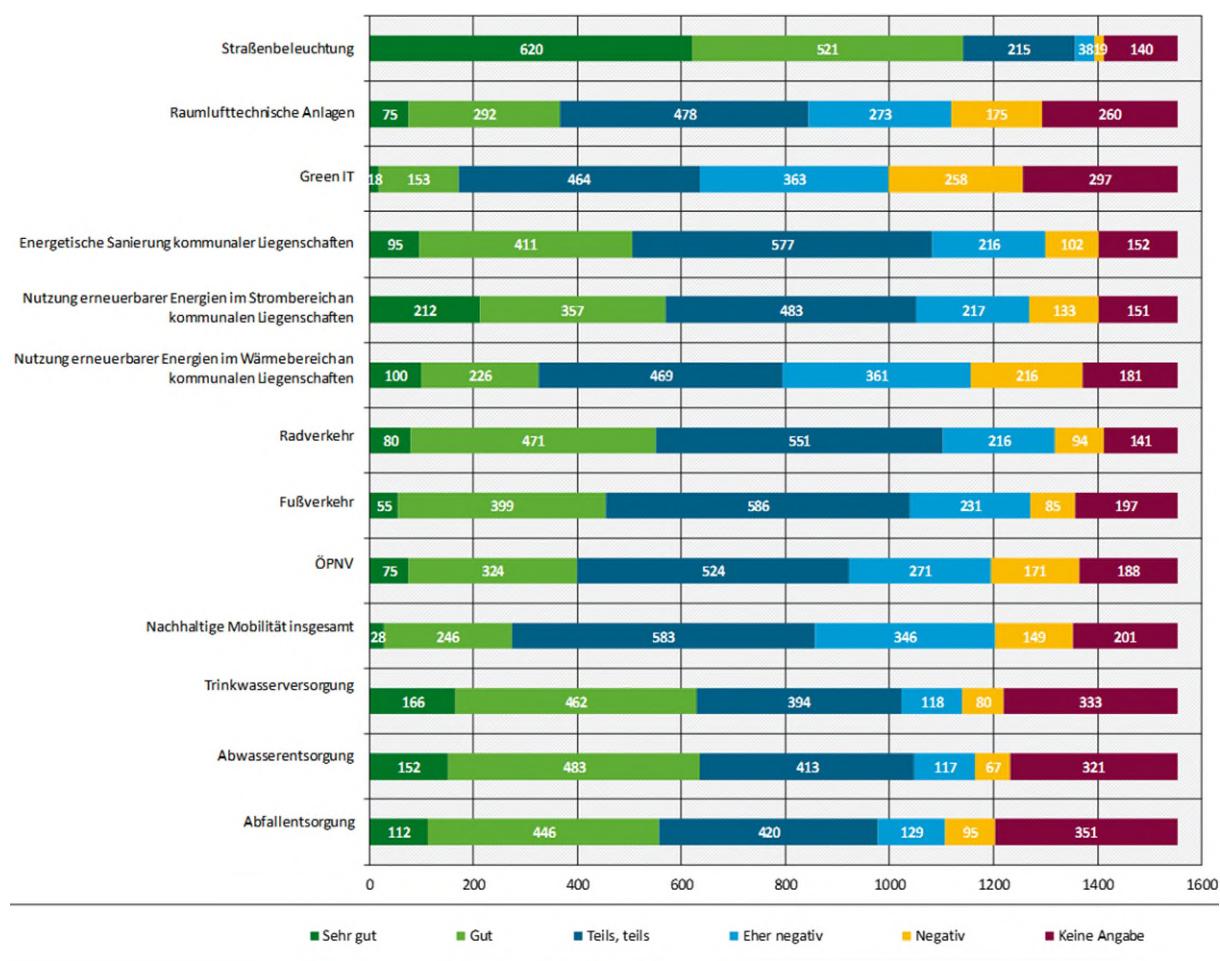
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Wir haben auch abgefragt, ob sich in den letzten fünf Jahren die Parkgebühren erhöht haben. In den meisten Kommunen ist dies nicht der Fall. In 37 Kommunen hat sich in den letzten fünf Jahren das Anliegerparken erhöht, in 82 Kommunen wurde das öffentliche Parken verteuert und 45 Kommunen gaben an, dass die Parkgebühren insgesamt erhöht wurden. Die Gebührenanhebung fand dabei in ganz unterschiedlichen Kommunengrößen statt – von unter 1.000 Einwohnenden bis zu den Großstädten.

4.11 Umsetzung investiver kommunaler Klimaschutzmaßnahmen

In Abgrenzung zu den strategischen und planerischen Themen, die bisher im Fokus standen, haben wir die Kommunen um eine Selbsteinschätzung gebeten bezüglich der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen. Dabei haben wir jene Themenfelder abgefragt, die direkt durch die Kommune umgesetzt werden können. Abbildung 168 zeigt die vollständigen Antworten.

Abbildung 168: Eigeneinschätzung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen (n=1.553)

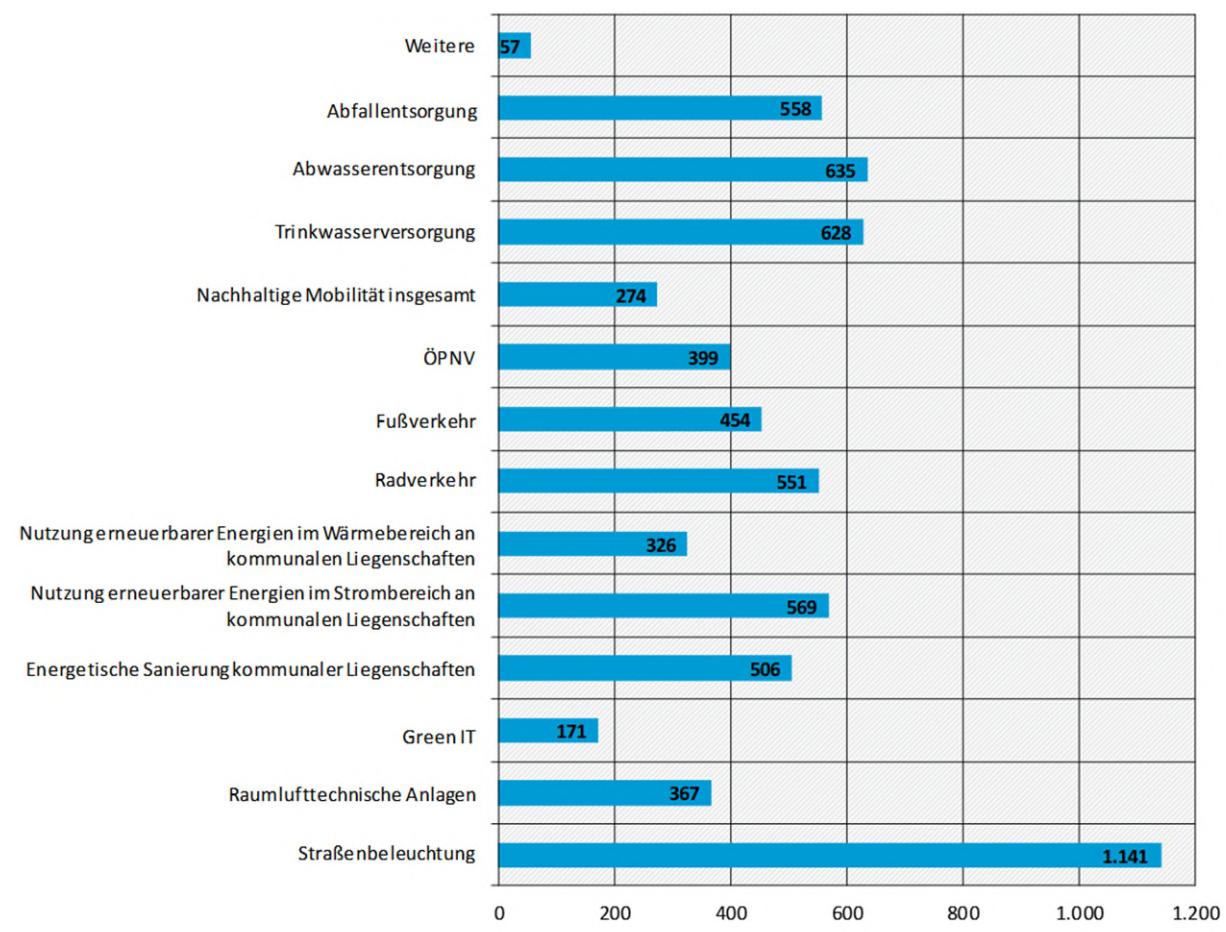


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Für einen besseren Einblick zeigt Abbildung 169 die sehr guten und guten Einschätzungen je Themenfeld. Dabei wird deutlich, dass die Straßenbeleuchtung das mit Abstand am positivsten bewertete Themenfeld ist, 1.141 der 1.553 Kommunen (73,5 %) bewerten den Umsetzungsstand als sehr gut oder gut. Ebenfalls viele positive Bewertungen gibt es für Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Abwasserentsorgung (635), Trinkwasserversorgung (628), Nutzung erneuerbarer Energien im Strombereich an kommunalen Liegenschaften (569), Abfallentsorgung (558) und Radverkehr (551). Verglichen zur Straßenbeleuchtung bewerten allerdings nur etwa halb so viele Kommunen ihre Klimaschutz-Umsetzung in diesen Bereichen als gut und sehr gut.

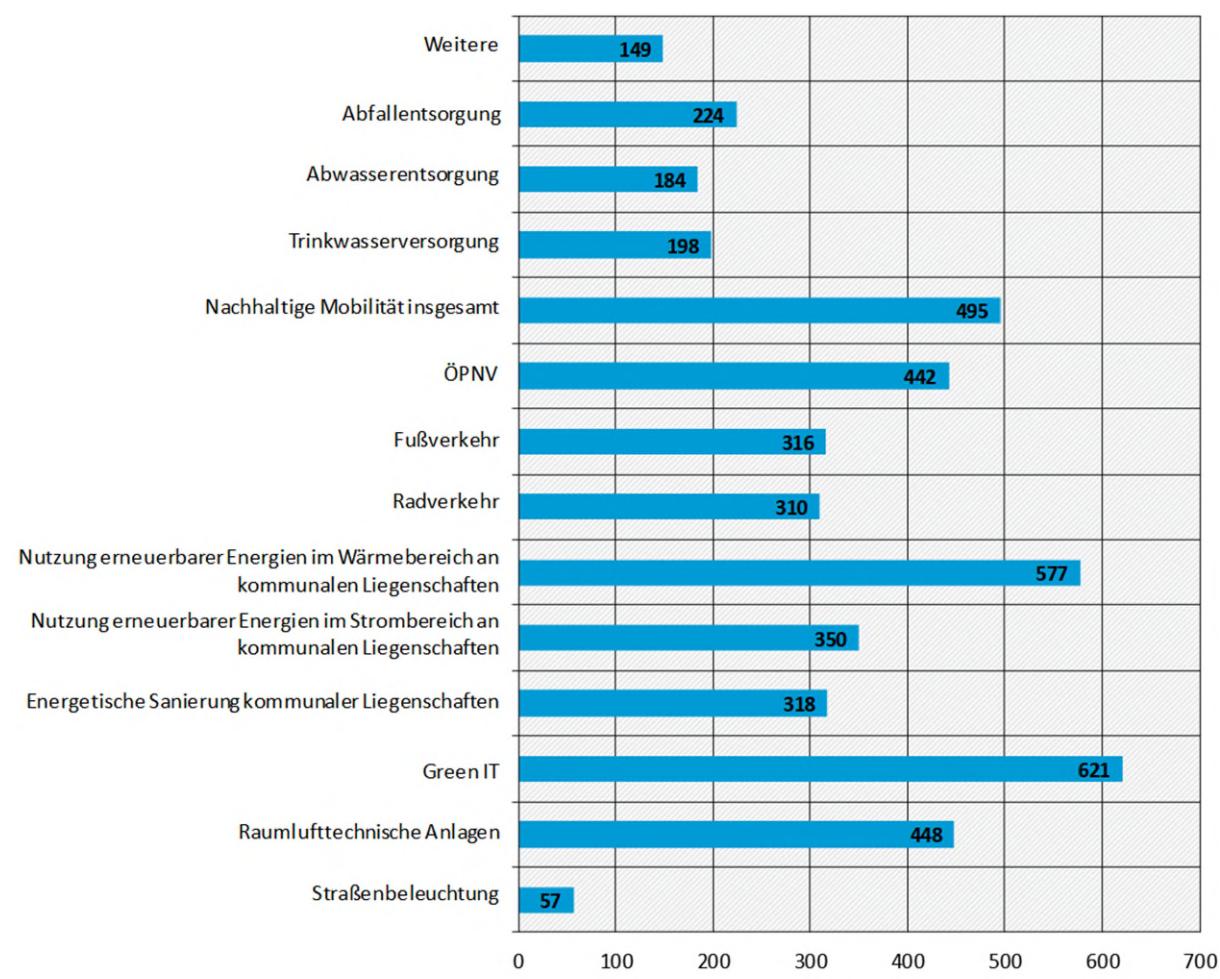
Abbildung 170 zeigt die negativen und eher negativen Selbsteinschätzungen nach Themenfeld. Dabei sind die Themenfelder Green IT (621), Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich an kommunalen Liegenschaften (577), nachhaltige Mobilität insgesamt (495), Raumlufttechnische Anlagen (448) und ÖPNV (442) am negativsten bewertet in Bezug auf die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 169: Gute und sehr gute Eigenbewertung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen nach Themenfeldern



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 170: Negative und eher negative Eigenbewertung bei der Umsetzung von investiven Klimaschutzmaßnahmen nach Themenfeldern



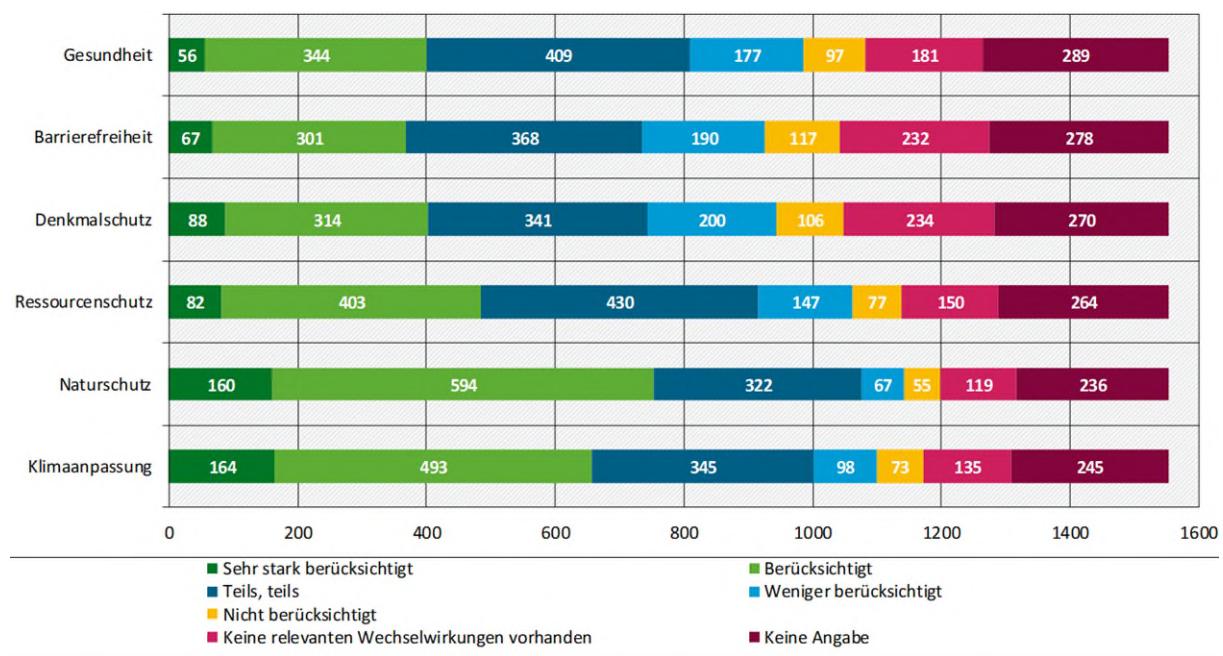
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.12 Wechselwirkungen zwischen kommunalen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Handlungsfeldern

Kommunale Klimaschutzmaßnahmen haben viele Querverbindungen zu anderen Themenfeldern. Abbildung 171 zeigt, dass besonders Klimaanpassung und Naturschutz Themenfelder sind, deren Wechselwirkungen zu kommunalen Klimaschutzmaßnahmen sehr stark berücksichtigt werden. In etwa halb so vielen Kommunen wird der Ressourcenschutz und Denkmalschutz sehr stark berücksichtigt bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen. Gleichzeitig ist der Denkmalschutz das Themenfeld, bei dem die meisten Kommunen keinerlei Wechselwirkungen zu Klimaschutzmaßnahmen sehen.

Im Folgenden wird auf die einzelnen Themenfelder eingegangen und jeweils die Aufteilung auf Bundesländer und Einwohnergrößenklassen dargestellt.

Abbildung 171: Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Klimaschutzmaßnahmen und anderen Themenfeldern (n=1.553)



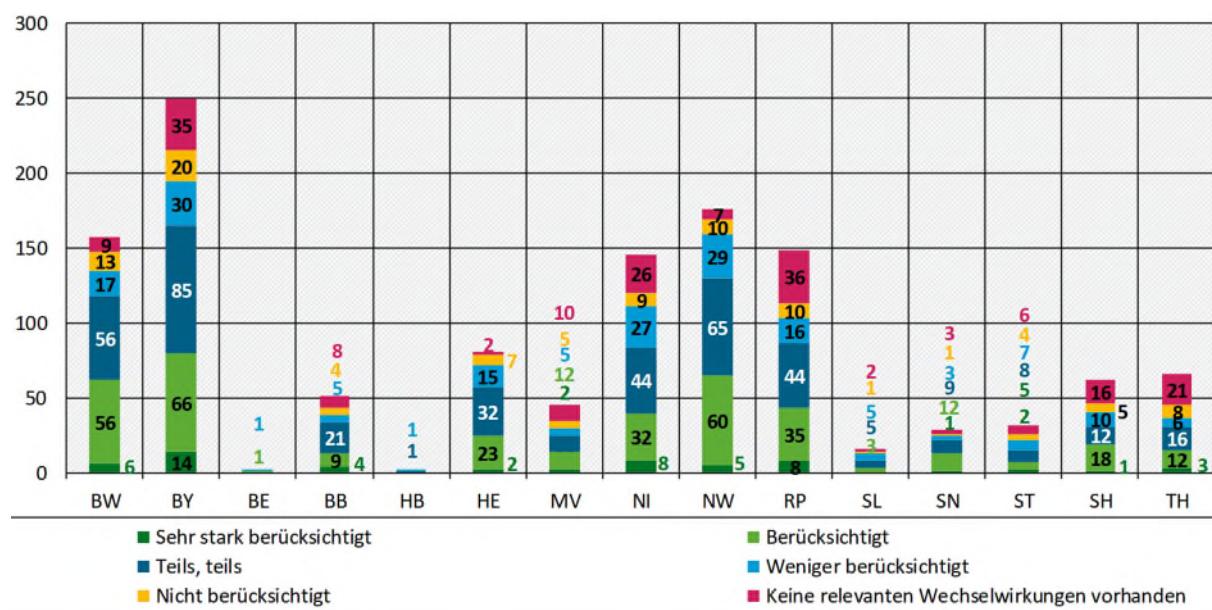
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.12.1 Gesundheit

Gesundheit gehört unter den abgefragten Themenfeldern zu den weniger berücksichtigten in kommunalen Klimaschutzmaßnahmen. Abbildung 172 zeigt den Grad der Berücksichtigung aufgeteilt auf die Bundesländer. Dabei zeigt sich eine recht gleichmäßige Verteilung. Auffällig ist, dass in Hessen nur zwei Kommunen angeben, es gäbe keine Wechselwirkung zwischen Gesundheit und Klimaschutz. Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Anzahl mit sieben sehr gering.

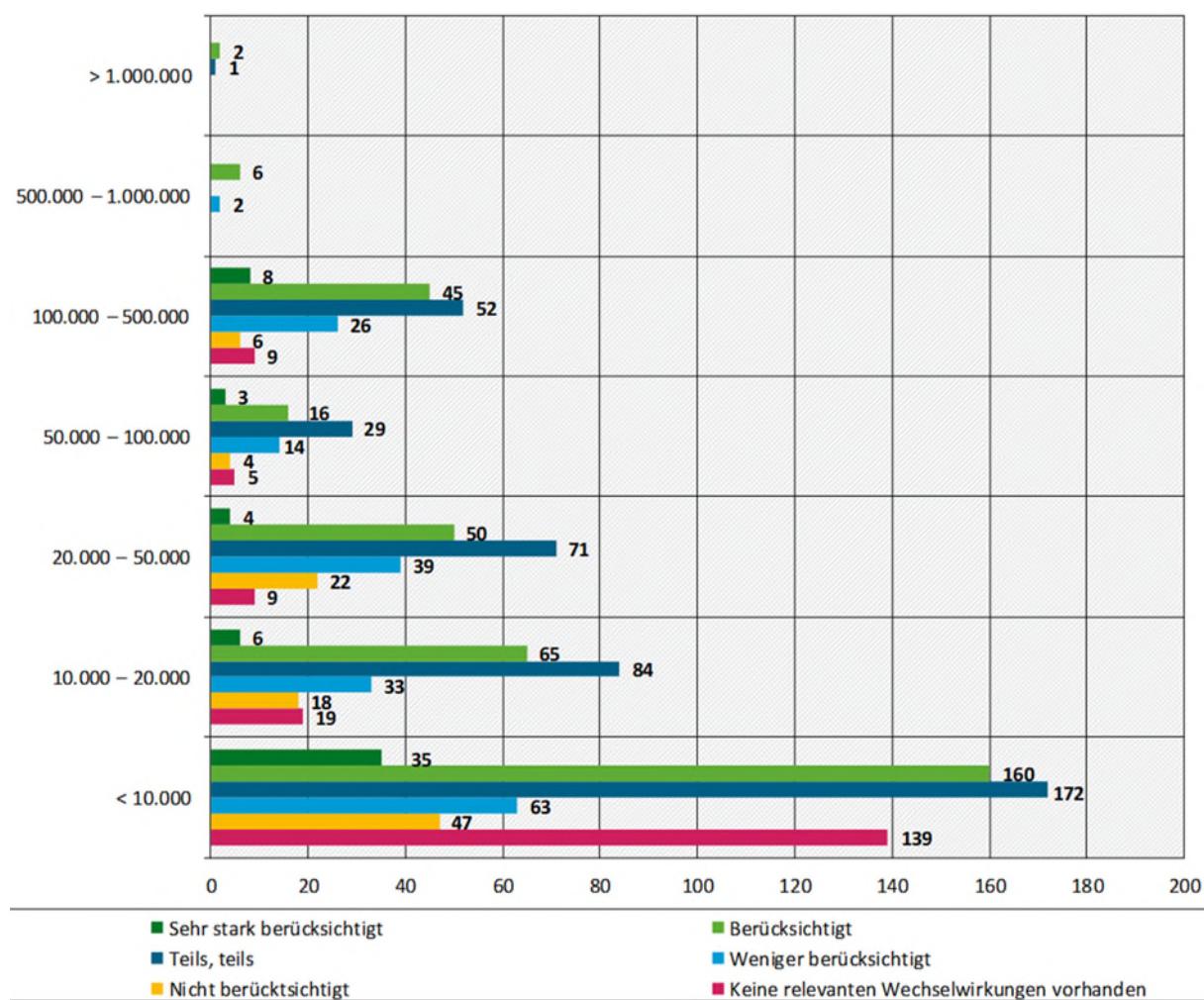
Aus Abbildung 173 geht hervor, dass der größte Anteil der nicht vorhandenen Wechselwirkungen aus kleinen Kommunen stammt. Gleichzeitig haben aber auch sehr viele kleine Kommunen angegeben Gesundheit in ihren Klimaschutzmaßnahmen zu berücksichtigen. In den anderen Größenklassen verteilt sich der Grad der Berücksichtigung recht gleichmäßig.

Abbildung 172: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Gesundheit nach Bundesländern (n=1.264)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 173: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Gesundheit nach Einwohnergrößen (n=1.264)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

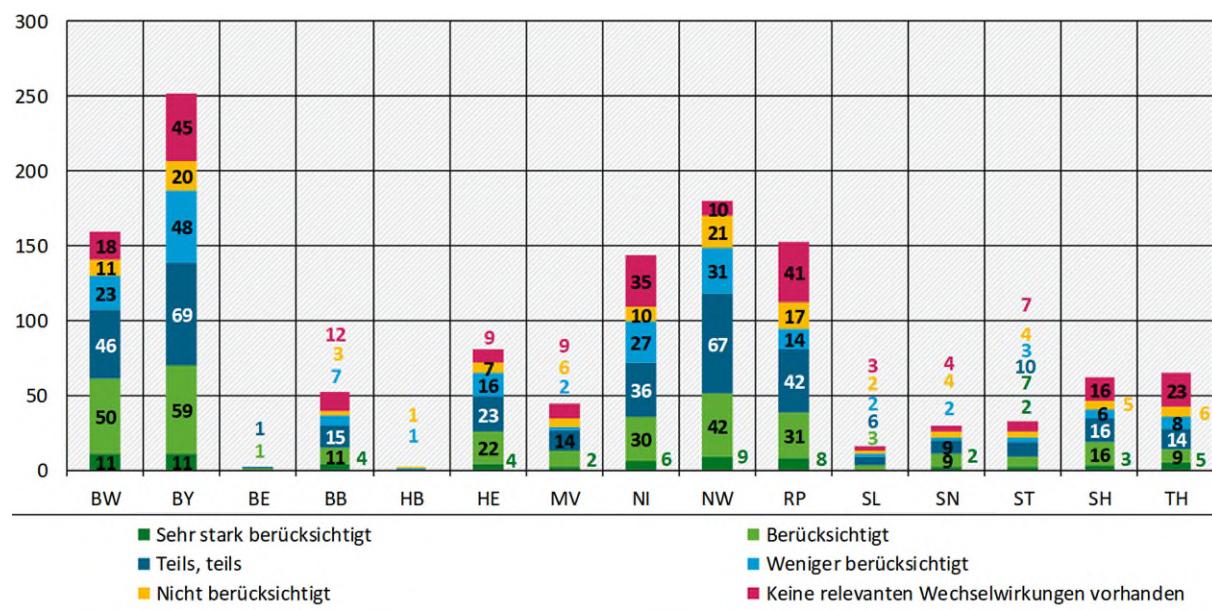
4.12.2 Barrierefreiheit

Barrierefreiheit wird von den teilnehmenden Kommunen noch etwas weniger in ihren Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt als die Gesundheit.

Die Verteilung auf die Bundesländer in Abbildung 174 zeigt im Verhältnis zur Teilnahme wieder eine recht gleichmäßige Verteilung. Am auffälligsten sind Unterschiede in der Einordnung, dass keine Wechselwirkungen zu Klimaschutzmaßnahmen bestehen. Hierzu gibt es viele Angaben von Kommunen aus Bayern (45), Rheinland-Pfalz (41), Niedersachsen (35) und Thüringen (23), wohingegen im Verhältnis zur hohen Teilnahmezahl nur wenig Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (10) und Baden-Württemberg (18) diese Einschätzung teilen.

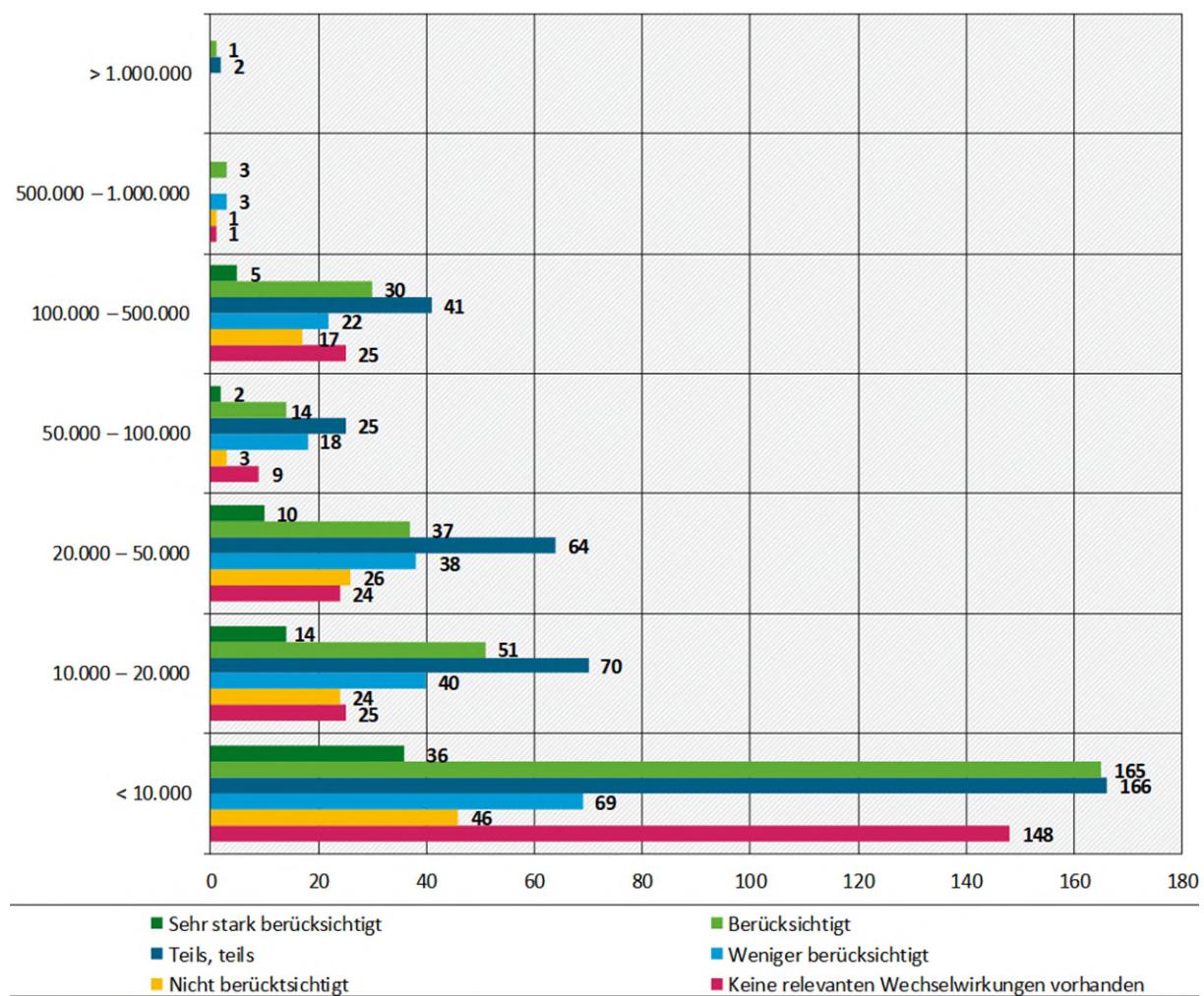
Abbildung 175 zeigt, dass wieder viele Kommunen ohne relevante Wechselwirkungen zwischen Barrierefreiheit und Klimaschutz aus der kleinsten Einwohnergrößenklasse stammen. Und wieder gibt es aus dieser Größenklasse sehr viele Kommunen, die Barrierefreiheit in ihren Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigen. In den anderen Größenklassen verteilt sich der Grad der Berücksichtigung wieder recht gleichmäßig. Auffällig ist aber eine recht hohe Anzahl an Kommunen, die keine relevanten Wechselwirkungen sehen in der Größenkategorie 100.000 – 500.000 Einwohnende.

Abbildung 174: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Barrierefreiheit nach Bundesländern (n=1.275)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 175: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Barrierefreiheit nach Einwohnergrößen (n=1.275)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

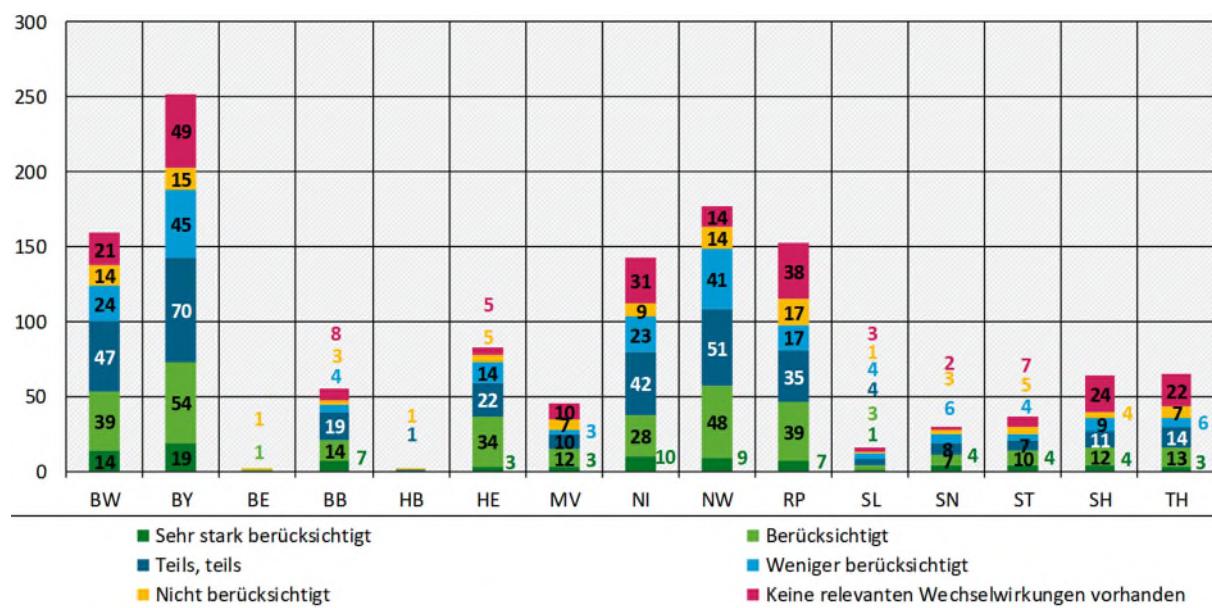
4.12.3 Denkmalschutz

Denkmalschutz wird im Vergleich zu den beiden vorherigen Themenfeldern häufiger sehr stark in kommunalen Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt. Gleichzeitig sehen hier die meisten Kommunen keine Wechselwirkungen.

Abbildung 176 zeigt, dass in der Summe aus sehr starker Berücksichtigung und Berücksichtigung die meisten Kommunen aus Bayern (73) stammen. Doch auch in Nordrhein-Westfalen (57), Baden-Württemberg (53) und Rheinland-Pfalz (46) stammen viele Kommunen, die Wechselwirkungen zwischen Denkmalschutz und Klimaschutz stark berücksichtigen. Gleichzeitig sehen viele Kommunen aus Bayern (49) und Rheinland-Pfalz (38) keine relevanten Wechselwirkungen. Im Verhältnis zur Teilnahmezahl trifft dies auch auf viele Kommunen aus Schleswig-Holstein (24) und Thüringen (22) zu.

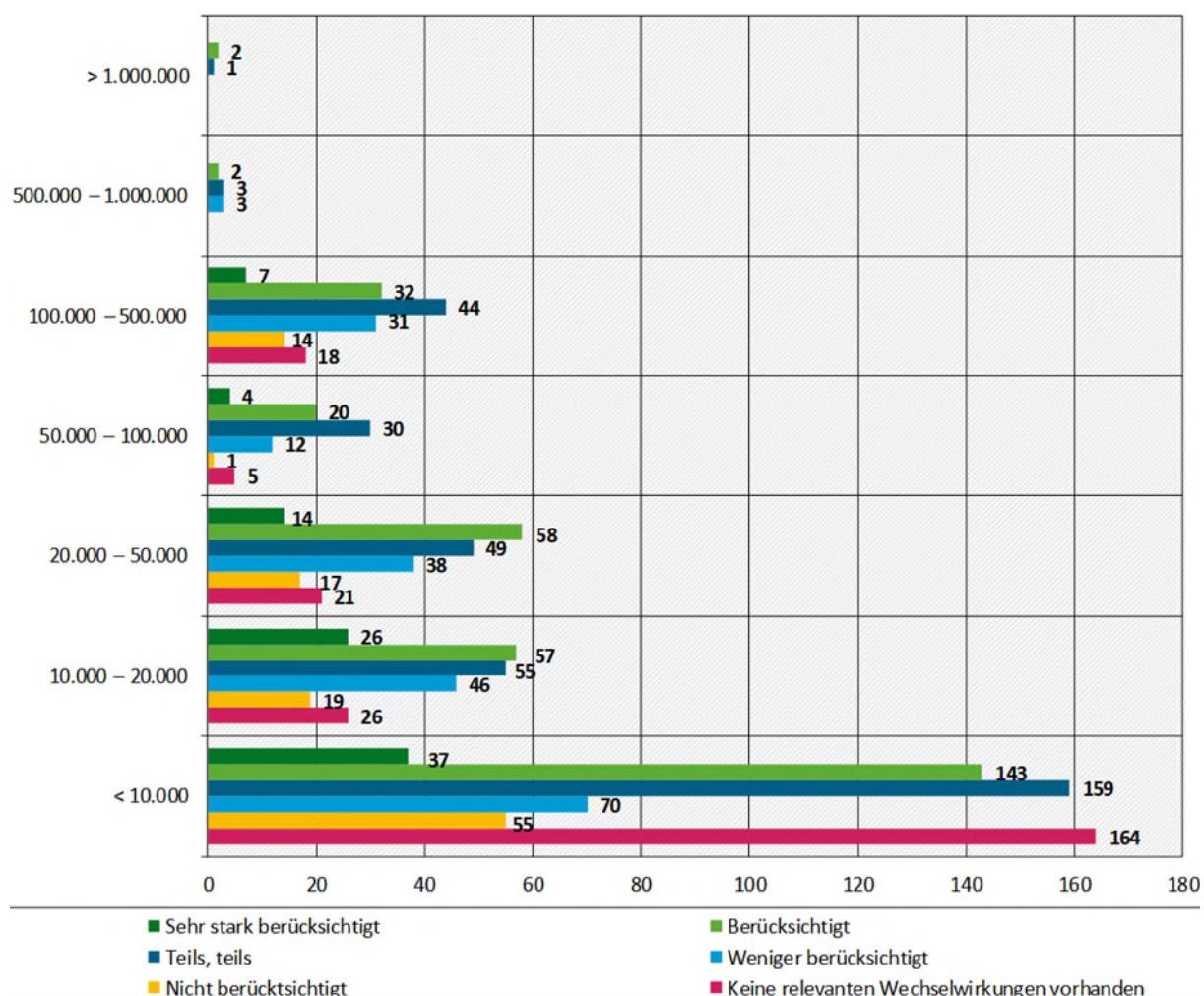
In Abbildung 177 zeigt sich ein sehr ähnliches Bild wie für Gesundheit und Barrierefreiheit: In der kleinsten Einwohnergrößenklasse gibt es sehr viele Kommunen ohne relevante Wechselwirkungen und gleichzeitig sehr viele, die Wechselwirkungen berücksichtigen. In den weiteren Größenklassen verteilt es sich wieder recht gleichmäßig.

Abbildung 176: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz nach Bundesländern (n=1.283)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 177: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz nach Einwohnergrößen (n=1.283)



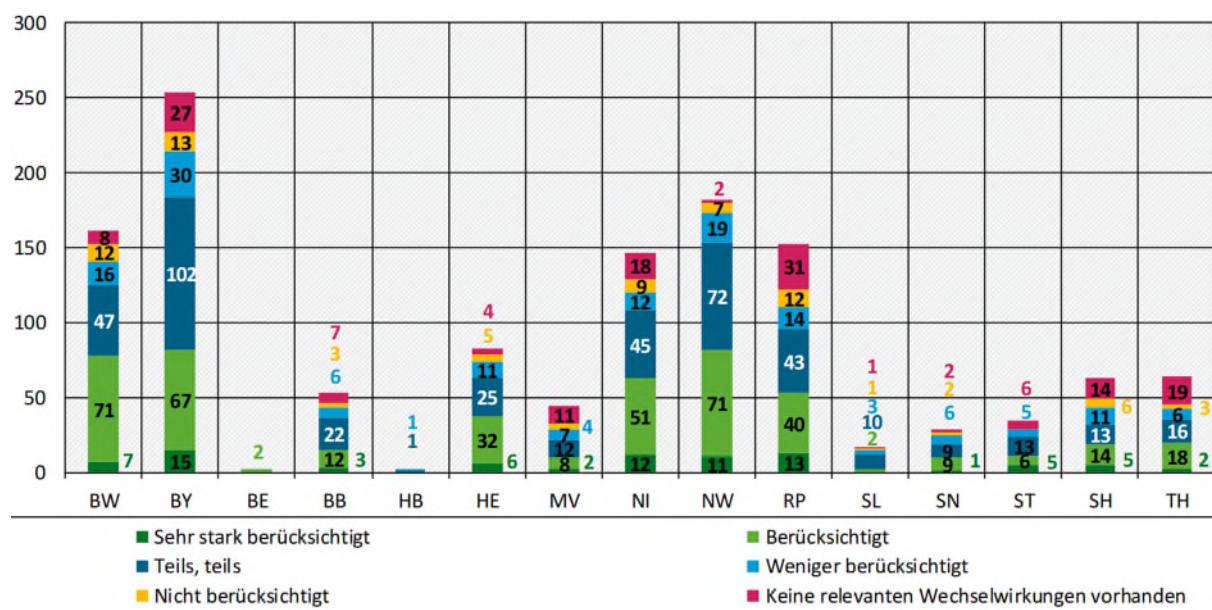
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.12.4 Ressourcenschutz

Zwischen Ressourcenschutz und den Klimaschutzmaßnahmen der teilnehmenden Kommunen bestehen deutlich stärkere Wechselwirkungen, als zu den bisher betrachteten Themen. Dies spiegelt sich auch bei der Aufteilung auf die Bundesländer in Abbildung 178 wieder. Besonders die Kategorien weniger und keine Berücksichtigung kommen deutlich seltener vor. Sehr starke Berücksichtigungen und Berücksichtigungen der Wechselwirkungen zwischen Ressourcenschutz und Klimaschutz gibt es in hoher Anzahl in den teilnahmestarken Bundesländern – unter ihnen diesmal aber etwas ausgeglichener. Keine Wechselwirkungen zum Ressourcenschutz sehen wieder einige Kommunen aus Rheinland-Pfalz (31), Bayern (27), Thüringen (19), Niedersachsen (18) und Schleswig-Holstein (14).

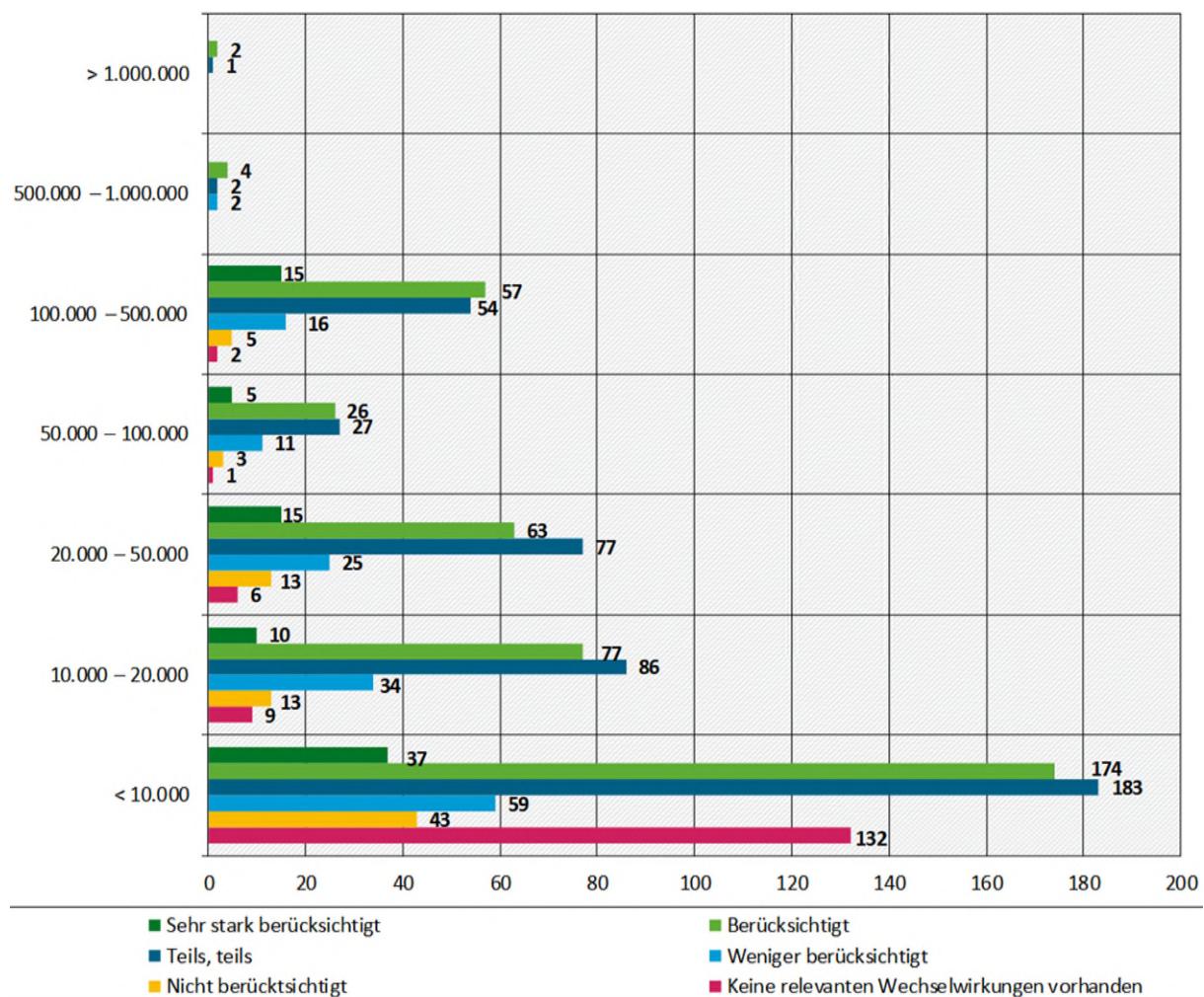
Abbildung 179 zeigt, dass keine Wechselwirkungen zum Ressourcenschutz überwiegend in kleinen Kommunen gesehen werden. In den größeren Einwohnergrößenklassen gibt es diese Einstufung kaum. In allen Größenklassen gibt es jeweils viele Kommunen, die Wechselwirkungen zum Ressourcenschutz berücksichtigen.

Abbildung 178: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Ressourcenschutz nach Bundesländern (n=1.289)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 179: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Ressourcenschutz nach Einwohnergrößen (n=1.289)



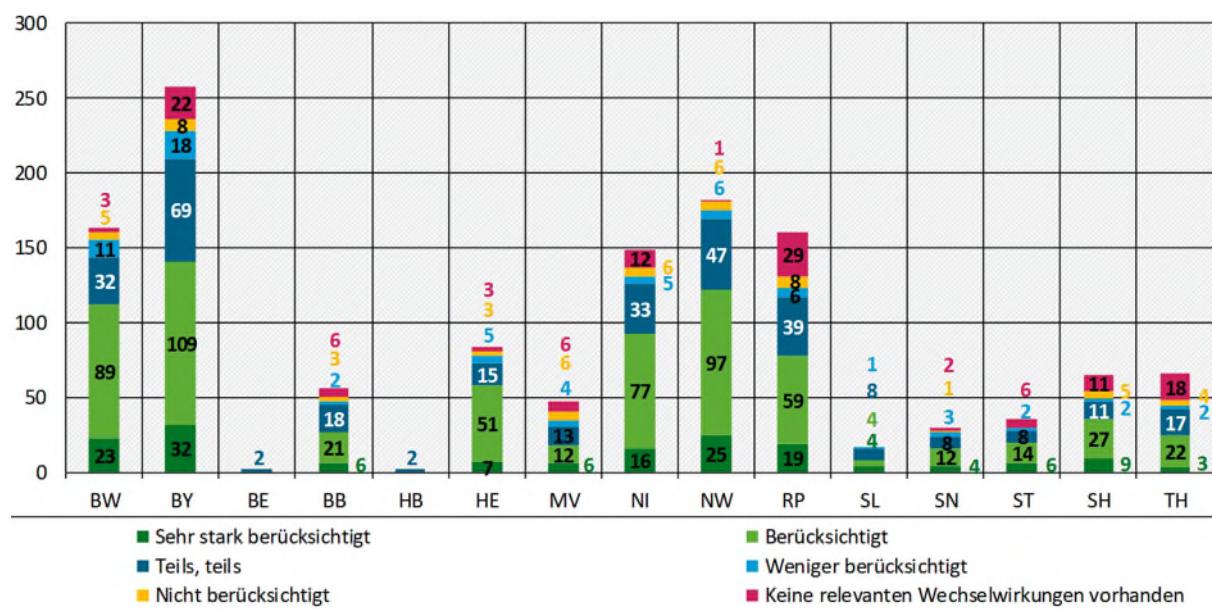
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.12.5 Naturschutz

In der Summe aus sehr stark berücksichtigt und berücksichtigt bildet der Naturschutz das relevanteste Wechselspiel der abgefragten Themenfelder zum Klimaschutz. 594 Kommunen berücksichtigen den Naturschutz in ihren Klimaschutzmaßnahmen und 160 berücksichtigen ihn sehr stark. Diese hohe Relevanz zeigt sich in vielen Bundesländern in Abbildung 180. Besonders in Hessen werden die Wechselwirkungen stark berücksichtigt. Auffällig ist auch, dass aus den recht vielen teilnehmenden Kommunen aus Nordrhein-Westfalen kaum eine keine Wechselwirkungen zum Naturschutz sieht. Die meisten Kommunen ohne Wechselwirkungen zwischen Natur- und Klimaschutz stammen aus Rheinland-Pfalz (29), Bayern (22) und Thüringen (18). In den drei Ländern sind die Wechselwirkungen zum Naturschutz insgesamt recht gering.

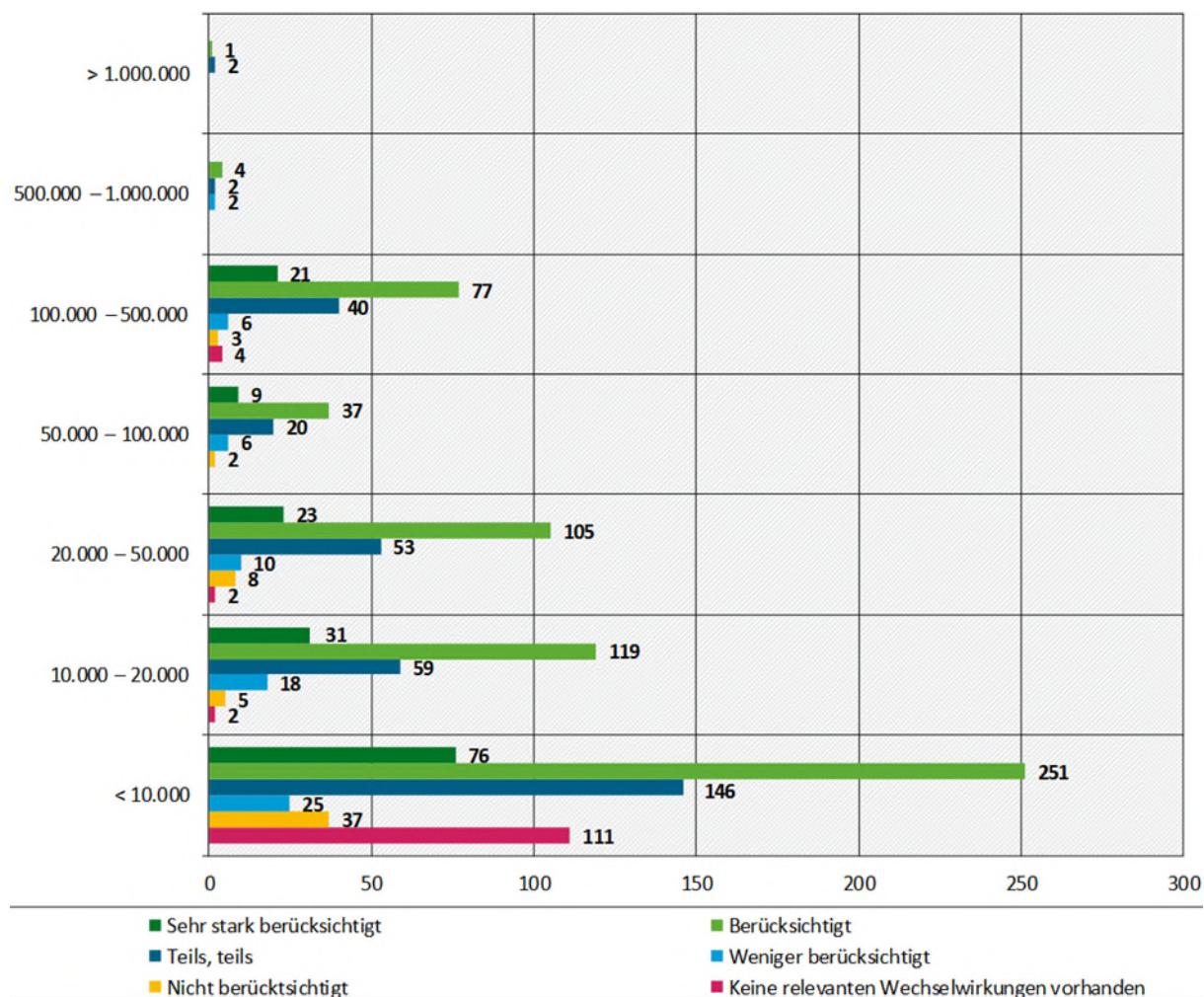
Abbildung 181 zeigt, dass in allen Einwohnergrößenklassen die meist gewählte Kategorie eine Berücksichtigung von Naturschutz in kommunalen Klimaschutzmaßnahmen wiederspiegelt.

Abbildung 180: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Naturschutz nach Bundesländern (n=1.317)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 181: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Naturschutz nach Einwohnergrößen (n=1.317)



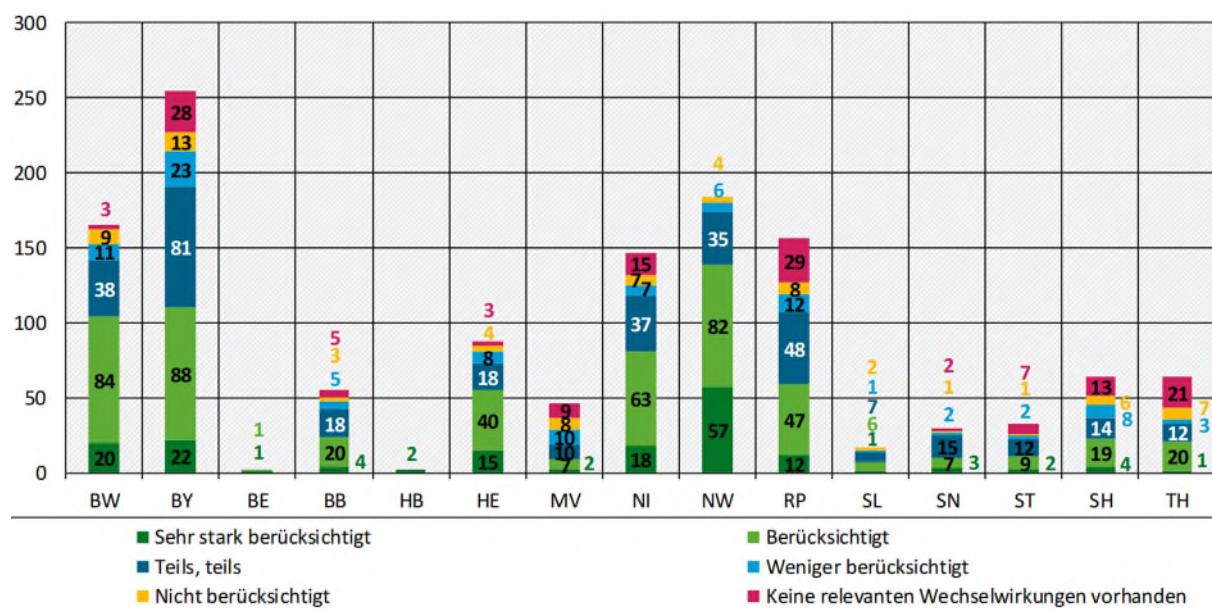
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.12.6 Klimaanpassung

Auch zur Klimaanpassung sehen die Kommunen sehr starke Wechselwirkungen. Hier gibt es aber deutlichere Unterschiede zwischen den Bundesländern in Abbildung 182. In Nordrhein-Westfalen berücksichtigen über 75 % der teilnehmenden Kommunen die Wechselwirkungen zur Klimaanpassung oder berücksichtigen sie sehr stark. Keine Kommune aus Nordrhein-Westfalen sieht keine Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung. In Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und Bayern werden die Wechselwirkungen deutlich weniger berücksichtigt.

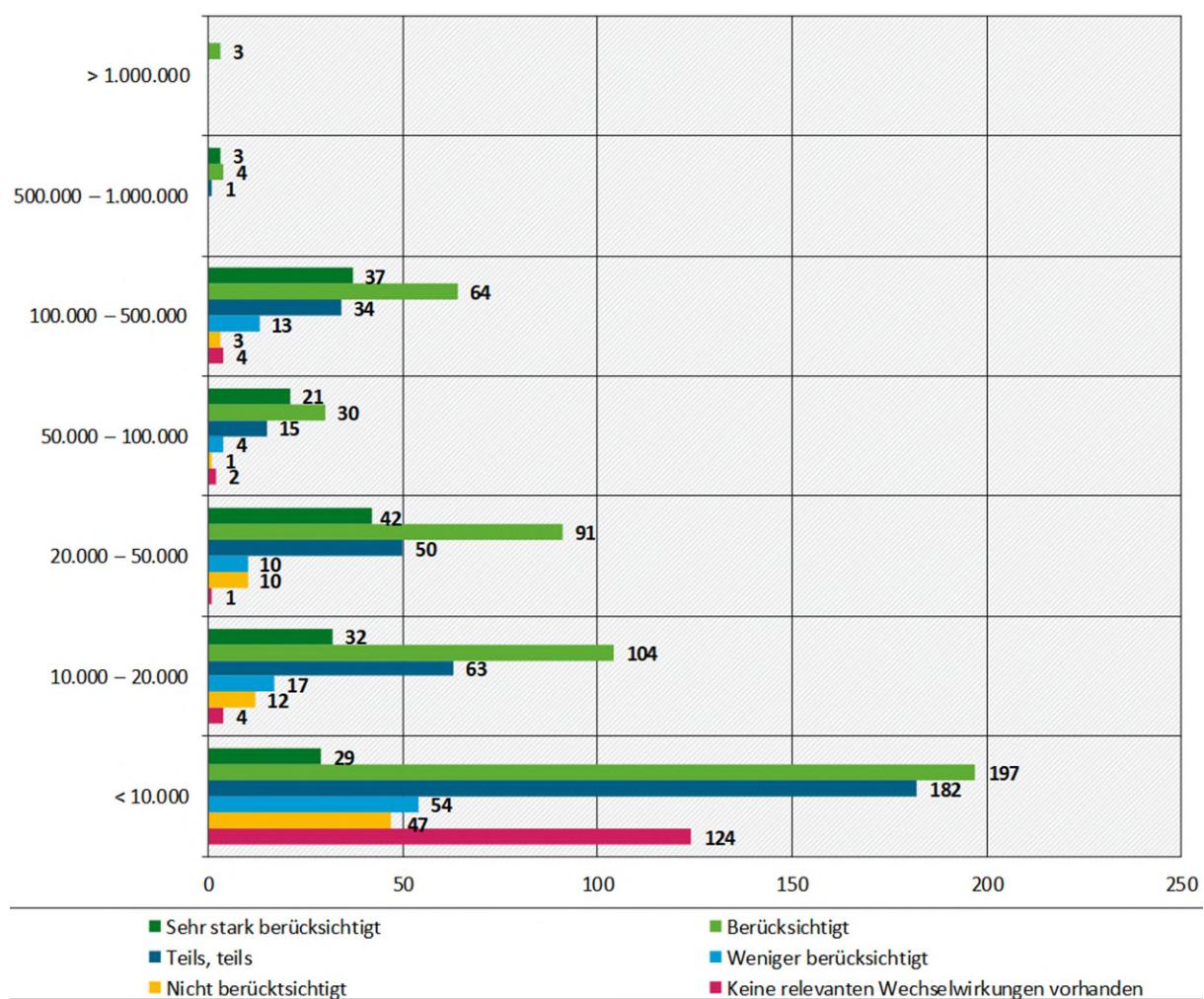
Abbildung 183 zeigt, dass in allen Einwohnergrößenklassen viele Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung gesehen werden. In den Kommunen unter 10.000 Einwohnenden gibt es allerdings etwas weniger sehr starke Berücksichtigungen und wieder viele Kommunen, die keine relevanten Wechselwirkungen sehen.

Abbildung 182: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung nach Bundesländern (n=1.308)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 183: Berücksichtigte Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung nach Einwohnergrößen (n=1.308)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

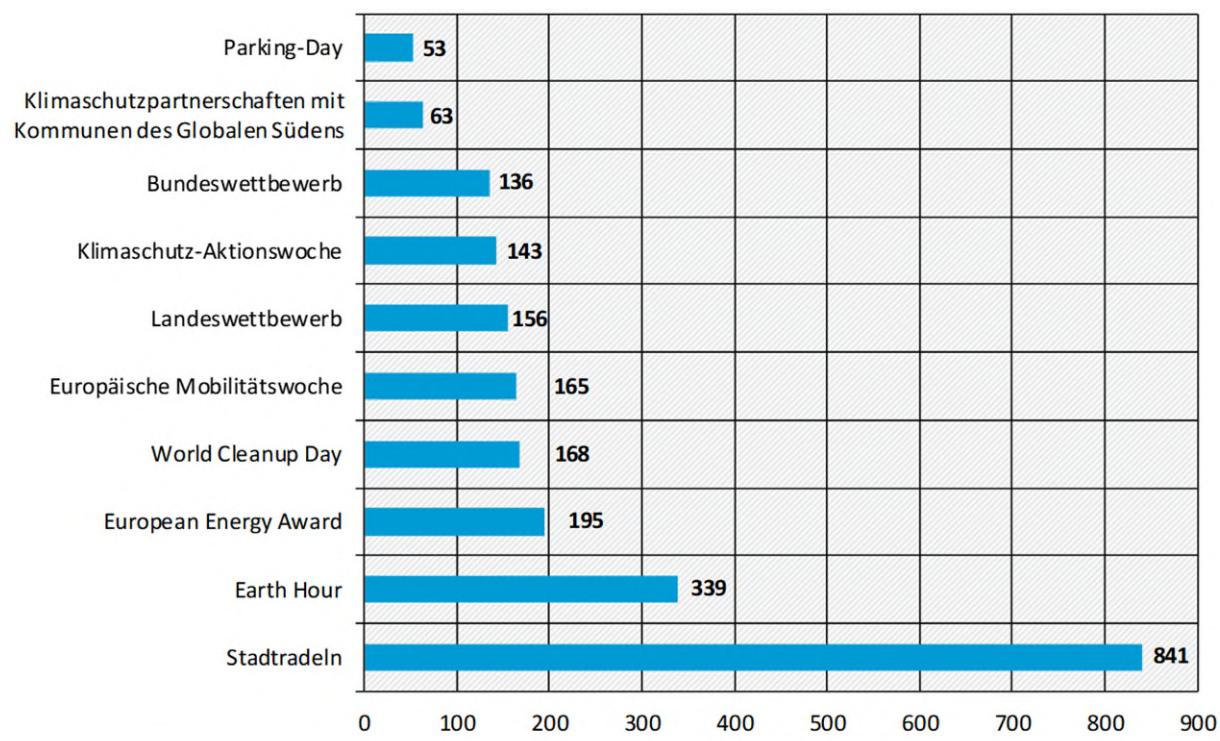
4.13 Teilnahme an Wettbewerben und Aktionen für den Klimaschutz

Kommunen stehen mittlerweile viele Angebote zur Verfügung, um an vorbereiteten Aktionen oder Kampagnen teilzunehmen oder ihre Klimaschutzaktivitäten im Rahmen von Wettbewerben oder Awards bewerten zu lassen. Von den 1.553 teilnehmenden Kommunen haben 578 bisher an keinem der abgefragten Wettbewerbe oder Aktionen teilgenommen, 21 machten keine Angabe. 954 Kommunen haben mindestens einmal an einem der abgefragten Formate teilgenommen. Da viele Kommunen an mehreren Formaten teilgenommen haben, gibt es insgesamt 2.259 Nennungen.

Abbildung 184 zeigt, dass das Stadtradeln die mit großem Abstand am meisten genutzte Kampagne ist. 841 der 954 Kommunen (über 88 %), die an einer Aktion oder Wettbewerb teilgenommen haben, haben schon einmal das Stadtradeln durchgeführt. Mit 339 Teilnahmen wird auch die Earth Hour öfters genutzt. Weniger als 200 Kommunen nutzen den European Energy Award (195) (dieser wird hier unter Wettbewerb gezählt, ist aber auch ein strategisches Instrument und hätte ebenso bei den Konzepten abgefragt werden können), nehmen am World Cleanup Day (168), der europäischen Mobilitätswoche (165), Bundes- (136) und Landeswettbewerben (156) und Klimaschutz-Aktionswochen (143) teil.

Klimaschutzpartnerschaften mit Kommunen des globalen Südens (63) und der Parking-Day (53) werden am wenigsten genutzt.

Abbildung 184: Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen (n=2.259)

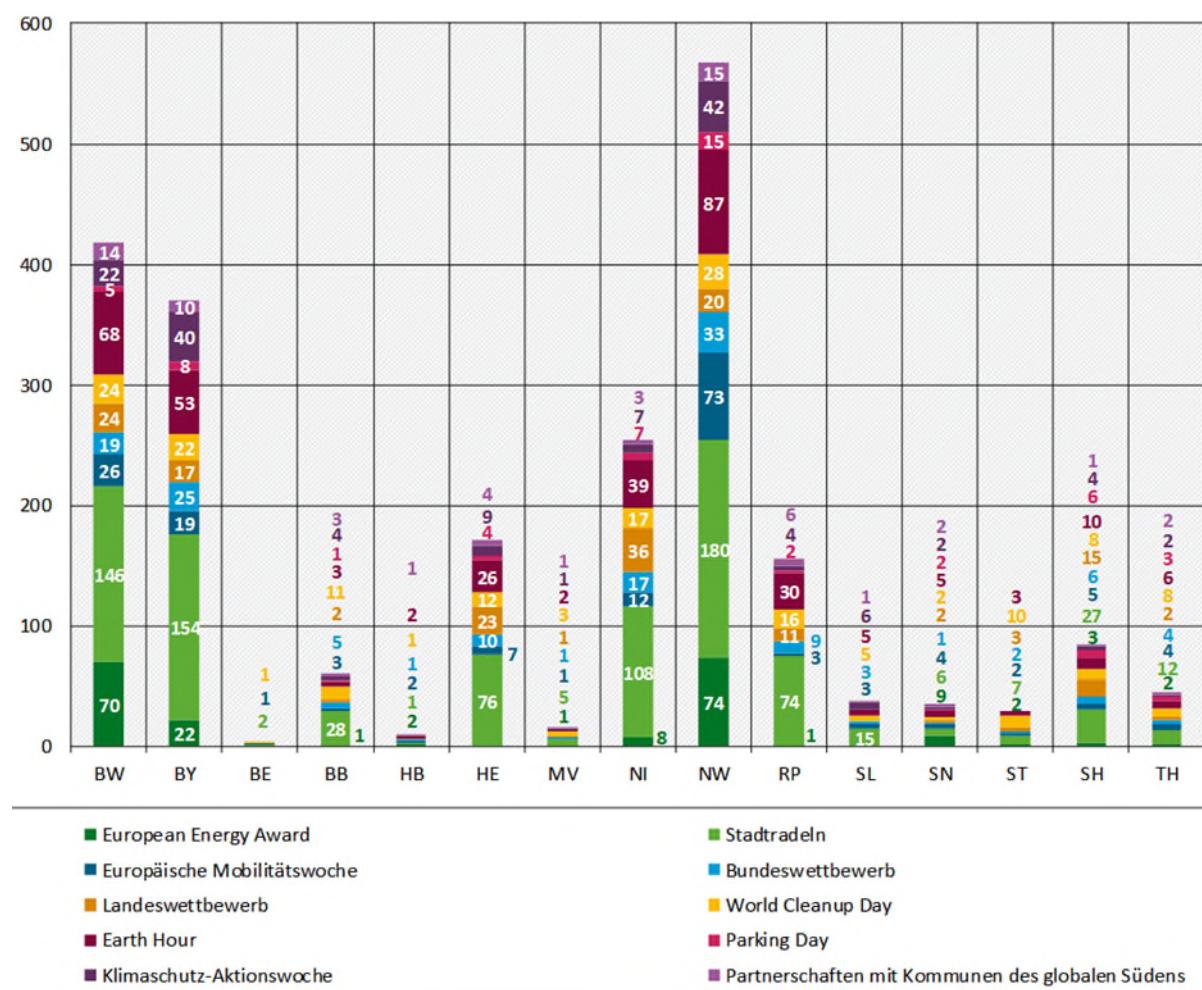


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 185 und Abbildung 186 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Da hier die Nennungen an Wettbewerben dargestellt sind und nicht die Anzahl an Kommunen, ergibt sich ein etwas anderes Bild als bei anderen Themenfeldern – natürlich spielt auch hier die Teilnahmezahl je Bundesland beziehungsweise Einwohnergrößenklasse eine relevante Rolle in der Ergebnisdarstellung. Die meisten Teilnahmen an Wettbewerben und Aktionen sind aus Nordrhein-Westfalen (567) zu verzeichnen, gefolgt von Baden-Württemberg (418) und Bayern (370). Im Verhältnis zur Teilnahmezahl sind aus Rheinland-Pfalz eher wenig Wettbewerbs- und Aktionsteilnahmen genannt worden und aus Schleswig-Holstein eher viele. Viele der abgefragten Aktionen und Wettbewerbe werden in den Bundesländern recht ähnlich häufig durchgeführt – immer im Verhältnis der Gesamtanzahlen je Bundesland betrachtet. Deutliche Unterschiede gibt es allerdings beim European Energy Award. Dessen Nutzung in höherer Anzahl verteilt sich auf verhältnismäßig wenig Bundesländer. Dabei ist z. B. eine verhältnismäßig hohe Nutzung in Sachsen auffällig und keine Nutzung in Hessen.

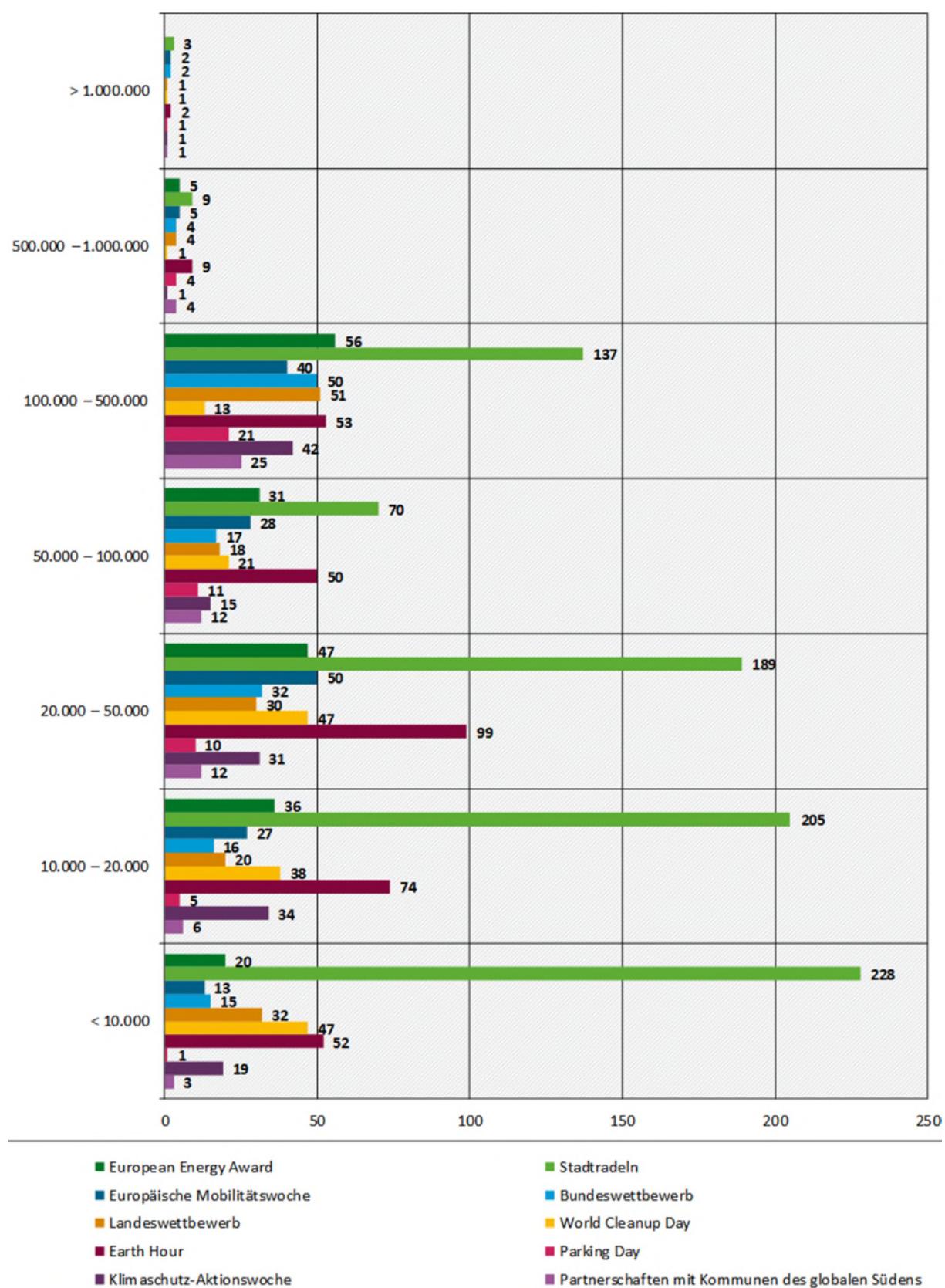
Bei der Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen sind die meisten Nutzungen der abgefragten Wettbewerbe und Aktionen in der Größenklasse 20.000 – 50.000 (547) zu verzeichnen, gefolgt von der Kategorie 100.000 – 500.000 (488) Einwohnende. Daran wird nochmals die etwas andere Verteilung deutlich, durch die Darstellung der Anzahl an genutzten Formaten, nicht Anzahl der Kommunen. Die angefragten Formate verteilen sich in Abhängigkeit der Gesamtzahlen relativ ähnlich über die Größenklassen. Kleine Unterschiede bestehen natürlich trotzdem. Beispielsweise wird das Stadtradeln am stärksten in kleineren Kommunen eingesetzt, wohingegen die kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden eher weniger an Bundes- und Landeswettbewerben sowie dem European Energy Award teilnehmen.

Abbildung 185: Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Bundesländern (n=2.259)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 186: Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Einwohnergrößen (n=2.259)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 70 zeigt die Verteilung der durchgeführten Wettbewerbe und Aktionen auf die verschiedenen Kommunenformen. Unter den kreisfreien Städten wird das Stadtradeln und die Earth Hour am häufigsten eingesetzt. Der Parking Day verzeichnet einen Großteil seiner Nutzung in den kreisfreien Städten. Bei den Landkreisen wird mit großem Abstand das Stadtradeln am meisten genutzt, gefolgt vom European Energy Award und den Landeswettbewerben. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sticht ebenfalls das Stadtradeln hervor. Außerdem können die Earth Hour, der World Cleanup Day, der European Energy Award sowie die Europäische Mobilitätswoche jeweils dreistellige Nutzungszahlen verzeichnen. Bei den Gemeindeverbänden wird ebenfalls das Stadtradeln am häufigsten genutzt.

Tabelle 70: Teilnahme an Wettbewerben und Klimaschutz-Aktionen nach Kommunenform (n=2.258)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
European Energy Award (n=195)	28	36	131	0
Stadtradeln (n=840)	56	120	659	5
Europäische Mobilitätswoche (n=165)	35	18	112	0
Bundeswettbewerb (n=136)	29	33	74	0
Landeswettbewerb (n=156)	27	36	91	2
World Cleanup Day (n=168)	12	11	145	0
Earth Hour (n=339)	56	24	259	0
Parking Day (n=53)	24	1	28	0
Klimaschutz-Aktionswoche (n=143)	18	33	91	1
Klimaschutzpartnerschaften mit Kommunen des globalen Südens (n=63)	21	10	31	1

Der Übersichtlichkeit halber wurde der Bezirk nicht in die Darstellung aufgenommen. Der eine teilnehmende Bezirk hat angegeben bisher am Stadtradeln teilgenommen zu haben. Deshalb verringert sich dort sowie in der Gesamtzahl die Nennung jeweils um eins.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Aus Tabelle 71 geht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Wettbewerben oder Aktionen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal hervor, wobei berücksichtigt werden muss, dass sich auch hier die Gesamtsumme auf die abgefragten Formate (2.259) nicht die Anzahl an Kommunen (954) bezieht. Dennoch wird deutlich ersichtlich, dass die Teilnahme an Klimaschutz-Wettbewerben und Aktionen sehr viel häufiger stattfindet, wenn Klimaschutzpersonal vorhanden ist. Die Werte liegen je nach Format bei knapp 80 % bis über 98 % Vorhandensein von Klimaschutzpersonal. Dabei wird im Verhältnis der Formate zueinander der World Cleanup Day und das Stadtradeln auch häufiger von Kommunen ohne Klimaschutzpersonal durchgeführt – jeweils ca. 20 % der Nutzungsfälle. Die Europäische Mobilitätswoche (knapp 96 %) und der Parking Day (98 %) haben die stärksten Bezüge zum Klimaschutzpersonal.

Die Querbezüge zum Vorhandensein von Neutralitätszielen in Tabelle 72 sind weniger stark ausgeprägt als beim Personal, aber immer noch deutlich. Auch hier ist ein besonders starker Querbezug beim Parking Day zu verzeichnen.

Tabelle 71: Querbezug zwischen Teilnahme an Wettbewerben sowie Klimaschutz-Aktionen und Klimaschutzpersonal (n=2.259)

	Personal vorhanden	Personal nicht vorhanden
European Energy Award (n=195)	179 (91,8 %)	16 (8,2 %)
Stadtradeln (n=841)	673 (80 %)	167 (19,9 %)
Europäische Mobilitätswoche (n=165)	158 (95,8 %)	7 (4,2 %)
Bundeswettbewerb (n=136)	123 (90,4 %)	13 (9,6 %)
Landeswettbewerb (n=156)	139 (89,1 %)	17 (10,9 %)
World Cleanup Day (n=168)	133 (79,2 %)	35 (20,8 %)
Earth Hour (n=339)	300 (88,5 %)	39 (11,5 %)
Parking Day (n=53)	52 (98,1 %)	1 (1,9 %)
Klimaschutz-Aktionswoche (n=143)	129 (90,2 %)	13 (9,1 %)
Klimaschutzpartnerschaften mit Kommunen des globalen Südens (n=63)	58 (92,1 %)	5 (7,9 %)

Wenn die Summe der Prozentangaben nicht 100 ergibt, liegt es daran, dass es zu Personal auch die Antwortoption „keine Angabe“ gibt.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 72: Querbezug zwischen Teilnahme an Wettbewerben sowie Klimaschutz-Aktionen und Neutralitätszielen (n=2.259)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erarbeitung	Neutralitätsziel nicht vorhanden
European Energy Award (n=195)	105 (53,8 %)	37 (19 %)	49 (25,1 %)
Stadtradeln (n=841)	337 (40,1 %)	141 (16,8 %)	339 (40,3 %)
Europäische Mobilitätswoche (n=165)	78 (47,3 %)	37 (22,4 %)	48 (29,1 %)
Bundeswettbewerb (n=136)	76 (55,9 %)	23 (16,9 %)	35 (25,7 %)
Landeswettbewerb (n=156)	89 (57,1 %)	28 (18 %)	38 (24,4 %)
World Cleanup Day (n=168)	66 (39,3 %)	36 (21,4 %)	63 (37,5 %)
Earth Hour (n=339)	176 (51,9 %)	62 (18,3 %)	91 (26,8 %)
Parking Day (n=53)	36 (67,9 %)	9 (17 %)	8 (15,1 %)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erarbeitung	Neutralitätsziel nicht vorhanden
Klimaschutz-Aktionswoche (n=143)	68 (47,6 %)	27 (18,9 %)	46 (32,2 %)
Klimaschutzpartnerschaften mit Kommunen des globalen Südens (n=63)	36 (57,1 %)	10 (15,9 %)	15 (23,8 %)

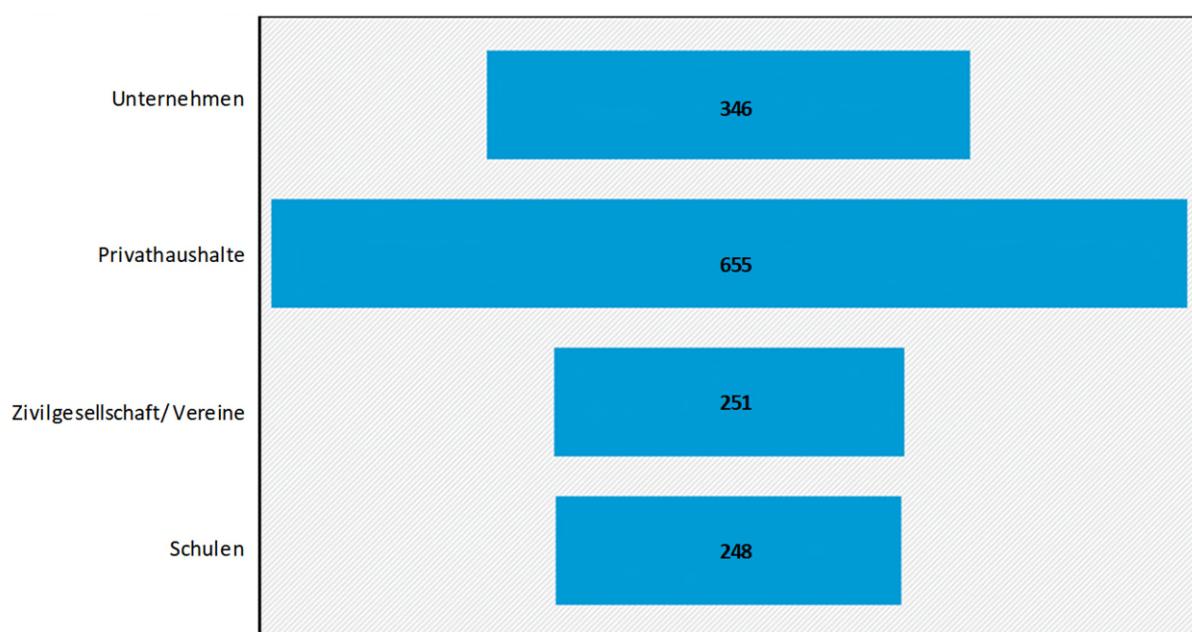
Wenn die Summe der Prozentangaben nicht 100 ergibt, liegt es daran, dass es zu Neutralitätszielen auch die Antwortoption „keine Angabe“ gibt.

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.14 Austausch, Beratung und Förderungen im Bereich Klimaschutz durch die Kommunen

699 der teilnehmenden Kommunen bieten Beratungs- oder Austauschformate für verschiedene Zielgruppen an. Privathaushalte werden dabei am häufigsten adressiert (655), Unternehmen noch etwa in halb so vielen Kommunen (346), die Zivilgesellschaft bzw. Vereine (251) und Schulen (248) werden vergleichbar oft aber insgesamt weniger häufig adressiert (vgl. Abbildung 187). In der Summe bieten die 699 Kommunen 1.500 Beratungs- oder Austauschformate an.

Abbildung 187: Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen (n=1.500)



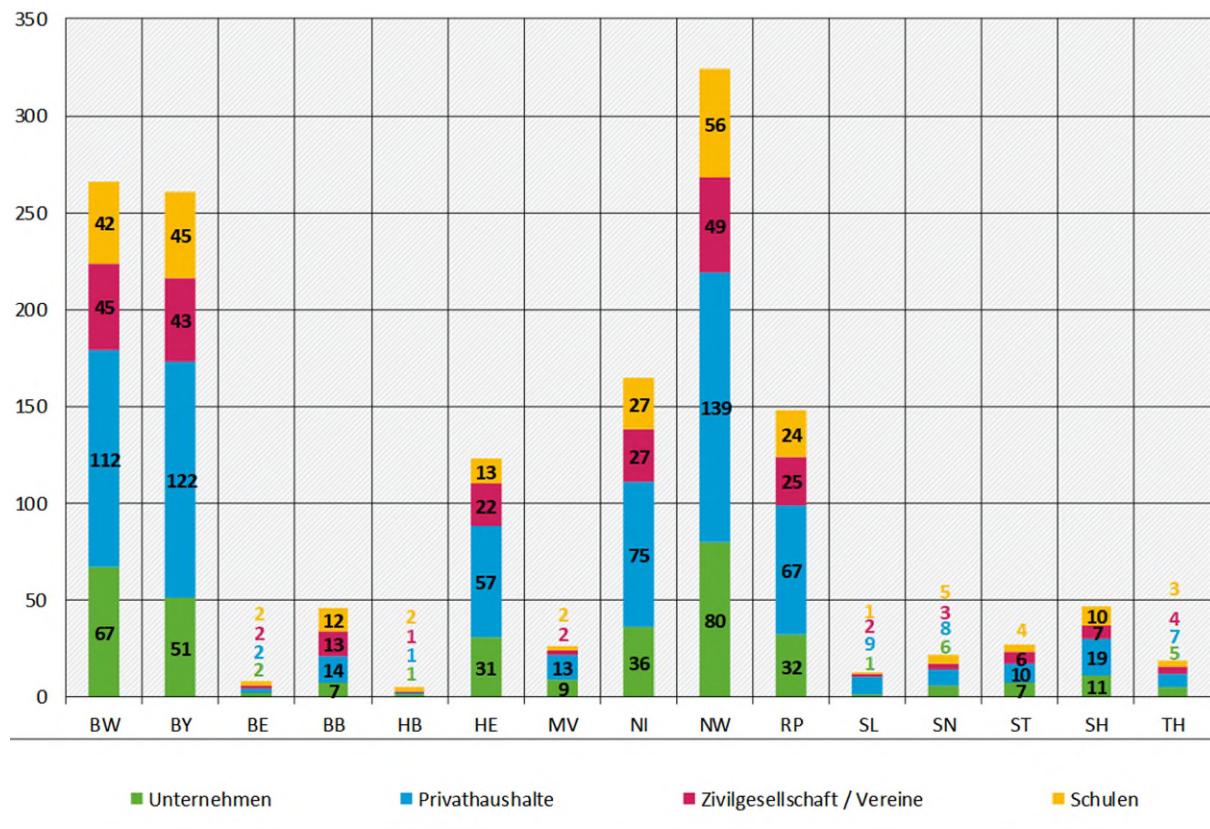
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 188 und Abbildung 189 zeigen die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Die meisten Beratungen und Austauschformate gibt es in Nordrhein-Westfalen. Die abgefragten Zielgruppen werden in den Bundesländern im Verhältnis zu den Gesamtzahlen recht ähnlich adressiert. Auffällig ist die starke Relevanz von Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Die kleinen Kommunen unter 10.000 Einwohnenden bieten in der Summe die meisten Beratungen und Austauschformate an. Dicht gefolgt von den Kommunen 100.000 – 500.000

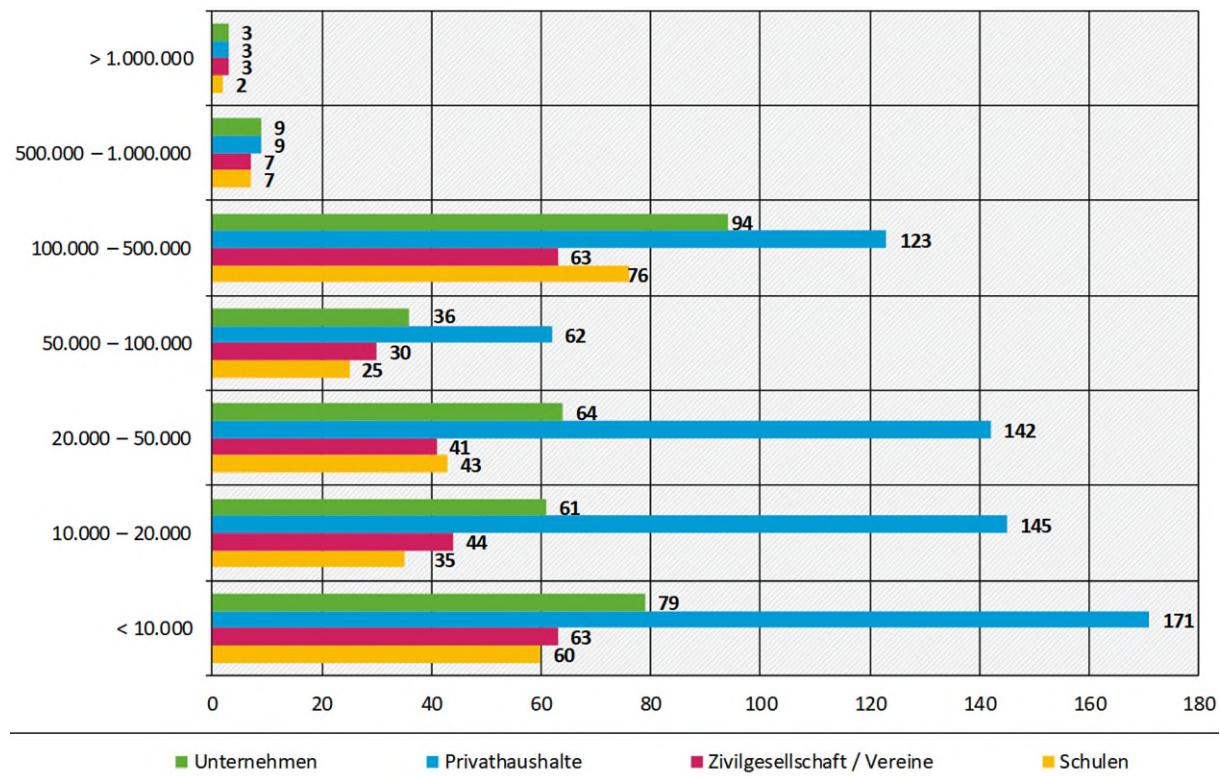
Einwohnenden, die in der Teilnahmezahl eine deutlich kleinere Gruppe ausmachen. In dieser Gruppe sind wieder die Unternehmen eine häufig adressierte Zielgruppe. Davon abgesehen verteilen sich die Zielgruppen recht ähnlich über die Einwohnergrößenklassen.

Abbildung 188: Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen nach Bundesländern (n=1.500)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

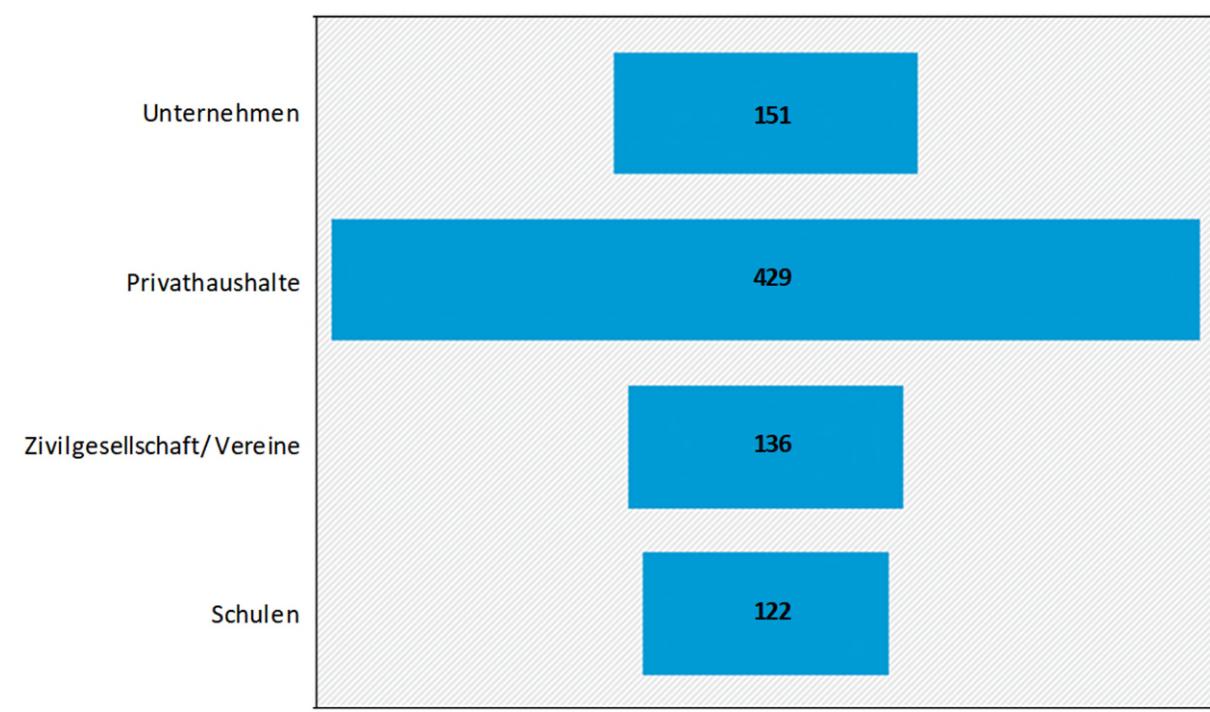
Abbildung 189: Anzahl an Angeboten zu Klimaschutz-Beratungen oder Klimaschutz-Austauschformaten für unterschiedliche Zielgruppen nach Einwohnergrößen (n=1.500)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

495 der befragten Kommunen bieten Klimaschutz-Förderprogramme an. Abbildung 190 verdeutlicht, dass auch hier Privathaushalte die häufigste Zielgruppe (429) sind. In der Summe bieten die 495 Kommunen 838 Förderoptionen an.

Abbildung 190: Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen (n=838)

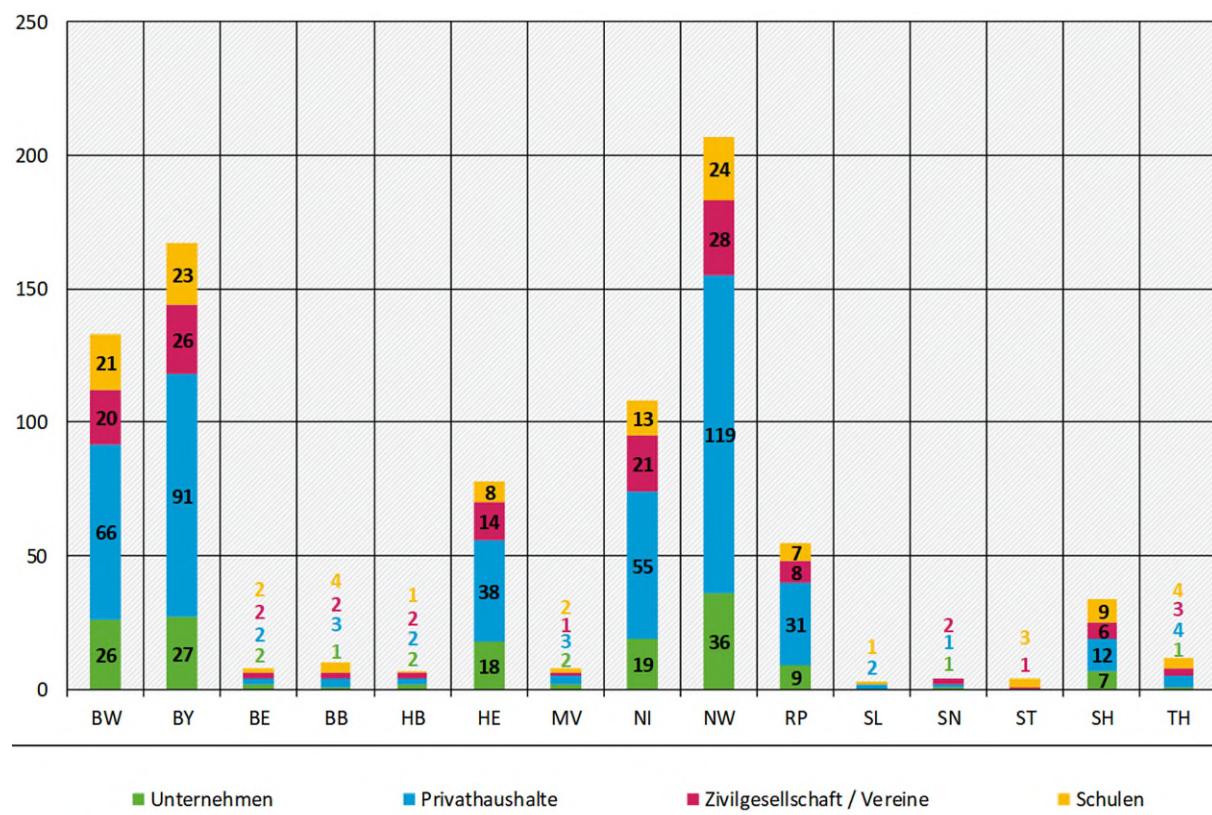


Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 191 und Abbildung 192 zeigen wieder die Verteilung auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. Die Zielgruppen werden in den Bundesländern im Verhältnis zu den Gesamtzahlen ähnlich häufig adressiert. Die Relevanz der Privathaushalte wird in allen Bundesländern ersichtlich.

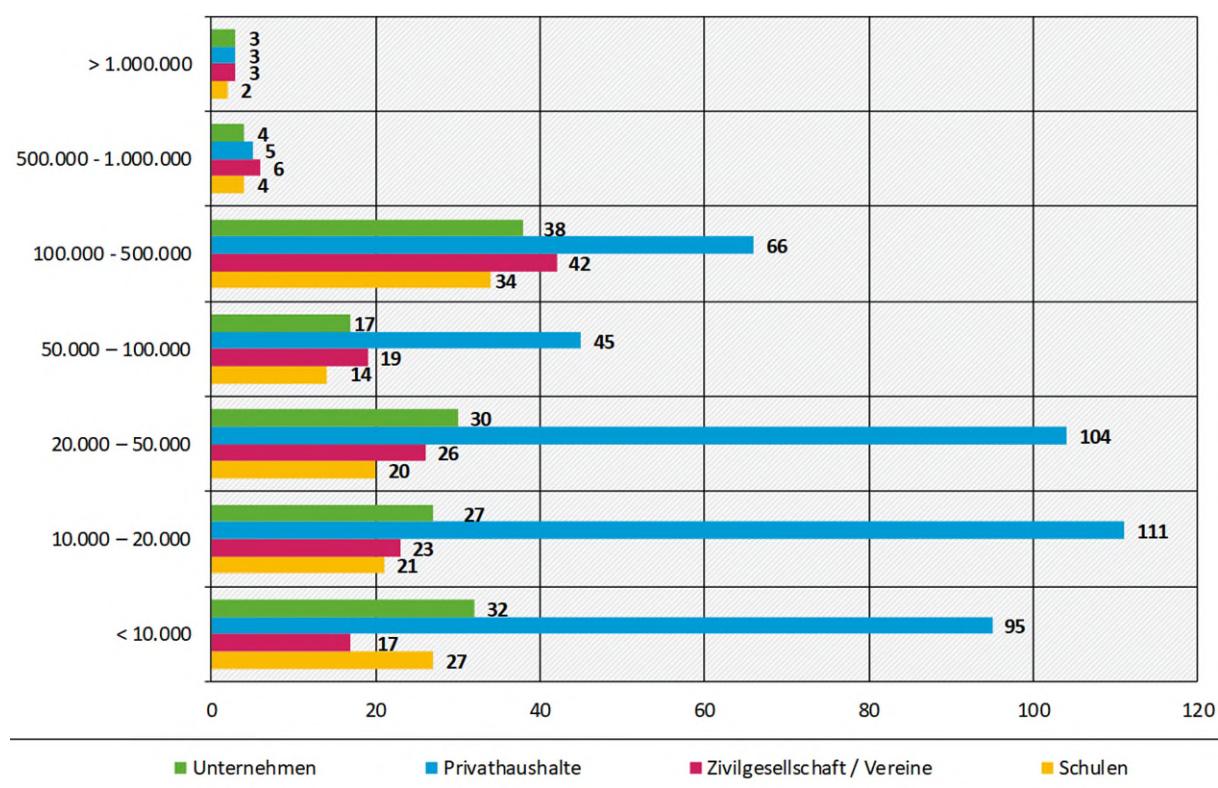
Bei den Einwohnergrößenklassen ergibt sich ein etwas anderes Bild. Während in den kleineren Einwohnergrößenklassen eine recht gleichmäßige Verteilung entsprechend der Gesamtzahl zu verzeichnen ist, ist die Verteilung in der Kategorie 100.000 – 500.000 Einwohner eine etwas andere. Hier haben die Privathaushalte verhältnismäßig eine geringere Relevanz, wohingegen die Förderungen für Unternehmen, Zivilgesellschaft & Vereine sowie Schulen häufiger vorkommen. Insgesamt gibt es in dieser Größenklasse im Verhältnis zu deren Teilnahmehzahl sehr viele Klimaschutz-Förderangebote.

Abbildung 191: Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen nach Bundesländern (n=838)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 192: Anzahl an Klimaschutz-Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen nach Einwohnergrößen (n=838)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15 Ausblick der Kommunen – Änderungen für mehr Klimaschutz und politische Relevanz

Als Ausblick haben wir die Kommunen gefragt, welche Änderungen ihnen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen. Tabelle 73 zeigt die vollständigen Antworten, Abbildung 193 zeigt wie viele Kommunen die abgefragten Änderungen als sehr hilfreich einschätzen.

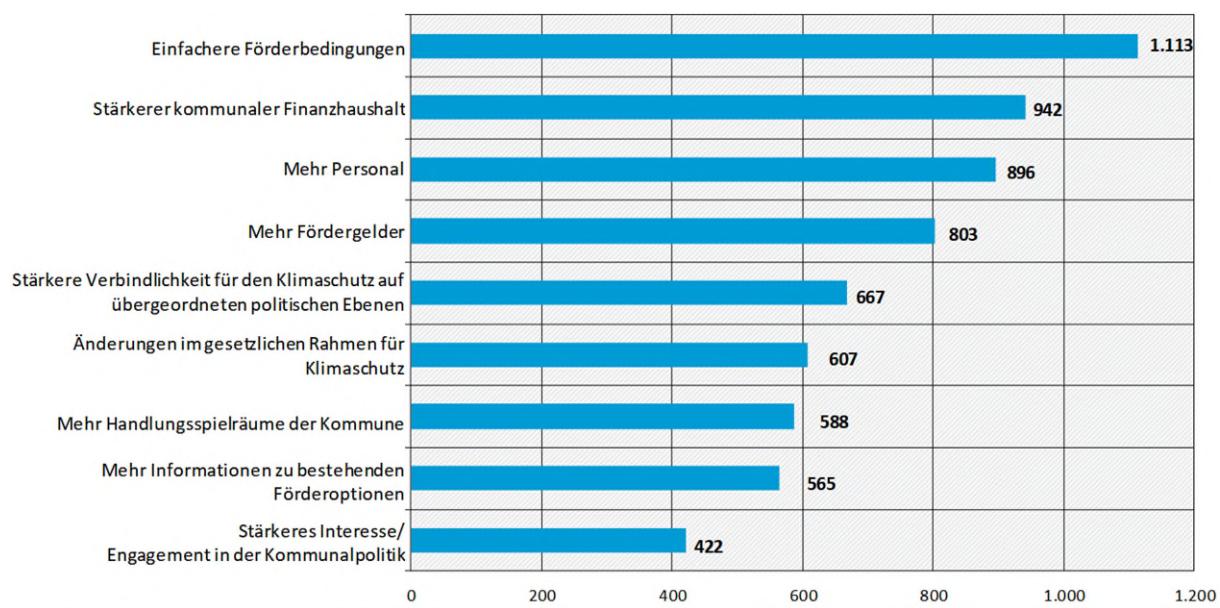
Tabelle 73: Was würde den Kommunen helfen mehr Klimaschutz umzusetzen (n=1.553)

	Sehr hilfreich	Hilfreich	Teils, teils	Weniger hilfreich	Nicht hilfreich	Keine Angabe
Stärkerer kommunaler Finanzhaushalt	942	388	93	21	18	91
Mehr Personal	896	370	121	44	24	98
Stärkeres Interesse/ Engagement in der Kommunalpolitik	422	613	320	40	22	136
Stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten politischen Ebenen	667	399	228	83	44	132

	Sehr hilfreich	Hilfreich	Teils, teils	Weniger hilfreich	Nicht hilfreich	Keine Angabe
Änderungen in den gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz	607	424	278	68	37	139
Mehr Handlungsspielräume der Kommune	588	496	259	52	19	139
Mehr Fördergelder	803	385	219	39	11	96
Einfachere Förderbedingungen	1.113	270	68	11	4	87
Mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen	565	440	271	99	19	159

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 193: Sehr hilfreiche Änderungen für mehr Klimaschutz in Kommunen



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Dabei wird deutlich, dass insbesondere Finanzierungsaspekte und die Ausstattung mit Personal als sehr relevant eingeschätzt werden. Interessant ist, dass noch vor einer Mehrausstattung mit Geldern (stärkerer Finanzhaushalt der Kommune (942) und mehr Fördergelder (803)) einfache Förderbedingungen die am häufigsten genannte Änderung ist, um mehr Klimaschutz zu ermöglichen. 1.113 Kommunen schätzen dies als sehr hilfreich ein.

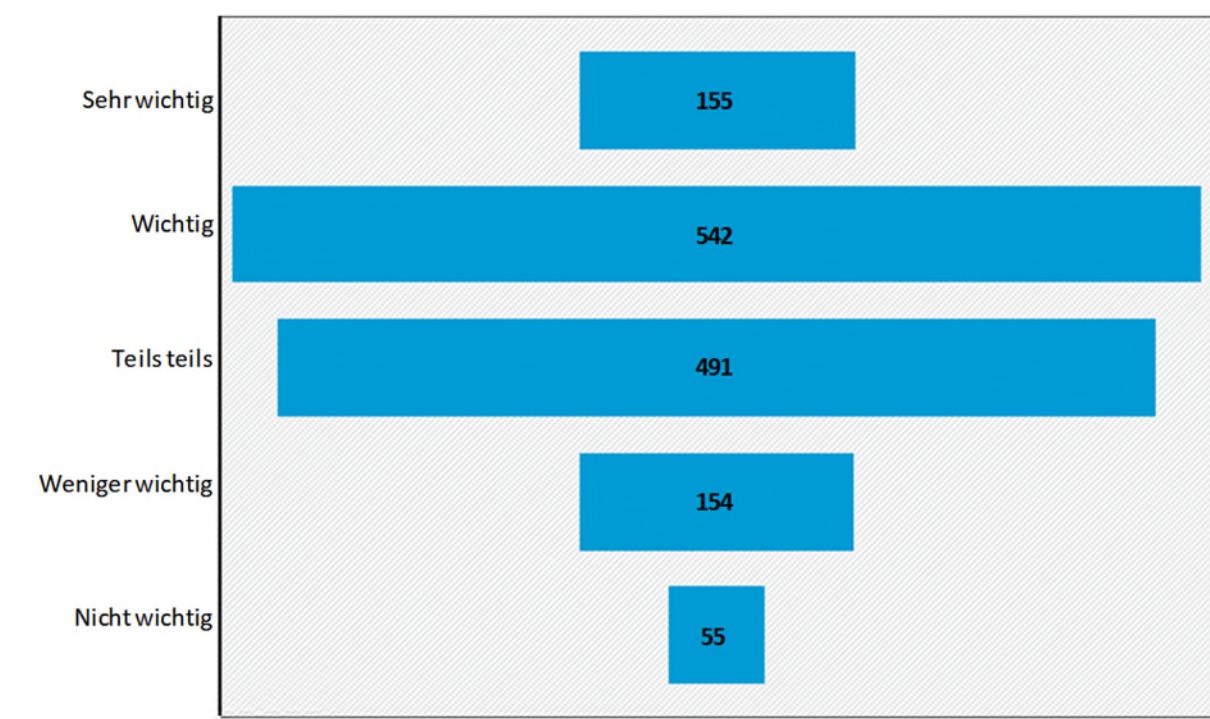
Mehr Verbindlichkeit für Klimaschutz, Änderungen im gesetzlichen Rahmen oder mehr Handlungsspielräume der Kommunen werden ebenfalls häufig als sehr hilfreich benannt, scheinen aber weniger relevant zu sein, als Finanz- und Personalaspekte. In der Freitextantwort zu der Frage ob es weitere hilfreiche Änderungen gäbe, werden gerade solche Aspekte allerdings

explizit genannt. Vor allem die Etablierung einer Pflichtaufgabe Klimaschutz sowie Planungsbeschleunigungen sind den Kommunen an dieser Stelle wichtig.

Die am seltensten, aber immerhin noch von 422 Kommunen, genannte sehr hilfreiche Änderung betrifft die Unterstützung durch die Kommunalpolitik. Weitere 613 Kommunen nennen dies als hilfreich, sodass es in der Summe dennoch sehr stark als förderlicher Faktor benannt wird.

Abbildung 194 zeigt, wie die teilnehmenden Kommunen aktuell die Relevanz von Klimaschutz bei politischen Entscheidungen innerhalb ihrer Kommune einschätzen. In 542 Kommunen wird Klimaschutz als wichtig in aktuellen politischen Entscheidungen eingeschätzt, in weiteren 491 Kommunen hat es mittlere Relevanz (teils, teils). In gleichvielen Kommunen ist Klimaschutz aktuell sehr wichtig (155) bzw. weniger wichtig (154) bei politischen Entscheidungen. Nur in 55 Kommunen ist der Klimaschutz als nicht wichtig in politischen Entscheidungen eingestuft.

Abbildung 194: Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen (n=1.397)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 195 und Abbildung 196 zeigen die politische Relevanz von Klimaschutz aufgeteilt auf die Bundesländer und die Einwohnergrößenklassen. In Abbildung 195 sind die Stadtstaaten zur Anonymisierung nicht dargestellt. Die Gesamtzahl an Rückmeldung ist deshalb im Vergleich zu Abbildung 196 um vier verringert.

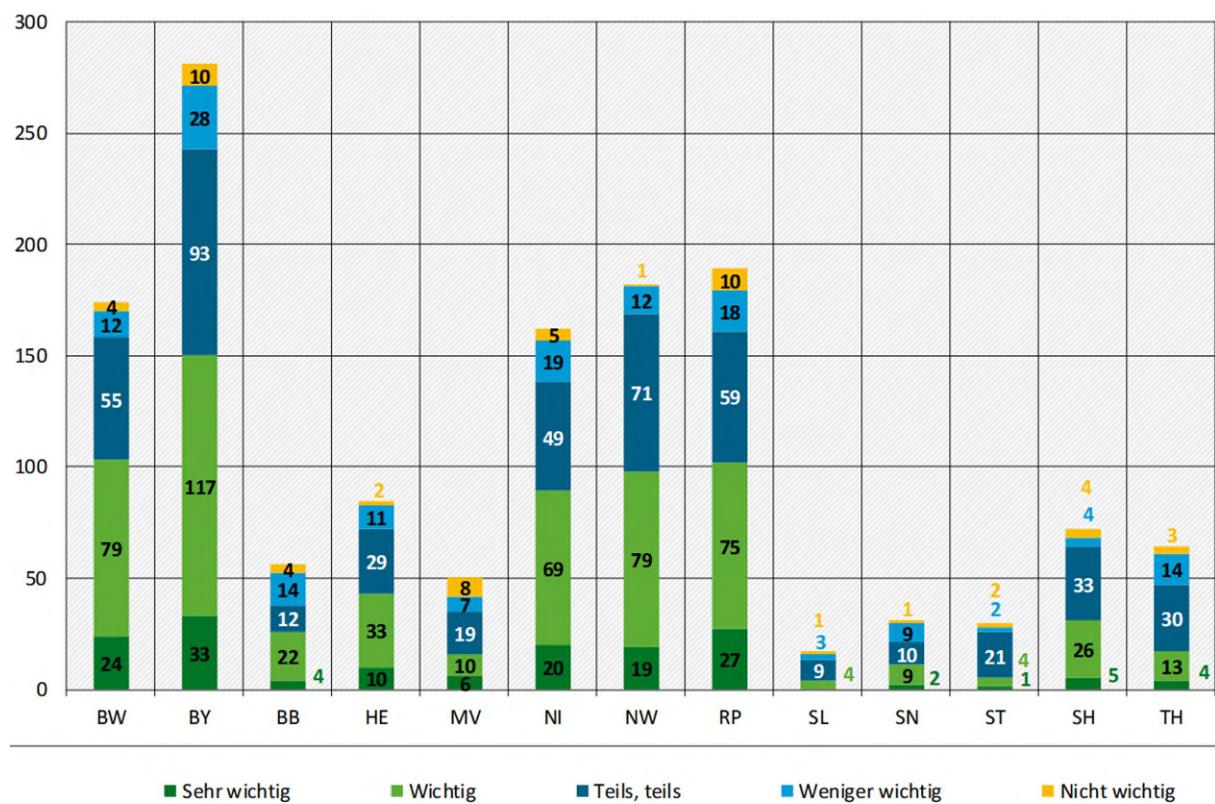
In den teilnahmestarken Bundesländern ist die Verteilung der politischen Relevanz auf die abgefragten Kategorien recht vergleichbar. Der Anteil der Bewertungen wichtig und sehr wichtig (in Summe) schwankt zwischen 53,1 % in Niedersachsen und 59,2 % in Baden-Württemberg. Über alle Bundesländer hinweg gibt es die meisten Einschätzungen von „nicht wichtig“ in Bayern (10), Rheinland-Pfalz (10) und Mecklenburg-Vorpommern (8). Die Summe aus wichtig und sehr wichtig hat den geringsten Anteil an den Gesamtbewertungen in Thüringen (26,6 %), dem Saarland (23,5 %) und Sachsen-Anhalt (16,7 %).

Bei der Aufteilung in die Einwohnergrößenklassen ist die einzige größere Häufung (37) von nicht wichtiger politischer Relevanz in den Kommunen unter 10.000 Einwohnenden zu verzeichnen. Dies macht aber bei der großen Gruppe einen sehr kleinen Anteil aus. In dieser

Größenklasse ist die Bewertung „wichtig“ am häufigsten vertreten (278). In den größeren Einwohnerkategorien ist die Verteilung der politischen Relevanz untereinander recht vergleichbar. In den beiden größten Kategorien gibt es in Summe nur drei Einschätzungen die unterhalb von „wichtig“ liegen. Dabei ist zu beachten, dass diese Gruppen mit in Summe 13 Kommunen sehr klein sind.

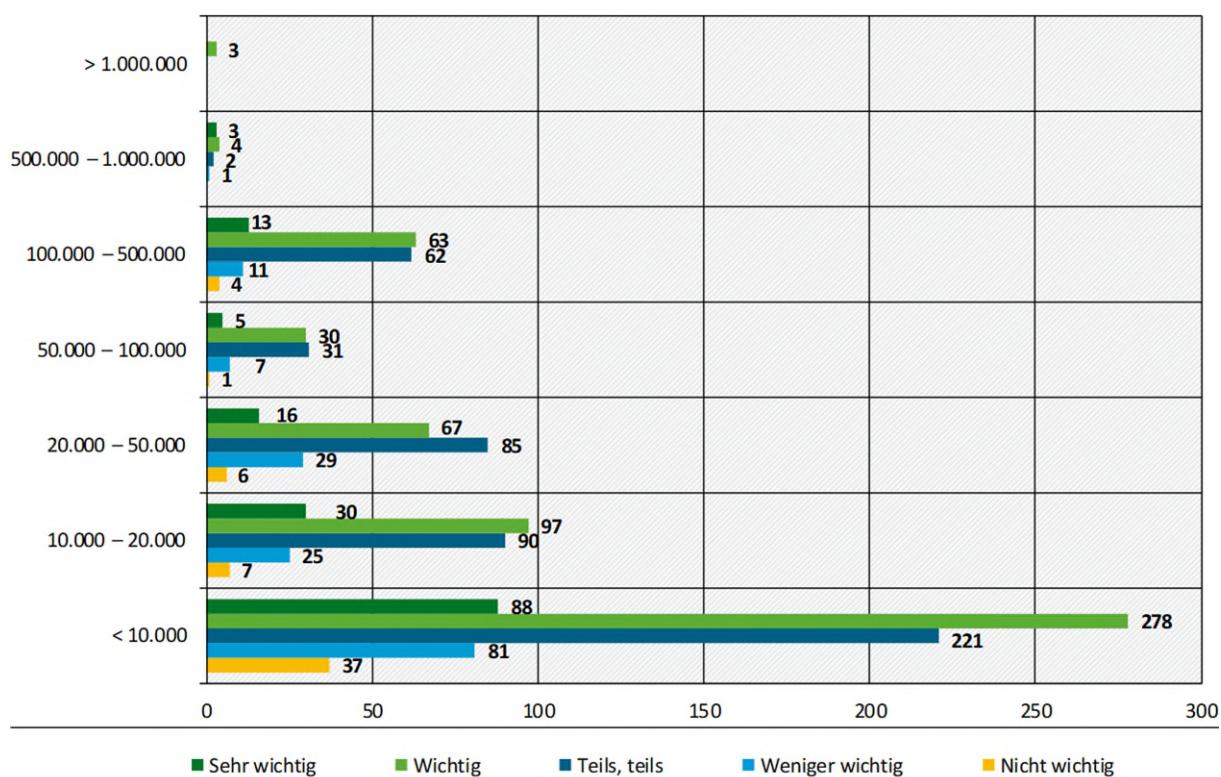
Tabelle 74 zeigt darüber hinaus die politische Relevanz nach Kommunenform. Je Kommunenform dominieren die Einschätzungen „wichtig“ und „teils, teils“. Die Einschätzungen „sehr wichtig“ und „weniger wichtig“ sind je Kommunenform sehr gleich verteilt. Insgesamt gibt es zwischen den Kommunenformen keine großen Unterschiede in der bewerteten politischen Relevanz.

Abbildung 195: Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Bundesländern (n=1.393)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 196: Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Einwohnergrößen (n=1.397)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 74: Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen nach Kommunenform (ohne Bezirke) (n=1.396)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr wichtig (n=155)	6	12	137	0
Wichtig (n=542)	26	58	454	4
Teils, teils (n=490)	19	56	408	7
Weniger wichtig (n=154)	4	12	137	1
Nicht wichtig (n=55)	1	5	49	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 75 und Tabelle 76 zeigen die Querbezüge der politischen Relevanz von Klimaschutz und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bzw. Neutralitätszielen. Die Unterschiede zwischen Kommunen mit und ohne Klimaschutzpersonal sind nicht sehr groß. Allerdings bewerten jeweils etwas mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal die politische Relevanz als „sehr wichtig“, „wichtig“ und „teils, teils“ als Kommunen ohne Klimaschutzpersonal. Die Kategorien „weniger wichtig“ und „nicht wichtig“ werden hingegen etwas öfter von Kommunen ohne Klimaschutzpersonal angegeben.

Die Bewertungen „sehr wichtig“ und „wichtig“ werden ähnlich häufig von Kommunen mit und ohne Neutralitätszielen angegeben. Da die Gruppe mit Neutralitätszielen (Summe aus vorhanden

und in Erstellung) aber kleiner ist, als die Gruppe ohne Neutralitätsziel, kommen diese Bewertungen in Kommunen mit Neutralitätszielen verhältnismäßig mehr vor. Die Bewertungen „weniger wichtig“ und „nicht wichtig“ kommen deutlich häufiger in Kommunen ohne Neutralitätsziel vor.

Tabelle 75: Querbezug zwischen der Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen und Klimaschutzpersonal (n=1.393)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr wichtig (n=154)	94	60
Wichtig (n=541)	304	237
Teils, teils (n=491)	286	205
Weniger wichtig (n=152)	67	85
Nicht wichtig (n=55)	21	34

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 76: Querbezug zwischen der Relevanz von Klimaschutz in politischen Entscheidungen und Neutralitätszielen (n=1.379)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr wichtig (n=152)	54	23	75
Wichtig (n=537)	166	91	280
Teils, teils (n=483)	137	71	275
Weniger wichtig (n=152)	21	17	114
Nicht wichtig (n=55)	6	2	47

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

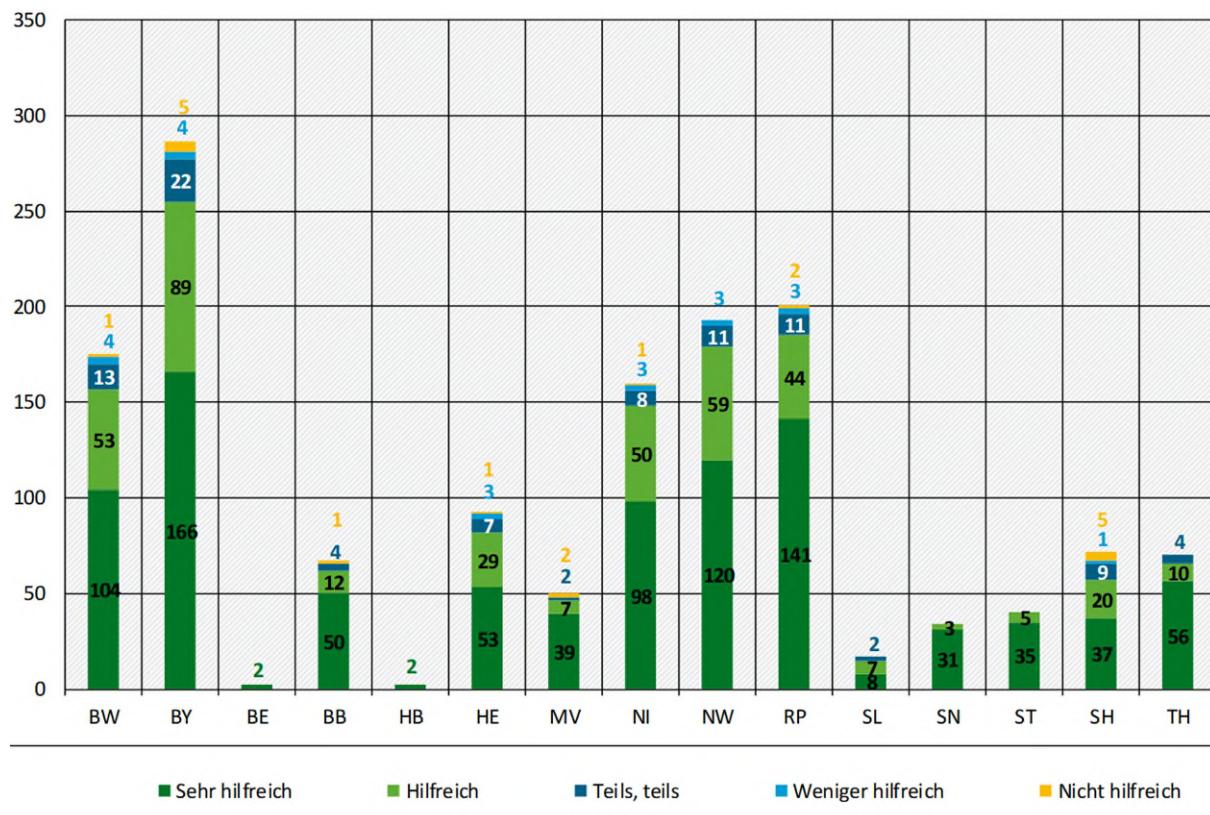
In den folgenden Unterkapiteln werden die abgefragten Änderungen für mehr Klimaschutz kurz separat voneinander dargestellt. Dies erfolgt in den erprobten Darstellungen nach Bundesländern, Einwohnergrößenklassen und Kommunenform sowie im Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Die Gesamtanzahl an Kommunen unterscheidet sich zum einen je Themenfeld, da unterschiedlich viele Kommunen jeweils eine Bewertung abgegeben haben. Darüber hinaus unterscheiden sich die Gesamtanzahl an Kommunen (n) in den Abbildungen von denen in den Tabellen. Dies liegt daran, dass bei der Kommunenform jeweils für die Übersichtlichkeit die Bezirke nicht abgebildet sind (n=-1) und da beim Vorhandensein von Personal und Neutralitätszielen auch die Antwort „keine Angabe“ möglich war und somit einige Kommunen in dieser Auflistung fehlen.

4.15.1 Stärkerer kommunaler Finanzhaushalt

Ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt wird quasi von allen Kommunen als sehr hilfreich oder hilfreich eingeschätzt, um mehr Klimaschutz umsetzen zu können. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern (Abbildung 197) sind minimal. Herauszustellen sind Sachsen und Sachsen-Anhalt, wo keine Kommunen eine geringere Einschätzung als „hilfreich“ abgegeben hat. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einwohnergrößenklassen (Abbildung 198). Die Einschätzung, dass ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt „nicht hilfreich“ wäre, gibt es nur

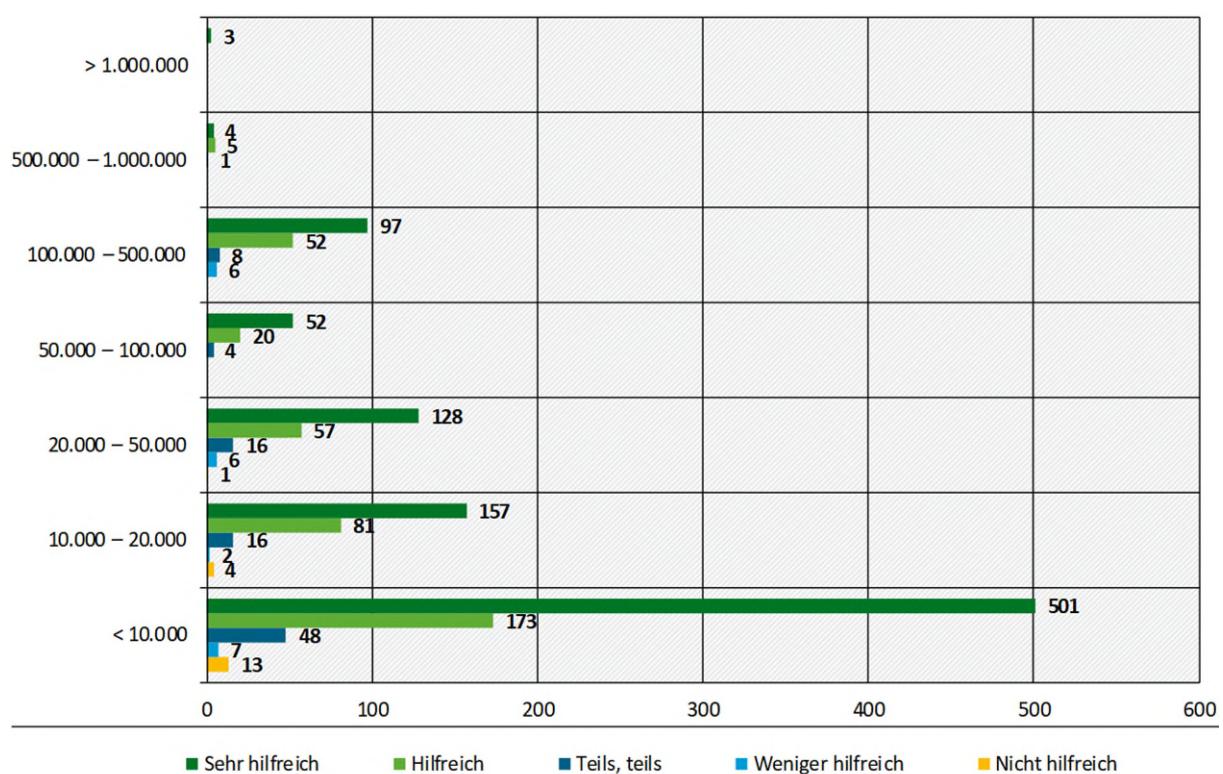
in sehr geringer Anzahl in den beiden Größenklassen unter 20.000 Einwohnenden. Gleichermaßen ergibt sich auch bei den Kommunenformen in Tabelle 77. Die wenigen „nicht hilfreich“ Einschätzungen stammen aus kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Abbildung 197: Bewertung inwiefern ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.462)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 198: Bewertung inwiefern ein stärkerer kommunaler Finanzhaushalt helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.462)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 77: Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (ohne Bezirke) (n=1.461)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=941)	43	84	805	9
Hilfreich (n=388)	12	53	320	3
Teils, teils (n=93)	2	8	83	0
Weniger hilfreich (n=21)	1	5	15	0
Nicht hilfreich (n=18)	0	0	18	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Auch die Querbezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen in Tabelle 78 und Tabelle 79 zeigen eine sehr hilfreiche Einschätzung in beiden Vergleichsgruppen. Dabei ergibt sich jeweils ein ähnliches Bild wie bei bisherigen Auswertungen – die Gruppen, die das Kriterium erfüllen sind jeweils etwas stärker in den positiven Kategorien vertreten, die Kommunengruppen, die das Kriterium nicht erfüllen, sind bei den negativeren Schätzungen mehr vertreten.

Tabelle 78: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.457)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=938)	501	437
Hilfreich (n=388)	231	157
Teils, teils (n=92)	54	38
Weniger hilfreich (n=21)	14	7
Nicht hilfreich (n=18)	6	12

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 79: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalen Finanzhaushalt für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.433)

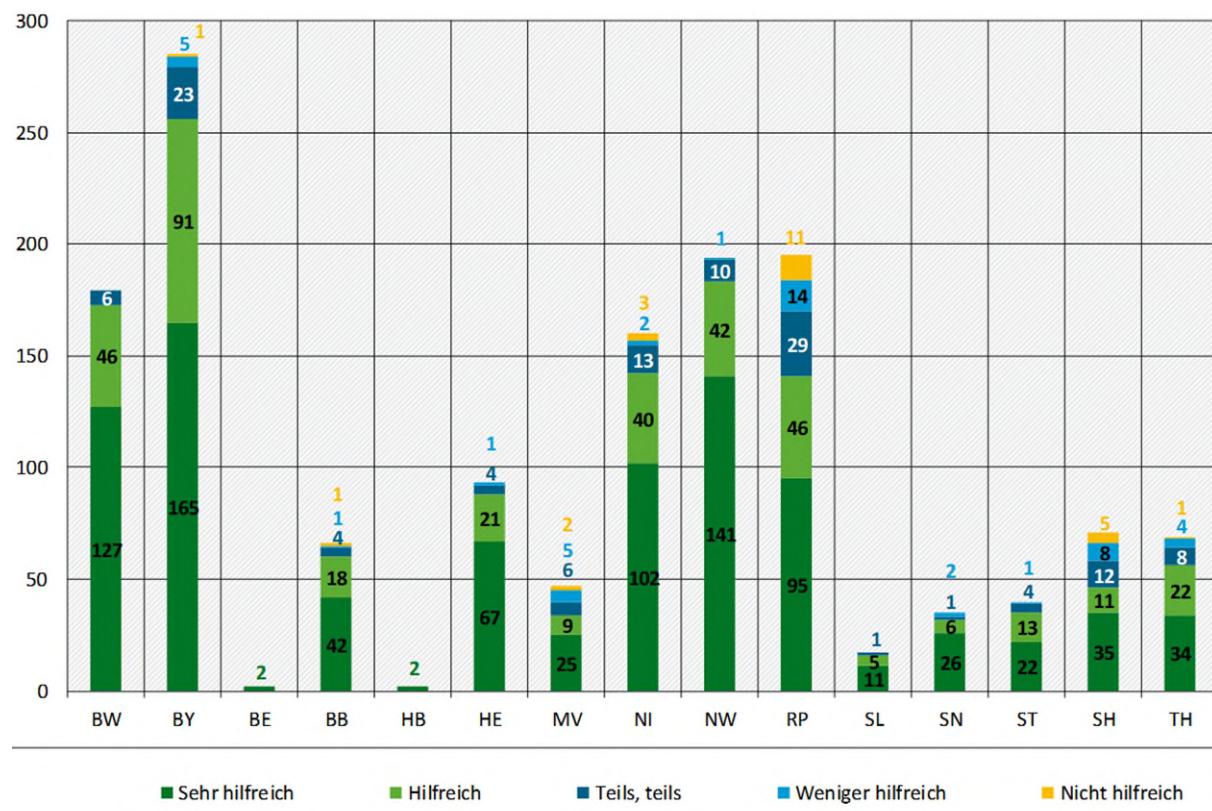
	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=922)	242	154	526
Hilfreich (n=381)	109	53	219
Teils, teils (n=91)	27	4	60
Weniger hilfreich (n=21)	9	3	9
Nicht hilfreich (n=18)	1	0	17

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15.2 Mehr Personal

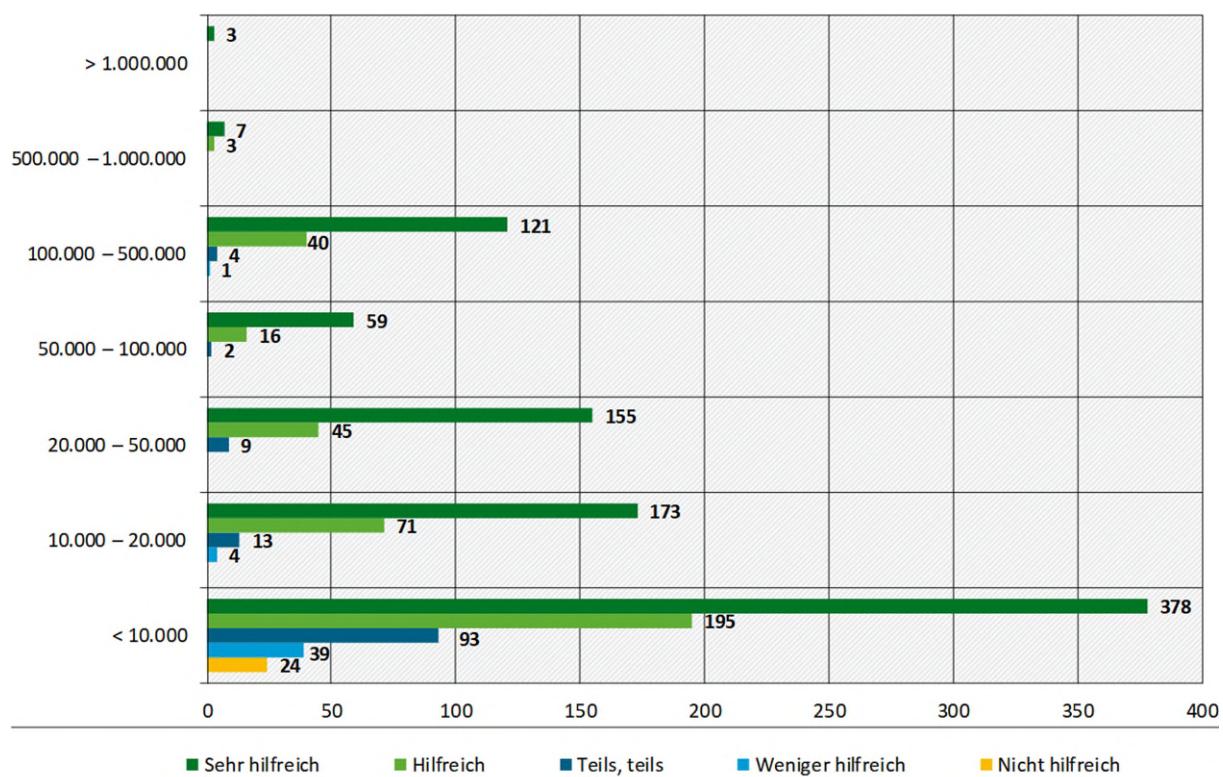
Sehr viele Kommunen sind der Meinung, dass mehr Personal ihnen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen. Dies spiegelt sich in den meisten Bundesländern wieder (Abbildung 199). Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein stechen etwas heraus mit vergleichsweise negativeren Einschätzungen zu diesem Kriterium. Abbildung 200 zeigt, dass nur in der Größenkategorie unter 10.000 Einwohnenden ein paar Kommunen mehr Personal als „weniger hilfreich“ und „nicht hilfreich“ einschätzen. In allen anderen Größenkategorien wird mehr Personal fast ausschließlich als „hilfreich“ und „sehr hilfreich“ eingestuft, um mehr Klimaschutz umzusetzen. Tabelle 80 zeigt, dass kreisfreie Städte, Landkreise und Gemeindeverbände mehr Personal sehr positiv bewerten. Nur bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gibt es auch ein paar negativere Einordnungen.

Abbildung 199: Bewertung inwiefern mehr Personal helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.455)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 200: Bewertung inwiefern mehr Personal helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.455)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 80: Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.454)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=895)	46	108	733	8
Hilfreich (n=370)	12	40	315	3
Teils, teils (n=121)	0	5	115	1
Weniger hilfreich (n=44)	0	1	43	0
Nicht hilfreich (n=24)	0	0	24	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 81 zeigt, dass Kommunen mit Klimaschutzpersonal mehr Personal als hilfreicher einschätzen, um mehr Klimaschutz umzusetzen, als Kommunen ohne Klimaschutzpersonal. Allerdings sind die Bewertungen aus beiden Gruppen insgesamt sehr positiv. Die Kommunen mit Neutralitätszielen bewerten mehr Personal verhältnismäßig als etwas hilfreicher, als Kommunen ohne Neutralitätsziel (Tabelle 82). Allerdings zeigt sich auch hier das insgesamt positive Bild in beiden Vergleichsgruppen.

Tabelle 81: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.450)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=893)	571	322
Hilfreich (n=369)	196	173
Teils, teils (n=120)	44	76
Weniger hilfreich (n=44)	4	40
Nicht hilfreich (n=24)	1	23

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 82: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im Personalbestand für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.429)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=880)	275	143	462
Hilfreich (n=363)	96	52	215
Teils, teils (n=119)	16	15	88
Weniger hilfreich (n=43)	5	2	36
Nicht hilfreich (n=24)	1	0	23

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

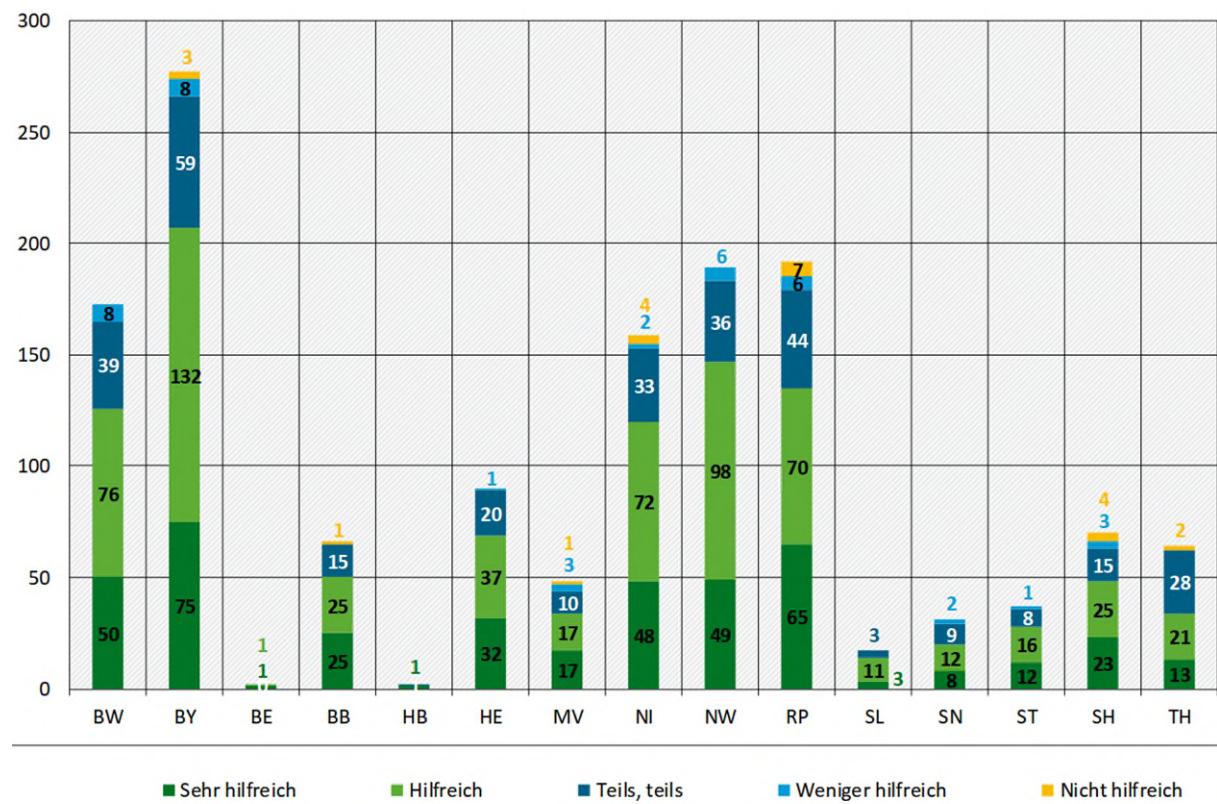
4.15.3 Stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik

Wie schon in der Übersicht erkenntlich wurde, wird ein stärkeres Interesse oder Engagement der Kommunalpolitik verhältnismäßig als etwas weniger hilfreich eingestuft, als andere abgefragte Änderungen. Hier stammen die meisten Einstufungen aus der Kategorie „hilfreich“, gefolgt von „sehr hilfreich“. Damit ist die Gesamtbewertung dieser Änderung immer noch sehr positiv. Allerdings gibt es auch eine größere Gruppe, die diese Änderung mittelmäßig („teils, teils“) einstuft. Dies verteilt sich recht gleichmäßig auf die Bundesländer (Abbildung 201). Die meisten Einschätzungen, dass mehr Engagement der Kommunalpolitik nicht hilfreich sei, stammen aus Rheinland-Pfalz (7), Niedersachsen (4) und Schleswig-Holstein (4).

Auch die Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen in Abbildung 202 zeigen ein recht ausgeglichenes Bild, wobei die Kommunengruppe unter 10.000 Einwohnenden die meisten mittleren und negativen Einstufungen hat. Sie scheinen also recht gute Unterstützung von ihren Kommunalparlamenten zu erhalten.

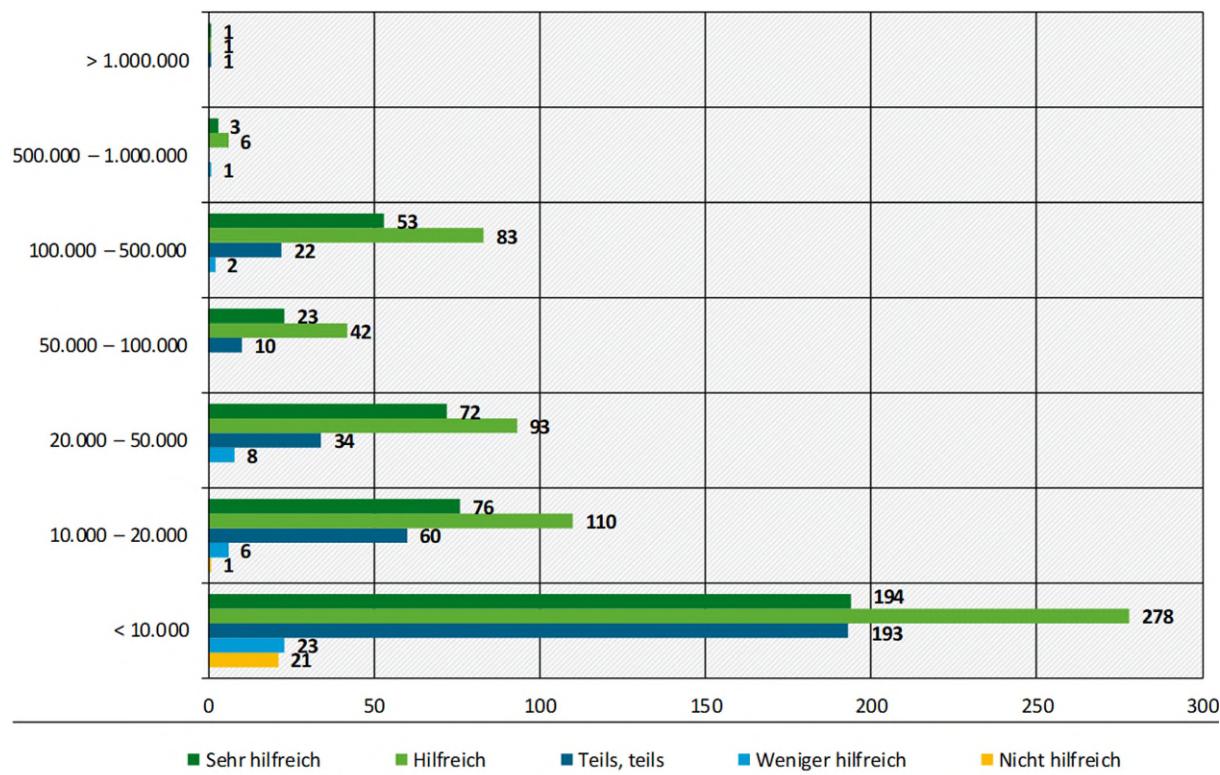
Aus Tabelle 83 geht hervor, dass die kreisfreien Städte und Gemeindeverbände mehr Unterstützung der Kommunalpolitik am hilfreichsten fänden. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist das Bild wieder am vielfältigsten.

Abbildung 201: Bewertung inwiefern ein stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.417)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 202: Bewertung inwiefern ein stärkeres Interesse beziehungsweise Engagement der Kommunalpolitik helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.417)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 83: Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.416)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=421)	18	42	356	5
Hilfreich (n=613)	24	85	498	6
Teils, teils (n=320)	10	22	287	1
Weniger hilfreich (n=40)	2	2	36	0
Nicht hilfreich (n=22)	0	0	22	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Bei den Querbezügen zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal (Tabelle 84) wird ein verhältnismäßig stärkerer Unterschied zwischen den beiden Vergleichsgruppen erkenntlich. Kommunen mit Klimaschutzpersonal schätzen mehr Unterstützung durch die Kommunalpolitik als etwas hilfreicher ein, um mehr Klimaschutz umzusetzen, als Kommunen ohne Klimaschutzpersonal. Aus Tabelle 85 geht ein etwas schwächerer Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Neutralitätszielen und mehr Unterstützung der Kommunalpolitik hervor, als es bei anderen abgefragten Kriterien der Fall ist. Die Kommunen mit Neutralitätsziel scheinen sich also recht gut durch ihre Politik unterstützt zu fühlen. Dabei ist natürlich nicht zu

vernachlässigen, dass die Einschätzungen insgesamt immer noch sehr positiv sind, was Änderungen in diesem Bereich angeht.

Tabelle 84: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.412)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=419)	263	156
Hilfreich (n=612)	366	246
Teils, teils (n=319)	142	177
Weniger hilfreich (n=40)	17	23
Nicht hilfreich (n=22)	2	20

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 85: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im kommunalpolitischen Interesse für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.392)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=412)	119	66	227
Hilfreich (n=603)	181	95	327
Teils, teils (n=317)	73	40	204
Weniger hilfreich (n=38)	9	3	26
Nicht hilfreich (n=22)	1	2	19

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

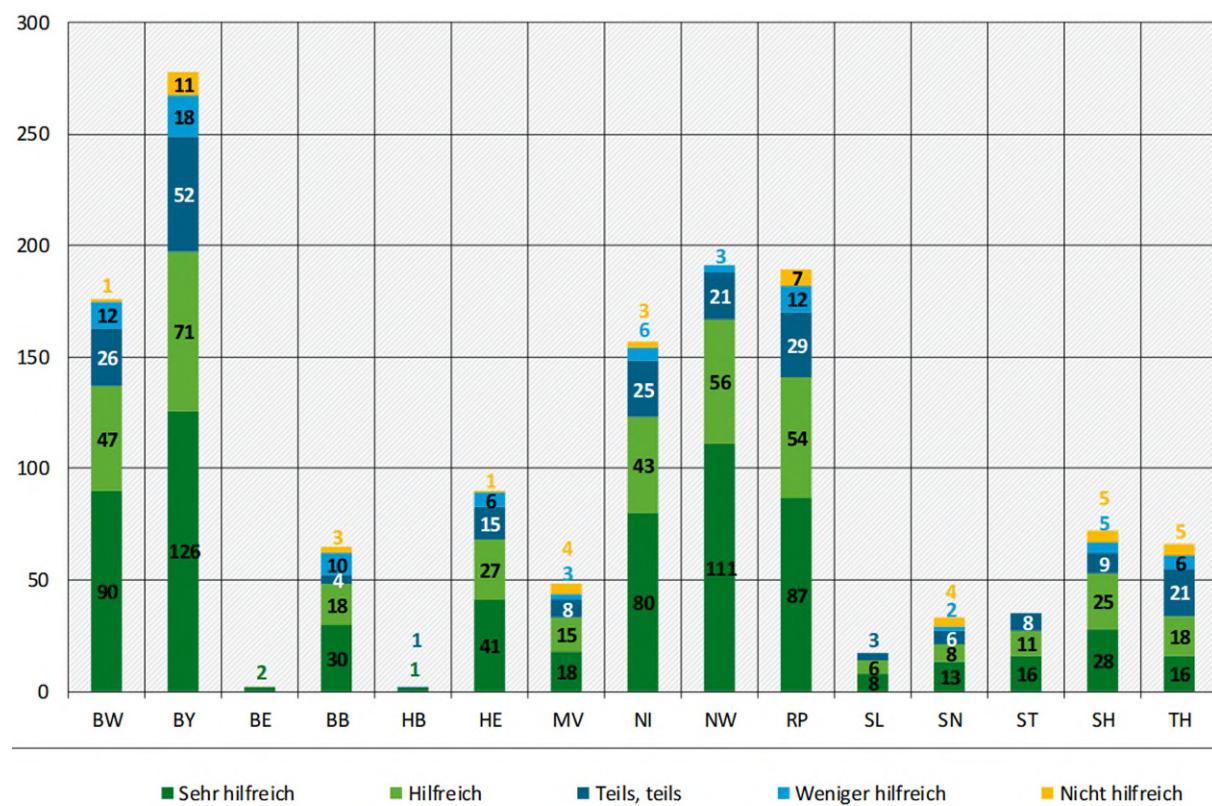
4.15.4 Stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten politischen Ebenen

Die stärkere Verbindlichkeit für Klimaschutz auf übergeordneten politischen Ebenen wird von den Kommunen unter den abgefragten Änderungen im mittleren Bereich eingeschätzt.

Abbildung 203 zeigt gewisse Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während beispielsweise Kommunen aus dem Saarland es sehr hilfreich und hilfreich fänden, wird die Bedeutung dieser Änderung in Kommunen aus Thüringen deutlich geringer eingeschätzt.

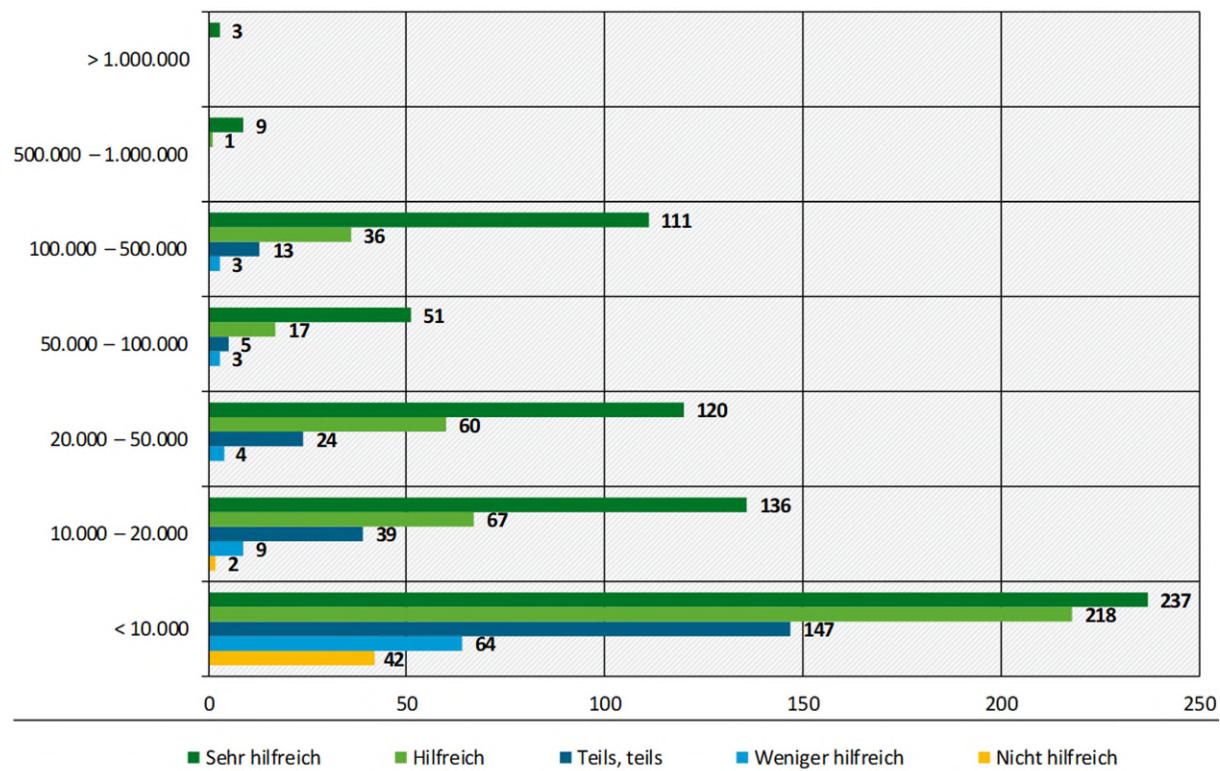
Abbildung 204 zeigt wieder die recht typische Verteilung auf die Einwohnergrößenklassen. Die höchste Diversität in den Rückmeldungen gibt es in der zahlenmäßig großen Gruppe der Kommunen unter 10.000 Einwohnenden. In den größeren Kommunen wird die Relevanz dieser Änderung zunehmend wichtiger eingeschätzt. Tabelle 86 bestätigt dieses Bild. Während die Bedeutung einer stärkeren Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen bei den kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeindeverbänden sehr hoch eingeschätzt wird, ist die Rückmeldung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden am vielfältigsten. Auch hier ist aber die insgesamte hohe Bedeutung dieser Änderung sichtbar.

Abbildung 203: Bewertung inwiefern eine stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten Ebenen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.421)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 204: Bewertung inwiefern eine stärkere Verbindlichkeit für den Klimaschutz auf übergeordneten Ebenen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.421)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 86: Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.420)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=666)	50	94	514	8
Hilfreich (n=399)	5	37	355	2
Teils, teils (n=228)	3	13	210	2
Weniger hilfreich (n=83)	0	6	77	0
Nicht hilfreich (n=44)	0	0	44	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 87 zeigt einen straken Querbezug zwischen der Einschätzung mehr Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen würde helfen mehr Klimaschutz umzusetzen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal. Deutlich mehr Kommunen mit Klimaschutzpersonal schätzen diese Änderung als sehr hilfreich ein. Die Einschätzung „hilfreich“ gibt es in beiden Gruppen etwa gleich oft und in den niedrigeren Relevanzbewertungen sind mehr Kommunen ohne Klimaschutzpersonal vertreten. Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich in Tabelle 88 bei den Querbezügen zu den Neutralitätszielen.

Tabelle 87: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.416)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=665)	486	179
Hilfreich (n=396)	204	192
Teils, teils (n=228)	87	141
Weniger hilfreich (n=83)	17	66
Nicht hilfreich (n=44)	4	40

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 88: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen der Verbindlichkeit auf übergeordneten Ebenen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.394)

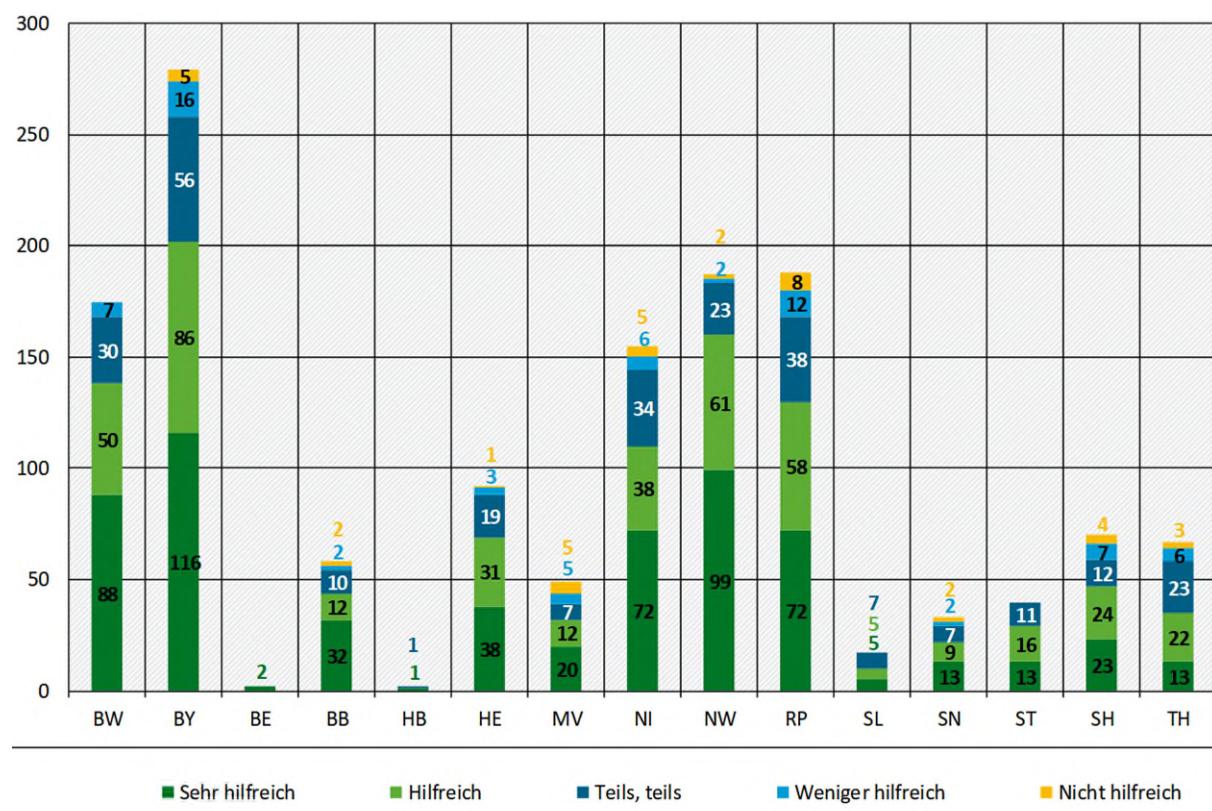
	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=655)	232	116	307
Hilfreich (n=389)	108	67	214
Teils, teils (n=226)	34	22	170
Weniger hilfreich (n=81)	10	1	70
Nicht hilfreich (n=43)	3	1	39

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15.5 Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz

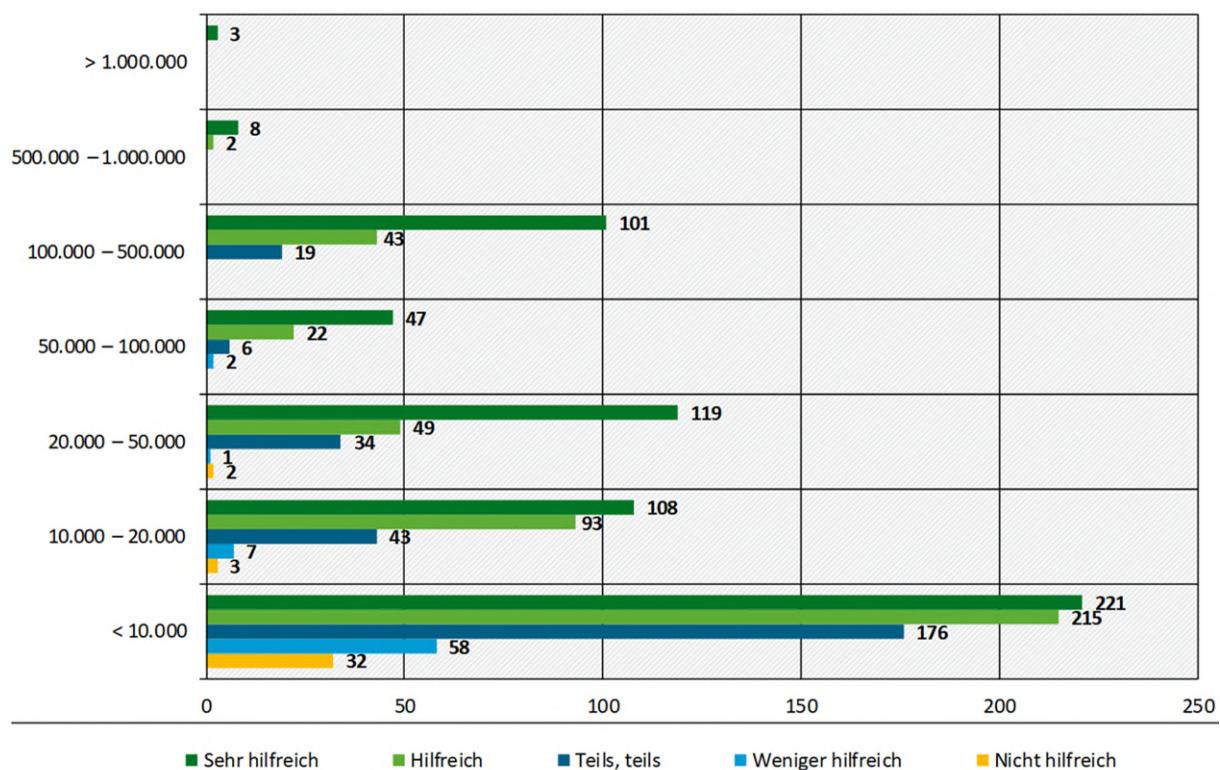
Abbildung 205 zeigt eine relativ ähnliche Relevanzeinschätzung nach Bundesländern für Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz. Allerdings gibt es in Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen auch durchaus einige Rückmeldungen, die diese Änderung als weniger hilfreich einordnen. Abbildung 206 zeigt wieder, dass die geringere Relevanzbewertungen eher aus einigen kleineren Kommunen stammen. Die Relevanz nimmt mit zunehmender Kommunengröße zu. Auch Tabelle 89 bestätigt dies. Ab der mittleren Relevanz abwärts gibt es vor allem Einschätzungen aus kreisangehörigen Städten und Gemeinden, wobei auch eine relevante Gruppe an Landkreisen die mittlere Relevanz angegeben haben.

Abbildung 205: Bewertung inwiefern Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.414)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 206: Bewertung inwiefern Änderungen im gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.414)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 89: Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.413)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=606)	46	83	470	7
Hilfreich (n=424)	9	45	367	3
Teils, teils (n=278)	3	21	253	1
Weniger hilfreich (n=68)	0	2	66	0
Nicht hilfreich (n=37)	0	0	37	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 90 und Tabelle 91 zeigen eine sehr ähnliche Verteilung in den Querbezügen zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen, wie es schon bei der Relevanz in übergeordneten Ebenen der Fall war: In der Kategorie „sehr hilfreich“ überwiegen jeweils die Kommunengruppen, die das Kriterium erfüllen, bei „hilfreich“ ist das Verhältnis ausgeglichen und danach kippt die Relevanz zu der Kommunengruppe, die das Kriterium nicht erfüllen.

Tabelle 90: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.409)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=604)	448	156
Hilfreich (n=423)	219	204
Teils, teils (n=277)	108	169
Weniger hilfreich (n=68)	14	54
Nicht hilfreich (n=37)	6	31

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 91: Querbezug zwischen der Einschätzung zu Änderungen im gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.386)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=595)	211	115	269
Hilfreich (n=419)	114	65	240
Teils, teils (n=269)	48	26	195
Weniger hilfreich (n=67)	7	3	57
Nicht hilfreich (n=36)	4	0	32

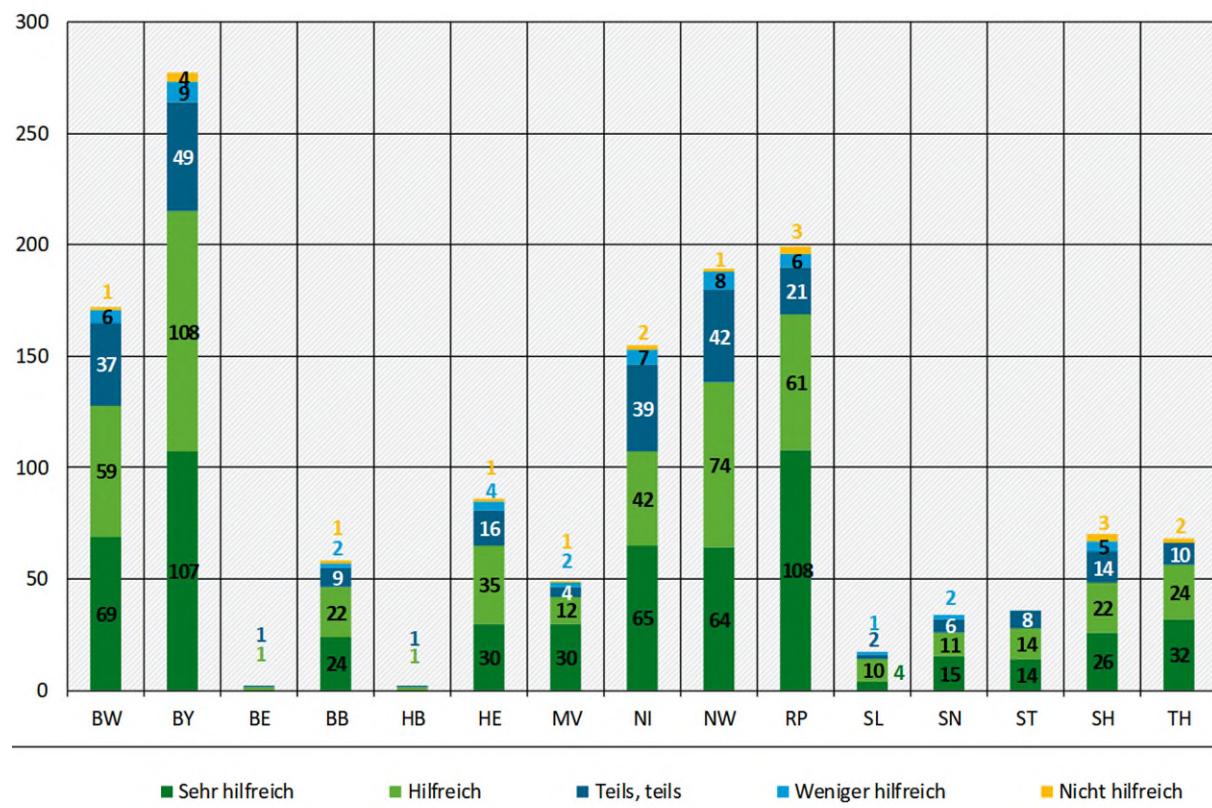
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15.6 Mehr Handlungsspielräume für Kommunen

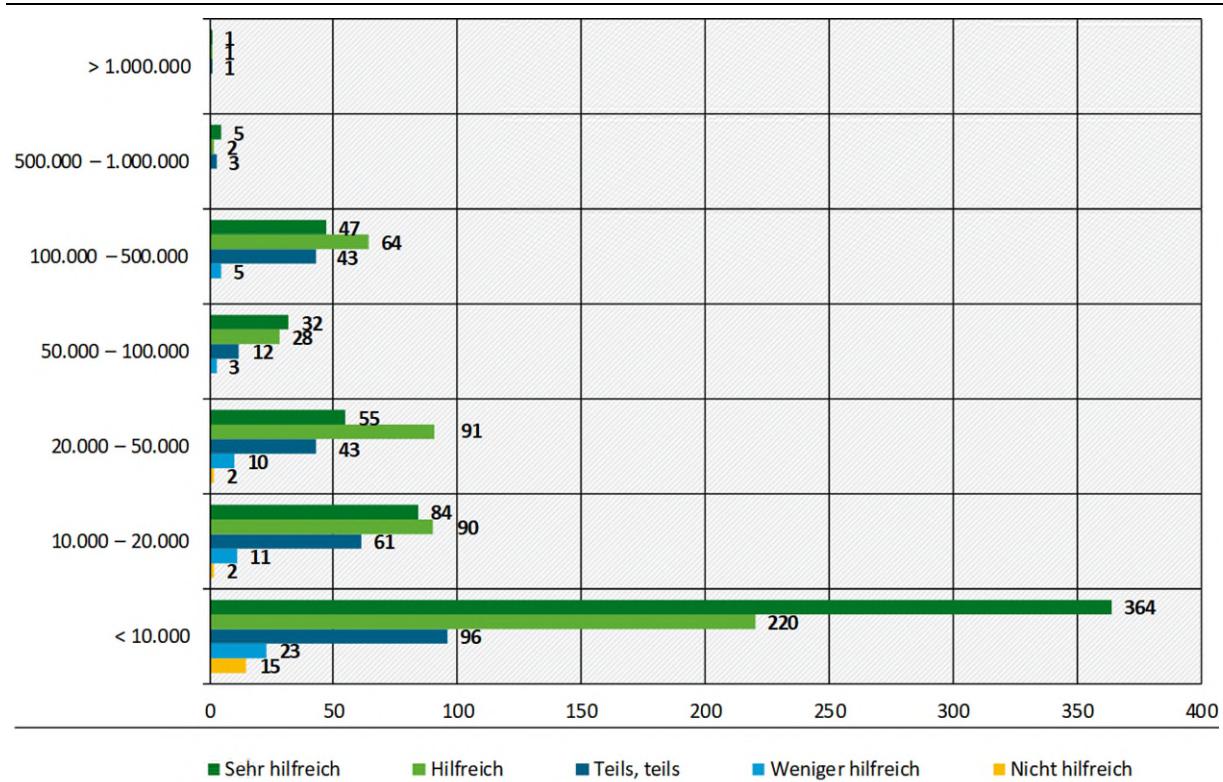
Abbildung 207 zeigt die Einschätzung der Kommunen nach Bundesländern, inwiefern mehr kommunaler Handlungsspielraum helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen. Hier ist die hohe Anzahl an sehr hilfreichen Einschätzungen aus Thüringen auffällig. Auch aus Rheinland-Pfalz und Bayern wird diese Änderung relevanter eingeschätzt als die beiden vorherigen Kriterien. Dies lässt bereits vermuten, was Abbildung 208 bestätigt: Mehr Handlungsspielraum wird von den Kommunen unter 10.000 Einwohnenden als sehr hilfreich eingeordnet. Bei dieser Änderung gibt es bei den größeren Kommunen eine stärkere Verschiebung in die mittlere Relevanz einschätzungen als bei den zuvor behandelten Themen.

Tabelle 92 bestätigt dieses Bild. Es gibt deutlich mehr kreisfreie Städte und Landkreise mit einer mittleren Bewertung, als bei den beiden Kriterien Verbindlichkeit auf übergeordneten politischen Ebenen und dem stärkeren gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz. Die Einordnung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist hingegen mehr in den oberen Relevanzbereich verschoben.

Abbildung 207: Bewertung inwiefern mehr Handlungsspielraum für Kommunen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.414)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 208: Bewertung inwiefern mehr Handlungsspielraum für Kommunen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.414)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 92: Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.413)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=588)	22	47	514	5
Hilfreich (n=496)	21	54	418	3
Teils, teils (n=258)	13	39	203	3
Weniger hilfreich (n=52)	1	5	46	0
Nicht hilfreich (n=19)	0	0	19	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 93 und Tabelle 94 zeigen deutlich geringere Querbezüge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Das Verhältnis der beiden Vergleichsgruppen ist hier deutlich ausgeglichener. Mehr kommunaler Handlungsspielraum wird also verhältnismäßig in mehr Kommunen ohne Klimaschutzpersonal bzw. ohne Neutralitätsziel als sehr hilfreich angesehen, als es bei den vorherigen Kriterien der Fall war.

Tabelle 93: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.409)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=585)	294	291
Hilfreich (n=495)	289	206
Teils, teils (n=259)	172	87
Weniger hilfreich (n=51)	24	27
Nicht hilfreich (n=19)	4	15

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 94: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Handlungsspielraum für Kommunen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.386)

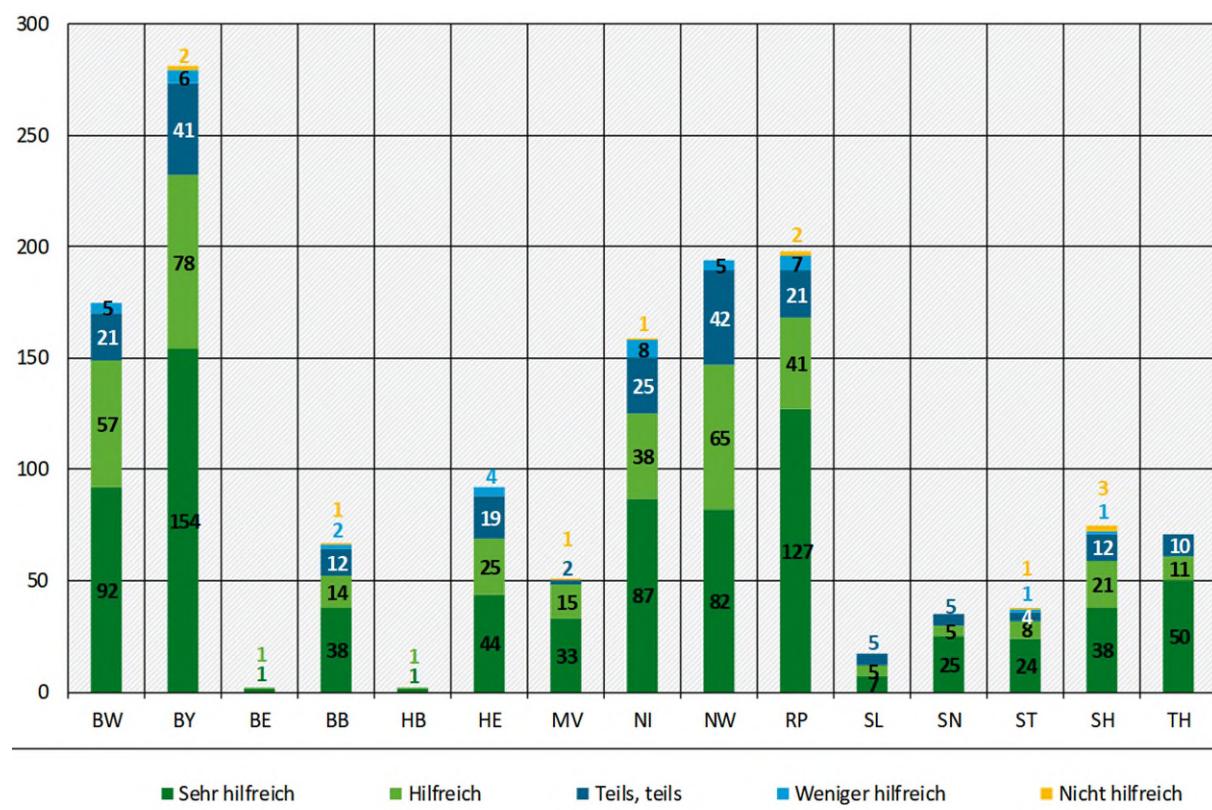
	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=572)	141	90	341
Hilfreich (n=491)	151	71	269
Teils, teils (n=254)	75	41	138
Weniger hilfreich (n=50)	9	4	37
Nicht hilfreich (n=19)	1	1	17

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

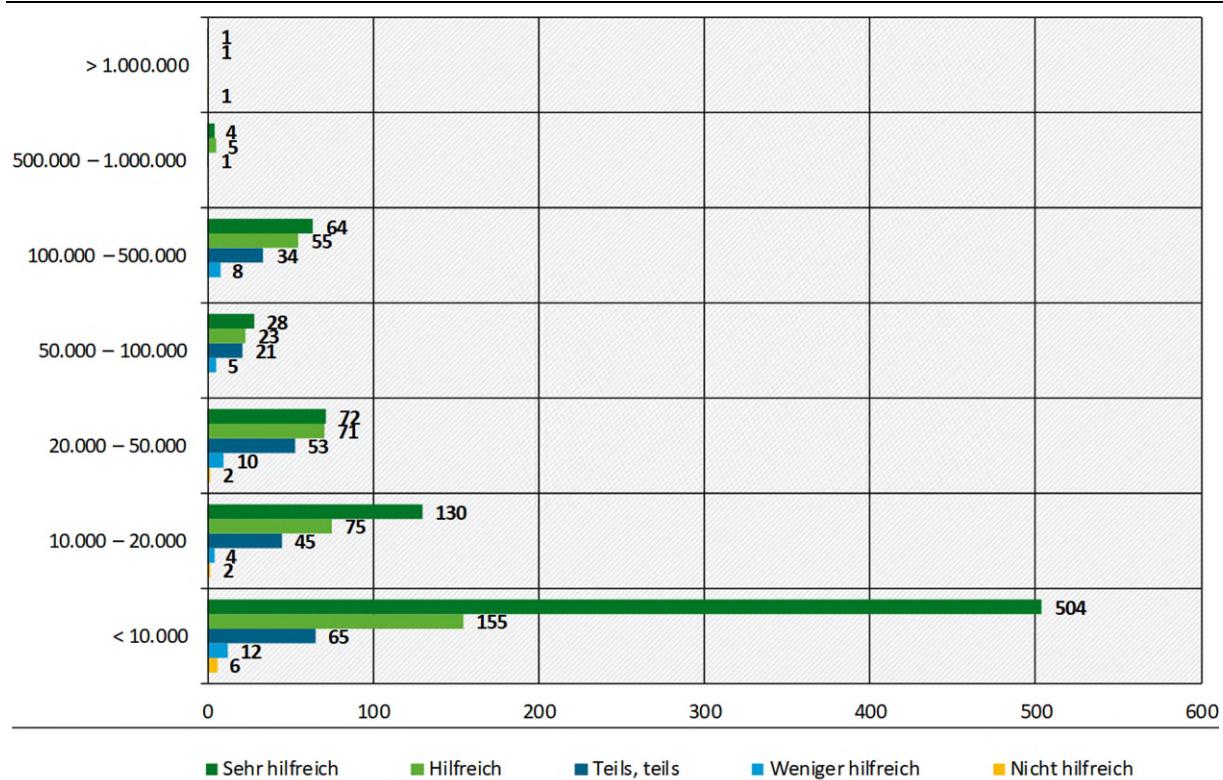
4.15.7 Mehr Fördergelder

Mehr Fördergelder gehört zu den vier relevantesten Änderungen, die den teilnehmenden Kommunen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen. Abbildung 209 zeigt hierzu eine sehr hohe Relevanz in den Kommunen aus den ostdeutschen Bundesländern. Abbildung 210 verdeutlicht darüber hinaus eine sehr hohe Relevanz von mehr Fördergeldern für kleine Kommunen unter 10.000 Einwohnenden. Fast 70 % dieser Kommunengruppe schätzt mehr Fördergelder als sehr hilfreich ein um mehr Klimaschutz umzusetzen. In den größeren Kommunen verteilen sich die Rückmeldungen gleichmäßiger auf die drei Antwortmöglichkeiten „sehr hilfreich“, „hilfreich“ und „teils, teils“. Tabelle 95 bestätigt diesen Eindruck. Fast 60 % der kreisangehörigen Städte und Gemeinden schätzen mehr Fördergelder als sehr hilfreich ein, wohingegen bei den kreisfreien Städten und Landkreisen die Rückmeldungen mehr auf die drei oberen Relevanzbereiche verteilt ist.

Abbildung 209: Bewertung inwiefern mehr Fördergelder helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.457)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 210: Bewertung inwiefern mehr Fördergelder helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.457)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 95: Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.456)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=802)	22	62	711	7
Hilfreich (n=385)	22	49	312	2
Teils, teils (n=219)	10	31	176	2
Weniger hilfreich (n=39)	4	6	29	0
Nicht hilfreich (n=11)	0	1	10	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 96 und Tabelle 97 zeigen auch bei dieser Änderung einen schwächeren Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal und Neutralitätszielen. Mehr Fördermittel sind somit verhältnismäßig vor allem für Kommunen ohne Personal bzw. ohne Neutralitätsziel relevant.

Tabelle 96: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.452)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=799)	362	437

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Hilfreich (n=385)	239	146
Teils, teils (n=219)	167	52
Weniger hilfreich (n=38)	27	11
Nicht hilfreich (n=11)	6	5

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 97: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Fördergeldern für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.429)

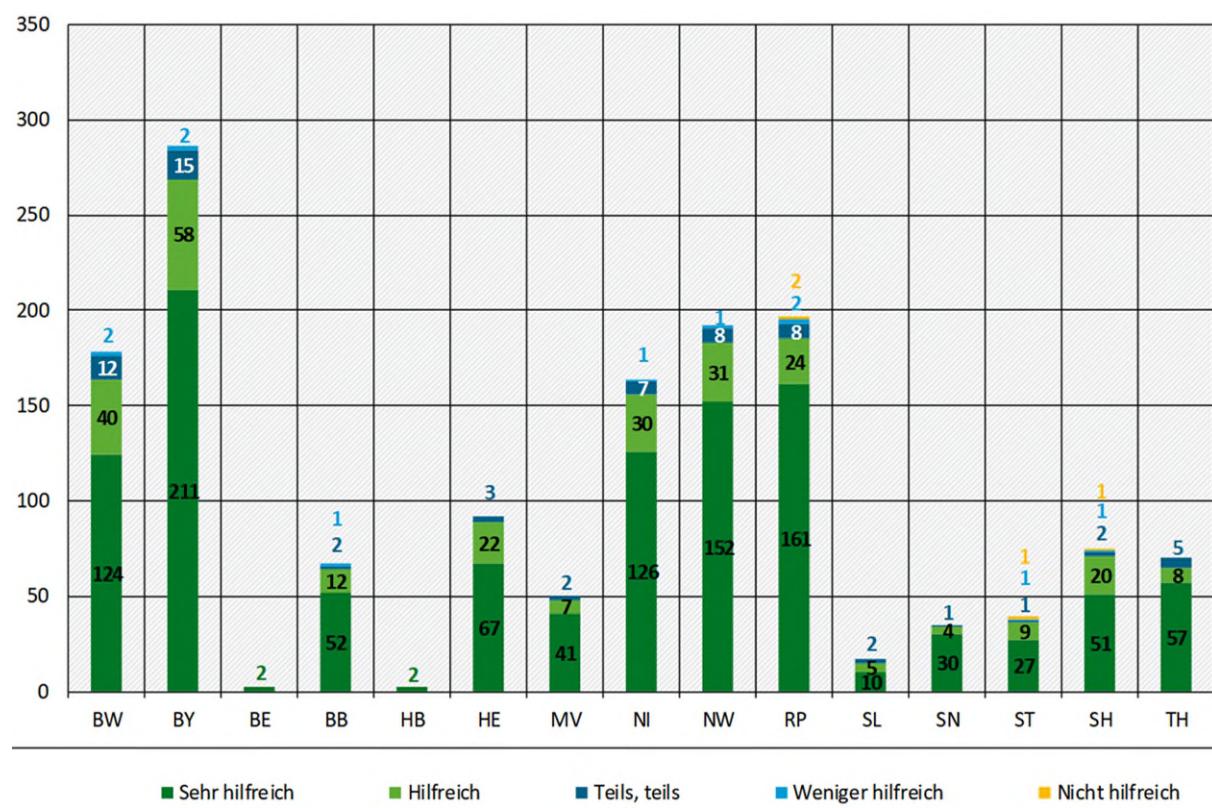
	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=783)	174	112	497
Hilfreich (n=380)	122	57	201
Teils, teils (n=216)	72	36	108
Weniger hilfreich (n=39)	19	3	17
Nicht hilfreich (n=11)	2	0	9

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15.8 Einfachere Förderbedingungen

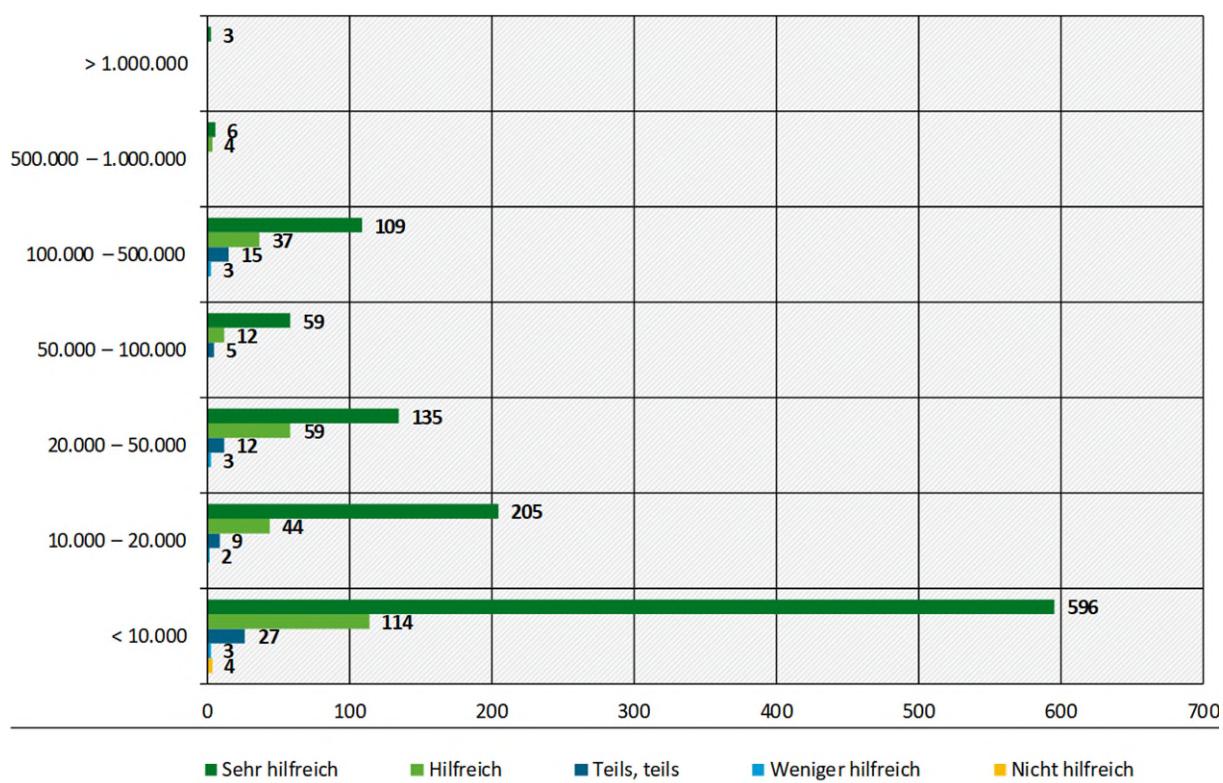
Einfachere Förderbedingungen ist die abgefragte Änderung mit den meisten sehr hilfreichen Einschätzungen. Das wird auch in Abbildung 211 deutlich und verteilt sich sehr gleichmäßig auf alle Bundesländer. Gleiches gilt für die Einordnung nach Einwohnergrößenklassen in Abbildung 212 und nach Kommunenform in Tabelle 98. Einfachere Förderbedingungen würde quasi allen Kommunen helfen mehr Klimaschutz umzusetzen.

Abbildung 211: Bewertung inwiefern einfache Förderbedingungen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.466)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 212: Bewertung inwiefern einfache Förderbedingungen helfen würden mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.466)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 98: Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.465)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=1.112)	37	109	955	11
Hilfreich (n=270)	15	27	227	1
Teils, teils (n=68)	5	14	49	0
Weniger hilfreich (n=11)	0	3	8	0
Nicht hilfreich (n=4)	0	0	4	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Durch diese durchweg positive Bewertung des abgefragten Kriteriums gibt es auch in Tabelle 99 und Tabelle 100 kaum Unterschiede zwischen den jeweiligen Vergleichsgruppen.

Tabelle 99: Querbezug zwischen der Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.461)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=1.108)	581	527

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Hilfreich (n=270)	169	101
Teils, teils (n=68)	49	19
Weniger hilfreich (n=11)	8	3
Nicht hilfreich (n=4)	1	3

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 100: Querbezug zwischen der Einschätzung zu einfacheren Förderbedingungen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.438)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=1.091)	280	158	653
Hilfreich (n=265)	88	40	137
Teils, teils (n=67)	19	13	35
Weniger hilfreich (n=11)	4	2	5
Nicht hilfreich (n=4)	0	0	4

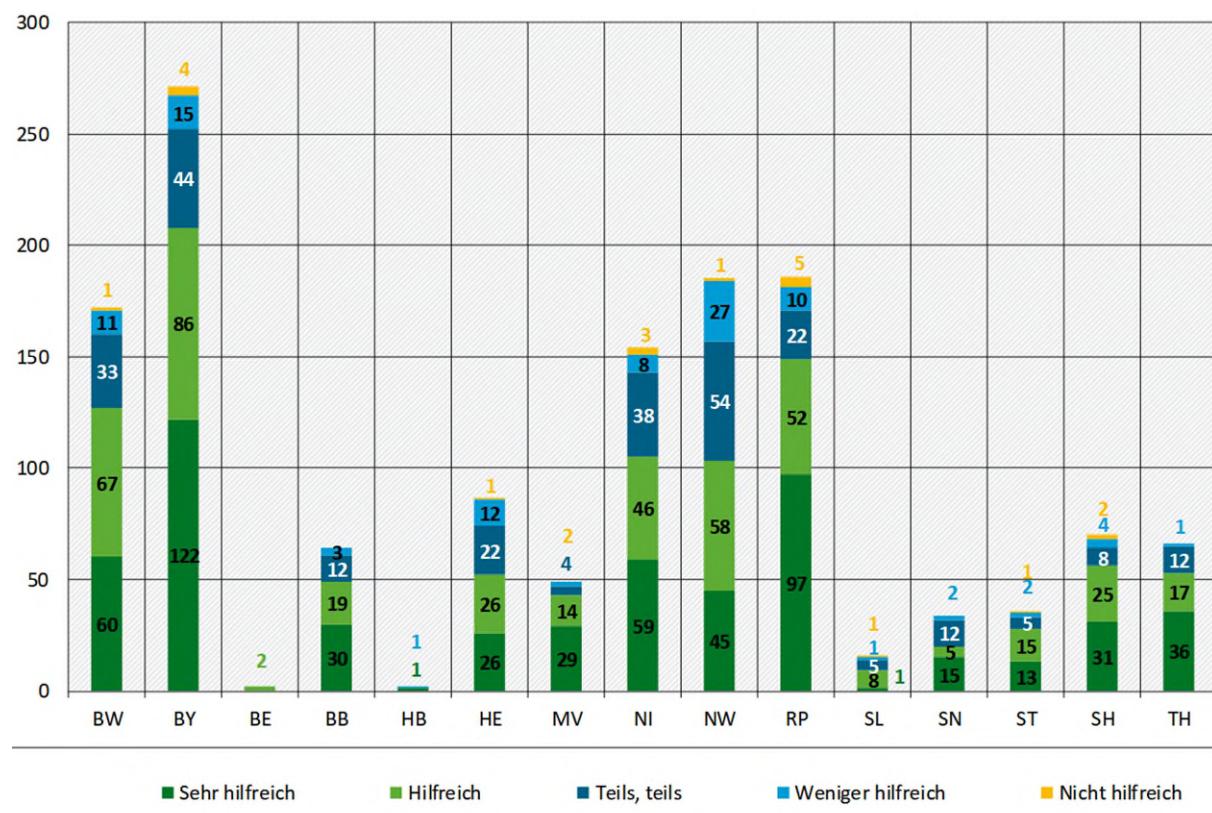
Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

4.15.9 Mehr Information zu bestehenden Förderoptionen

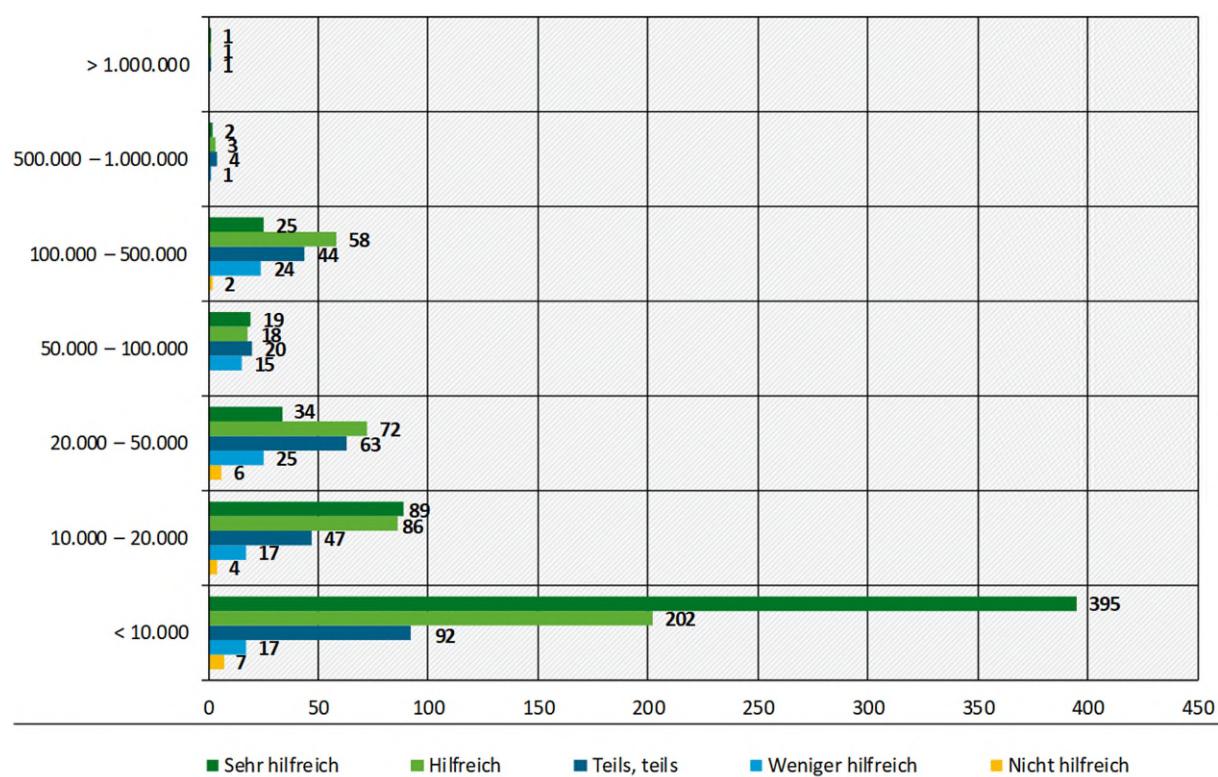
Mehr Informationen zu bestehenden Fördermitteln sind für die Kommunen die Änderung mit der zweitniedrigsten Relevanz. Abbildung 213 zeigt dazu durchaus Unterschiede zwischen den Bundesländern. In den ostdeutschen Bundesländern ausgenommen von Sachsen zeigt ein großer Anteil der Bewertungen durchaus eine sehr hohe Relevanz von mehr Fördermittelinformationen. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen hingegen ist der Bedarf an mehr Fördermittelinformationen eher geringer.

Abbildung 214 zeigt, dass sehr positive Rückmeldungen zu dieser Änderung vor allem aus kleineren Kommunen stammen, wohingegen die Rückmeldungen aus den größeren Einwohnergrößenklassen eher ausgeglichener zwischen den Antwortmöglichkeiten sind. Dies bestätigt sich in Tabelle 101: Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind mehr Fördermittelinformationen relevanter als für kreisfreie Städte und Landkreise.

Abbildung 213: Bewertung inwiefern mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Bundesländern (n=1.394)



Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Abbildung 214: Bewertung inwiefern mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen helfen würde mehr Klimaschutz umzusetzen nach Einwohnergrößen (n=1.394)

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 101: Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz nach Kommunenform (n=1.393)

	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisangehörige Stadt und Gemeinde	Gemeindeverband
Sehr hilfreich (n=565)	7	29	525	4
Hilfreich (n=439)	16	55	364	4
Teils, teils (n=271)	21	35	214	1
Weniger hilfreich (n=99)	10	20	68	1
Nicht hilfreich (n=19)	2	1	16	0

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 102 und Tabelle 103 zeigen einen deutlich niedrigeren Querbezug zwischen der Relevanz von mehr Fördermittelinformationen und dem Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bzw. Neutralitätszielen. Dies erscheint logisch, da Kommunen mit Klimaschutzpersonal wegen der vorhandenen Kapazitäten meist besser über Klimaschutzfördermittel informiert sind, als Kommunen ohne Personal. Gleicher ist für Kommunen mit Neutralitätszielen zu erwarten.

Tabelle 102: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz und Klimaschutzpersonal (n=1.390)

	Personal vorhanden	Kein Personal vorhanden
Sehr hilfreich (n=563)	225	338
Hilfreich (n=438)	240	198
Teils, teils (n=271)	199	72
Weniger hilfreich (n=99)	85	14
Nicht hilfreich (n=19)	14	5

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

Tabelle 103: Querbezug zwischen der Einschätzung zu mehr Informationen zu bestehenden Förderoptionen für mehr Klimaschutz und Neutralitätszielen (n=1.368)

	Neutralitätsziel vorhanden	Neutralitätsziel in Erstellung	Kein Neutralitätsziel vorhanden
Sehr hilfreich (n=553)	104	80	369
Hilfreich (n=432)	127	65	240
Teils, teils (n=266)	94	41	131
Weniger hilfreich (n=98)	38	20	40
Nicht hilfreich (n=19)	8	1	10

Quelle: Eigene Darstellung, Umweltbundesamt

5 Schlussfolgerungen

5.1 Teilnahme an der Befragung

Die Zielgruppe der Befragung wurde maximal groß gewählt. Alle Kommunenformen, die zum kommunalen Klimaschutz gezählt werden können, wurden in die Befragung integriert. Dies umfasste kreisfreie Städte (106), Landkreise (294), kreisangehörige Städte und Gemeinden (10.680), Gemeindeverbände (1.207) und Bezirke (19) der Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Dadurch resultiert die große Gesamtgruppe von 12.306 möglichen Teilnahmen an der Befragung. Die 1.553 tatsächlichen Teilnahmen können daneben klein wirken. In der Beurteilung der Beteiligung sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen:

- ▶ Der Anteil der teilnehmenden Landkreise (53,7 %) und kreisfreien Städte (55,7 %) sind mit jeweils über der Hälfte der adressierten Zielgruppe gut.
- ▶ Bei der Adressierung der Gemeindeverbände gab es methodische Probleme (Kapitel 2). Das Resultat von zwölf teilnehmenden Gemeindeverbänden (1 %) ist nicht zufriedenstellend.
- ▶ Die Teilnahme von nur einem Bezirk ist ebenfalls nicht zufriedenstellend. Der Grund für die fehlende Teilnahme von Bezirken ist nicht bekannt.
- ▶ Der mit Abstand größte Anteil der deutschen Kommunen sind kreisangehörige Städte und Gemeinden. Viele von ihnen sind sehr klein – über 9.000 haben weniger als 10.000 Einwohnende. Erfahrungsgemäß und durch die Befragung bestätigt, haben viele von den sehr kleinen Kommunen kein Personal für den Klimaschutz. Daher ist es mit ihren begrenzten Personalkapazitäten schwierig an umfangreichen Befragungen teilzunehmen. Der Rücklauf von 12,4 % der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist daher insgesamt als positiv zu bewerten.
- ▶ Mit 415 gab es eine erhebliche Anzahl an nicht abgeschlossenen bzw. nicht ausgefüllten Fragebögen. Die Befragung hat also deutlich mehr Kommunen erreicht, als vollständig teilgenommen haben. Der Grund für den großen Anteil der Abbrüche ist nicht bekannt. Zu vermuten ist ein zu hoher Zeitaufwand für das Ausfüllen des Fragebogens.

Unter diesen Aspekten ist die Teilnahme von 12,6 % der Zielgruppe insgesamt als positiv zu bewerten, auch wenn eine höhere Teilnahme immer wünschenswert wäre.

Die Teilnahme nach Bundesländern ist unterschiedlich ausgefallen:

- ▶ Bei den Stadtstaaten gab es keine Teilnahme aus Hamburg. Aus Berlin haben die Stadt Berlin selbst und ein Bezirk teilgenommen (15,4 %) und aus Bremen haben sowohl die Stadt Bremen als auch die Stadt Bremerhaven (100 %) teilgenommen.
- ▶ Bei den Flächenländern gab es vier Teilnahmen im einstelligen Prozentbereich: 6,6 % aus Mecklenburg-Vorpommern, 6,8 % aus Schleswig-Holstein, 7,2 % aus Sachsen und 9 % aus Rheinland-Pfalz. Diese sind unterschiedlich zu bewerten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt sehr viele Kommunen. Obwohl nur 9 % teilgenommen haben, sind dies 220 Kommunen. Dieser Rücklauf ist durchaus positiv. In Rheinland-Pfalz ist es besonders misslich, dass die Adressierung der Gemeindeverbände nicht gut verlaufen ist.
- ▶ In sechs Flächenländern liegt die Teilnahmefrage zwischen 10 und 20 %: 10,1 % aus Thüringen, 12,3 % aus Bayern, 13,1 % aus Baden-Württemberg, 14,6 % aus Brandenburg, 16,5 % aus Niedersachsen und 17 % aus Sachsen-Anhalt. Außer in Baden-Württemberg und

Niedersachsen haben in dieser Gruppe aus allen Bundesländern mehr Kommunen ohne Klimaschutzpersonal teilgenommen, als Kommunen mit Klimaschutzpersonal. Aufgrund der oben bereits thematisierten Herausforderungen zur Teilnahme ohne Klimaschutzpersonal ist die Teilnahmehquote aus diesen Bundesländern als positiv zu betrachten.

- ▶ Aus drei Flächenländern haben mehr als 20 % der Kommunen teilgenommen: 21,7 % aus Hessen, 29,3 % aus dem Saarland und 45,9 % aus Nordrhein-Westfalen. Auch hier unterscheiden sich die absoluten Zahlen deutlich. Während aus dem Saarland 17 Kommunen teilgenommen haben, repräsentieren die knapp 46 % aus Nordrhein-Westfalen 196 Kommunen. Gleichzeitig muss bei Nordrhein-Westfalen beachtet werden, dass es viele große Kommunen gibt und hier mit über 94 % die höchste Quote an Kommunen mit Klimaschutzpersonal vorliegt.

Im Angesicht der unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Bundesländern sind die Teilnahmen größtenteils ebenfalls als relativ positiv zu sehen. Es ist auch zu beachten, dass, wie in Kapitel 2 beschrieben, versucht wurde für zwischenzeitig teilnahmeschwache Bundesländer über konkrete Klimaschutz- oder Umweltschutzkontakte nachzusteuern. Es gab somit erhebliche Bemühungen für ein ausgeglichenes Teilnahmefeld.

Insgesamt ist es bemerkenswert, dass in Bundesländern mit eher geringen Teilnahmehäufigkeiten dennoch viele Kommunen teilgenommen haben, die keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung haben. Dies ist eine Zielgruppe, die vor der Durchführung der Befragung als eher schwierig erreichbar eingestuft wurde. Ihre Teilnahme ist für einen guten Querschnitt durch die deutschen Kommunen für die Befragung sehr wertvoll. Gleichzeitig ist zu vermuten, dass einige klimaschutzaktive Kommunen nicht teilgenommen haben. Dies lässt sich beispielsweise durch den Abgleich der teilnehmenden Kommunen mit geförderten Kommunen für Klimaschutzpersonal (Tabelle 8) begründen. Durch sie hätten die Teilnahmehäufigkeiten noch weiter gesteigert werden können.

Die Interpretationsmöglichkeiten der Befragungsergebnisse sind stark abhängig von diesen beschriebenen Teilnahmeverteilungen und wurden entsprechend berücksichtigt.

5.2 Aktuelle Dynamik im Kommunalen Klimaschutz

Insgesamt ist im kommunalen Klimaschutz in den letzten Jahren eine hohe Dynamik wahrzunehmen. Diese konnte mit der Befragung bestätigt werden. Besonders verdeutlicht wird dies in geplanten Aktivitäten, die bestehenden Aspekten gegenüberstehen, die sich in der Summe der letzten Jahre akkumuliert haben. Als zeitlicher Orientierungsrahmen kann hier beispielsweise der Start der NKI im Jahr 2008 genutzt werden, nach dem sich kommunale Klimaschutzaktivitäten deutlich intensiviert haben. Beispiele für die aktuelle Intensität sind:

- ▶ 1.774 in Planung befindliche Klimaschutzkonzepte im Vergleich zu 2.339 bestehenden Konzepten.
- ▶ 1.171 geplante Standards für die Kommunalverwaltung im Vergleich zu 1.519 bestehenden.
- ▶ Hohe Anzahl an in Planung befindlichen Zielstellungen zur Stärkung natürlicher Senken, Senkung der THG-Emissionen und Neutralitätszielen.
- ▶ 182 geplante Klimawirkungsprüfungen im Vergleich zu 160 bestehenden.

Gleichzeitig gibt es auch einige Themenfelder, die aktuell keiner großen Dynamik unterliegen. Dazu gehören zum Beispiel die Verwendung des Modal Split, Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Senkung des Energiebedarfs oder die Erstellung neuer Solardachkataster.

Auf einzelne Bundesländer bezogen, war es beispielsweise auffällig, dass in Sachsen-Anhalt in mehreren Indikatoren aktuell eine wachsende Klimaschutz-Dynamik erkennbar ist. Dazu zählt die erstmalige Erstellung von THG-Bilanzen, das Aufstellen von Klimaschutzz Zielen (sowohl für die THG-Minderung, Neutralitätsziele sowie für die Stärkung natürlicher Senken) und das Erstellen neuer Klimaschutzkonzepte. Dabei ist zu beachten, dass die Zahlen insgesamt niedrig waren, aber die Planungen überwogen die vorhandenen Aspekte deutlich.

5.3 Institutionalisierung von Klimaschutz in Kommunen

Der kommunale Klimaschutz ist nach wie vor von einer großen Freiwilligkeit geprägt. Das macht es Kommunen oft schwer langfristige Strukturen aufzubauen und den Klimaschutz fest in der Verwaltung zu verankern. Um den Grad der Institutionalisierung zu untersuchen, haben wir einige dafür relevante Kriterien betrachtet:

Verankerung von Klimaschutz in der Kommunalverwaltung

1.160 der teilnehmenden 1.553 Kommunen haben eine Verankerung von Klimaschutz angegeben. Dies macht 75 % der Kommunen aus und ist als hoch einzustufen. Interessant war auch, dass in 79 Kommunen Facheinheiten in der Verwaltung bestehen, die Klimaschutz in ihrer Bezeichnung tragen.

Klimaschutzpersonal

842 Kommunen, also 54 %, haben Klimaschutzpersonal. Vor der Befragung war zu befürchten, dass der Fragebogen vor allem durch Kommunen mit Klimaschutzpersonal beantwortet wird. Dies ist nicht eingetroffen. Daher ist der Anteil an Kommunen mit Klimaschutzpersonal kleiner, als vor der Befragung vermutet. Über die große Gruppe an Kommunen ist die Anzahl aber als durchaus hoch einzustufen, wenn es um den Grad der Institutionalisierung geht.

Klimaschutzkonzepte (vorhanden und geplant)

1.150 Kommunen haben oder planen Klimaschutzkonzepte. Damit ist eine strategische Grundlage für das kommunale Klimaschutzhandeln in 74 % der teilnehmenden Kommunen vorhanden bzw. wird aktuell erarbeitet. Dies ist als sehr hoch einzustufen.

Klimaschutzziele (vorhanden und geplant)

992 Kommunen (64 %) haben Klimaschutzziele. Dies übersteigt den Anteil an Kommunen mit Klimaschutzpersonal und ist ebenfalls als hoch anzusehen.

Monitoring

896 Kommunen (58 %) beschäftigen sich mit dem Monitoring ihrer Klimaschutzaktivitäten (bereits in Durchführung oder geplante Monitoring-Aktivitäten). Regelmäßig (mindestens alle 3 Jahre) führen allerdings nur 426 Kommunen (27 %) ein Monitoring-Verfahren durch. Dieser Punkt ist eher als mittelmäßig einzustufen, auch wenn aus der Praxis bekannt ist, dass das Monitoring Kommunen oft vor gewisse Herausforderungen stellt (insbesondere Binden von Personalkapazitäten).

Aus diesen fünf Kriterien lässt sich eine durchaus beachtliche Institutionalisierung des Klimaschutzes in den Kommunalverwaltungen feststellen. Natürlich kann durch diese Kriterien nicht im Detail nachverfolgt werden, wie intensiv bestimmte Prozesse ausgestaltet sind.

5.4 Fehlende Institutionalisierung von Klimaschutz in Kommunen

Verankerung von Klimaschutz in der Kommunalverwaltung

393 teilnehmende Kommunen gaben an keine Verankerung von Klimaschutz in der Verwaltung zu haben. Dies betrifft zehn Landkreise und 383 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Die meisten von ihnen sind sehr klein: 301 Kommunen haben weniger als 5.000 Einwohnende, davon 209 weniger als 2.000 Einwohnende. Die Kommunen verteilen sich über alle Flächenländer. Besonders viele stammen aus Bayern (93), Rheinland-Pfalz (46), Thüringen (42), Niedersachsen (40), Mecklenburg-Vorpommern (33) und Schleswig-Holstein (29). Die zehn Landkreise (in den vorher genannten Zahlen enthalten) stammen aus Bayern (3), Sachsen-Anhalt (3) und jeweils einer aus dem Saarland, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Klimaschutzpersonal

703 Kommunen haben kein Klimaschutzpersonal. Auch dies betrifft wieder in großer Mehrheit kreisangehörige Städte und Gemeinden (691) und zwölf Landkreise. 524 dieser Kommunen haben weniger als 5.000 Einwohnende, davon 378 weniger als 2.000 Einwohnende. Wieder stammen viele der Kommunen aus Bayern (151), Rheinland-Pfalz (146), Niedersachsen (67), Thüringen (54) und Schleswig-Holstein (54). Wie bereits in Kapitel 4.2 beschrieben, erfolgt eine gute Unterstützung dieser Kommunen durch übergeordnete Verwaltungseinheiten vor allem in Rheinland-Pfalz.

Klimaschutzkonzepte

313 Kommunen haben oder planen kein Klimaschutzkonzept. 259 von ihnen haben weniger als 5.000 Einwohnende, davon 200 weniger als 2.000 Einwohnende. Dies umfasst 307 kreisangehörige Städte und Gemeinden, zwei Gemeindeverbände und vier Landkreise. Sie stammen aus allen Flächenländern, insbesondere aus Bayern (76), Rheinland-Pfalz (66), Niedersachsen (33) und Thüringen (27).

Klimaschutzziele

522 Kommunen haben keine Klimaschutzziele. 502 von ihnen sind kreisangehörige Städte und Gemeinden, 14 Landkreise, vier Gemeindeverbände und zwei kreisfreie Städte. Dies ist die erste Kategorie, in der auch kreisfreie Städte vertreten sind. Allerdings sind auch hier überwiegend kleine Kommunen vertreten, anteilig allerdings etwas weniger als bei den vorherigen Kategorien. 337 haben weniger als 5.000 Einwohnende, davon 244 unter 2.000. Die meisten Kommunen ohne Klimaschutzziele stammen aus Rheinland-Pfalz (119), Bayern (109), Niedersachsen (55), Thüringen (42) und Baden-Württemberg (42). Interessanterweise stammen die meisten Landkreise ohne Klimaschutzziele neben Bayern (4) aus Nordrhein-Westfalen (4). Weitere zwei aus Brandenburg und jeweils einer aus Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Die beiden kreisfreien Städte stammen aus Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Mit insgesamt 29 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen, die keine Klimaschutzziele haben, ist diese Kategorie hier ungewöhnlich stark ausgeprägt.

Eine fehlende Institutionalisierung von Klimaschutz in der Kommunalverwaltung betrifft somit überwiegend kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie ein paar Landkreise. Kreisfreie Städte haben meist eine Institutionalisierung von Klimaschutz vollzogen. Kommunen, die die untersuchten Kriterien nicht erfüllen, sind meist sehr klein. Die Aufteilung auf die Bundesländer ist daher stark abhängig von der Größen- und Teilnahmestruktur der Bundesländer. Dies erklärt die hohen Anzahlen aus Bayern, Rheinland-Pfalz und in abgeschwächter Form aus Niedersachsen.

5.5 Kommunengrößen und Kommunenformen

Die Untersuchung zum Grad der Institutionalisierung zeigt eine starke Größenabhängigkeit und dass vorwiegend kreisangehörige Städte und Gemeinden von fehlender Institutionalisierung betroffen sind. Dabei ist zu beachten, dass diese Gruppe mit Abstand den größten Anteil der deutschen Kommunen und der teilnehmenden Kommunen ausmacht. 1.323 kreisangehörige Städte und Gemeinden haben an der Befragung teilgenommen. Bei den Kriterien zur Institutionalisierung haben maximal 524 kreisangehörige Städte und Gemeinden eines dieser Kriterien nicht erfüllt. Somit haben jeweils (meist deutlich) mehr als 60 % der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Kriterien erfüllt. Auch viele der weiteren untersuchten Themen zeigen eine starke Klimaschutzaktivität der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, beispielsweise in den Planungsinstrumenten. Eine pauschale Schlussfolgerung, dass kreisangehörige Städte und Gemeinden oder kleine Kommunen nicht aktiv oder relevant für den Klimaschutz seien, ist somit nicht zulässig. Vielmehr ist diese große Gruppe an Kommunen für ihre Diversität anzuerkennen und differenziert zu betrachten. Meist sind es sehr kleine Kommunen unter 2.000 Einwohnenden, bei denen ein geringerer Aktivitätsgrad zu verzeichnen ist. Aufgrund der großen Anzahl an kleinen Kommunen in Deutschland ist ihr Beitrag zum Klimaschutz in Summe sehr relevant (Kenkmann et al., 2022). Die Notwendigkeit für eine bessere Unterstützung dieser Kommunen durch übergeordnete Ebenen ist in der vorliegenden Auswertung deutlich geworden. Im Ausblick haben die kleineren Kommunen darüber hinaus verdeutlicht, dass sie mit mehr Handlungsspielraum auch mehr Klimaschutz umsetzen könnten.

Bei den großen Kommunen war meist ein deutlich einheitlicheres Bild zu verzeichnen, als bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Insbesondere bei den kreisfreien Städten ist (ausgehend von den teilnehmenden Kommunen) eine recht flächendeckende Klimaschutzaktivität zu verzeichnen. Bei den Landkreisen zeigt sich ein etwas diverseres Bild. Die Gemeindeverbände und Bezirke sind aufgrund der kleinen Teilnahmezahlen kaum zu interpretieren.

5.6 Querbezüge zum Klimaschutzpersonal

In der Gesamtgruppe der teilnehmenden Kommunen haben 54 % Klimaschutzpersonal. Bei der Auswertung der einzelnen Themen haben wir an vielen Stellen den Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal untersucht. Dabei wurden unterschiedlich starke Querbezüge ersichtlich. Besonders stark ausgeprägt sind sie beispielsweise bei den folgenden Themen:

Regelmäßiges Monitoring

Von den 426 Kommunen, die mindestens ein Monitoring-Format regelmäßig nutzen, haben 92,5 % Klimaschutzpersonal. Dies ist ein sehr starker Bezug. Bei den einzelnen Monitoring-Formaten ist der Querbezug unterschiedlich groß, vor allem aber schwankt er in der Regelmäßigkeit der Nutzung. Bei der THG-Bilanzierung sind die Querbezüge je abgefragter Nutzungsart hoch: Mehrfache THG-Bilanzierung (93 %), einmalige THG-Bilanzierung (94 %) und erste THG-Bilanz in Erstellung (90 %). Beim Maßnahmen-Monitoring ist der Bezug zur regelmäßigen Nutzung sehr stark (92 %), zu den anderen Nutzungsformen allerdings deutlich schwächer: unregelmäßige Nutzung (69 %) und Nutzung in Zukunft geplant (87 %). Bei Klimaschutz-Indikatoren gestaltet es sich ähnlich wie beim Maßnahmen-Monitoring, allerdings ist der Ausschlag nach unten weniger deutlich: Regelmäßige Nutzung (94 %), unregelmäßige Nutzung (82 %), Nutzung in Zukunft geplant (87 %). Gleiches gilt für den Klimaschutz-Bericht: Regelmäßige Nutzung (95 %), unregelmäßige Nutzung (79 %), Nutzung in Zukunft geplant (85 %). Beim Modal Split gibt es den höchsten Querbezug aller Formate in den beiden bereits

erfolgten Nutzungen: Mehrfache Erhebung (97 %) und einmalige Erhebung (95 %). Dagegen ist der Bezug zur aktuell ersten Erhebung etwas geringer (86 %). Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der Modal Split vor allem in größeren Kommunen zum Einsatz kommt und dort die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein von Klimaschutzpersonal größer ist.

Für ein regelmäßiges Klimaschutz-Monitoring scheint das Vorhandensein von Klimaschutzpersonal somit sehr relevant zu sein.

Klimaschutzkonzepte

Bei den vorhandenen und geplanten Klimaschutzkonzepten ist der Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal sehr unterschiedlich. Die stärksten Querbezüge gibt es zu geplanten Vorreiter-Konzepten (94 %), vorhandenen integrierten Klimaschutz-Konzepten (86 %), vorhandenen Vorreiter-Konzepten (85 %) und vorhandenen Mobilitätskonzepten (84 %). Die geringste aber über dem Durchschnitt liegenden Bezüge gibt es zu geplanten Konzepten zu erneuerbaren Energien (58 %), geplanten ÖPNV-Konzepten (62 %), geplanten Radverkehrskonzepten (67 %) und vorhandenen Konzepten zu erneuerbaren Energien (69 %).

Der insgesamt relevante Querbezug zwischen Vorhandensein von Klimaschutzkonzepten und Klimaschutzpersonal wird ersichtlich beim Blick auf Kommunen ohne Klimaschutzkonzept. 83 % von ihnen hat kein Klimaschutzpersonal. Dabei ist zu beachten, dass es bei Klimaschutzkonzepten und Klimaschutzpersonal im Vergleich zu anderen Aspekten einen starken strukturellen Zusammenhang gibt, zumindest wenn es sich um geförderte Aktivitäten handelt. In der NKI-Förderung bauen Personal und Konzept oft aufeinander auf. Allerdings zeigt die Tatsache, dass es mehr Kommunen mit (vorhandenem und geplanten) Klimaschutzkonzept (1.150) als mit Klimaschutzpersonal (842) gibt, dass dies nicht immer der Fall sein muss.

Klimaschutzziele

Wie bei den Klimaschutzkonzepten, gibt es bei den Klimaschutzz Zielen unterschiedliche starke Zusammenhänge zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal. Besonders stark ist der Zusammenhang bei vorhandenen THG-Minderungszielen (93 %) und vorhandenen Neutralitätszielen (86 %). Schwächer aber über dem Durchschnitt liegend sind die Querbezüge zu vorhandenen Zielen zum Ausbau erneuerbarer Energien (64 %) und vorhandenen Zielen zur Energiebedarfsminderung (69 %). Der schwache Zusammenhang zu erneuerbaren Energien wurde schon bei den Konzepten ersichtlich.

Wettbewerbe und Aktionen

Besonders ausgeprägt ist der Querbezug zum Vorhandensein von Klimaschutzpersonal bei durchgeführten Wettbewerben und Aktionen. Von den Kommunen, die schon mindestens einmal an einem Wettbewerb teilgenommen oder eine Aktion durchgeführt haben, gibt es mindestens einen Anteil von knapp 80 % mit Klimaschutzpersonal. Bei den meisten abgefragten Formaten liegt der Zusammenhang deutlich höher, bis zu 98 % beim Parking Day. Dies deckt sich mit Erfahrungen aus der Praxis, wonach die Teilnahme an Wettbewerben und das Durchführen von Klimaschutz-Aktionen ein wichtiger Aufgabenbestandteil der Klimaschutz-Personalstellen ist.

5.7 Resümee zu ausgesuchten Themen

THG-Bilanzierung

Der Anteil der nach BISKO bilanzierten THG-Bilanzen ist von der ersten Bilanz der Kommunen zu den aktuellen Bilanzen stark angestiegen. Mehr als 72 % der aktuellen Bilanzen wurden nach BISKO bilanziert. Damit hat sich der Standard gut in den Kommunen etabliert und kann seine

Wirkung zur Vereinheitlichung von THG-Bilanzen entfalten. Die Bilanzierungstools unterstützen dabei die Verbreitung des Standards. Die Analysen haben gezeigt, dass deutlich häufiger nach BISKO bilanziert wird, wenn eines der Tools verwendet wird. Dennoch gibt es innerhalb der Tools deutliche Unterschiede in der „BISKO-Quote“.

Kommunale Energieinfrastruktur

Im Fokus der Kommunen stehen vor allem Strom- und Wärmenetze. Wasserstoffinfrastruktur sowie Rückbau oder Umnutzung von Gasnetzen ist weniger relevant. Alle großen Kommunen haben Nah- und Fernwärmennetze. Viele Kommunen sehen die Energieinfrastruktur als relevant an, konnten sie bisher aber nicht mit Plänen hinterlegen. Dies kann ein Hemmnis für den Ausbau der Infrastrukturen darstellen.

Planungsinstrumente und Ordnungsrecht

Eine intensive und sehr intensive Integration von Klimaschutzbefangen in kommunale Planungsinstrumente kommt je nach Instrument in 17 % bis 28 % der Kommunen vor. Die Nutzung des kommunalen Ordnungsrechts fällt noch geringer aus. Je nach abgefragtem Instrument liegt die Nutzung bei 8 % bis 21 % der teilnehmenden Kommunen. Eine stärkere Integration von Klimaschutz in die Planungsinstrumente und das kommunale Ordnungsrecht könnte ein großer Hebel sein, um mehr Klimaschutz vor Ort umzusetzen.

Investive Maßnahmen

Die Umsetzungsbewertung investiver Maßnahmen ist je nach Themenfeld sehr unterschiedlich ausgefallen. Während die Straßenbeleuchtung als sehr erfolgreich eingestuft wird, sind vor allem Investitionen in erneuerbare Wärme an kommunalen Gebäuden, nachhaltige Mobilität insgesamt, ÖPNV und Green IT noch nicht gut in der Umsetzung angekommen. Die hohe Bedeutung dieser Themen für erfolgreichen Klimaschutz zeigt, dass die Umsetzung in den Kommunen hierzu deutlich gestärkt werden muss.

5.8 Ausblick

Um einen aktuellen Überblick über die kommunalen Klimaschutzaktivitäten zu erhalten, wären regelmäßige Folgebefragungen sinnvoll. Dabei müsste ein passender Umfang (Priorisierung von Themen) und einfaches Vorgehen (möglichst automatisiert) gefunden werden, um weder die Kommunen noch die Auswertung zu überfrachten.

Dabei wäre eine Ausweitung der bisher erreichten Kommunen wünschenswert. Ziel müsste es sein möglichst viele klimaschutzaktive Kommunen abzudecken und eine gute geographische Verteilung zu erlangen. Besonders im Fokus stehen sollten die Gemeindeverbände und im geringeren Maße die Bezirke, um alle relevanten Kommunenformen abzudecken.

6 Quellenverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. (2023a). *31.12.2022 – Einwohnerbestand in Berlin – Grunddaten [Dataset]*. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/a-i-5-hj>
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. (2023b). *Flächennutzung [Dataset]*. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/flaechennutzung>
- Andreas, M., Schütt, S., Weiz, L., & Heinisch, J.-P. (2018). *Landkreise in Führung! Gemeinsam handeln im Klimaschutz*. adelphi. <https://adelphi.de/system/files/mediathek/bilder/Klimaschutzbrosch%C3%BCre%20f%C3%BCr%20Landkreise.pdf>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (o. J.). *Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts*. <https://www.klimaschutz.de/de/foerderung/foerderprogramme/kommunalrichtlinie/erstellung-eines-integrierten-vorreiterkonzepts> (19. März 2024)
- Die Bundesregierung. (o. J.). *Förderkatalog*. <https://foerderportal.bund.de/foekat/jsp/SucheAction.do?actionMode=searchmask> (30. September 2023)
- Kenkmann, T., Hesse, T., Köhler, B., Loschke, C., Paar, A., Gugel, B., Dingeldey, M., Dünnebeil, F., Bergk, F., Hecker, C., Kummel, O., Rademacher, E., & Hohmeyer, O. (2022). *Kommunales Einflusspotenzial zur Treibhausgasminderung: Beitrag kommunaler Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz. Auswirkungen flächendeckender strategischer Klimaschutzelemente und deren Potenzial für die NKI*. (Umweltbundesamt Hrsg.). <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/kommunales-einflusspotenzial-zur>
- Knirsch, F., Murawski, W., Wagner, O., Nanning, S., & Jansen, U. (2023). *UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“*. Interner Abschlussbericht im Auftrag des Umweltbundesamtes. Unveröffentlicht.
- Paar, A., Bergk, F., Dingeldey, M., Hecker, C., & Herhoffer, V. (2022). *Klimaschutspotenziale in Kommunen. Quantitative und qualitative Erfassung von Treibhausgasminderungspotenzialen in Kommunen*. (Climate Change). (Umweltbundesamt Hrsg.). <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutspotenziale-in-kommunen>
- SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation. (2023). *Erhebungsdaten der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“* im Auftrag des Umweltbundesamtes [Dataset]. Unveröffentlicht.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (o. J.). *Gemeinsames Statistikportal. Gemeindeverzeichnis-Online*. <https://www.statistikportal.de/de/gemeindeverzeichnis> (1. Juli 2023)
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. (2022). *Hamburger Stadtteil-Profile. Berichtsjahr 2021 [Dataset]*. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profile_HH-BJ-2021.pdf
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2022a). *Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Gemeinden in den Ländern nach Einwohnergrößenklassen. Gebietsstand: 31.12.2021* [Dataset]. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/08-gemeinden-einwohner-groessen.html>
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2022b). *Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte. Gebietsstand: 31.12.2021* [Dataset]. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html>
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2022c). *Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Verwaltungsgliederung in Deutschland am 30.09.2022 (3. Quartal)* [Dataset]. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/03-verwaltungsgliederung.html>

[Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/Verwaltungsgliederung/Verwalt3QAktuell.html](#)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz. (2023). *Meine Verbandsgemeinde* [Dataset].

<https://infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat/index.aspx?id=102&l=2>

Weihe, C. (2022). *Klimaschutzmanagement und Treibhausgasneutralität in Kommunen. Große Potenziale wirksam erschließen.* (Umweltbundesamt Hrsg.).

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutzmanagement-treibhausgasneutralitaet-in>